

DE GRUYTER  
OLDENBOURG

*Jakob Stürmann*

# OSTEUROPÄISCH - JÜDISCH - SOZIALISTISCH

UNTERSUCHUNG EINER VERGESSENEN BERLINER  
EXILGRUPPE DER WEIMARER REPUBLIK



□ MOSES  
□ MENDELSSOHN  
× ZENTRUM

EUROPEAN-JEWISH STUDIES  
CONTRIBUTIONS

DE  
—  
G

Jakob Stürmann

**Osteuropäisch – jüdisch – sozialistisch**

# **Europäisch-jüdische Studien – Beiträge**

---

Für das Moses Mendelssohn Zentrum  
für europäisch-jüdische Studien, Potsdam

Herausgegeben von  
Miriam Rürup und Werner Treß

**Band 57**

Jakob Stürmann

# **Osteuropäisch – jüdisch – sozialistisch**



Untersuchung einer vergessenen Berliner Exilgruppe  
der Weimarer Republik

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

Bei diesem Buch handelt es sich um eine überarbeitete Version der am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin eingereichten Dissertation, die am 4. Dezember 2020 verteidigt wurde.

Die Dissertation wurde gefördert durch die

**Hans Böckler  
Stiftung** 

Die elektronische Ausgabe dieser Publikation erscheint seit November 2022 open access. Die Open-Access-Stellung wurde ermöglicht mit Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

ISBN 978-3-11-075587-9

e-ISBN (PDF) 978-3-11-075648-7

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-075656-2

ISSN 2192-9602

DOI <https://doi.org/10.1515/9783110756487>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

**Library of Congress Control Number: 2022939587**

#### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 bei dem Autor, publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston.

Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über [www.degruyter.com](http://www.degruyter.com).

© 2022 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Einbandabbildung: “Meeting of the executive committee in Berlin. At the left: Abramovič.“

Fotograf unbekannt, vermutlich Leo Rosenthal. Abbildung aus dem International Institute for Social History, Amsterdam, Leo Rosenthal Collection, IISG BG A41/129.

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

# Inhalt

## Anmerkungen zu Transliteration, Übersetzung und Schreibweisen — VII

### **1 Einleitung — 1**

- 1.1 Konzeptionelle Zugänge — 7
- 1.2 Forschungsstand — 13
- 1.3 Quellenkorpus — 24
- 1.4 Aufbau der Arbeit — 25

### **2 AkteurInnen — 28**

- 2.1 Osteuropäisch-jüdischer Erfahrungssatz — 36
- 2.2 Revolutionäre Erfahrungsbefunde — 43
- 2.3 Die Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berlin der Weimarer Republik — 76
- 2.4 Zwischenresümee — 107

### **3 Handlungsräume — 111**

- 3.1 Sozialistische Sprach- und Handlungsräume — 115
- 3.2 Fallbeispiele – osteuropäisch-jüdische SozialistInnen als MittlerInnen zwischen den Handlungsräumen — 167
- 3.3 Zwischenresümee — 215

### **4 Debatten — 219**

- 4.1 Der Kampf um die internationale ArbeiterInnensolidarität — 223
- 4.2 Die Sowjetunion als vergangene Heimat — 256
- 4.3 Eine „innere Außenperspektive“ auf die Weimarer Republik — 297
- 4.4 Zwischenresümee — 332

### **5 Ausblick – die Zeit nach dem Berliner Exil — 335**

### **6 Fazit — 351**

- 6.1 Die Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen — 352
- 6.2 Handlungsräume — 355
- 6.3 Exilort Berlin — 359

### **7 Anhang — 362**

- 7.1 Biografische Skizzen der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen — 362

## **VI — Inhalt**

7.2 Adressen von Exilparteien/Organisationen/Vereinen in Berlin — **384**

7.3 Abkürzungsverzeichnis — **388**

7.4 Quellen- und Literaturverzeichnis — **390**

7.5 Danksagung — **408**

**Personenregister — 410**

# Anmerkungen zu Transliteration, Übersetzung und Schreibweisen

Für die vorliegende Arbeit wurden deutsch-, jiddisch- und russischsprachige Quellen verwendet. Direkte Zitate wurden – sofern nicht anders verzeichnet – durch den Autor der Arbeit selbst ins Deutsche übersetzt. In deutschsprachigen Zitaten wurden vorhandene Rechtschreibfehler beibehalten. In den Literaturangaben wurden kyrillische und hebräische Schriftzeichen transliteriert. Hierbei wurde für kyrillische Schriftzeichen die gängige wissenschaftliche (Normierung DIN 1460) und für hebräische Schriftzeichen die vom YIVO vorgeschlagene Transliterationsweise verwendet.

Ein besonderes Augenmerk galt den Namensschreibweisen der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die in den 1920er/30er Jahren auf Jiddisch, Russisch und Deutsch publizierten. Aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit wurden ihre Namen zeitgenössisch sowohl in hebräischen, kyrillischen als auch lateinischen Schriftzeichen geschrieben, was nach der Transliteration zu unterschiedlichen Schreibweisen führt. Hinzu kommt, dass einige Namen in unterschiedlichen Sprachen der jeweils gängigen Schreibweise angepasst wurden. Zwei Beispiele hierfür sind Pëtr Garvi, der in Deutschland Peter Garwy hieß, und Fëdor Dan, der ins Deutsche mit Theodor Dan übersetzt wurde. Ferner bestanden große Unterschiede zwischen Geburtsnamen und der zeitgenössisch gängigen Verwendung von Pseudonymen und Parteinamen. Zwei diesbezügliche Beispiele sind der gebürtige Solomon Portugeis, der sich in revolutionären russischsprachigen Kreisen Stephan Ivanovič nannte, und das Pseudonym Ben-Baruch, das ein jiddischsprachiger Poet und Journalist anstelle seines Geburtsnamen Yitskhok Kharlak verwendete. Hieraus ergeben sich bis zu fünf unterschiedliche Schreibweisen beziehungsweise Benennungen einer Person. Alle dem Verfasser der Arbeit bekannten Schreibweisen für eine Person sind im Anhang der Arbeit in der jeweiligen biografischen Skizze aufgeführt. Im Fließtext der Arbeit wurde sich auf eine einheitliche Schreibweise für eine Person beschränkt. Dabei wurde die Schreibweise/Transliteration aus dem Sprachraum verwendet, in dem die jeweilige Person während der Berliner Exilzeit am aktivsten war. Für zahlreiche osteuropäisch-jüdische SozialistInnen ist dies eindeutig feststellbar; bei einigen musste dafür eine Entscheidung durch den Autor der Arbeit getroffen werden. Anders wird mit Namensschreibweisen in den Literaturangaben umgegangen. Hier wird die abgedruckte Schreibweise aus der jeweiligen Publikation verwendet.

Bei geografischen Angaben wurde darauf geachtet, so oft wie möglich die jeweils zeitgenössische Benennung zu verwenden. Für eine bessere Lesbarkeit wird dabei – soweit vorhanden – die deutschsprachige Schreibform benutzt. Für



Eigennamen von Parteien, Organisationen und Zeitschriften wird die Kursivschrift verwendet.

Bei der Verfassung des Textes wurde auf geschlechtersensible Sprache geachtet. Bei Gruppen, die gemischtgeschlechtlich sind oder bei denen anzunehmen ist, dass sie es sein können, wurde zumeist das Binnen-I verwendet. Ausgenommen von dieser Schreibweise wurden die vom Verfasser selbst ins Deutsche übersetzten direkten Zitate.

# 1 Einleitung

In der *Sozialistischen Arbeiter-Internationalen* (SAI) gab es 1929 zwischen mehreren sich im Exil befindenden sozialistischen ParteifunktionärInnen osteuropäischer Parteien eine öffentlich geführte, hitzige Debatte über nationale Souveränitätsansprüche. Der seit Gründung der Sowjetunion schwelende Streit bestand in der Frage, inwieweit sozialistische Parteien nationale Souveränität für Sowjetrepubliken wie Aserbajdschan, Armenien, Georgien oder die Ukraine fordern dürften oder ob sie sich aufgrund ihres ideologischen Selbstverständnisses ausschließlich auf den sozialistischen Umbruch in der Sowjetunion fokussieren sollten. Besonders schwer fiel es der in Berlin ansässigen Auslandsdelegation der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands* (SDAPR), eine einheitliche Positionierung dazu zu finden. Auf der einen Seite der Partei fanden sich InternationalistInnen, auf der anderen VertreterInnen nationaler Parteien, wie die des *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes* (Bund) und UnterstützerInnen der *Georgischen Sozialdemokratischen Partei*. Die InternationalistInnen vertraten die Position, dass die uneingeschränkte Souveränität der gesamten Sowjetunion zu verteidigen sei. Die andere Seite dagegen zeigte Verständnis für nationale Autonomie- und Souveränitätsforderungen nationaler sozialistischer Parteisektionen, die sich ebenfalls im Exil in westeuropäischen Hauptstädten wie Berlin, Prag oder Paris befanden.

Der russländische Sozialdemokrat und Bundist Rafail Abramovič, der als Mitglied der SDAPR-Auslandsdelegation eine sehr dezidierte Position einnahm, versuchte, dem in Wien lebenden Sozialdemokraten Karl Kautsky<sup>1</sup> die Debatte 1929 anhand des neuen Parteiprogrammes verständlich zu machen:

Wie Sie vielleicht schon selbst bemerkt haben, lässt dieses [SDAPR-]Aktionsprogramm recht deutliche Spuren eines Kompromisses erkennen, u.[nd] zw.[ar] eines Kompromisses zwischen den Entwürfen von mir und [David] Dalin. Mein Entwurf [...] stellte in den Mittelpunkt die allgemeine Frage der nationalen Entwicklung und der nationalen Rechte auf dem Gebiete der Sowjetunion. Mein Zweck war, durch ganz klare und scharfe Formulierungen unsere Zustimmung zu den berechtigten nationalen Aspirationen der verschiedenen Völker zum Ausdruck zu bringen und so das Misstrauen zu zerstreuen, das in manchen, auch proletarischen Kreisen einiger Nationen zu uns, der „grossrussischen“ Partei zweifellos vorhanden

---

<sup>1</sup> Karl Kautsky wurde 1854 in Prag geboren und verstarb 1938 in Amsterdam. Er war einer der bedeutendsten Sozialisten der Zwischenkriegszeit. Der deutschsprachige Marxist lebte zwischen 1897 und 1924 in Berlin, wo er für die SPD und USPD tätig war, anschließend zog er nach Wien. Vgl. Laschitzka, Annelies: Karl Kautsky (1854 – 1938). Ein „unverbesserlicher Marxist“. In: Dankelmann, Otfried (Hrsg.): Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts. Wien 1995. S. 213 – 230.

ist. Man darf ja nicht vergessen, dass, wie auch Sie in ihrem zweiten Briefe [sic!] treffend bemerken, der Nationalismus unter der Herrschaft der Bolschewiki bis zur Siedehitze gestiegen ist, und das andererseits, alle unsere früheren nationalen Sektionen, mit Ausnahme des jüdischen „Bundes“, zu selbstständigen Nationalparteien geworden sind, sodass wir tatsächlich nur das russische Proletariat vertreten. Unter diesen Umständen schien es mir geboten, den nationalen Forderungen bis zu den Grenzen des Möglichen entgegenzukommen, sowohl aus Rücksicht auf die „Anderen“, als auch im Hinblick auf die eigenen Arbeitermassen, die ebenfalls durch den Bolschewismus mit russisch-nationalistischen Stimmungen verseucht werden und denen wir, durch verständnisvolle Auseinandersetzung der Gesetze der nationalen Entwicklung begreiflich machen müssen, warum die georgischen, armenischen u.[nd] a.[ndere] Arbeiter berechtigt sind, nationale Forderungen zu stellen, ohne den Sozialismus aufzugeben.<sup>2</sup>

Abramovič legt in diesem Brief einen besonderen, osteuropa-zentrierten politischen Diskurs sozialistischer Parteien offen, in dem nationale und politisch-ideologische Zugehörigkeiten stärker ineinandergriffen, als dies im westlichen Europa der Fall war. Zugleich deutet er auch die besondere Stellung osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen an, für die es mit dem *Bund* und der *Poale Tzion* zwar jüdisch-national orientierte sozialistische Parteien gab, die Abramovič aber zugleich pauschal als Teil des „russischen Proletariats“ erklärte. Die hier skizzierte Auseinandersetzung über nationale Souveränitätsansprüche ist ein Debattenbeispiel, das in den 1920er Jahren unter sich in westeuropäischen Exilzentren befindenden osteuropäischen SozialistInnen geführt wurde. Dabei wurde auf eigene Erfahrungen aus den osteuropäischen Lebenswelten zurückgegriffen und diese über die Debatten nach Westeuropa getragen.

In der vorliegenden örtlich und zeitlich begrenzten Fallstudie werden die Lebenswelten osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berlin der Weimarer Republik nachgezeichnet. Sie erörtert, inwieweit sich die Zugehörigkeiten der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Migrationsraum veränderten. Ferner zeigt sie die durch die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil aufgebauten und genutzten Parteisektionen und Organisationen und analysiert zeitgenössische politische Debatten, an denen die ExilantInnen beteiligt waren. Für die Darstellung der Gruppe im Berlin der Weimarer Republik wurde der methodische Ansatz einer lebensweltlichen Beschreibung gewählt. Durch die örtliche Fokussierung ergibt sich eine in der Forschung bisher kaum vorgenom-

---

<sup>2</sup> Brief von Rafail Abramovič an Karl Kautsky vom 09.05.1929. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, 91–95. Hervorhebungen im Original. Nach Abramovič sprach sich innerhalb der SDAPR für seine Position ebenfalls Vladimir Voytinsky aus. Für die Position Dalins, der „alle Dinge vom Standpunkte der Wirtschaft aus“ (ebd.) betrachtete, trat ebenfalls Boris Nikolaevski ein. Fëdor Dan, Pëtr Garvi und Aron Jugov vermittelten zwischen den Positionen.

mene Beleuchtung der Migrationsstrukturen innerhalb des „Roten Berlins“<sup>3</sup> der 1920er Jahre, in dem sich zeitweilig „alle Unzufriedenen der Welt [...] sicher fühl[t]en“.<sup>4</sup>

Zentrale Ziele der Studie sind, die in der Exilgruppe bestandenen unterschiedlichen Lebenswege und Selbstverständnisse bezüglich Sozialismus und Judenheit darzustellen und die sich durch den Migrationsprozess ergebenden Veränderungen in den eigenen Zugehörigkeiten zu beleuchten. Durch die Betrachtung der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen wird die in der Geschichtswissenschaft vorherrschende nationalstaatliche oder organisationszentrierte Darstellungsform durchbrochen. Damit folgt die Studie Überlegungen des Historikers Dan Diner, der zur historischen Annäherung an das 20. Jahrhundert eine Analyse anhand „antagonistische[r] Deutungsachsen“ vorschlägt, in denen eine „Verschränkung von Ethnos sowie der Rivalität wiederstreitender Werte“ und die „Wirkung partikularer Geschehnisse sowie der Geltung universell gerichteter Ideologien“ berücksichtigt werden.<sup>5</sup> Diner plädiert dafür, die häufig getrennt betrachteten Zugehörigkeiten des ideologischen Selbstverständnisses und der ethnisch-nationalen Herkunft zusammenzubringen. Dies erscheint besonders für die Geschichte der Judenheiten notwendig, da

sich die volatilen Embleme jüdischer Zugehörigkeit den üblichen Begriffen kollektiver Zuordnung [in der Moderne entziehen]. [...] Jüdische Zugehörigkeit im Zeitalter der Moderne hingegen ist dynamisch gehalten. Sie lässt sich allein vor dem Hintergrund eines jeweiligen historischen Kontextes und anhand spezifischer Fragen an die Geschichte beantworten.<sup>6</sup>

Für die Studie konnten 46 Personen ausfindig gemacht werden, die während der Weimarer Republik für einen längeren Zeitraum in Berlin lebten, jüdischer Herkunft waren und aus dem Russländischen Reich stammten, wo sie durch eine Mitgliedschaft in einer revolutionär-sozialistischen Partei politisiert wurden. Zu der Gruppe zählen zeitgenössische PolitikerInnen wie Rafail Abramovič, Pavel Akseľ'rod, Eva Broido, Fëdor und Lidija Dan, Isai Judin, Vladimir Kosovki, Julij

<sup>3</sup> Für den Begriff vgl. Weipert, Axel: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830 – 1934. Berlin 2013.

<sup>4</sup> Eynhorn, Dovid: Berlin vert di sthott fun farvogelte un farfolgte. A brief fun berlin. In: Forverts, Vol. 24 (1921), Nr. 8.651 (26.06.1921). S. 2.

<sup>5</sup> Diner, Dan: Konfliktachsen – Zum historischen Profil des 20. Jahrhunderts. In: Diner, Dan: Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichte. München 2003. S. 16 – 31. Hier S. 18.

<sup>6</sup> Diner, Dan: Zur Einführung. In: Slezkine, Yuri: Das jüdische Jahrhundert. Göttingen 2006. S. 7–18. Hier S. 10f.

Martov und Isaak Štejnberg sowie „politische Intellektuelle“<sup>7</sup> wie Dovid Bergelson, Dovid Eynhorn und Jakob Leshtsinsky.

Die Gruppe teilte eine gemeinsame Herkunft aus den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten und eine Teilnahme an der osteuropäisch-revolutionären Bewegung des Russländischen Reiches. Unterschiede bestanden in der Parteizugehörigkeit und dem damit einhergehenden Verständnis von Sozialismus sowie der Positionierung zur Judenheit. In der Arbeit werden die Lebenswege dieser Gruppe mit einem besonderen Fokus auf das Berliner Exil nachgezeichnet. Damit wird beispielhaft an in der historischen Forschung selten beachtete jüdisch-sozialistische Lebenswege erinnert, die bislang aus dem historischen Narrativ „herausgeschrieben“<sup>8</sup> wurden, jedoch einen Teil der Vielfalt osteuropäisch-jüdischer Lebenswelten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts darstellen.<sup>9</sup>

Während ihrer Exilzeit nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit eine besondere Position als MittlerInnen zwischen unterschiedlichen Handlungsräumen ein. Aus Berlin heraus setzten sie ihre Kommunikation und Publikationstätigkeit in jiddischer, russischer und deutscher Sprache fort und beeinflussten so regional und international geführte Debatten. Die ExilantInnen debattierten auf Deutsch mit der hiesigen ArbeiterInnenbewegung und weiteren Teilen der SAI, auf Russisch innerhalb der großen russländischen<sup>10</sup> Exilgemeinde Berlins und mit der illegal in der Sowjetunion

---

**7** Der Begriff wird hier für Personen verwendet, die sich der ArbeiterInnenbewegung zugehörig fühlten, sich jedoch nicht an tagespolitischer Parteiarbeit beteiligten. Er ist angelehnt an die Forschung von Helga Grebing, die eine Betrachtung von „jüdisch politischen Intellektuellen“ in der Weimarer Republik vorgenommen hat. Sie versteht unter dem Begriff Männer und Frauen, die sich in der Weimarer Republik dem soziokulturellen Umfeld zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus zugehörig fühlten und „die ihre Position schreibend und redend reflektieren oder kommunikatorisch dazu beitragen, daß dies geschehen kann“. Grebing, Helga: Jüdische Intellektuelle in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen den beiden Weltkriegen. In: Archiv für Sozialgeschichte (AfS), Vol. 36 (1997), Nr. 37. S. 19–38. Hier S. 23.

**8** Am Beispiel von Wiener BundistInnen der Zwischenkriegszeit zeigt Jack Jacobs, dass diese in der gegenwärtigen Geschichtsschreibung kaum vorkommen. Vgl. Jacobs, Jack: *Written out of History. Bundists in Vienna and the Varieties of Jewish Experience in the Austrian First Republic*. In: Brenner, Michael/Penslar, Derek J. (Hrsg.): *In Search of Jewish Community. Jewish Identities in Germany and Austria, 1918–1933*. Bloomington u. a. 1998. S. 115–133. Gleiches gilt auch für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berlin der Weimarer Republik.

**9** Forschungen verweisen darauf, dass jüdische Zugehörigkeit in der Moderne „trotz aller ursprünglich religiös determinierten Bestimmungen verschiedene Aggregatzustände von Teilhabe auszubilden“ vermag und einer hohen Dynamik unterliegt. Diner, Zur Einführung, S. 10.

**10** Der Begriff „russländisch“ wird im Bewusstsein der Unterscheidung zwischen den russischen Begriffen „russkij“ (russisch), der sich auf das Ethnos, und „rossijskij“ (russländisch), der sich auf die Staatsangehörigkeit bezieht, verwendet. Vgl. Schlögel, Karl: Berlin: „Stiefmutter unter den

agierenden sozialistischen Bewegung, auf Jiddisch mit sozialistischen Strukturen innerhalb der ost- und ostmitteleuropäischen sowie den US-amerikanischen Judenheiten.<sup>11</sup> Durch ihr zeitgleiches Agieren in diesen drei Handlungsräumen verknüpften die ExilantInnen sozialistische Debatten der sowjetisch-russländischen, deutschen und europäischen Politik miteinander.

Die 46 in dieser Studie aufgeführten Personen sind ein Großteil der in den 1920er Jahren im Berliner Exil lebenden osteuropäisch-jüdischen ExilantInnen. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass weitere Personen der Definition entsprachen, in dieser Forschungsarbeit jedoch keine Berücksichtigung fanden. Grund hierfür sind zwei methodische Herausforderungen: Zum einen basiert die Arbeit besonders auf schriftlichem Quellenmaterial aus den 1920er/30er Jahren in Form von Publikationen und Selbstzeugnissen. Personen, die im Russländischen Reich politisch aktiv waren, im Exil aber nicht mehr publizierten, sind schwer zu recherchieren. Darüber hinaus ist die Gruppendifinition bewusst breit gefasst und basiert neben dem Herkunfts- und Exilort auf den Zugehörigkeitsbe- und -zuschreibungen *osteuropäisch*, *jüdisch* und *sozialistisch*. Das zugeschriebene Attribut *osteuropäisch* beschreibt dabei die Herkunft aus dem Russländischen Reich. *Jüdisch* verweist auf den bereits angedeuteten und sich in dieser Zeit stark im Wandel befindenden osteuropäisch-jüdischen Ethnos.<sup>12</sup> Bewusst wurden in dieser Studie auch Personen mit einbezogen, für die ihre eigene jüdische Herkunft keine Rolle gespielt zu haben scheint und die Isaac Deutscher in den 1950er Jahren retrospektiv als „non-Jewish Jews“<sup>13</sup> beschrieb. Der Begriff *sozialistisch*

---

russischen Städten“. In: Schlögel, Karl (Hrsg.): Der große Exodus – Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941. München 1994. S. 234–259. Hier S. 238.

**11** Die Begriffsunterscheidung zwischen Judenheit und Judentum entspricht den englischen Begriffen „Jewry“ und „Jewishness“. Unabhängig davon wurde vor dem Zweiten Weltkrieg auch im deutschen Sprachgebrauch zwischen diesen beiden Begriffen unterschieden. Felix Goldmann formulierte diesbezüglich 1917: „Das Judentum ist die Idee, der in sich einheitliche Komplex von Glaubensmeinungen und Glaubensformen, die Judenheit ist der Träger dieser Lehre, eine durch sie zusammengefasste Summe von Einzelwesen, deren Lebensziele sich aber nicht in der Idee des Judentums und dem Wirken für sie erschöpfen.“ Goldmann, Felix: Judentum und Judenheit. In: Neue jüdische Monatshefte, Vol. 1 (1917), Nr. 9 (10.02.1917). Dieser Definition folgend wird die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen als Teil der osteuropäischen Judenheiten verstanden.

**12** Philip Mendes verweist ebenfalls darauf, dass sich die Begriffe Judentum und Judenheit „according to time and place“ verändern. Mendes, Philip: Jews and the Left. The Rise and Fall of a Political Alliance. New York 2014. S. 3f.

**13** Vgl. Deutscher, Isaac: The non-Jewish Jew. In: Deutscher, Tamara (Hrsg.): The non-Jewish Jew and other essays. New York/Toronto 1968. S. 25–41. Der Begriff „non-Jewish Jew“ ist aus linguistischer Sicht kritikwürdig, da er ein Konzept eines nichtjüdischen Judenseins suggeriert, das einen Gegensatz zu einem vermeintlich „jüdischeren“ Jüdischsein aufbaut. Die Schwierigkeit der

verweist wiederum auf eine zumindest temporär bestehende politische Zugehörigkeit zu einer revolutionären Partei des Russländischen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg und eine ebenso zumindest temporär bestehende kritische Distanz zum Bolschewismus während der Berliner Exilzeit. Er dient somit als Sammelbegriff für eine Parteiausrichtung zur russländischen Sozialdemokratie, *Sozialrevolutionären Partei* (SR), dem Bundismus, Teilen des Zionismus und Territorialismus. All diesen Parteien war gemein, dass sie in den 1920er/30er Jahren der SAI politisch näherstanden als der *Kommunistischen Internationalen* (KI). Nicht immer konnte abschließend geklärt werden, ob eine Person allen drei Definitionsvoraussetzungen entsprach.

Bei der Beschäftigung mit der Verbindung zwischen Judenheiten und ArbeiterInnenbewegung ist ferner darauf hinzuweisen, dass sich revolutionäre Jüdinnen und Juden innerhalb der Judenheiten eines Staates quantitativ immer in der Minderheit befanden, wenngleich diese Minderheit in einigen Ländern zeitweilig besonders sichtbar war.<sup>14</sup> Andersherum lässt sich für die Zeit zwischen dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und dem Holocaust eine überproportional hohe Beteiligung von Jüdinnen und Juden an zeitgenössischen revolutionären

---

Verwendung eines zuschreibenden Begriffes wie „non-Jewish Jew“ kann in einzelbiografischen Darstellungen umgangen werden, so geschehen bspw. in der Forschungsarbeit von Svetlana Jebrak über Lidija Dan, in der Jebrak Dan als Mitglied einer EmigrantInnengruppe beschreibt, die „einen ganz eigenen Charakter [hatte], ihr Verständnis des Judentums unterschied sich erheblich von dem der Juden Westeuropas“. Jebrak, Svetlana: Mit dem Blick nach Russland. Lydia Cederbaum (1878–1963). Eine jüdische Sozialdemokratin im lebenslangen Exil. Bonn 2006. S. 12. Bei einem gruppenbiografischen Ansatz stößt die Möglichkeit einer exakten Beschreibung der individuellen Zugehörigkeit jedoch an ihre Grenzen, weswegen der Begriff des „non-Jewish Jew“ als ein Sammelbegriff in dieser Forschungsarbeit Verwendung findet. Dies geschieht vor allem auch im Bewusstsein, dass der Begriff als Beschreibung von RevolutionärInnen jüdischer Herkunft in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle gespielt hat. Andere Konzepte, die auf ähnliche Phänomene verweisen, wie beispielsweise das der „Jews beyond Judaism“ von George L. Mosse, werden in dieser Arbeit nicht verwendet, da Mosse in sein Konzept die politische Linke nicht explizit mit einbezogen hat. Vgl. hierfür: Mosse, George L.: *German Jews beyond Judaism*. Bloomington u. a. 1985.

**14** Vgl. Diner, Zur Einführung, S. 14. Für eine Analyse des seit dem 20. Jahrhundert verwendeten antisemitischen Stereotyps des „jüdischen Bolschewismus“ vgl. Herbeck, Ulrich: *Das Feindbild vom „jüdischen Bolschewiken“*. Zur Geschichte des russischen Antisemitismus vor und während der Russischen Revolution. Berlin 2009; Klehr, Harvey: *Jews and American Communism*. In: Jacobs, Jack: *Jews and Leftist Politics. Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender*. New York 2017. S. 169–179.

Bewegungen und Parteien nachweisen, was aus der sozialen und gesellschaftlichen Sonderstellung der Judenheiten in Europa resultierte.<sup>15</sup>

Die Stadt Berlin war in den 1920er Jahren für unterschiedliche Migrationsgruppen aus Osteuropa ein wichtiger Transitort. Auch durch die Anwesenheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen avancierte die Hauptstadt der Weimarer Republik zu einem temporären linken Exilort. Als politisch Andersdenkende in der Sowjetunion verfolgt, erschien vielen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die Weimarer Republik zu Beginn der 1920er Jahre als „freieste Republik der Welt“<sup>16</sup>, in der sie ihre Tätigkeit als PolitikerInnen, JournalistInnen, LiteratInnen und WissenschaftlerInnen fortsetzen konnten. Bis auf wenige Ausnahmen erreichten sie Berlin bis zum Beginn des Jahres 1922 und verließen die Stadt spätestens nach der Machtübergabe an die NSDAP im Jahr 1933. Ihr Exilort wandelte sich in diesen wenigen Jahren in erheblichem Maße und sie gerieten durch den immer stärker werdenden Nationalsozialismus aufgrund ihrer eigenen ethnischen, politischen und nationalen Zugehörigkeiten in Deutschland immer stärker in Gefahr.

## 1.1 Konzeptionelle Zugänge

### 1.1.1 Lebensweltlich orientierte Geschichtsschreibung

Beim Konzept der Lebenswelten geht es nach Rudolf Vierhaus darum, „vergangene soziale Wirklichkeit und ihre symbolische Deutung durch die Menschen, die ihr angehörten, mit Begriffen und in der Sprache der Gegenwart zu interpretieren und darzustellen, ohne sie festen Erklärungsmustern und Bewertungshierarchien der Gegenwart zu unterwerfen.“<sup>17</sup> Heiko Haumann verweist darauf, dass eine

---

<sup>15</sup> Vgl. Jacobs, Jack: Introduction. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): *Jews and Leftist Politics. Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender*. Cambridge 2017. S. 1–25.

<sup>16</sup> Kosovski, Vladimir: Der krizis in der daytsher sotsial-demokratie. In: *Di tsukunft*, Vol. 29 (1924), Nr. 2. Abraham Menes formulierte einen ähnlichen Gedanken über den Berliner Exilort der 1920er Jahre in seiner biografischen Skizze über den Lebensweg von Franz Kursky. Vgl. Menes, Abraham: *Der lebns-veg fun Franz Kurski*. In: Kursky, Franz: *Gezamlte Shriftn*. New York 1952. S. 1–32. Hier S. 24.

<sup>17</sup> Vierhaus, Rudolf: Die Rekonstruktion historischer Lebenswelten. Probleme moderner Kulturgeschichtsschreibung. In: Vierhaus, Rudolf/Chartie, Roger (Hrsg.): *Wege zu einer neuen Kulturgeschichte*. Göttingen 1995. S. 7–28. Hier S. 15f.



„akteursbezogene Analyse von Lebenswelten“<sup>18</sup> ein produktiver Ansatz ist, um Alltags- und Sozialgeschichte miteinander zu verbinden. Zwischen Lebenswelt und Individuum besteht ein herauszuarbeitendes Verhältnis der Wechselwirkung, da der Mensch von der „gesellschaftlich konstituierte[n], kulturell ausgeformte[n], symbolisch gedeutete[n] Wirklichkeit“<sup>19</sup> geprägt wird und sie gleichzeitig selbst mitprägt. Bei „allem notwendigen fragmentarischen Charakter“<sup>20</sup> werden bei einer lebensweltlichen Betrachtung Individualgeschichte und Gesellschaftsgeschichte in einer „raum- und zeitbedingte[n] soziale[n] Wirklichkeit, in der tradierte und sich weiter entwickelnde Normen gelten und Institutionen bestehen und neue geschaffen werden“<sup>21</sup> zusammengedacht. Lebenswelten werden dabei nicht als unveränderliche Strukturen wahrgenommen. Durch Migration und Exilbewegung ist es beispielsweise möglich, dass ein Individuum eine Lebenswelt verlässt und in eine andere gelangt. Ebenso können Lebenswelten durch gesellschaftliche Veränderungen wie Revolution oder Krieg zerstört und neu begründet werden. Beim Prozess des Übertritts in eine andere Lebenswelt wird „Bleibendes mit[genommen], das gleichwohl nicht dasselbe bleibt“<sup>22</sup>. Hierbei bezieht sich Vierhaus auf immaterielle Eigenschaften, Erfahrungen, Erinnerungen und Einstellungen. Daraus ergibt sich für die hier betrachtete Migrationsgruppe die Notwendigkeit der Betrachtung zweier Lebenswelten. Zum Verständnis der besonderen Situation im Berlin der 1920/30er Jahre muss neben dieser auch die zuvor bestandene osteuropäische Lebenswelt, in der die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen den „radikal sozialökonomischen Strukturwandel in Osteuropa“<sup>23</sup> miterlebt und sich der russländischen revolutionären<sup>24</sup> Bewegung angeschlossen

---

**18** Haumann, Heiko: Chancen und Probleme der Alltags- und Regionalgeschichte. Das Beispiel der Grenzregion Oberrhein. In: Haumann, Heiko (Hrsg.): Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung. Wien/Köln/Weimar 2012. S. 49–69. Hier S. 65.

**19** Haumann, Chancen und Probleme der Alltags- und Regionalgeschichte, S. 65.

**20** Haumann, Chancen und Probleme der Alltags- und Regionalgeschichte, S. 54.

**21** Vierhaus, Die Rekonstruktion historischer Lebenswelten, S. 14.

**22** Vierhaus, Die Rekonstruktion historischer Lebenswelten, S. 14.

**23** Haumann, Heiko: Auf dem Weg zu neuen Selbstverständnissen. Ostjuden im 19. Jahrhundert. In: Haumann, Heiko (Hrsg.): Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung. Wien/Köln/Weimar 2012. S. 393–418. Hier S. 399.

**24** In der vorliegenden Arbeit wird ein begrifflicher Unterschied zwischen „revolutionär“ und „sozialistisch“ gemacht. Der Begriff „revolutionär“ wird für die Zeit vor der Februarrevolution von 1917 verwendet, in der die ArbeiterInnenbewegung noch nicht in eine kommunistische und eine sozialistisch-sozialdemokratische Richtung gespalten war. Der Begriff „sozialistisch“ wird vornehmlich für die sich vom Kommunismus/Bolschewismus abgrenzende ArbeiterInnenbewegung der Zwischenkriegszeit verwendet. Daraus ergibt sich, dass die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen vor der Februarrevolution auch Teil der größeren revolutionären Bewegung des russländischen Reiches waren.

hatten, mit einbezogen werden. Zu dieser Zeit entwickelten sich unter den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen gemeinsame Erfahrungsbefunde<sup>25</sup>, die sie ins Exil mitnahmen und durch die sie sich von anderen jüdischen und sozialistischen Gruppierungen im Berlin der Weimarer Republik unterschieden.

In der Darstellung der Lebenswelten einer politisch dem Sozialismus zuzuordnenden und als osteuropäisch und jüdisch doppelt marginalisierten, in Westeuropa lebenden Exilgruppe entsteht damit ein für den deutschsprachigen Forschungskontext ungewohnter Blickwechsel auf die zeitgenössischen gesellschaftspolitischen Entwicklungen Europas aus einer migrantischen Perspektive. Diese migrantische und auch transnationale Perspektive stellt eine notwendige Ergänzung zu den oftmals nationalgeschichtlich geprägten Perspektiven auf die Zwischenkriegszeit dar.<sup>26</sup> Die Historikerin Anne-Christin Saß weist darauf hin, dass Migrationsprozesse „nicht ausschließlich als Krisenphänomene zu betrachten sind, sondern einen ‚Normalfall‘ in der Geschichte darstellen“<sup>27</sup>, deren Analyse „eine Schlüsselfunktion innerhalb einer integrierten europäischen Geschichte“<sup>28</sup> zukommt. Auch wenn das politische Exil eine besondere Form der Migration darstellt, trägt die Betrachtung von politischer, sozialer und kultureller Elitenwanderung und einem damit einhergehenden Wissenstransfer dazu bei, den im Okzident vorherrschenden teleologischen Anspruch einer Geschichtsschreibung infrage zu stellen, an dessen Spitze oftmals implizit und teilweise auch explizit die westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten gesetzt werden.

### 1.1.2 Sprach- und Handlungsräume

Besonderes Merkmal der Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen war, dass sie aufgrund ihrer Multilingualität unterschiedliche LeserInnen und ZuhörerInnen ansprachen. Für die Darstellung dieses wichtigen Phänomens wird

---

<sup>25</sup> Für den Begriff „Erfahrungsbefund“ vgl. Koselleck, Reinhart: *Zeitschichten. Studien zur Historik*. Frankfurt am Main 2000. S. 19–41.

<sup>26</sup> Vgl. hierfür auch Saß, Anne-Christin: *Reports from the „Republic Lear“*: David Eynhorn in Weimar Berlin 1920–24. In: Estraikh, Gennady/Krutikov, Mikhail (Hrsg.): *Yiddish in Weimar Berlin. At the Crossroads of Diaspora Politics and Culture*. Oxford 2010. S. 179–194. Hier S. 179.

<sup>27</sup> Saß, Anne-Christin: *Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik*. Göttingen 2012. S. 22. Für eine kritische Auseinandersetzung mit der eindimensionalen, auf Nationalstaatlichkeit beschränkten Wahrnehmung vgl. Anderson, Benedict: *Imagined Communities*. London/New York 2006.

<sup>28</sup> Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 22.

eine Unterteilung in drei „communicative spaces“<sup>29</sup> vorgenommen. Diese urbanen Kommunikationsräume werden in der vorliegenden Arbeit als Handlungsräume bezeichnet, die sich durch Sprache und Sprachbarrieren voneinander abgrenzten. Sprache wird dabei als ein Kommunikationsmittel verstanden, das Kommunikationsräume schafft und verändert. Die betrachtete Exilgruppe war zugleich Teil des jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen Handlungsraumes. Viele von ihnen agierten zwischen den Handlungsräumen als MittlerInnen.

Damit findet der Raumbegriff in doppelter Weise eine zentrale Verwendung. Einerseits wird durch ihn der topografische Migrationsraum Berlins beschrieben, in dem Parteien, Debattierclubs, Hilfsorganisationen und Vereine neu gegründet oder weitergeführt wurden. Andererseits handelt es sich bei einem sozialistischen Handlungsraum um einen abstrakten Kommunikationsraum, in dem in einer Sprache über die politische und gesellschaftliche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft debattiert wurde. Diese Handlungsräume konnten auch über Stadt- und Landesgrenzen hinweg verlaufen.

### 1.1.3 Zugehörigkeitsebenen

In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff der Zugehörigkeit dem der Identität vorgezogen. Die Verwendung des Begriffs Zugehörigkeit erscheint weniger statisch. Mit ihm lassen sich stattfindende Veränderungen im eigenen Selbstverständnis sowie Zugehörigkeiten, die neben- oder nacheinander existierten, besser beschreiben. Darüber hinaus lassen sich mit dem Zugehörigkeitsbegriff ebenfalls Unterschiede zwischen der Fremd- und Selbstwahrnehmung einer Person aufzeigen, die mit dem statisch anmutenden Begriff der Identität nicht in derselben Weise dargestellt werden können.<sup>30</sup>

---

**29** Für den Begriff „communicative space“ vgl. Saß, Anne-Christin: *Transnational and Transcultural Spaces in the Diaspora. The Case of Berlin 1900 – 1933*. In: Voigt, Sebastian/Heinert, Felix/Gromova, Alina: *Jewish and Non-Jewish Spaces in the Urban Context*. Berlin 2015. S. 119 – 133. Hier S. 120: „The concept of ‚communicative spaces‘ includes geographically defined social spaces in the urban landscape, which are characterized by intensive communicative relationships between the city inhabitants.“ Die in der vorliegenden Arbeit dargestellten Handlungsräume gingen auch über den urbanen Kontext der Stadt hinaus.

**30** Vgl. für die Verwendung des Begriffs „Zugehörigkeit“ auch die Definition des Erziehungswissenschaftlers Paul Mecheril, der den Begriff „natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeit“ für sogenannte Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik Deutschland verwendet. Er schreibt hierzu: „Wenn in Deutschland von ‚Migrant/innen‘, ‚Ausländern‘, ‚Polen‘, von ‚Migrantenkindern‘, von ‚Deutschen‘ oder ‚Brasilianer/innen‘ die Rede ist, dann – so die hier formulierte These – ist in der Regel nicht allein von Kultur, Nation oder Ethnizität die Rede, sondern in einer

Im Sinne eines Verständnisses von „multiplen Migrationsidentitäten“<sup>31</sup> wird in der Arbeit eine Betrachtung vorgenommen, in der die bereits beschriebenen Zugehörigkeitsformen von Ethnos, Herkunft und Ideologie den Fokus der Analyse darstellen. In Anlehnung an die Forschungsarbeit von Marsha Rozenblit, die am Beispiel von Jüdinnen und Juden im Übergang vom Habsburger Reich zur Ersten Österreichischen Republik drei unterschiedliche, sich in Veränderung befindende Zugehörigkeiten herausgearbeitet hat, werden auch bei der Analyse der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen drei unterschiedliche Zugehörigkeitsebenen berücksichtigt. Dabei wurden die von Rozenblit verwendeten Oberbegriffe – politische, kulturelle und ethnische Zugehörigkeit<sup>32</sup> – auf die Exilgruppe angewendet: Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen standen ideologisch hinter einer Ausprägung der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung, sie entstammten einem ethno-kulturellen osteuropäisch-jüdischen Erfahrungsraum und fühlten sich in ihrer nationalen Herkunft dem multiethnischen Russländischen Reich zugehörig. Eine weitere, auf das individuelle Zugehörigkeitsverständnis einwirkende Ebene stellte die Migrationsbewegung dar. Diese wird als ein Prozess verstanden, durch den sich die drei genannten Zugehörigkeitsverständnisse veränderten, da sie in eine neue Lebenswelt eingefügt werden mussten. Die Forschungsergebnisse dieser Studie bestätigen dabei die Hypothese, dass die multiplen Zugehörigkeiten, bestehend aus osteuropäisch-jüdischem Ethnos, sozialistischer Ideologie und russländischer Staatlichkeit, in Berlin fortbestanden, allerdings im nationalstaatlichen Kontext der Weimarer Republik und im deutschsprachigen Handlungsraum nur bedingt ausgelebt werden konnten. Eindeutig feststellen lässt sich dieser Fortbestand jedoch in den zeitgenössischen russisch- und jiddischsprachigen Handlungsräumen.

---

diffusen und mehrwertigen Weise von den auch begrifflich aufeinander verweisenden Ausdrücken Kultur, Nation und Ethnizität. Der Ausdruck natio-ethno-kulturell zeigt dies an. Er ruft in Erinnerung, dass die sozialen Zugehörigkeitsordnungen, für die Phänomene der Migration bedeutsam sind, von einer diffusen, auf Fantasie basierenden, unbestimmten und mehrwertigen ‚Wir‘-Einheit strukturiert werden.“ Mecheril, Paul: Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In: Varela, María do Mar Castro/Dirim, Inci/Kalpaka, Annita/Mecheril, Paul/Melter, Claus (Hrsg.): Migrationspädagogik. Weinheim/Basel 2010. S. 7–22. Hier S. 14. Ferner weist er darauf hin, dass „[d]ie Begriffe Nation, Ethnizität und Kultur“ aufeinander verweisen und nicht klar voneinander getrennt werden können. Mecheril, Paul: Natio-kulturelle Mitgliedschaft – ein Begriff und die Methode seiner Generierung. In: *Tertium comparationis*, Vol. 8 (2002), Nr. 2. S. 104–115. Hier S. 109.

31 Saß, Berliner Luftmensch, S. 23.

32 Vgl. Rozenblit, Marsha L.: *Jewish Ethnicity in a New Nation-State. The Crisis of Identity in the Austrian Republic*. In: Brenner, Michael/Penslar, Derek J. (Hrsg.): *In Search of Jewish Community. Jewish Identities in Germany and Austria, 1918–1933*. Bloomington u. a. 1998. S. 134–153.

Die Darstellung von Gruppenzugehörigkeiten unterliegt mehreren theoretischen Herausforderungen, denn bereits einzelne Individuen tragen zahlreiche, sich wandelnde Zugehörigkeitsformen in sich.<sup>33</sup> Zugehörigkeiten können sich auf nationale, soziale, kulturelle, politische, religiöse und geschlechtliche Selbstverständnisse einer jeweiligen Person beziehen und werden je nach Handlungsraum und Gegenüber unterschiedlich betont beziehungsweise wahrgenommen. Besonders aufgrund von Erfahrungsschüben<sup>34</sup>, die aus historischen Ereignissen wie dem Ersten Weltkrieg oder dem Bürgerkrieg in Sowjetrußland resultieren können, verändern sich Zugehörigkeitsformen, beziehungsweise werden diese anders priorisiert. Ferner unterliegen sie auch im Laufe eines Migrationsprozesses stärkeren Veränderungen, als dies während des Verweilens in einer fortbestehenden Lebenswelt der Fall ist. Hierbei wirken neue externe Einflüsse auf die früheren Zugehörigkeiten und Selbstverständnisse eines Individuums ein.

Die Studie versucht mit der Herausforderung, dass sich innerhalb einer Gruppe die zahlreichen Zugehörigkeiten eines einzelnen Individuums vervielfachen und miteinander verschränken, produktiv umzugehen. Dennoch stellt die Dynamik, Vielfalt und Komplexität der drei Zugehörigkeitsformen eine besondere Herausforderung in der Darstellung dar. Im Gegensatz zu individualbiografischen Studien ist es bei kollektivbiografischen Arbeiten kaum möglich, die Mehrschichtigkeit einzelner Gruppenmitglieder in Gänze aufzufächern.<sup>35</sup> Aufgrund dieser Herausforderung findet bei der vorgenommenen Analyse eine Reduktion auf die die Gruppe verbindenden Elemente der osteuropäischen, jüdischen und sozialistischen Zugehörigkeit statt. Weitere gesellschaftlich relevante Zugehörigkeitsformen wie beispielsweise Geschlecht oder Alter finden nur in Teilen Beachtung.

Bereits lange vor dem Migrationsprozess der Exilgruppe nach Berlin befand sich deren osteuropäisch-jüdische Lebenswelt im Wandel. Das Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts heraustretende neue revolutionäre Selbstverständnis von Teilen der Judenheiten stellt ein Fragment des sich in dieser Zeit in Veränderung befindenden gesamten jüdischen Selbstverständnisses Osteuropas dar. Es handelte sich dabei um ein

neues, spezifisch ostjüdisches Selbstverständnis, ein neues Selbstbewusstsein quer zu allen religiösen und politischen Gruppierungen, das in der Tradition stand, in der gemeinsamen

---

**33** Der Soziologe Didier Eribon weist auf Prozesshaftigkeiten und Überlappungen von Zugehörigkeitsformen hin. Vgl. Eribon, Didier: Rückkehr nach Reims. Berlin 2016. S. 233.

**34** Für den Begriff „Erfahrungsschub“ vgl. Koselleck, Zeitschichten, S. 19–41.

**35** Für eine Kurzdarstellung von neun individuellen Lebenswegen osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen siehe Kapitel 3.2.

Erinnerung, und sich ihr bewusst war, aber sich auch den Widersprüchen der neuen Zeit stellte, sich also keineswegs als homogen verstand und die heftigen inneren Konflikte nicht überdeckte.<sup>36</sup>

Die in dieser Arbeit betrachtete Migrationsgruppe trug eines dieser spezifischen osteuropäisch-jüdischen Selbstverständnisse mit nach Berlin, wo andere jüdische und sozialistische Zugehörigkeitsverständnissen vorherrschten.

Aus der vorliegenden Studie wird ersichtlich, dass die Stadt Berlin durch die Migrationsbewegung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nicht nur zu einem „Ort des Übergangs“<sup>37</sup> der gesamten jüdischen Migrationsbewegung aus Osteuropa avancierte. Vielmehr stellte Berlin auch einen konkreten europäischen Exilraum der antibolschewistischen Linken dar. Die in vielen Forschungsarbeiten einzeln analysierten jiddisch-, deutsch- und russischsprachigen sozialistischen Handlungsräume werden in dieser Arbeit zusammen betrachtet, wodurch die aus den Handlungsräumen in unterschiedlicher Weise konditionierten Erfahrungen, Verhaltensweisen und Denkformen herausgearbeitet und bisher nicht wahrgenommene Interaktionen zwischen den Handlungsräumen abgebildet werden können. Im Schatten der Parteizentrale der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD), einer der bedeutendsten europäischen Parteien der SAI, agierten die ExilantInnen bis 1933 als MittlerInnen zwischen Ost und West sowie zwischen jüdischer und nichtjüdischer sozialistischer Bewegung.

## 1.2 Forschungsstand

Eine umfassende Geschichte des linken Berliner Migrationsortes zur Zeit der Weimarer Republik stellt ein bisheriges Forschungsdesiderat dar, das diese Studie durch die Fokussierung auf die Migrationsgruppe der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen in Teilen schließen kann. Hierfür konnte auf zahlreiche Publikationen als Grundlagentexte zurückgegriffen werden, die Teilaspekte beleuchten. So greift die Studie auf Sekundärliteratur zu bereits erforschten Einzelbiografien von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, zu linken migrantischen Partei- und Organisationsstrukturen in Berlin sowie auf Analysen des breiteren sozialisti-

---

<sup>36</sup> Haumann, Auf dem Weg zu neuen Selbstverständnissen, S. 417 f.

<sup>37</sup> Brinkmann, Tobias: Ort des Übergangs – Berlin als Schnittstelle der jüdischen Migration aus Osteuropa nach 1918. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939. Göttingen 2010. S. 25–44. Für den diversen russländischen Berliner Migrationsort, dessen quantitative Größe sich zeitweilig auf mehrere hunderttausend Personen belief, vgl. Schlögel, Karl: Das russische Berlin. Ostbahnhof Europas. München 2007.

schen und russländischen Migrationsmilieus im Berlin der 1920er/30er Jahre zurück.

Die Studie ist interdisziplinär angelegt. Sie verbindet Forschungsaspekte aus den Teildisziplinen der Osteuropäischen Geschichte, den Jüdischen Studien, der ArbeiterInnenbewegungsgeschichte, der Berliner Stadtgeschichte und der historischen Migrationsforschung.<sup>38</sup> Für eine bessere Übersichtlichkeit wird im Folgenden die Darstellung des bestehenden Forschungsstandes in drei Forschungsbereiche unterteilt: die Forschung zum Verhältnis zwischen Judenheiten und ArbeiterInnenbewegung vor dem Holocaust, die Forschung zum Berlin der Weimarer Republik als Migrationsraum und die Forschung zum sogenannten Roten Berlin.

### 1.2.1 Beziehungen zwischen Judenheiten und ArbeiterInnenbewegung

Die komplexen historischen Beziehungen zwischen Judenheiten und ArbeiterInnenbewegung in der Moderne wurden bereits in zahlreichen Publikationen erforscht. Die Forschungsliteratur konzentriert sich dabei auf unterschiedliche Beziehungsaspekte. Einerseits wird die Teilnahme von Jüdinnen und Juden an der ArbeiterInnenbewegung und die Geschichte explizit jüdischer ArbeiterInnenbewegungsparteien analysiert, andererseits der Antisemitismus innerhalb der ArbeiterInnenbewegung untersucht. Eine große inhaltliche Herausforderung besteht dabei in der geografischen und zeitlichen Breite des Forschungsgegenstandes. Der Zeitraum umfasst über 225 Jahre, wobei die Französische Revolution als Beginn der Moderne selbstverständlich auch den Beginn des sich überschneidenden Interesses zwischen Teilen der Judenheiten und der politisch-revolutionären Bewegungen darstellt. In den Ideen von einheitlichen Bürgerrechten und dem Streben nach bürgerlicher Emanzipation – zumindest für die männliche Bevölkerung eines Staates – überschneiden sich die revolutionären Forderungen der politischen Linken mit denen von Teilen der zeitgenössischen Judenheiten.<sup>39</sup> Eine geografische Einschränkung des Forschungsgegenstandes erscheint ebenfalls schwierig, da Interaktionen zwischen der politischen Linken und den Judenheiten überall dort festgestellt werden können, wo Jüdinnen und Juden lebten.

---

<sup>38</sup> Selbstverständlich handelt es sich bei dieser disziplinären Aufzählung in Teilen um eine künstliche Trennung. Beispielsweise können Forschungen in der Jüdischen Geschichte eng mit der historischen Migrationsforschung und der Osteuropäischen Geschichte zusammenhängen, ebenso gibt es Studien aus der ArbeiterInnenbewegungsforschung, die sich auch auf den Berliner Stadtraum beziehen.

<sup>39</sup> Vgl. Jacobs, Introduction; Mendes, Jews and the Left, S. 25–36.

WissenschaftlerInnen, die sich mit den Beziehungen zwischen Judenheiten und ArbeiterInnenbewegung im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigen, stehen ferner vor weiteren methodischen Herausforderungen. Hierzu zählen drei Schwierigkeiten, die die Jüdischen Studien in Gänze betreffen. Erstens besteht eine Quellsituation, die vom Holocaust geprägt ist: Mit der Vernichtung der europäischen Judenheiten ging auch die Vernichtung von jüdischen Dokumenten und Quellen einher. Aufgrund antisemitischer Verfolgung ist die jüdische Geschichte zweitens stark von Migrationsbewegungen geprägt, was zu einer Verstreuung der noch vorhandenen Archivmaterialien über verschiedene Orte und Kontinente geführt hat. Drittens erfolgt aus den Migrationsbewegungen und dem Aufwachsen in einer multilingualen Umgebung ebenfalls eine durch den Forschenden zu berücksichtigende Mehrsprachigkeit großer Teile der jüdischen Bevölkerung.<sup>40</sup>

Besonders im angelsächsischen Raum erschienen in den Geschichts- und Sozialwissenschaften bereits mehrere theoretische Publikationen über die komplexen historischen Beziehungen zwischen ArbeiterInnenbewegung und Judenheiten.<sup>41</sup> Bei der Mehrzahl der bislang veröffentlichten Publikationen wurde dabei der Fokus auf die Epoche vor dem Holocaust gelegt. In den letzten Jahren scheint jedoch eine Verschiebung auf die Zeit nach dem Holocaust stattzufinden. Als besonders fruchtbar für diese Arbeit erwiesen sich die Forschungsarbeiten des Politikwissenschaftlers Jack Jacobs<sup>42</sup> und des Historikers Yuri Slezkine.<sup>43</sup> Regional fokussieren sich die Publikationen aus dem angelsächsischen Raum jedoch primär auf die drei Staaten, in denen vor 1945 die quantitativ größte jüdische Be-

---

**40** Für die vorliegende Forschungsarbeit wurden Quellen in jiddischer, russischer und deutscher Sprache ausgewertet. Für die Thematik der Mehrsprachigkeit von Jüdinnen und Juden vgl. Pichan, Gertrud: Kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit. Jüdische Identitätskonstruktionen im Polen der Zwischenkriegszeit. In: Kampling, Rainer (Hrsg.): „Wie schön sind deine Zelte Jakob, deine Wohnungen, Israel“ (Num. 24,5). Beiträge zur Geschichte jüdisch-europäischer Kultur. Frankfurt am Main 2009. S.157–170; Harshav, Benjamin: The Polyphony of Jewish Culture. Stanford 2007. S. 23–40.

**41** Für die Thematik vgl. u. a.: Liebman, Arthur: Jews and the Left. New York u. a. 1979; Mendes, Jews and the Left; Wistrich, Robert S.: Revolutionary Jews from Marx to Trotsky. London 1976; Patkin, Aaron L.: The Origins of the Russian-Jewish Labour Movement. Melbourne/London 1947. Für den osteuropäischen Raum vgl. auch: Brossat, Alain/Klingberg, Sylvia: Revolutionary Yiddishland. A History of Jewish Radicalism. London/New York 2016; Shtakser, Inna: The Making of Jewish Revolutionaries in the Pale of Settlement. Community and Identity during the Russian Revolution and its Immediate Aftermath, 1905–07. Basingstoke 2014.

**42** Vgl. u. a. Jacobs, Introduction; Jacobs, Jack: On Socialists and „the Jewish Question“ after Marx. New York/London 1992.

**43** Vgl. Slezkine, Yuri: Das jüdische Jahrhundert. Göttingen 2006.



völkerung lebte: das Russländische Reich, die Zweite Polnische Republik und die USA.

Im Verhältnis zur angelsächsischen ist die deutschsprachige Forschungslandschaft kleiner, scheint allerdings in den letzten Jahren wieder an Bedeutung zu gewinnen.<sup>44</sup> Für diese Arbeit besonders hervorzuhebende ForscherInnen, die jüdische Zugehörigkeitsdiskurse in die deutschsprachige ArbeiterInnenbewegungsgeschichte miteingebracht haben, sind die Historikerin Helga Grebing, die sich mit einigen zentralen Persönlichkeiten der deutschen ArbeiterInnenbewegung der Zwischenkriegszeit und deren jüdischer Zugehörigkeit auseinandergesetzt hat,<sup>45</sup> sowie Ludger Heid, der vornehmlich aus sozialhistorischer Perspektive zum Verhältnis zwischen Judenheiten und ArbeiterInnenbewegung in Deutschland bis 1933 publiziert hat.<sup>46</sup> Bei den in den letzten Jahren erschienenen Publi-

---

**44** Vgl. für allgemeine Publikationen, die einen stärkeren Bezug zur Teildisziplin der Jüdischen Geschichte haben, Bloch, Jochanan: Judentum in der Krise. Emanzipation – Sozialismus – Zionismus. Göttingen 1966; Bunzl, John: Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung. Wien 1975; Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018. Neuere Forschungspublikationen betrachten auch die Zeit nach dem Holocaust. Vgl. beispielsweise Kowalski, David: Polens letzte Juden. Herkunft und Dissidenz um 1968. Göttingen 2018; Voigt, Sebastian: Der jüdische Mai '68: Pierre Goldman, Daniel Cohn-Bendit und André Glucksmann im Nachkriegsfrankreich. Göttingen 2015. Für die osteuropäische Geschichte sind besonders die diversen Publikationen von Gertrud Pickhan über den *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund* hervorzuheben: Pickhan, Gertrud: „Gegen den Strom“. Der allgemeine jüdische Arbeiterbund „BUND“ in Polen 1918–1939. Stuttgart/München 2001; Pickhan, Gertrud: Vom Ereignis zum Mythos. Die Revolution von 1905 und die jüdische Linke in Osteuropa. In: Henning, Detlef (Hrsg.): Revolution in Nordosteuropa. Wiesbaden 2011. S. 126–139; Pickhan, Gertrud: „Wo sind die Frauen?“ Zur Diskussion um Weiblichkeit, Männlichkeit und Jüdischkeit im Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund („Bund“) in Polen. In: Gehmacher, Johanna/Harvey, Elizabeth/Kemlein, Sophia (Hrsg.): Zwischen Kriegen. Nationen, Nationalismen und Geschlechterverhältnisse in Mittel- und Osteuropa 1918–1939. Osnabrück 2004. S. 187–199.

**45** Vgl. Grebing, Helga: Jüdische Intellektuelle und ihre politische Identität in der Weimarer Republik. In: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Vol. 34 (2005). S. 11–23; Grebing, Jüdische Intellektuelle in der deutschen Arbeiterbewegung.

**46** Vgl. Heid, Ludger/Paucker, Arnold (Hrsg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen. Tübingen 1992; Heid, Ludger: Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923. Hildesheim/Zürich/New York 1995; Heid, Ludger: „Er ist ein Rätsel geblieben“. Oskar Cohn – Politiker, Parlamentarier – Poale-Zionist. In: Benz, Wolfgang/Paucker, Arnold/Pulzer, Peter (Hrsg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998. S. 25–48. Ebenfalls existieren zwei deutschsprachige Ausstellungskataloge, die aus Ausstellungsprojekten in Frankfurt am Main und Wien hervorgegangen sind: DERNAT für Kultur und Freizeit vom Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.): Arbeiter und Revolutionäre. Die jüdische Arbeiterbewegung. Begleitheft zur Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt am Main. 2. Mai–25. August 1996. Frankfurt am Main 1996; Kohlbauer-

kationen, die sich explizit mit jüdischen Herkunfts- und Zugehörigkeitsdiskursen der betrachteten Personen auseinandergesetzt haben, handelt es sich vornehmlich um Einzelbiografien.<sup>47</sup> Hierzu zählen auch einzelne Monografien, die über in dieser Studie betrachtete osteuropäisch-jüdische SozialistInnen publiziert wurden.<sup>48</sup>

Den momentan vorherrschenden methodischen Fokus der deutschsprachigen Forschung auf Einzelbiografien führt die Historikerin Mirjam Zadoff darauf zurück, dass sich „der Weg eines jeden nicht-jüdischen Juden als ein höchst individueller“<sup>49</sup> herausstellt. Auch wenn Zadoff zu Recht auf Schwierigkeiten einer gruppenbiografischen Betrachtung von in linken Strömungen engagierten Jüdinnen und Juden verweist, bietet der für diese Arbeit gewählte Ansatz forschungsrelevante Vorteile gegenüber individualbiografischen Betrachtungen: Vorhandene Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden herausgearbeitet und können anschließend ins Verhältnis zu anderen zeitgenössischen Personengruppen und Individuen gesetzt werden.

### 1.2.2 Das Berlin der Weimarer Republik als Migrationsraum

Bereits seit mehreren Jahrzehnten beschäftigen sich OsteuropahistorikerInnen mit den russischsprachigen Migrationsbewegungen nach Deutschland und dabei im Besonderen in die Stadt Berlin. Robert C. Williams veröffentlichte zu Beginn der 1970er Jahre eine Monografie über russische ExilantInnen in Deutschland

---

Fritz, Gabriele/Bergler, Sabine (Hrsg.): *Genosse. Jude. Wir wollten nur das Paradies auf Erden.* Wien 2017.

<sup>47</sup> Vgl. beispielsweise Zadoff, Mirjam: *Der rote Hiob. Das Leben des Werner Sholem.* München 2014; Ahland, Frank: *Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg – 1903 bis 1977 – Eine Biografie.* Essen 2016; Grebing, Helga: *Sternberg als sozialistischer Denker. Biografische Einführung.* In: Grebing, Helga/Scherer, Klaus-Jürgen (Hrsg.): *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist.* Paderborn 2017. S. 11–23; Voigt, Sebastian: *Das bewegte Leben eines jüdischen Gewerkschafters. Eine biografische Skizze zu Jakob Moneta.* In: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau (SLR)*, Nr. 70 (2015). S. 84–100.

<sup>48</sup> Vgl. für Lidija Dan: *Jebrak, Mit dem Blick nach Russland*; für Isaak Štejnberg: *Wallat, Henrik: Oktoberrevolution oder Bolschewismus. Studien zu Leben und Werk von Isaak N. Steinberg.* Münster 2013; für Julij Martov: *Getzler, Israel: A Political Biography of a Russian Social Democrat.* Cambridge/Melbourne 1967; für Pavel Aksel’rod: *Ascher, Abraham: Pavel Axelrod and the Development of Menshevism.* Cambridge, Mass. 1972. Ferner fanden auch zahlreiche Artikel über einzelne osteuropäisch-jüdische SozialistInnen in der Studie Berücksichtigung.

<sup>49</sup> Zadoff, *Der rote Hiob*, S. 303.

zwischen 1881 und 1941.<sup>50</sup> 1993 publizierte Bettina Dodenhoeft die erste deutschsprachige Monografie, in der sie die russischsprachigen EmigrantInnen nach dem Ersten Weltkrieg in den Fokus nahm.<sup>51</sup> Der Osteuropahistoriker und Kulturwissenschaftler Karl Schlögel erweiterte diese Forschung dahingehend, dass er darauf hinwies, dass es sich bei der Emigration aus Russland um eine „rußländische“, d. h. multiethnische [Migrationsgruppe] mit einer Vielzahl konkurrierender Vereine und Organisationen“<sup>52</sup> handelte. Schlögel veröffentlichte in den vergangenen 25 Jahren zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten und hielt diverse Vorträge über den russländischen Migrationsort Berlin und seine Organisationsstrukturen.<sup>53</sup> Dabei betrachtete er neben der heterogenen Migrationsgruppe auch explizit den Berliner Migrationsraum. Er prägte die Forschung zur Stadtgeschichte mit Beschreibungen von Berlin als „Ostbahnhof Europas“<sup>54</sup>, mit der er die Stadt als Transitort zwischen Ost und West kennzeichnet. Zu den in jüngerer Zeit veröffentlichten Publikationen über das russischsprachige Berlin gehört auch eine vergleichende Studie über die in Berlin publizierten Zeitschriften *Socialističeskij vestnik* und *Rul'*.<sup>55</sup>

Publikationen aus der Judaistik und den Jüdischen Studien stellen in Bezug auf den Migrationsort Berlin verstärkt zionistische Organisationsstrukturen in den Mittelpunkt. Bereits 1959 veröffentlichte Salomon Adler-Rudel eine Organisationsgeschichte über *Ostjuden in Deutschland. 1880–1940*, in der er sich schwerpunktmäßig auf Hilfsorganisationen fokussierte.<sup>56</sup> Seine Publikation findet bis heute viel Beachtung, wenngleich Adler-Rudel kein „akademisch geschulter Historiker [war], und seine Untersuchung [...] es mitunter an wissenschaftlicher Präzision fehlen“<sup>57</sup> ließ. 1986 publizierte Trude Mauerer die umfangreiche Mo-

---

50 Vgl. Williams, Robert C.: *Culture in Exile. Russian Emigrés in Germany, 1881–1941*. Ithaca/London 1972.

51 Dodenhoeft, Bettina: „Laßt mich nach Rußland heim“. *Russische Emigranten in Deutschland von 1918 bis 1945*. Frankfurt am Main/Berlin u. a. 1993.

52 Schlögel, Berlin: Stiefmutter, S. 238.

53 Vgl. u. a.: Schlögel, *Das russische Berlin*; Schlögel, Karl (Hrsg.): *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg*. Berlin 1995; Schlögel, Karl/Kucher, Katharina/Suchy, Bernhard/Thum, Gregor (Hrsg.): *Chronik russischen Lebens in Deutschland 1918–1941*. Berlin 1999.

54 Schlögel, *Das russische Berlin*.

55 Katchourovskaia, Mareike: *Die russische Öffentlichkeit im Berlin der Weimarer Republik*. Frankfurt am Main 2008. Für den SV vgl. ebenfalls Elfimov, E. A.: *Men'shevistskij žurnal 'Socialističeskij vestnik' v pervye gody èmigrantckogo suščestvovanija*. In: Kvakina, A. V./Šulepova, E. A. (Hrsg.): *Kul'tura rossijskogo zarubež'ja*. Moskau 1995. S. 189–196.

56 Vgl. Adler-Rudel, Salomon: *Ostjuden in Deutschland. 1880–1940*. Tübingen 1959.

57 Heid, Maloche – nicht Mildtätigkeit, S. 33.

nografie *Ostjuden in Deutschland. 1918–1933*.<sup>58</sup> Hierin stellte sie soziologische Merkmale der Gruppe osteuropäisch-jüdischer MigrantInnen zur Zeit der Weimarer Republik dar und analysierte die der Gruppe entgegengeschlagenen Reaktionen aus der Mehrheitsgesellschaft und der Jüdischen Gemeinde in Deutschland. Auch Maurer stellte in einem Kapitel die zahlreichen Hilfsorganisationen dar; Exilparteien behandelte sie nur beiläufig.<sup>59</sup> Ludger Heid verfolgte ein Jahrzehnt später den Anspruch, „eine Wieder-Aneignung des Verdrängten“<sup>60</sup> vorzunehmen. Unter dem Titel *Maloche – nicht Mildtätigkeit* publizierte er ein Grundlagenbuch über die ostjüdischen ArbeiterInnen in Deutschland zwischen 1914 und 1923.<sup>61</sup> Der geografische Fokus dieser Arbeit liegt auf der rheinisch-westfälischen Region. Zwischen 2011 und 2014 befasste sich das umfangreiche Forschungsprojekt *Charlottengrad und Scheunenviertel* mit der osteuropäisch-jüdischen Migration ins Berlin der Weimarer Republik. Die von den ProjektmitarbeiterInnen und assoziierten WissenschaftlerInnen veröffentlichten Arbeiten stellen wichtige Grundlagenwerke für diese Studie dar. Zu nennen ist hierbei besonders die von Anne-Christin Saß publizierte Monografie *Berliner Luftmenschen*, in der eine lebensweltliche Beschreibung des vielfältigen osteuropäisch-jüdischen Migrationsraumes vorgenommen wird, und der Sammelband *Transit und Transformation*.<sup>62</sup> Saß beleuchtet am Rande ihrer Forschung auch die Strukturen der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenbewegung in Berlin. Eine weitere wichtige Grundlage dieser Studie bilden die Forschungsarbeiten des Historikers Gennady Estraiikh wie *Vilna on the Spree* und weitere Aufsätze über den jiddischsprachigen Journalismus im Berlin der 1920er Jahre.<sup>63</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg publizierte Erinnerungen von und über osteuropäisch-jüdische SozialistInnen, die mehrheitlich auf Jiddisch oder Russisch geschrieben wurden, fanden ebenfalls Berücksichtigung in der Arbeit. Als besonders fruchtbar stellte sich hierbei die von dem osteuropäisch-jüdischen Sozialisten Grigorij Aronson herausgegebene Publikation *Rusish-yidische inteligents*.

---

58 Vgl. Maurer, Trude: *Ostjuden in Deutschland. 1918–1933*. Hamburg 1986.

59 Vgl. für die Hilfsorganisationen Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 508–586.

60 Heid, *Maloche – nicht Mildtätigkeit*, S. 25.

61 Vgl. Heid, *Maloche – nicht Mildtätigkeit*, S. 25.

62 Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*; Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): *Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939*. Göttingen 2010.

63 Vgl. u. a. Estraiikh, Gennady: *Vilna on the Spree: Yiddish in Weimar Berlin*. In: Aschkenas, Vol. 16 (2006), Nr. 1. S. 103–128; Estraiikh, Gennady: *The Berlin Bureau of the New York Forverts*. In: Estraiikh, Gennady/Krutikov, Mikhail (Hrsg.): *Yiddish in Weimar Berlin. At the Crossroads of Diaspora Politics and Culture*. Oxford 2010. S. 141–162.

*Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn*<sup>64</sup> heraus. In ihr beschreibt Aronson die Lebens- und Migrationswege unterschiedlicher wichtiger osteuropäisch-jüdischer Persönlichkeiten seiner Generation. Hervorzuheben sind auch die Erinnerungen von Abraham Menes an den Lebensweg von Franz Kursky<sup>65</sup> und die von Abraham Ascher publizierte Dokumentensammlung über Pëtr Garvi.<sup>66</sup>

In den bisher veröffentlichten Publikationen über das Berlin der Weimarer Republik als osteuropäisch-jüdischer Migrations- und Publikationsort liegt ein besonderer Fokus auf LiteratInnen und Kulturschaffende.<sup>67</sup> In wenigen Publikationen wird explizit der politisch linke Migrationsraum thematisiert, wobei sich die ForscherInnen besonders bei der Darstellung der nichtzionistischen osteuropäisch-jüdischen Linken meist nur auf Teilaspekte beschränken.<sup>68</sup> So fand beispielsweise das in den 1920er Jahren nach Berlin verlegte *Bund*-Parteiarchiv in einigen wissenschaftlichen Publikationen Erwähnung.<sup>69</sup>

Aus der Disziplin der historischen Migrationsforschung ist die von Frank Wolff 2014 publizierte Dissertationsschrift als für die vorliegende Arbeit wichtige Inspiration hervorzuheben. Wolff beschreibt hierin den *Bund* als eine transnationale Verflechtungsgeschichte.<sup>70</sup> Er und auch weitere *Bund*-ForscherInnen be-

---

**64** Aronson, Grigori (Hrsg.): *Rusish-yidische inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn*. Buenos Aires 1962.

**65** Menes, *Der lebns-veg*.

**66** Garvi, P. A.: *Zapiski Sotsialdemokrata (1906–1921)*. Hrsg. v. Russian Institute, Columbia University/Newtonville, Ma. 1982.

**67** Vgl. u. a. Dohrn, Verena/Saß, Anne-Christin/Korkowsky, Britta (Hrsg.): „... die Nacht hat uns verschluckt“. Poesie und Prosa jüdischer Migrant\*innen im Berlin der 1920er und 30er Jahre. Eine Anthologie. Göttingen 2018; Seelig, Rachel: *Strangers in Berlin. Modern Jewish Literature between East and West, 1919–1933*. Michigan u. a. 2016; Korkowsky, Britta: *Selbstverortung ohne Ort. Russisch-jüdische Exilliteratur aus dem Berlin der Zwanziger Jahre*. Göttingen 2013.

**68** Vgl. Zaagsma, Gerben: *Transnational networks of Jewish migrant radicals – The case of Berlin*. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): *Transit und Transformation*. Göttingen 2010. S. 218–233. Ebenso beleuchtet Anne-Christin Saß in ihrer Monografie *Strukturen der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenbewegung in Berlin*. Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 125–135, S. 159–171 und S. 397–402. Frank Wolff erwähnt Berliner *Bund*-Parteivertretungen der Zwischenkriegszeit beiläufig in: Wolff, Frank: *Neue Welten in der Neuen Welt. Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947*. Köln/Weimar/Wien 2014. S. 423–425, S. 434 f. und S. 441.

**69** Vgl. Web, Marek: *Between New York and Moscow: The Fate of the Bund Archives*. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): *Jewish Politics in Eastern Europe: The Bund at 100*. Chippenham, Wiltshire 2001. S. 243–254. Ebenso bei: Pickhan, „Gegen den Strom“, S. 57.

**70** Vgl. Wolff, *Neue Welten*; Wolff, Frank: *Revolutionary identity and migration: the commemorative transnationalism of Bundist culture*. In: *East European Jewish Affairs*, Vol. 43 (2013), Nr. 3. S. 314–331.

fassen sich jedoch kaum mit der speziellen Situation im Berliner Migrationsraum.<sup>71</sup>

### 1.2.3 Das „Rote Berlin“

Der Begriff „Rotes Berlin“ ist eine in der Forschung durchaus kontrovers debattierte Bezeichnung, die von ForscherInnen entweder für die Beschreibung der kommunistischen, der sozialistischen oder der Gesamtheit der Berliner ArbeiterInnenbewegung verwendet wird. Detlef Lehnert wies vor mehr als 30 Jahren darauf hin, dass der Begriff für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und wenige Jahre danach gerechtfertigt erscheint. Für die Zeit ab Mitte der 1920er Jahre sei das „Rote Berlin“ aber „inzwischen zum Mythos geworden wie jenes Pfeifen im Walde, das dem einsamen Wanderer auf seinem langen Marsch wieder Mut machen soll“<sup>72</sup>. Jens Bisky kommt zu einer etwas anderen Schlussfolgerung. Bezogen auf die kommunistische ArbeiterInnenbewegung der Stadt argumentiert er, dass das „rote Berlin“ einerseits ein Mythos [war], der beschworen wurde, um Anhänger zu mobilisieren, andererseits eine lebensweltliche Realität<sup>73</sup>.

In Bezug auf die vorliegende Arbeit ist es wichtig, sich die von Lehnert und sicherlich auch von Bisky vorgenommene Vergleichsebene zu vergegenwärtigen. Zumindest Lehnert bemüht einen zeitlichen Vergleich, wobei er die ArbeiterInnenbewegung im Berlin der 1920er Jahre mit der des Deutschen Kaiserreiches in Bezug setzt. Anders würde eine Bewertung bei einem räumlichen Vergleich ausfallen: In Gegenüberstellung zur Mehrzahl der ost- und ostmitteleuropäischen Großstädte war die Mobilisierungskraft und städtische Präsenz der Sozialdemokratie in Berlin auch in der zweiten Hälfte der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre verhältnismäßig stark. Aus diesem Grund wurde sich in der vorliegenden

---

71 Einen Überblick über ForscherInnen, die über den Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund forschen, bietet das Netzwerk <http://www.bundism.net> [31.08.2019]. Bis heute ist das Grundlagenwerk zur Entstehung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund bis zum Jahr 1905: Tobias, Henry J.: *The Jewish Bund in Russia. From its Origins to 1905*. Stanford 1972. Gertrud Pickhan veröffentlichte ein Grundlagenwerk über den *Bund* in der Zweiten Polnischen Republik: Pickhan, „Gegen den Strom“. Roni Gechtman schrieb über das theoretische Konzept der national-kulturellen Autonomie des *Bund*: Gechtman, Roni: *National-Cultural Autonomy and ‚Neutralism‘: Vladimir Medem’s Marxist Analysis of the National Question, 1903–1920*. In: *Socialist Studies*, Vol. 3 (2007), Nr. 1. S. 69–92.

72 Lehnert, Detlef: Das „rote“ Berlin: Hauptstadt der deutschen Arbeiterbewegung? In: Lehnert, Detlef/Glaeßner, Gert-Joachim/Sühl, Klaus (Hrsg.): *Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin*. Berlin 1989. S.1–36. Hier S. 32.

73 Bisky, Jens: *Berlin. Biographie einer großen Stadt*. Berlin <sup>4</sup>2020. S. 518.

Arbeit für den Begriff des „Roten Berlins“ als Beschreibung der sozialistischen Bewegung im Berlin der Weimarer Republik entschieden. Hiermit soll die Perspektive der in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Berücksichtigung finden.<sup>74</sup>

Die Diskussion über den Begriff des „Roten Berlins“ verweist auf ein Forschungsdesiderat in der historischen Forschung über die sozialistische ArbeiterInnenbewegung Berlins. Diese wurde bisher kaum unter Einbezug von migrantischen Gruppen oder gar aus einer migrantischen Perspektive untersucht.<sup>75</sup> Zurückgeführt werden kann dies auf methodische Gepflogenheiten: Bis vor wenigen Jahren wurde bei Regionalstudien zur ArbeiterInnenbewegungsgeschichte fast ausschließlich das in der Geschichtsschreibung vorherrschende nationalgeschichtliche Narrativ verwendet. Multiple Zugehörigkeitsverständnisse flossen wenig in die Forschungsarbeiten ein.<sup>76</sup>

Wichtige Ausnahmen innerhalb der Forschung zur Berliner ArbeiterInnenbewegungsgeschichte stellen die Arbeiten von Uli Schöler und André Liebich dar. Schöler arbeitete in seiner 1990 veröffentlichten Dissertation den Einfluss osteuropäischer SozialistInnen auf die Politik der USPD und SPD heraus und hat sich seither in mehreren Publikationen mit der Auslandsvertretung der SDAPR im Berlin der Weimarer Republik beschäftigt.<sup>77</sup> Dafür konnte Schöler auf die For-

---

**74** Einschränkung muss diesbezüglich erwähnt werden, dass auch der in Berlin lebende osteuropäisch-jüdische Sozialist Vladimir Kosovski eine Reduktion der Berliner ArbeiterInnenbewegung in den 1920er Jahren wahrnahm. 1927 kam er bei einem Vergleich mit Wien zum Schluss, dass Berlin kein Ballungsraum der Sozialdemokratie mehr sei. Kosovski betonte, dass der prozentuale Anteil der Parteimitglieder an der städtischen Gesamtbevölkerung in Wien 20-mal höher sei als in Berlin. Vgl. Kosovski, Vladimir: *Der kiler partey tog. Di daytshe s. d. un di komunisten*. In: *Di tsukunft*, Vol. 32 (1927), Nr. 8.

**75** Ein Beispiel hierfür sind die am 22.04.2013 enthüllten Gedenktafeln in Berlin-Kreuzberg, die an die bis 1933 existierende SPD-Parteizentrale – das Vorwärts-Haus – erinnern. Sie sind aus einer nationalgeschichtlichen Perspektive heraus geschrieben. Der Bezug zu migrantischen Strukturen, die sich im Vorwärts-Haus ebenfalls trafen, fehlt vollkommen. Text und Abbildung der Gedenktafeln sind abrufbar unter: <https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/nc/gedenktafeln/gedenktafel-anzeige/tid/spd-parteivorstand-u/> [18.09.2019]. Gertrud Pickhan spricht dagegen in Bezug auf das Vorwärts-Haus von einer „kleinen Internationalen“, einer wichtigen Adresse für „deutsche, russische und jüdische Sozialist/innen“. Vgl. unter: <https://www.jmberlin.de/berlin-transit/orte/vorwaerts.php> [24.08.2017].

**76** Vgl. bspw. die Überblicksdarstellungen für Berlin als Stadt der ArbeiterInnenbewegung in Form eines Sammelbandes: Lehnert, Detlef/Glaeßner, Gert-Joachim/Sühl, Klaus (Hrsg.): *Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin*. Berlin 1989. Ebenso: Weipert, *Das Rote Berlin*.

**77** Vgl. Schöler, Uli: „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 bis 1929) (Teil I und II). Münster 1990. Hier besonders S. 321–339, S. 634–658, S. 795–

schungsarbeiten des Historikers André Liebich aus den 1980er Jahren zurückgreifen, in denen dieser die Struktur und die politischen Positionen der SDAPR-Exilpartei analysierte.<sup>78</sup> Auch Liebich griff auf frühere Forschungsarbeiten und Quelleneditionen von Forschern wie Leopold Haimson<sup>79</sup>, Alexandre Lande<sup>80</sup> und Boris Sapir<sup>81</sup> zurück. Letztgenannter war in den 1920er Jahren selbst Mitglied der Berliner SDAPR-Exilgruppe und arbeitete bis in die 1980er Jahre im Amsterdamer Archiv des *Internationalen Instituts für Sozialgeschichte* (IISH), in dem er Nachlässe auswertete und Quelleneditionen von SDAPR-PolitikerInnen publizierte. All diese grundlegenden Forschungsarbeiten eint ihr methodisches Verständnis, die ExilantInnen ausschließlich aus ihrer Parteizugehörigkeit heraus zu analysieren, wodurch sie sich von der vorliegenden Arbeit unterscheiden.

In der neueren Forschung wurden vereinzelt bestehende und gleichzeitig auf die ExilantInnen einwirkende Mehrfachzugehörigkeiten wie die zu den osteuropäischen Judenheiten und der russländisch-sozialistischen Bewegung in den Fokus genommen. In seiner 1999 veröffentlichten Monografie *From the Other Shore* verwies André Liebich auf das Phänomen der Herkunft aus der „Russian Jewish intelligentsia“<sup>82</sup>, das mit einer Ausnahme in den 1920er Jahren alle Mitglieder des Zentralkomitees der SDAPR teilten. Jedoch schlussfolgert Liebich: „[T]his fact is not as straightforward as one might imagine. All were largely assimilated, having cut their ties to the Jewish religion and tradition.“<sup>83</sup> Anders beurteilte dies Svetlana Jebrak in ihrer 2006 veröffentlichten Biografie über Lidija

---

805, S. 838–847, S. 838–887 und S. 918–924. Vgl. auch Schöler, Uli: Die Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie (Menschewiki) im Berliner Exil, und Schöler, Uli: Totalitarismustheoretische Ansätze bei Alexander Schifrin. Ein Grenzgänger zwischen russischer und deutscher Sozialdemokratie. Beide Artikel in: Schöler, Uli: Herausforderungen an die Sozialdemokratie. Essen 2016. S. 134–153 und S. 282–300.

78 Vgl. Liebich, André: Menshevik Origins: The Letters of Fedor Dan. In: *Slavic Review*, Vol. 45 (1986), Nr. 4. S. 724–728; Liebich, André: Eine Emigration in der Emigration: Die Menschewiki in Deutschland 1921–1933. In: Schlögel, Karl (Hrsg.): *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg*. Berlin 1995. S. 229–241; Liebich, André: *From the Other Shore. Russian Social Democracy after 1921*. Cambridge/London 1999.

79 Haimson, Leopold: *The Mensheviks. From the Revolution of 1917 to the Second World War*. Chicago 1974; Haimson, Leopold: *The Making of Three Russian Revolutionaries. Voices from the Menshevik Past*. Cambridge/New York u. a. 1987.

80 Lande, Alexandre: *Tables de la revue russe, le messenger socialiste 1921–1963. Le messenger socialiste, recueil: 1964–1965; Ukazateli žurnala Socialističeskij vestnik 1921–1963, Socialističeskij vestnik, sbornik: 1964–1965*. Paris 1992.

81 Sapir, Boris: *Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma (1899–1949)*. Hrsg. v. Stichting Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis. Amsterdam 1985.

82 Liebich, *From the Other Shore*, S. 12.

83 Liebich, *From the Other Shore*, S. 12.



Dan, in der sie detailliert auf deren sozialistische und jüdische Doppelzugehörigkeit eingeht, was bereits aus dem Untertitel des Buches hervorgeht: *Eine jüdische Sozialdemokratin im lebenslangen Exil*.<sup>84</sup>

Bis auf wenige Ausnahmen stützen sich bisherige Forschungsarbeiten über die osteuropäisch-sozialistische Migration ins Berlin der Weimarer Republik entweder auf russischsprachiges oder auf jiddischsprachiges Quellenmaterial. Für das Verständnis der Exilzeit osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berlin der Weimarer Republik ist jedoch eine gleichzeitige Auswertung von russisch-, jiddisch- und deutschsprachigen Quellen von besonderer Wichtigkeit, wie die Forschungsarbeiten von Gennady Estrai kh über Rafail Abramovič, Dovid Bergelson und Jakob Leshtinsky eindrucksvoll zeigen.<sup>85</sup> Diese Darstellungsweise osteuropäisch-jüdischer Lebenswelten im Berliner Exil wird auch in dieser Arbeit umgesetzt.

### 1.3 Quellenkorpus

Der für die Dissertationsschrift verwendete Quellenkorpus unterteilt sich in drei Quellenarten: Selbstzeugnisse der ExilantInnen in Form von Monografien und (Zeitungs-)Artikeln (1), Erinnerungsberichte (2) und Archivquellen (3) von und über die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen.

Für die Arbeit wurden sieben in den 1920er/30er Jahren publizierte Zeitungen systematisch auf Artikel der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen hin ausgewertet. Hierbei handelt es sich um die deutschsprachigen sozialistischen Zeitungen *Die Gesellschaft* (Berlin), *Die Freiheit* (Berlin) und *Der Kampf* (Wien), die in jiddischer Sprache erschienenen Zeitungen *Der Forverts* (New York), *Di tsukunft* (New York) und *Naye folkssaytung* (Warschau) sowie die russischsprachige Exilzeitung *Socialističeskij vestnik* (Berlin). Neben der systematischen Auswertung wurden weitere jiddisch-, russisch- und deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften zur Kontextualisierung und Einordnung konkreter Ereignisse, Organisationsstrukturen und Veranstaltungen hinzugezogen.

Für die Arbeit wurden zahlreiche Archive besucht. Es wurden Quellen aus dem *Internationalen Institut für Sozialgeschichte* (IISH) in Amsterdam, dem *YIVO. Institute for Jewish Research* in New York (YIVO), dem *Archiv der sozialen Demo-*

<sup>84</sup> Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 12, S. 23–47.

<sup>85</sup> Vgl. Estrai kh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007; Estrai kh, Gennady: Jacob Lestschinsky: A Yiddishist Dreamer and Social Scientist. In: Science in Context, Vol. 20 (2007), Nr. 2. S. 215–237; Estrai kh, The Berlin Bureau; Estrai kh, Die jiddischsprachige New Yorker Tageszeitung Forverts.

*kratie* (AdsD), dem *Bundesarchiv* (BArch), dem *Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes* (PA AA) in Berlin, dem *Archiwum Akt Nowych* (AAN) in Warschau und dem *Central Zionist Archive* (CZA) in Jerusalem verwendet. Vornehmlich wurden dabei Nachlässe von und Briefkommunikation zwischen einzelnen Personen, Parteien oder Organisationen ausgewertet. Durch Archivmaterial aus dem BArch und dem PA AA erfuhr die Arbeit eine Ergänzung durch behördliche Dokumente.

Insbesondere für das erste Hauptkapitel wurden Lebenserinnerungen der ExilantInnen herangezogen. Um der Schwierigkeit der Analyse dieser Art von Egodokumenten zu begegnen, wurden die Lebenserinnerungen sofern das möglich war mit zeitgenössischem Quellenmaterial abgeglichen und so kontextualisiert. Auffällig ist, dass diese (auto)biografischen Erinnerungen vornehmlich nach Erfahrungsschüben wie dem Ersten Weltkrieg, dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust, dem russländischen Bürgerkrieg oder einer Migrationsbewegung verfasst wurden. Häufig endeten die Lebenserinnerungen der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen mit der Oktoberrevolution beziehungsweise der Bürgerkriegszeit. Die Zeit der Migration seit den 1920er Jahren wurde selten dargestellt, was den Schluss zulässt, dass die ExilantInnen die zum Teil mehrere Jahrzehnte andauernde Migrationsphase für die öffentliche Rezeption als wenig relevant erachteten.<sup>86</sup> Dennoch waren die Lebenserinnerungen für die vorliegende Arbeit ein unabdingbarer und umfangreicher Quellenkorpus, der sich als besonders gewinnbringend für die Beschreibung der osteuropäisch-sozialistischen und osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten vor dem Exil herausstellte. Die Quellen verweisen auf unterschiedliche Wahrnehmungen und Herangehensweisen an die Zeitspanne bis 1917 und beschreiben das individuelle Selbstverständnis der in dieser Arbeit betrachteten AkteurInnen.

## 1.4 Aufbau der Arbeit

Die Studie gliedert sich in drei Hauptkapitel, einen Ausblick auf die Zeit nach 1933 sowie ein Fazit. Die Hauptkapitel folgen einer thematischen Abhandlung und sind nicht streng chronologisch verfasst. Sie unterteilen sich in einen Blick auf die

---

<sup>86</sup> Vgl. Garvi, *Zapiski Sotsialdemokrata*; Abramovitsh, *Rafail Rein: In tsvey revolyutsies. Di geshikhte fun a dur*. Band I und II. New York 1944; Steinberg, Isaac: *Als ich Volkskommissar war. Episoden aus der russischen Oktoberrevolution*. München 1929. Eine Ausnahme bildet die postum erschienene Lebenserinnerung über Vladimir Voytinsky, in der auch die Migrationszeit in Deutschland, Frankreich und den USA nach 1917 behandelt wird: *Woytinsky, Wladimir: Stormy Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom: 1905 – 1960*. New York 1961.

AkteurInnen und die Zusammensetzung der Exilgruppe (1), die unterschiedlichen Migrations- und Handlungsräume in Berlin (2) und die in den transnationalen Handlungsräumen geführten politischen Debatten (3).

Im ersten Hauptkapitel erfolgt eine Charakterisierung der Berliner Exilgruppe. Darin werden zuerst die verbindenden Erfahrungen beschrieben, durch welche die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen vor dem Exil eine Prägung erfuhren und welche sie mit ins Exil trugen. Hierbei handelte es sich vor allem um die Herkunft aus den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten, die Teil des damaligen multiethnischen Herkunftsraums des Russländischen Reiches waren, sowie den daraus resultierenden Multilingualismus. Hinzu kamen die spezifischen osteuropäisch-revolutionären Erlebnisse bis zur Berliner Exilzeit. Das Teilkapitel basiert größtenteils auf Sekundärliteratur und Erinnerungsberichten von später im Berliner Exil lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen. In der zweiten Hälfte des Kapitels wird eine Charakterisierung der Gruppe während ihrer Berliner Exilzeit vorgenommen. Im Besonderen werden dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb der Gruppe herausgearbeitet, wobei die Selbstverständnisse bezüglich der osteuropäischen, jüdischen und sozialistischen Zugehörigkeit im Fokus stehen. Das Kapitel in Gänze umreißt die Beständigkeit, aber ebenso die Dynamik der Zugehörigkeitskonzeptionen, die durch Migration und veränderte politische Rahmenbedingungen vor und nach dem Ersten Weltkrieg hervorgerufen wurden.

Das zweite Hauptkapitel, ebenfalls in zwei größere Unterkapitel unterteilt, beschreibt die unterschiedlichen sozialistischen Handlungsräume, in denen sich die ExilantInnen in Berlin bewegten. Es basiert vornehmlich auf Archivmaterialien. In der ersten Hälfte des Kapitels werden in drei Unterkapiteln die in Berlin bereits bestehenden und im Entstehen begriffenen jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen sozialistischen Partei- und Organisationsstrukturen aufgezeigt, an denen sich osteuropäisch-jüdische SozialistInnen beteiligten und die sie in Teilen selbst gründeten. Hierzu gehörten Exilparteien, Verlage, JournalistInnenbüros, Debattierclubs und Parteiarchive. Um die auch im Berliner Migrationsraum entstehende Spaltung zwischen sozialistischer und kommunistischer Bewegung nachzuzeichnen, geht dabei der Blick über die in dieser Dissertationsschrift im Fokus stehende Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen hinaus. Die Betrachtung des deutschsprachigen Handlungsraums erfolgt in einer reduzierten Form. Hier wird sich auf die für die sozialistischen ExilantInnen wichtigen Institutionen und Strukturen konzentriert, da viele Facetten dieses Handlungsraumes bereits in anderen Publikationen erforscht wurden. Im zweiten Teil des Kapitels wird aus einer personenzentrierten Sicht die Verschränkung der unterschiedlichen Handlungsräume verdeutlicht. Dies geschieht anhand von neun biografischen Skizzen der temporär in Berlin lebenden osteuropäisch-jü-

dischen ExilantInnen. Die Fallbeispiele veranschaulichen auch in vertiefter Weise die im ersten Hauptkapitel allgemein dargestellte Heterogenität innerhalb der Exilgruppe.

Im dritten Hauptkapitel werden politische Debatten der internationalen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung der Zwischenkriegszeit aufgezeigt, an denen sich osteuropäisch-jüdische SozialistInnen aus dem Berliner Exil heraus aktiv beteiligten. Das Kapitel basiert vornehmlich auf der Auswertung zeitgenössischer sozialistischer Zeitungen. Es ist in drei Unterkapitel gegliedert, in denen die zentralen räumlichen und strukturellen Zusammenhänge dargestellt werden, mit denen sich die ExilantInnen inhaltlich auseinandersetzten: die Sozialistische Internationale, die Sowjetunion und die Weimarer Republik. Im Kapitel wird der während der Exilzeit fortbestehende politische Einfluss von Mitgliedern der Exilgruppe herausgearbeitet. Die im zweiten Kapitel dargestellten Netzwerke und transnationalen Verbindungen werden durch diese Darstellung um den Aspekt des inhaltlichen Diskurses ergänzt.

Die Arbeit schließt mit einem Ausblick auf die Zeit nach 1933 sowie einem allgemeinen Fazit. Im Ausblick werden die weiteren Exilwege der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nach ihrer Zeit in Berlin und die Zerstörung des sozialistischen Berliner Handlungsraumes beispielhaft aufgezeigt. Im Anhang der Arbeit befinden sich biografische Skizzen der in dieser Arbeit berücksichtigten 46 osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sowie ein Adressverzeichnis der im „Roten Berlin“ der Weimarer Republik bestehenden Exilparteien, Organisationen und Vereine des russisch- und jiddischsprachigen Handlungsraums.

## 2 AkteurInnen

Anfang April 1923 verstarb Julij Martov nach langer Krankheit im politischen Exil in der Weimarer Republik. Martov war seit der Teilung der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands* (SDAPR) in eine bolschewistische und eine menschewistische Fraktion auf dem Londoner Parteitag von 1903 das Gesicht der Partefraktion der Menš'eviki gewesen. Bis zu seinem Tod blieb er deren unangefochtener Anführer, womit der frühere Weggefährte Lenins in den letzten 20 Lebensjahren zu seinem direkten politischen Gegenspieler avancierte. Nicht nur seinen ParteikollegInnen war daher bewusst, dass mit Martovs Tod eine politische Ära in der osteuropäischen Sozialdemokratie zu Ende ging. Martov wurde auch innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung hochgeschätzt. Dies verdeutlichen nicht zuletzt die in der Parteizeitung der SDAPR abgedruckten Nachrufe deutschsprachiger Sozialisten: Karl Kautsky, Otto Bauer, Arthur Crispian, Rudolf Hilferding und Friedrich Adler würdigten Martovs politische Karriere postum in hohen Tönen.<sup>1</sup>

Unter den zahlreichen in der Parteizeitschrift abgedruckten Nachrufen gab es zwei, die auf Martovs Beziehung zur jüdischen ArbeiterInnenbewegung Bezug nahmen.<sup>2</sup> Martov selbst entstammte einer osteuropäisch-jüdischen Familie und zum Anfang seiner politischen Karriere stand er in enger Beziehung zu jüdischen revolutionären Gruppierungen in Vilna. Isai Judin war Verfasser eines dieser Artikel. Vor dem Ersten Weltkrieg wichtiger Partefunktionär des *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes* (Bund), befand sich Judin seit 1922 ebenfalls im politischen Exil in Berlin. Dort wurde er aufgrund seiner bisherigen politischen Aktivitäten Mitglied des Zentralkomitees der Auslandsvertretung der SDAPR und ein Sprecher des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*.

Martov und Judin kannten sich bereits seit 1895 aus ihrer gemeinsamen Zeit in Vilna.<sup>3</sup> In seinem 1923 verfassten Nachruf argumentierte Judin in seiner Doppelfunktion als Repräsentant des *Bund* und der russländischen Sozialdemokratie, dass Martov für das jüdische Proletariat nicht nur als Theoretiker und Anführer

---

1 Die Ausgabe des *Socialističeskij vestnik* (SV) vom 24. April 1923 war dem verstorbenen Martov gewidmet. In ihr wurden Artikel von den oben genannten deutschsprachigen Sozialisten in russischer Sprache veröffentlicht. Vgl. SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923).

2 Dies sind Judin, Isai: L. Martov i evrejskij proletariat. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 11f. sowie ein aus der jiddischsprachigen ArbeiterInnenzeitung „Unzer Gedank“ aus Vilna übersetzter Artikel: Aleksandr.: L. Martov v Vil'ne. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 13.

3 Für weitere biografische Informationen über Isai Judin vgl. Aronson, Grigorij: Isai Aizenshtat – der pionier fun „Bund“. In: Aronson, Grigorij (Hrsg.): *Rusish-yidishe inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn*. Buenos Aires 1962. S. 37–54.

der russländischen Sozialdemokratie Vorbildcharakter besaß, sondern darüber hinaus auch „ideologischer Begründer des *Bund*“<sup>4</sup> gewesen sei. Martov, so Judin weiter, sei der erste gewesen, der in einer Rede am 1. Mai 1895 den Aufbau einer eigenständigen jüdischen ArbeiterInnenorganisation forderte.<sup>5</sup> Mit seinem Tod hätten die jüdischen ArbeiterInnen „ihren allerliebsten und wertvollsten Altersgenossen verloren, mit dem man aufwuchs und die Jugendjahre verbrachte.“<sup>6</sup>

Diese politische Einordnung des jungen Martovs als zeitweilig wichtigen Weggefährten der jüdischen ArbeiterInnenbewegung stieß auf scharfe Kritik. Vladimir Kosovski sah hierin beispielsweise eine postum geschönte und nicht zutreffende Darstellung. Kosovski, der Bundist der ersten Stunde war und seit 1919 auch im Berliner Exil lebte, kannte Martov ebenfalls bereits aus Vilnaer Zeiten zur Jahrhundertwende.<sup>7</sup> Anders als Judin sah Kosovski in Martov allerdings einen Gegner des *Bund* und stritt ebenfalls ab, dass dieser als „ideologischer Begründer“ des *Bund* bezeichnet werden könne. Vielmehr habe bereits vor der Ankunft Martovs eine jüdische und jiddischsprachige ArbeiterInnenbewegung in Vilna existiert. Außerdem sei, so Kosovski weiter, die Ideologie des *Bund* vielschichtig und könne nicht darauf reduziert werden, dass jüdischen ArbeiterInnen die sozialistische Erziehung in ihrer Muttersprache ermöglicht werde. Die Forderung nach sozialistischer Agitation in jiddischer Sprache reiche nicht, um als Unterstützer des *Bund* zu gelten. Bei der Betrachtung von Martovs Lebensweg nach der Jahrhundertwende werde vielmehr klar, dass dieser sogar Gegner und kein Unterstützer des *Bund* gewesen sei.<sup>8</sup> Kosovski schlussfolgerte deshalb, dass diejenigen, die behaupten, der junge Martov sei Unterstützer der jüdischen ArbeiterInnenbewegung gewesen, wie es beispielsweise in Judins Würdigung formuliert worden war, einem großen Irrtum unterlägen.<sup>9</sup>

---

4 Judin, Isai: L. Martov i evrejskij proletariat. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 11 f. Hier S. 12.

5 Ein Abdruck dieser Rede befindet sich in: Amiantov, Jurij (Hrsg.): Bund. Dokumenty i materialy. 1894–1921. Moskau 2010. S. 37–48.

6 Judin, Isai: L. Martov i evrejskij proletariat. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 11 f. Hier S. 12.

7 Es ist nicht abschließend geklärt, aber sehr wahrscheinlich, dass sich Judin und Kosovski ebenfalls erstmalig während ihrer gemeinsamen Zeit in Vilna um 1895 herum getroffen haben.

8 Auf die Gegnerschaft Martovs zum *Bund* ab 1902 verweist auch der zweite in der SDAPR-Parteizeitung abgedruckte Artikel, führt dies jedoch nicht weiter aus. Vgl. Aleksandr.: L. Martov v Vil'ne. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 13.

9 Vgl. Kosovski, Vladimir: Martov un di rusishe sotsial-demokratie. Der „Bund“, Martov, Lenin, Plekhanov, un Akselrod. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 3. Die Zeitungsredaktion verweist darauf, dass der Artikel bereits im Juli 1923 eingegangen war, demnach wenige Wochen nach Judins oben

Das Verhältnis osteuropäisch-sozialistischer Führungspersönlichkeiten jüdischer Herkunft zu ihrem eigenen jüdischen und sozialistischen Selbstverständnis, der jüdischen ArbeiterInnenschaft und deren Parteien wurde während der Berliner Exilzeit wiederholt thematisiert. Ein diesbezüglich zweites Beispiel ist ein Artikel des russländischen Sozialdemokraten Pavel Aksel'rod, Mitbegründer der sozialdemokratischen Bewegung im Russländischen Reich, der 1928 im Berliner Exil verstarb. Vier Jahre zuvor hatte die jiddischsprachige Monatszeitschrift *Di tsukunft* einen von Aksel'rod bereits 1882 verfassten und den HerausgeberInnen nach bisher unveröffentlichten Artikel über die damaligen antisemitischen Pogrome im Russländischen Reich publiziert. Die Zeitungsredaktion beschrieb diesen als Schlüsseltext für Aksel'rods Abkehr von der *narodniki*-Bewegung hin zur Sozialdemokratie. In dem Artikel argumentiert Aksel'rod, dass die „jüdisch-sozialistische Intelligenz“<sup>10</sup> sich bisher zu stark von den jüdischen Massen abgegrenzt habe. Die Pogrome würden deutlich machen, dass diese Trennung falsch gewesen sei und jüdische RevolutionärInnen zugleich internationalistisch denken sowie die jüdischen Massen unterstützen und weiterbilden müssten. Die russländische Judenheit sei, so Aksel'rod weiter, anders als bisher unter jüdischen RevolutionärInnen angenommen, eine besondere Nation innerhalb des multi-ethnischen Reiches, die von den sie umgebenden christlichen Mitmenschen gehasst und verfolgt werde. Grund hierfür sei ein Zusammenspiel von nationalen und religiösen Vorurteilen, gepaart mit einer besonderen ökonomischen Situation, in die die russländische Judenheit hineingedrängt wurde. Aufgrund der Pogrome stellte Aksel'rod in dem Artikel von 1882 unter der Gruppe revolutionärer Jüdinnen und Juden ein Umdenken und eine Hinwendung zu den jüdischen Massen fest. Von den christlichen ArbeiterInnenkreisen verlangte er, dass sie

---

zitiertem russischsprachigen Artikel in der SV. Aus Platzmangel konnte der Artikel aber erst verspätet publiziert werden.

**10** Aksel'rod, Pavel: Pogromen un di revolutionere bevegung mit 43 iohr tsurik. Vi di yidishe sotsialisten hoben dan farshtanen zayne oyfgaben. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9. Wenn hier und im Folgenden die Begriffe Intelligenz und Intellektuelle zitiert bzw. aus jiddisch- und russischsprachigen Quellen übersetzt werden, sollen diese nach Christina Morina als in der Frühphase des Sozialismus verwendete Begriffe für ein „spezifisches politisches Selbstverständnis“ verstanden werden, welches mit einem Engagement-Begriff einhergeht. Vgl. Morina, Christina: *Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte*. München 2017. S. 13. Die Historikerin Helga Grebing verwendet ebenfalls den Begriff der jüdischen Intellektuellen für die Zeit der Weimarer Republik. Sie definiert den Intellektuellenbegriff folgendermaßen: „Intellektuelle sind Menschen (Frauen und Männer), die ihre Positionen schreibend und redend reflektieren oder kommunikatorisch dazu beitragen, damit dies geschehen kann – sie können, müssen aber nicht akademisch gebildet sein.“ Grebing, *Jüdische Intellektuelle und ihre politische Identität*, S. 11.

weitere Pogrome gegen jüdische ArbeiterInnen verhindern müssten und sich ihre sozialen Kämpfe ausschließlich gegen bürgerliche Kräfte wenden dürften.<sup>11</sup>

Bereits einige Monate vor der Publikation von Aksel'rods Analyse zu den Pogromen von 1881, die sicherlich auch auf gegenwärtige Entwicklungen verweisen sollte, entfachte Abraham Liessin eine scharfe Diskussion über Zugehörigkeitsverständnisse osteuropäisch-jüdischer ExilantInnen. Liessin war ein in New York lebender Lyriker und Herausgeber der Zeitung *Di tsukunft*. In einem Brief an den wenige Monate zuvor nach Berlin migrierten Rafail Abramovič beschuldigte er die „gesamte führende jüdisch-sozialistische Intelligenz“<sup>12</sup>, die jüdische Bevölkerung in Osteuropa durch den Weg ins Exil im Stich gelassen und sie den Bol'sheviki überlassen zu haben. An Abramovič adressiert schrieb er: „Der Unterschied ist, dass ich zuerst einmal ein Jude bin und dann erst ein Partei-Sozialist, dagegen seid Ihr zuerst einmal ein Men'sevik und erst danach ein Jude, ein Bundist.“<sup>13</sup> Wäre dies nicht der Fall, so Liessin weiter, wäre Abramovič in der Sowjetunion geblieben und hätte sich dort politisch für die osteuropäischen Judenheiten eingesetzt.

Abramovič zeigte sich schockiert über die Anschuldigung. In einer mehrseitigen, öffentlichen Replik legte er seine Sicht auf die Situation der osteuropäischen Judenheiten in der Zeit des Russländischen Reiches und nach der Oktoberrevolution sowie die aktuelle politische Situation für politisch Andersdenkende in der Sowjetunion dar. Der Weg ins Exil sei, so Abramovič, für russländische SozialistInnen zwangsläufig gewesen, da es keinen Kompromiss mit den Bol'sheviki hätte geben können. Die Sowjetunion sei eine große Gefahr für Judenheit und ArbeiterInnenklasse zugleich. Das Hauptproblem bei Liessins Argumentation sah er aber darin, dass dieser von gänzlich falschen Prämissen ausginge. Die sozialistische und jüdische Zugehörigkeit dürfe nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr müsse ein echter marxistischer Sozialist zugleich proletarische und nationale Interessen im Blick haben: „Ein echter (d. h. marxistischer) Sozialist ist zur selben Zeit ein Sozialist und ein Jude.“<sup>14</sup>

Die dargestellten, ganz unterschiedlichen Diskussionen über das Verhältnis der drei in Berlin lebenden politischen Exilanten zur osteuropäischen Judenheit

---

11 Vgl. Akselrod, Pavel: Pogromen un di revolutzionere bevegung mit 43 iohr tsurik. Vi di yidishe sotsialisten hoben dan farshtanen zayne oyfgaben. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9.

12 Zitiert nach Abramovič, Rafail: *Di yidn un der rusisher bolshevizm. Der yidisher komunist un der yidgezkom*. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 12.

13 Abramovič, Rafail: *Di yidn un der rusisher bolshevizm. Der yidisher komunist un der yidgezkom*. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 12.

14 Abramovič, Rafail: *Di yidn un der rusisher bolshevizm. Der yidisher komunist un der yidgezkom*. In: *Di tsukunft*, Vol. 7 (1922), Nr. 12.



sind paradigmatische Beispiele dafür, dass in den 1920er Jahren unter osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen über individuelle wie kollektive Zugehörigkeiten zu Ethnos, Ideologie und Staatlichkeit debattiert wurde und dieses Dreieck der Zugehörigkeit miteinander verschränkt war. Viel deutet auch darauf hin, dass diese Debatten in verschiedenen Sprachräumen unterschiedlich geführt wurden. So wurde Aksel'rod in einem deutschsprachigen Nachruf aus dem Jahr 1928 zwar als „Sohn eines bettelarmen jüdischen Proletariers“<sup>15</sup> beschrieben, der „[a]us den tiefsten Niederungen der Rechtlosigkeit“<sup>16</sup> emporgestiegen sei. In seiner politischen Funktion wurde er dagegen lediglich als Russe, Europäer und Internationalist bezeichnet.<sup>17</sup> Dies unterschied sich von der bereits zitierten jiddischsprachigen Publikation, in der er als Teil einer zeitgenössischen „jüdisch-radikalen Intelligenz“<sup>18</sup> vorgestellt wurde.

Im eigenen Selbstverständnis der sich in den 1920er Jahren im Berliner Exil befindenden PolitikerInnen, teilweise auch erst angefacht durch äußere Zuschreibungen, verbanden sich Zugehörigkeitsverständnisse zum Sozialismus, zur Judenheit und zum osteuropäischen Herkunftsraum zu einer multiplen Zugehörigkeit. Diese hatte sich vor dem Ersten Weltkrieg im Kontext des Russländischen Vielvölkerstaats entwickelt. Nach dem Zusammenbruch des Russländischen Reiches verblieben die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen mit diesem multiplen Zugehörigkeitsgefühl, das nun jedoch weder in westeuropäischen Nationalstaaten noch in der Sowjetunion zu passen schien.

Die Antwort auf die Frage, inwieweit die osteuropäisch-jüdische Herkunft das politische Selbstverständnis und das sozialistische Handeln beeinflusste, unterschied sich von Person zu Person, teilweise sogar in Abhängigkeit von der jeweiligen Lebensphase. Gerade die Beispiele von Martov und Aksel'rod zeigen aber, dass diese Debatte nicht nur unter BundistInnen und ZionistInnen geführt wurde, die sich selbst als Teil einer jüdischen ArbeiterInnenbewegung verstanden. Sie wurde auch an Personen osteuropäisch-jüdischer Herkunft herangetragen, die sich der Sozialdemokratischen oder Sozialrevolutionären Partei angeschlossen hatten und sich als politische AkteurInnen mit ihrer eigenen jüdischen Herkunft vordergründig nicht beschäftigten. Revolutionäre Lebensgeschichten von „non-Jewish Jews“<sup>19</sup> wurden in jiddischer Sprache veröffentlicht und dadurch in die jüdische Publizistik der 1920er Jahre getragen. Ihre Lebenswege wurden als

---

15 Dan, Fëdor: Paul Axelrod. In: Die Gesellschaft, Vol. 5 (1928), Nr. 6.

16 Dan, Fëdor: Paul Axelrod. In: Die Gesellschaft, Vol. 5 (1928), Nr. 6.

17 Vgl. Dan, Fëdor: Paul Axelrod. In: Die Gesellschaft, Vol. 5 (1928), Nr. 6.

18 Akselrod, Pavel: Pogromen un di revolutsonere bevegung mit 43 iohr tsurik. Vi di yidishe sotsialisten hoben dan farshtanen zayne oyfgaben. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9.

19 Für den Begriff „non-Jewish Jew“ vgl. Deutscher, The non-Jewish Jew.

eine „von vielen möglichen Antworten auf die jüdisch-jugendlichen Suchbewegungen in der Moderne“<sup>20</sup> wahrgenommen. Die Publikation der revolutionären osteuropäisch-jüdischen Lebenswege von noch lebenden ParteipolitikerInnen hatte in der Zwischenkriegszeit aber noch zwei weitere Funktionen: Sie diente der Erinnerung an eine osteuropäisch-jüdische Lebenswelt,<sup>21</sup> die in dieser Form in der Sowjetunion bereits verschwunden war, und erschien zugleich als ein Angebot, Lehren für zeitgenössische gesellschaftspolitische Probleme zu ziehen.

Die genannten Politiker Martov, Aksel'rod, Abramovič und Kosovski waren Teil einer nach dem Ersten Weltkrieg in Berlin zusammengeführten und aus mehreren Dutzend Personen bestehenden Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Gemeinsam teilten sie „generationsspezifische Erfahrungsfristen und Erfahrungsschwellen“<sup>22</sup>, die sich in den beispielhaft beschriebenen multiplen Zugehörigkeiten manifestierten. Die osteuropäisch-jüdischen sozialistischen ExilantInnen waren geprägt von einem gemeinsamen „Lebensweg [...], der] darin besteht, einmalige oder wiederholte Erfahrungen zu machen und zu sammeln, zu regeln oder eben gemeinsame Erfahrungsschübe zu erleiden.“<sup>23</sup> Konkret handelte es sich dabei um einen osteuropäisch-jüdischen Erfahrungssatz, der generationsübergreifend wirkte, einen osteuropäisch-revolutionären Erfahrungsbefund, an dem sie als RevolutionärInnen mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit aktiv mitwirkten, und die für sie prägende Erfahrungsschwelle der Revolutionen von 1917 in Osteuropa, die für zahlreiche sozialistische AnführerInnen des Russländischen Reiches in eine lebenslange Emigrationszeit führte.<sup>24</sup>

Angelehnt an die theoretischen Überlegungen Reinhart Kosellecks handelte es sich bei der im Berlin der Weimarer Republik bestehenden Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen um eine zeitweilige Generationseinheit, die durch Migrationsbewegungen entstand und sich durch fortschreitende Migrationsbewegungen in den 1930er Jahren wieder auflöste. Der Soziologe Karl Mannheim definierte bereits in den 1920er Jahren eine Generationseinheit als Gruppe, die durch gemeinsame Schicksale verbunden ist und eine konkrete Verbundenheit durch ähnliche politische Einstellungen teilt. Er unterschied den Begriff Gene-

---

**20** Schüler-Springorum, Stefanie: „Dazugehören“: Junge jüdische Kommunisten in der Weimarer Republik. In: Hotam, Yotam (Hrsg.): *Deutsch-jüdische Jugendliche im „Zeitalter der Jugend“*. Göttingen 2009. S. 167–180. Hier S. 168.

**21** Für den Begriff „Lebenswelt“ vgl. Haumann, Heiko: *Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung*. Wien/Köln/Weimar 2012.

**22** Koselleck, *Zeitschichten*, S. 36.

**23** Koselleck, *Zeitschichten*, S. 36.

**24** Die Begriffe „Erfahrungssatz“, „Erfahrungsbefund“, „Erfahrungsschub“ und „Erfahrungsschwelle“ sind entnommen aus: Koselleck, *Zeitschichten*, S. 19–41.

rationseinheit von zwei größeren generationellen Zusammenhängen: vom Generationszusammenhang, dessen Mitglieder gemeinsame Schicksale teilen, und von der Generationslagerung, die ausschließlich durch das Leben im selben historisch-sozialen Raum verbunden ist.<sup>25</sup>

Generationstheoretische Ansätze fanden in der ArbeiterInnenbewegungsgeschichte bereits vielfältig Verwendung. In schon kurz nach dem Holocaust veröffentlichten jiddischsprachigen Nachrufen und Erinnerungspublikationen wird der Begriff *dor* [Generation] für die Charakterisierung der SozialistInnen osteuropäisch-jüdischer Herkunft genutzt. Eine solche Veröffentlichung stellt die Autobiografie des bereits genannten osteuropäisch-jüdischen Sozialisten Rafail Abramovič dar. Dessen Anspruch war es, nachfolgenden Generationen anhand seiner eigenen Biografie die Entscheidungen der *tuer* und *shrayber*<sup>26</sup> der heterogenen osteuropäischen revolutionären Bewegung um die Jahrhundertwende zu vermitteln. Sich und seine MitstreiterInnen charakterisiert er dabei als „Generation russisch-jüdischer Intellektueller, die sich an zwei Revolutionen beteiligte (1905 und 1917)“<sup>27</sup>. Seinem Verständnis nach gehörten dieser Generation ParteiführerInnen und TheoretikerInnen der SR, der SDAPR – sowohl Men’sheviki als auch Bol’sheviki – und des *Bund* sowie linke ZionistInnen an. Durch die Entwicklungen im Revolutionsjahr 1917 zerbrach die bis dahin durch einen gemeinsamen Gegner zusammengehaltene heterogene „russisch-jüdische Generation zweier Revolutionen“<sup>28</sup> und teilte sich in zwei politische Richtungen auf: eine sozialistisch-sozialdemokratisch und eine kommunistisch geprägte Bewegung.

Ebenfalls werden generationsbezogene Analysen in jüngeren Forschungsarbeiten vorgenommen. Der Historiker Henry J. Tobias unterscheidet zwischen zwei GründerInnengenerationen des *Bund*.<sup>29</sup> Yuri Slezkine beschreibt für die osteuropäisch-jüdische Lebenswelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Generationenkonflikt, aufgrund dessen viele junge Jüdinnen und Juden sich revolutionären

---

25 Vgl. Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen. In: Mannheim, Karl: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff. Neuwied/Berlin 1964. S. 509–565 [zuerst 1928]. Koselleck verwendet ebenfalls den Begriff der „Generationseinheit“, ohne ihn genauer zu definieren.

26 *Tuer* ist ein jiddischsprachiger Begriff, der politischen Aktivismus einer Person beschreibt. Für eine Begriffsannäherung vgl. Wolff, Neue Welten, S. 63–69. Unter den Begriff *shrayber* fasst Abramovič Personen, die journalistisch, publizistisch oder wissenschaftlich tätig waren und sich der revolutionären Bewegung zugehörig fühlten.

27 Abramovitsh: In *tsvey revolutsies*, Band 1, S. 3. Weitere Beispiele für die Verwendung des Generationenbegriffs sind: Levin-Shazkes, I.: A *dor* vos iz avek. In: *Der veker*, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5; Menes, *Der lebns-veg*; Aronson, *Rusish-yidishe inteligents*.

28 Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 1, S. 4.

29 Vgl. Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 236.

Bewegungen anschlossen.<sup>30</sup> Kürzlich publizierte Christina Morina anhand von neun europäischen Biografien eine Studie über die „Gründergeneration des Marxismus“<sup>31</sup>, die die marxistische Theorie in Europa verbreiteten. Morina zeigt, dass sich die Personen „in einem stetigen schriftlichen und mündlichen Austausch [befanden und] ein grenzübergreifendes Netzwerk [bildeten]“<sup>32</sup>. Zugleich werden generationenspezifische Erklärungsmuster in der Forschung kritisch betrachtet, da der Kollektivbegriff – solange keine Spezifizierung vorgenommen wird – eine große Unschärfe in sich trägt.<sup>33</sup> Die HistorikerInnen Ulrike Jureit und Michael Wildt verweisen deshalb darauf, dass sich generationelle Betrachtungen besonders dann anbieten, wenn historische Zäsuren eine Abgrenzung von vorherigen und nachfolgenden Generationen sinnvoll erscheinen lassen. Ferner betonen sie, dass in generationellen Forschungsarbeiten geprüft werden solle, inwieweit Generationszusammenhänge auch nur temporär Bestand gehabt haben könnten.<sup>34</sup>

Die von Wildt und Jureit formulierten Anregungen werden in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt. So wird die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen ausschließlich als ein temporärer, im Berliner Exil bestehender Zusammenhang verstanden. Aufgrund historischer Begebenheiten lässt sich die sozialistische Bewegung der osteuropäischen Judenheiten jedoch auch relativ deutlich von vorherigen und nachfolgenden Generationen abgrenzen: Erst Ende des 19. Jahrhunderts begann die Ausdifferenzierung säkularer politischer Gruppierungen innerhalb der osteuropäischen Judenheiten, wodurch sich eine quantitativ beachtenswerte Gruppe von Jüdinnen und Juden revolutionären Bewegungen anschloss.<sup>35</sup> Dieser revolutionäre Teil der osteuropäischen Judenheiten, zu dem auch die später im Berliner Exil lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen gehörten, stellte sich mit seinem politischen Engagement offen gegen Riten und Praktiken der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten, welche die politischen Einstellungen und Erfahrungen seit Generationen geprägt hatten.<sup>36</sup> Eine Abgrenzung von nachfolgenden Generationen ist auf zwei Ebenen zu vollziehen. Einerseits grenzten sich die osteuropäisch-jüdi-

---

**30** Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 121–207.

**31** Vgl. Morina, *Die Erfindung des Marxismus*.

**32** Morina, *Die Erfindung des Marxismus*, S. 17.

**33** Vgl. bspw. Lepsius, M. Rainer: *Kritische Anmerkungen zur Generationenforschung*. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*. Hamburg 2005. S. 45–52.

**34** Vgl. Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: *Generationen*. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*. Hamburg 2005. S. 7–26.

**35** Vgl. Jacobs, *Introduction*.

**36** Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 121–207.

schen SozialistInnen nach dem Ersten Weltkrieg deutlich von der vorherrschenden Politik in der Sowjetunion und damit auch von den sowjetischen Judenheiten ab. Noch bedeutender ist in diesem Zusammenhang jedoch die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges, welche die Zerstörung der bis dahin bestehenden heterogenen osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten zur Folge hatte. Weder in Osteuropa noch im Exil überlebte eine quantitativ größere unabhängige osteuropäische sozialistische Bewegung, für deren Erfolg die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen bis dahin gekämpft hatten.

Zur Annäherung an die während der Zeit der Weimarer Republik in Berlin lebende Exilgruppe werden im Folgenden zuerst die Erfahrungsebenen beschrieben, von denen die Gruppe bis zur Zeit der Emigration geprägt war. Unterteilt ist dies in eine Darstellung des osteuropäisch-jüdischen Erfahrungssatzes und der vor der Exilzeit gemachten osteuropäisch-revolutionären Erfahrungsbefunde. Bildlich gesprochen handelte es sich bei den Erfahrungen um einen Teil des Gepäcks, mit dem die ExilantInnen in die Weimarer Republik reisten. In der zweiten Hälfte dieses Kapitels erfolgt eine Charakterisierung der Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Hierbei werden Gruppenzusammensetzung, innere Heterogenität und äußeres Erscheinungsbild beschrieben. Besondere Berücksichtigung findet dabei das bereits aufgeführte Dreieck von osteuropäischer, jüdischer und sozialistischer Zugehörigkeit, das für die eigene Selbstverortung von großer Bedeutung war.

## 2.1 Osteuropäisch-jüdischer Erfahrungssatz

Generationsspezifische Ansätze setzen einen fortwährenden linearen Verlauf voraus, bei dem vorherige Generationen die nachfolgenden beeinflussen und prägen.<sup>37</sup> Dies kann durch eine bewusste Übernahme von Praktiken und Riten, durch eine unhinterfragte Übernahme von Gewohnheiten oder durch einen bewussten Bruch mit diesen geschehen.<sup>38</sup> Es kommt demnach weniger darauf an, ob die jeweiligen Individuen den kulturell tradierten Erfahrungen zustimmen. Allein die erzwungene Auseinandersetzung mit ihnen führt zu einer Prägung.

Der von Reinhart Koselleck geprägte Begriff des „Erfahrungssatzes“ beschreibt Prägungen, „die über die Erfahrung von Individuen und Generationen

---

<sup>37</sup> Vgl. Krejci, Erika: Innere Objekte. Über Generationenfolge und Subjektwerdung. Ein psychoanalytischer Beitrag. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg 2005. S. 80 – 107. Hier S. 80.

<sup>38</sup> Vgl. Jureit/Wildt, Generationen, S. 11.

hinausweisen“ und „bereits vor den jeweiligen zusammenlebenden Generationen angeboten wurden“.<sup>39</sup> Erfahrungssätze sind dabei ausschließlich als prägend, jedoch nicht als handlungsleitend zu verstehen, da jedes Individuum über eigene Entscheidungskompetenzen verfügt und eigene Handlungs- und Entscheidungsspielräume besitzt. Somit wirkten selbstverständlich auch auf die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen transgenerationelle Aspekte des osteuropäischen Judentums ein, die über Generationen hinweg entstanden waren und tradiert wurden. Im Gegensatz zur Zugehörigkeit zur revolutionären Bewegung setzte die osteuropäisch-jüdische Zugehörigkeit keine bewusste Entscheidung einer Person voraus, sondern war gesellschaftlich vorbestimmt. Im Folgenden werden transgenerationelle Aspekte des osteuropäischen Judentums sowie gesellschaftspolitische Zusammenhänge beschrieben, die auf die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen einwirkten.

In der Endphase des Russländischen Reiches befanden sich die osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten im Wandel. Während dieses Transformationsprozesses gab es unterschiedliche politische, religiöse, soziale und kulturelle Lebensentwürfe für Jüdinnen und Juden. Neben der ArbeiterInnenbewegung sind dabei im besonderen Maße die Hinwendung zum bürgerlichen Zionismus, zur religiösen Orthodoxie oder zum politischen Liberalismus sowie unterschiedliche Migrationsprozesse zu nennen.<sup>40</sup> Bereits erwähnt wurde, dass Jüdinnen und Juden, die sich revolutionären Bewegungen anschlossen, innerhalb der Judenheiten fortwährend in der Minderheit verblieben. Umgekehrt bestand jedoch auch im Russländischen Reich seit der Jahrhundertwende eine überproportional hohe Beteiligung von Jüdinnen und Juden in revolutionären Bewegungen.<sup>41</sup> Dieser Umstand ist auf besondere politische, soziale und ökonomische Voraussetzungen zurückzuführen, denen die osteuropäischen Judenheiten ausgesetzt waren.

Die christliche Mehrheitsgesellschaft begegnete Jüdinnen und Juden auch in Osteuropa aufgrund der Unterschiede in Religion, Sprache und Riten distanziert und zum Teil mit offener Ablehnung, welche sich auch in gewalttätigen antisemitischen Pogromen ausdrückte.<sup>42</sup> Jüdinnen und Juden blieben „Träger sozialer

---

<sup>39</sup> Koselleck, Zeitschichten, S. 25.

<sup>40</sup> Vgl. Polonsky, Antony: *The Jews in Poland and Russia. Volume II. 1881 to 1914.* Oxford/Portland/Oregon 2010. S. 17–38. Verschiedene osteuropäisch-jüdische Lebenswege um die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert stellt Vladimir Jabotinsky in seinem Roman „Die Fünf“ dar. In deutscher Übersetzung: *Jabotinsky, Vladimir: Die Fünf. Roman.* Berlin 2013 [zuerst 1936].

<sup>41</sup> Für quantitative Aussagen vgl. Jacobs, Introduction, S. 12–17; ebenso: Diner, Zur Einführung, S. 14.

<sup>42</sup> Eines der größten antijüdischen Gewaltereignisse in Osteuropa in der Frühen Neuzeit ist der Aufstand unter Bohdan Chmel'nyč'kyj im 17. Jahrhundert bei Kiew. Diesem fielen mindestens

Gegensätze<sup>43</sup> und fungierten seit der Frühen Neuzeit zugleich auf kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Ebene als MittlerInnen zwischen Stadt und Land. Heiko Haumann beschreibt Letzteres als ein „Spezifikum des Judentums in der europäischen Geschichte“<sup>44</sup>, welches durch Gewaltausbrüche immer wieder zerstört wurde.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen im östlichen Europa. Das aufstrebende Russländische Reich übernahm die Herrschaft über knapp die Hälfte des Gebietes der ehemaligen polnisch-litauischen Adelsrepublik samt der dort bestehenden ethnischen und konfessionellen Bevölkerungsstruktur.<sup>45</sup> Hierunter fielen zahlreiche Gebiete, in denen es einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil gab. Durch die militärischen Gebietseroberungen unter Zarin Katharina II. wurden die Judenheiten somit zur größten nichtslawischen und nichtchristlichen Minderheit innerhalb des Russländischen Reiches. Eine staatliche Volkszählung von 1897 ergab, dass über fünf Millionen Jüdinnen und Juden im Reich lebten – mehrheitlich auf dem Gebiet des früheren polnisch-litauischen Staates. Das entsprach knapp der Hälfte der damaligen jüdischen Weltbevölkerung, war jedoch weniger als 5 % der Gesamtbevölkerung des Reiches.

Der neue Staat behandelte die Judenheiten als eine besondere Minderheit. Das politische Verhalten bewegte sich dabei zwischen Ausgrenzung, Duldung und Assimilationserwartung. Eine gesetzliche Gleichstellung für Jüdinnen und Juden strebten die politischen Eliten nicht an: „On the one hand, its aim was to ‚civilize‘ the Jews and transform them into useful subjects of the tsar; on the other, it sought to minimize their ‚harmful‘ effect on the rest of the society.“<sup>46</sup> 1804 wurde ein Gesetz erlassen, das für die jüdische Bevölkerung besonders starke Auswirkungen hatte und bis kurz nach der Februarrevolution von 1917 Gültigkeit besaß. Demnach war es ihnen nur mit einer Sondererlaubnis möglich, außerhalb von städtischen Gegenden des sogenannten jüdischen Ansiedlungsrayons<sup>47</sup> zu sie-

---

20.000 Menschen zum Opfer. Vgl. Kappler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine. München 2009, S. 61f.

<sup>43</sup> Haumann, Heiko: Geschichte der Ostjuden. München 1990, S. 35.

<sup>44</sup> Haumann, Geschichte der Ostjuden, S. 33.

<sup>45</sup> Vgl. Kusber, Jan: Zwischen Duldung und Ausgrenzung. Die Politik gegenüber den Juden im ausgehenden Zarenreich. In: Engel-Braunschmidt, Annelore/Hübner, Eckhard (Hrsg.): Jüdische Welten in Osteuropa. Frankfurt am Main 2005, S. 45–64. Hier S. 48.

<sup>46</sup> Polonsky, The Jews in Poland and Russia, S. 3.

<sup>47</sup> Russisch: Черта постоянной еврейской оседлости. Der jüdische Ansiedlungsrayon umfasste die Gebiete der heutigen Republik Moldau, der baltischen Staaten, Belarus, der Ukraine und Teile des heutigen Polens sowie Westgebiete der heutigen Russländischen Föderation. Die politischen Entscheidungen, welche der Bildung des Ansiedlungsrayons vorausgingen, be-

deln. In diesem sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckenden westlichsten Gebiet des Staates lebte die überwiegende Mehrheit der Jüdinnen und Juden des Reiches. Ende des 19. Jahrhunderts stellten sie dort ungefähr 12 % der Gesamtbevölkerung; in städtischen Gebieten des Ansiedlungsrayons hatten sie teilweise einen weit höheren prozentualen Bevölkerungsanteil.<sup>48</sup>

Im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden innerhalb der jüdischen Gemeinden des Russländischen Reiches Reformbestrebungen. Die Bewegung der *Maskilim*, eine reformorientierte Gruppe, setzte sich im Sinne der *Haskala*<sup>49</sup> für die Reformierung jüdischer Gemeindestrukturen und religiöser Traditionen ein. Zugleich forderte sie die soziale und gesetzliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung innerhalb des Reiches. Auch aufgrund einer bis in die 1870er Jahre anhaltenden staatlichen Duldung entstand aus dieser Reformbestrebung eine neue Elite innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Wichtige politische Errungenschaften der *Maskilim* waren die Etablierung eines neuen Bildungskanons, die Eröffnung neuer Schulen und Rabbinerseminare sowie die Schaffung einer mehrsprachigen Presseöffentlichkeit.<sup>50</sup> Hieraus entstand „bei den jüdischen Schülern im Ansatz eine neue staatsbürgerliche Identität [...], gepaart mit einem romantischen russischen Patriotismus. Zugleich bemühten sich die *Maskilim* und Lehrer jüdische Gemeinschafts- mit europäischen Gesellschaftsvorstellungen, jüdisches mit bürgerlichem Selbstbewusstsein zu vereinbaren und auf die reichsrussischen Verhältnisse zu übertragen.“<sup>51</sup>

Ein wichtiger Vertreter der *Maskilim* und Mitbegründer einer jiddisch- und hebräischsprachigen Zeitung war Aleksandr Cederbaum.<sup>52</sup> Interessanterweise sollten mehrere von Cederbaums Enkelkindern wenige Jahrzehnte später Teil der revolutionären Bewegung werden. Zwei von ihnen, Julij Martov und Lidija Dan, lebten nach dem Ersten Weltkrieg als wichtige VertreterInnen der russländischen

---

schreibt Heiko Haumann in: Haumann, Geschichte der Ostjuden, S. 78–82. Haumann argumentiert, dass die Politik von Katharina II. die Grundlagen hierfür schuf, dass diese jedoch – anders als ihre NachfolgerInnen – aus einer zeitgenössisch „aufklärerisch-judenfreundlichen Politik“ heraus gehandelt habe. Haumann, Geschichte der Ostjuden, S. 78.

48 Vgl. Kusber, Zwischen Duldung und Ausgrenzung, S. 47; Nathans, Benjamin: Beyond the Pale. The Jewish Encounter with Late Imperial Russia. Berkeley/Los Angeles/London 2002. S. 4.

49 *Haskala* bezeichnet die jüdische Aufklärungsbewegung des 18. Jahrhunderts, die sich während des 19. Jahrhunderts auch im östlichen Europa ausbreitete.

50 Vgl. Dohrn, Verena: Jüdische Eliten im Russischen Reich. Köln/Weimar/Wien 2008. S. 406.

51 Dohrn, Jüdische Eliten im Russischen Reich, S. 405.

52 Aleksandr Cederbaum (1816–1893). Für nähere biografische Informationen vgl. Dohrn, Jüdische Eliten, S. 30; Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 25–29; Brym, Robert J.: The Jewish Intelligentsia and Russian Marxism. A Sociological Study of Intellectual Radicalism and Ideological Divergence. London/Basingstoke 1978. S. 40f.



Sozialdemokratie im Berliner Exil. Dieses Familienbeispiel stützt sehr plastisch die Beobachtung von Vera Broido, welche in ihren Lebenserinnerungen festhält, dass „[t]he revolutionary movement had the same social origins as the intelligentsia“<sup>53</sup>. Die *Maskilim* und später auch die jüdische ArbeiterInnenbewegung sahen sich in ihren Reform- und Emanzipationsbestrebungen mit einer „doppelt gerichteten Gegenidentität“<sup>54</sup> konfrontiert: gegen bestehende religiöse Autoritäten innerhalb des Judentums und gegen große Teile der nichtjüdischen Bevölkerung, die eine gesetzliche Gleichstellung der Judenheiten ablehnte.<sup>55</sup>

Die Historikerin Verena Dohrn beschreibt die Entstehung der jüdischen *Intelligenty*<sup>56</sup> und deren Zusammenspiel mit der staatlichen Weigerung gegen eine Fortsetzung der Reformpolitik ab den 1870er Jahren als Vorbedingungen für die sich später herausbildenden unterschiedlichen nationalen und revolutionären Strömungen innerhalb der osteuropäischen Judenheiten. Besonders die Begründung einer jüdischen Presse im Russländischen Reich und die Etablierung eines neuen Bildungskanons sieht sie als wichtige Errungenschaften, auf die einige Jahrzehnte später auch die jüdische ArbeiterInnenbewegung aufbauen konnte. Das Drucken von jiddischsprachigen Zeitungen eröffnete einen Weg der Kommunikation mit einem Großteil der jüdischen Bevölkerung Osteuropas, der zuerst von liberalen und später von revolutionär-marxistischen und nationaljüdischen Intellektuellen genutzt wurde.<sup>57</sup>

Es gibt verschiedene Erklärungsmuster dafür, dass es unter den osteuropäischen Jüdinnen und Juden im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sowohl in der Generation von Aleksandr Cederbaum als auch in der seiner Enkelkinder einen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung quantitativ höheren Anteil an Personen gab, die neuen Gesellschaftsutopien aufgeschlossen gegenüberstanden. Eines ist das in den osteuropäischen Judenheiten gelebte sprachliche, nationale und kulturelle GrenzgängerInnentum. Ein anderes der relativ hohe Alphabetisierungsgrad, der auf die frühkindliche religiöse Erziehung zurückzuführen ist. Jener ermöglichte es, politische Pamphlete zu lesen und diese selbst auszuformulieren.<sup>58</sup> Die oft

---

53 Broido, Vera: *Daughter of Revolution. A Russian girlhood remembered*. Constable/London 1988. S. 10.

54 Dohrn, *Jüdische Eliten*, S. 18.

55 Vgl. Dohrn, *Jüdische Eliten*, S. 18.

56 Begrifflich unterscheidet Dohrn zwischen einer liberal orientierten jüdischen *Intelligenty* und einer darauffolgenden nationalen und revolutionären jüdischen *Intelligentsija*. Vgl. Dohrn, *Jüdische Eliten*, S. 383–400.

57 Vgl. Fishman, David E.: *The Rise of Modern Yiddish Culture*. Pittsburgh 2005.

58 Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 121–207; Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 1, S. 14–16.

mals bereits in Kindesjahren erlernte Multilingualität der jüdischen Minderheit, deren Muttersprache – Jiddisch – sich von der Sprache der Heiligen Schrift – Hebräisch – ebenso wie von der administrativen Staatssprache – Russisch – und den Sprachen der christlichen NachbarInnen – Polnisch, Ukrainisch, Lettisch oder Belarussisch – unterschied, erleichterte den Zugang zu Bildung im Allgemeinen und zu Texten in unterschiedlichen Sprachen.

GrenzgängerInnentum und Mehrsprachigkeit waren besondere Merkmale der Kindheit und Jugend von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die auch in Lebenserinnerungen hervorgehoben werden. In ihnen wird die Relevanz von selbstorganisierten Bildungszirkeln für das Eintreten in revolutionäre Parteien in besonderer Weise betont. Häufig waren konspirative Studierendengruppen während der gymnasialen oder universitären Ausbildungszeit erste Anknüpfungspunkte zur revolutionären Bewegung.<sup>59</sup>

Seit den 1870er Jahren fand eine Ausdifferenzierung der liberalen politischen Elite der osteuropäischen Judenheiten in nationaljüdische und revolutionäre Bewegungen statt.<sup>60</sup> Diese Entwicklung stand in engem Zusammenhang mit der staatlichen Abkehr von der Duldung der durch die *Maskilim* angestoßenen Reformbemühungen und dem damit einhergehenden Widerruf der Akzeptanz jüdischer Bildungsreformen. Anders als zuvor ging das Bildungs- und Erkenntnisinteresse der jüdischen Bevölkerung nun einher mit gesellschaftlichem Ausschluss.

Diese Abkehr von liberalen Selbstverständnissen wurde durch die Pogromwelle der Jahre 1881/82 und ihre Nachwirkungen stark beschleunigt. Allein in diesen beiden Jahren fanden in mehr als 250 Orten Pogrome statt, bei denen Jüdinnen und Juden verfolgt, gedemütigt und verletzt und mindestens 35 ermordet wurden.<sup>61</sup> Der Ausbruch von einer in dieser Form bisher nicht dagewesenen Pogromstimmung im Land führte unter den Judenheiten zu großen Zweifeln über die eigene Sicherheit und das Verhältnis des Staates zur jüdischen Minderheit. Auch wenn die Pogrome nicht von staatlicher Seite organisiert waren,

---

**59** Vgl. Lebenserinnerungen und biografische Darstellungen von und über Rafail Abramovič, Eva und Mark Broido, Isai Judin, Franz Kursky, Alexander Stein, Vladimir Kosovskij und Lidija Dan: Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Bd. 1, S. 21–29; Broido, *Daughter of Revolution*, S. 16; Aronson, Isai Aizenshtat; Menes, *Der lebens-veg*; Hertz, Jacob Sholem: Vladimir Kosovski. In: *Doyres bundistn*, Vol. 1. S. 11–67; Stein, Alexander: *Erinnerungen eines Staatenlosen. 1881–1906* (unveröffentlichtes Manuskript). S. 19–24. Eingesehen in: IISH, *Alexander Stein Papers*, Nr. 2; Haimson, Leopold: Interview mit Lydia Dan. In: Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 73–76.

**60** Vgl. Dohrn, *Jüdische Eliten*, S. 383–400.

**61** Vgl. Polonsky, *The Jews in Poland*, S. 5.

duldete dieser zumindest publizistische Angriffe. Die Situation verschlechterte sich in den darauffolgenden Jahren weiter, in denen anstelle von Schutz- und Sicherheitsgarantien zahlreiche antijüdische Gesetze erlassen wurden. Eine besondere Einschränkung erfuhren jüdische Intellektuelle durch Zugangsbeschränkungen für weiterführende Schulen und Universitäten.<sup>62</sup> Anlass für die Gesetze bot das von der revolutionären Gruppe *Narodnaja volja* [Volkswille] durchgeführte und geglückte Attentat auf Zar Alexander II., an dem RevolutionärInnen jüdischer Herkunft beteiligt waren. Staatliche Strukturen konstruierten hieraus eine allgemeine Verbindung zwischen Judenheiten und revolutionärer Bewegung.<sup>63</sup>

Mit dieser staatlichen Rückkehr zu einer restriktiven Politik und Gesetzgebung sah die Mehrheit der Judenheiten den Versuch einer gesellschaftlichen Integration durch liberale Reformbestrebungen oder Assimilationsversuche als gescheitert an. Die Folge war eine ideologische Verschiebung innerhalb der ost-europäisch-jüdischen Intellektuellenkreise: Anstelle der bisher vorherrschenden liberalen Reformkonzepte stieg das Interesse an radikaleren politischen Lösungswegen für den Kampf um Emanzipation. Nationale und revolutionäre Gruppierungen erhielten auf diese Weise stärkeren Zuspruch.<sup>64</sup>

Das steigende Interesse an Konzepten der ArbeiterInnenbewegung resultierte auch aus den ökonomischen Veränderungen der Zeit. Die voranschreitende Industrialisierung des Russländischen Reiches führte zu einem „radikal[en] sozialökonomische[n] Strukturwandel“<sup>65</sup>, den Ende des 19. Jahrhunderts zuerst die Stadtbevölkerung im Westteil des Landes zu spüren bekam. Hiervon war der Ansiedlungsrayon, in dem die jüdische Bevölkerung fast ausschließlich in städtischen Ballungsgebieten lebte, in besonderer Weise betroffen. Massenarbeitslosigkeit durch Umstellung auf industriell-maschinelle Produktionsformen, Fließbandarbeit sowie fehlende ArbeitnehmerInnenrechte und fehlender Arbeitsschutz waren dort in besonderem Maße zu spüren.

Im Zuge der antisemitischen Pogromstimmung und des gesellschaftlichen Ausschlusses, der rasanten ökonomischen Veränderungen und innerjüdischen Reformbestrebungen positionierte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die

---

**62** Für die Beschränkung der Beteiligung von Jüdinnen und Juden an staatlichen Bildungseinrichtungen sowie weiteren Einschränkungen der Rechte der jüdischen Bevölkerung im Russländischen Reich ab 1881 vgl. Mümken, Jürgen: Der permanente Pogrom gegen die russischen Jüdinnen und Juden (1881–1903). In: Hohmann, Andreas W./Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischinew. Das Pogrom 1903. Lich 2015. S. 23–40. Hier S. 32–40.

**63** Herbeck, Das Feindbild vom „jüdischen Bolschewiken“, S. 53–56.

**64** Vgl. Polonsky, The Jews in Poland, S. 21; Nathans, Beyond the Pale, S. 8.

**65** Haumann, Auf dem Weg zu neuen Selbstverständnissen, S. 399.

revolutionäre Bewegung als Alternative zur Lösung gesellschaftspolitischer Fragen der Zeit.<sup>66</sup> Zweifelsohne gab es auch vor 1881 Jüdinnen und Juden aus dem Russländischen Reich, die sich an revolutionären Kleingruppen beteiligten. Dies erscheint aber nicht als besonders bemerkenswert, sondern beschreibt lediglich die jüdische Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen der Zeit.<sup>67</sup>

Auf das Phänomen einer überproportional hohen Beteiligung von Jüdinnen und Juden in der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung wies Karl Kautsky bereits in den 1920er Jahren hin. Er schrieb:

Der Zarismus und seine Anhänger haben es oft genug verstanden, jede Regung des Volkszorns von sich ab gegen die Juden zu lenken. [...] Die Juden waren nicht bloß der gedrückteste, gequälteste Teil des russischen Volkes, sondern auch, dank ihrer tausendjährigen städtischen Kultur, die rührigsten, aufgewecktesten und, sobald es ihnen gelungen war, die Schranken der Orthodoxie zu überschreiten, auch die für neue Ideen empfänglichsten Teile des russischen Volkes. Kein Wunder, daß aus ihren Reihen weit mehr Revolutionäre stammten, als ihrem Prozentsatz in der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte.<sup>68</sup>

Diese sich nun organisierende und in sich noch einmal ausdifferenzierende Gruppe osteuropäisch-jüdischer RevolutionärInnen war etwas Neues. Nichtsdestotrotz wirkte auch auf ihre Mitglieder der beschriebene transgenerationale Erfahrungssatz, bestehend aus Erfahrungen von Ausgrenzung, GrenzgängerInnentum, Multilingualität sowie kultureller und religiöser Differenz. Selbst jüdische RevolutionärInnen, die sich von den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten weitestgehend lossagten, trugen diesen Erfahrungssatz mit sich. Zugleich konnten sie durch politische und gesellschaftliche Umstände, fremde Zuschreibungen und fortwährenden Antisemitismus auf ihre jüdische Zugehörigkeit zurückgeworfen werden.

## 2.2 Revolutionäre Erfahrungsbefunde

Das politische Engagement von Jüdinnen und Juden innerhalb der revolutionären Bewegung im östlichen Europa erstreckte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts

---

**66** In zahlreichen Forschungsarbeiten ist bereits darauf hingewiesen worden, dass spätestens ab diesem Zeitpunkt nicht mehr von einer osteuropäischen Judenheit, sondern von einer Vielzahl osteuropäischer Judenheiten gesprochen werden muss. Vgl. bspw. Golczewski, Frank: Jüdische Welten in Osteuropa? In: Engel-Braunschmidt, Annelore/Hübner, Eckhard (Hrsg.): Jüdische Welten in Osteuropa. Frankfurt am Main 2005. S. 13–28.

**67** Vgl. Mendes, Jews and the Left, S. 25–36.

**68** Kautsky, Karl: Die Internationale und Sowjetrußland. Berlin 1925. S. 50 f.

über die gesamte Vielfalt der zeitgenössischen sozialistischen Parteien. Einerseits gab es explizit jüdisch-revolutionäre Parteien, unter denen die quantitativ bedeutendsten der *Bund* und die *Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterpartei Poale Tsion* (Poale Tsion) waren. Daneben gab es auch kleinere jüdische revolutionäre Parteien, wie die *Zionistische Sozialistische Arbeiterpartei* und die *Jüdisch Sozialistische Arbeiterpartei*.<sup>69</sup> Andererseits standen auch nichtjüdische revolutionäre Parteien einer Beteiligung und Mitgestaltung von Jüdinnen und Juden weitestgehend offen gegenüber, was sie vom übrigen zeitgenössischen Parteienspektrum unterschied. Die zwei bedeutendsten nichtjüdischen revolutionären Parteien des Russländischen Reiches waren die SDAPR und die SR.

*Bund*, *Poale Tsion*, SDAPR und SR waren im jüdischen Ansiedlungsrayon aktiv. Sie unterschieden sich im revolutionären Verständnis und im Blick auf die jüdischen ArbeiterInnenschaft. SDAPR und SR lehnten einen explizit jüdischen Revolutions- und Emanzipationskampf ab und entwickelten keine eigene Programmatik, die ein Zusammenleben nationaler Minderheiten innerhalb eines Vielvölkerstaates regelte.<sup>70</sup> In beiden Parteien ging man davon aus, dass die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft eine gesellschaftliche Emanzipation der jüdischen Bevölkerung automatisch zur Folge hätte. Starke Unterschiede zwischen diesen beiden Parteien bestanden in Bezug auf das revolutionäre Subjekt. Die AnhängerInnenschaft der SR ging davon aus, dass die sozialistische Gesellschaft in einem agrarisch geprägten Land wie dem Russländischen Reich nur durch einen politischen Zusammenschluss aus städtischem Proletariat und Bauernschaft erreicht werden könne. Damit stand sie der *narodniki*-Bewegung nahe. Hingegen berief sich die 1898 gegründete SDAPR auf klassisch marxistische Theorien. Träger der sozialistischen Revolution war nach Ansicht ihrer AnhängerInnenschaft ausschließlich das durch die Industrialisierung stark anwachsende städtische Proletariat. *Bund* und *Poale Tsion* betonten wiederum stärker die besondere Situation der jüdischen ArbeiterInnenmassen. Als sowohl jüdische als auch revolutionäre Bewegung sahen sich beide Parteien in einem Kampf gegen

---

<sup>69</sup> Vgl. Jacobs, Introduction, S. 14–16.

<sup>70</sup> Im Russländischen Reich wurde zwischen einer Staatszugehörigkeit und einer nationalen Zugehörigkeit unterschieden, die auch als ethnische Zugehörigkeit beschrieben werden kann. In Ost- und Ostmitteleuropa entwickelten sich Nationalbewegungen bis 1917 innerhalb der imperialen Staaten Habsburger Reich, Russländisches Reich und Deutsches Reich. Alle drei Staaten bekämpften im eigenen Staatsgebiet die entstehenden Nationalbewegungen. In Bezug auf den russländischen Vielvölkerstaat wird in dieser Arbeit von nationalen Minderheiten gesprochen, da dies der von den Gruppen selbst gebrauchte Terminus war. Eine Besonderheit der jüdischen Minderheit gegenüber anderen russländischen Minderheiten bestand im Fehlen eines für ihre Nation zu beanspruchenden eindeutigen Territoriums in Osteuropa.

eine doppelte Unterdrückung: gegen die Ausbeutung der ArbeiterInnenschaft im Allgemeinen und die Unterdrückung der Judenheiten im Speziellen. Letzteres drückte sich durch vorherrschenden Antisemitismus und politische Ungleichbehandlung aus. Der 1897 gegründete marxistisch orientierte *Bund* entwickelte dafür wenige Jahre nach seiner Gründung das Konzept einer jüdischen national-kulturellen Autonomie. Dieses sah einen multinationalen sozialistischen Staat vor, der nationalen Minderheiten in den Themenbereichen Bildung, Sprache und Kultur weitgehende Autonomierechte zugestand, in anderen Bereichen wie der Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik jedoch gesamtstaatliche Konzepte entwickeln müsse.<sup>71</sup> Sozialistische ZionistInnen traten dagegen für einen eigenständigen jüdischen Staat im Mandatsgebiet Palästina ein. Aus der zionistischen Bewegung sollte später die territorialistische Bewegung hervorgehen, deren AnhängerInnenschaft für einen jüdischen Nationalstaat mit Staatsterritorium außerhalb des Nahen Ostens eintrat. Dies fand in den 1920er Jahren auch in der sowjetischen Propaganda durch die Gründung des jüdisch-autonomen Oblast *Birobidžan* Widerhall. Daneben gab es in der Zwischenkriegszeit jedoch zahlreiche weitere angedachte territorialistische Konzepte, die unabhängig von der sowjetischen Propaganda entwickelt wurden, allerdings niemals oder nur in begrenztem Umfang realisiert werden konnten.<sup>72</sup>

Die beschriebenen Parteien bildeten die zeitgenössische Vielfalt des revolutionären Parteienspektrums ab, zwischen dem sich osteuropäisch-revolutionäre Jüdinnen und Juden seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu entscheiden hatten. Selbstredend sagte eine Parteizugehörigkeit nicht nur etwas über das revolutionäre, sondern auch immer etwas über das individuelle jüdische Zugehörigkeitsverständnis aus. So blieben die unterschiedlichen Positionierungen qua Parteizugehörigkeit auch stets ein Ausgangspunkt für kontroverse Debatten zwischen osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen.<sup>73</sup> Ebenso lassen sich aber auch Ge-

---

71 Für das Konzept der national-kulturellen Autonomie vgl. Gechtman, National-Cultural Autonomy and „Neutralism“.

72 Vgl. Brenner, Michael: Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute. München 2016. S. 112–120. Ein Beispiel ist das territorialistische Konzept der Krimbesiedlung; vgl. hierzu auch Kapitel 4.2.4.

73 Beispielsweise sah der Bundist Jacob Sholem Hertz die Debatte um Autonomierechte für den Bund auf dem zweiten Parteitag der SDAPR im Jahre 1903 als „primarily an internal Jewish affair. It was a continuation of the conflict in various forms and guises throughout Jewish history between the strivings for survival and the tendencies to dissolution.“ Grundlage für seine Annahme ist der Fakt, dass die Resolution gegen die Autonomiebestrebung des *Bund* von Julij Martov und elf weiteren SozialistInnen jüdischer Herkunft eingereicht wurde. Hertz, Jacob Sholem: The Bund's Nationality Program and Its Critics in the Russian, Polish and Austrian Socialist Movements. In: YIVO Annual of Jewish Social Science. New York 1969. S. 53–67. Hier S. 66f. Zu der

meinsamkeiten zwischen den osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen vor der Februarrevolution von 1917 benennen, die in drei Überzeugungen zusammengefasst werden können: Alle osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen sahen sich in einem Kampf für eine gerechtere Gesellschaft, sie wollten durch ihr politisches Engagement auf Grundlage von klassentheoretischen Ansätzen die Emanzipation der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenschaft voranbringen und sie betrachteten die bestehenden staatlichen Strukturen als Gegner. Dieser osteuropäisch-revolutionäre Erfahrungsbefund, den auch die später im Berliner Exil lebenden SozialistInnen teilten, wird nachfolgend anhand von Lebenserinnerungen skizziert. Zusammen mit dem bereits ausgeführten Erfahrungssatz bildete er den Erfahrungshintergrund, auf den alle osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil zurückgriffen.

### 2.2.1 Erste Überschneidungen zwischen osteuropäisch-jüdischen und revolutionären Lebenswelten

Die in Kapitel 2.1 beschriebene inner-jüdische Reformbewegung der *Maskilim* schaffte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts besonders im Bereich der Bildung und Presse Handlungsräume, die in den darauffolgenden Jahrzehnten auch den revolutionären Parteien Osteuropas zugutekamen. Anhand der in den 1920er Jahren in russischer und jiddischer Sprache publizierten Lebenserinnerungen von Pavel Aksel'rod lässt sich nachvollziehen, welche Bedeutung Bildung und Selbstorganisation für die im Laufe des 19. Jahrhunderts vonstattengehende Verschränkung von Teilen der osteuropäisch-jüdischen mit der revolutionären Lebenswelt hatte. In ihnen beschreibt der „*Rebbe* der sozialdemokratischen Bewegung“<sup>74</sup> einen engen Zusammenhang zwischen dem Erlangen säkularer Schulbildung und einem Heraustreten aus der traditionellen osteuropäisch-jüdischen Lebenswelt.

Aksel'rod wurde um das Jahr 1850 herum geboren.<sup>75</sup> Er entstammte einem jüdischen Elternhaus, in dem er eines von vier Geschwistern war, welches das

---

Thematik vgl. ebenfalls: Abramovič, Rafail: Di natsionale Frage in rusland. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 32 (1929), Nr. 11.597 (18.08.1929). S. 10.

<sup>74</sup> So eine Charakterisierung von Aksel'rod in einer jiddischsprachigen Publikation, die 1962 erschien: Aronson, Grigorij: Pavel Akselrod un Iuli Martov, der rebe un der talmid. In: Aronson, Rusish-yidische inteligents. S. 92–104.

<sup>75</sup> Aksel'rod wusste sein genaues Geburtsjahr und seinen genauen Geburtsort nicht. Vgl. Akselrod, Pavel: Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne werter durkh Vl. Voytinsky un tsugeshtikt zu der „tsukunft“. In: Di tsukunft, Vol. 7 (1922), Nr. 3.

Kindesalter überlebte. Er selbst profitierte von der in den 1860er Jahren in Kraft tretenden Schulreform im Russländischen Reich, die es Kindern aus ärmeren sozialen Verhältnissen ermöglichte, eine Schule zu besuchen und säkulare Bildung zu erfahren.<sup>76</sup> Seine ersten Schuljahre verbrachte Aksel'rod in der Stadt Šklov<sup>77</sup>; später besuchte er das Gymnasium im einige Kilometer entfernten Mohilov.<sup>78</sup> Die erworbenen Fähigkeiten im Lesen und Schreiben und der Austausch mit LehrerInnen eröffneten ihm einen Zugang zu einer anderen sozialen Schicht. In seinen Erinnerungen beschrieb er seine damalige Wahrnehmung folgendermaßen:

Ich habe in einer Welt von halb-fantastischen und idealen Personen gelebt. Ständig habe ich mich in einem stark erhöhten Zustand befunden. Hieraus entstand das Verlangen, meine Stimmung mit anderen zu teilen, mit den Unsrigen, damit auch sie sich für die neuen Horizonte begeistern können, die sich mir geöffnet haben. Das meint, das Wissen mit den jüdischen Freunden, der jüdischen Jugend, zu der ich Kontakt hatte, zu teilen, da ich in bekannten und wohlhabenden Haushalten Nachhilfe gab.<sup>79</sup>

Aus dem Zitat wird deutlich, dass Aksel'rod in jungen Jahren seine Schulbildung besonders dazu nutzte, um zwischen jüdischen und nichtjüdischen Lebenswelten zu vermitteln. Einige Jahre später ermöglichten ihm seine Alphabetisierung und seine literarische Bildung jedoch auch den Eintritt in die revolutionäre Bewegung. Erste Zugänge fand er beim Lesen von Theoretikern wie Ferdinand Lassalle, Karl Marx und insbesondere Mikhail Bakunin, dessen Theorien ihn in der Frühphase seiner politischen Tätigkeit besonders überzeugten.<sup>80</sup> Schreib- und Lesefähigkeiten wurden für ihn nun zu zentralen Mitteln für die Verbreitung revolutionärer Theorien unter der weniger gebildeten Dorfbevölkerung.<sup>81</sup> Dies geschah durch Alphabetisierungskurse, die Aksel'rod zu Beginn der 1870er Jahren für die christliche Bevölkerung in der Umgebung Kiews anbot.<sup>82</sup>

---

**76** Vgl. Akselrod, Pavel: Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne werter durkh Vl. Voytinsky un tsugesihkt zu der „tsukunft“. In: Di tsukunft, Vol. 7 (1922), Nr. 3.

**77** Heutiger Städtename: Škloū.

**78** Mohilov ist heute eine mittelgroße Verwaltungsstadt im Osten des Landes Belarus.

**79** Akselrod, Pavel: Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugesihkt tsu der ‚tsukunft‘. In: Di tsukunft, Vol. 7 (1922), Nr. 4.

**80** Vgl. Akselrod, Pavel: Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugesihkt tsu der ‚tsukunft‘. In: Di tsukunft, Vol. 7 (1922), Nr. 5.

**81** Vgl. Akselrod, Pavel: Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugesihkt tsu der ‚tsukunft‘. In: Di tsukunft, Vol. 7 (1922), Nr. 7.

**82** Vgl. Akselrod, Pavel: Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugesihkt tsu der ‚tsukunft‘. In: Di tsukunft, Vol. 7 (1922), Nr. 6.



Ähnlich wie Aksel'rods Erinnerungen für die 1860er/70er Jahre verdeutlichen, teilten auch die in den 1880er/90er Jahren sozialisierten osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ein bildungspolitisches Verständnis, das nun allerdings mit einer Entfremdung von Staat und Gesellschaft einherging. Aufgrund des Zusammenwirkens der schwierigen politischen und ökonomischen Situation erfolgte in diesen Jahrzehnten generell eine verstärkte Zuwendung zu sozialistischen Theorien in Teilen der osteuropäischen Judenheiten. Wichtige Erfahrungsschübe hierfür waren die antisemitischen Pogrome der Jahre 1881/82 sowie die zur selben Zeit aufkommenden Nationalbewegungen im Russländischen Reich. Große Teile der jüdischen Bevölkerung nahmen die im Vielvölkerstaat entstehende polnische, ukrainische oder litauische Nationalbewegung als exkludierend wahr, da in ihren Nationalkonzepten die jüdische Bevölkerung keine Berücksichtigung fand. Zugleich entstanden mit Bundismus und Zionismus auch eigene jüdische Nationalbewegungen.

Die Schulfreunde Vladimir Kosovski und Abraham Mutnik waren zwei osteuropäisch-jüdische Revolutionäre, die eng in die Gründung des *Bund* involviert waren. Anhand ihrer Jugendjahre kann die zu dieser Zeit stattfindenden Entfremdung von Schulsystem und Gesellschaft bei gleichzeitiger Etablierung von selbstorganisierten Bildungsstrukturen wie Studienkreisen, Lesezirkeln und Bibliotheksräumen unter den osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen verdeutlicht werden. Ihre Schulzeit in den 1880er Jahren empfanden Kosovski und Mutnik als gesellschaftlich einengend, was sie vor allem auf die unter den Lehrkörpern verbreiteten antisemitischen Einstellungen zurückführten.<sup>83</sup> Dies minderte jedoch nicht ihr Interesse an Bildung, weswegen sie noch während der Schulzeit zusammen mit weiteren FreundInnen in der Stadt Kovno<sup>84</sup> einen revolutionären Lesekreis gründeten, über den sie Kontakte zu Personen aus der revolutionären *Narodnaja-volja*-Bewegung herstellten. Ferner errichteten sie mit Unterstützung von außen eine Bibliothek, für die sie sowohl auf legalem als auch auf illegalem Weg Bücher anschafften, welche in staatlichen Bibliotheken nicht zugänglich waren. Aufgrund dieser als revolutionär eingestuften Betätigungen wurden beide Schüler noch vor dem Erlangen eines Abschlusses von der Schule

---

**83** Anders beschreibt dies Pëtr Garvi. Auch er schildert in seinen Erinnerungen eine Situation während einer universitären Aufnahmeprüfung, bei der ein Professor einen jüdischen Studienanwärter schlecht bewertet, was er auf antisemitische Einstellungen zurückführt. Garvi schreibt jedoch, dass zu dieser Zeit Antisemitismus unter Professoren nicht geäußert wurde und der genannte Professor eine Ausnahme darstellte. Vgl. Garvi, *Zapiski Sotsialdemokrata*, S. 149 f.

**84** Der heutige Stadtname ist Kaunas.

verwiesen – eine repressive Maßnahme, die sie nur noch stärker in die revolutionäre Bewegung eintauchen ließ.<sup>85</sup>

Arkadi Kremer,<sup>86</sup> Gründungsmitglied des *Bund*, verwies auf diese enge Verflechtung von Studienzirkeln mit den zum Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden jüdischen revolutionären Parteien, die sich auch in zahlreichen weiteren Lebenserinnerungen von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen wiederfindet.<sup>87</sup> Für Kremer entstand mit der Gründung des *Bund* keine neue revolutionäre Organisation; vielmehr habe damit die Zusammenführung von bereits bestehenden jüdischen revolutionären Zirkeln stattgefunden.<sup>88</sup>

Mit der Gründung mehrerer revolutionärer Parteien ging um die Jahrhundertwende eine Zentralisierung sowie eine Stärkung des Beziehungsgeflechts zwischen den einzelnen im Land bestehenden revolutionären Zirkeln einher. Zugleich sah sich die revolutionäre Bewegung des Russländischen Reiches aber fortwährend mit Verfolgung, Verhaftung und der Verbannung nach Fernost konfrontiert und jüdische RevolutionärInnen fürchteten nicht nur die staatliche Verfolgung, sondern auch die gesellschaftliche Ausgrenzung. Letzteres beschreibt Alexander Stein in seinen Lebenserinnerungen, aus denen gleichzeitig eine soziale Entfremdung vom eigenen Elternhaus aufgrund seines bildungspolitischen Aufstiegs herauszulesen ist:

[Während der Ferienzeit bei meinen Eltern] sah [ich] die Not, die Entbehrung, die Ruecks-taendigkeit, in der wir lebten. An die Stelle der romantischen Verklärung der Kinderjahre trat die nuechterne Erkenntnis der wirtschaftlichen Ungleichheit, die ich auch am eigenen Leibe zu spüren bekam. Ich empfand zugleich viel staerker als frueher die Entrechtung, die Diskriminierung, die Intoleranz, die Verfolgungen, denen namentlich die juedischen Massen in Russland ausgesetzt waren.<sup>89</sup>

---

**85** Vgl. Mutnik, Abraham: Bletlekh fun mayn leben. In: Di tsukunft, Vol. 18 (1933), Nr. 9.

**86** Arkadi Kremer wurde 1865 geboren und verstarb 1935. Für eine biografische Skizze vom „Father of the Bund“ vgl. Gechtman, Roni: Kremer Arkadii. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kremer\\_Arkadii](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kremer_Arkadii) [11.05.2019].

**87** Vgl. Abramovič, In tsvey revolutsies, Bd. 1, besonders S. 44–48; Stein, Erinnerungen eines Staatenlosen, S. 21 f.; Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 37–47; Broido, Daughter of Revolution, S. 16. Vgl. auch Brym, The Jewish Intelligentsia, S. 46 f.

**88** Vgl. Marten-Finis, Susanne: Wilna als Zentrum der jüdischen Parteiliteratur 1896 bis 1922. In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden, Vol. 10 (2000), Nr. 1. S. 203–243. Hier S. 206 f.

**89** Stein, Erinnerungen eines Staatenlosen, S. 11. Vgl. dazu auch Brym, The Jewish Intelligentsia, S. 42.

Bis zum Ersten Weltkrieg machten fast alle RevolutionärInnen Erfahrung mit staatlichen Repressionsformen.<sup>90</sup> Die Verfolgungsmaßnahmen, auch verbunden mit der realen Gefahr von Spitzeltätigkeiten innerhalb der Bewegung, führten innerhalb der in der Illegalität agierenden Parteien zu einem engen persönlichen Zusammenhalt. Zahlreiche Parteimitglieder entschieden sich aufgrund dieser Umstände, ihre revolutionäre Tätigkeit als lebensfüllende Berufung auszuüben, was zur Folge hatte, dass Wohnort, Arbeits- und Tätigkeitsfeld nicht mehr von ihnen selbst, sondern von Parteigremien bestimmt wurden. Diesbezüglich verweist Stein in seinen Lebenserinnerungen auf zu erlernende Regeln und Vorichtsmaßnahmen, die einen selbst, aber besonders den jeweiligen revolutionären Zirkel schützten: Zentraler Grundsatz war, dass die Interessen der Partei und die Sicherheit anderer RevolutionärInnen über dem persönlichen Wohlergehen standen.<sup>91</sup> Darüber hinaus gab es noch weitere Eingriffe in das Privatleben der in der Illegalität lebenden RevolutionärInnen. Ein sehr konkreter Eingriff war das Ersetzen des Geburtsnamens durch einen Revolutionsnamen, um niemanden aus dem eigenen bürgerlichen Familienkreis zu gefährden. Ebenso wurden Liebesbeziehungen und Familiengründungen durch die konspirative Arbeit verkompliziert. Sie waren meist nur im Rahmen der eigenen Parteigruppierung möglich, denn darüberhinausgehende Familienkonstellationen gefährdeten die konspirative Arbeit.<sup>92</sup>

Auch aufgrund der staatlichen Repressionsmaßnahmen bemühten sich die revolutionären Parteien frühzeitig um einen Austausch mit revolutionären Parteien im westlichen Europa. Dort entstanden vornehmlich in Universitätsstädten Unterstützungsgruppen über die wiederum Beziehungen zu anderen revolutionären Parteien geknüpft wurden. Eine besonders enge Beziehung bestand zu Parteien aus dem Deutschen Kaiserreich, die den osteuropäischen RevolutionärInnen bei der Produktion und beim illegalen Transport von Druckerzeugnissen ins Russländische Reich halfen. Ferner unterstützten deutsche SozialdemokratInnen einzelne osteuropäische SozialistInnen während ihrer Exilzeit bei organisatorischen Fragen, der Vermittlung von Arbeitstätigkeiten und Publikationsmöglichkeiten.<sup>93</sup>

Die Flucht ins Exil war für viele osteuropäische RevolutionärInnen eine weitere Begleiterscheinung der politischen Arbeit. Sie flohen zeitweilig ins eu-

<sup>90</sup> Vgl. bspw. Broido, *Daughter of Revolution*, S. 16–78.

<sup>91</sup> Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 27.

<sup>92</sup> Vgl. Abramovitsh, *In tsvey revolutsies*, Bd. 1, S. 219.

<sup>93</sup> Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 27; Menes, *Der lebns-veg*, S. 8f.; Martow, *Julius/Dan, Theodor: Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie*. Berlin 1926. S. 59. Vgl. auch Pickhan, Gertrud: *The Bund in Poland and German Social Democracy in the 1930s*. In: Altshuler, Mordekhai (Hrsg.): *History of the Jewish people*. Jerusalem 2000. S. 257–263.

ropäische Ausland, um einer Verhaftung oder Verbannung zu entkommen. Ihr Weg führte dabei zumeist über die russländisch-deutsche Grenze nach Königsberg oder Berlin. Dieser wurde in umgekehrter Richtung als Schmuggelroute für revolutionäre Publikationen genutzt.<sup>94</sup> Pavel Aksel'rod überquerte erstmalig im September 1874 illegal die Grenze Richtung Westen. Seine Reise führte ihn nach Berlin, Bern und Genf, bevor er im Sommer 1875 ebenfalls illegal wieder ins Russländische Reich zurückkehrte. In Berlin machte der junge Revolutionär Bekanntschaft mit deutschen Politikern wie Eduard Bernstein und Wilhelm Liebknecht. Er besuchte politische Versammlungen und erlernte die deutsche Sprache. Noch Jahrzehnte später zeigte sich Aksel'rod begeistert über die damals in Berlin stattfindenden Massenveranstaltungen der deutschen ArbeiterInnenbewegung.<sup>95</sup> Der intensive Austausch mit der deutschen Sozialdemokratie war für Aksel'rod ein gewichtiger Grund dafür, dass er sich von sozialrevolutionären Theorien lossagte und dem marxistisch begründeten Sozialismus zuwandte. Aufgrund dieses frühen Engagements gilt er neben Georgij Plekhanov und Vera Zasuliš als dritter Begründer der sozialdemokratischen Bewegung im Russländischen Reich.<sup>96</sup>

Auch Mutnik, der 1888 das Zarenreich für ein Studium in Berlin verließ, war genau wie Aksel'rod vom Aufeinandertreffen mit der deutschen ArbeiterInnen-

---

**94** Für das Schmuggeln deutschsprachiger sozialistischer Literatur in das Russländische Reich vgl. bspw. Stein, Alexander: Vorwort. In: Broido, Eva: Wetterleuchten der Revolution. Berlin 1929. S. 5–8; Haimson, The Making of Three Russian Revolutionaries, S. 107 f.; für die Rolle der Stadt Königsberg: Schüler-Springorum, Stefanie: Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preussen, 1871–1945. Göttingen 1996. S. 182–188.

**95** Vgl. Akselrod, Pavel: Memuaren. Farshrieben in rusish fun sayne verter durkh Vl. Voytinsky un tsugeshikt tsu der ‚tsukunft‘. In: Di tsukunft, Vol. 7 (1922), Nr. 9 und Nr. 10.

**96** Karl Kautsky beschrieb Aksel'rod 1925 anlässlich der Feier zu seinem 75. Geburtstag als einen der „Bahnbrecher des Marxismus in Russland [...] und] der Welt überhaupt“. Kautsky, Karl: Was uns Axelrod gab (unveröffentlichtes Manuskript). Hier S. 1. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. A 132. Dagegen weist Lidija Dan in einem Interview in den 1950er Jahren darauf hin, dass Aksel'rod im Gegensatz zu Plekhanov kein sozialistischer Theoretiker, sondern vor allem ein politischer Praktiker gewesen sei: Aksel'rod „had no philosophical training. I don't think he even knew Marx very well. Perhaps he knew Engels' political introduction better. He was more involved than Plekhanov in the local affairs of Swiss Social Democracy and was close to Greulich and others.“ Haimson, The Making of Three Russian Revolutionaries, S. 114. Eine ähnliche Unterscheidung zwischen TheoretikerInnen und PraktikerInnen der politischen Intellektuellen nimmt auch Abraham Ascher vor. Vgl. Ascher, Abraham: Introduction. In: Garvi, P. A.: Zapiski Sotsialdemokrata (1906–1921). Hrsg. vom Russian Institute der Columbia University. Newtonville, Ma. 1982. S. iii–xxiv. Hier S. iii.

bewegung begeistert.<sup>97</sup> Da Mutnik jedoch wegen revolutionärer Betätigung bereits nach einem Jahr wieder ausgewiesen wurde, konnte er sein Studium im Deutschen Kaiserreich nicht beenden. Er kehrte 1889 ins Russländische Reich zurück, wo er zuerst seinen Lebensunterhalt durch Privatunterricht verdiente. Daneben blieb er politisch aktiv und gründete auch an seinem neuen Wohnort eine Bibliothek für ArbeiterInnen. 1893 wurde er aufgrund politischer Tätigkeiten ein weiteres Mal verhaftet. Nach seiner Entlassung zog er nach Vilna, wo er sich der *Gruppe jüdischer Sozialdemokraten* anschloss. Die Gruppe, der zu dieser Zeit mit Kosovski, Judin und Martov auch weitere spätere Berliner ExilantInnen angehörten, tat sich im Herbst 1897 mit jüdischen revolutionären Gruppierungen aus anderen Städten zusammen und gründete den *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund*. Mutnik war nicht nur eines von neun Gründungsmitgliedern des *Bund*, sondern auch Mitarbeiter des ersten Zentralkomitees. Ebenso nahm er im Frühjahr 1898 als einer von drei *Bund*-Delegierten am Gründungstreffen der SDAPR teil, bei dessen Organisation und Planung die Bundisten eine herausragende Rolle einnahmen.<sup>98</sup> Nach einer erneuten Inhaftierung floh Mutnik wenige Monate später zum zweiten Mal nach Westeuropa und beteiligte sich bis 1906 am Aufbau von *Bund*-Auslandsvertretungsstrukturen. Erst die revolutionären Ereignisse von 1905 ermöglichten es ihm, ins Russländische Reich zurückzukehren. Die von ihm im Ausland erlernten Fähigkeiten der politischen Organisation und Agitation konnte er nun als Verwalter der Druckerei des *Bund* in Vilna anwenden.

Die anhaltende Verfolgung revolutionärer Parteien führte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer weiteren Verstärkung der Auslandsbeziehungen. Alle revolutionären Parteien des Russländischen Reiches gründeten Auslandsvertretungen in westeuropäischen Universitätsstädten, deren Mitglieder oftmals selbst ExilantInnen aus Osteuropa waren.<sup>99</sup> Sie versorgten politisch Gleichgesinnte in der Heimat mit illegalen Schriften, pflegten Kontakte zu anderen sozialistischen Parteien und akquirierten Gelder für den politischen Kampf in der Illegalität. Mit

---

97 Vgl. Mutnik, Abraham: Bletlekh fun mayn leben. In: Di tsukunft, Vol. 18 (1933), Nr. 10. S. 595 f. Auch Eva Broido verweist in ihren Erinnerungen auf den großen Einfluss der deutschen ArbeiterInnenbewegung auf ihren politischen Werdegang. Vgl. Broido, Eva: Wetterleuchten der Revolution. Berlin 1929. S. 25–28.

98 Vgl. Martow/Dan, Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie, S. 35 f. und S. 65. Die zwei weiteren *Bund*-Delegierten waren Vladimir Kosovski und Arkadi Kremer.

99 Vgl. für *Bund*-Auslandsvertretungen Kursky, Frants: Di oyslendishe organizatsie fun „Bund“. In: Kursky, Frants: Gezamlte Shriftn. Herausgegeben vom Frants Kursky-bukh-komitet. New York 1952. S. 202–249; Weill, Claudie: Russian Bundists Abroad and in Exile, 1898–1925. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): Jewish Politics in Eastern Europe: The Bund at 100. Chippenham, Wiltshire 2001. S. 46–55. Ähnliche Strukturen unterhielten auch andere osteuropäische sozialistische Parteien in Westeuropa.

der Verstetigung der Auslandsvertretungen begannen sie, eigene Zeitungen zu produzieren, die ins Russländische Reich geschmuggelt wurden und zugleich einer politischen Positionierung innerhalb der revolutionären Bewegung Europas dienten.

### 2.2.2 Diversifizierung und Professionalisierung revolutionärer Parteien um die Jahrhundertwende

Seit den 1890er Jahren veränderten sich innerhalb der revolutionären Bewegung des Russländischen Reiches die Mehrheitsverhältnisse weg von den sozialrevolutionären, hin zu den sozialdemokratischen Parteien. Im Gegensatz zu sozialrevolutionären Theorien erschienen letztgenannte Parteien Antworten auf drängende politische und soziale Fragen der Zeit geben zu können. Hierzu zählten besonders die Bekämpfung der Armut unter der städtischen ArbeiterInnenschaft, die sich infolge der Industrialisierung verschärfte, und das Auseinanderdriften des Vielvölkerstaats aufgrund aufstrebender Nationalbewegungen. AnhängerInnen der SDAPR und des *Bund* erwarteten, dass dem Russländischen Reich eine vergleichbare ökonomische und gesellschaftspolitische Entwicklung bevorstand, wie es sie in Westeuropa bereits gegeben hatte. Ihren Erwartungen nach würde der Bevölkerungsanteil der städtischen ArbeiterInnenschaft mit der voranschreitenden Industrialisierung ansteigen, wodurch diese als gemeinsame Klasse im bisher agrarisch geprägten Reich an Relevanz gewänne.<sup>100</sup>

Als eine in städtischen Gebieten lebende Bevölkerungsgruppe waren Jüdinnen und Juden in besonderem Maße von den konkreten Folgen der Industrialisierung wie Armut, Arbeitslosigkeit und fehlenden ArbeitnehmerInnenrechten betroffen. Ferner bestärkte die wiederkehrende Pogromstimmung Teile der jüdischen Bevölkerung in der Überzeugung, dass nur ein gesellschaftlicher Umsturz zu politischen Verbesserungen führen könne. Auch jüdische RevolutionärInnen schlossen sich deshalb überwiegend sozialdemokratisch geprägten Parteien an. Die revolutionäre Bewegung und ihre Gesellschaftsutopien wurden als ein Ausweg aus der sich verschlechternden politischen und ökonomischen Lage betrachtet, zugleich zielte sie aber auch auf die Überwindung gesellschaftlicher Zwänge in den traditionellen osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten.

Die 1881/82 stattfindenden antisemitischen Pogrome waren der Beginn eines immer wieder aufkommenden Gefährdungspotenzials für die osteuropäischen

---

<sup>100</sup> Für verschiedene marxistische Revolutionstheorien zu Beginn des 20. Jahrhunderts vgl. Morina, *Die Erfindung des Marxismus*, S. 409–425.

Judenheiten. Jeweils mehrere hundert Todesopfer forderten allein die größten Pogrome in Kišinev in den Jahren 1903 und 1905 sowie in Odessa im Jahr 1905.<sup>101</sup> Wie bereits zu Beginn des Kapitels am Beispiel von Pavel Aksel'rod aufgezeigt, solidarisierten sich RevolutionärInnen jüdischer Herkunft mit jüdischen Pogromopfern und hinterfragten damit das sozialrevolutionäre Ideal einer gemeinsamen Revolution der ArbeiterInnschaft zusammen mit der russländischen Bauernschaft.

In den analysierten Lebenserinnerungen wird mehrmals auf Antisemitismus als ausschlaggebenden Faktor für das Engagement in revolutionären Bewegungen hingewiesen. Julij Martov benennt zum Beispiel die Ermordung des Zaren Alexander II. und die darauffolgenden Pogrome an der jüdischen Bevölkerung als eine Initialzündung für das eigene politische Engagement.<sup>102</sup> Der in seiner Kindheit christlich-orthodox getaufte Vladimir Voytinsky, dessen Vater vom Judentum zum Christentum konvertiert war, trat im Zuge seiner politischen Radikalisierung während des Revolutionsjahres 1905 zum Judentum über. Der Bundist Franz Kursky interpretierte diese Konversion später als eine „ethische Demonstration der Solidarität mit den Juden“<sup>103</sup>. Auch nennt der nichtjüdische Revolutionär Grigorij Denike die international beachtete antisemitische Dreyfus-Affäre als Grund für seine Hinwendung zu revolutionären Parteien. Die Rezeption der Dreyfus-Affäre in russischsprachigen Zeitungen sei für ihn ein wichtiger Wendepunkt in seiner frühen Kindheit gewesen:

I am convinced that this case [Anklage von Alfred Dreyfus in Frankreich] had in a decisive way influenced my future political thinking. [...] In January, 1897, it [Zeitung: Russkoe Slovo] published Emile Zola's letter „l'accuse“ and later daily reports about the Zola trial. I followed these reports with passionate attention. Zola's letter and the speeches of his lawyer, Labory, impressed me tremendously. Labory became my „hero“. It was not precisely the reading for a nine-year old boy. But my enthusiasm for the partisans of the revision pleased my father.<sup>104</sup>

---

**101** Für eine detaillierte Darstellung des Pogroms von Kišinev vgl. das Kapitel „Die Pogrome von Kischinew. Darstellungen, Einordnung, Reaktionen“ in: Hohmann, Andreas W./Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischinew. Das Pogrom 1903. Lich 2015. S. 21–137; für eine Darstellung des Pogroms von Odessa vgl. Polonsky, The Jews in Poland and Russia, S. 57 f.

**102** Vgl. Katchourovskaja, Die russische Öffentlichkeit, S. 57.

**103** Kursky, Franz: Fun iberzetsner. In: Voitinski, V[ladimir]: Dos iohr 1917. Erinnerungen. Abgedruckt in: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9. Trotz der Konversion sollte Voytinsky in der Folgezeit weder am jüdischen Kulturleben teilnehmen noch die jiddische oder hebräische Sprache erlernen.

**104** Denicke, Georg: Memoires. Kazan 1904–1905 (unveröffentlichtes Manuskript). S. 2. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Georg Decker. Decker lebte zur Zeit der Weimarer Republik als politischer Exilant ebenfalls in Berlin und trat dort der SPD bei.

Auf die allgemeine Bedeutung und die generelle Wahrnehmung der Dreyfus-Affäre innerhalb der osteuropäischen Judenheiten verweist auch Rafail Abramovič in seinen Erinnerungen.<sup>105</sup>

Die Beispiele zeigen, dass die Wahrnehmung von Antisemitismus einen Grund für den Beitritt in die revolutionäre Bewegung darstellte. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies besonders auf Jüdinnen und Juden als mögliche Betroffene zutraf, die zwangsläufig den sich gewalttätig ausdrückenden Antisemitismus als zeitgenössische zentrale Erfahrung von Ungleichbehandlung wahrnahmen. Die Beispiele belegen auch, dass innerhalb der revolutionären Bewegung die schwierige gesellschaftspolitische und soziale Situation der osteuropäischen Judenheiten und zum Teil auch anderer europäischer Judenheiten thematisiert wurde. Das politische Engagement von Jüdinnen und Juden in revolutionären Parteien ist somit auch als ein Bemühen um jüdische Emanzipationsbestrebungen im Russländischen Reich zu verstehen. All dies schloss jedoch keinesfalls einen gleichzeitig bestehenden Antisemitismus in Teilen der ArbeiterInnenbewegung aus.

Die revolutionäre Bewegung des Russländischen Reiches war um die Jahrhundertwende keine Massenbewegung, sondern wurde von kleinen konspirativen Gruppen in städtischen Ballungszentren getragen. Um größere politische Relevanz zu erlangen, versuchten sozialdemokratische Studienzirkel ab den 1890er Jahren, sich stärker gegenüber einer Beteiligung von ArbeiterInnen zu öffnen. Sie boten Lesekreise an, veranstalteten Abendvorträge und unterstützten die ArbeiterInnen beim Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen. Innerhalb der revolutionären Studienzirkel war der Umgang zwischen Personen unterschiedlicher Nationalitäten bereits weitgehend selbstverständlich. Anders sah dies jedoch innerhalb der ArbeiterInnenschaft aus, wo Trennungslinien anhand nationaler Zugehörigkeiten und Sprachkompetenzen weiter Bestand hatten. Die Agitation innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenschaft wurde deshalb zwangsläufig zur Aufgabe der osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen. Sie war zugleich mit einer Rückbesinnung auf die jiddische Sprache verbunden – Muttersprache der überwiegenden Mehrheit der jüdischen ArbeiterInnen. Flugblätter und Zeitungen wurden von nun an nicht nur in russischer, sondern ebenfalls in jiddischer Sprache publiziert. Osteuropäisch-jüdische RevolutionärInnen, die bisher im alltäglichen Leben Russisch sprachen, begannen nun selbst auf Jiddisch zu

---

105 Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 32.



kommunizieren und zu publizieren. Einige von ihnen mussten dafür erst selbst die jiddische Sprache erlernen.<sup>106</sup>

Bis zur Revolution von 1905 befanden sich die revolutionären Parteien im Russländischen Reich in einem Prozess, in dem ihre Parteiprogramme noch stark in Veränderung begriffen waren. Ein Beispiel hierfür ist der *Bund*, bei dem der Historiker Henry J. Tobias für die Gründungsphase zwischen einer „political mobilization“ und einer „economic mobilization“ unterscheidet.<sup>107</sup> Unter erstere subsumiert er klassische politische Parteitätigkeiten, letztgenannte beinhaltet die Fokussierung auf gewerkschaftliche Arbeit wie die Organisation von ArbeiterInnenstreiks für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Tobias argumentiert, dass der *Bund* in den ersten Jahren seines Bestehens beide Aufgaben erfüllte und sich erst später zu einer politischen Partei nach heutigem Verständnis entwickelte.<sup>108</sup> Die politischen Konzepte der national-kulturellen Autonomie, der *doykhayt* und der *yiddishkayt*,<sup>109</sup> die den Kern der ideologischen Ausrichtung der Partei ab 1905 beschreiben, bestanden noch nicht mit der Gründung der Partei, stattdessen ergaben sich diese aus einem mehrere Jahre andauernden Diskussionsprozess.

Ideologischen Suchbewegungen sind in dieser Zeit nicht nur anhand der Parteiprogramme feststellbar, sie lassen sich auch anhand der Biografien der RevolutionärInnen aufzeigen. Es fällt auf, dass bis 1917 zahlreiche osteuropäisch-jüdische SozialistInnen mindestens einmal ihre Parteizugehörigkeit wechselten. Beispielhaft können die Lebenswege von Elias Tsherikover und Nahum Gergel genannt werden. Tsherikovs politisches Engagement begann in der Zeit der Revolution von 1905 in sozialistisch-zionistischen Parteien. Wenige Jahre später wechselte er zur SDAPR, in die Fraktion der Men’sheviki.<sup>110</sup> Nahum Gergel war dagegen zu Beginn seiner politischen Tätigkeit Bundist; 1931 verstarb er im Exil allerdings als Anhänger des linken Zionismus.<sup>111</sup> Bereits weiter oben wurde der Wechsel von der *narodniki*-Bewegung in die Sozialdemokratie thematisiert, den besonders häufig jüdische RevolutionärInnen wie Pavel Aksel’rod und Abraham Mutnik vollzogen, deren Politisierung vor den 1890er Jahren stattfand. Diese

---

**106** Zum Beispiel benennt Stein den Bundisten Abraham Braun als jemanden, der erst um die Jahrhundertwende Jiddisch erlernte. Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 24. Vgl. auch Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 17.

**107** Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 49 – 59.

**108** Vgl. Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 49 – 59.

**109** Für die Konzepte vgl. Gechtman, *National-Cultural Autonomy and „Neutralism“*; Pickhan, Gertrud: *Yiddishkayt and class consciousness: the Bund and its minority concept*. In: *East European Jewish Affairs*, Vol. 39 (2009), Nr. 2. S. 249 – 263.

**110** 1907 wurde Tsherikover auf einer Parteikonferenz der SDAPR in St. Petersburg verhaftet. Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 128.

**111** Vgl. N. N.: N. Ju. Gergel’. In: *SV*, Vol. 11 (1931), Nr. 22. S. 16.

Wechsel der Parteizugehörigkeit sind in Teilen damit zu erklären, dass sich die Unterschiede zwischen den Parteien erst mit der Zeit herausbildeten und eine Gemeinsamkeit der revolutionären Parteien darin bestand, dass sie auf die bestehende Politik reagierten, jedoch wenig eigenen Gestaltungsspielraum hatten. Der Sturz der Regierung und der Aufbau einer neuen Gesellschaft waren zentrale Ziele aller revolutionärer Parteien. Zugleich verweisen sie aber auch auf einen sozialen Faktor: Das Engagement in revolutionären Parteien konnte nur illegal und in konspirativer Weise durchgeführt werden, wodurch das eigene politische Agieren auch vom sozialen Umfeld beeinflusst wurde und mitgetragen werden musste.

### 2.2.3 Revolution (1905), Reaktion und Erster Weltkrieg

Die Gründung der Auslandsvertretungen führte zu einer Zweiteilung der revolutionären Parteien. Wichtige Parteiinstitutionen, die im Russländischen Reich nur unter erschwerten Bedingungen agieren konnten, wurden ins Exil verlegt. Hierzu zählten die Redaktionen von Parteizeitungen, die ihre Publikationen ins Russländische Reich schmuggelten. Ebenso fanden Parteitage außerhalb des Reiches statt, da dort die politische Ausrichtung der Parteien offener diskutiert werden konnte. Eine Folge hiervon war, dass zahlreiche RevolutionärInnen mehr Lebenszeit im Exil als im Russländischen Reich verbrachten, wobei Bern, Zürich, London und Paris die wichtigsten Exilzentren der revolutionären Bewegung Osteuropas waren. Die Stadt Berlin war vor dem Ersten Weltkrieg weniger bedeutend, nichtsdestotrotz stellte sie aufgrund der Stärke der deutschen Sozialdemokratie und ihrer geografischen Nähe zum Russländischen Reich jedoch schon zu dieser Zeit einen wichtigen Knotenpunkt eines revolutionären Wissenstransfers zwischen Ost und West dar. Dieser Wissenstransfer entsprang aus der bereits beschriebenen illegalen Reiseroute revolutionärer AnführerInnen sowie der Bedeutung der Stadt als Schnittpunkt des Schmuggels von Publikationen von West nach Ost. Unter den „Berufsrevolutionären“<sup>112</sup>, die ihr politisches En-

---

<sup>112</sup> Der Begriff „Berufsrevolutionär“ wird von Alexander Stein in seinen Lebenserinnerungen verwendet. Für Stein stand ein Berufsrevolutionär in direkter ökonomischer und ideologischer Abhängigkeit zur jeweiligen Partei. Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 4. Abramovič benutzt in seinen Lebenserinnerungen den Terminus „professionelle Revolutionäre“. Zu diesen zählt er alle ParteipolitikerInnen, die eine Führungsaufgabe in lokalen Strukturen der Partei innehatten. Das Zentralkomitee war bei diesen Personen genau über die soziale, familiäre und ökonomische Situation sowie ihre Fähigkeiten und Interessen unterrichtet. Dieses Vorgehen verteidigte Abramovič und begründete es mit den parteipolitischen Aufgaben in der Illegalität. Verlässlichkeit sei hierfür

agement bereits vor dem Ersten Weltkrieg im Wechsel zwischen Osteuropa und westeuropäischem Exil ausüben mussten, befanden sich auch zahlreiche zur Zeit der Weimarer Republik in Berlin lebende osteuropäisch-jüdische SozialistInnen.

Aufgrund der zeitgleich bestehenden Parteien im Russländischen Reich und im Exil ist es sinnvoll, eine Betrachtung der revolutionären Bewegung im Wechselverhältnis zwischen Exiltätigkeit und politischer Aktivität im Inland vorzunehmen. Auffällig ist dabei, dass sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts – trotz bestehender Verbindungen – die politische Kultur in den Exilzentren deutlich von der innerhalb des Russländischen Reiches unterschied. Während im Reich aufgrund repressiver staatlicher Politik Kooperationen und Kommunikation zwischen unterschiedlichen Parteien und Parteisektionen notwendig erschienen, stand diesen im Ausland ein inhaltlicher Diversifizierungsprozess entgegen.<sup>113</sup> Dort bestimmten den politischen Alltag theoretische Debatten über Parteiausrichtungen und damit einhergehende Abgrenzungen zu anderen Parteien und Sektionen. Weniger wichtig, da schlicht unmöglich, waren konkrete politische Handlungen. Lidija Dan sprach deshalb davon, dass die RevolutionärInnen im westeuropäischen Ausland „reine Theoretiker und keine Praktiker“<sup>114</sup> gewesen seien.

Dennoch hatten die im Exil geführten theoretischen Debatten über parteipolitische Ausrichtungen Rückwirkungen auf die Gesamtparteien, wodurch wiederum grundlegende Trennlinien zwischen den revolutionären Parteien entstanden. Eine dieser Trennlinien verlief anhand der Frage, inwiefern Terroranschläge ein legitimes politisches Mittel seien. Ende 1901 zeigte sich das Zentralkomitee der SR hierfür offen; *Bund* und *Men'seviki* lehnten diesen Weg hingegen konsequent ab. Sie sahen in dem Beschluss der SR die Gefahr einer Delegitimierung der revolutionären Bewegung innerhalb der russländischen ArbeiterInnenschaft.<sup>115</sup> Auf dem SDAPR-Parteitag in Brüssel und London im Jahr 1903 sollten sich innerhalb der marxistischen Bewegung die bereits zuvor ent-

---

eine der wichtigsten Eigenschaften gewesen, die das Zentralkomitee zu bewerten hatte. Vgl. Abramovitsh, In *tsey revolyutsies*, Bd. 1, S. 216–218. Unter den in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen gab es sowohl „Berufsrevolutionäre“, die in Exilparteien arbeiteten, sowie andere sich den Handlungsräumen zugehörig führende ExilantInnen, die in Arbeitsfeldern wie dem Journalismus, der Wissenschaft, dem Verlagswesen oder als Kulturschaffende tätig waren. Vgl. hierzu vertiefend Kapitel 2.3 in dieser Arbeit.

**113** Für die Kooperation zwischen unterschiedlichen Parteien am Beispiel der Stadt Riga im Jahre 1904 vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 36.

**114** Zitiert nach: Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 70.

**115** Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 35f.; Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 155f.

standenen Trennlinien zwischen *Bund*, Men'sheviki und Bol'sheviki institutionell verfestigten.

Die Konflikte zwischen *Bund* und anderen sozialdemokratischen Parteirichtungen entfachten sich an weitreichenden Autonomieforderungen der jüdischen Parteisektion. Kurz vor dem Parteitag der SDAPR beschloss ein in Genf tagender *Bund*-Kongress einen 12-Punkte-Plan, der eine föderale Struktur der SDAPR forderte und dem *Bund* den alleinigen Vertretungsanspruch für das jüdische Proletariat zusprach.<sup>116</sup> Besonders letztgenannte Forderung stieß bei Bol'sheviki und Men'sheviki gleichermaßen auf Widerstand, sodass das 12-Punkte-Programm auf dem Parteitag der SDAPR keine Mehrheit fand. Da die *Bund*-Delegation über kein Verhandlungsmandat für ihre Positionen verfügte, sah sich diese nach dem Abstimmungsergebnis dazu gezwungen, den Parteitag zu verlassen. Die bis dahin bestehende enge Bindung zwischen *Bund* und SDAPR löste sich auf und sollte erst auf dem „Vereinigungsparteitag“ in Stockholm im Jahr 1906 erneuert werden. Die Debatten von 1903 wirkten jedoch bis in die Zwischenkriegszeit fort; Diskussionen über Autonomieverständnisse und Vertretungsansprüche wurden fortwährend in kontroverser Weise geführt.<sup>117</sup> Eine zweite auf demselben Parteitag ausgetragene Konfliktlinie betraf organisationstheoretische Fragen der in der Illegalität agierenden Partei. Sie führte zu der Fraktionsbildung zwischen Bol'sheviki und Men'sheviki, welche die Parteispaltung nach dem Ersten Weltkrieg bereits vorwegnahm. Während die Bol'sheviki das Konzept kleiner illegaler revolutionärer Zirkel präferierten und ihnen eine strenge Parteidisziplin vorschwebte, orientierten sich die Men'sheviki an Konzepten der politischen Massenmobilisierung, wie sie in Westeuropa von sozialdemokratischen Parteien bereits praktiziert worden waren. Besonders erbittert wurde diese Debatte zwischen Mitgliedern der im Exil agierenden *Iskra*-Redaktionsgruppe geführt, zu der auch die späteren Fraktionsanführer Lenin und Martov gehörten.<sup>118</sup>

Einen ganz anderen, für die gesamte revolutionäre Bewegung des Russländischen Reiches tiefgreifenden Wendepunkt stellte das Revolutionsjahr 1905 dar. Der Ausbruch der ersten Revolution im Russländischen Reich war eng mit der

---

**116** Vgl. Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 201–206; Martow/Dan, *Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie*, S. 85f.

**117** Vgl. Blatman, Daniel: *Bund*. In: YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bund> [20.05.2019]. Ein Bericht über den Stockholmer Parteitag befindet sich in: Woytinsky, Wladimir: *Wehe den Besiegten! Erinnerungen aus der russischen revolutionären Bewegung*. Berlin 1933. S. 35.

**118** Vgl. Hildermeier, Manfred: *Die Russische Revolution 1905–1921*. Frankfurt am Main 1989. S. 40. Hildermeier beschreibt den Parteitag von 1903 als „eigentlichen Gründungskongreß“. Davor habe die Partei ausschließlich „auf dem Papier“ bestanden.

schlechten politischen und wirtschaftlichen Situation im Land verbunden: Seit 1904 führte das Russländische Reich Krieg gegen Japan. Der Kriegszustand samt militärischen Verlusten hatte eine Verschlechterung der ökonomischen Situation für die Bevölkerung zur Folge, wodurch sowohl in der ArbeiterInnenschaft als auch im bürgerlich-liberalen Milieu das Vertrauen in die bestehende Regierung schwand. Die Folge war, dass sowohl bürgerliche Parteien als auch Parteien der ArbeiterInnenbewegung stärkeren Zuspruch verzeichneten. Im Laufe des Jahres 1905 spitzte sich die Lage zu; Massenversammlungen, Demonstrationen und politische Unruhen mehrten sich. Im September des Jahres folgte ein Generalstreik, der die Regierung am 17. Oktober 1905 dazu zwang, mit einem Manifest den Forderungen der Streikenden entgegenzukommen: Erstmalige Parlamentswahlen, politische Amnestie sowie Presse- und Versammlungsfreiheit wurden verkündet. Die Regierung hoffte, mit den Zugeständnissen das bestehende monarchische System zu erhalten und langfristig gestärkt aus dem Konflikt hervorzugehen.<sup>119</sup> Dem entgegengesetzt verstand die revolutionäre Bewegung die Zugeständnisse als politischen Sieg und befand sich für wenige Monate „wie im Rausch“<sup>120</sup>.

Besonders außerhalb von St. Petersburg wurde die im Herbst 1905 beginnende Streikbewegung in seinen Anfängen kaum von den sich in der Illegalität befindenden revolutionären Parteien getragen. Sie war vornehmlich ein Produkt massenhafter Unzufriedenheit in der Bevölkerung.<sup>121</sup> In seinen Erinnerungen betont Rafail Abramovič, dass weder SDAPR noch *Bund* die Intensität der Streikbewegung vorausgesehen hatten. Dafür spricht auch, dass die Parteiführung des *Bund* ihren sechsten Parteikongress im September 1905 in Zürich durchführte, wodurch sich zu Beginn des Generalstreiks die gesamte Parteiführung im Ausland befand. Sie verfolgte die Anfänge der revolutionären Entwicklungen ausschließlich anhand von Berichten ausländischer ZeitungskorrespondentInnen.<sup>122</sup> Nach Abramovič ist diese Fehleinschätzung der *Bund*-Parteiführung auf den vorherigen Bruch zwischen der jüdischen und der allgemeinen russländischen ArbeiterInnenbewegung zurückzuführen. Erstere habe das Potenzial der Unzufriedenheit unter russländischen ArbeiterInnen außerhalb des Ansiedlungsrays nicht erfassen können. Zugleich sah er in dem unerwarteten Streik-

---

**119** Vgl. Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, S. 40 – 45. Das Amnestiegesetz wird ebenfalls erwähnt in: Menes, *Der lebns-veg*, S. 25.

**120** Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 42.

**121** Vgl. Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Bd. 1, S. 222 – 226.

**122** Vgl. Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Bd. 1, S. 225 f.

ausbruch ebenso einen Beweis für die große Entfremdung zwischen den restlichen russländischen revolutionären Parteien und der ArbeiterInnenschaft.<sup>123</sup>

Das erlassene Amnestiegesetz für politisch Verfolgte ermöglichte politischen ExilantInnen 1905/06 eine legale Rückkehr ins Russländische Reich. Genau wie Abraham Mutnik nutzten viele RevolutionärInnen diese Möglichkeit. Sie beteiligten sich direkt nach ihrer Ankunft am Aufbau demokratischer Strukturen im Land, wodurch die bis dahin relativ unorganisierte Streikbewegung einen Übergang in parteipolitische Strukturen erfuhr. Besonders in Großstädten wurden Teile der revolutionären Parteien so schnell wie möglich in legale Organisationen umgewandelt. Ferner entstanden demokratische Rätestrukturen, oppositionelle Zeitungen wurden herausgegeben und politische Versammlungen durchgeführt. Der *Bund* übernahm innerhalb des Ansiedlungsrayons eine unumstrittene Führungsrolle; in Großstädten wie Moskau, St. Petersburg und Odessa dominierte die Fraktion der Men'sheviki die Rätestrukturen. Unter Führung Pavel Aksel'rods sah die SDAPR nun den Zeitpunkt gekommen, nach Vorbild des *Bund* und der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas die Verbindung zwischen Parteistrukturen und ArbeiterInnenmassen weiter voranzutreiben.<sup>124</sup>

Für die osteuropäisch-jüdische Bevölkerung hatte die Revolution einen „doppelten Charakter“<sup>125</sup>. Einerseits entstand innerhalb der jüdischen Bevölkerung eine erhöhte politische Mobilisierung und es entwickelte sich Hoffnung auf ein neues und gerechteres Gesellschaftssystem. Zionistische, liberale, sozialistische und territorialistische Parteistrukturen verzeichneten daher größere Zuläufe aus der jüdischen Bevölkerung heraus. Andererseits waren die revolutionären Entwicklungen begleitet von erneuten Pogromwellen, die als direkte Antwort radikaler NationalistInnen auf die Revolutionsbewegung verstanden werden mussten und weitaus mehr Todesopfer als die Pogromwelle der Jahre 1881/82 forderten.<sup>126</sup> Anders als erhofft blieben auch die restriktiven Sondergesetze gegenüber der Judenheiten bestehen. Das Zentralkomitee des *Bund* antwortete auf

---

**123** Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 222–224.

**124** Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 233; Haimson, Leopold: Russian Workers' Political and Social Identities: The Role of Social Representations in the Interaction between Members of the Labor Movement and the Social Democratic Intelligentsia. In: Zelnik, Reginald E. (Hrsg.): Workers and Intelligentsia in Late Imperial Russia: Realities, Representations, Reflections. Berkeley, Kalifornien 1998. S. 145–171. Hier S. 157.

**125** Polonsky, The Jews in Poland and Russia, S. 41.

**126** Vgl. Polonsky, The Jews in Poland and Russia, S. 41 f. Polonsky beschreibt drei Pogromwellen im Zeitraum der Revolution. Während die beiden ersten (1903 und 1904) noch starke Ähnlichkeiten mit den Pogromen von 1881 bis 1882 aufwiesen, war die dritte Pogromwelle (1905) auch eine direkte Antwort radikaler russischer NationalistInnen auf die revolutionären Entwicklungen. Sie war weitaus brutaler und forderte über 3.100 jüdische Todesopfer.

diese Entwicklungen mit einer zweigleisigen Strategie. Die neuen Freiheiten im Presse- und Versammlungsrecht wurden genutzt und legale Strukturen soweit möglich aufgebaut. Gleichzeitig blieben im Untergrund agierende Parteistrukturen und Kampforganisationen zum Schutz der jüdischen ArbeiterInnenschaft erhalten.<sup>127</sup>

Die Entwicklungen des Jahres 1905 hatten bis dahin noch nie dagewesene politische Freiheiten in Osteuropa zur Folge. Es entwickelte sich ein zeitlich begrenztes Momentum, in dem ein größerer politischer Gestaltungsraum erkämpft wurde und die Überwindung der Monarchie möglich erschien. Die Geschehnisse zeigten, dass Streikbewegungen und der Druck der Bevölkerung Veränderungen herbeiführen konnten:

Die revolutionäre Welle ist angewachsen und mit ihr zusammen wuchs beständig der Einfluss des „Bund“. Wenn ich in eine unserer Städte kam, fühlte ich mich wirklich wie der Vertreter einer einflussreichen Struktur, die sowohl von den Arbeitermassen als auch von der Intelligencija begeistert aufgenommen wurde. Diskussionen, die wir mit anderen Parteien und bourgeoisen Richtungen des jüdischen Volkes führten, endeten immer mit einem Triumph unsererseits.<sup>128</sup>

Die Stimmung in den ArbeiterInnenbezirken Vilnas beschrieb Abramovič als eine der „fieberhaften Aufregung“<sup>129</sup>. Fëdor Dan, der in St. Petersburg im Elternhaus von Lidija und Julij Martov unterkam, berichtete nach seiner Ankunft im Oktober 1905 in Briefen an Karl Kautsky und Viktor Adler euphorisch über die „fast vollständige Rede- und Versammlungsfreiheit“<sup>130</sup>. Auch wenn Dans erster Eindruck – „[m]an lebt hier wie im Taumel, die revolutionäre Luft wirkt wie Wein“<sup>131</sup> – wenige Tage später von den politischen und parteiinternen Schwierigkeiten gedämpft wurde, lassen seine Briefe eine kurze Zeit der erlebten politischen Aufbruchsstimmung erkennen.<sup>132</sup> Alexander Stein bewertete die Ereignisse des Jahres 1905 gar als „neue[n] Geschichtsabschnitt“<sup>133</sup>. Dem setzte er aber auch frühe Zweifel am Erfolg der Revolution entgegen, die aus dem Erstarken nationalistischer Bewegungen, Pogromen, der Zersplitterung des politischen Parteienspektrums und

---

**127** Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 228.

**128** Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 222.

**129** Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 227.

**130** Fëdor Dan an Viktor Adler, St. Petersburg 27.10.1905 [09.11.1905 – gregorianischer Kalender]. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Dokument 88a, S. 166.

**131** Fëdor Dan an Karl Kautsky, Petersburg 27.10.1905 [9.11.1905 – gregorianischer Kalender]. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 88, S. 165.

**132** Vgl. Briefe Nr. 88–90. In: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, S. 165–172.

**133** Stein, Erinnerungen eines Staatenlosen, S. 59.

einer allgemeinen Müdigkeit unter der revolutionären Bewegung resultierten. Stein argumentierte, dass die positiven Veränderungen zu schnell eingeführt worden und die Parteien hierauf nicht vorbereitet gewesen seien: „Der Uebergang von den gewohnten Methoden und Denkformen der konspirativen ‚Untergrundarbeit‘ zu den freien, legalen Methoden war zu ploetzlich, als dass ich mich ohne weiteres darin haette zurechtfinden koennen.“<sup>134</sup>

Die in der Illegalität jahrelang aufgebauten und eingespielten Strukturen mussten sich in kürzester Zeit neuen gesellschaftlichen Realitäten anpassen. Auf diese politische Wandlung waren die RevolutionärInnen nicht oder nur schlecht vorbereitet. In der Ende 1905 vorherrschenden euphorischen revolutionären Stimmung sei nach Stein unterschätzt worden, dass der Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung ein langfristiges Projekt sei, bei dem auch Schwierigkeiten zu überwinden seien.<sup>135</sup>

Trotz der beschriebenen Herausforderungen und gegenläufigen Entwicklungen erlebten die RevolutionärInnen die Teilhabe an einem großen gesellschaftspolitischen Moment, bei dem temporär gesellschaftliche Freiheiten erkämpft wurden.<sup>136</sup> Die politischen Geschehnisse von 1905 stellten eine Zäsur dar, aus der die revolutionäre Bewegung Osteuropas noch Jahre später Kraft und Hoffnung schöpfte. In einer Situation der ökonomischen und politischen Schwäche im Land hatte die revolutionäre Bewegung sich und der Regierung bewiesen, dass sie einen realen politischen Machtfaktor darstellte. Durch Streiks und Proteste wurde die Regierung gezwungen, ein – wenn auch politisch kaum durchsetzungsfähiges – Parlament wählen zu lassen; Rede- und Versammlungsfreiheit konnten temporär durchgesetzt und Parteistrukturen zum Teil legalisiert werden.<sup>137</sup> Eine weitere wichtige praktische Errungenschaft war die Einführung des passiven und aktiven Wahlrechts zumindest für die männliche Bevölkerung des Reiches. Auch wenn die meisten revolutionären Parteien zum Boykott der ersten Duma-Wahlen aufriefen, sollte die Erfahrung der erlebten revolutionären Stimmung für die revolutionäre Bewegung zwölf Jahre später von großem Nutzen sein.<sup>138</sup> Auch

---

**134** Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 54.

**135** Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 55–60.

**136** Vgl. hierfür bspw. die persönlichen Erinnerungen von Pëtr Garvi zum 20. Jahrestag der Ereignisse: Garvi, Pëtr: Dni bor’by. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 20. S. 3–8.

**137** Vgl. Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, S. 44–47 und S. 66.

**138** In seinen Erinnerungen beschreibt Vladimir Voytinsky den Widerspruch, den die ersten Duma-Wahlen in der sozialdemokratischen Bewegung auslösten. Über einen sozialdemokratischen Duma-Abgeordneten schrieb er: „Ein einfacher Bursche, nicht besonders gebildet, aber aufgeweckt und revolutionär gesinnt, fühlte er sich bei den Feierlichkeiten am 27. April [1906/10.05.1906] nicht sehr behaglich. Und nun wandte er sich mit treuherzigen Worten an die Menge, in der er Arbeitergesichter bemerkt hatte. Er sprach davon, daß er nicht auf seinen Wunsch in die



während der Zeit des Berliner Exils erfuhren die Ereignisse von 1905 in Form einer positiv konnotierten Erinnerung eine Würdigung.

Die politische Aufbruchsstimmung von 1905 war nur von kurzer Dauer. Langfristig muss sie als eine gescheiterte Revolution betrachtet werden, durch welche die bestehenden staatlichen Strukturen nicht im größeren Maße verändert wurden. In den darauffolgenden Jahren folgte im Russländischen Reich eine reaktionäre Politik, bei der revolutionäre ParteipolitikerInnen starkem Druck und verstärkter staatlicher Verfolgung ausgesetzt waren. Vladimir Voytinsky beschreibt sein Leben zwischen 1905 und 1917 als einen Weg durch „Verhaftung, Gefängnis, Befreiung, wieder Gefängnis, abermals ein kurzer Augenblick der Freiheit und dann wiederum für Jahre eisenvergitterte Fenster ... Kriegsgericht, Zuchthaus, Sibirien [...]“<sup>139</sup>. Seinen Äußerungen nach war dieser Lebensweg sinnbildlich für viele Schicksale innerhalb der revolutionären Bewegung nach 1905. Die BerufsrevolutionärInnen, die im Russländischen Reich verblieben, waren aufgrund der Repressionsmaßnahmen fast ausschließlich darauf bedacht, die bestehenden parteipolitischen Organisationen zu bewahren. Andere flohen abermals ins Exil nach Westeuropa und versuchten, dort politisch aktiv zu bleiben.<sup>140</sup> Ähnlich wie vor 1905 mussten wichtige Parteistrukturen ins Ausland verlegt und Parteitage außerhalb des Russländischen Reiches abgehalten werden. Trotz dieser angespannten Lage wurden auch die Debatten innerhalb der revolutionären Bewegung über ideologische Parteiausrichtungen und einen zielführenden Weg zur sozialistischen Gesellschaftsform fortgeführt. Ein stärker werdender Konflikt war der um politische Vorherrschaft zwischen BundistInnen und ZionistInnen innerhalb der osteuropäischen Judenheiten. Ebenfalls verschärften sich die Spannungen zwischen Men'sheviki und Bol'sheviki. Einige Men'sheviki sahen bereits vor dem Ersten Weltkrieg keine Grundlage mehr für eine Zusammenarbeit mit den Bol'sheviki.<sup>141</sup> Für viele schien der Parteizusammenhalt ausschließlich im gemeinsamen Ziel des Sturzes der Monarchie begründet zu sein.

Knapp zehn Jahre nach der gescheiterten Revolution im Russländischen Reich sollte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein weiteres einschneidendes Ereignis für die revolutionäre Bewegung darstellen. Der Kriegsbeginn wurde als

---

Duma gekommen war, die von den aufgeklärten Arbeitern boykottiert wurde. Ihm machte es nichts aus, daß er in der Duma war [...] Dieses Auftreten machte sogar auf die Boykottisten Eindruck, die bereit gewesen waren, jeden Arbeiter, der sich hatte wählen lassen, als einen Streikbrecher auszupfeifen.“ Woytinsky, *Wehe den Besiegten!*, S. 36.

**139** Woytinsky, *Wehe den Besiegten!*, S. 5.

**140** Vgl. Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, S. 69.

**141** Vgl. Garvi, *Zapiski Sotsialdemokrata*, S. XIV; Aronson, *Isai Aizenshtat*. Vgl. ebenso für die Zeit des Ersten Weltkrieges: Abramovitsh, *In tsvey revolyutsies*, Bd. 1, S. 390.

Niederlage nicht nur der osteuropäischen, sondern der gesamten revolutionären Bewegung Europas wahrgenommen und führte zum Scheitern der Zweiten Internationale, dem internationalen Zusammenschluss sozialistischer Parteistrukturen. Trotz ihrer Organisationskraft über nationale Grenzen hinweg gelang es den VertreterInnen der Internationale nicht, den Krieg zu verhindern. Das seit den 1890er Jahren vorherrschende Verständnis, dass Kriege zwischen Nationalstaaten abzulehnen seien, wurde durch die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Deutschen Kaiserreich untergraben. Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hatte die nationale Zugehörigkeit gegenüber dem sozialistischen Selbstverständnis gesiegt. Dem entgegen standen zahlreiche sich im Exil befindende osteuropäische RevolutionärInnen, die auch nach 1914 VerteidigerInnen des Anti-Kriegsbeschlusses der Zweiten Internationale blieben. Für sie war die einzig sinnvolle Positionierung ein Eintreten für die Beendigung des Krieges, um anschließend für die Verwirklichung des Sozialismus kämpfen. Ihr wichtigster westeuropäischer Exilort blieb auch während des Krieges die Schweiz, in der sich StaatsbürgerInnen des Russländischen Reiches auch nach 1914 frei bewegen und aufhalten durften.

Um ihren Positionen stärkeres politisches Gewicht zu verleihen, organisierten sie sich von dort aus mit anderen revolutionären VertreterInnen in der sogenannten Zimmerwalder Konferenz und verabschiedeten 1915 das Zimmerwalder Manifest.<sup>142</sup> Die KonferenzteilnehmerInnen setzten sich hierin für eine Reorganisation der Internationale und die Beendigung des Krieges ein. An der Konferenz nahmen unter anderem ParteivertreterInnen der Men'sheviki, Bol'sheviki, der SR und des *Bund* teil. Die später im Berliner Exil lebenden Julij Martov und Pavel Aksel'rod waren als Vertreter der Men'sheviki zugegen. Nach seinem Umzug von Wien nach Zürich wurde Rafail Abramovič zu einem *Bund*-Delegierten in der Zimmerwalder Gruppe.

Die überwiegende Mehrheit der später in Berlin lebenden ExilantInnen erlebte den Krieg entweder im ausländischen Exil oder in sibirischer Verbannung.<sup>143</sup>

---

**142** Für die Zimmerwalder Konferenz und ihr Entstehen vgl. Degen, Bernard/Richers, Julia (Hrsg.): *Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe*. Zürich 2015. Auf den S. 212–231 sind mehrere Manifeste der Zimmerwalder Bewegung abgedruckt. Ebenfalls: Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 1, S. 377f. Auch für die in Sibirien Verbannten spielte die Zimmerwalder Gruppe eine Rolle: Voytinsky spricht von einer „internationalistischen (zimmerwalder) Stimmung“ unter den politischen Verbannten in Irkutsk. Vgl. Voytinsky, Vladimir: *Dos iohr 1917*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9. Vera Broido beschreibt eine „anti-war declaration, which became known as the ‚Declaration of Siberian Internationalists‘.“ Broido, Daughter of Revolution, S. 61. **143** Aus der Gruppe der später in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen lebten zahlreiche Personen während des Kriegs im westeuropäischen Exil. Zu den Personen, die während des Ersten Weltkrieges in sibirischer Verbannung lebten, gehörten u. a. Fëdor und Lidija

Einige wenige, wie Daniel Tsharni und Aron Syngalowski, welche von der Regierung nicht explizit mit der revolutionären Bewegung in Verbindung gebracht wurden, wurden ins Militär eingezogen.<sup>144</sup>

Große Veränderungen brachte der Erste Weltkrieg auf den Gebieten Kongresspolens und des jüdischen Ansiedlungsrayons.<sup>145</sup> Einmal mehr sah sich die jüdische Bevölkerung des Russländischen Reiches zwischen den Fronten. Entwickelten sich zu Beginn des Kriegs unter den Jüdinnen und Juden des Russländischen Reiches patriotische Gefühle, die mit einer Hoffnung auf politische und gesetzliche Gleichstellung durch Kriegsteilnahme einhergingen, wich dieses Gefühl schnell einer Angst vor abermaligen Pogromen und Ungleichbehandlung, die sich auch durch Antisemitismus innerhalb der Armee des Russländischen Reiches ausdrückte.<sup>146</sup> Auf deutscher Seite bestand zu Beginn des Krieges eine taktische Anweisung darin, sich bei der Bevölkerung der nationalen Minderheiten Ostmitteleuropas als Befreier von der russischen Unterdrückung zu inszenieren. Hiermit gingen auch symbolpolitische Maßnahmen einher, wie die Freilassung des bundischen Anführers Vladimir Medem in Warschau im Jahr 1915. In begrenztem Maße wurde es diesem und seinen MitstreiterInnen sogar erlaubt, jüdische ArbeiterInnenorganisationen aufzubauen. Dies geschah in Form von Debattierklubs und der Herausgabe von Zeitungen: politische Freiräume, die auch jüdische ArbeiterInnen im Deutschen Reich erfuhren. Viele von ihnen waren im Laufe des Krieges aus Ostmitteleuropa angeworben oder verschleppt worden. Sie wurden in Industriezentren wie Berlin oder dem Rheinland in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt. Mit Unterstützung durch die deutsche Gewerkschaftsbewegung war es ihnen während des Krieges möglich, sich in jiddischsprachigen Zirkeln zu organisieren und jiddischsprachige Zeitungen aus Ostmit-

---

Dan, Eva Broido und Vladimir Voytinsky. Vgl. Sapir, Boris: Lidija Osipovna Dan. Biografičeskij očerk. In: Sapir, Boris (Hrsg.): From the Archives of L. O. Dan. Amsterdam 1987. S. XIII–XXVII. Hier S. XXIII; Voytinsky, Vladimir: Dos iohr 1917. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9. S. 557–559; Broido, Daughter of Revolution, S. 43–78.

**144** Vgl. Diamant, Zeynvl: Tsharni, Daniel. In: Leksikon fun der nayer yidisher literatur. Bd. 4. New York 1961. Sp. 142–146; Shalit, Moses: Daniel Tsharnis lebns-veg. In: Shalit, Moses: Daniyel Tsharni-bukh. Paris 1939. S. 16–20. Tsharni wurde Ende 1916 ins Militär eingezogen. Er diente dort bis zum Ausbruch der Februarrevolution. Tsharni war Literat und kam nur für kurze Zeit während seiner Aufenthalte in Minsk und Vilna mit Parteien der ArbeiterInnenbewegung in Berührung.

**145** Vgl. Snyder, Timothy: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin. München 2011. S. 23–31.

**146** Vgl. Budnickij, Oleg: Dienst in der Höhle des Löwen. Juden in der russischen Armee. In: Osteuropa, Vol. 64 (2014), Nr. 2–4. S. 171–184.

teleuropa zu beziehen, wodurch sie sich auf bevorstehende revolutionäre Ereignisse vorbereiten konnten.<sup>147</sup>

Für die revolutionäre Bewegung Osteuropas lässt sich die Zeit zwischen Jahrhundertwende und Februarrevolution von 1917 in zwei unterschiedliche Entwicklungsphasen aufteilen: Bis 1905 bestand eine Zeit des Aufbaus, die einherging mit einer parallel stattfindenden Diversifizierung samt Festigung unterschiedlicher ideologischer Strömungen. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die revolutionäre Bewegung Osteuropas in der Revolution von 1905. Das Scheitern der Revolution führte im darauffolgenden Jahrzehnt in eine Phase verstärkter politischer und gesellschaftlicher Reaktion, die bis zum Ersten Weltkrieg anhielt. Der Ausbruch der Februarrevolution von 1917 veränderte die Lage für die revolutionäre Bewegung des Russländischen Reiches ein weiteres Mal vollständig. Auch wenn er für die revolutionären Parteien ähnlich überraschend kam wie die Entwicklungen des Jahres 1905, entwickelte sich schnell die Hoffnung, dass 1905 getätigte Fehler nicht ein weiteres Mal wiederholt werden würden.

### **2.2.4 Das Revolutionsjahr 1917 und die Entstehung neuer Nationalstaaten in Ostmitteleuropa**

Das Russländische Reich durchlebte im Jahr 1917 zwei Revolutionen, welche die Gesellschaft jeweils auf ihre Weise grundlegend veränderten und darüber hinaus auch Einfluss auf Entwicklungen in anderen europäischen Gesellschaften hatten. Die Februarrevolution stürzte die Monarchie und ersetzte sie durch eine fragile Doppelherrschaft, bestehend aus einer von liberalen Parteien dominierten provisorischen Regierung und einem parallel wirkenden System der ArbeiterInnen- und Soldatenräte. Trotz dieser Fragilität war gerade die Zeit zwischen Februar- und Oktoberrevolution für sozialistische Parteien zentral, da in diesen Monaten eine noch nie dagewesene politische und individuelle Freiheit im Land herrschte. Die Parteien der ArbeiterInnenbewegung genossen erstmalig das Privileg der vollständigen Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Dennoch konnten in dieser Zeit nur wenige gesellschaftspolitische Probleme gelöst werden, was vor allem daran lag, dass es dem neuen Staat an einer anerkannten zentralen Machtbasis mit politischer Durchsetzungsfähigkeit fehlte. Weder die provisorisi-

---

**147** Vgl. Abramovich, In tsvey revolyutsies, Bd. 1, S. 378; Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhome. In: NF, Vol. 12 (1937) vom 19.11.1937. S. 23. Für die Anwerbung jüdischer ArbeiterInnen aus Ostmitteleuropa vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001. S. 99–103.

sche Regierung noch die Rätestrukturen waren in der Lage, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen und drängende politische Fragen wie eine notwendige Bodenreform und die Befriedung der Nationalitätenfrage im Vielvölkerstaat zu lösen. Hinzu kam überdies der fortdauernde Krieg, durch den die Regierung weitere Zustimmung innerhalb der Bevölkerung einbüßte. Durch all diese Herausforderungen entstand eine politische Gemengelage, die bereits im Sommer 1917 zur Handlungsunfähigkeit der Regierung führte. In dieser Situation des vermeintlich gescheiterten revolutionären Umbruchs und der Angst vor einer Konterrevolution erschien die Partei der Bol'seviki, die sich als einzige revolutionäre Partei in keiner Weise an den politischen Strukturen der Doppelherrschaft beteiligt hatte, als politische Alternative. Somit war ein gesellschaftlicher Nährboden entstanden, auf dem die Bol'seviki im Oktober 1917 die politische Macht übernehmen und ihr Konzept einer revolutionären Gewaltherrschaft durchsetzen konnten.<sup>148</sup> Dieser zweite Machttransfer binnen weniger Monate verlief fast überall im Land „friedlich und undramatisch“<sup>149</sup>.

Anders als die Bol'seviki sahen SozialdemokratInnen und rechte SozialrevolutionärInnen in dem aus der Februarrevolution entstandenen politischen System einen notwendigen Zwischenschritt zur „endgültige[n] Beseitigung der Feudalgesellschaft“<sup>150</sup>, der der Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft voranging. Die Aufgabe ihrer Parteien interpretierten sie dahingehend, dass sie diesen Weg zu einer kapitalistischen Gesellschaft nur kontrollieren, nicht jedoch an der Stelle bürgerlicher Parteien handeln sollten.<sup>151</sup> Dabei ging die Mehrheit der sozialistischen Parteien von einer Zwangsläufigkeit im Weg von der gerade entstehenden parlamentarischen Demokratie zu einer sozialistischen Gesellschaft aus. Im Umgang mit der wenige Monate andauernden Doppelherrschaft zeigte sich jedoch auch deutlich die bestehende Uneinigkeit innerhalb der sozialistischen Bewegung: Während politisch rechts stehende SozialistInnen die provisorische Regierung unterstützten, fokussierten sich Mitglieder des linken Flügels auf die Arbeit in den geschaffenen Räten.<sup>152</sup>

Das vornehmliche Ziel der provisorischen Regierung hatte darin bestanden, das politische Tagesgeschäft bis zur landesweiten Wahl einer konstituierenden Versammlung auszuführen. Tatsächlich fand diese Wahl jedoch erst im November

---

**148** Vgl. Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion. 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München 1998. Hier S. 63–102.

**149** Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 117. Über die Oktoberrevolution ebd., S. 105–134.

**150** Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 70.

**151** Vgl. Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 70.

**152** Vgl. Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 72–87.

1917 nach der Machtübernahme der Bol'sheviki und damit unter erschwerten Rahmenbedingungen statt, da diese kein Interesse daran hatten, ihre gerade erreichte Macht wieder abzugeben. Hinzu kam, dass die Wahl nicht in allen Landesteilen durchgeführt werden konnte, weswegen die Wahlergebnisse nur eine begrenzte Aussagekraft über die politische Stimmung im gesamten Land hatten.<sup>153</sup> Trotz alledem erfolgte die Einberufung der konstituierenden Versammlung im Januar 1918, sie wurde jedoch von den Bol'sheviki in ihrer Arbeit stark behindert.<sup>154</sup>

Ein darauffolgender bedeutsamer Schritt im Sinne des bolschewistischen Machterhalts war die Aushandlung des im März 1918 abgeschlossenen Friedensvertrages von Brest-Litovsk zwischen Sowjetrußland und den Achsenmächten. Die Bol'sheviki lösten damit ein bereits von der provisorischen Regierung getätigtes Versprechen ein. Dagegen spitzte sich nun die innenpolitische Lage durch den mehrere Jahre andauernden Bürgerkrieg weiter zu: Armut, Hunger, Gewalt und fortwährende Kriegswirren waren die Folge. Hinzu kamen ferner stärkere politische Verfolgungen, die nicht nur bürgerliche, sondern auch sozialistische Parteien erfuhren.

Die ersten Tage der Februarrevolution besaßen eine gewisse Ähnlichkeit zu den Geschehnissen des Jahres 1905. Wie zwölf Jahre zuvor unterlagen die Proteste nicht der Federführung von Parteien, was auch daran lag, dass sich zahlreiche BerufsrevolutionärInnen beim Ausbruch der Unruhen entweder im Exil oder in der Verbannung befanden. Aber auch diejenigen, welche sich noch in der Hauptstadt aufhielten, waren bereits in den Tagen vor den Großdemonstrationen eingesperrt worden, da sich die Situation im Land und an der Front verschlechtert hatte.<sup>155</sup> Stattdessen startete der Sturz der Monarchie, der den Beginn des „Ende[s] des Alten Europas“<sup>156</sup> markierte, mit einem spontanen Frauenprotest gegen den Versorgungsnotstand und die allgemeine Inflation. In den darauffolgenden Tagen folgten weitere Protest- und Demonstrationzüge, die zu einem Zusammenbruch des Regimes führten. Erst zu diesem Zeitpunkt war es für die exilierten und verbannten BerufsrevolutionärInnen möglich, in die Hauptstadt des Russländischen Reiches zurückzukehren.

---

**153** Vgl. Radkey, Oliver H.: *Russia goes to the Polls. The Election of the all-Russian Constituent Assembly 1917.* Cornell 1989.

**154** Vgl. Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 129–134.

**155** So der Bericht von Vera Broido deren Vater sich während des Ersten Weltkrieges in Petrograd aufhielt: Broido, *Daughter of Revolution*, S. 79.

**156** Baberowski, Jörg: *Die Russische Revolution und das Ende des Alten Europa.* In: JHK, Vol. 25 (2017). S. 1–29.

Die Nachricht vom Sturz der Regierung erreichte die in der Verbannung lebenden RevolutionärInnen um einige Tage verspätet. Vladimir Voytinsky berichtet in seinen Erinnerungen davon, dass Briefe nach Sibirien mindestens acht Tage unterwegs gewesen seien. Telegramme hätten zwar schneller zugestellt werden können, das in Irkutsk kurz nach den revolutionären Ereignissen eintreffende Telegramm war jedoch so kurzgehalten, dass die Verbannten nicht verstanden, was in St. Petersburg vor sich ging. Für sie war deshalb erst der 2. März der „erste Tag der Revolution“.<sup>157</sup> Wie bereits einige Tage zuvor im Westteil des Landes entstanden nun ArbeiterInnenräte, Versammlungen wurden einberufen und es wurden revolutionäre Demonstrationzüge mit roten Fahnen durchgeführt. RevolutionärInnen übernahmen städtische und regionale Verwaltungsstrukturen und ersetzten die Regierungsverantwortlichen durch eigene Vertrauenspersonen.<sup>158</sup> Die Entwicklungen in Irkutsk waren nach Voytinsky ein typischer Verlauf für die revolutionären Geschehnisse außerhalb der Hauptstadt.<sup>159</sup>

Das, was sich vor meinen Augen auf den Straßen abgespielt hat, erinnerte mich in all seinen Einzelheiten an den 18. Oktober 1905 in Petrograd: Dieselbe berauschende Freude, aber auch dieselbe Unsicherheit und unterdrückte innere Unruhe. Es gab aber einen ganz wesentlichen und entscheidenden Unterschied zwischen damals und heute: Das Militär war dieses Mal auf der Seite des Volkes.<sup>160</sup>

In seinen Erinnerungen verweist Voytinsky sehr genau auf Parallelen und Unterschiede zur Situation im Jahr 1905. Besonders die ersten politischen Beschlüsse des sogenannten Bürgerkomitees von Irkutsk lehnten sich an die Erfahrungen von 1905 an.

Die politischen Verbannten, zu denen auch weitere namenhafte PolitikerInnen wie der Sozialrevolutionär Iraklij Cereteli und die Men'seviki Eva Broido sowie Lidija und Fëdor Dan gehörten, befanden sich in einem persönlichen Dilemma: Auf der einen Seite gingen sie davon aus, dass es für den Aufbau der neuen Gesellschaftsstruktur UnterstützerInnen der Revolution in allen Landesteilen bedurfte, da überall administrative Aufgaben sichergestellt und gerade in den Verbannungsorten die politischen Gefangenen befreit werden mussten. Auf der anderen Seite war die grundsätzliche politische Ausrichtung des neuen Staates noch nicht geklärt und es war klar, dass der zentrale Ort, an dem dies-

---

**157** Vgl. Voytinsky, Vladimir: *Dos iohr 1917*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9. Datumsangabe nach damaliger julianischer Zeitrechnung. Nach gregorianischem Kalender handelte es sich um den 16.03.1917.

**158** Vgl. auch Broido, *Daughter of Revolution*, S. 75 f.

**159** Vgl. Voytinsky, Vladimir: *Dos iohr 1917*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 10.

**160** Voytinsky, Vladimir: *Dos iohr 1917*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 9.

bezügliche Auseinandersetzungen stattfinden sollten, die Hauptstadt Petrograd war. Ausschließlich dort erschien es möglich, die Entwicklungen des Landes in vollem Umfang mitzubestimmen. Wenige Tage nach Beginn der Revolution verließen deswegen die BerufsrevolutionärInnen die Verbannungsorte. Im April 1917 erreichten Fëdor und Lidija Dan die Hauptstadt, wo Fëdor Dan sofort eine leitende Rolle bei den Men'seviki und in den Sowjets zukommen sollte.<sup>161</sup> Ähnlich erging es auch Eva Broido, die sich in Petrograd „immediately into frantic activity“<sup>162</sup> stürzte. Als Mitglied des Zentralkomitees der Men'seviki entschied sie in den folgenden Monaten über die politische Ausrichtung der Partei mit.

Für die im Exil lebenden RevolutionärInnen gestaltete sich die Rückkehr in die Heimat komplizierter. Rafail Abramovič, Julij Martov, Pavel Aksel'rod, Vladimir Kosovski und Franz Kursky waren einige von mehreren Dutzend russländischen RevolutionärInnen, die die Kriegszeit im Schweizer Exil verbrachten. Im Frühjahr 1917 blieb ihnen aufgrund des fortwährenden Krieges eine gewöhnliche Grenzüberquerung gen Osten weiterhin verwehrt.<sup>163</sup> Nichtsdestotrotz konnten Abramovič, Martov und Aksel'rod im Mai 1917 zurück nach Sowjetrußland fahren. Dafür bestiegen sie am 13. Mai 1917 mit über 200 weiteren Personen – RevolutionärInnen unterschiedlicher Parteien samt Familien – einen Zug von Zürich Richtung Petrograd. Ihr Weg führte sie durch Deutschland, Schweden und Finnland. Es handelte sich bereits um einen zweiten Zug dieser Art, der trotz fortwährender deutsch-russländischer Kriegsgegnerschaft russländische RevolutionärInnen durch Deutschland nach Sowjetrußland brachte. Das Kalkül der deutschen Heeresleitung bestand dabei darin, den politischen Gegner durch eine innenpolitisch instabile Lage zu schwächen und dies zum Vorteil für das deutsche Militär zu nutzen.

Vor der Abfahrt gab es unter den russländischen RevolutionärInnen kontroverse Diskussionen darüber, ob mit der Durchquerung Deutschlands eine Tolerierung des Deutschen Kaiserreiches und seiner Kriegspolitik einherging und wie dieser Schritt auf die Bevölkerung in Sowjetrußland wirken würde.<sup>164</sup> Diese Diskussion führte dazu, dass den ersten „plombierten Waggon“ nur 32 Personen bestiegen hatten, unter ihnen Lenin.<sup>165</sup> Wenige Wochen darauf entschied sich nun

---

**161** Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Rußland*, S. 103f.

**162** Broido, *Daughter of Revolution*, S. 78.

**163** Vgl. Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Bd. 2, S. 5–24; Abramovič spricht von „einigen Tausend sozialistischen Emigranten im Ausland“. Ebd., S. 9.

**164** Vgl. Haimson, Leopold: *Lenin, Martov and the Issue of Power*. In: Haimson, Leopold (Hrsg.): *Russia's Revolutionary Experience, 1905–1917. Two Essays*. New York 2005. S. 1–107. Hier S. 28; Merridale, Catherine: *Lenins Zug. Eine Reise in die Revolution*. Bonn 2017. S. 170–172.

**165** Merridale, *Lenins Zug*, S. 172–175.



die Mehrzahl der in der Schweiz weilenden RevolutionärInnen für die geduldete Durchquerung des Deutschen Kaiserreiches. Genau wie bei den Verbannten war auch die Mehrzahl der ExilantInnen zu der Schlussfolgerung gekommen, dass sie die politische Zukunft Sowjetrusslands nur durch eine Rückkehr in die Hauptstadt mitbestimmen konnten. Es gab aber auch einige wenige ExilantInnen, die sich für einen Verbleib in der Schweiz entschieden. Zu ihnen zählten die Bundisten Vladimir Kosovski und Franz Kursky, die nach Kriegsende die in der Schweiz ansässige *Bund*-Auslandsvertretung samt Archiv abwickelten und sich anschließend nach Berlin begaben.<sup>166</sup>

Die nach Petrograd zurückgekehrten SozialistInnen erlebten die kurze Zeit zwischen Februar und Oktober 1917 als einen „Frühling der Revolution“<sup>167</sup>. Trotz schwieriger Lebensbedingungen, fortdauernden Krieges und Versorgungsengpässen entstand unter ihnen das Gefühl eines Aufbruchs in eine neue Ära. Dieses Gefühl währte jedoch nicht lange; es zerbrach spätestens mit dem Putsch der Bol’ševiki im Oktober 1917. Bereits wenige Monate vor diesem Ereignis war die Spaltung zwischen Men’ševiki und Bol’ševiki, die bis dahin zwei Fraktionen einer Partei waren, endgültig vollzogen worden. Nach dem Sturz der Monarchie hatte sich der Widerspruch in den programmatischen Ansätzen beider Fraktionen sehr deutlich gezeigt. Während sich die Men’ševiki für parlamentarische Wahlen einsetzten und die Februarrevolution als einen ersten Schritt Richtung sozialistische Gesellschaft sahen, sollte aus Sicht der Bol’ševiki die Revolution von einem kleinen politischen Zirkel gewaltsam fortgeführt werden. Ähnliche Debatten über politische Ausrichtung und Art der Fortführung der Revolution fand in allen revolutionären Parteien in dieser Zeit statt. Sie wurden auch in der Sozialrevolutionären Partei, im *Bund* und in zionistischen Parteien intensiv geführt, dessen AnhängerInnenschaft sich ebenfalls in UnterstützerInnen und GegnerInnen der bolschewistischen Revolution spaltete.

Nach der Oktoberrevolution und den beginnenden Wirren des Bürgerkrieges sah sich die sozialistische Bewegung unterschiedlichen politischen GegnerInnen gegenüber. Zum einen erstarkten nationalistische Bewegungen, die oftmals antidemokratisch und in Teilen auch antisemitisch eingestellt waren. Zum anderen gab es die Bol’ševiki und die entstehenden kommunistischen Schwesterparteien in Ländern außerhalb Sowjetrusslands. Sie trieben die Durchsetzung ihrer Ziele mit Terror und Gewalt gegen Andersdenkende voran, auch gegen sozialistische PolitikerInnen gerichtet. Dennoch riefen viele im Land verbliebene SozialistInnen wäh-

---

**166** Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 2, S. 12–24; Menes, Der lebns-veg, S. 23. Vgl. hierzu auch Kapitel 3.1.1 und 3.2.6 dieser Arbeit.

**167** Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Bd. 2, S. 25.

rend des Bürgerkriegs zur Unterstützung der Roten Armee im Kampf gegen eine Konterrevolution auf, da für sie die stärkste politische Bedrohung von reaktionären und nationalen Bewegungen ausging. Die während des Bürgerkrieges stattfindende Verfolgung von SozialistInnen durch die Bol'seviki blieb dennoch nicht ohne Auswirkungen auf die internationale revolutionäre Bewegung. Diesbezügliche Berichte von russländischen SozialistInnen und SozialrevolutionärInnen an politisch Gleichgesinnte in Westeuropa vertieften die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Blöcke. Auf der einen Seite existierte eine sozialistisch-sozialdemokratische, auf der anderen Seite eine kommunistische ArbeiterInnenbewegung.

Das Ende des Ersten Weltkrieges führte auch zum Ende der großen Imperien in Ostmitteleuropa und zur Neugründung zahlreicher Nationalstaaten. Aus dem Russländischen Reich entstanden die Nationalstaaten Polen, Litauen, Finnland, Estland und Lettland; während des Bürgerkrieges in Sowjetrußland existierten außerdem für wenige Monate unabhängige ukrainische und georgische Staaten.<sup>168</sup> Der ungarische Staat löste sich aus der österreichischen Doppelmonarchie und auch auf dem Balkan kam es zu Staatsneugründungen.<sup>169</sup> Einen vorläufigen Abschluss fand die politische Neustrukturierung Europas in den Beschlüssen der Versailler Friedenskonferenz.<sup>170</sup> Trotzdem sollten einige Grenzgebiete auch darüber hinaus Streitpunkte zwischen den Staaten bleiben. Besonders bis 1922 war der ostmitteleuropäische Raum geprägt von anhaltenden Kriegshandlungen, Grenzverschiebungen, militärischen Interventionen und einem mehrjährigen Bürgerkrieg, aus dem 1922 die Sowjetunion hervorging.

Für die osteuropäischen Judenheiten stellten sich die revolutionären Entwicklungen von 1917 ambivalent dar. Ein zentraler Unterschied zu 1905 bestand darin, dass bereits wenige Wochen nach der Februarrevolution mit der Aufhebung der Sondergesetzgebung gegenüber der jüdischen Bevölkerung die gesetzliche Gleichstellung für Jüdinnen und Juden in Sowjetrußland gewährleistet wurde. Nichtsdestotrotz gab es alltägliche Erfahrungen eines fortbestehenden Antisemitismus. Besonders in den Grenz- und Bürgerkriegsgebieten geriet die jüdische Bevölkerung buchstäblich zwischen die politischen Fronten: Pogrome, die noch mehr Opfer forderten als die Pogromwelle von 1903–1905, begleiteten die

---

**168** Für die Grenzsituation nach dem Ersten Weltkrieg an der Westgrenze Sowjetrußlands vgl. Snyder, Timothy: *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999*. New Haven/London 2003. S. 52–72 und S. 133–153.

**169** Vgl. Conze, Eckart: *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*. München 2018. S. 408–459.

**170** Für die Neustrukturierung Europas im Zuge der Versailler Friedenskonferenz vgl. Conze, Die große Illusion, S. 186–382.

Kriegshandlungen. Sie wurden mehrheitlich von der Weißen Armee und nationalistischen Gruppierungen, in Teilen aber auch von RotarmistInnen verübt.<sup>171</sup> Mehrere zehntausend Jüdinnen und Juden fielen ihnen zum Opfer, Hunderttausende wurde dadurch die Existenzgrundlage entzogen. Letzteres führte zu einer großen Migrationsbewegung Richtung Westeuropa und Amerika.<sup>172</sup>

Die jüdische Zivilbevölkerung des Gebietes des ehemaligen Ansiedlungsrayons war von den politischen Grenzverschiebungen in Ostmitteleuropas in besonderem Maße betroffen. Der imperiale russländische Staat, der eine politische Einheit dargestellt hatte, wurde nun in verschiedene politische Entitäten unterteilt. In der Abkehr vom Prinzip des Vielvölkerstaates hin zum Prinzip der Nationalstaatlichkeit wurde die jüdische Bevölkerung des Russländischen Reiches zwischen verschiedenen Staaten aufgeteilt. Durch den ehemaligen jüdischen Ansiedlungsrayon verliefen nun militärisch umkämpfte Staatsgrenzen; neben Sowjetrussland existierten jetzt ebenfalls der polnische, lettische, litauische und rumänische Nationalstaat. Auch wenn auf gesetzlicher Ebene Minderheitenrechte implementiert wurden, sah die jüdisch-sozialistische Bewegung hierin für die osteuropäischen Judenheiten zwei große Gefahren. Sie befürchtete zugleich die Zersplitterung der revolutionären Bewegung und der osteuropäischen Judenheiten.

Die realpolitischen Entwicklungen verliefen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg durchaus widersprüchlich. Ein Beispiel hierfür ist die kurzlebige Ukrainische Volksrepublik. In ihr wurden einerseits Konzepte von jüdischen Minderheitenrechten auf nationaler Ebene erprobt, wobei die Zentralregierung einen Minister für Jüdische Angelegenheiten ernannte und mit der *Kultur-lige* eine staatlich eingerichtete Dachorganisation für jiddischsprachige Kultur- und Bildungsangelegenheiten begründete. Andererseits standen die in Kiew ansässigen jüdischen Autonomiestrukturen im vollständigen Gegensatz zu den zeitgleich stattfindenden, bis zu diesem Zeitpunkt blutigsten antisemitischen Pogromen der Neuzeit, die sich auf dem Territorium der Ukraine ereigneten.<sup>173</sup>

---

**171** Vgl. Kessler, Mario: Die Komintern und die Poale Zion 1919 bis 1922. Eine gescheiterte Synthese von Kommunismus und Zionismus. In: Arbeit – Bewegung – Geschichte, Vol. 16 (2017), Nr. 2. S. 15–30.

**172** Vgl. Dohrn, Verena/Saß, Anne-Christin: Einführung. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939. Göttingen 2010. S. 9–22.

**173** Vgl. Fishman, The Rise of Modern Yiddish Culture, S. 85. Welche Mitverantwortung die ukrainische Zentralregierung an den Pogromen trug, wurde in den 1920er Jahren kontrovers debattiert. In dieser Arbeit ist die diesbezügliche Diskussion innerhalb der SAI nachgezeichnet, an der Rafail Abramovič in besonderem Maße beteiligt war. Vgl. hierzu Kapitel 4.1.3 in dieser Arbeit.

Auf die neuen politischen Rahmenbedingungen reagierten die revolutionären Parteien zügig. Beispielhaft hierfür steht die Reaktion des *Bund*: In den neu gegründeten Staaten wurde die bisher auf den Vielvölkerstaat ausgerichtete Bewegung umstrukturiert. Es entstanden jeweils landesspezifische *Bund*-Parteien, von denen sich in den kommenden Jahren besonders die Partei in der Zweiten Polnischen Republik zu einem wichtigen Träger der jüdisch-revolutionären Bewegung entwickelte.<sup>174</sup> Daneben gab es aber auch quantitativ kleinere *Bund*-Parteien in Staaten wie Litauen und Rumänien. Den *Bund* in Sowjetrußland ereilte dagegen ein anderes Schicksal, das dem anderer revolutionärer Parteien im Land ähnelte. Kurz nach der Oktoberrevolution spaltete sich die AnhängerInnenschaft in einen bolschewistischen und einen sozialistischen Parteizweig, wobei der von den Bol'sheviki unabhängige Zweig starkem politischen Druck ausgesetzt war. Der *Bund* vollzog diese Spaltung in Sowjetrußland förmlich auf seinem 12. Parteitag im Frühjahr 1920, bei dem ein *Sozialdemokratischer Bund der Sowjetunion* und ein kurzlebiger *Kombund* aus der Partei hervorgingen. Letztgenannte Partei löste sich wenige Monate später auf; im Zuge dessen traten viele der Mitglieder individuell in die kommunistische Partei ein. Sozialistische BundistInnen sahen in der Auflösung des *Kombund* eine bereits vorhergesagte erzwungene vollständige Assimilierung jüdischer RevolutionärInnen durch die Bol'sheviki. Aber auch der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* bestand in seiner ursprünglichen Form nur für kurze Zeit. Wie alle anderen sozialistischen Parteien wurde er 1922 verboten und es gründete sich anschließend eine Exilvertretung in Berlin.<sup>175</sup> Das erlassene Parteienverbot gewährleistete die Ein-Parteiherrschaft der Bol'sheviki in der Sowjetunion.

Nach der Oktoberrevolution wich bei SozialistInnen langsam die durch die Februarrevolution hervorgerufene Hoffnung auf ein sich demokratisch entwickelndes Russländisches Reich. Neben Bürgerkriegswirren erfuhren sie nun – zum Teil auch durch frühere politische WeggefährtInnen – Repressionen, die mit den staatlichen Repressionsmaßnahmen vor 1917 vergleichbar waren und in Form von Verfolgung, Terror, Verbannung und Gefängnisstrafen verübt wurden. Zahlreiche SozialistInnen flüchteten deshalb abermals ins ausländische Exil. Stärker als vor dem Ersten Weltkrieg wurde Berlin nun zu einem wichtigen Migrationsort. Die physische Nähe zur deutschen Sozialdemokratie, die geografische Lage in der Mitte des Kontinents und die wachsende Kultur- und Publikationsszene waren wichtige Gründe,

---

<sup>174</sup> Vgl. Pickhan, „Gegen den Strom“.

<sup>175</sup> Für die Exilvertretung des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* in Berlin siehe Kapitel 3.1.1.2 dieser Arbeit. Für die Teilung des *Bund* in Rußland vgl. Jacobs, Jack: *The Bund in Vilna, 1918 – 1933*. In: Polin, Vol. 25 (2013). S. 263 – 292.

warum sich mehrere Dutzend osteuropäisch-jüdische SozialistInnen in der Stadt niederließen.

Die bis hierin beschriebenen Erfahrungen eines osteuropäisch-jüdischen Erfahrungssatzes und eines osteuropäisch-revolutionären Erfahrungsbefundes bei gleichzeitigem Wissen um den doppelten Charakter der Revolutionen für die osteuropäisch-jüdische Bevölkerung trugen die nach Berlin migrierenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen mit in die Stadt. Ihr Exil war auf die bolschewistische Herrschaft in Sowjetrußland zurückzuführen. Ihr dortiges politisches Leben wurde jedoch auch bestimmt durch grundlegende politische Veränderungen in Europa insgesamt, die durch den Ersten Weltkrieg und seine Nachwirkungen entstanden waren. Dabei beeinflussten die beschriebenen komplexen Erfahrungen die ExilantInnen fortwährend in ihrer Bewertung zukünftiger Entwicklungen: besonders in Form von Vergleichen, dem Abgleich mit bereits Erfahrenem oder der Wahrnehmung von Gegensätzen. Ihre eigenen Zugehörigkeitskonzepte, die sich im Dreiecksverhältnis zwischen osteuropäischem, jüdischem und sozialistischem Selbstverständnis bewegten, blieben bestehen und wurden zugleich neu ausgehandelt, auch weil sie in der nationalstaatlichen Umgebung der Weimarer Republik von außen infrage gestellt wurden.

### 2.3 Die Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berlin der Weimarer Republik

Das Berlin der Weimarer Republik beschreibt der Historiker Peter Gay als einen Ort, „wo der Außenseiter heimisch werden und sein Talent entwickeln konnte“<sup>176</sup>. Auch wenn in der Studie Immigrationsbewegungen in die erste parlamentarische Demokratie Deutschlands nicht beachtet wurden, erscheint die von Gay beschriebene Wahrnehmung der Stadt als einer von mehreren gewichtigen Pull-Faktoren für den großen Zuzug nach Berlin. Sowohl in jüdischen als auch sozialistischen Kreisen besaß das Berlin der Weimarer Republik aber auch aufgrund anderer Faktoren in seiner Anfangszeit einen herausragenden Ruf: Die Stadt war Ursprungsort der jüdischen Aufklärungsbewegung *Haskala* und galt mit der SPD-Parteizentrale neben Wien als wichtigster deutschsprachiger Standort der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung.<sup>177</sup>

---

<sup>176</sup> Gay, Peter: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit. 1918 – 1933. Frankfurt am Main 1970. S. 173f.

<sup>177</sup> Für Berlin als sozialdemokratisches Zentrum vgl. Eley, Geoff: Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850 – 2000. Oxford 2002. Besonders S. 121. Für Berlin als Ort der jüdischen Aufklärung aus der Perspektive von russländischen und galizischen Juden vgl. Levin,

Für die zugezogenen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen wurde Berlin Zufluchtsort und politischer Handlungsraum zugleich. In der entstehenden Sowjetunion wurden sie von den Bolševiki trotz gemeinsamer revolutionärer Vergangenheit als Störfaktor für den Aufbau des neuen Staates wahrgenommen, weshalb sie im Land Repressionen in Form von Gefängnisstrafen, Verfolgung und Parteiverboten erfuhren. Ein weiterer, in der Gründungsphase der Sowjetunion oft angewandter Umgang mit politischen WidersacherInnen war die Ausweisung von *political intellectuals*. Bekannte Oppositionelle konnten so aus der politischen Debatte im Land entfernt werden; zugleich wurde ein Signal der Humanität und Zurückhaltung an die internationale Gemeinschaft ausgesendet, da die Oppositionellen aus der Gefangenschaft oder Verbannung befreit wurden. Im beginnenden internationalen Deutungskampf um politische Ideologien war es den sowjetischen MachthaberInnen wichtig, dass ihr Land als humanere Alternative zu westeuropäischen Staaten und Staatsformen wahrgenommen wurde.<sup>178</sup>

Die zeitgenössisch besondere Stellung des Berliner Exilraums beschrieb der osteuropäisch-jüdische Sozialist und jiddischsprachige Journalist Dovid Eynhorn. 1921 charakterisierte er die Stadt als „neutralsten und gastfreundlichsten Ort der Welt“.<sup>179</sup> Weiter schrieb er:

Berlin ist der einzige Zufluchtsort, in dem alle Unzufriedenen der Welt sich sicher fühlen können. Ich weiß nicht, inwieweit es den Deutschen bewusst ist, welche weltbedeutende Rolle die Stadt Berlin jetzt gerade als ein Zentrum zwischen Ost und West einnimmt. [...] Die Stadt ist ein] großes Lager gefüllt mit politischen Migranten jeglicher Art. Von einem indischen Nationalisten bis hin zu einem Mitglied der weißrussischen Intelligencija. [...] Nach den Russen kommen [zahlenmäßig] die Juden. Sie haben verschiedene Nationalitäten und kommen aus verschiedenen Richtungen. Sie sind die eigentlichen Schiffchen im Webstuhl

---

Nora: Jewish Socialist Movements, 1871–1917. London 1977. S. 9. Berlin war eines von mehreren Migrationszentren für Geflüchtete aus Osteuropa. Für weitere Emigrationsorte der Zwischenkriegszeit vgl. Schlögel, Karl (Hrsg.): Der große Exodus – Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941. München 1994. Für die sozialistische Bewegung waren die Städte New York, Paris und London von großer Bedeutung. Teile der Sozialrevolutionären Partei lebten in den 1920er Jahren in Prag und Paris. Für den *Bund* war Warschau das wichtigste Zentrum der Zwischenkriegszeit.

**178** Vgl. Schlögel, Karl: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt. München 2017. S. 78–94. Schlögel argumentiert, dass die Bevölkerung in der Diaspora als Teil der russländischen Geschichte betrachtet werden sollte, dieser Teil der russländischen Geschichte jedoch bisher zu wenig befohrt wurde.

**179** Eynhorn, Dovid: Berlin vert di shtodt fun farvogelte un farfolgte. A brief fun berlin. In: Forverts, Vol. 24 (1921), Nr. 8.651 (26.06.1921). S. 2.

der Geschichte, die ungeschickt hin- und wieder zurücklaufen, die überall viel zu viele sind und die gegenüberliegenden Fäden kneifen.<sup>180</sup>

Durch den Aufbau von Verlagen, Vereinen, Debattierklubs und Exilparteistrukturen jeglicher politischen Couleur entstand in der Hauptstadt der Weimarer Republik für mehr als ein Jahrzehnt ein Mikrokosmos osteuropäischer Politik.<sup>181</sup> Auch die sozialistische Exilgruppe blieb in ihrer parteipolitischen und nationalen Zugehörigkeit sehr heterogen. Unter ihren Mitgliedern befanden sich zahlreiche BerufsrevolutionärInnen, aber auch JournalistInnen, PoetInnen und SchriftstellerInnen. Einige betrachteten sich ausschließlich als InternationalistInnen, andere fühlten sich einer Nation zugehörig.

Für den überwiegenden Teil der sozialistischen ExilantInnen war die Berliner Zeit nicht ihr erster Exilaufenthalt im westlichen Europa. Dennoch stellte dieser Weg ins Exil einen biografischen Bruch dar, der sich von vorherigen Erfahrungen in wichtigen Punkten unterschied: Erstmals wurden sie von einer sich als politisch links verstehenden Regierung aus dem Land vertrieben, was auch eine unwiderrufliche Zerstörung von jahrelang bestehenden politischen Allianzen zur Folge hatte. Dieser Bruch innerhalb der russländischen ArbeiterInnenbewegung hatte Auswirkungen auf die gesamte internationale ArbeiterInnenschaft, die sich nach dem Ersten Weltkrieg endgültig und unwiderruflich in eine sozialistische und eine kommunistische Bewegung aufspaltete. Ferner stellte der Weg nach Berlin für die überwiegende Mehrheit der ExilantInnen einen nicht nur ungewollten, sondern auch einen endgültigen Abschied von der Heimat dar, wobei dies den russländischen SozialistInnen erst im Laufe der Zeit bewusst werden sollte.<sup>182</sup>

Das von Dovid Eynhorn angenommene Desinteresse der Mehrheitsgesellschaft an den „NeuberlinerInnen“<sup>183</sup> muss für die osteuropäischen SozialistInnen in Teilen revidiert werden. Zumindest innerhalb der deutschsprachigen sozialistischen Parteien bestand ein Interesse an einem Austausch mit den ExilantInnen, woraus zahlreiche Kooperationen zwischen den ExilantInnen und ihren deutschsprachigen ParteifreundInnen entstanden.<sup>184</sup> Trotz dieser engen Koope-

---

**180** Eynhorn, Dovid: Berlin vert di shtodt fun farvogelte un farfolgte. A brief fun berlin. In: Forverts, Vol. 24 (1921), Nr. 8.651 (26.06.1921). S. 2.

**181** Vgl. Schlögel, Das russische Berlin, S. 115–119.

**182** Ausnahmen innerhalb der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen waren Dovid Bergelson, Eva Broido und Nokhem Shtif, die aus unterschiedlichen Gründen in die Sowjetunion zurückkehrten.

**183** Für den Begriff vgl. Allers, Tobias: Neuberliner. Migrationsgeschichte Berlins vom Mittelalter bis heute. Berlin 2017.

**184** Für die Gruppe der Menševiki vgl. bspw. Liebich, Eine Emigration in der Emigration.

ration bleibt festzuhalten, dass es auch innerhalb der deutschen ArbeiterInnenbewegung nur sehr wenige Personen gab, die die Diversität in politischer Ausrichtung und Parteizugehörigkeit unter den ExilantInnen verstanden, was besonders auf fehlende Sprachkenntnisse zurückzuführen ist.<sup>185</sup> Nur wenige deutsche SozialistInnen konnten kyrillische oder hebräische Schriftzeichen lesen. Beispielsweise bedauerte der an den politischen Entwicklungen im Russländischen Reich sehr interessierte Karl Kautsky bereits in einem 1912 verfassten Brief an den russischen Sozialdemokraten Georgij Plekhanov, dass seine Informationen über die politische Situation in Osteuropa ausschließlich aus zweiter Hand stammen würden.<sup>186</sup> Diese Sprachbarriere, die die Mehrheit der westeuropäischen Führungsriege sozialistischer ArbeiterInnenparteien betraf, hatte auch nach dem Ersten Weltkrieg Bestand.<sup>187</sup>

Wenngleich die osteuropäische Migrationsbewegung das alltägliche Berliner Stadtbild der Zeit mitprägte, muss für die Mehrheitsgesellschaft außerhalb der ArbeiterInnenbewegung konstatiert werden, dass unter dieser entweder kein Interesse oder sogar offene Ablehnung bezüglich der osteuropäischen Migrationsgruppe bestand.<sup>188</sup> Die ablehnende Haltung gegenüber Migration aus Osteuropa paarte sich dabei mit offenem Antisemitismus und Rassismus. Der Historiker Ralf Hoffrogge beschreibt für den Diskurs um die sogenannte parlamentarische „Ostjudendebatte“ des Jahres 1922, dass „[a]ntisemitische Motive [...] in dieser Situation nur sprechfähig [waren], indem man sie auf nichtdeutsche Staatsbürger beschränkte und kulturalisierte: zur Selbstvergewisserung des ‚Deutschen‘ dienten die ‚Ostjuden‘.“<sup>189</sup>

---

**185** Karl Kautsky stellt in einem Brief an Pëtr Garvi fest, dass „[d]ie wenigsten Genossen außerhalb der russischen Emigration [...] eine Ahnung von den Differenzen im Schoße der Emigration [haben]“. Brief von Karl Kautsky an Pëtr Garvi, o. D. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 16\_23.

**186** Vgl. Brief vom 12.01.1912, Karl Kautsky an Georgij Plekhanov. Eingesehen in: BArch NY/4055/10. Ebenfalls bedauerte Fëdor Dan die fehlende Sprachkenntnis Kautskys in einem Brief vom 10.07.1925. Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 192, S. 350 f.

**187** Vgl. hierzu Bauer, Matthias: Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien in der Zwischenkriegszeit. Eine Analyse der außenpolitischen Kooperations- und Vernetzungsprozesse am Beispiel von SPD, SFIO und Labour Party. Düsseldorf 2018. S. 395–400; Buschak, Willy: Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel. Arbeiterbewegung und Europa im frühen 20. Jahrhundert. Essen 2014. S. 249 f.

**188** Vgl. Schlögel, Das sowjetische Jahrhundert, S. 87 f.

**189** Hoffrogge, Ralf: Ein Tag im Leben der Weimarer Republik – die „Ostjudendebatte“ des Preußischen Landtages von 1922. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018. S. 297–317. Hier S. 300.



Rassistische Stereotype lassen sich in Dokumenten des Ministeriums des Inneren nachweisen. Das Ministerium, verantwortlich für die öffentliche Ordnung im Land, war für die Beobachtung politischer GefährderInnen aus dem Ausland zuständig. In einem schriftlichen Bericht verwiesen MitarbeiterInnen auf eine „Landplage durch diese lästigen [osteuropäischen] Ausländer“<sup>190</sup>. Unter den in der Weimarer Republik lebenden „Russen, die sich so zahlreich in Deutschland herumtreiben“<sup>191</sup>, wurde eine hohe Anzahl von AgentInnen der Bol’sheviki vermutet. Diese Debatten aus dem Parlament und dem Ministerium waren keine Einzelfälle, sondern bildeten gesamtgesellschaftliche Diskurse ab. Offener Antisemitismus und Rassismus schlugen den MigrantInnen daher auch in anderen gesellschaftlichen Kontexten entgegen.

In der deutschsprachigen Öffentlichkeit außerhalb der ArbeiterInnenbewegung wurde die sozialistische Exilgruppe kaum als politischer Akteur wahrgenommen, was auch daran lag, dass ihre Mitglieder nur selten auf Landes- oder kommunaler Ebene in Erscheinung traten. Im Gegensatz zu als KommunistInnen eingestuftem AusländerInnen entging die überwiegende Mehrheit der sozialistischen ExilantInnen auch einer kontinuierlichen Überwachung durch das Ministerium des Inneren.<sup>192</sup> Eine Ausnahme bildeten dabei die sozialrevolutionären ParteianhängerInnen, die das Ministerium als unter „Entente-Einfluss“ einstuft und deshalb in der ersten Hälfte der 1920er Jahre überwachte. In einem Schreiben an das Auswärtige Amt ist die Einschätzung des Reichskommissariats zur Sozialrevolutionären Partei festgehalten: „Ohne der bolschewistischen Politik das Wort zu reden, muss betont werden, dass diese Unterstützung der Politik der Sozialrevolutionäre gleichbedeutend ist mit einer Unterstützung der französischen Vernichtungspolitik gegen Deutschland.“<sup>193</sup>

---

**190** Bericht vom 01.02.1921, S. 24 (R.K. 26). Eingesehen in: BArch R 1507/2005.

**191** Bericht vom 01.02.1921, S. 24 (R.K. 26). Eingesehen in: BArch R 1507/2005.

**192** Unterscheidungen wurden v. a. anhand ethnischer Kriterien und der Frage, inwieweit Sympathien zum Bolschewismus bestanden, vorgenommen. Am 27.12.1922 stellten MitarbeiterInnen des Ministeriums fest, dass „[d]ie Ostjuden [...] nur einen Teil der Osteinwanderer überhaupt dar[stellen]; neben ihnen sind es besonders die Russen, die sich hier sesshaft gemacht haben, in ihrer Mehrzahl bessere und ruhigere Zeiten für ihre Heimat hier abwarten wollen und aus Mangel an Geldmitteln in anderen hochvalutarischen Ländern schlechterdings nicht leben können. Auch Flüchtlinge aus der Ukraine warten hier ab, bis sie heimkehren können; des weiteren Flüchtlinge z. B. aus Ungarn, Rumänien, der Türkei, Indien u. a.; von den zehntausenden deutschstämmiger Flüchtlinge aus Ost und West ganz zu schweigen, denen eine Unterkunft zu bieten für uns Ehrenpflicht ist.“ Bericht des Ministers des Innern vom 27.12.1922. S. 4. Eingesehen in: PA AA, RZ 207, R 78680.

**193** Schreiben des Reichskommissars zur Überwachung der öffentlichen Ordnung an die Presseabteilung der Reichsregierung des Auswärtigen Amtes vom 17.08.1922. Eingesehen in: PA AA, RZ 701, R 121691.

Auch über andere Gruppierungen der sozialistischen Exilgemeinschaft wurden, meist zu besonderen Anlässen, Überwachungsdokumente verfasst.<sup>194</sup> Die augenscheinlichen Ungenauigkeiten in den verfassten Berichten lassen die Schlussfolgerung zu, dass es den BehördenmitarbeiterInnen an Möglichkeiten fehlte, die politischen Tätigkeiten und Ziele der MigrantInnen in Gänze zu erfassen.<sup>195</sup> Ob hierfür fehlende Sprachkenntnisse, fehlender Kontakt zu den Gruppen oder andere Gründe ausschlaggebend waren, konnte nicht abschließend geklärt werden.

Ein großer Teil der Diversität innerhalb der sozialistischen Exilgruppe aus dem ehemaligen Russländischen Reich bildete sich auch innerhalb der Teilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen ab. In den folgenden Unterkapiteln erfolgt eine Annäherung an diese Gruppe. Dabei wird zuerst eine generelle Charakterisierung der Gruppe vorgenommen, in der allgemeine Aussagen über Alter, Bildung, Herkunft, Geschlecht und Aufenthaltsdauer in Berlin getätigt werden. In den darauffolgenden Unterkapiteln werden insbesondere die unterschiedlichen politischen Parteizugehörigkeitsformen und die divergierenden Selbstverständnisse zur osteuropäisch-jüdischen Herkunft abgebildet. Die Berliner Exilzeit wird dabei als ein Zeitpunkt während eines länger andauernden Migrationsprozesses verstanden.

### 2.3.1 Gruppenprofil

Für die vorliegende Studie wurden 46 SozialistInnen osteuropäisch-jüdischer Herkunft ausgemacht, die vor dem Ersten Weltkrieg in der revolutionären Bewegung Osteuropas tätig waren und deren Exilort in den 1920er Jahren zumindest temporär die Stadt Berlin war. Zur Darstellung der politischen Heterogenität un-

---

**194** Im Zuge der Gründung einer Ortsgruppe des „Jüdischen Arbeiter und Kulturvereins“ in Elberfeld im Rheinland (heute Teil von Wuppertal) wurden auch Erkenntnisse aus Berlin über den „Jüdischen Arbeiter und Kulturverein Ber Borochow“ geteilt. Vgl. Kommunikation aus Juni/Juli 1926. Eingesehen in: BArch, R 1507/108. Auf die in Berlin publizierte SDAPR-Parteizeitschrift *Socialističeskij vestnik* wird in Berichten des Jahres 1921 verwiesen. Vgl. bspw. Bericht vom 15.02.1921, S. 31 und 12.04.1921, S. 24f. Eingesehen in: BArch, R 1507/2008. Ebenso äußerte sich das Reichskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung zu den politischen Einstellungen von Grigorij Binštok und Sergey Braun bei ihren Anträgen auf Aufenthaltsverlängerung und Einreiseerlaubnis. Vgl. PA AA, RZ 701, R 121690.

**195** Beispielsweise werden im Bericht vom 15.02.1921 als Herausgeber des *Socialističeskij vestnik* die Namen „Abramowitsch und Mastor“ aufgeführt. Bei zweitem war mit hoher Wahrscheinlichkeit Julij Martov gemeint. Vgl. Bericht vom 15.02.1921 (R.K. 28), S. 31. Eingesehen in: BArch R 1507/2005.

terliegen die zur Definition der Gruppe verwandten Termini osteuropäisch, jüdisch und sozialistisch bewusst einer breiten Definition: Osteuropäisch bezeichnet das Aufwachsen im Russländischen Reich, jüdisch eine ethno-kulturelle bzw. nationale Zugehörigkeit zur Judenheit. Der Begriff sozialistisch wird als Sammelbegriff für die zeitgenössischen (Parteien-)Vielfalt innerhalb der russländischen ArbeiterInnenbewegung verwendet, die sich nach der Oktoberrevolution von der kommunistischen Bewegung abgrenzte. Hierzu zählten ParteianhängerInnen der SDAPR, des *Bund*, zionistischer, territorialistischer und sozialrevolutionärer Parteien. Von Berlin aus führten die Mitglieder der Exilgruppe ihre Tätigkeit als PolitikerInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen oder in Hilfsorganisationen im jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen Handlungsraum fort, wodurch sie an politischen Diskursen sowohl innerhalb Berlins als auch in der internationalen sozialistischen Bewegung partizipierten.

In der zeitgenössischen Wahrnehmung handelte es sich bei den 46 in Berlin lebenden ExilantInnen um keine zusammenhängende Gruppe. Zu groß waren die Unterschiede in Parteizugehörigkeit und nationalem Selbstverständnis. Allerdings konstituierten sich einige osteuropäisch-jüdische SozialistInnen, die den Holocaust überlebt hatten, rückwirkend als gemeinsame Gruppierung. Retrospektiv sahen sie sich als speziellen Teil einer heterogenen Gruppe osteuropäisch-jüdischer politischer Intellektueller, die fast vollständig vernichtet und heimatlos gemacht wurde.<sup>196</sup>

Zu Beginn der 1920er Jahre erschien Berlin als ein vergleichsweise sicherer Exilort, in dem die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen weder die ihnen aus Osteuropa bekannten antisemitischen Pogrome noch politische Verfolgung fürchteten. Dass sie nur knapp 15 Jahre später in Deutschland in dreifacher Weise – aufgrund der ihnen zugeschriebenen national-ethnischen und ihrer politischen Zugehörigkeit sowie ihrer osteuropäischen Herkunft – einer antisemitischen, politischen und rassischen Verfolgung ausgesetzt werden sollten, war für sie nicht vorhersehbar. Trotz ihres Gefühls verhältnismäßig umfangreicher politischer Freiheit nahmen die ExilantInnen aber von Beginn an politische Gefährdungen wahr. Bereits zu Beginn der 1920er Jahre gab es Gerüchte darüber, dass ExilantInnen von MitarbeiterInnen der sowjetischen Botschaft und dem sowjetischen Geheimdienst bespitzelt würden.<sup>197</sup> Außerdem beobachteten die ExilantInnen einen erstarkenden

---

**196** Vgl. hierfür bspw. Levin-Shazkes, I.: A dor vos iz avek. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5; Menes, Der lebens-veg; Aronson, Rusish-yidishe inteligents; Abramovitch, In tsvey revolutsijs.

**197** Vgl. Bericht vom 15.02.1921. Eingesehen in BArch, R 1507/2008 sowie vertrauliche Nachricht der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern vom 15.02.1932. Eingesehen in: BArch, R 1507/2071. In letzterer wird erwähnt, dass „[w]enn auch über die Tätigkeit sowjetrussi-

Antisemitismus in der Weimarer Republik, der sich mit den sogenannten Scheunenviertel pogromen im November 1923 und der davor stattfindenden Parlamentsdebatte über jüdische Migration aus Ostmitteleuropa in verbaler und physischer Weise besonders gegen die osteuropäisch-jüdische Migrationsgruppe richtete.<sup>198</sup>

Bei der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen handelte es sich um eine verhältnismäßig alte Exilgruppe. Knapp drei Viertel ihrer Mitglieder hatten Mitte der 1920er Jahre bereits das 40. Lebensjahr überschritten. Dies bedeutete, dass ihre politische Prägung bereits im Russländischen Reich stattfand und sie während der Berliner Exilzeit bereits auf eine Erfahrung aus zumeist zwei Jahrzehnten politischer Arbeit in und für das Russländische Reich zurückblickten.

Die große Mehrheit der ExilantInnen wurde in den 1870er und 1880er Jahren geboren. Bemerkenswert erscheint, dass sogar ein Drittel der in dieser Studie betrachteten osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen in einem relativ kurzen Zeitraum von fünf Jahren – zwischen 1878 und 1882 – geboren wurde. Auch wenn es sich bei der vorliegenden Studie um eine qualitative und keine quantitative Arbeit handelt, wirft dieser Befund die Frage auf, inwieweit in dieser Alterskohorte im Russländischen Reich eine außergewöhnlich hohe Politisierung in revolutionären Parteien stattfand. Mit Pavel Aksel'rod (ca. Jg. 1850), Isai Judin, Vladimir Kosovski (beide Jg. 1867), Abraham Mutnik (Jg. 1868), Fëdor Dan (Jg. 1871) und Franz Kursky (Jg. 1874) waren sechs Personen der Exilgruppe Mitte der 1920er Jahre bereits über 50 Jahre alt.<sup>199</sup> Dagegen waren Simon Wolin, Abraham Menes, Ben-Baruch und Samuel Estrine in den 1890er Jahren und Nathan Frenkel erst 1903 geboren und damit zur selben Zeit 35 Jahre oder jünger. Sie stießen erst nach der Revolution von 1905 zur revolutionären Bewegung Osteuropas hinzu.

Das zum Teil fortgeschrittene Alter der ExilantInnen kann auch maßgeblich als Grund dafür angesehen werden, dass es unter den Berliner ExilantInnen vermehrt zu Todesfällen kam. Den kürzesten Berlin-Aufenthalt von gut zwei Monaten hatte Semen Vajnštejn, der die Stadt im Februar 1923 erreichte und dort nach schwer-

---

scher GPU-Leute in Deutschland (gewaltsame Beseitigung mißliebiger Russen oder Verschleppung von Russen durch Gewalt der List nach Sowjetrußland) Positives bisher nicht in Erfahrung gebracht werden konnte und diesbezügliche Gerüchte, die wiederholt schon aufgetaucht sind, einer amtlichen Überprüfung nicht standgehalten haben, so ruft doch das vorliegende zahlreiche Nachrichtenmaterial über die GPU in Deutschland den Eindruck hervor, daß die GPU-Agenten und ihre Organe im Reiche nicht untätig sind.“

**198** Eine Analyse der Berichterstattung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen über Antisemitismus in der Weimarer Republik erfolgt in Kapitel 4.3.4 dieser Arbeit.

**199** Vom Geburtsdatum ausgehend würde hierzu ebenfalls Julij Martov, Jg. 1873, zählen. Er verstarb jedoch bereits im Jahr 1923.

wiegender Krankheit bereits am 30. April 1923 im Alter von 44 Jahren verstarb. Neben ihm verstarben mit Pavel Aksel'rod, Lev Etkin, Nahum Gergel, Abraham Mutnik und Julij Martov fünf weitere osteuropäisch-jüdische SozialistInnen während des Berliner Exils. Für die verstorbenen SozialdemokratInnen wurde in den 1920er Jahren ein Grabmal auf einem Urnenfriedhof im Berliner Bezirk Wedding errichtet, in dem mit Ausnahme von Nahum Gergel alle ExilantInnen begraben wurden.

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen entstammten mit Ausnahme von fünf Personen dem sogenannten jüdischen Ansiedlungsrayon. Vladimir Voytinsky, Fëdor Dan und Grigorij Binštok wuchsen in assimilierten Familien in St. Petersburg auf. Julij Martov und Lidija Dan entstammten einer Diplomatenfamilie, wodurch sie während ihrer Kindheit mehrere Wohnortwechsel im In- und Ausland miterlebten. Deutlich unterrepräsentiert im Berliner Exil waren jüdische SozialistInnen aus dem früheren Kongresspolen. Naheliegender scheint, dass sich politische AktivistInnen aus Kongresspolen in der Zwischenkriegszeit mehrheitlich mit der Zweiten Polnischen Republik und weniger mit der Sowjetunion identifizierten, weswegen für sie keine Notwendigkeit für ein Leben im Berliner Exil bestand.

Bei der Betrachtung der Herkunftsverteilung innerhalb des Ansiedlungsrayons fällt auf, dass eine Mehrheit in Regionen aufwuchs, in denen die *Haskala* stark vertreten war. Mehr als ein Drittel der ExilantInnen kam gebürtig aus dem Baltikum. Wichtigster Knotenpunkt des jüdischen Sozialismus vor dem Ersten Weltkrieg war die Stadt Vilna. In ihr verbrachten zahlreiche der später nach Berlin migrierenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen wie Vladimir Kosovski, Alexander Stein, Sergey Braun, Julij Martov und Rafail Abramovič einige Jahre ihres Lebens. Dieser Befund deutet auf ein politisches Unterstützungsnetzwerk hin, das sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte und bis in die 1920er Jahre Bestand hatte.

Auffällig erscheint der verhältnismäßig geringe Anteil an Frauen innerhalb der Exilgruppe.<sup>200</sup> Mit etwas mehr als 10 % liegt der Frauenanteil bei den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil am unteren Ende prozentualer Angaben im Vergleich zu revolutionären Parteien des Russländischen Reiches. Für den *Bund* liegt die Schätzung des Frauenanteils bei 33 %, für die SDAPR je nach Betrachtungszeitraum bei einem Wert zwischen 11 % und 20 % und für die

---

**200** Vgl. hierzu auch Katchourovskaja, Die russische Öffentlichkeit, S. 20. Katchourovskaja spricht mit Verweis auf Bettina Dodenhoeft von einem generell geringen Frauenanteil innerhalb der russländischen Emigrationsgruppe. Sie argumentiert, dass aufgrund des geringen Frauenanteils die Geburtenrate bei den ExilantInnen sehr niedrig war.

SR bei etwa 15 %.<sup>201</sup> Der Frauenanteil in sozialistischen Parteien Osteuropas war vor dem Ersten Weltkrieg bedeutend höher als in Westeuropa, was allerdings auch auf die bedeutend geringere Gesamtzahl von RevolutionärInnen im Russländischen Reich zurückzuführen ist.<sup>202</sup> Im Jahr 1923 lag der Frauenanteil innerhalb der SPD bei 10 %. Dieser sollte in den darauffolgenden Jahren jedoch deutlich steigen.<sup>203</sup> Da es sich bei der in dieser Arbeit betrachteten Gruppe um eine verhältnismäßig kleine Gruppe handelte und sich diese über Parteistrukturen hinweg konstituierte, können die nachfolgenden Überlegungen zum Geschlechterverhältnis ausschließlich auf die betrachtete Gruppe bezogen und nicht generalisiert werden.

Für den geringen Anteil an Frauen unter den in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sind mehrere Gründe aufzuführen: Bereits vor 1917 wiesen die revolutionären Parteien einen geringen Frauenanteil innerhalb der Führungsstrukturen auf. Es waren jedoch gerade die ParteianführerInnen, die ins Exil flohen, da sie aufgrund ihrer Prominenz verstärkt Repressionen ausgesetzt waren. Zweitens muss zwischen den Tätigkeitsfeldern einer legalen und einer illegalen Partei differenziert werden. Die politische Arbeit in der Illegalität, welche die Parteiarbeit vor dem Ersten Weltkrieg geprägt hatte, war vornehmlich konspirativ und basierte auf Vertrauen und einem engen Zusammenhalt. Oftmals war es hierbei notwendig, dass politische Aufgaben von der gesamten Familie umgesetzt wurden. Dagegen basierte die legale Parteiarbeit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Exil stärker auf einer politischen Teilhabe im öffentlichen Raum, vornehmlich in Form von Auftritten, schriftlichen Meinungsäußerungen und öffentlicher Agitation. Dies markiert sowohl damals als auch heute einen Aufgabenbereich, der stärker männlich konnotiert ist.<sup>204</sup> Schließlich

---

**201** Für die Prozentangaben vgl. Jacobs, Jack: *Bundist Counterculture in Interwar Poland*. New York 2009. S. 86 f. und Fieseler, Beate: *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie, 1890 – 1917*. Stuttgart 1995. S. 19 – 26. Einen Überblick über Frauen im *Bund* bietet: Denz, Rebekka: *Bundistinnen. Frauen im Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund („Bund“)* dargestellt anhand der jiddischen Biografiensammlung „Doires Bundistn“. Potsdam 2009.

**202** Vgl. Fieseler, *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie*, S. 24 – 26.

**203** Vladimir Kosovski schreibt in einem Bericht über den SPD-Parteitag, dass es Ende 1923 1,26 Millionen Mitglieder in der SPD gab, unter ihnen 130.000 Frauen. (Zitiert nach: Kosovski, Vladimir: *Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung*. In: *Di tsukunft*, Vol. 29 (1924), Nr. 8.) Innerhalb von drei Jahren stellte Kosovski eine Verdoppelung des Frauenanteils innerhalb der SPD fest. Vgl. Kosovski, Vladimir: *Der kiler partey tog. Di daytshes d. un di komunisten*. In: *Di tsukunft*, Vol. 32 (1927), Nr. 8.

**204** Vgl. Pickhan: „Wo sind die Frauen?“, S. 197. Diese Argumentation wird ebenso dadurch gestützt, dass eine Verschiebung des Geschlechteranteils hin zu einem geringeren prozentualen

muss auch ein dritter, methodischer Erklärungsansatz für den geringen Frauenanteil benannt werden: Bei einigen weiblichen Biografien konnte aufgrund fehlender biografischer Daten keine abschließende Klärung der Herkunft und eines möglichen politischen Engagements im Russländischen Reich erfolgen. Die erfolglose Recherche für Personen wie Sophie Gurevič und Lilija Estrine, die sich beide im näheren familiären und politischen Umfeld der ExilantInnen befanden, stellt ein Forschungsdesiderat für nachfolgende Forschungsarbeiten dar.<sup>205</sup>

Als weitestgehend homogen erwies sich der Bildungshintergrund der ExilantInnen. Die Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen kam während der Schul- oder Universitätszeit über Studienzirkel mit revolutionären Parteistrukturen in Berührung. Die vom Historiker André Liebich erfolgte Charakterisierung der Parteiführung der SDAPR im Exil als eine „socially homogeneous group“, von der die überwiegende Mehrheit der „Russian Jewish intelligentsia“<sup>206</sup> angehörte, ist auch eine zutreffende Beschreibung für die in der vorliegenden Studie betrachtete Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Die analysierten Lebensberichte weisen darauf hin, dass viele aus Handwerksfamilien entstammten.<sup>207</sup> Nur bei wenigen Ausnahmen ist eine Herkunft aus dem klassischen ArbeiterInnenmilieu feststellbar. Innerhalb des Zentralkomitees der Auslandsdelegation der SDAPR trifft dies auf „its only authentic worker“<sup>208</sup> Mark Kefali zu. Eine ähnliche Ausnahme stellt Nathan Frenkel aufseiten des *Bund* dar.

Die beruflichen Hintergründe der ExilantInnen waren vielfältig: Es gab ExilpolitikerInnen, JournalistInnen, ÜbersetzerInnen und WissenschaftlerInnen. Außerdem waren sie angestellt in migrantischen Klubs, im Verlagswesen sowie bei osteuropäisch-jüdischen Hilfsorganisationen wie der *Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Jüdinnen und Juden* (OSE) und der *Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Jüdinnen und Juden* (ORT). Nur wenige ExilantInnen verfügten allerdings dauerhaft über eine feste Anstellung, die mit einem regelmäßigen Einkommen einherging. Eine individuelle berufliche Zuordnung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen erscheint schwierig, da

---

Frauenanteil auch für den legal agierenden *Bund* in der Zweiten Polnischen Republik feststellbar ist. Vgl. Jacobs: *Bundist Counterculture*. S. 82–97; Pickhan: „Gegen den Strom“. S. 113–116.

**205** Für dieses Quellenproblem vgl. auch Fieseler, *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie*, S. 214–216.

**206** Liebich, *From the Other Shore*, S. 12. Soziologische Daten über die Struktur der jüdischen ArbeiterInnenklasse in Osteuropa sind zusammengefasst in: Bunzl, *Klassenkampf in der Diaspora*, S. 26–47.

**207** Diesen Befund hat auch Beate Fieseler für die Gruppe von Jüdinnen in der SDAPR herausgearbeitet, vgl. Fieseler, *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie*, S. 217.

**208** Liebich, *From the Other Shore*, S. 338.

zahlreiche ExilantInnen in mehreren Berufskontexten zugleich tätig waren. Dies hing einerseits damit zusammen, dass die eigene oder familiäre wirtschaftliche Existenz nicht durch eine einzelne Arbeitsstelle gesichert werden konnte. Zugleich erschien eine berufliche Tätigkeit im sozialistischen Milieu während des Exils nicht nur als Beruf, sondern wurde zumeist als sinnstiftende Beschäftigung wahrgenommen. Hieraus resultierten berufliche Überlappungen wie die, dass ExilpolitikerInnen öfter auch als JournalistInnen tätig waren, da das Publizieren eigener Standpunkte und Schriften sowie die Übersetzung von politischen Grundlagentexten Kernaufgabe der politischen Exilarbeit war. Zudem engagierten sich AuslandskorrespondentInnen jiddischsprachiger Zeitungen auch in Debatierklubs oder unterstützten Hilfsorganisationen. Ebenso gab es einen fließenden Übergang zwischen journalistischer und wissenschaftlicher Tätigkeit, da die ExilantInnen mit wenigen Ausnahmen keine Anstellungen an Forschungszentren hatten und deshalb ihre wissenschaftliche Forschung durch anderweitige Publikationen finanzieren mussten.<sup>209</sup>

Die Länge des Aufenthaltes in der Hauptstadt der Weimarer Republik divergierte innerhalb der Exilgruppe. Festgestellt werden kann, dass mit einer engen Anbindung an sozialistische Organisationen wie Exilparteien oder Presse-Auslandsbüros im Berliner Exilraum tendenziell ein längerer Aufenthalt der Person in der Stadt korrespondierte. Gleichzeitig nahmen die ExilantInnen politische und ökonomische Krisen aber auch in einer anderen Form wahr als die Mehrheitsgesellschaft, und es ist davon auszugehen, dass sie sich gezwungenermaßen durch eine erhöhte Mobilität auszeichneten, welche das Fortziehen erleichterte.

Die überwiegende Mehrheit der ExilantInnen erreichte Berlin zwischen 1919 und 1924. Mit Alexander Stein und Paul Olberg lebten zu dieser Zeit bereits zwei osteuropäisch-jüdische Sozialisten seit mehr als einem Jahrzehnt in Deutschland. Beide migrierten nach der gescheiterten Revolution von 1905 in die Stadt. Nach 1917 gingen sie nur für einen kurzen Zeitraum von wenigen Wochen zurück nach Sowjetrußland. Das entgegengesetzte Extrem stellte Simon Wolin dar, der Berlin erst 1927 erreichte.

Aus unterschiedlichen Gründen verließen neun der 46 Mitglieder der Exilgruppe den Berliner Exilraum vor 1933. Genrokh Rabinovič (1928), Mark Broido (Ende der 1920er Jahre) und Lidija Dan (1931) gingen vornehmlich aus ökonomischen Gründen. Eva Broido (1927) und Sergej Braun (1925) ließen die Stadt aufgrund von Parteaufträgen hinter sich. Nokhem Shtif (1926), Ben-Baruch (1925),

---

<sup>209</sup> Gennady Estraiikh verweist darauf, dass dies besonders für jiddischsprachige WissenschaftlerInnen zutrif, für deren Forschung kein Platz in der westlichen Wissenschaft vorgesehen war. Vgl. Estraiikh, Jacob Lestschinsky, S. 234.



Dovid Eynhorn (1924) und Vladimir Kosovski (1930) verließen Berlin aufgrund der politischen Situation in der Weimarer Republik.

Politische Gefahren wie die Bedrohung durch den wachsenden Antisemitismus wurden in den 1920er Jahren unterschiedlich wahrgenommen. Nach den Scheunenviertelpogromen des Jahres 1923 fühlten sich einige osteuropäisch-jüdische SozialistInnen wie Dovid Eynhorn vom Antisemitismus bedroht, weswegen er sich im Jahr 1924 der Emigrationsbewegung nach Paris anschloss. Fortan arbeitete er als Journalist und Literat in der französischen Hauptstadt. Im *Forverts* wurden die Veränderungen in nachfolgender Weise erklärt:

Der russische Emigrant hat sich in Berlin mehrheitlich recht wohl gefühlt [...]. Eine Änderung der glücklichen Lage der russischen Emigranten ist in Berlin seit der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen eingetreten.

Die allgemeine Krise in Deutschland, der Crash der deutschen Mark, die schreckliche Hungersnot, der Mangel an Lebensmitteln, all das hat das Land ruiniert und folglich auch die russischen Emigranten. Hinzugekommen sind die politischen Unruhen und Verfolgungen gegenüber Ausländern und speziell gegenüber Juden, die einen Großteil der russischen Emigranten ausmachen.<sup>210</sup>

Es gab aber auch diesbezügliche Gegenstimmen. Für viele in der Studie betrachtete osteuropäisch-jüdische SozialistInnen, die vorwiegend im Westteil Berlins lebten, erschien die Situation 1923 weniger dramatisch. Ebenfalls im *Forverts* kam Jakob Leshtsinsky zu dem Schluss: „Die Hoffnung der Juden in Deutschland stützt sich vollständig auf die deutschen Sozialisten und die ersten Berichte, die wir bekamen, weisen darauf hin, dass die deutschen Sozialisten sich der Arbeit angenommen haben, die Juden vor weiteren Angriffen zu schützen.“<sup>211</sup> Erst in den 1930er Jahren sollte von allen ExilantInnen die Situation als für sie gefährlich wahrgenommen werden.<sup>212</sup>

---

**210** Nusboym, A.: Toyzenter rusishe emigranten loyfen itst fun berlin keyn pariz. In: *Forverts*, Vol. 26 (1923), Nr. 9.496 (04.11.1923). S. 4.

**211** N. N. [Leshtsinsky, Jakob]: Der pogrom in berlin. In: *Forverts*. Tsvayte oysgabe, Vol. 26 (1923), Nr. 9.499 (07.11.1923). S. 4. Aufgrund seiner Berichte über die Scheunenviertelpogrome wurde Leshtsinsky verhaftet. Die Artikel wurden als Hetze gegen die Weimarer Republik ausgelegt. In Berlin setzten sich die SPD und der *Vorwärts* erfolgreich für seine Freilassung ein. Anschließend veröffentlichte Leshtsinsky vermehrt unter Pseudonym. Vgl. Estraiikh, *The Berlin Bureau*, S. 149.

**212** Vgl. hierzu auch Kapitel 4.3.4 in dieser Arbeit.

### 2.3.2 Sozialistische Zugehörigkeiten

Osteuropäische SozialistInnen fanden in den 1920er Jahren in unterschiedlichen westeuropäischen Städten Zuflucht. Sie bauten in Städten wie Paris, Prag, London und Berlin Exilparteiververtretungen auf. Allein in Berlin existierten fünf Exilvertretungen sozialistischer Parteien, die vor dem Ersten Weltkrieg im jüdischen Ansiedlungsrayon aktiv waren. Für wenige Jahre entstand damit in der Hauptstadt der Weimarer Republik ein Querschnitt osteuropäisch-jüdischer sozialistischer Politik unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung. Mit Ausnahme des jüdischen Territorialismus, für den ExilantInnen individuell eintraten, aber sich nicht in Parteien organisierten, waren in Berlin mit der Sozialdemokratie, der sozialrevolutionären Partei, dem Bundismus und dem Zionismus alle parteipolitischen Strömungen des Sozialismus aus dem Gebiet des jüdischen Ansiedlungsrayons vertreten.

Der Berliner Handlungsraum war für die Exilparteien von unterschiedlicher Relevanz. Für die SDAPR war Berlin zwischen 1920 und 1933 wichtigster europäischer Exilort, in dem zeitweilig mehr als 70 ParteianhängerInnen lebten.<sup>213</sup> Die Zentren des *Bund* befanden sich dagegen in Städten der Zweiten Polnischen Republik wie Warschau und Vilna. In Berlin existierten eine kleinere Unterstützungsgruppe für den polnischen *Bund* sowie die an die SDAPR angeschlossene Exilvertretung des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*. Für die sozialrevolutionäre Partei, die sich nach der Oktoberrevolution in einen linken und einen rechten Parteiflügel gespalten hatte, waren die Städte Prag und Paris Hauptzentren des Exils. Doch auch in Berlin organisierte sich zu Beginn der 1920er Jahre eine Gruppe von etwa 25 sozialrevolutionären AnhängerInnen.<sup>214</sup> Auch linke zionistische Parteien aus Osteuropa zeigten in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine hohe Präsenz in der Hauptstadt der Weimarer Republik, verlegten im Laufe des Jahrzehnts ihre Parteizentralen jedoch in das Mandatsgebiet Palästina. In Berlin verblieb bis in die 1930er Jahre ein kleineres Verbindungsbüro der zionistischen ArbeiterInnenparteien.<sup>215</sup>

Die Aufgaben der Exilparteien aus Osteuropa ähnelten in den 1920er Jahren denen ihrer westeuropäischen Parteiververtretungen vor dem Ersten Weltkrieg: Selbstdefiniertes Ziel war die Sensibilisierung der westeuropäischen Bevölkerung und der EmigrantInnen für die schwierige politische Situation in Osteuropa.

**213** Vgl. Liebich, *Eine Emigration in der Emigration*, S. 229.

**214** Vgl. Mitgliederliste der Berliner Sozialrevolutionären Parteigruppierung. Eingesehen in: IISH, *Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives*, Nr. 921.

**215** Für einen detaillierten Blick auf die im Berlin der Weimarer Republik bestehenden sozialistischen Parteiorganisationen aus Osteuropa siehe Kapitel 3.1 in dieser Arbeit.

Hierfür wurden Analysen in Zeitschriften publiziert und Diskussionsveranstaltungen organisiert. Darüber hinaus versuchten die Exilververtretungen, Gelder für die eigene politische Arbeit zu akquirieren.<sup>216</sup> Ihre Parteiprogrammatik passten die Exilparteien regelmäßig an die neuen politischen Realitäten in der Heimat an. Ferner entstanden im erweiterten Kreis um die Zentralkomitees Debattierklubs und Publikationsorgane, in denen es den ExilantInnen ermöglicht wurde, an ihnen geläufigen politischen Debatten teilzunehmen und diese in vertrauter Sprache – Russisch oder Jiddisch – zu führen. Exilparteien und Debattierklubs hatten aber nicht nur einen politischen Auftrag, sie deckten zugleich soziale Funktionen ab. Diesbezüglich bezeichnet André Liebich die SDAPR-Exilgruppe als „Menshevik Family“<sup>217</sup>, womit er auf die engen sozialen Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den ExilantInnen verweist.

Größere Heterogenität bestand innerhalb der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen in Bezug auf ihre jeweilige Parteizugehörigkeit. Mehr als die Hälfte der in der Studie berücksichtigten ExilantInnen waren AnhängerInnen der SDAPR, was noch einmal die starke Präsenz der Partei im Berliner Exilraum verdeutlicht. Knapp ein Viertel war Mitglied einer *Bund*-Gruppierung, wobei hierin auch doppelte Zugehörigkeiten von Personen berücksichtigt sind, die sich sowohl zum *Bund* als auch zur SDAPR zugehörig fühlten. Des Weiteren gab es einzelne osteuropäisch-jüdische SozialistInnen, die sich dem Zionismus, Territorialismus oder der sozialrevolutionären Partei zugehörig fühlten. Ebenso berücksichtigt sind ExilantInnen, die vor dem Ersten Weltkrieg parteipolitisch aktiv waren, sich im Exil aber keiner Auslandsvertretung anschlossen. Sie prägten den sozialistischen Handlungsraum durch ihre journalistischen, wissenschaftlichen oder publizistischen Tätigkeiten. Zur Auffächerung dieser politischen Heterogenität werden im Folgenden die in Berlin ansässigen Exilparteien überblicksartig dargestellt.

Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands* (SDAPR) war zwischen 1920 und 1933 mit einem beständigen Zentralkomitee der Auslandsvertretung in Berlin vertreten, das nach dem erlassenen Verbot aller sozialistischen Parteien in Sowjetrußland die faktische Parteizentrale darstellte.<sup>218</sup> Aufgrund inhaltlicher Kon-

---

**216** Vgl. Bekanntgabe der Gründung einer Berliner Repräsentanz des sozialdemokratischen *Bund*: N. N.: Izveščenie. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 10 (16.05.1922). S. 15. Ebenso Statut der Berliner Ortsgruppe der Sozialrevolutionären Partei. Eingesehen in: IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 921.

**217** Liebich, *From the Other Shore*, S. 10 f.

**218** Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 1. Nach Antje Kuchenbecker wurde die „Poale Tzion Linke“ erst 1928 verboten. Vgl. Kuchenbecker, Antje: Zionismus ohne Zion. Birobidžan: Idee und Geschichte eines jüdischen Staates in Sowjet-Fernost. Berlin 2000. S. 107.

troversen war die Gruppe in unterschiedliche Fraktionen und nationale Untergruppierungen unterteilt. In enger personeller und inhaltlicher Überschneidung zum Zentralkomitee wurde von der SDAPR in Berlin ebenfalls ein russischsprachiger Debattierklub gegründet, in dem sich mehrere Dutzend russländische SozialistInnen regelmäßig trafen.<sup>219</sup> Mehr als 25 der in Berlin lebenden SDAPR-AnhängerInnen waren osteuropäisch-jüdischer Herkunft. Bei der Betrachtung des zehnköpfigen Zentralkomitees der SDAPR ist die hohe Beteiligung von Personen jüdischer Herkunft besonders auffällig: Mit Ausnahme von Boris Nikolaevskij entstammten alle Mitglieder des Zentralkomitees den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten.<sup>220</sup> Diese quantitativ hohe Teilnahme von Jüdinnen und Juden innerhalb der russländischen Sozialdemokratie hing mit den sozialdemokratischen Forderungen nach Egalität und politischer Emanzipation zusammen, in denen sich auch Teile der osteuropäischen Judenheiten wiederfanden.

Im Umgang mit ihrem nationalen Selbstverständnis unterteilten sich die SozialdemokratInnen jüdischer Herkunft in zwei Richtungen: Der eine Teil organisierte sich primär im *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*, der sich im Exil als eine nationale Unterorganisation der SDAPR präsentierte; die andere Gruppe sah sich ausschließlich als Teil der russländischen Dachorganisation. Die enge Mitarbeit von BundistInnen innerhalb der SDAPR war ein gewichtiger Grund für die Pflege enger Kontakte zu jüdisch-sozialistischen Verbänden und Parteien in den USA durch die SDAPR. Während zwei längerer Aufenthalte in Nordamerika in den Jahren 1925 und 1930 gelang es Rafail Abramovič, jeweils eine größere Summe an Spenden für die SDAPR-Parteiarbeit im Exil zu akquirieren. Er sprach hierbei besonders jüdische Organisationen wie den jüdisch-sozialistischen *Farband*, die Redaktion des *Forverts* und den *Arbeter Ring* an. Das Interesse der US-amerikanischen Verbände an der Arbeit der SDAPR war auch deswegen so groß, weil deren AnhängerInnen und MitarbeiterInnen ebenfalls mehrheitlich aus dem Russländischen Reich emigriert waren.<sup>221</sup>

---

**219** Der *Russische sozialdemokratische Klub* wurde 1921 in Berlin gegründet und nach dem Tod von Julij Martov zu seinen Ehren benannt. Für die Gründung vgl. Brief des Polizeipräsidenten an Paul Olberg vom 22.12.1921. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 11. Für die Angabe der Teilnehmendenzahl vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 105.

**220** Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 12. Die Mitglieder der Auslandsvertretung sind aufgeführt in: Peter, Hartmut Rüdiger (Hrsg.): *Fedor I. Dan und Otto Bauer. Briefwechsel (1934–1938)*. Frankfurt am Main 1999. S. 60, Fußnote 9. Zum Zentralkomitee gehörten Rafail Abramovič, Grigorij Aronson, Fëdor Dan, Ol'ga Domanevskaja, Isai Judin, Aron Jugov, Mark Kefali, Boris Nikolaevskij und Solomon Švarc.

**221** Vgl. Dan, Fëdor: *Poezdka tov. Abramovič v Amerike*. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 1 (17.01.1925). S. 16; Abramovič, Rafail: *Tri mesjaca v Amerike*. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 11/12 (20.06.1925). S. 3–6 und Nr. 13 (10.07.1925). S. 3–8; N. N.: *N'ju-iorkskij banket v čest' t. Abramovič*. In: SV, Vol. 10

Die SDAPR verstand sich als Vertretung der sozialdemokratischen Bewegung in der Sowjetunion, weswegen sie auch 1923 ein Gründungsmitglied der SAI war. Im Mai 1924 veröffentlichte das Zentralkomitee der Partei zusammen mit dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* ein erneuertes achtseitiges Parteiprogramm, mit dem die ExilantInnen auf die politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen in der Sowjetunion reagierten.<sup>222</sup> In der politischen Ausrichtung unterteilte sich die SDAPR in eine linke und eine rechte Fraktion, die sich in der Bewertung der Bol'sheviki und dem theoretischen Demokratieverständnis unterschieden. Einigkeit unter den ParteianhängerInnen bestand in der Ablehnung des Weges der politischen Machtergreifung mithilfe von Terror und Gewalt, wie sie von den Bol'sheviki durchgeführt wurde. Zugleich sahen sie auch die Gefahr einer Abschaffung demokratischer Strukturen durch eine mögliche rechtsnationale Konterrevolution. Ihre Überzeugung war, dass die sozialistische Gesellschaft aus einer parlamentarischen Demokratie heraus entstehen müsse, sobald dies die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zulassen würden. Ferner hatte für die Mehrheit der SozialdemokratInnen die Beibehaltung der territorialen Integrität der Sowjetunion große Bedeutung.

Die Präsenz des *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund* in Berlin spiegelte in gewisser Weise auch die komplexe Entwicklung der Partei nach dem Ersten Weltkrieg wider. Verliefe die Parteispaltung bei den meisten anderen revolutionären Parteien ausschließlich zwischen einem Bekenntnis entweder zum Sozialismus oder zum Kommunismus, wurde der *Bund* durch die nationalstaatlichen Neugründungen Ostmitteleuropas ebenfalls territorial in unterschiedliche Parteigruppierungen aufgeteilt. Die territorialen Veränderungen in Ostmitteleuropa stellten das Agieren der jüdisch-sozialistischen Partei in einem territorial geeinten Vielvölkerstaat infrage. Nun existierte keine einzelne *Bund*-Partei mehr, die sich über das gesamte Gebiet des Russländischen Reiches erstreckte, sondern unterschiedliche *Bund*-Parteien in der Sowjetunion, Polen, Rumänien und Litauen, wodurch die AnhängerInnenschaft des *Bund* auch national spezifiziert wurde. Ideologisch hatte der *Bund* um die Jahrhundertwende das Konzept eines jüdisch-sozialistischen Selbstverständnisses innerhalb der bestehenden multiethnischen Lebenswelten Osteuropas entwickelt und stand sowohl Assimilierungsbestrebungen als auch Migrationsbewegungen kritisch gegenüber. Das ideologische Konzept des *Bund* fußte auf den Begriffen *doykhayt* und *yiddishkayt*.<sup>223</sup> Die Partei

---

(1930), Nr. 4. S. 14 f.; Abramovič, Rafail: Moja poezdka po Amerike. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 11 (14.06.1930). S. 11–14.

222 N. N.: Rasširenyj plenum Z. K. R. S.-D. R. P. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 12/13 (20.06.1924). Achtseitiger Anhang zur Zeitungsausgabe.

223 Vgl. Tobias, *The Jewish Bund in Russia*, S. 176–189.

positionierte sich damit zwischen der zionistischen und der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung, was auch Angriffe aus den beiden konkurrierenden politischen Lagern der sozialistischen Bewegung zur Folge hatte.

Die doppelte Teilung des *Bund* manifestierte sich ebenfalls im Berliner Exilraum, wenngleich aufgrund der quantitativ geringen Anzahl von BundistInnen auf kleinem Raum eine Kooperation zumindest in den ersten Jahren des Exils notwendig erschien. Der eine Teil der in Berlin lebenden BundistInnen sah sich als jüdisch-sozialistische ExilantInnen aus der Sowjetunion und fühlte sich dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* zugehörig. Andere BundistInnen orientierten sich in Richtung des polnischen *Bund* und organisierten sich in der *Berliner Bund-Gruppe*. Darüber hinaus gab es zu Beginn der 1920er Jahre ebenfalls BundistInnen, die sich der kommunistischen Bewegung zugehörig fühlten.<sup>224</sup>

Während der 1920er Jahre agierten der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* und die *Berliner Bund-Gruppe* in friedlicher Koexistenz. Inhaltlich vereint blieben die BundistInnen in den politischen Selbstverständnissen der *doykhayt* und *yiddishkayt* und in der Annahme, dass politische Konzepte jüdischen Lebens für die Territorien konzipiert werden müssten, in denen ein hoher Bevölkerungsanteil von Jüdinnen und Juden lebte. Der mögliche Anwendungsbereich für das national-kulturelle Autonomiekonzept war damit weiterhin auf Ost- und Ostmitteleuropa beschränkt und wurde nicht auf den Berliner Exilraum übertragen. Ebenso herrschte Einigkeit in der Orientierung am Jiddischen als für die ParteianhängerInnen wichtigster kultureller und sprachlicher Grundlage. Politische Differenzen zwischen den beiden *Bund*-Parteien wurden erst nach dem Eintritt des polnischen *Bund* in die SAI zu Beginn der 1930er Jahre sichtbar. Ironischerweise wurde von Mitgliedern des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* Ende der 1920er Jahre vehement der Beitritt des polnischen *Bund* in die SAI gefordert.<sup>225</sup> Nach der Aufnahme des polnischen *Bund* in die SAI stellte sich jedoch die praktische Frage, welche Partei auf Kongressen der SAI die osteuropäisch-jüdische Bevölkerung vertrat. Dies war besonders strittig, da sich die inhaltliche Positionierung von polnischem *Bund* und *Sozialdemokratischem Bund der Sowjetunion* in Bezug auf die politische und gesellschaftliche Situation in der Sowjetunion und über Handlungsmöglichkeiten der deutschen Sozialdemokratie

---

**224** Ein Beispiel hierfür ist die Gruppe von HerausgeberInnen der in Berlin 1920/1921 erschienenen Zeitschrift „Der Morgnshtern. Tsaytshrift for politik un sotsiale fragen“. Vgl. N. N.: Unzere oyfgaben. In: *Der Morgnshtern*, Vol. 1 (1920), Nr. 1. S. 1. Siehe hierfür auch Kapitel 3.1.1 in dieser Arbeit.

**225** Vgl. Abramovič, Rafail: RSI i sionizm. In: *SV*, Vol. 10 (1930), Nr. 10. S. 8–10.

beim Aufstieg des Faschismus unterschieden.<sup>226</sup> Zusammen mit Mitgliedern der *Independent Labour Party* (ILP)<sup>227</sup> sah sich der polnische *Bund* als Teil einer linken Fraktion innerhalb der SAI. Ihre Delegierten traten für eine Annäherung an die Sowjetunion sowie die KI ein und forderten von der deutschen Sozialdemokratie einen radikaleren Klassenkampf gegen den Faschismus, der sich nicht nur auf parlamentarische Arbeit beschränken sollte – Positionierungen, bei denen sich klare inhaltliche Differenzen zu den AnhängerInnen des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* auftraten.<sup>228</sup>

Der sozialrevolutionären Parteivertretung in Berlin, die laut Statuten die Aufgabe hatte, das politische Programm der Partei zu verbreiten und Kontakte zu anderen Strukturen der ArbeiterInnenbewegung zu knüpfen, gehörten zu Beginn der 1920er Jahre mehr als 25 Personen an. Unter ihnen befanden sich Parteigrößen wie Grigorij Il'ič Šrejder, Viktor Mixajlovič Černov, Vladimir Mixajlovič Zenzinov und Vladimir Ivanovič Lebedev.<sup>229</sup> Enge personelle Überschneidungen gab es zwischen der Parteivertretung und den Redaktionen der russischsprachigen Zeitungen *Golos Rossii* und *Dni*.<sup>230</sup> Ferner unterhielten SozialrevolutionärInnen aus der linken Parteifraktion Kontakte zu anarchistischen ExilantInnen wie zu den

---

**226** Die kontroverse Debatte wurde nach dem SAI-Kongress in Wien im New Yorker *Forverts* und der Warschauer *Naye Folksdaytung* öffentlich ausgetragen. Die Artikel, die sich direkt aufeinander beziehen, sind zusammen publiziert worden in: Bundischer Klub in New York (Hrsg.): Ab. Kahane un der „Bund“ in Poyln. New York 1932.

**227** Die *Independent Labour Party* war bis 1932 eine Fraktion innerhalb der *British Labour Party*. 1932 sollten sie sich aus dem Parteienverbund lösen, was dazu führte, dass ihre Mitgliedszahl um zwei Drittel sank. Innerhalb der SAI wurden ihre Delegierten einzeln aufgeführt. Für die Parteifraktion vgl. Thorpe, Andrew: *A History of the British Labour Party*. Basingstoke u. a. 32008. S. 8 und S. 85.

**228** Zu den inhaltlichen Debatten zwischen in Berlin lebenden Bundisten mit Parteianführern des polnischen *Bund* Ende der 1920er Jahre siehe auch Kapitel 4.1.2 in dieser Arbeit.

**229** Vgl. Statut der Berliner Gruppe der Sozialrevolutionären Partei und Mitgliederliste der Berliner Ortsgruppe der SR. Beides eingesehen in: IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 921. Für einen Überblick über die politische Ausrichtung der Sozialrevolutionären Partei vgl. Hildermeier, Manfred: *The Russian Socialist Revolutionary Party before the First World War*. New York 2000. Für Prag als sozialrevolutionären Migrationsort vgl. White, Elizabeth: *The Russian Socialist Revolutionary Party in Emigration, 1921–1939*. Birmingham 2005.

**230** Für den *Dni* in Berlin vgl. Moulis, Vlatislav: Die russische republikanische Tageszeitung *Dni*. In: Schlögel, Karl (Hrsg.): *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg*. Berlin 1995. S. 439–445; Dodenhoeft, „Laßt mich nach Rußland heim“, S. 156 f. Die Berliner Ortsgruppe der Sozialrevolutionären Partei Russlands gab als Kontaktadresse die Redaktionsräume der *Golos Rossii* in der Friedrichstraße 204 an. Vgl. Briefpapier der Ortsgruppe. Eingesehen in: IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 921.

einige Jahre in Berlin verweilenden osteuropäisch-jüdischen AnarchistInnen Alexander Berkman und Emma Goldman.<sup>231</sup>

Der im Dezember 1922 in Berlin veranstaltete Parteikongress aller sozialrevolutionären Exilgruppen verdeutlicht den zentralen Stellenwert, den die Stadt in den frühen 1920er Jahren auch für die sozialrevolutionäre Bewegung einnahm.<sup>232</sup> Dennoch sollten viele in Berlin lebende SozialrevolutionärInnen Mitte der 1920er Jahre Berlin verlassen, um sich in Paris oder Prag niederzulassen. Ein Grund hierfür war die bereits beschriebene Überwachung der Parteistruktur durch deutsche Sicherheitsbehörden und die damit einhergehenden Schwierigkeiten für die Exilarbeit. Ein von wenigen AnhängerInnen getragenes Informationsbüro der Sozialrevolutionären Partei verblieb aber auch über 1923 hinaus in Berlin.<sup>233</sup>

Unter den sich im Berliner Exil befindenden SozialrevolutionärInnen gab es einzelne Personen jüdischer Herkunft wie Isaak Štejnberg, ehemaliger Volkskommissar der Justiz Sowjetrusslands, und den Schriftsteller Viktor Šklovskij. Šklovskij sollte nur für gut ein Jahr in Berlin leben und anschließend nach Moskau zurückkehren.<sup>234</sup> Štejnberg lebte dagegen zehn Jahre in der Hauptstadt der Weimarer Republik. Im Laufe der 1920er Jahre fokussierte er sich vermehrt auf die Konzeption eines jüdischen Territorialismus. Seine politischen Ansichten wurden vornehmlich in der von ihm mit herausgegebenen und in Warschau publizierten jiddischsprachigen Zeitschrift *Fraye shriftn* veröffentlicht. Hierin beschrieb er die Situation in der Sowjetunion und die aus seiner Sicht herrschende Notwendigkeit einer konzeptionellen Neuausrichtung der sozialistisch-revolutionären Bewegung in Europa im Allgemeinen sowie eine Bestimmung der Rolle, die die jüdische ArbeiterInnenbewegung hierbei einnehmen könnte, im Speziellen.<sup>235</sup>

Eine vierte osteuropäisch-sozialistische Parteirichtung des Berliner Exilraums bildeten die Gruppierungen des linken Zionismus. Bereits 1918 gründete sich eine lokale *Poale-Tsion* Gruppe in der Stadt, die maßgeblich von aus Osteu-

---

**231** Die SR besaß die Kontaktdaten von Alexander Berkman. Vgl. IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 920. Berkman und Goldman flohen 1921 aus Sowjetrussland über Schweden nach Deutschland, wo sie Unterstützung durch alte Bekannte und ExilantInnen erhielten. Im August 1924 sollten sie weiter nach Paris migrieren. Vgl. Wexler, Alice: Emma Goldman in Exile. From the Russian Revolution to the Spanish Civil War. Boston 1989. S. 67–91.

**232** Vgl. IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 949–953.

**233** Für die Existenz des Informationsbüros vgl. Traueranzeige des Informationsbüros bzgl. des Todes von Beynish Mikhalevitsh. In: NF, Vol. 3 (1928), Nr. 254 (01.11.1928). S. 4.

**234** Für Viktor Šklovskij vgl. biografische Skizze in: Dohrn/Saß/Korkowsky, „... die Nacht hat uns verschluckt.“, S. 388.

**235** Für eine detailliertere biografische Darstellung von Isaak Štejnberg vgl. Kapitel 3.2.9 in dieser Arbeit.



ropa stammenden Jüdinnen und Juden getragen wurde.<sup>236</sup> Die Existenz des *Jüdisch-Sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion* in Berlin lässt sich durch die Publikation eines jiddischsprachigen Sammelbandes spätestens für das Jahr 1920 nachweisen. Im Band wurden Artikel international renommierter VertreterInnen der zionistischen Bewegung abgedruckt, die jedoch nicht alle in Berlin lebten.<sup>237</sup> Auch die *Russländische Zionistisch-Sozialistische Partei* unterhielt kurzzeitig eine Exilvertretung in Berlin.<sup>238</sup> Sowohl *Poale-Tsion* als auch die *Russländische Zionistisch-Sozialistische Partei* verlegten ihre Parteibüros nach wenigen Jahren ins Mandatsgebiet Palästina. Mit dem *Allweltlichen Jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z. S. Verband)* unterhielten sie jedoch ein gemeinsames Verbindungsbüro im Zentrum Berlins, über das der seit Jahren bestehende Kontakt zum *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund* (ADGB) sowie zu sozialistischen PolitikerInnen aufrechterhalten wurde.<sup>239</sup> Ebenso wie die sozialrevolutionären ExilantInnen organisierten auch zionistische Gruppierungen in Berlin parteipolitische Großveranstaltungen: Im November 1924 war die Stadt Austragungsort der „Zweiten Plenarsitzung des zentralen Komitees für das arbeitende Erez-Israel“, einem Zusammenschluss verschiedener, sich dem politischen Spektrum der ArbeiterInnenbewegung zugehörig fühlender zionistischer Gruppierungen. Der Zusammenschluss reichte von der Gewerkschaftsbewegung *Hitachduth* bis zu kommunistischen Parteistrukturen.<sup>240</sup> Ende September 1930 fand mit dem „Weltkongress für das arbeitende Palästina“ in der Stadt eine weitere zionistische Großveranstaltung statt.<sup>241</sup>

Besonders in ihrer territorialen Ausrichtung unterschieden sich die zionistischen von den anderen osteuropäisch-sozialistischen Exilgruppen: Sie fokus-

---

**236** Vgl. Schwarz, Momme: Widersprüchliche Strategien jüdischer Emanzipation – Die Arbeiterorganisation Poale Zion im Spannungsfeld von Zionismus und Sozialismus 1907–1934 (unveröffentlichte Magisterarbeit). Bremen 2011. S. 53–76.

**237** N. N.: Unzer zamelbukh. In: Biuro fun'm idishen sotsialistishen arbeyter-farband pueli-tsiun (Hrsg.): Unzer Gedank. A zamelbukh. Berlin 1920. Hierin publizierten u. a. der in Paris lebende Marc Jarblum, später langjähriger Repräsentant der zionistischen Bewegung in der SAI, Nachman Sirkin, 1919 Mitglied der amerikanisch-jüdischen Delegation bei der Friedenskonferenz von Versailles, und Berl Locker, Generalsekretär des Weltverbandes der *Poale Zion*.

**238** Vgl. Briefkopf des Briefes der Auslandsdelegation vom 10.12.1924 an Karl Kautsky. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky, Nr. 653.

**239** Vgl. Briefe der Auslandsdelegation der zionistisch-sozialistischen Partei ansässig in Tel-Aviv an den ADGB. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212.

**240** Vgl. N. N.: Komitee für das arbeitende Palästina. In: Der Neue Weg. Monatszeitschrift der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland, Vol. 1 (1924), Nr. 1.

**241** Vgl. Brief der Allgemeinen Arbeiterorganisation in Palästina vom 24.09.1930. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 303.

sierten sich auf das Mandatsgebiet Palästina und befürworteten für ihre AnhängerInnen nicht die Rückkehr nach Osteuropa. Als territorial übergreifende Bewegung wurden die zionistischen Parteien dadurch stärker als andere Exilparteien zu einer gesamteuropäischen Bewegung, die auch über die ArbeiterInnenbewegung hinausreichte und -wirkte. In gewisser Weise stellte der Zionismus damit einen Gegenpart zu den anderen zeitgenössischen Ideologien der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung dar, deren politische Konzepte auf Osteuropa ausgerichtet blieben. Vielen zeitgenössischen BeobachterInnen galt dabei der Zionismus als utopisches Projekt, dessen Umsetzung sie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen als zum Scheitern verurteilt sahen. Diese Wahrnehmung formulierte Rafail Abramovič mit folgenden Worten:

Das Ideal des klassischen Zionismus – der grosse Judenstaat in Palästina, der Millionen verfolgter Juden aus aller Herren Länder aufnehmen sollte, – ist schon längst als Utopie erkannt und von den Zionisten selbst restlos aufgegeben worden. Als Utopie erweist sich auch, wie ich nachzuweisen versuchte, auch das minimale Programm des Zionismus, die Schaffung eines kleinen jüdischen Staates, der 1 Millionen Juden aufnehmen und sie dort zur Mehrheit der Bevölkerung machen sollte. [...]

Die Wahrheit ist, dass es gar keinen solchen Centrums bedarf[,] um die nationale Wiederbelebung des jüdischen Volkes im Gang zu bringen. Man muss blind oder verbohrt sein, um nicht zu sehen, dass dieser Wiederbelebungsprozess mit dem Osteuropäischen Judentum schon seit 3 Jahrzehnten eingesetzt hat, und immer weiter fortschreitet. Dieser Prozess datiert allerdings nicht von der Proklamierung des politischen Zionismus, sondern von der Geburt des jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland, und vollzieht sich im ständigen Kampf gegen den Zionismus und gegen seinen [sic!] das Volksbewusstsein vergiftenden und paralyisierenden Behauptungen über den angeblichen Niedergang und Verfall des jüdischen Volkes in der Diaspora.<sup>242</sup>

Abramovičs Skepsis an der zionistischen Idee wurde von zahlreichen ZeitgenossInnen geteilt. In diesem Zitat ist sie gepaart mit der politisch hart geführten rhetorischen Auseinandersetzung zwischen Bundismus und Zionismus.

Eine fünfte Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berliner Exil bestand aus denjenigen, die sich zu keiner der oben erwähnten Exilparteistrukturen zugehörig fühlten. Als JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, ÜbersetzerInnen, LiteratInnen oder MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen agierten sie im Exil als sozialistische politische Intellektuelle. Sie werden im Folgenden als linke JiddischistInnen bezeichnet. Generell handelte es sich um eine in ihrer politischen Zugehörigkeit sehr diverse Gruppe; mehrheitlich können ihre Mitglieder jedoch dem jüdischen Territorialismus zugeordnet werden.

---

**242** Abramovič, Rafail: Zionismus und Sozialismus. (unveröffentlichtes Manuskript). S. 17 und S. 22. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 39.

Linke JiddischistInnen beteiligten sich in Form von Publikationen sowie der Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen an zeitgenössischen politischen Debatten. Ihre Parteiunabhängigkeit ermöglichte ihnen eine intellektuelle Auseinandersetzung mit Themen ohne bestehende Parteizwänge. Für die 1920er Jahre lassen sich bei einigen von ihnen noch fließende Übergänge zwischen sozialistischer und kommunistischer Zugehörigkeit feststellen. Debatten über die Gründung einer möglichen jüdischen Sowjetrepublik auf der Krim oder der jüdischen Sowjetrepublik Birobidžan im fernen Osten des Landes wurden in einer anderen Weise geführt als bei ExilantInnen, die sich qua Parteimitgliedschaft bereits von der Sowjetunion distanzieren.

Unterschiede im politischen Selbstverständnis innerhalb der sozialistischen Exilgruppe sind am einfachsten über die Parteizugehörigkeit nachvollziehbar. Darüber hinaus bestanden aber auch innerhalb der einzelnen Exilparteien teils deutliche Unterschiede. Ein Beispiel hierfür ist die wiederkehrende Debatte über den Umgang mit und die politische Bewertung der Sowjetunion, die auch innerhalb der SDAPR kontrovers geführt wurde. Besonders der linke Flügel der Partei hoffte bis Mitte der 1920er Jahre auf eine durch inneren Druck erzwungene politische Öffnung der Sowjetunion. Die größte Gefahr sahen sie in einer von außen herbeigeführten Konterrevolution, weswegen sie die Sowjetunion rhetorisch vor zu starken Angriffen zu schützen versuchten.<sup>243</sup> Ganz anders beurteilte jedoch der rechte Parteiflügel die Lage innerhalb der Sowjetunion. Grigorij Binštok bezeichnete Mitte der 1920er Jahre die Bol'seviki als „grössten Feind der Arbeiterbewegung“.<sup>244</sup> In diesem Duktus riefen auch andere Mitglieder des rechten Parteiflügels die internationale sozialistische Bewegung zu konkreten Handlungen gegenüber der Sowjetunion auf.

An diesem und anderen Beispielen kann aufgezeigt werden, dass die beträchtliche Heterogenität innerhalb der kleinen Exilgruppe auch mit einer für Außenstehende irritierenden rhetorischen Härte in politischen Auseinandersetzungen einherging. In Bezug auf die Flügelkämpfe innerhalb der SDAPR begründete Fëdor Dan dies gegenüber dem Sozialdemokraten Karl Kautsky mit Erfahrungen aus dem Revolutionsjahr 1917:

Was Sie [Karl Kautsky] für unsere Sektiererei halten und den spezifischen Verhältnissen der Illegalität und der Emigration zuschreiben, fusst in Wirklichkeit in den Erlebnissen der Revolutions- und Bürgerkriegszeit und in unserer Einschätzung der Umstände, in denen im

---

**243** Vgl. für die SDAPR Schöler, Die Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie, S. 135f.

**244** Vgl. Brief von Grigorij Binštok an Karl Kautsky vom 22.12.1924. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky, Nr. 653.

heutigen Russland der Kampf für die politische Demokratie und für das Auferstehen der Sozialdemokratie, als einer proletarischen Massenpartei, geführt werden kann und muss. [...] Und diesen Kompromiss vereiteln oder erschweren durch eine ganz nutzlose „Einigung“ mit verschiedenen Emigrantengruppen hätte ich für einen Fehler gehalten: auch für unsere Partei, die durch „Bürgerkriegssünden“ der anderen demokratischen und sozialistischen Gruppen nicht belastet ist (wohl aber durch die Sünden der Koalition des Jahres [19]17!).<sup>245</sup>

Mit seiner Argumentation unterstreicht Dan die fortdauernde Relevanz der Erfahrungen aus den osteuropäischen Lebenswelten während der Exilzeit. Mehrheitlich war der Standpunkt verbreitet, dass es einer größeren Kompromiss-, Koalitions- und Bündnisbereitschaft erst nach der angestrebten Rückkehr in eine demokratische Sowjetunion bedürfe. Faktisch hatte dies jedoch eine Verfestigung der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Parteien und Fraktionen zur Folge.<sup>246</sup> Andererseits erfüllten die harten rhetorischen Auseinandersetzungen sicherlich auch einen weiteren Zweck. Hieraus ergab sich eine Daseinsberechtigung für die Exilparteien, die nur über eine sehr geringe politische Gestaltungsmacht verfügten. In der Tendenz lässt sich eine Zunahme der Intensität der Debatten im Laufe der Exiljahre feststellen, die mit einem Schwinden der Hoffnung auf grundlegende Veränderungen in der politischen Situation in Osteuropa einherging, womit auch die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Sowjetunion schwand.

### 2.3.3 Osteuropäisch-jüdische Zugehörigkeiten

Eine Rekonstruktion der in der Exilgruppe existierenden unterschiedlichen osteuropäisch-jüdischen Zugehörigkeiten erscheint ungleich komplexer als die Darstellung der verschiedenen politischen Zugehörigkeiten. Eine große Herausforderung ist hierbei, dass jüdische Zugehörigkeiten stärker in einem Wechselverhältnis zwischen Selbstverortung und Fremdzuschreibung entstehen und nicht ausschließlich den eigenen Selbstverständnissen entsprechen müssen. Bei der Darstellung der vielfältigen osteuropäisch-jüdischen Zugehörigkeiten sind daher Herkunft, Sprache und eigenes Selbstverständnis der ExilantInnen sowie Vorurteile und Antisemitismus aufseiten der Mehrheitsgesellschaft mit einzubeziehen.

---

<sup>245</sup> Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 05.05.1929. Zitiert nach: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 208, S. 371–380. Hier S. 376 f.

<sup>246</sup> Vgl. für diese Einschätzung Dubnova-Erlich, Sofija: Chleb i Maza. Vospominanija. Stichi Rasnich Let. Sankt-Petersburg 1994. S. 204.

Das jüdische Selbstverständnis kann, wie bereits beschrieben, kontextabhängig als eine religiöse, nationale oder ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit verstanden werden. Daneben ist für die sozialistische Bewegung vor dem Holocaust ebenfalls das Phänomen der von Isaac Deutscher als „non-Jewish Jews“ bezeichneten Personen bedeutend. Deutscher versteht hierunter Intellektuelle jüdischer Herkunft, die sich bewusst von dieser Herkunft distanzieren, durch Fremdzuschreibung jedoch immer wieder auf sie zurückgeworfen wurden. Dieses Phänomen betraf auch mehrere Mitglieder der Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Sie begegneten zum einen Antisemitismus und bewegten sich zum anderen in einem Umfeld, in dem auch Theorien eines jüdischen Nationalverständnisses Bedeutung hatten.

Um dem Phänomen des „non-Jewish Jew“ im Kontext der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung gerecht zu werden, plädiert der Osteuropahistoriker Frank Golczewski dafür, bei der Analyse der vielfältigen osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten einen differenzierten Blick beizubehalten und bei den jüdischen Zugehörigkeitsformen auch „jüdischstämmige [...] Sozialisten in anderen säkularen Parteien, die sich nicht als Juden verstanden haben“<sup>247</sup>, einzubeziehen. In einer ähnlichen Weise spricht sich die Historikerin Stefanie Schüler-Springorum im deutschsprachigen Kontext dafür aus, kommunistische Biografien „wieder in die jüdische Geschichte hereinzuholen“<sup>248</sup>. Die vorliegende Studie folgt diesen Anregungen und orientiert sich damit am Konzept des „historical Jew“ des Historikers Joseph Gorny. Nach diesem bildete sich jüdische Zugehörigkeit vor dem Holocaust „auf Basis kollektiver historischer Erfahrung und Erinnerung“, sodass alle, die eine solche Erfahrung teilten, „einem jüdischen Erlebnisraum zugeschrieben werden“<sup>249</sup>. Einer sich hieraus vermeintlich ergebenden Schwierigkeit der definitorischen Ungenauigkeit entgegnet der Sozialwissenschaftler Philip Mendes mit dem Hinweis, dass die Definition, wer jüdisch sei, sich je nach Zeit und Ort verändere und deshalb je nach Kontext immer wieder neu erläutert werden müsse.<sup>250</sup>

---

**247** Golczewski, *Jüdische Welten in Osteuropa?*, S. 25.

**248** Schüler-Springorum: „Dazugehören“. S. 168. Vgl. für die Thematik auch das Nachwort in Zadoff, *Der rote Hiob*, S. 291–306.

**249** Zitiert nach: Zadoff, *Der rote Hiob*, S. 302; ebenfalls: Gorny, Joseph: Foreword. In: Ben-Rafael, Eliezer (Hrsg.): *Jewish Identities. Fifty Intellectuals Answer Ben Gurion*. Leid/Boston/Köln 2002. S. xi–xiii. Hier S. xvi.

**250** Vgl. Mendes, *Jews and the Left*, S. 3f. Verschiedene Selbstverständnisse und theoretische Ansätze dafür, was jüdisch ist, sind in folgender Publikation aufgeführt: Ben-Rafael, Eliezer (Hrsg.): *Jewish Identities. Fifty Intellectuals Answer Ben Gurion*. Leid/Boston/Köln 2002.

Golczewskis und Schüler-Springorums Plädoyer des Einbezugs von RevolutionärInnen jüdischer Herkunft aus nichtjüdischen Parteien in die Forschung über jüdisches Leben im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird durch enzyklopädische Einträge aus den 1920er Jahren gestützt. Das in dieser Zeit publizierte *Jüdische Lexikon* unterscheidet zwischen einem „jüdischen Sozialismus“ und einem Begriff der „sozialist[ischen] Bewegung unter den J[uden] [...], der viel breiter ist und auch den Anteil der J[uden] an der sozialist[ischen] Bewegung der verschiedenen Völker mit umfaßt“<sup>251</sup>. Wurde im westlichen Europa der Begriff Jüdisch vornehmlich als religiöse Attribuierung verstanden, stand er in osteuropäisch-sozialistischen Zusammenhängen oftmals für eine nationale beziehungsweise ethno-kulturelle Zugehörigkeitsform innerhalb eines Vielvölkerstaates, die sich in politischen Konzepten der national-kulturellen Autonomie des *Bund* und dem Streben nach einer territorialen Autonomie der Judenheiten durch zionistische und territorialistische Parteien ausdrückte.

Die jüdische Zugehörigkeit der in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen lässt sich in drei prototypische Gruppierungen unterteilen. „Non-Jewish Jews“ stellten innerhalb der Exilgruppe die quantitative Mehrheit dar. Ihre jüdische Herkunft besaß für die eigene gesellschaftliche und politische Verortung keine Relevanz. Politisch stritten sie für einen sozialistischen Internationalismus in dem alle nationalen, kulturellen und religiösen Zugehörigkeiten obsolet werden sollten. Hieraus folgte gegenüber den osteuropäischen Judenheiten die Forderung nach einer sprachlichen und kulturellen Assimilierung. Von großen Teilen des gesellschaftlichen Umfeldes wurden „non-Jewish Jews“ weiterhin als jüdisch wahrgenommen.<sup>252</sup>

Die AnhängerInnen des Bundismus bildeten innerhalb der Exilgruppe den zweiten Prototyp osteuropäisch-jüdischer Zugehörigkeit. Aus dem politischen Selbstverständnis einer in Osteuropa auszulebenden *doykhayt* und einer sprachlichen und kulturellen *yiddishkayt* heraus verstanden sie die osteuropäischen Judenheiten als eine nationale Minderheit auf dem Gebiet des russländischen Vielvölkerstaates. Dieses nationale jüdische Selbstverständnis verbanden sie in ihrem Parteiprogramm mit sozialistischen Theorien.

---

**251** Tartakower, Arieh: Sozialismus, jüdischer. In: Herlitz, Georg/Kurschner, Bruno (Hrsg.): Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Bd. 4,2. Berlin 1927. Sp. 516–522. Hier Sp. 517.

**252** Dies trifft bspw. auf Fëdor Dan und in Teilen auf Vladimir Voytinsky zu. Dan trat 1908 zum griechisch-orthodoxen Glauben über. Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 111. Voytinskys Eltern ließen sich und ihren Sohn taufen. Vladimir Voytinsky selbst trat 1905 offiziell vom orthodox-christlichen Glauben zum jüdischen Glauben über. Vgl. Kursky, Franz: Fun iberzetsen. In: Voitinski, V[ladimir]: Dos iohr 1917. Erinerungen. Abgedruckt in: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9.

Der dritte Prototyp waren die AnhängerInnen eines territorialen Nationalismus, worunter sowohl ZionistInnen als auch TerritorialistInnen zu subsumieren sind. Beide politische Richtungen einte das Ziel, die (osteuropäisch-)jüdische Zugehörigkeit durch ein territoriales, sozialistisch geprägtes Staatsgebiet beizubehalten. Wichtiger theoretischer Ausgangspunkt war hierbei die Annahme, dass der Gefahr des Antisemitismus durch einen territorialen jüdischen Staat besser begegnet werden könne. Ferner sollte dieser Staat auch die größten Entfaltungsmöglichkeiten für vielfältiges jüdisches Leben bieten und den ebenso befürchteten Assimilierungsprozess der Judenheiten stoppen.

Im Folgenden wird anhand der in Berlin bestehenden KooperationspartnerInnen aus der Mehrheitsgesellschaft aufgezeigt, inwieweit der Migrationsprozess der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aus dem russländischen Vielvölkerstaat in den deutschen Nationalstaat das jeweilige jüdische Zugehörigkeitsverständnis infrage stellte. Für den Prototyp der „non-Jewish Jews“ lassen sich dabei kaum Veränderungen ausmachen. Sie glichen in ihrem Internationalismus der deutschen Sozialdemokratie und fanden unter diesen politisch Gleichgesinnte. Große Schnittmengen gab es auch zwischen osteuropäischen ZionistInnen und westeuropäischen zionistischen Organisationen. Allerdings existierte für die sozialistischen ZionistInnen kein parteipolitisches Äquivalent in der Weimarer Republik, dennoch fanden sie ebenfalls unter sozialistischen PolitikerInnen individuelle MitstreiterInnen, die sich für eine jüdische Staatsgründung im Mandatsgebiet Palästina einsetzten. Die tatsächliche zionistische Bewegung unterschied sich jedoch in Westeuropa von der in Osteuropa. Zum einen bestand in Westeuropa keine größere, explizit zionistische Partei, zum anderen waren die zionistischen Organisationen aufgrund der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der Judenheiten in Ost und West in Westeuropa weniger fokussiert auf sozialistische Gesellschaftskonzepte.

Im Gegensatz zu den AnhängerInnen des Zionismus gab es für den jüdischen Territorialismus kaum Anknüpfungspunkte innerhalb der Weimarer Republik. Aufgrund dieser fehlenden Anschlussfähigkeit zur deutschen ArbeiterInnenbewegung, bewegten sie sich mit ihren theoretischen Konzepten fast ausschließlich innerhalb der osteuropäisch-jüdischen Exilgruppe und entwarfen innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraums verschiedene Konzepte jüdischer Nationalstaatlichkeit. Jakob Leschtsinsky vermerkte hierzu, dass während der Berliner Exilzeit bis zu zehn unterschiedliche Projekte des jüdischen Territorialismus diskutiert wurden, von denen sich mehrere auf das Staatsgebiet der Sowjetunion bezogen.<sup>253</sup> Ähnlich erging es den BundistInnen: Auch ihre politischen Konzepte wiesen kaum Schnittmengen zu denen der deutschen ArbeiterInnenbewegung

---

<sup>253</sup> Vgl. Estraikh, Jacob Lestschinsky, S. 222.

auf. Da sie weder eine quantitativ bedeutende Zahl jüdischer ArbeiterInnen hinter sich versammeln noch auf gesetzlich festgeschriebene Minoritätenrechte verweisen konnten, fehlte es ihnen im Berliner Exil an tagespolitischer Relevanz. Von ihren drei parteipolitischen Grundpfeilern konnten sie ausschließlich an das Konzept der *yiddishkayt*, des linguistischen und kulturellen Bezugs zur jiddischen Sprache, anknüpfen. Die Konzepte der *doykhayt* und der national-kulturellen Autonomie, „mit de[nen] die jüdische Minderheit ausdrücklich in den multiethnischen Kontext des Russischen Reiches eingeordnet wurde“<sup>254</sup>, ließen sich nicht auf das Berliner Exilleben übertragen. Ihr politisches Engagement richtete sich daher in erheblichem Maße auf den Kampf für eine baldige Rückkehr nach Osteuropa. Für dieses Ziel kooperierten sie mit anderen sozialistischen Strukturen wie der Exilparteivertretung der SDAPR, dem *Bund* in Polen und bundischen Strukturen in den USA, wodurch die in Berlin gelebte *yiddishkayt* zu einem internationalistischen Selbstverständnis avancierte:

Ein Ziel hatte Kurskys Generation [von BundistInnen]: Das eigene Volk innerhalb einer Welt von befreiten Völkern und Menschen zu sehen, im Wissen darum, dass es nicht ein einzelnes befreites Volk innerhalb einer unterjochten Welt geben kann. [...] *Yiddishkayt* hing in seinem Verständnis unteilbar mit Menschlichkeit zusammen.<sup>255</sup>

In Berlin bestand die konkrete politische Arbeit der BundistInnen im Aufbau von einer parteipolitischen Exilvertretung und in der Durchführung von kulturpolitischen Aktivitäten, beispielsweise in Form von jiddischsprachigen Diskussionsveranstaltungen oder Publikationen.

Die drei beschriebenen Prototypen osteuropäisch-jüdischer Zugehörigkeit können nur in eingeschränkter Weise auf die einzelnen Mitglieder der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen angewandt werden, da sich diese zum Teil einer eindeutigen Zuordnung entziehen. Beispielsweise erschwert die in Berlin stattgefundene enge Kooperation zwischen der Exilstruktur der SDAPR und dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* eine exakte Zuordnung der Parteimitglieder. Mehrere ExilantInnen engagierten sich in beiden Exilparteien und versuchten bewusst, bestehende Differenzen zwischen Bundismus und russländischer Sozialdemokratie während der Exilzeit zurückzustellen und diesbezügliche Debatten erst nach Überwindung des Exils wieder zuzulassen.<sup>256</sup> Ebenfalls gab es unterscheidende Zugehörigkeitszuschreibungen in verschiedenen

---

254 Pickhan, Vom Ereignis zum Mythos, S. 131.

255 Levin-Shazkes, I.: A dor vos iz avek. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5. Hier S. 4.

256 Vgl. Abramovič, Rafail: K nazional'nomy voprosu. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18. S. 10–13.



Sprachräumen. So wurde beispielsweise Rafail Abramovič in der jiddischsprachigen Presse der 1920er Jahre als berühmter Bundist, im russisch- und deutschsprachigen Kontext hingegen primär als russischer Sozialdemokrat wahrgenommen.<sup>257</sup> Diese Unterschiede können nicht ausschließlich als sich widersprechende Fremdzuschreibungen abgetan werden, sondern erscheinen ferner auch als eine divergierende Selbstverordnung in den jeweiligen Sprachräumen.

Diese divergierende Selbstverordnung von Abramovič ist ein eindrückliches Beispiel für die Schwierigkeit einer prototypischen Zuordnung. Das Auseinanderdividieren der osteuropäisch-jüdischen und der osteuropäisch-sozialistischen Zugehörigkeit erscheint in analytischer Hinsicht für ein besseres Verständnis der Exilgruppe notwendig, es entspricht aber oftmals nicht den zeitgenössischen lebensweltlichen Realitäten der ExilantInnen. So urteilt auch die Historikerin Svetlana Jebrak über Lidija Dan, dass diese „weder den Russen noch den Juden zugeneigt [war]. Sie fühlte sich als Vertreterin der russisch-jüdischen Intellektuellen mit marxistischer Prägung“<sup>258</sup>. Dieses mehrschichtige Zugehörigkeitsverständnis Dans steht ebenfalls für die mehrschichtigen Zugehörigkeiten der ExilantInnen aus dem Russländischen Reich. Das Selbstverständnis, russisch-jüdische Intellektuelle mit marxistischer Prägung zu sein, stellte für die osteuropäischen Lebenswelten vor dem Ersten Weltkrieg eine in sich kohärente Zugehörigkeitsform dar. Auf die Berliner Lebenswelten der Weimarer Republik war diese Zugehörigkeitsform jedoch nicht eins zu eins übertragbar, da außerhalb der Exilgemeinschaft kaum Selbstverständnisse einer jüdischen ArbeiterInnenbewegung bestanden. Hieraus resultierten bei unterschiedlichen Individuen während der Exilzeit Verschiebungen zwischen der osteuropäisch-jüdischen und russländischen Zugehörigkeit, die je nach Handlungsraum und Zeitpunkt feststellbar sind.

Nicht nur durch den Migrationsprozess, auch im Laufe der Berliner Exilzeit lassen sich Veränderungen im osteuropäisch-jüdischen Selbstverständnis feststellen. So gab es in den Anfangsjahren bei der Mehrheit der ExilantInnen im deutschsprachigen Handlungsraum nur ein sehr geringes bis gänzlich fehlendes öffentliches Bekenntnis zur osteuropäisch-jüdischen Zugehörigkeit. Dennoch blieb es für viele ExilantInnen selbstverständlich, die jiddische Sprache zu benutzen, einige eigneten sich diese gar erst zu diesem Zeitpunkt an. In der Spät-

---

257 Im New Yorker *Forverts* vom 02.05.1922 wird Abramovič als „berühmter bundischer Anführer“ vorgestellt. Vgl. Di berliner konferents fun di sotsialistische internatsionalen. In: *Forverts*, Vol. 25 (1922), Nr. 8,949 (02.05.1922). Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 36.

258 Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 149.

phase der Berliner Exilzeit – einhergehend mit dem Anstieg des Antisemitismus in der Weimarer Republik – kam es wiederum zu einer verstärkten öffentlichen Repositionierung zur eigenen osteuropäisch-jüdischen Herkunft. Bis zu einem gewissen Grad müssen die ausgedrückten Zugehörigkeiten somit auch als Repliken auf die gesellschaftliche Umgebung und die Umstände verstanden werden.<sup>259</sup>

Ein diesbezüglich besonders eindrückliches Beispiel, welches über Generationen und die Berliner Exilzeit hinausreichte, ist von Pëtr Garvi und dessen Sohn Juri überliefert. 1933, kurz nach der Flucht aus Berlin und der Ankunft in Paris, berichtete Pëtr Garvi, dass sein Sohn Juri sich trotz deutscher Schulbildung und Engagement in der deutschen Jugendbewegung nicht mehr deutsch, sondern russisch fühle. Der Parteifreund Grigorij Aronson fragte daraufhin, was denn passieren müsse, damit Juri sich jüdisch fühlen würde. Da Pëtr Garvi weder sich selbst noch seinen Sohn zu diesem Zeitpunkt als jüdisch wahrnahm, hatte er keine Antwort auf diese Frage. Wenige Jahre später sollte Juri als Soldat gegen das nationalsozialistische Deutschland kämpfen. Im Militär nannte er sich Juri Garvi-Bronshteyn, wobei der verwendete Geburtsname seines Vaters auf seine jüdische Herkunft verwies. Sein Vater, gebürtiger Pëtr Bronshteyn, war 1880 in Odessa geboren worden und entstammte den jüdischen Lebenswelten des Russländischen Reiches. Auch die ersten Kontakte von Pëtr Garvi zur ArbeiterInnenbewegung, die dieser in späteren Jahren nicht mehr hervorhob, entstanden innerhalb dieser Umgebung. Juri Garvi hatte sich während des Zweiten Weltkrieges durch die Namensführung die von seinem Vater abgelegte osteuropäisch-jüdische Zugehörigkeit in Teilen wieder angeeignet.<sup>260</sup>

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen standen im Berliner Exil einer neuen gesellschaftspolitischen Realität gegenüber, die zum Teil nicht in vollem Einklang mit den eigenen Zugehörigkeitsverständnissen gebracht werden konnte. Der Weg nach Berlin ging einher mit einem Weggang aus einem Vielvölkerstaat in einen westeuropäischen Nationalstaat. Diese Veränderung der politischen Rahmenbedingungen durchliefen osteuropäisch-jüdische SozialistInnen jedoch nicht ausschließlich innerhalb des Exils, durch Nationalstaatsgründungen vollzog sich dieser Transformationsprozess nach dem Ersten Weltkrieg auch in Ostmitteleuropa.<sup>261</sup> Nichtsdestotrotz bestanden große Unterschiede zwischen dem Berliner

---

<sup>259</sup> Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 179 f.

<sup>260</sup> So die Erinnerungen von Grigorij Aronson. Vgl. Aronson, Grigori: S. Ivanovitsh un P. Garvi – der zhurnalist un der partey-mentsh. In: Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: *Rusish-yidishe inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn*. Buenos Aires 1962. S. 166 – 172.

<sup>261</sup> Für theoretische Überlegungen in Bezug auf den polnischen *Bund*, der nach dem Ersten Weltkrieg auch einen Übergang von der Tätigkeit in einem Vielvölkerstaat hin zur Tätigkeit in der

Exilleben und der Situation in ostmitteleuropäischen Staaten: In der Weimarer Republik gab es mit Ausnahme der aus Osteuropa importierten Exilstrukturen keine organisierte jüdische ArbeiterInnenschaft. Ferner verstand sich die überwiegende Mehrheit der dortigen Jüdinnen und Juden in Bezug zum Staat nicht, wie es in Ost- und Ostmitteleuropa der Fall war, als nationale, sondern als religiöse Minderheit.<sup>262</sup> Sozialistische Parteien entwickelten in Deutschland im Zuge des Nationalstaatsverständnisses und aufgrund des Fehlens quantitativ bedeutender nationaler Minderheiten nur äußerst schwach ausgeprägte politische Minoritätenkonzepte.<sup>263</sup>

Die fehlenden Anknüpfungsmöglichkeiten an sozialistische Lebenswelten in Westeuropa waren im Laufe der 1920er Jahre nicht das einzige Problem des osteuropäisch-jüdischen Sozialismus. Er geriet durch die blutigen Pogrome während des Bürgerkriegs und die daran anschließende politische Gewaltherrschaft der Bol'seviki auch auf dem Territorium der Sowjetunion unter starken politischen Druck. Eine Situation, die aus dem Exil heraus mit großer Sorge beobachtet wurde: ZionistInnen, BundistInnen und TerritorialistInnen betrachteten das ab 1922 bestehende Verbot jüdisch-sozialistischen Parteiengagements als eine erzwungene Assimilation, die mittelfristig die Einzigartigkeit und Vielfalt der jüdisch-revolutionären Bewegung der Sowjetunion beenden würde.

Es bleibt festzuhalten, dass die osteuropäisch-jüdische Zugehörigkeit nach dem Ersten Weltkrieg generell in Veränderung begriffen war. Zionistische Gruppierungen orientierten sich noch stärker Richtung Mandatsgebiet Palästina; territorialistische und bundische ExilantInnen suchten sowohl im Exil als auch in der ostmitteleuropäischen Heimat nach politischer Anschlussfähigkeit. Diese Veränderungen wurden bei den in dieser Studie betrachteten BundistInnen, ZionistInnen und TerritorialistInnen durch den Migrationsprozess jedoch weiter verstärkt. Weniger Einfluss auf das eigene Selbstverständnis hatte der Migrationsprozess bei den der Exilgruppe angehörenden „non-Jewish Jews“, die aufgrund ihrer eigenen Selbstverortung außerhalb der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten auch eine große Anschlussfähigkeit an sozialistische Parteien im westlichen Europa besaßen. Erst durch das Erstarken des Antisemitismus zu Beginn der 1930er Jahre wurden auch sie gezwungenermaßen auf ihre osteuropäisch-jüdische Herkunft zurückgeworfen.

---

Zweiten Polnischen Republik, in der gesetzlich festgeschriebene Minderheitenrechte für die jüdische Bevölkerung vorgesehen waren, durchlief, vgl. Pickhan, „Gegen den Strom“, S. 71–78.

**262** Gesetzlich galten in der Weimarer Republik ausschließlichsch DänInnen, FriesInnen, LitauerInnen, PollInnen und WendInnen als nationale Minderheiten.

**263** Vgl. Eley, *Forging Democracy*, S. 92.

## 2.4 Zwischenresümee

In diesem Kapitel wurde die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen in zwei unterschiedlichen Zeiträumen charakterisiert. Mit besonderer Berücksichtigung zahlreicher Selbstzeugnisse von später in Berlin lebenden ExilantInnen stellten die ersten beiden Unterkapitel die Erfahrungen osteuropäisch-jüdischer RevolutionärInnen vor der Berliner Exilzeit dar. Diese Erfahrungen, die die ExilantInnen von anderen zeitgenössischen sozialistischen und jüdischen Gruppierungen unterschieden, prägten sie und diese Prägung trugen sie in den Berliner Exilraum. Im dritten Unterkapitel wurde die Heterogenität der Exilgruppe während der Exilzeit im Berlin der Weimarer Republik mit besonderer Berücksichtigung der unterschiedlichen politischen und osteuropäisch-jüdischen Selbstverortungen und Fremdzuschreibungen herausgearbeitet.

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen teilten den gemeinsamen Berliner Exilort sowie einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund. Letzterer setzte sich aus einem osteuropäisch-jüdischen Erfahrungssatz und einem osteuropäisch-revolutionären Erfahrungsbefund zusammen. Die Erfahrungen aus der Zeit vor der Februarrevolution von 1917 können als ein doppelter politischer Emanzipationskampf beschrieben werden: Osteuropäisch-jüdische SozialistInnen setzten sich für die osteuropäische ArbeiterInnenschaft im Allgemeinen und die dortige jüdische ArbeiterInnenschaft im Speziellen ein. Trotz der Einigkeit in diesen Zielen unterschieden sich jedoch in erheblichem Maße die politischen Konzepte für einen Weg dorthin.

Die späteren ExilantInnen, entstammend aus sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts im Umbruch befindenden osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten, lehnten dort vorherrschende religiöse sowie kulturelle Bräuche und Pflichten weitestgehend ab. Trotz dieses vorgenommenen kulturellen und gesellschaftlichen Bruchs blieben sie im Russländischen Reich bis 1917 Betroffene der andauernden antijüdischen Gesetzgebung. Darüber hinaus trat ihnen seit den 1880er Jahre aus der nichtjüdischen Bevölkerung offener Antisemitismus entgegen, der sich in Form von gewalttätigen Pogromwellen mit mehreren hundert Todesopfern ausdrückte. Obwohl nicht alle osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen direkte Betroffene dieser Pogromwellen waren, verdeutlichen die ausgewerteten Selbstzeugnisse, dass die osteuropäisch-jüdischen RevolutionärInnen durch die Geschehnisse zu einer Selbstpositionierung gezwungen wurden. Die ausgewerteten Selbstzeugnisse stützen ebenfalls die These des US-amerikanischen Historikers Yuri Slezkine, der – aufgrund der besonderen gesellschaftlichen Stellung der Judenheiten im 20. Jahrhundert – in Bildung und Sprachfähigkeiten zwei wichtige Schlüsselkompetenzen von Jüdinnen und Juden für die Moderne sieht. Ebenso erwiesen sie sich als wichtige Anknüpfungspunkte zur revolutionä-

nären Bewegung, an die osteuropäisch-jüdische SozialistInnen häufig erstmalig über selbstorganisierte Studiengruppen in Kontakt kamen.<sup>264</sup> Die große Relevanz des Zugangs zu alternativen Bildungsangeboten und säkularer Literatur zeigt sich ebenfalls an den zahlreich entstandenen regionalen Lese- und Bibliotheksstrukturen. Diese Bildungsräume hatten in zweifacher Weise eine besondere Bedeutung: Einerseits waren sie säkulare Alternativen zur weiterhin stark verbreiteten religiösen Bildung innerhalb der jüdischen Lebenswelten; andererseits waren sie Alternativen zu staatlichen Bildungseinrichtungen, in denen gesetzliche und gesellschaftliche Ausschlüsse gegenüber Jüdinnen und Juden vorherrschten.

Der geteilte osteuropäisch-revolutionäre Erfahrungsbefund setzte sich aus den Ereignissen der Revolutionsjahre 1905 und 1917 und deren Nachwirkungen, langjähriger Erfahrung illegaler Parteilinie sowie häufigen Exilhaftungen und Verbannungen zusammen. Besonders die beiden russländischen Revolutionsjahre waren geteilte Erfahrungen, die die späteren ExilantInnen in starker Weise prägten. Retrospektiv dienten sie als Nachweis dafür, dass Massenbewegungen Veränderungen und gesellschaftspolitischen Fortschritt gegenüber einem autoritären Regime erzwingen können. Zugleich waren sie Lehrstücke für hoffnungsvoll beginnende, aber auf längere Sicht gescheiterte Revolutionen. Ebenfalls hatten Exilvertretungen und Unterstützungsgruppen im westeuropäischen Ausland eine besondere Bedeutung für die revolutionäre Bewegung Osteuropas, weswegen sie in einem Wechselverhältnis zwischen politischer Arbeit innerhalb des Reiches und dem Exil betrachtet werden sollten. Die Exilvertretungen wurden als Reaktion auf die rigide staatliche Verfolgungspolitik aufgebaut. Ferner wurden im Ausland Parteitage einberufen und Redaktionsgruppen gebildet. Zudem pflegten die Exilvertretungen Austausch zu anderen sozialistischen Parteien, unterstützten aus dem Russländischen Reich geflohene RevolutionärInnen und organisierten die Produktion und den Transport von illegalen Publikationen nach Osteuropa.

Nach dem Ersten Weltkrieg sollte die Hauptstadt der Weimarer Republik zu einem der bedeutendsten zeitgenössischen osteuropäisch-sozialistischen Exilorte avancieren. Von Berlin aus rangen linke JiddischistInnen, ZionistInnen, BundistInnen, Sozialrevolutionäre und osteuropäische SozialdemokratInnen in russischer, deutscher und jiddischer Sprache über Zukunftskonzepte für Osteuropa, debattierten über das Verhältnis zu den osteuropäischen Judenheiten und mischten sich in Debatten der internationalen ArbeiterInnenbewegung ein. Mit der SDAPR, dem *Bund*, der SR, der *Russländischen Zionistisch-Sozialistischen Partei* und der *Poale-Tsion* verlagerten fünf sozialistische Parteien, die vor dem Ersten Weltkrieg im jü-

---

<sup>264</sup> Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 41, S. 69 und S. 136f.

dischen Ansiedlungsrayon aktiv waren, zeitweilig Parteivertretungen nach Berlin. Ebenso lebten in der Stadt parteipolitisch unabhängige, aber biografisch durch die sozialistische Bewegung geprägte JournalistInnen, LiteratInnen und WissenschaftlerInnen.

Der Weg ins Berliner Exil stellte für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen einen politischen und biografischen Bruch dar. Dabei transferierten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ihre Erfahrungen aus einem osteuropäischen Vielvölkerstaat vor dem Ersten Weltkrieg in das Berlin der Weimarer Republik. Für gut ein Jahrzehnt wurden dadurch sowohl die politische Diversität des Sozialismus aus dem Gebiet des jüdischen Ansiedlungsrayons samt osteuropäischer Parteien als auch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Ausprägungen des osteuropäisch-jüdischen Sozialismus in Berlin „konserviert“. Allein aufgrund ihres Alters – die Mehrheit der ExilantInnen war in den 1920er Jahren bereits über 40 Jahre – erschienen der Migrationsprozess auf der einen und der Umgang mit einer neuen Umgebung, Sprache und politischen Kultur auf der anderen Seite als große Herausforderung. Sicherlich war dies ein gewichtiger Grund dafür, dass die heterogene politische Parteienvielfalt des früheren jüdischen Ansiedlungsrayons für mehrere Jahre in einer völlig neuen politischen Umgebung Bestand hatte. Zugleich gerieten die ExilantInnen samt ihren Zugehörigkeitsverständnissen und Erfahrungen durch den Migrationsprozess auch in eine stärkere Interaktion mit den sozialistischen Handlungsräumen Westeuropas.

Das Leben im Exil und die neuen politischen Rahmenbedingungen für Europa nach dem Ersten Weltkrieg führten ebenso dazu, dass die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ihre eigenen Zugehörigkeitskonzeptionen, politischen Konzepte und ideologischen Grundsätze infrage stellten und neu aushandelten. Für selbstverständlich gehaltene Konzepte aus dem Russländischen Reich waren innerhalb eines Nationalstaates, wie es die Weimarer Republik war, politisch und gesellschaftlich nicht anschlussfähig. Die im multinationalen Vielvölkerstaat gelebte, mehrschichtige osteuropäisch-jüdische und zugleich sozialistische Zugehörigkeit bestand zwar während des Exils fort, sie konnte jedoch nicht unverändertlich in den deutschen Sprachraum übertragen werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt einzigartig war die Konstellation, dass die osteuropäischen SozialistInnen von einer sich selbst als revolutionär verstehenden Partei ins Exil gedrängt wurden. Diese Erfahrung verfestigte die sich nun manifestierende, aber bereits vor dem Ersten Weltkrieg beginnende Spaltung innerhalb der internationalen ArbeiterInnenbewegung in eine sozialistische und eine kommunistische Bewegung. Zugleich zeigt die Gruppe in Berlin lebender parteiunabhängiger, linker JiddischistInnen, dass diese Spaltung während der Zwischenkriegszeit zumindest außerhalb fester Parteistrukturen noch überwunden werden konnte.

Die im öffentlichen Raum der Weimarer Republik bis 1933 erlebten politischen, journalistischen und kulturellen Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten waren in vielerlei Hinsicht ein Gegenentwurf zu den Erfahrungen aus dem Russländischen Reich, Sowjetrussland und der entstehenden Sowjetunion. Nur kurzzeitig – nach der Revolution von 1905 und der Februarrevolution von 1917 – erfuhren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen vergleichbare Rahmenbedingungen in Osteuropa. Während ihrer Berliner Exilzeit veröffentlichten sie zahlreiche Publikationen und gründeten Exilparteistrukturen, Vereine, Debatierklubs, Verlage sowie Hilfsorganisationen. Ihre Herkunft aus einem multiethnischen Raum ermöglichte es ihnen, multilingual zu agieren: Sie schufen einen jiddischsprachigen sozialistischen Handlungsraum; zugleich beteiligten sie sich am russisch- und deutschsprachigen. Diese migrantische Vielfalt ist eine bisher noch nicht in Gänze dargestellte Facette des „Roten Berlins“ der Weimarer Republik, welches nach dem Ersten Weltkrieg zu einer „bedeutenden Drehscheibe für Nachrichten und Informationen zwischen Ost- und Westeuropa sowie den USA“<sup>265</sup> avancierte. Sie wird im nachfolgenden zweiten Kapitel detailliert nachgezeichnet.

---

<sup>265</sup> Saß, Berliner Luftmenschen, S. 437. Vgl. auch Brinkmann, Ort des Übergangs.

### 3 Handlungsräume

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges avancierte Berlin zu einem „Ort des Übergangs“<sup>1</sup> zwischen dem westlichen und östlichen Europa. Hohe Migrationszahlen ergaben sich aus einer doppelten Durchquerung der Stadt, die oftmals in längeren Aufenthalten mündete. Von West nach Ost durchquerten osteuropäische Jüdinnen und Juden, die während des Krieges in Deutschland Zwangsarbeit verrichtet hatten, und aus deutscher Kriegsgefangenschaft befreite russländische Soldaten Berlin.<sup>2</sup> Von Ost nach West verliefen Fluchtbewegungen aufgrund von Pogromen, (Bürger-)Kriegszuständen und daraus folgenden Hungersnöten. Jüdische MigrantInnen sahen im Aufenthalt in Deutschland zwar meist nur eine Zwischenstation, wegen fehlender Alternativen entwickelte sich Berlin jedoch zu einem Ort der „gestoppten Durchwanderung“<sup>3</sup>. Migrationszahlen, die aufgrund starker Fluktuation und Ungenauigkeiten nur als Schätzungen gelesen werden können, unterstreichen die Bedeutung der Stadt als russländischer und osteuropäisch-jüdischer Migrationsort: Eigenen Angaben zufolge betreute der *Hilfsverein der Deutschen Juden* im Jahr 1921 knapp 44.000 Personen, 1925 und 1926 waren es mehr als 30.000 Personen pro Jahr.<sup>4</sup> Die Gesamtzahl in Berlin lebender russländischer MigrantInnen war allerdings um ein Vielfaches höher. Sie lag 1922/23 bei etwa 350.000 Personen, was mehr als die Hälfte der osteuropäischen MigrantInnen in der gesamten Weimarer Republik ausmachte. In den folgenden Jahren verringerten sich diese Zahlen; es verblieben jedoch bis 1933 geschätzte 100.000 aus Osteuropa stammende Menschen in Berlin.<sup>5</sup>

---

1 Begriff nach: Brinkmann, Ort des Übergangs.

2 Bzgl. Zwangsarbeit in Deutschland während des Ersten Weltkrieges vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 99 – 103.

3 Saß, Berliner Luftmenschen, S. 13.

4 Zahlen nach: Brinkmann, Ort des Übergangs, S. 37f. Gennady Estraiikh geht davon aus, dass im Jahr 1925 mehr als 40.000 jüdische ImmigrantInnen und Ende der 1920er Jahre ungefähr 13.000 Jüdinnen und Juden aus den ehemaligen Imperien Österreich-Ungarn und Russländisches Reich in Berlin lebten. Vgl. Estraiikh, Gennady: Introduction. Yiddish on the Spree. In: Estraiikh, Gennady/Krutikov, Mikhail: Yiddish in Weimar Berlin. At the Crossroads of Diaspora Politics and Culture. Oxford 2010. S. 1 – 28. Hier S. 5f. Anne-Christin Saß spricht von „mehreren Zehntausend“ osteuropäisch-jüdischen MigrantInnen unter den „etwa fünfhunderttausend Migranten“ aus Osteuropa. Saß, Berliner Luftmenschen, S. 12. Salomon Adler-Rudel geht für 1925 von 43.838 ausländischen Jüdinnen und Juden in Berlin aus, für 1933 von 48.075. Vgl. Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland, S. 165.

5 Zahlen zitiert nach: Schlögel, Berlin: Stiefmutter, S. 237 f. Die Migrationszahlen für die gesamte Weimarer Republik aus: Saß, Berliner Luftmenschen, S. 12. Tobias Brinkmann hält diese Schätzungen für zu hoch. Als Begründung führt er an, dass viele Personen doppelt erfasst worden



Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war die Stadt Berlin aufgrund ihrer „zentralen Lage [...] im mitteleuropäischen Eisenbahnnetz“<sup>6</sup> ein wichtiger Knotenpunkt der Migration. RevolutionärInnen aus Osteuropa pflegten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts enge Kontakte in die Stadt und zur dort ansässigen Sozialdemokratie, die im europäischen Vergleich die quantitativ größte Partei war und dessen politisches Zentrum das „Rote Berlin“ darstellte.<sup>7</sup> Im vorherigen Kapitel wurde anhand der Biografien von Pavel Aksel'rod, Abraham Mutnik, Alexander Stein und anderen bereits gezeigt, dass osteuropäisch-jüdische RevolutionärInnen schon vor dem Ersten Weltkrieg für einen längeren Zeitraum in der Stadt verweilten. Hieraus entstanden politische und persönliche Netzwerke: Die SPD gewährte Publikationsmöglichkeiten für die ExilantInnen und ihre Berliner Parteizentrale fungierte als Transferpunkt, über den jiddisch- und russischsprachige Literatur illegal nach Osteuropa gelangte.<sup>8</sup> Sowohl die SDAPR, die SR und der *Bund* unterhielten seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Exilstrukturen in Berlin.<sup>9</sup>

Auf diese bereits bestehenden Netzwerke griffen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Im Gegensatz zu anderen zeitgenössischen Migrationsgruppen aus Osteuropa war Berlin für SozialistInnen ein bewusst gewählter Exilort. Der städtische Mikrokosmos bot ihnen verhältnismäßig gute politische und ökonomische Rahmenbedingungen, in denen sie Tätigkeiten als PolitikerInnen, JournalistInnen, LyrikerInnen, WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen in Hilfsorganisationen ausführen und fortsetzen konnten.

---

sein. Hinzu komme, dass AntisemitInnen die Zahlen bewusst hochgerechnet hätten und dieses Zahlenmaterial zum Teil in der Forschung übernommen worden sei. Vgl. Brinkmann, Ort des Übergangs, S. 37f.

<sup>6</sup> Brinkmann, Ort des Übergangs, S. 29.

<sup>7</sup> Vgl. Weipert, Das Rote Berlin. Auf S. 62 stellt Weipert fest, dass 1912 drei Viertel aller Wähler der Stadt – insgesamt 307762 Personen – für die SPD stimmten. Die Aussage Weiperts bezieht sich auf die Stadt Berlin vor der Gebietsreform zu Beginn der 1920er Jahre, durch welche Berlin aufgrund vieler Eingemeindungen stark vergrößert wurde.

<sup>8</sup> Vgl. Pickhan, The Bund in Poland and German Social Democracy; Menes, Der lebens-veg, S. 8.

<sup>9</sup> Für Berlin als Ort osteuropäischer Exilparteien vor dem Ersten Weltkrieg vgl. für den *Bund* Weill, Russian Bundists Abroad and in Exile; Menes, Der lebens-veg, S. 9 und S. 22. Menes erwähnt die Gründung einer ersten Berliner *Bund*-Auslandsvertretung bereits vor der Jahrhundertwende. Für die SDAPR vgl. bspw. Haimson, The Making of Three Russian Revolutionaries, S. 107f. In dem mit Lidija Dan geführten Interview berichtet diese, dass die Zeitung *Iskra* über die in Berlin lebende Exilgruppe ins Russländische Reich geschmuggelt wurde. Für die SR vgl. IISH, Partija Socialistov-Revolutionerov (Rossija) Archives, Nr. 255. In den Dokumenten befinden sich Berichte und Finanzabrechnungen u. a. aus dem Jahr 1909, erstellt von der „Berliner sozialrevolutionären Gruppe“.

Im vorliegenden zweiten Kapitel werden die organisatorischen Strukturen der verschiedenen sozialistischen Handlungsräume der Stadt Berlin beschrieben. Ein sozialistischer Handlungsraum wird hierbei als ein über Partei- und Gewerkschaftszusammenschlüsse hinausgehender Sprachraum verstanden, in dem Verlage, Bildungs-, Jugend- und Kulturvereine, Debattierklubs und Hilfsorganisationen, Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie Angebote der Freizeitgestaltung für ArbeiterInnen und weitere der sozialistischen Idee anhängende Personen existierten.<sup>10</sup> Ein Zitat aus den Lebenserinnerungen des SPD-Parteivorsitzenden Arthur Crispian verdeutlicht die nach dem Ersten Weltkrieg vorherrschende und weit über eine reine Parteizugehörigkeit reichende internationale sozialistische Idee:

Die Sozialdemokratie ist keine blosse politische Partei für die Lösung von Tagesfragen. Sie ist die Kulturbewegung für den kommenden Sozialismus. Mit ihm beginnt ein neues Zeitalter für die Völker aller Länder, in der sie alle umfassenden Sozialistischen Gesellschaft. [...]

Die Sozialdemokratie ist von Anfang an bestrebt gewesen, Wissen und Bildung im Proletariat zu fördern. In erster Linie durch planmässige Einführung in die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, ferner durch allseitige Weiterbildung und durch Entwicklung auch des künstlerischen Sinns.

Als Mittel dienen Arbeiter-Bildungsschulen, Vortragskurse guter Literatur, Bibliotheken, Behandlung theoretischer Fragen in der sozialistischen Presse, Veranstaltung von Konzerten, Vortragsabenden, Theatervorstellungen, Museumsbesuchen, wertvoll ausgestatteten Arbeiterfesten, Feierstunden usw.<sup>11</sup>

Aus diesem Selbstverständnis heraus entwickelten sich ebenfalls Ansätze der Frauen- und der Wissenschaftsförderung unter ArbeiterInnen sowie progressive Bildungskonzepte und staatliche Programme der sozialen und gesundheitlichen Unterstützung.

In der Forschung bisher wenig befragt ist der Einfluss von politischen ExilantInnen auf die sozialistischen Handlungsräume Berlins. Besonders durch den Zuzug aus Osteuropa entstand in der Weimarer Republik eine sprachliche und ethnische Diversität, die neben dem deutschsprachigen auch die bisher kaum beachteten jiddisch- und russischsprachigen sozialistischen Handlungsräume entstehen ließ. In allen drei sich überlagernden Räumen existierten neben (Exil-)

---

**10** Vgl. Weipert, *Das Rote Berlin*, S. 168. Weipert bezieht sich auf die deutschsprachige ArbeiterInnenbewegung in der Weimarer Republik, für die es „in der Tat möglich [war], sich von der Wiege bis zur Bahre in einem eigenen, von der übrigen Gesellschaft weitgehend abgeschlossenen Umfeld aufzuhalten.“ Ebd.

**11** Crispian, Arthur: Ohne Wissen kein Wollen, keine Macht. (unveröffentlichtes Manuskript). S. 7f. Eingesehen in: AdSD, Nachlass Arthur Crispian, Nr. 1/ACAA 000002. Hervorhebung im Original.

Parteien die bereits aufgezählten, an die städtische ArbeiterInnenschaft und ihre AnhängerInnenschaft gerichteten sozialistischen Förder-, Freizeit- und Weiterbildungsangebote. Die in dieser Arbeit im Fokus stehende Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen bewegte sich aufgrund ihrer Multilingualität und ihres Erfahrungsbefundes zeitgleich im jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen sozialistischen Handlungsraum Berlins. Dabei gestalteten sie diese drei Handlungsräume nicht nur mit, sondern verbanden sie durch ihre MittlerInnenfunktion, die sie als politische ExilantInnen einnahmen.<sup>12</sup>

Die Mehrzahl der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen bewegte sich in allen drei Handlungsräumen. Die in dieser Arbeit betrachtete Gruppe ist jedoch keinesfalls identisch mit der Gesamtzahl der AkteurInnen in den sozialistischen Handlungsräumen. So gab es beispielsweise kommunistische Jüdinnen und Juden, die jiddischsprachige Zeitungen publizierten und Vereine gründeten und diese im jiddischsprachigen sozialistischen Handlungsraum vertrieben. Im russischsprachigen Handlungsraum waren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nur ein Teil der gesamten multiethnischen Migrationsbewegung. Im deutschsprachigen Handlungsraum traf die Exilgruppe auf mehrere Tausend deutsche SozialistInnen.

Für eine strukturiertere Darstellung werden im Folgenden die drei Handlungsräume des sozialistischen Berlins der Weimarer Republik getrennt dargestellt. Die Darstellung erfolgt weitestgehend chronologisch und entlang der in der Forschung zur Weimarer Republik vorherrschenden Periodisierung in eine bis 1923 anhaltende „unruhige Gründungsphase“<sup>13</sup>, eine bis 1929 bestehende „relativ stabile Phase“<sup>14</sup> und eine darauffolgende Endphase der Weimarer Republik. Diese Dreiteilung ist für die Darstellung der sozialistischen Exilstrukturen fruchtbar, da ihr folgend Brüche und Kontinuitäten sichtbar werden. Die Darstellung des deutschsprachigen Handlungsraums erfolgt jedoch in einer kompakteren Form

---

**12** Der Begriff „MittlerIn“ ist angelehnt an die Definition von Heiko Haumann, der die Stellung der osteuropäischen Judenheiten als MittlerInnen auf kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Ebene zwischen Stadt und Land beschreibt und dies als „das Spezifikum des Judentums in der europäischen Geschichte“ sieht. Vgl. Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, S. 33. Es gibt einen weiteren Begriff, der in der Forschung zur Charakterisierung der politischen ExilantInnen verwendet wird: Uli Schöler beschreibt den in Mannheim lebenden osteuropäisch-jüdischen Sozialisten Aleksandr Šifrin, der in der Zwischenkriegszeit sowohl Mitglied der SDAPR als auch der SPD war, als „Grenzgänger“. Vgl. Schöler, *Totalitarismustheoretische Ansätze bei Alexander Schifrin*.

**13** Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen*. Erster Band. *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*. München 2005. S. 378–452.

**14** Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Erster Band, S. 452–488.

als die der anderen beiden Räume, wobei hierbei der Fokus auf die Darstellung der Beteiligung der politischen ExilantInnen gelegt wird.

Exil- und Migrationsbewegungen konstituieren sich zu einem großen Teil in privaten oder halböffentlichen Räumen, was eine nachträgliche Rekonstruktion erschwert.<sup>15</sup> So beschreibt beispielsweise Vera Broido, die Tochter der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Mark und Eva Broido, dass die Wohnung ihrer Familie „the centre of the Menshevik colony“<sup>16</sup> wurde, in der man sich traf und in der die Redaktionssitzungen des *Socialističeskij vestnik* stattfanden. Ebenso konnte nachvollzogen werden, dass die *Berliner Bund-Gruppe* Parteitreffen und Jubiläen in Privatwohnungen veranstaltete.<sup>17</sup> Dieser Rückzug in private und halböffentliche Räume stellt für die historische Rekonstruktion eine methodische Herausforderung dar, da diese Orte und Treffen von der Öffentlichkeit unentdeckt bleiben und höchstens in biografischen Darstellungen erwähnt werden.

Zahlreiche Überlappungen und gegenseitige Beeinflussungen zeigen, dass die für eine bessere Leserlichkeit vorgenommene strikte Trennung der Handlungsräume keinesfalls der zeitgenössischen Realität entsprach. Deswegen werden in einem zweiten Teil dieses Kapitels anhand biografischer Skizzen ausgewählter osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen diese Verschränkungen beispielhaft dargestellt. Sie werden außerdem im dritten Hauptkapitel anhand der Darstellung von inhaltlichen Debatten, an denen die politischen ExilantInnen teilnahmen, weiter vertieft.

## 3.1 Sozialistische Sprach- und Handlungsräume

### 3.1.1 Jiddischsprachiger Handlungsraum

#### 3.1.1.1 Die Anfangsjahre der Weimarer Republik

Jiddisch war zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Russländischen Reich eine gängige Kommunikationssprache. In einer 1897 durchgeführten Volkszählung gaben mehr als 95 % der Jüdinnen und Juden an, dass Jiddisch ihre Muttersprache sei.<sup>18</sup>

---

15 Vgl. Dohrn, Verena/Korkowsky, Britta/Saß, Anne-Christin: Einleitung. Das Berlin der 1920er und 1930er Jahre aus der Perspektive osteuropäisch-jüdischer Migrant\*innen. In: Dohrn, Verena/Korkowsky, Britta/Saß, Anne-Christin (Hrsg.): „... die Nacht hat uns verschluckt“. Poesie und Prosa jüdischer Migrant\*innen im Berlin der 1920er und 30er Jahre. Eine Anthologie. Göttingen 2018. S. 11–23. Hier S. 18 f.

16 Broido, Daughter of Revolution, S. 145.

17 Vgl. Saß, Transnational and Transcultural Spaces, S. 131.

18 Vgl. Fishman, The Rise of Modern Yiddish Culture, S. 6.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte sich die Sprache von einer weniger bedeutenden Mundart zu einer relevanten Schriftsprache gewandelt. Diese Aufwertung steigerte auch ihre Attraktivität für die ArbeiterInnenbewegung, welche mit jiddischen Publikationen das Gros der jüdischen Bevölkerung des Russländischen Reiches erreichen konnte – eine Möglichkeit, die vor dem Ersten Weltkrieg sowohl bundische, territorialistische als auch zionistische Parteistrukturen nutzten.<sup>19</sup> Im westlichen Europa war Jiddisch dagegen in der Neuzeit keine gängige Kommunikationssprache. Jiddischsprachige Handlungsräume entstanden dort durch Migrationsbewegungen aus Osteuropa. Einen ersten beständigen größeren Zuzug von osteuropäischen Jüdinnen und Juden ins Deutsche Kaiserreich gab es während des Ersten Weltkrieges. Zahlreiche osteuropäisch-jüdische ArbeiterInnen wurden als Arbeitskräfte nach Deutschland verschleppt oder für einen Arbeitseinsatz angeworben. Vorwiegend ließen sie sich in größeren Industriezentren wie dem Rheinland, dem Großraum Frankfurt am Main, Oberschlesien und der Stadt Berlin nieder.<sup>20</sup>

Nach Ende des Krieges versuchten viele der aus Ost- und Ostmitteleuropa stammenden Jüdinnen und Juden, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Oftmals verlief die Remigration über Berlin, wodurch in der Stadt ein größerer jiddischsprachiger Handlungsraum entstand, den der Historiker Gennady Estraiikh mit Verweis auf das jüdische Zentrum Osteuropas als „*Vilna on the Spree*“<sup>21</sup> beschreibt. In der Gründungszeit der Weimarer Republik entstanden in Berlin jiddischsprachige Verlage, Debattierklubs, Vereine, ArbeiterInnenbibliotheken und Hilfsorganisationen. Ebenfalls entwickelte sich eine parteipolitische Vielfalt, die die Spaltung der zeitgenössischen ArbeiterInnenbewegung zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien abbildete.

In den ersten Jahren nach Kriegsende entstand der jiddischsprachige sozialistische Handlungsraum im Ostteil der Stadt. Das sogenannte „Scheunenviertel“ rund um den Alexanderplatz wurde zu einem Anlaufpunkt für mittellose Jüdinnen und Juden aus Ost- und Ostmitteleuropa, die während der Kriegszeit oder

---

**19** Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 6. Ob die Benutzung der jiddischen Sprache durch die jüdischen ArbeiterInnenbewegungsparteien zu einer Aufwertung der Sprache führte oder ob die Sprache in der kulturellen Sphäre eine Aufwertung erfuhr und erst danach durch die revolutionären Parteien benutzt wurde, ist umstritten. Fishman argumentiert für Letzteres. Dagegen sah beispielsweise Aaron Patkin in der zeitgenössischen jüdischen ArbeiterInnenbewegung „an integral ideal of national and cultural regeneration“. Patkin, *The Origins of the Russian-Jewish Labour Movement*, S. 266.

**20** Nach Ulrich Herbert lebten etwa 80.000 jüdische ArbeiterInnen aus Osteuropa zur Zeit des Ersten Weltkrieges im Deutschen Kaiserreich. Vgl. Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 99–103.

**21** Estraiikh, *Vilna on the Spree*.

aufgrund der Pogrome und des Bürgerkrieges nach Berlin geflüchtet waren. Erst zu Beginn der 1920er Jahre sollte sich dieser Handlungsraum auch auf den Westteil der Stadt ausbreiten, was vor allen Dingen mit der in dieser Studie betrachteten Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen zusammenhing. Bereits die Historikerin Anne-Christin Saß hat darauf verwiesen, dass der osteuropäisch-jüdische Migrationsraum des Berlins der Weimarer Republik einer geografischen Unterteilung zwischen Ost und West unterlag. Je nach sozialer Herkunft und finanziellen Möglichkeiten ließen sich osteuropäisch-jüdische MigrantInnen entweder im ärmeren „Scheunenviertel“ im Ostteil der Stadt oder im reicheren Berliner Westen, der auch „Charlottengrad“ genannt wurde, nieder. Zeitgenössisch sei „[d]ie Distanz zwischen den beiden Orten in Berlin und den Gruppen, die sie repräsentierten [...], nahezu unüberwindbar“<sup>22</sup> gewesen.

Die politischen Debatten unter den im „Scheunenviertel“ lebenden MigrantInnen drehten sich zu Beginn der Weimarer Republik sowohl um die revolutionären Ereignisse in (Ost-)Europa, Pogrom- und Bürgerkriegserfahrungen als auch um politische Alternativen, welche der Hoffnung auf eine bessere Zukunft Ausdruck verliehen. Für viele repräsentierten die Parteien der ArbeiterInnenbewegung diese Alternative, weswegen viele von ihnen in diesen Jahren auch im Mikrokosmos des Berliner Migrationsraums agierten. Jüdische KommunistInnen, BundistInnen, TerritorialistInnen und ZionistInnen stritten in jiddischer Sprache um den vielversprechendsten Weg zum Sozialismus und sie alle versuchten, jüdische ArbeiterInnen aus dem „Scheunenviertel“ für ihre jeweilige Position zu gewinnen.

Die sich vollziehende Teilung der ArbeiterInnenbewegung in eine sozialistische und eine kommunistische Bewegung war auch im jiddischsprachigen Handlungsraum sichtbar und kann besonders deutlich anhand der unterschiedlichen Parteistrukturen des *Bund* rekonstruiert werden. Spätestens 1920 gab es mit dem *Jiddischen Sozialdemokratischen Verein „Bund“*<sup>23</sup> und der *Berliner Bund-Gruppe*<sup>24</sup> in Berlin zwei Parteien, die unterschiedliche ideologische Richtungen vertraten, sich in ihrem Selbstverständnis aber beide auf den *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund* aus dem Russländischen Reich beriefen.<sup>25</sup> Die zahlenmäßig

<sup>22</sup> Saß, Berliner Luftmenschen, S. 180.

<sup>23</sup> Erwähnung in: Brief vom 13.10.1920 an Vladimir Kosovski. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 1400, Nr. 98.

<sup>24</sup> Erwähnung in: N. N.: Berliner yidish lebn. In: Der Morgnshtern. Tsaytschrift far politik un sotsiale frag, Vol. 1 (1921), Nr. 4/5 (23.03.1921). S. 6.

<sup>25</sup> In einer Vortragsankündigung taucht ebenfalls der Parteiname *Bundische Organisation Berlin* auf. Vgl. Vortragsankündigung. In: Der Ostjude. Jüdisches Wochenblatt. Zentralorgan des Verbandes der Ostjuden in Deutschland, Vol. 1 (1920), Nr. 3 (24.09.1920). S. 12. Die räumlich nah beieinanderliegenden Veranstaltungsorte legen jedoch die Vermutung nahe, dass es sich hierbei

größere Partei war die *Berliner Bund-Gruppe*. Einem Zeitungsbericht zufolge nahmen an der am 28. Februar 1921 in der Sophienstraße 17/18 (Berlin-Mitte) veranstalteten Mitgliederversammlung knapp 200 Personen teil. Im Tätigkeitsbericht des Vorstandes berichtete dieser von fast wöchentlichen Diskussionsveranstaltungen, die im Jahr zuvor durchgeführt wurden und die im Durchschnitt von mehr als hundert Personen besucht wurden.<sup>26</sup> Ferner verfügte diese *Bund-Partei* über eine zwei Tage in der Woche öffentlich zugängliche Bibliothek mit einem Bestand von knapp 400 Büchern.<sup>27</sup> Da Mitglieder- und Teilnahmezahlen auch wichtige Werte in der politischen Außendarstellung waren, müssen diese mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden. Nichtsdestotrotz verdeutlichen sie eine Tendenz und zeigen die Relevanz, die der *Berliner Bund-Gruppe* in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg innerhalb der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenschaft in der Stadt zukam.

Inhaltlich stand die *Berliner Bund-Gruppe* an der Seite Sowjetrusslands und sie begrüßte die Oktoberrevolution. In der Frühphase der Weimarer Republik wusste sie mit dieser Positionierung die Mehrheit der in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnen hinter sich.<sup>28</sup> Ohne detaillierte Informationen über die Entwicklungen in ihrer Heimat zu besitzen, hoffte die jiddischsprachige ArbeiterInnenschaft durch die revolutionären Entwicklungen auf eine politische und gesellschaftliche Gleichstellung und ein ökonomisch besseres Leben. Darüber hinaus wurde die Rote Armee in den Wirren des Bürgerkrieges als Schutzmacht der jüdischen Bevölkerung wahrgenommen, die aktiv gegen Pogrome und Antisemitismus vorging. Die während des Bürgerkriegs beginnende Unterdrückung und Verfolgung politischer Oppositioneller, von der SozialistInnen und selbstverständlich auch alle weiteren politisch andersdenkenden Jüdinnen und Juden betroffen waren, wurde von Berlin aus entweder gar nicht oder als notwendiges Übel zur Befreiung der ArbeiterInnenschaft wahrgenommen. Die wenigen, die sich der ArbeiterInnenbewegung zugehörig fühlten und aus der westeuropäischen Migration heraus öffentlich vor den Entwicklungen unter den Bol'seviki in Sowjetrussland warnten, waren in dieser Zeit eindeutig in der Minderheit. Es ist anzunehmen, dass sich diese Minderheit in der zweiten Berliner

---

ebenfalls um die *Berliner Bund-Gruppe* und nicht um eine dritte, weitere kurzlebige Parteistruktur in Berlin handelte, die ihre Wurzeln im *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund* sah.

**26** Vgl. N. N.: Sotsialistishe khronik. In: Der Morgnshtern. Tsaytshrift far politik un sotsiale fragn, Vol. 1 (1921), Nr. 4/5 (23.03.1921). S. 6.

**27** Vgl. N. N.: Sotsialistishe khronik. In: Der Morgnshtern. Tsaytshrift far politik un sotsiale fragn, Vol. 1 (1921), Nr. 4/5 (23.03.1921). S. 6.

**28** Vgl. hierfür beispielhaft die von *Bund-SympathisantInnen* publizierte jiddischsprachige Zeitung *Der Morgnshtern*. Tsaytshrift far politik un sotsiale fragn, Vol. 1 (1920/1921), Nr. 1, Nr. 3, Nr. 4/5.

*Bund*-Partei, dem *Jiddisch Sozialdemokratischen Bund* organisierte. Unter ihnen befanden sich die bekannten bundischen Politiker Vladimir Kosovski und Franz Kursky.

Diese Spaltung revolutionärer Parteien in eine pro-kommunistische und einer pro-sozialistische Gruppierung vollzog sich innerhalb der gesamten europäischen ArbeiterInnenbewegung, wobei die im Exil begründete Parteienvielfalt nur ein Abbild des Kampfes innerhalb der eigenen Mutterpartei darstellte. Im Frühjahr 1920 hatte sich die *Bund*-Partei auf ihrem zwölften Parteitag in Sowjetrußland gespalten. Inhaltliche Auslöser hierfür waren die Bewertung der Oktoberrevolution und das zu klärende Verhältnis zur 1919 gegründeten KI. Für wenige Monate existierten nun in Sowjetrußland nebeneinander ein kommunistisch orientierter *Kombund* und der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion*.<sup>29</sup> Der *Kombund* löste sich bereits wenige Monate nach seiner Gründung wieder auf und seine Mitglieder traten individuell der bolschewistischen Partei bei. Aber auch der *Sozialdemokratische Bund* sollte in Sowjetrußland in legaler Form nur weniger als zwei Jahre existieren. Wie alle anderen sozialistischen Parteien unterlag er seit seiner Gründung politischen Repressionen und wurde 1922 endgültig verboten.

Neben dieser sich an den Kämpfen innerhalb der Mutterpartei orientierenden strukturellen Aufteilung in zwei unterschiedliche Exilvertretungen verweisen zeitgenössische Zeitungsartikel darauf, dass die politischen Entwicklungen Sowjetrußlands im Berliner Exil nicht nur wahrgenommen, sondern auch kontrovers diskutiert wurden. In einem im Januar 1921 veröffentlichten Artikel begrüßte Vladimir Kosovski die Situation in Sowjetrußland nach der Februarrevolution und distanzierte sich zugleich von der Oktoberrevolution. Er argumentierte, dass die tragische Geschichte der Selbstauflösung des *Kombund* lehre, dass eine jüdische ArbeiterInnenbewegung in Sowjetrußland „nur unter der Fahne des Sozialdemokratischen Bund existieren könne“<sup>30</sup>. Zu diesem Zeitpunkt war Kosovskis Meinung unter den jiddischsprachigen MigrantInnen in Berlin in der Minderheit. Dies änderte sich jedoch im Jahr 1922, in dem mehrere Dutzend sozialistische ExilantInnen nach Berlin kamen und dort die Gründung einer Auslandsdelegation des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* ausriefen.<sup>31</sup> Die Gründung dieser *Bund*-Exilvertretung, die als eine direkte Folge des

<sup>29</sup> Für die Teilung des *Bund* in Rußland vgl. Jacobs, *The Bund in Vilna*, S. 263–292.

<sup>30</sup> Kossovskij, Vladimir: Likvidacija komunističeskogo Bunda. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 3 (01.03.1921). S. 3f. Hier S. 4.

<sup>31</sup> Vgl. N. N.: Izveščenie. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 10 (16.05.1922). S. 15. Zunächst nannte sich die Gruppe *Auslandsvertretung des Bund in Rußland*, später nannte sie sich *Auslandsvertretung des Bund der Sowjetunion*. Um eine einheitliche Schreibweise zu gewähren, wird in dieser Arbeit ausschließlich die letztgenannte Schreibweise verwendet.



endgültigen Verbots des *Bund* in der Sowjetunion erscheint, nahm die nach der Hyperinflation im Jahr 1923 stattfindende Verschiebung der politischen Mehrheitsmeinung im jiddischsprachigen Handlungsraum hin zu einem kritischeren Umgang mit der Sowjetunion vorweg.

Neben bundischen waren in Berlin ebenfalls zionistische Parteien aus Osteuropa zugegen. Der *Jüdisch-Sozialistische Arbeiterverband Poale-Tsion* publizierte in der Stadt bereits 1920 einen Sammelband in jiddischer Sprache, der sich an ein internationales Publikum richtete und in dem Artikel von renommierten Vertretern der zionistischen Bewegung, wie Marc Jarblum, Nahman Sirkin und Berl Locker, abgedruckt waren.<sup>32</sup> Im Berliner Westen eröffnete die *Russländisch Zionistisch-Sozialistische Partei* ein Parteibüro in der Bleibtreustraße 6 (Berlin-Charlottenburg).<sup>33</sup> Beide Parteien verlegten im Laufe der 1920er Jahre ihre Parteiververtretungen in das Mandatsgebiet Palästina. Dennoch blieb Berlin für sie bis 1933 ein bedeutender westeuropäischer Standort, an dem größere Konferenzen abgehalten wurden und einige wenige MitarbeiterInnen tätig waren.

Neben dem Kampf zwischen SozialistInnen und KommunistInnen setzte sich im Exil auch die politische Auseinandersetzung zwischen ZionistInnen und BundistInnen fort. Bis in die Zwischenkriegszeit hinein war der *Bund* unter den Parteien der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenbewegung die stärkste Kraft. Aufgrund der in Sowjetrußland vorherrschenden faktischen Einparteienherrschaft lassen sich für die Zeit nach der Oktoberrevolution dortige Mehrheitsverhältnisse unter den jüdischen ArbeiterInnen nicht mehr nachvollziehen. Debatten aus der Zeit zeigen aber, dass die zionistischen Parteien anstrebten, diese Vorherrschaft des *Bund* zu durchbrechen. Hierfür bemühten sich die in Osteuropa ansässigen sozialistisch-zionistischen Parteien um engere Kooperationen untereinander.<sup>34</sup> Die 1918 getätigte Vermutung, dass sich die beiden zionistischen ArbeiterInnenparteien „aller Wahrscheinlichkeit nach“<sup>35</sup> zusammenschließen würden, bewahrheitete sich jedoch erst im Exil.

In politischen Debatten bekämpften sich zionistische und bundische Parteien aufs Schärfste, so auch in Form von Publikationen und auf Diskussionsveran-

---

**32** Vgl. Biuro fun'm yidishen sotsialistishen arbeyter-farband pueli-tsiun (Hrsg.): *Unzer Gedank. A zamelbukh*. Berlin 1920.

**33** Vgl. Briefkopf des Briefes der Auslandsdelegation an Karl Kautsky vom 10.12.1924. Eingesehen in: *AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky*, Nr. 653. Für die zionistische Bewegung in Berlin vgl. auch Schwarz, *Widersprüchliche Strategien jüdischer Emanzipation*, S. 59–76.

**34** Vgl. N. N.: Ein bundistischer Vorstoss. In: *Jüdische Arbeiterkorrespondenz (JAK)*, Vol. 4 (1918), Nr. 5. S. 5–8. Eingesehen in: *AdSD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand*, Nr. 211.

**35** N. N.: Ein bundistischer Vorstoss. In: *Jüdische Arbeiterkorrespondenz (JAK)*, Vol. 4 (1918), Nr. 5. S. 7. Eingesehen in: *AdSD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand*, Nr. 211.

staltungen im Berliner Handlungsraum. Trotz dieser Differenzen kooperierten die Exilparteien jedoch in kultur- und sozialpolitischen Fragen miteinander. Auf die mit Beginn des Bürgerkrieges in Sowjetrussland zunehmenden Fluchtbewegungen reagierten die jüdischen ArbeiterInnenparteien mit politischen Appellen sowie mit einer Umstrukturierung und Ausweitung der Hilfsangebote in Berlin. Ende März 1921 machten jüdische ArbeiterInnenparteien aus Sowjetrussland in einem gemeinsamen Memorandum auf antisemitische Pogrome in den Regionen Gomel, Minsk und Vitebsk aufmerksam. Sie forderten stärkere Aufmerksamkeit auf die Geschehnisse, politischen Schutz und die Eröffnung von Fluchtwegen für Jüdinnen und Juden aus den Regionen.<sup>36</sup> In Berlin organisierten die jüdischen SozialistInnen über Parteigrenzen hinweg konkrete Unterstützungsangebote: Seit Mitte der 1920er Jahre existierte das von *Bund* und *Poale Tzion* paritätisch verwaltete *Arbeiter-Emigranten-Komitee*, dessen primäre Aufgabe die Unterstützung der nach Berlin geflüchteten Jüdinnen und Juden war. Das Komitee besaß Räumlichkeiten in der Linienstraße 139 (Berlin-Mitte), wo kulturelle Veranstaltungen stattfanden und ein Vereinslokal mit ArbeiterInnenküche und Lesesaal betrieben wurde.<sup>37</sup> Eine zweite Hilfsstruktur, in der sich ebenfalls BundistInnen und sozialistische ZionistInnen gemeinsam engagierten, war das *Arbeiter-Fürsorgeamt*, das Räumlichkeiten in der Auguststraße 17 (Berlin-Mitte) unterhielt. Neben ArbeiterInnenparteien waren dort auch VertreterInnen der jüdischen Gemeinde und bürgerliche Organisationen engagiert. An selbiger Adresse befanden sich ebenfalls ein Arbeitsamt, ein Durchreisekomitee der jüdischen Gemeinde, das Arbeitsversorgungsamt und eine Unterkunft für aus Osteuropa stammende wohnungslose jüdische Geflüchtete.<sup>38</sup> Diese Kooperation zwischen jüdischem Bürgertum mit jüdischen Parteien der ArbeiterInnenbewegung war eine Besonderheit, welche die Historikerin Trude Maurer mit dem „Geist jener Zeit, aus der revolutionären Wandlung, die sich in Deutschland vollzogen hatte“, erklärte.<sup>39</sup>

---

36 Vgl. Memorandum des Zentralkomitees des sozialdemokratischen *Bund* und dem Zentralbüro der Vereinigung jüdischer sozialistischer Arbeiterparteien: *Evrejskie pogromy*. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 13 (05.08.1921). S. 13–15.

37 Vgl. N. N.: *Berliner yidish lebn*. In: *Der Morgnshtern*. Tsaytschrift far politik un sotsiale fragn. Vol. 1 (1921), Nr. 3 (31.01.1921). S. 4.

38 Vgl. N. N.: *Berliner yidish lebn*. In: *Der Morgnshtern*. Tsaytschrift far politik un sotsiale fragn. Vol. 1 (1921), Nr. 3 (31.01.1921). S. 4 sowie Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 508–522. Anne-Christin Saß vermerkt, dass an der Adresse Auguststraße 17 (Berlin-Mitte) folgende weitere osteuropäisch-jüdische Organisationen ihre Büroräume hatten: *Jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Tzion in Deutschland*, *Verband der Ostjuden*, *Zionistischer Arbeiter und Handwerkerbund*. Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 450.

39 Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 510.

Neben Exilparteien existierten ebenso kulturpolitische Angebote im jiddischsprachigen Handlungsraum, die großen Zuspruch unter der jüdischen ArbeiterInnenenschaft fanden. Noch während des Krieges entstanden unter staatlicher Aufsicht in den Industriezentren des Deutschen Kaiserreiches jiddischsprachige ArbeiterInnen- und Kulturvereine, zu deren Aufgaben die Förderung der jüdischen Kultur sowie die Organisation von Weiterbildungsangeboten in Form von Abendvorträgen und Bibliotheksangeboten gehörte. Die diesbezüglich wichtigste Berliner Organisation war bis zu Beginn der 1920er Jahre der *Peretz-Verein*.<sup>40</sup>

In einem Erinnerungsbericht aus den 1930er Jahren bezifferte der Bundist Khaim Zakharyash die Mitgliederzahl des *Peretz-Vereins* für das Jahr 1917 auf 1.700 Personen.<sup>41</sup> Aufgrund von Angaben in zeitgenössischen Zeitungsberichten, die über Veranstaltungen mit mehreren hundert BesucherInnen berichten, ist diese Angabe als realistisch einzustufen: Am 30. September 1916 besuchten über 500 Personen einen Vortrag von Aron Syngalowski über „Das jiddisch-dramatische Theater und Perets Hirshbeyn“ mit anschließender Theatervorführung.<sup>42</sup> Ein halbes Jahr später, am 3. März 1917, eröffnete der *Peretz-Verein* eine Bibliothek für die jiddischsprachige ArbeiterInnenenschaft.<sup>43</sup>

Offiziell wahrte der Verein als kulturelle Einrichtung parteipolitische Unabhängigkeit. Viele in ihm engagierte Personen waren allerdings ebenfalls in Parteien organisiert. Sowohl zionistischen als auch bundischen Parteien war es wichtig, die Ausrichtung des Vereins zu bestimmen, weswegen sie vor Vereinswahlen eigene KandidatInnenlisten erstellten und diese mit Wahlaufrufen in ihren Publikationsorganen bewarben.<sup>44</sup> Räumlich stand der Verein in engem Kontakt zur zionistischen Bewegung. Im Haus des *Peretz-Vereinslokals* in der Dragonerstraße 22 (Berlin-Mitte) waren ebenfalls Büros von zionistischen Orga-

---

**40** Der Verein wurde „Mitte 1920 aufgelöst“. Maurer, Ostjuden in Deutschland, S. 679.

**41** Nach Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhome. In: NF, Vol. 12 (1937) vom 19.11.1937 S. 23. Trude Maurer geht für 1918 von ungefähr 700 Mitgliedern im *Peretz-Verein* aus. Maurer, Ostjuden in Deutschland, S. 679.

**42** Vgl. N. N.: Berlin. In: Lebens-fragen, Vol. 1 (1916), Nr. 37 (19.11.1916). S. 9. Zu Perets Hirshbeyn vgl. folgenden Lexikonartikel: Berkowitz, Joel: Hirshbeyn, Perets. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: [https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Hirshbeyn\\_Perets](https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Hirshbeyn_Perets) [20.03.2018].

**43** Vgl. A-Man.: Berlin. In Lebens-fragen, Vol. 2 (1917), Nr. 16 (20.04.1917). S. 9f. Durch die politische Nähe des *Peretz-Vereins* zum *Bund* erscheint es möglich, dass dies derselbe Bibliotheksbestand war, der später von der *Berliner Bund-Gruppe* verwaltet wurde.

**44** Vgl. N. N.: Berlin. In: Lebens-fragen, Vol. 2 (1917), Nr. 3 (19.01.1917). Bericht über die Versammlung des *Peretz-Vereins* in Berlin vom 26.11.1916. Auch für die Vereinsversammlung am 24.06.1917 rief die dem *Bund* nahestehende Zeitung *Lebens-fragen* ihre LeserInnen dazu auf, zahlreich zu erscheinen. Vgl. N. N.: Berlin. In: Lebens-fragen, Vol. 2 (1917), Nr. 15 (22.06.1917).

nisationen untergebracht.<sup>45</sup> Dennoch behielten die bundischen Parteien einen stärkeren inhaltlichen Einfluss auf den Verein, was anhand eines Ereignisses vom Tag der Revolution in Deutschland verdeutlicht werden kann: Um ihre Solidarität mit der deutschen Revolution und die Anwesenheit osteuropäisch-jüdischer Parteien der ArbeiterInnenbewegung in Berlin zu signalisieren, befestigten Vereinsmitglieder am 9. November 1918 eine Fahne des *Bund* an der Außenfassade des Vereinslokals.<sup>46</sup> Es ist zu vermuten, dass diese vereinspolitischen Machtverhältnisse ein gewichtiger Grund dafür waren, dass 1919 mit dem ArbeiterInnenkulturverein *Ber Borochow* ein in der Linienstraße 159 (Berlin-Mitte) ansässiger zionistisch orientierter ArbeiterInnenverein gegründet wurde.<sup>47</sup>

Die in den Kulturvereinen organisierten Veranstaltungen zeigen, dass für eine Mehrheit der aus dem östlichen Europa stammenden jüdischen ArbeiterInnenenschaft die Geschehnisse in Ost- und Ostmitteleuropa auch während ihrer Berliner Exilzeit von großer Bedeutung blieben. Neben den kulturpolitischen Organisationen entstanden ebenfalls Hilfsorganisationen, die sich für die Judenheiten des östlichen Europas engagierten. Unter dem Namen *Fonds zur Errichtung des Volkshauses „Wladimir Medem“ in Warschau* sammelte ein Berliner Komitee Gelder für die Eröffnung eines ArbeiterInnenvolkshauses in Polen.<sup>48</sup> Mit großer Wahrscheinlichkeit waren die Gelder für das bundistische Medem-Sanatorium in der Nähe von Warschau bestimmt, in dem 1925 erstmalig an Tuberkulose erkrankte Kinder zur Erholung den Sommer verbringen konnten.<sup>49</sup> Welchen finanziellen Beitrag das Berliner Komitee, für das Aron Syngalowski als Kontaktperson fungierte, durch Sammelaktionen zur Eröffnung des Hauses beitrug, konnte nicht ermittelt werden. Aufgrund der schwierigen ökonomischen Lage in der Weimarer Republik in der ersten Hälfte der 1920er Jahre, muss jedoch von einer eher symbolischen Beteiligung ausgegangen werden.

1921 gründete sich mit dem *Ostjüdischen Historischen Archiv* auch eine bedeutende geschichtspolitische Organisation in Berlin. Über Jahre hinweg dokumentierten die MitarbeiterInnen des Archivs die nach dem Ersten Weltkrieg stattfindende Pogromgewalt in Osteuropa. Dabei bemühten sie sich um ZeitzeugInnenberichte von

---

45 Die Adresse des Vereinslokals wird als „Jüdisches Volksheim“ angegeben. N. N.: Berlin. In: Lebensfragen, Vol. 1 (1916), Nr. 37 (19.11.1916). S. 9. Für die Adresse des Jüdischen Volksheims vgl. auch Saß, Berliner Luftmenschen, S. 450.

46 Vgl. Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhome. In: NF, Vol. 12 (1937) vom 19.11.1937. S. 23.

47 Vgl. Zaagsma, Transnational networks of Jewish migrant radicals, S. 223.

48 Vgl. Sammelliste. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 1401, Nr. 717. Die Sammelliste ist weder datiert noch ausgefüllt.

49 Für das Sanatorium vgl. Jacobs, Bundist Counterculture, S. 62–81.

Opfern und sammelten Dokumente. Im Laufe der 1920er Jahre veröffentlichten MitarbeiterInnen des Archivs diesbezügliche Monografien in jiddischer und russischer Sprache, die über Berlin hinaus wahrgenommen wurden.<sup>50</sup>

Ein weiteres wichtiges Merkmal des jiddischsprachigen Handlungsraums Berlins war das vielfältige Verlagswesen. Mit einer Anzahl von ungefähr 200 unterschiedlichen publizierten Titeln war Berlin zwischen 1921 und 1923 hinter Warschau zweitgrößter Ort der jiddischsprachigen Buchproduktion.<sup>51</sup> Die Bücher wurden europaweit vertrieben und richteten sich in Teilen auch an die jüdische ArbeiterInnenbewegung. Unter den in Berlin publizierten Titeln befanden sich beispielsweise eine Übersetzung von Briefen zwischen Friedrich Engels und Karl Marx<sup>52</sup>, sowie Übersetzungen der Klassiker *Der Bürgerkrieg in Frankreich* von Karl Marx<sup>53</sup>, *Aufruf zum Sozialismus* von Gustav Landauer<sup>54</sup> und *Die deutsche Revolution* von Eduard Bernstein<sup>55</sup>. Rafail Abramovič publizierte auf Jiddisch die *Geschichte des Sozialismus*<sup>56</sup>, und posthum wurde der erste Teil der *Erinnerungen eines Sozialdemokraten* von Julij Martov in jiddischer Übersetzung veröffentlicht.<sup>57</sup> Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Bücher ihren Weg in die zeitgenössischen jüdischen ArbeiterInnenbibliotheken fanden. Einige wurden auch in die Wanderbibliothek des in der gesamten Weimarer Republik agierenden *Jüdischen Studentenvereins e. V.* aufgenommen.<sup>58</sup>

---

**50** Vgl. Saß, Berliner Luftmenschen, S. 240 – 245.

**51** Vgl. Estrai kh, Vilna on the Spree, S. 111. Für die jiddischsprachige Presse der Weimarer Republik vgl. ebenfalls Neiss, Marion: Jiddische Zeitungen und Zeitschriften im Berlin der Weimarer Republik. In: Benz, Wolfgang/Paucker, Arnold/Pulzer, Peter (Hrsg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998. S. 239 – 251.

**52** Marx, Karl/Engels, Friedrich: Briv. Berlin 1922. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Maria: Jiddische Bücher aus Berlin (1918 – 1936). Titel, Personen, Verlage. Nümbrecht 2006. S. 65.

**53** Marx, Karl: Der birgerkrig in frankraykh. Mit a hakdome fun F. Engels. Berlin 1922. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 65.

**54** Landauer, Gustav: Oyfruf tsum sotsializm. Berlin 1921. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 59.

**55** Bernstein, Eduard: Di daytshe revolutsye. Ir oyfkumen, ir gang un ir oyfutu. Berlin 1922. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 28.

**56** Abramovitsh, Rafail: Geshikhte fun sotsializm. Berlin 1922. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 25.

**57** Martov, L.: Zikhroynes fun a sotsialdemokrat, Band 1. Berlin 1923. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 65.

**58** Der Verein sah sich als Vertretung „alle[r] an Berliner Hochschulen studierenden ausländischen Juden“. Satzung des Vereins. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 18, Box 1, Folder 5. Die Wanderbibliothek erwarb im Juni 1925 u. a. jiddischsprachige Übersetzungen von Büchern von Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Karl Marx, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin u. a. Vgl. Liste neuerwerbener Bücher, Juni 1925. In: YIVO-Archives, RG 18, Box 3, Folder 2.

Die veränderte politische Lage in Sowjetrußland und der dort andauernde Bürgerkrieg führten ab 1921 dazu, dass zahlreiche SozialistInnen ins Berliner Exil flüchteten. Diese Migrationsbewegung einer Gruppe politischer Intellektueller, die die Anfangsjahre Sowjetrußlands miterlebt hatten, hatte Einfluss auf die Debatten und Organisationen des jiddischsprachigen Handlungsraumes. Unter den neu in Berlin eintreffenden EmigrantInnen befanden sich sozialdemokratische BundistInnen, rußländische SozialdemokratInnen sowie jiddischsprachige LiteratInnen und WissenschaftlerInnen, die der ArbeiterInnenbewegung nahestanden. Beispielhaft für letztere Gruppe sind die Mitglieder der *kultur-lige* zu nennen, von denen einige nach Berlin kamen. Die *kultur-lige* war eine 1918 in Kiew gegründete jüdische Kultureinrichtung, die sich zum Ziel setzte, jiddischsprachige Bildung, Theater, Literatur und Kunst zu fördern. Nachdem die Organisation durch die Bol'sheviki übernommen wurde, verließen zahlreiche Mitglieder die Stadt, einige kamen nach Berlin.<sup>59</sup> Der jiddischsprachige Berliner Handlungsraum veränderte sich aber nicht nur durch Neuankömmlinge. Auch die schwierige politische und ökonomische Situation des Jahres 1923 hatte großen Einfluss auf die Emigrationsbewegung. Bis auf wenige Ausnahmen mussten die bis hierhin beschriebenen Parteivertretungen und Organisationen in dieser Zeit aus ökonomischen Gründen abgewickelt werden und auch die Verlagsvielfalt der Stadt verringerte sich drastisch.

### 3.1.1.2 Jahre der relativen Stabilität

Zahlreiche osteuropäisch-jüdische EmigrantInnen verließen um das Krisenjahr 1923 herum Berlin. Einige wie der bekannte Schriftsteller und Journalist Dovid Eynhorn migrierten nach Paris, andere versuchten entweder, den immer schwerer werdenden Emigrationsweg in die USA fortzusetzen, oder remigrierten nach Ost-/Ostmitteleuropa. Die merkliche Verkleinerung der Gruppe osteuropäisch-jüdischer MigrantInnen in Berlin führte dazu, dass die *Berliner Bund-Gruppe* ihre Tätigkeiten aufgrund des Wegzugs ihrer Klientel einstellte.<sup>60</sup> Mit dem Zuzug der Gruppe politischer ExilantInnen und Intellektueller aus Sowjetrußland gab es aber auch eine, wenn auch quantitativ kleinere entgegengesetzte Migrationsbewegung, wodurch ein Bedarf für Organisationen der jiddischsprachigen ArbeiterInnenbewegung in Berlin bestehen blieb. Ab 1924 entstanden neue po-

---

<sup>59</sup> Vgl. für die *Kultur-lige*: Kazovsky, Hillel: Kultur-lige. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: <https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kultur-lige> [07.08.2019]. Vgl. für die kurze Zeit in Berlin Estraiikh, Vilna on the Spree, S. 114; Saß, Berliner Luftmenschen, S. 134.

<sup>60</sup> Vgl. Saß, Berliner Luftmenschen, S. 166.

litische, kulturelle und publizistische jiddischsprachige Einrichtungen, merklich verschob sich aber nun der topografische Schwerpunkt vom östlichen in den westlichen Teil der Stadt. Diese topografische Verschiebung verdeutlicht den in dieser Zeit sich vollziehenden Wechsel innerhalb der Migrationsgruppe. In Berlin befanden sich nun vermehrt führende politische ExilantInnen und diese ließen sich vornehmlich in bürgerlichen Stadtteilen des Berliner Westens nieder.<sup>61</sup>

Anhand von Kondolenzschreiben, die nach dem 30. Oktober 1926 nach Warschau versandt wurden, lässt sich die Mitte der 1920er Jahre neu entstandene Vielfalt von in Berlin ansässigen jiddischsprachigen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung nachvollziehen. An diesem Tag verstarb mit Beynisch Mikhalevitsh ein bekannter Warschauer Bundist, der Leiter der zentralen jiddischsprachigen Schulorganisation TSYShO war.<sup>62</sup> Ihm zu Ehren wurden in Berlin zwei öffentliche Trauerveranstaltungen organisiert<sup>63</sup> und die bundistische *Naye Folksaytung* aus Warschau druckte mehrere Tage lang an sie aus der ganzen Welt gesandte Trauerbekundungen ab. Hierunter befanden sich Nachrichten von 16 in Berlin lebenden Einzelpersonen aus Politik und Gesellschaft, und mit der SDAPR, dem Informationsbüro der SR und dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* kondolierten drei Exilparteien. Die Zeitungen erreichten ebenfalls Kondolenzschreiben von drei Berliner Büros jüdischer Hilfsorganisationen: der *Hebrew Immigrant Aid Society* (HIAS), der ORT und der *Emigdirekt* und auch die Mitglieder des Berliner Kultur- und Debattierklubs *Sholem-Alechem* gedachten dem Verstorbenen.<sup>64</sup>

Mit Blick auf die Exilparteien blieb die Situation in Berlin auch in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre komplex. Weiterhin gab es zwei parallel existierende *Bund*-Parteien, ihre Unterscheidung verlief jedoch nicht mehr anhand der politischen Bruchlinie zwischen Kommunismus und Sozialismus, sondern orientierte sich primär an einer geografischen Unterscheidung zwischen einem Zugehörigkeitsverständnis zu den polnischen oder den sowjetischen Judenheiten. Da sich beide Parteien als sozialistisch definierten, war auch eine Zugehörigkeit zu beiden

---

<sup>61</sup> Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 166f.

<sup>62</sup> Für die TSYShO vgl. Szyba, Ania: Die neue jüdische Schule. Ein Blick auf die Debatten der jüdischen SozialistInnen in Polen. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): *Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Berlin/Boston 2018. S. 35–49.

<sup>63</sup> Vgl. N. N.: A troyer-avent in berlin. In: NF, Vol. 3 (1928), Nr. 255 (02.11.1928). S. 2 und N. N.: Tser. Troyer un mitgefil tsulib toyt fun kh' B. Mikhalevitsh. Berlin. In: NF, Vol. 3 (1928), Nr. 257 (05.11.1928). S. 2. Ebenso: N. N.: Iosif Izbickij-Beiniš Michalevič. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 21 (14.11.1928). S. 16.

<sup>64</sup> Vgl. NF, Vol. 3 (1928), Nr. 253 (31.10.1928). S. 2; NF, Vol. 3 (1928), Nr. 254 (01.11.1928). S. 4; NF, Vol. 3 (1928), Nr. 256 (04.11.1928). S. 5 und NF, Vol. 3 (1928), Nr. 257 (05.11.1928). S. 2.

möglich. In der Öffentlichkeit ausgetragene inhaltliche Differenzen zwischen ihnen traten erst zu Beginn der 1930er Jahre zutage.

Die nun existierende *Berliner Bund-Gruppe* war eine Unterstützungsgruppe des polnischen *Bund*. Aufgrund der politischen Ausrichtung erscheint es trotz Namensgleichheit unwahrscheinlich, dass sie sich als Fortläuferin der *Bund-Gruppierung* aus den Gründungsjahren der Weimarer Republik verstand. Eine Schlüsselrolle innerhalb der Gruppe kam dem Archivar Franz Kursky zu, der sich bereits seit seiner Ankunft in Berlin kurz nach dem Ersten Weltkrieg für die Belange des *Bund* und die Vernetzung mit polnischen BundistInnen einsetzte.<sup>65</sup> Weitere Mitglieder der Gruppe waren Vladimir Kosovski, Elias und Lise Laub, Grigorij Aronson, Henokh Hohgelerter, Isai Judin und Grigorij Binštok.<sup>66</sup> Die Gruppe organisierte in Berlin verschiedene Veranstaltungen. Hierzu zählten ein Gedenken an den *Bund*-Theoretiker Vladimir Medem anlässlich dessen vierten Todestages Ende Januar 1929,<sup>67</sup> Parteijubiläumsveranstaltungen<sup>68</sup> und Vorträge, wie der des Bundisten Jakob Pat über „Leben und Kampf in Polen“ im August 1927.<sup>69</sup>

Der parallel existierende *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* war eine im Frühjahr 1922 gegründete Auslandsvertretung des in der Sowjetunion verbotenen *Bund*. Anders als andere Gruppierungen überstand diese Exilpartei die wirtschaftliche Krisenzeit der Weimarer Republik aufgrund ihrer strukturellen und personellen Verzahnung mit dem Zentralkomitee der SDAPR und ihrer guten Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie. Dem Zentralkomitee der Aus-

---

<sup>65</sup> Dem „verehrten Freund Franz“ wird im Jahr 1928 ein Entwurf eines Logos für die *Berliner Bund-Gruppe* als Stempelabdruck zugeschickt. Vgl. Stempelabdruck mit rückseitigem handschriftlichen Gruß. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 1400, Nummer 98.

<sup>66</sup> Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 166 f. Saß bezeichnet die Gruppe als *Berliner Komitee des Bund*.

<sup>67</sup> Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 167.

<sup>68</sup> Vgl. *Bund*-Jubiläumsveranstaltung am 12.11.1927 (Brief an Akselrod vom 08.11.1927. Eingesehen in: IISH, Pavel Borisovič Aksel'rod Papers, Nr. 47.) und 30-jährige Jubiläumsfeier des *Bund* in Berlin am 28.10.1927. Vgl. Eintrittskarte zur Veranstaltung. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 299.

<sup>69</sup> Vgl. Ankündigung zu einem Vortrag über „Leben und Kampf in Polen“ von Jakob Pat am Königgraben 2 (Berlin-Mitte) am 04.08.[1927]. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 307. Folgende Veranstaltung wurde ebenfalls von der Gruppe organisiert: Versammlung der *Berliner Bund-Gruppe* mit anschließendem Treffen des jüdischen Schul-Komitees am 09.05.1929 im *Sholem-Alechem-Klub*. Vgl. IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297. Im April 1927 riefen BundistInnen in Berlin zur Unterstützung des *Bund* im Warschauer Wahlkampf auf. Dieser Aufruf war jedoch nicht vom *Berliner Bund* unterzeichnet. Vgl. IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 307.



landsvertretung standen Rafail Abramovič und Isai Judin vor.<sup>70</sup> Darüber hinaus handelte es sich eher um einen losen Zusammenschluss von ungefähr zehn sich der Sozialdemokratie zugehörig fühlenden russländischen BundistInnen. Zu ihnen gehörten Grigorij Aronson, Sergey Braun, Lev Ėtkin, Vladimir Kosovski, Abraham Menes, Abraham Mutnik, Paul Olberg und Genrikh Rabinovič.<sup>71</sup> Judin und Abramovič waren neben ihrer Sprecherfunktion im *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* ebenfalls Mitglieder des Zentralkomitees der Auslandsvertretung der SDAPR. Diese doppelte Funktionsbesetzung zeigt, wie eng der *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* mit der SDAPR verbunden war. Tatsächlich sah die SDAPR ihn als „einen Teil unserer Partei“<sup>72</sup> beziehungsweise als eine „der S.D.A.P. als autonomer Teil angegliedert[e]“<sup>73</sup> Parteiorganisation an.

Ihr gemeinsames politisches Ziel lag in der Überwindung des Bolschewismus in der Sowjetunion. Aufgrund der engen Kooperation zwischen SDAPR und sozialdemokratischem *Bund* ist es jedoch sehr schwierig, Aktivitäten und politische Statements, die explizit im Namen des *Bund* getroffen wurden, herauszuarbeiten. Der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* unterschied sich während der Berliner Exilzeit weniger in seinen politischen Statements von der SDAPR, vielmehr lag der Unterschied zwischen den beiden osteuropäischen sozialdemokratischen Parteien in der verwendeten Sprache und dem damit angesprochenen Publikum: Während die SDAPR mit der russländischen ArbeiterInnenschaft auf Russisch kommunizierte, war es die Aufgabe des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*, eine Gegenöffentlichkeit zur bolschewistischen und in Teilen auch zur zionistischen Parteilinie innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenschaft in jiddischer Sprache zu kreieren und im transnationalen jiddischsprachigen Handlungsraum Aufmerksamkeit für die Situation der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnen in der Sowjetunion herzustellen – Aufgaben, denen durch Publikationen und direkten Austausch mit der jüdischen ArbeiterInnenschaft in Ostmitteleuropa und den USA nachgegangen wurde. Dagegen konnte keine öffentliche politische Veranstaltung dieser *Bund*-Gruppierung im Berliner Handlungsraum nachgewiesen werden.

<sup>70</sup> Vgl. N. N.: Izveščenie. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 10 (16.05.1922). S. 15.

<sup>71</sup> Vgl. Stürmann, Jakob: Die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterbunds der Sowjetunion im Berlin der Weimarer Republik. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018. S. 63–80.

<sup>72</sup> N. N.: Bratskij pamjatnik. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 2–4.

<sup>73</sup> Parteifragebogen der SDAPR an die SAI vom Januar 1930. S. 1. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 1.144.

Ein für alle in Berlin lebende BundistInnen bedeutender und international bekannter Ort war das zwischen 1926 und 1933 in der SPD-Parteizentrale in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) situierte *Bund*-Parteiarchiv. Gegründet wurde das *Bund*-Archiv bereits 1899 in London, womit es eines der ersten Archive einer osteuropäischen Partei der ArbeiterInnenbewegung war. Seine frühe Gründung erklärt, warum sich in ihm wertvolle Quellen aus der Anfangszeit der gesamten revolutionären Bewegung Osteuropas befanden. 1903 wurden die Archivalien nach Genf zur dortigen *Bund*-Auslandsvertretung verlegt. Dass dieses Archiv einige Jahre von Berlin aus betrieben werden würde, war bis in die 1920er Jahre nicht vorhersehbar. Vielmehr scheint es sich dabei um ein Zufallsprodukt zu handeln, das sich aus der zeitgenössischen politischen Situation Europas ergab, das aber dennoch die Relevanz der Hauptstadt der Weimarer Republik für die osteuropäische ArbeiterInnenbewegung zu dieser Zeit verdeutlicht.

Das *Bund*-Archiv verblieb bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in Genf. Mit den Nachrichten über die revolutionären Entwicklungen in Osteuropa löste sich die dortige Auslandsvertretung des *Bund* im Frühjahr 1918 auf, da es die Mehrzahl der jüdischen SozialistInnen zur Unterstützung der Revolution zurück in die Heimat zog. Die Archivbetreuung erschien in dieser historischen Umbruchphase zweitrangig, weswegen die Archivmaterialien eilig in Kisten verpackt wurden. Der Plan bestand darin, die Kisten später nach Sowjetrußland nachzusenden. Diese geplante Versendung fand jedoch niemals statt, da es nach der Teilung der ArbeiterInnenbewegung und dem Verbot des *Bund* in der entstehenden Sowjetunion nicht mehr die eine direkte *Bund*-Nachfolgepartei gab.<sup>74</sup> Nach den Erinnerungen des Bundisten Jakob Pat verhinderte der polnische *Bund*, der sich als rechtmäßige Nachfolgepartei des *Bund* der Vorkriegszeit sah, gerade noch eine Verschickung der Archivmaterialien nach Moskau.<sup>75</sup> Genau wie der polnische *Bund* erhoben jedoch auch die Bol'seviki nach der Auflösung des *Kombundes* Anspruch darauf, rechtmäßige Nachfolgepartei und dadurch Besitzer der Parteiarchivalien zu sein. Für beide Parteien hatten die Archivalien hohen ideologischen Wert, da anhand ihrer die Anfangsjahre der ArbeiterInnenbewegung in Osteuropa nachgezeichnet und möglicherweise auch nach eigenen Vorstellungen interpretiert hätten werden können.

Pat beschrieb, dass in den 1920er Jahren Verhandlungen über die Archivalien zwischen dem polnischen *Bund* und führenden Bol'seviki, die vor dem Krieg *Bund*-

---

<sup>74</sup> Zum Umfang des Archivmaterials gibt es unterschiedliche Aussagen: Jakob Pat spricht von 60 Kisten. Vgl. Pat, Jakob: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5f. Abraham Menes spricht dagegen von 250 Kisten. Vgl. Menes, Der lebns-veg, S. 22f.

<sup>75</sup> Vgl. Erinnerungen von Jakob Pat: Pat, Jakob: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5f.

Mitglieder waren, stattfanden. Zu dieser Zeit besaßen polnische SozialistInnen zwar direkten Zugang zu den Archivmaterialien in Genf, die Partei verfügte allerdings über sehr wenig finanzielle Mittel, weswegen sie sich die Verschickung der Materialien und Inbetriebnahme eines Archivs nicht leisten konnte. Nach Pat sah ein erzielttes Verhandlungsergebnis eine finanzielle Unterstützung des Archivs in Höhe von 20.000 Dollar durch die sowjetische Regierung vor. Im Gegenzug wurde es der sowjetischen Regierung erlaubt, Duplikate sowie Archivmaterialien, die keinen expliziten Bezug zur jüdischen ArbeiterInnenbewegung hatten, nach Moskau zu überführen und weitere Dokumente des Archivs in Berlin unter Aufsicht zu duplizieren. Diese Vereinbarung unterzeichneten die beiden in Berlin lebenden Bundisten Franz Kursky und Vladimir Kosovski als Vertreter des polnischen *Bund*.<sup>76</sup>

Besonders Kursky war eine Schlüsselperson in den Verhandlungen über das Archiv. Er fungierte bereits seit 1906 als Hauptarchivar des *Bund* und sollte diese Aufgabe nach dem Ersten Weltkrieg bis zu seinem Tod im Jahre 1950 an verschiedenen Exilorten fortsetzen.<sup>77</sup> Niemand war so gut vertraut mit den Materialien wie er. Dass Kursky Mitte der 1920er Jahre in Berlin lebte und zu diesem Zeitpunkt eine Anstellung benötigte, erscheint deshalb als gewichtiger Grund dafür, dass die Archivalien nach Berlin und nicht etwa nach Warschau gesandt wurden.<sup>78</sup> Ebenso sprach die politische Lage für eine Verlegung des Archivs nach Berlin. Mitte der 1920er Jahre erschien die Stadt als sicherer Ort. Dagegen bestand zwischen Polen und der Sowjetunion durch den wenige Jahre zuvor stattgefundenen Polnisch-Sowjetischen Krieg weiterhin eine zerbrechliche Lage, was gegen eine Verlegung des Archivs in eine polnische Stadt sprach.

Die finanzielle Unterstützung aus der Sowjetunion könnte eine Voraussetzung für die Überführung der Archivalien aus Genf nach Berlin gewesen sein. Im Mai 1926 wurden die Kisten versandt, wenige Monate später konnte eine interessierte Öffentlichkeit im Archiv arbeiten.<sup>79</sup> Bis 1933 erfuhr das in der SPD-Par-

---

**76** Vgl. Erinnerungen von Jakob Pat: Pat, Jakob: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5 f. Vgl. auch Web, Between New York and Moscow, S. 247 f.

**77** Vgl. Web, Between New York and Moscow, S. 244–246. 1933 wurde das *Bund*-Archiv mit Teilen des SPD-Archivs und dem SDAPR-Archiv nach Paris befördert und auf diese Weise Archivmaterialien gerettet. Später wurden einige Archivalien nach New York gebracht, wo das Archiv sich auch heute noch befindet. Vgl. hierzu den Ausblick dieser Arbeit.

**78** Dass Kursky Mitte der 1920er Jahre eine Anstellung suchte, zeigt ein Brief von Paul Olberg an Hjalmar Branting vom 06.07.1924. Eingesehen in: BArch, NY 4023/9.

**79** Das Jüdische Lexikon verweist auf ein „früheres Genfer Museum“, das 1927 nach Berlin überführt wurde. Hierbei handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um die *Bund*-Archivmaterialien. Der Eintrag könnte darauf hindeuten, dass das Archiv erst ab 1927 zugänglich war. Vgl. Tartakower, Arie: Bund. In: Herlitz, Georg/Kurschner, Bruno (Hrsg.): Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Band 1. Berlin 1927. Zeile

teizentrale in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) ansässige Archiv weitere Zuführungen von Dokumenten und Publikationen, die Kursky als Hauptarchivar inventarisierte und verwaltete.<sup>80</sup> Bei seiner Tätigkeit wurde er durch Isai Judin unterstützt.<sup>81</sup> Jedoch wurden Dokumente der polnischen *Bund*-Partei nicht dem Archiv zugeführt, da diese direkt in der Warschauer Parteizentrale aufbewahrt wurden. Nach einem deutschen Luftangriff sollten diese im September 1939 fast vollständig verbrennen.<sup>82</sup>

Im Laufe der 1920er Jahre veränderte sich auch das sozialistisch-zionistische Parteienbild in Berlin. Zwar blieben diese bis 1933 durchgängig in Berlin aktiv, nach der Balfour-Deklaration und der Russländischen Revolution internationalisierte sich die Bewegung jedoch in einem stärkeren Maße, als es bei anderen in Osteuropa gegründeten sozialistischen Parteien der Fall war. Der geografisch-politische Fokus der gesamten zionistischen Bewegung lag in der Zwischenkriegszeit noch stärker auf dem Mandatsgebiet Palästina. Vermehrt wurde nun entweder die hebräische Sprache oder die Sprache der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft verwendet. Für die Ansprache osteuropäisch-jüdischer ArbeiterInnen publizierten in Berlin ansässige zionistische Gruppierungen jedoch weiterhin ebenfalls in jiddischer Sprache.<sup>83</sup>

Nach dem Umzug der Parteizentralen osteuropäisch-zionistischer Gruppierungen ins Mandatsgebiet Palästina unterhielten diese in Berlin ein gemeinsames Verbandsbüro. Dieses von Berl Locker geführte Büro des *Allweltlichen jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z. S. Verband)* befand sich zuerst in der Eisenacher Straße 14 (Berlin-Schöneberg) und wurde später in die Auguststraße 17 (Berlin-Mitte) verlegt.<sup>84</sup> In der Auguststraße teilte sich die Partei ein Bürogebäude mit dem *Allweltlichen Congress für das arbeitende Palaestina*. Trotz dieser Umstellungen blieb Berlin weiterhin eine wichtige europäische Stadt für die zionistische Bewegung, was größere dort stattfindende Kongresse zeigen: Ende September 1930 wurde zum Weltkongress des arbeiten-

---

1234f. Gertrud Pickhan verweist darauf, dass das Archiv seit 1925 in Berlin angesiedelt gewesen sei, bezieht sich hierbei jedoch wahrscheinlich auf den Vertragsabschluss von Oktober 1925. Vgl. Pickhan, *The Bund in Poland and German Social Democracy*.

<sup>80</sup> Vgl. IISH, *Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives*, Nr. 297–447. Ein Teil der Archivmaterialien konnte 1933 gerettet und nach Paris gebracht werden.

<sup>81</sup> Vgl. Aronson, *Isay Ayzenshtat*, S. 152.

<sup>82</sup> Vgl. Web, *Between New York and Moscow*, hier S. 252.

<sup>83</sup> Bspw. die zwischen 1922 und 1924 publizierte Zeitschrift *Unzer bavegung. Organ fun der yid. sotsial.-dem. arbeter-organizatsie Po'ale Tsiyon in Daytshland*.

<sup>84</sup> Vgl. Adresse im Briefkopf des Briefs des *Allweltlichen jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z. S. Verband)* an den Vorstand des ADGB vom 22.06.1928. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212.

den Palästinas nach Berlin eingeladen.<sup>85</sup> Nach eigenen Angaben nahmen an der Veranstaltung VertreterInnen von „mehreren hunderttausend jüdischen Arbeitern der Welt und Freunde des Arbeiterhandwerks in Palästina“<sup>86</sup> teil. TeilnehmerInnen waren auch wichtige politische VertreterInnen der internationalen ArbeiterInnenbewegung, sowie KünstlerInnen und Gelehrte. Den ADGB vertraten Josef Furtwängler und Alexander Knoll auf der Tagung. Knoll richtete am Eröffnungsabend an die KongressteilnehmerInnen Begrüßungsworte des ADGB-Bundesvorstandes.<sup>87</sup>

Bereits sechs Jahre zuvor, im November 1924, war Berlin Austragungsort einer anderen zionistischen Großveranstaltung. Damals wurde die „zweite Plenarsitzung des zentralen Komitees für das arbeitende Erez-Israel“<sup>88</sup> abgehalten. Hierbei handelte es sich um eine Plattform unterschiedlicher zionistischer Gruppen der ArbeiterInnenbewegung. Sie reichte von Gewerkschaftsverbänden der *Histadruth* bis zum kommunistischen Spektrum der *Poale Tzion*. Neben Großveranstaltungen organisierten zionistische Parteien in Berlin anlassbezogen ebenfalls kleinere Diskussionsveranstaltungen, die jedoch nicht ausschließlich auf Jiddisch stattfanden.<sup>89</sup>

---

**85** Vgl. Brief der Allgemeinen Arbeiterorganisation in Palästina vom 24. September 1930. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 303.

**86** Brief des Central-Büros des Allweltlichen Kongresses für das arbeitende Palästina an den ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart vom 21. August 1930. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212.

**87** Vgl. Korrespondenz des Büros des Allweltlichen Kongresses für das arbeitende Palästina mit Josef Furtwängler und Alexander Knoll. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212.

**88** N. N.: Komitee für das arbeitende Palästina. In: Der Neue Weg. Monatszeitschrift der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland, Vol. 1 (1924), Nr. 1 (Dezember 1924).

**89** Am 22.07.1922 luden osteuropäisch-zionistische Parteien in die Kleiststr. 10 (Berlin-Charlottenburg) zu einer Veranstaltung anlässlich der Ratifizierung des Völkerbundmandats für das Mandatsgebiet Palästina ein. Vgl. für die Ankündigung N. N.: V berlinë. Chronika. In: Rul', Vol. 2 (1922), Nr. 504 (28.07.1922). S. 5. Am 26.06.1928 lud das Komitee für das Arbeitende Palästina zusammen mit dem *Jüdisch Sozialistischen Arbeiterverband Poale Tzion* zur Diskussion „Probleme der jüdischen Arbeiterbewegung und des sozialistischen Aufbaus Palästina“ in einen Vortragsraum des Landtages (Prinz Albrechtstr. 5, Berlin-Mitte, heute Niederkirchnerstraße) ein. Vgl. Einladungskarte vom 21.06.1928. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212. Zum 04.09.1930 lud die Organisation *Linke Poale Tzion Berlin* anlässlich des zionistischen Kongresses in Berlin zur Kundgebung „Was fordern wir vom allweltlichen Kongress für das arbeitende Palästina“ ins Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde (Rosenstraße 2, Berlin-Mitte) ein. Vgl. Einladungsflyer. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 303.

Das vielfältige jiddischsprachige Verlagswesen Berlins war Mitte der 1920er Jahre nur in Teilen erhalten geblieben. Generell erschienen jiddischsprachige Zeitungen und Zeitschriften in der Stadt meist nur für wenige Ausgaben und es konnte trotz vereinzelter Bestrebungen in der Hauptstadt der Weimarer Republik niemals eine jiddischsprachige Tageszeitung herausgebracht werden.<sup>90</sup> Zu den nach 1923 weiterhin bestehenden Verlagen, die sich auch auf jiddischsprachige Bücher spezialisiert hatten, gehörten *Vostok* und *Klal*. Beide Verlage verlegten neue Bücher, übersetzten aber auch bereits erschienene aus dem Russischen oder Deutschen ins Jiddische.<sup>91</sup> Aufgrund des Zuzugs der politischen ExilantInnen stellte sich für die Publikation von jiddischsprachigen politischen Pamphleten die Situation anders dar als für Bücher aus dem literarischen Feld. Erstgenannte wurden auch nach 1923 weiterhin von Berlin aus publiziert, sodass ein jiddischsprachiges sozialistisches Publikationswesen fortbestand: Zu Beginn der 1930er Jahre veröffentlichte die Auslandsvertretung des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* zwei Ausgaben ihrer Zeitschrift *Undzer gedank*, in denen sie vornehmlich auf die politische und soziale Situation von Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion einging. Der in Berlin lebende Sozialrevolutionär Isaak Štejnberg gab die in Warschau publizierte Monatszeitschrift *Fraye shriftn* heraus.<sup>92</sup> Die Herausgeber der Zeitschrift sahen diese als eine Diskussionsplattform für jüdisch-sozialistische Theorien. Das besondere an der Zeitschrift war, dass die AutorInnen politische Intellektuelle aus unterschiedlichen Ländern waren. Zu ihnen gehörten bekannte Persönlichkeiten wie Khayim Zhitlovsky aus New York und Isaak Rubin aus Moskau. Neben Štejnberg publizierten in *Fraye shriftn* mit Abraham Menes, Nahum Gergel und Daniel Tsharny drei weitere in Berlin lebende Exilanten. Beide Zeitschriften wurden nicht nur in der Weimarer Republik, sondern auch in den USA, Polen und Litauen vertrieben.

Mehrere ExilantInnen verdienten sich ihren Lebensunterhalt als AuslandskorrespondentInnen für jiddischsprachige Zeitungen aus den USA oder Polen. Der New Yorker *Forverts*, die damals auflagenstärkste jiddischsprachige Tageszeitung der Welt, unterhielt in Berlin ein eigenes Auslandsbüro mit zwei festangestellten

---

**90** Vgl. Estraiikh, *The Berlin Bureau*, S. 142 sowie die Kommunikation über Herrn Margolin zwischen der *Vorwärts*-Buchdruckerei und dem Auswärtigen Amt vom Februar 1922. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121 690.

**91** Vgl. diesbezüglich die Auflistung jiddischsprachiger Bücher in Kühn-Ludewig, *Jiddische Bücher aus Berlin*, S. 180–182 und S. 204–206. Mit steigenden Lebens- und Produktionskosten in den 1920er Jahren verkleinerte sich der jiddischsprachige Verlagsraum in Berlin merklich und die jiddischsprachige Buchproduktion erfuhr ab 1923 einen starken Rückgang.

**92** Vgl. *Fraye shriftn*. Farn yidishn sotsialistishn gedank. Zamlbukh unter der redaktsie fun I. N. Shteynberg.

und mehreren freien MitarbeiterInnen. Das Berliner Büro war zuständig für die Berichterstattung über die Weimarer Republik sowie die ost- und ostmitteleuropäischen Länder.<sup>93</sup> Andere KorrespondentInnen schrieben für die Warschauer *Naye Folkstsaytung* oder für die monatlich erscheinende New Yorker Theoriezeitschrift *Di tsukunft*.<sup>94</sup>

Der Konflikt zwischen kommunistischer und sozialistischer Bewegung verschob sich im Laufe der 1920er Jahre im jiddischsprachigen Handlungsraum weg von einer direkten Konfrontation zwischen Exilparteien hin zu Konfrontationen bei öffentlichen Veranstaltungen in den ArbeiterInnenklubs der Stadt. Dass aber dennoch eine kritische Begleitung der Parteien und Organisationen von der jeweils anderen politischen Seite fortgesetzt wurde, zeigt ein Beispiel aus dem Jahr 1924: Kommunistisch orientierte Jüdinnen und Juden wiesen das KPD-Politbüro darauf hin, dass Parteien wie der *Bund* und *Poale Tsion* sowie Vereine wie ORT und OSE unter osteuropäischen Jüdinnen und Juden angeblich aktive Agitation gegen die Sowjetunion betreiben würden.<sup>95</sup> Dieser politische Konflikt innerhalb der ArbeiterInnenbewegung beschränkte sich aber nicht nur auf interne Berichte. So gab es Mitte der 1920er Jahre in Berlin mit dem *Sholem-Alechem-Klub*, dem *Arbeiter- und Kulturverein Peretz* und dem *Jüdischen Arbeiter Kultur Verein* gleich drei politisch miteinander konkurrierende jiddischsprachige ArbeiterInnenvereine, wobei erstgenannter sich im Westteil, die anderen beiden sich im Ostteil der Stadt befanden.

Der *Peretz-Verein* wurde 1925 gegründet. Ziel des Vereins war es, einen Begegnungsraum zu schaffen, in dem ArbeiterInnen, Angestellte und andere sich dem Sozialismus zugehörig fühlende Personen in einem jüdischen Umfeld Erholung vom Arbeitsalltag finden konnten. Das Vereinslokal befand sich in der Großen Präsidentenstraße 2 (Berlin-Mitte), ab Januar 1929 in der Oranienburger Straße 27 (Berlin-Mitte).<sup>96</sup> Es bot den Mitgliedern ein Schachzimmer, einen Lese- und Bibliotheksraum sowie einen gesonderten Plenarsaal für Versammlungen

---

**93** Vgl. Estrai kh, Die jiddischsprachige New Yorker Tageszeitung Forverts.

**94** In den Archivunterlagen des Auswärtigen Amtes befinden sich alphabetische Verzeichnisse von ausländischen JournalistInnen, die in der Weimarer Republik gearbeitet haben. Vgl. bspw. für das Jahr 1928 PA AA, Bestand RZ 701, R 121606, für das Jahr 1932 PA AA, Bestand RZ 701, R 121608. Es ist davon auszugehen, dass diese Listen nicht vollständig waren.

**95** Vgl. Zaagsma, Transnational networks of Jewish migrant radicals, S. 228.

**96** Ende des Jahres 1928 fand eine Veranstaltungsreihe des *Peretz-Vereins* in der Sophienstr. 17/18 (Berlin-Mitte) statt. Möglicherweise unterhielt der Verein in dieser Übergangsphase kein eigenes Vereinslokal. Vgl. Jiddischsprachige Veranstaltungsankündigung im Sänger-Saal in der Sophien-Str. 17/18. Eingesehen in: IISH, Algemeynyer Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

und Veranstaltungen.<sup>97</sup> Seit 1927 wurden dort öffentliche Kulturabende und Vorträge organisiert, in denen es um die Präsentation von osteuropäisch-jüdischen Organisationen oder Themen wie die historische Entwicklung innerhalb der ArbeiterInnenbewegung oder Antisemitismus ging.<sup>98</sup>

Eine wichtige zeitgenössische Debatte unter den Mitgliedern des *Peretz-Vereins* entzündete sich entlang der Sprach- und Bildungspolitik. Erziehungs- und Bildungspolitik waren in der Zwischenkriegszeit ein zentrales Thema innerhalb der sozialistischen Bewegung.<sup>99</sup> In Berlin gab es neben dem *Peretz-Verein* mit dem *Berliner Komitee zur Förderung des Jüdischen Weltlichen Schulwesens* eine weitere jiddischsprachige Organisation, die sich aus einem sozialistischen Selbstverständnis heraus mit Bildungspolitik beschäftigte.<sup>100</sup> Die politische Relevanz von Bildungskonzepten verdeutlicht auch die Beschäftigung der *Berliner Bund-Gruppe* mit dieser Thematik. Auch sie stand in engem Kontakt mit der jüdisch-weltlichen Schulbewegung Polens.<sup>101</sup>

Innerhalb des *Peretz-Klubs* scheinen parallel zwei gegenteilige Entwicklungen stattgefunden zu haben: Zum einen versuchte eine vereinsinterne Kulturkommission, die jiddische Sprache zu fördern, und rief Eltern dazu auf, jiddischsprachige Erziehungseinrichtungen in Berlin zu eröffnen.<sup>102</sup> Zum anderen gab es Ende der 1920er Jahre Vortragseinladungen des Vereins in deutscher und jiddischer Sprache, was auf eine sprachliche Assimilierung der jüdischen ArbeiterInnenenschaft hinweist. Andererseits kann die zweisprachige Ankündigung der

---

**97** Vgl. Einladungsbrief zur Eröffnung des Vereinslokals in der Großen Präsidentenstraße 2 (Berlin-Mitte) vom 27.09.1927. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297.

**98** Vgl. Korespondents-Blat fun yidishen arbeter-kultur-farayn „Perets“ in Berlin, Nr. 1, 1927. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 1400, Nr. 27.

**99** Für Gedanken über die Bedeutung von Pädagogik innerhalb der sozialistischen Bewegung vgl. Paul-Siewert, Benjamin/Pfützner, Robert/Winkler, Michael (Hrsg.): Sozialistische Pädagogik. Eine kommentierte Anthologie. Baltmannsweiler 2016.

**100** Vgl. N. N.: Der shul-komitet fun berlin kegn di „haynt-hetser“. In: NF, Vol. 4 (1929), Nr. 240 (13.10.1929). S. 5. Ebenso: Veranstaltungsankündigung zum Vortrag mit anschließender Diskussion. Im Briefkopf des Komitees wurde der Namenszusatz „in Polen“ durchgestrichen. Die Veranstaltung fand am 01.04.1929 im *Sholem-Alechem-Klub* zwischen 9 und 12 Uhr abends statt. Vgl. IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297.

**101** Einladung zum Treffen der *Berliner Bund-Gruppe* vom 06.05.1929. Die Tagesordnung kündigt die Diskussion über einen Brief vom TsYSHO an. Der Tagesordnung ist ebenfalls zu entnehmen, dass sich eine Stunde vor der Sitzung des *Bund* das „bundistische Schulkomitee“ traf, um über die Schulkommission zu debattieren. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297.

**102** Vgl. Aufruf der Kultur-Kommission im Peretz-Verein an jüdische Eltern. In: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298. Vgl. ebenfalls Saß, Berliner Luftmenschen, S. 195.



Vorträge auch als eine Reaktion auf die verstärkte kommunistische Agitation innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenschaft gelesen werden. Seit 1928 organisierten sich KommunistInnen im *Jüdischen Arbeiter Kultur Verein e. V.*, der ähnlich wie der *Peretz-Verein* politische Vorträge und Abendveranstaltungen organisierte.<sup>103</sup> Auffällig ist, dass der *Peretz-Verein* kurz nach der Gründung des *Arbeiter Kultur Vereins* seine Öffnungszeiten erweiterte und seinen Mitgliedern ein verbessertes kulturelles Angebot anbot.<sup>104</sup> Inwieweit das verbesserte Angebot auch eine Reaktion auf die kommunistische Konkurrenz war, konnte anhand des vorliegenden Quellenmaterials jedoch nicht eindeutig beantwortet werden.

Im Westteil Berlins entstanden nach dem Zuzug der politischen Intellektuellen zwei neue kulturpolitische Organisationen. Zwischen 1922 und 1924 existierte unter der Leitung von Dovid Bergelson eine Berliner *kultur-lige*.<sup>105</sup> 1924 gründeten osteuropäisch-jüdische ExilantInnen den *Sholem-Alechem-Klub*, in dem Vorträge und kulturelle Veranstaltungen organisiert und eine Bibliothek, ein Lesesaal und ein Café betrieben wurden. Der Klub besaß Räumlichkeiten in der Kleiststraße 9 (Berlin-Charlottenburg).<sup>106</sup> Auch in ihm fanden hitzige Diskussionen über Sozialismus, Kommunismus und die Sowjetunion statt. Im März 1927 hielt Rafail Abramovič im *Sholem-Alechem-Klub* einen Abendvortrag über die Februarrevolution von 1917 und deren Einfluss auf die osteuropäischen Judenheiten. Aufgrund gezielter Störungen von kommunistischer Seite musste der Vortrag abgebrochen werden. Er wurde wiederholt, fand aber nun ausschließlich vor geladenen Gästen statt.<sup>107</sup> Auch bei anderen thematischen Diskussionsveranstaltungen über die Sowjetunion, die Revolutionsereignisse und die Zukunft

---

**103** Am 24. 11. 1928 fand ein Vortrag des jiddischen Dichters A. Raysen in den Sophien-Sälen 18/19 (Berlin-Mitte) statt. Der Verein gibt als Vereinsadresse die Saarbrücker Str. 20/21 (Berlin-Mitte) an. Am 13. 10. 1929 organisierte der Verein einen „anti-religiösen Abend“. Vortragende waren u. a. Daniel Tsharni und Dovid Bergelson. Der Abend fand in der Elsasserstr. 26 (Berlin-Mitte) statt. Am 09. 11. 1929 fand ein Vortrag von Dr. Bela-Balasz über „Separatismus und Nationalismus in der Arbeiterbewegung“ in der Landsberger Str. 85 (Berlin-Mitte) statt. Alle Veranstaltungsankündigungen eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

**104** Hinweis der erweiterten Öffnungszeiten und erweiterten kulturellen Angebote auf einem Veranstaltungsflyer für einen Vortrag am 13. 01. 1929 von Dr. I. Heller zu: Das Problem von Gewalt. Tolstois Leben und Schaffen. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

**105** Vgl. Kazovsky, Hillel: Kultur-lige. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: <https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kultur-lige> [07.08.2019].

**106** Für den *Sholem-Alechem-Klub* vgl. auch Estraiikh, Vilna on the Spree, S. 119–121. Die Klub-Mitgliedschaft von Franz Kursky ergibt sich aus einer Zahlungsaufforderung für den Mitgliedsbeitrag. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

**107** Vgl. Estraiikh, Die jiddischsprachige New Yorker Tageszeitung Forverts, S. 132f.

der Judenheiten in Osteuropa „standen sich [im Klub] die Gegner und Befürworter des Sowjet-Regimes unversöhnlich gegenüber.“<sup>108</sup>

### 3.1.1.3 Die frühen 1930er Jahre

Aus zwei unterschiedlichen Richtungen nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen zu Beginn der 1930er Jahre eine Verschärfung des politischen Klimas war. Auf der einen Seite waren sie in Berlin direkte Betroffene des in der Weimarer Republik aufstrebenden Nationalsozialismus, dessen Aufstieg viele von ihnen als Teil eines gesamteuropäischen Trends sahen. Rafail Abramovič verfasste im Dezember 1930 für den *Forverts* einen Überblick über aufstrebende faschistische Parteien in europäischen Ländern. Er erkannte besonders in Italien, Deutschland, Österreich und Finnland eine neue Bewegung, die es vermochte, Massen anzusprechen.<sup>109</sup> Auf der anderen Seite spitzte sich ebenfalls die politische Situation innerhalb der Sowjetunion und auch international im Konflikt zwischen Sozialismus und Kommunismus zu. Auch diese Entwicklung hatte direkten Einfluss auf die ExilantInnen. Zu der schwierigen politischen Lage kamen nach der Weltwirtschaftskrise auch ökonomische Herausforderungen hinzu. In Berlin agierende jiddischsprachige Organisationen und ExilantInnen wurden vermehrt zu Umzügen gezwungen. Beispielsweise musste der *Sholem-Aleichem-Klub* 1931 seine Räumlichkeiten in der Kleiststraße 9 (Berlin-Charlottenburg) aufgeben. Er fand erstmal Ersatz in der nahegelegenen Lutherstraße 48/49 (Berlin-Charlottenburg).

In den frühen 1930er Jahren sorgte ein Moskauer Schauprozess unter den ExilantInnen für großes Aufsehen. In dem im März 1931 stattfindenden Prozess wurde gegen tatsächliche und vermeintliche Mitglieder der SDAPR ermittelt. Hauptanklagepunkt war eine angebliche Verwendung von vier Millionen Franken für einen geplanten Umsturz in der Sowjetunion. Laut Anklageschrift hatten Berliner ExilantInnen das Geld besorgt und illegal in die Sowjetunion transferiert. Zum Teil, so die Anklage weiter, stamme dieses direkt von der SPD. Einer der in

---

**108** Saß, Berliner Luftmenschen, S.168f. Für die Unterschiedlichkeit der Veranstaltungen im *Sholem-Aleichem Klub* vgl. diverse Veranstaltungshinweise in: IISH, Allgemeiner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297, Nr. 298 und Nr. 301. Für die Jahre 1924, 1926 und 1928 gibt es nur jeweils einen Hinweis auf eine kulturelle Veranstaltung. Für die Jahre 1929 bis 1932 konnten zwölf Ankündigungen politischer Diskussionsabende und zwei Ankündigungen zu kulturellen Abendveranstaltungen nachgewiesen werden.

**109** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Di fashisten saynen a greser gefahr vi men maynt. In: *Forverts*, Vol. 34 (1930), Nr. 12.083 (21.12.1930). S.9 und S. 3; ebenfalls: Abramovitsh, Rafail: Vi groys iz di istige fashistische gefahr in daytshland? In: *Forverts*, Vol. 34 (1930), Nr. 12.035 (09.11.1930). S. 10.

Abwesenheit angeklagten Hauptverdächtigen war für die Moskauer Justiz Rafail Abramovič. Fälschlicherweise wurde behauptet, dass er im Sommer 1928 für konspirative Treffen in Moskau gewesen wäre.<sup>110</sup>

Ziel des inszenierten Prozesses war es, sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch unter den politischen ExilantInnen zu zeigen, dass die bolschewistische Führung unter Stalin keinerlei politische Opposition duldete. Die Anklagepunkte waren aus der Luft gegriffen, weswegen VertreterInnen der SDAPR, der SPD und weitere AnführerInnen der SAI ihnen vehement widersprachen. Die in Berlin lebenden sozialistischen ExilantInnen betrachteten die Vorgänge und einen darauffolgenden Beschluss des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) als eine „neue Zersetzung- und Spaltungsoffensive gegen die Arbeiterbewegung“<sup>111</sup>. Trotz all dieser Solidaritätsbekundungen schien bei Abramovič das Gefühl zu bestehen, gegenüber der Öffentlichkeit einer gewissen Nachweispflicht nachkommen zu müssen: Er wies durch die Vorlage von Rechnungen und eidesstaatlichen Erklärungen nach, dass er zur besagten Zeit gar nicht in Moskau gewesen sein konnte. Ferner dachte das Zentralkomitee der Auslandsvertretung der SDAPR über eine externe Prüfung der Parteifinanzen nach. Sie wollten so aufzeigen, dass in den Jahren 1928/29 keine Gelder zwischen SPD und SDAPR transferiert wurden.<sup>112</sup> Wie stark die Polarisierung in der ArbeiterInnenbewegung zwischen SozialistInnen und KommunistInnen zu diesem Zeitpunkt bereits vorangeschritten war, zeigt die Reaktion des französischen Sozialisten Léon Blum, der den Prozess mit der Dreyfus-Affäre verglich.<sup>113</sup>

Kontroverse Debatten verliefen jedoch nicht ausschließlich zwischen kommunistischer und sozialistischer ArbeiterInnenbewegung. Aufgrund der sich deutlich verschlechternden politischen Lage und der faktischen Gefahr des Faschismus begannen auch Richtungsstreitigkeiten zwischen unterschiedlichen sozialistischen Strömungen, die auch im jiddischsprachigen Handlungsraum Berlins Widerhall fanden. In der zweiten Ausgabe der von dem *Sozialdemokrati-*

---

**110** Vgl. für den Prozess die Broschüre: Adler, Friedrich/Abramowitsch, Raphael/Blum, Leon/Vandervelde, Emile: Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931.

**111** Garwy, Peter: Das neue Wort der Komintern. Neue Zersetzungsoffensive gegen die Arbeiterbewegung. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Morgen-Ausgabe, Vol. 48 (1931), Nr. 200 (30. April 1931). S. 2.

**112** Vgl. Adler/Abramowitsch/Blum/Vandervelde, Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale; Abramovič, Rafail: Moja poezdka v Moskvu i „process 14“. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 5 (14.03.1931). S. 3–9.

**113** Vgl. Blum, Léon: Der Moskauer Schandprozeß. In: Abramowitsch, Raphael/Adler, Friedrich/Blum, Leon/Vandervelde, Emile: Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. S. 25–30. Hier S. 24. Siehe hierzu auch Kapitel 4.2.2 in dieser Arbeit.

schen *Bund der Sowjetunion* herausgegebenen Zeitschrift *Undzer gedank* wurde in einem von den RedakteurInnen verfassten Artikel direkt gegen den polnischen *Bund* polemisiert.<sup>114</sup> Die Debatte entzündete sich an der Frage des Umgangs mit der Sowjetunion. Die polnische Partei plädierte für einen Versuch der Annäherung an die Sowjetunion; die in Berlin lebenden sozialdemokratischen ExilantInnen lehnten diesen Schritt vehement ab.

Hinter der Kontroverse standen machtpolitische Ansprüche. Seit 1930 war der polnische *Bund* Mitglied der SAI und obwohl die BundistInnen innerhalb der SDAPR den Beitritt des polnischen *Bund* in die Internationale unterstützt hatten – besonders um Verbündete im politischen Kampf gegen die zionistische Bewegung zu haben – begann nun ein Konflikt darüber, wer bei unterschiedlicher politischer Positionierung Sprachrohr der osteuropäischen Judenheiten war.<sup>115</sup> An inhaltlichen Differenzen mangelte es dabei nicht, da sich der polnische *Bund* mit seinem Beitritt zur SAI auch einer kleinen linken Opposition rund um die ILP anschloss. Zugleich sprachen sie dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* ab, die osteuropäisch-jüdische ArbeiterInnenschaft zu vertreten.<sup>116</sup> Dieser interne Konflikt brach auf dem Wiener SAI-Kongress im Jahr 1931 offen aus und scheint auch in der Folge nicht befriedet worden zu sein. Sicherlich auch deshalb nicht, weil er durch die folgenden politischen Entwicklungen in Europa schnell wieder in den Hintergrund trat.<sup>117</sup>

Für den sozialistischen jiddischsprachigen Handlungsraum in Berlin kann zum Ende der Weimarer Republik ferner festgestellt werden, dass eine verstärkte intellektuelle Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen stattfand. Mehrere ExilantInnen ersetzten den auf Osteuropa bezogenen politischen Gestaltungswillen durch journalistische Tätigkeiten, das Publizieren von Zeitschriften und Monografien sowie wissenschaftliche Forschung. Trotz, oder auch gerade wegen der angespannten politischen Lage verstärkte sich zu Beginn der 1930er Jahre diese Tendenz durch die Etablierung wissenschaftlicher Institutionen: Bereits seit Beginn der 1920er Jahre existierte in Berlin das *Ostjüdische Historische Institut* und seit 1925 befand sich in der Stadt die historische Abteilung des *Yidisher visnshaftlekher institut* (YIVO), die eng verbunden war mit dem in Vilna an-

---

114 Vgl. N. N.: Notitsn fun der redaktsie: A „krumer shpigl“ oder a krume kritik? In: *Undzer gedank*, Vol. 1 (1931), Nr. 2/3. S. 84–91.

115 Vgl. Cahan, Abraham: A zhurnal fun der oyslendisher delegatsie fun „Bund“ in soviet rusland. In: *Bundischer Klub in New York* (Hrsg.): *Ab. Kahane un der „Bund“ in Poyln*. New York 1932. S. 7–15. Erstveröffentlichung in: *Forverts*. Section Two, Vol. 35 (1931), Nr. 12.368 (04.10.1931). S. 5.

116 Kosowski, Vladimir: A krumer shpigl. In: *NF*, Vol. 6 (1931), Nr. 207 (07.08.1931). S. 4.

117 Siehe hierzu auch Kapitel 4.1.2 in dieser Arbeit.

sässigen Hauptsitz des Instituts.<sup>118</sup> Über das YIVO hinaus gab es weitere jiddischsprachige wissenschaftliche Projekte, die ähnlich wie das YIVO auch auf sozialistische *tuer* zurückgriffen. Dies zeigt das Beispiel der 1930 gegründeten *Gesellschaft Dubnow-Fonds*. Sie entstand anlässlich des 70. Geburtstags des Historikers Simon Dubnow mit dem Ziel der „Herausgabe einer allgemeinen Enzyklopädie in jiddischer Sprache“<sup>119</sup> in zehn Bänden. Hierfür sollten die „besten jüdischen wissenschaftlichen Kräfte zur Mitwirkung“<sup>120</sup> gewonnen werden. 1932 publizierte die Gesellschaft ein erstes Probeheft. Unter den darin aufgeführten AutorInnenzusagen befanden sich die Sozialisten Ben-Adir, Vladimir Kosovski, Franz Kursky, Shmuel Niger, Nochum Shtif, Aron Syngalowski und Elias Tsherikover.<sup>121</sup>

Aufgrund der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen verkleinerte sich der jiddischsprachige Berliner Handlungsraum seit 1923 kontinuierlich. Im Laufe der 1920er Jahre gingen sowohl die Anzahl der publizierten Bücher und Zeitschriften als auch die stattfindenden Veranstaltungen zurück. Trotz alledem existierte in der Hauptstadt der Weimarer Republik bis 1933 eine erstaunliche Vielfalt von jiddischsprachigen sozialistischen Debattierklubs, Exilparteien und weiteren Treffpunkten. Dies hing im Besonderen damit zusammen, dass mehrere Dutzend jiddischsprachige ExilantInnen und linke Intellektuelle in Berlin lebten. Besonders durch Einrichtungen wie das *Bund*-Parteiarchiv und das KorrespondentInnenbüro des *Forverts* war die Stadt auch für die internationale sozialistische Bewegung ein kommunikativer Dreh- und Angelpunkt zwischen Ost und West.

Zu Beginn der 1930er Jahre sollte der jiddischsprachige Handlungsraum durch den aufstrebenden Nationalsozialismus weiter unter Druck geraten. Viele

---

**118** Ein Grund dafür, dass in Berlin in den 1920er Jahren eine bedeutende Zweigstelle des YIVO gegründet wurde, ist, dass drei der fünf Gründungsmitglieder des Instituts längerfristig in Berlin lebten. David Fishman hat herausgearbeitet, dass die in Berlin lebenden Mitbegründer des YIVO sich von den in Vilna lebenden MitstreiterInnen durch ihr der wissenschaftlichen Karriere vorausgegangenes politisches Engagement unterschieden. Bis 1905 waren Leshtinsky, Shtif und Tsherikover aktiv in sozialistischen Parteien des Russländischen Reiches; erst danach wandten sie sich der wissenschaftlichen Forschung zu. Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 128 f.

**119** Brief der Gesellschaft Simon-Dubnow, unterschrieben von Abramovič und Leshtinsky, an Karl Kautsky vom 12.05.1931. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D I 7–40. Hervorhebung im Original.

**120** Brief von Rafail Abramovič an Karl Kautsky vom 12.05.1931 auf Briefpapier der Gesellschaft Simon-Dubnow. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D I 7–40.

**121** Vgl. Vorwort der jiddischsprachigen allgemeinen Enzyklopädie: *Dubnow-Fonds* (Hrsg.): *Allgemeine ensiklopedie*. Probeheft. Berlin 1932.

osteuropäisch-jüdische SozialistInnen nahmen aber auch die stark eingeschränkte Vielfalt innerhalb der Sowjetunion als große Bedrohung für die jüdischen und sozialistischen Lebenswelten der Zeit wahr. Durch Publikationen und wissenschaftliche Forschung versuchten sie von Berlin aus, etwas zum Erinnern und Fortbestehen der Vielfalt des sozialistischen und jüdischen Lebens in Osteuropa beizutragen.

### 3.1.2 Russischsprachiger Handlungsraum

#### 3.1.2.1 Die Anfangsjahre der Weimarer Republik

Genau wie der mit ihm eng verschränkte jiddischsprachige Handlungsraum war auch der russischsprachige Berliner Handlungsraum in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ein migrantischer Durchgangsort zwischen Ost und West. In der Stadt ließen sich aus Osteuropa fliehende MigrantInnen nieder, „die sich hier sesshaft gemacht haben, in ihrer Mehrzahl bessere und ruhigere Zeiten für ihre Heimat hier abwarten wollen und aus Mangel an Geldmitteln in andere hochvalutarischen Ländern schlechterdings nicht leben können“<sup>122</sup>, wie es in einer behördlichen Einschätzung formuliert wurde. In Berlin entstanden zahlreiche russischsprachige Verlage, Zeitungen, Diskussionsräume, Kulturverbände und Organisationen.<sup>123</sup> Besonders erscheint die in den ersten Jahren der Weimarer Republik durch das Ministerium des Innern durchgeführte Beobachtung des „Russkij Berlins“<sup>124</sup>, welche die große Angst einer Ausbreitung der revolutionären Ereignisse verdeutlicht. In Berichten wurde den russischsprachigen MigrantInnen zum Teil pauschal eine Nähe zu Umsturzplänen, zu den Bol’ševiki und damit zugleich auch eine Unterstützung der kommunistischen Bewegung in der Weimarer Republik unterstellt.<sup>125</sup> Dies geschah, obwohl auch den deutschen Behörden bekannt war, dass viele MigrantInnen vor den Bol’ševiki geflüchtet waren und ein „Prozentsatz [von ...] menschewistisch[en], zaristisch[en] und zum Teil auch unpolitisch[en]“<sup>126</sup> MigrantInnen in Berlin lebte.

---

**122** Analyse des Ministers des Inneren vom 27.12.1922, gerichtet an Herrn Dr. Rosenberg (Minister des Äußeren). Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 207, Nr. R 78680.

**123** Vgl. Schlögel, Das russische Berlin.

**124** Für den Begriff vgl. Schlögel, Russische Emigration in Deutschland 1918–1941, S. 14.

**125** Vgl. Bericht RK 31 vom 09.03.1921. Eingesehen in: BArch R 1507/2007.

**126** Bericht RK 31 vom 09.03.1921. Eingesehen in: BArch R 1507/2007.

In der „Stiefmutter der russischen Städte“<sup>127</sup> waren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nur eine kleine Gruppe innerhalb einer größeren russischsprachigen Migrationsbewegung. In Berlin trafen sich EmigrantInnen mit unterschiedlichen politischen Einstellungen und aus verschiedenen nationalen Bewegungen des Russländischen Reiches. Monarchistische, rechtsextreme, konservative, anarchistische und sozialistische ParteianhängerInnen bauten in der Stadt eigene Exilvertretungen auf. Aufgrund dieser politischen Vielfalt kann der russischsprachige Exilraum nach Mareike Katchourovskaja nicht als Einheit gesehen werden, sondern bestand aus mehreren „russische[n] Teilöffentlichkeiten“<sup>128</sup>. Viele der russischsprachigen Exilparteien suchten in der Parteienlandschaft der Weimarer Republik politische Partner und verbündeten sich mit diesen.

Der sozialistische Handlungsraum ist demnach als eine Teilöffentlichkeit innerhalb des vielfältigen russischsprachigen Berlins zu verstehen, der besonders zu Beginn wenige Anknüpfungspunkte zu den anderen Teilöffentlichkeiten vorwies. Der Historiker André Liebich spricht für die Exilgruppe der russländischen SozialdemokratInnen sogar von einer „Emigration in der Emigration“<sup>129</sup>. Geprägt war dieser Handlungsraum vornehmlich von den Exilvertretungen der Sozialdemokratischen und der Sozialrevolutionären Partei. Der kurze Berlinaufenthalt der Anarchistin Emma Goldman zwischen 1922 und 1924 zeigt jedoch, dass Berlin auch ein temporärer Anlaufpunkt für kleinere Gruppierungen der russischsprachigen ArbeiterInnenbewegung war. Die revolutionäre Lage in der Weimarer Republik beschrieb Goldman in ihren Erinnerungen allerdings als „only skin-deep, but it succeeded in establishing certain political liberties. Our comrades could publish their papers, issue books, and hold meetings.“<sup>130</sup>

Im Vergleich zu anderen politischen Exilbewegungen aus Sowjetrußland fand die sozialistische Migration nach Berlin verhältnismäßig spät statt. Anders als beispielsweise die monarchistische und auch die liberale Bewegung erhofften sich die AnführerInnen der SDAPR und der SR von den revolutionären Entwicklungen in Sowjetrußland politischen Fortschritt und eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Auch nach der Oktoberrevolution behielten sie erst einmal den Anspruch, Sowjetrußland mitzugestalten. Erst zu Beginn der 1920er Jahre gerieten sozialistische ParteianhängerInnen so stark unter Druck, dass zahlreiche ihrer AnführerInnen in Westeuropa Exil suchten.

---

**127** Chodasevič, Vladislav: [Alles aus Stein ...]. Zitiert aus: Dohrn/Saß/Korkowsky, „... die Nacht hat uns verschluckt“, S. 44.

**128** Katchourovskaja, Die russische Öffentlichkeit, S. 31.

**129** Liebich, Eine Emigration in der Emigration.

**130** Goldman, Emma: *Living my Life*. Volume Two. New York 1931. S. 956.

Als Abordnung der SDAPR kamen bereits 1919 mit Pavel Aksel'rod und Grigorij Binštok zwei russländische Sozialisten nach Berlin. Sie sollten von dort aus den westeuropäischen Schwesterparteien die Positionen und schwierigen Erfahrungen der russländischen Sozialdemokratie vermitteln. Ein Jahr später, im November 1920, erreichten mit Julij Martov und Rafail Abramovič zwei weitere prominente SDAPR-Politiker die Weimarer Republik. Ausgangspunkt ihrer Reise war die geplante Teilnahme am Parteitag der USPD in Halle. Aufgrund des Verbotes der Wiedereinreise nach Sowjetrußland ließen sich beide Politiker jedoch anschließend in Berlin nieder und gründeten zusammen mit Eva Broido ein Zentralkomitee der SDAPR-Auslandsdelegation.<sup>131</sup> Wenige Monate später sollten ihnen mehrere dutzend weitere SozialistInnen folgen und das Berliner Zentralkomitee wuchs auf zehn Mitglieder an.

Die SDAPR hatte Berlin Anfang der 1920er Jahre als „menschewistische Hauptstadt im Ausland“<sup>132</sup> auserkoren. Mit mehr als 70 Personen, von denen die Mehrheit auch im Exil politisch aktiv blieb, dominierte die Gruppe der SozialdemokratInnen allein aufgrund ihrer quantitativen Größe den sozialistischen russischsprachigen Handlungsraum der Stadt. Bis 1933 stellte die SDAPR-Exilpartei einen Gegenpol zum in Berlin ebenfalls aktiven Bolschewismus dar, dessen Fixpunkt die sowjetische Botschaft war.<sup>133</sup> Jedoch waren die SDAPR-AnhängerInnen keine homogene Gruppe. Sie bestanden aus einem linken, einem rechten und einem Zentrumsflügel. Ferner verstand sich die Partei als multiethnisch, weswegen neben der SDAPR auch die sozialdemokratische *Bund*-Vertretung und eine georgische Auslandsvertretung gegründet wurden. Das Zentralkomitee der SDAPR-Auslandsvertretung knüpfte schnell Verbindungen zu deutschen Schwesterparteien. Es stand anfänglich in enger Verbindung zur USPD und kooperierte später mit der SPD, zu deren Politik sich der rechte Parteiflügel der SDAPR bereits zu Beginn des Exils bekannt hatte. Die Mehrheit der SDAPR-Mitglieder rechnete sich allerdings dem linken Parteiflügel zu und pflegte tendenziell eine kritische Distanz zur Politik der SPD.

---

**131** Vgl. Broido, *Daughter of Revolution*, S. 145; Abramovitsh, In *tsey revolyutsies*, Band 2, S. 354. Abramovič schreibt in seinen Erinnerungen von der Gründung der „Auslandsdelegation“ der russischen sozialdemokratischen Partei und des *Bund*“ (ebd.). Allerdings wird die Neugründung des *Bund*-Auslandsbüros erst 1922 im *Socialističeskij vestnik* erwähnt, weswegen hierbei von einer ungenauen autobiografischen Erinnerung auszugehen ist. Anders als Martov schaffte es Abramovič aufgrund von Verzögerungen im Visa-Prozedere nicht zum USPD-Parteitag in Halle. Abramovič erreichte Berlin nach eigenen Angaben am 09.11.1920. Für den USPD-Parteitag in Halle siehe auch Kapitel 4.1 in dieser Arbeit.

**132** Liebich, *Eine Emigration in der Emigration*, S. 230.

**133** Zum bolschewistischen Berlin, das sich um die sowjetische Botschaft herum formierte, vgl. Schlögel, *Das russische Berlin*, S. 147–178.



Wenige Monate nach der Gründung der Auslandsvertretung publizierte die SDAPR die erste Ausgabe einer neuen Parteizeitschrift. Der *Socialističeskij vestnik* sollte zwischen 1921 und 1933 in Berlin und anschließend in Paris und New York herausgegeben werden. Über Jahrzehnte hinweg war der *vestnik* das wichtigste Publikationsorgan der osteuropäischen Sozialdemokratie. Hatte die erste Ausgabe noch eine sehr geringe Auflage von 50 Exemplaren, kam die zweiwöchentlich erscheinende Zeitung 1930 auf eine Auflage von 1.500 Exemplaren.<sup>134</sup> Verbreitet wurde sie vornehmlich unter den in Westeuropa und den USA lebenden ExilantInnen. Während der 1920er Jahre wurde auch versucht, sie über geheime Kanäle in die Sowjetunion zu schleusen.<sup>135</sup>

Anfang der 1920er Jahre gründeten auch sozialrevolutionäre ExilantInnen eine Exilvertretung in Berlin.<sup>136</sup> Im Gegensatz zur SDAPR sahen sich diese jedoch mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert: Erstens gab es für sie im deutschen Parteiensystem kein direktes parteipolitisches Pendant, durch das die ExilantInnen starke politische Solidarität und Unterstützung erfahren hätten. Zweitens wurden die Parteimitglieder vom *Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung* beobachtet, da dieser die Partei als „vollkommen unter Entente-Ein-

---

**134** Auflagenhöhe von 1920 zitiert nach: Elfimov, Men'shevistskij zhurnal ‚Sozialisticheskij Vestnik‘, S. 190. Auflagenhöhe von 1930 zitiert nach: Parteifragebogen der SDAPR an die SAI vom Januar 1930. S. 4. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 1.144. Die Angabe zur Auflagenhöhe ist vermerkt mit dem Zusatz: „Bitte diese Zahl möglichst nicht zu veröffentlichen“, weswegen von einer genauen Angabe ausgegangen wird. Über die Gründung des *Socialističeskij vestnik* vgl. auch Broido, Eva: Na zare „sotsialističeskogo vestnika“ und Dalin, David: Iz vospominanij. Beide in: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 6 (04.04.1925). S. 21 und S. 22f.

**135** Vgl. Elfimov, Men'shevistskij zhurnal ‚Sozialisticheskij Vestnik‘. Über welche Wege die Zeitung in die Sowjetunion kam, kann nicht abschließend geklärt werden. Ein in der Forschung zitiertes Gerücht besagte, dass Lenin die Zeitung bis zu seinem Tod las und auch durch den Kauf von angeblich 700 Exemplaren durch einen Mittelsmann unterstützte. Vgl. Liebich, Eine Emigration in der Emigration, S. 240. Zur Verbreitung außerhalb der Sowjetunion vgl. Anzeige: „Socialističeskij vestnik“ možno polučit'. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 5 (05.03.1922). S. 19. In der Weimarer Republik war die Zeitung noch in Wiesbaden, Hamburg, Königsberg, Freiburg und Kiel erhältlich. International konnte sie in dieser Zeit in Wien, London, New York, Brüssel, Rom, Sofia, Paris, Prag, Belgrad, Warschau, Riga, Liepāja, Dvinsk, Kaunus, Helsinki, Tallinn, Harbin und Konstantinopel gekauft werden. In Berlin war die Zeitung 1922 in russischsprachigen Buchhandlungen, an Zeitungskiosken der Berliner Bahnhöfe, in der Buchhandlung *Vorwärts* in der Lindenstraße 3 (Berlin-Kreuzberg) und der Buchhandlung *Freiheit* in der Breiten Straße 8/9 (Berlin-Mitte) erhältlich. 1930 ist die Zeitung weiterhin an fünf Zeitungskiosken und einem Buchladen erhältlich. Vgl. Anzeige: V Berlīne možno polučit' Social. vectnik. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 1 (11.01.1930). S. 18. Ebenfalls wurde die Zeitung im Handbuch für RussInnen in Berlin aus dem Jahr 1923 vermerkt: Ja., S.: Spravočnik dlja russkich v Berlin. Berlin 1923. S. 27f.

**136** Vgl. Schlögel, Das russische Berlin, S. 116.

fluss“ und „deutschlandfeindlich“<sup>137</sup> einstuft. Letzteres erschwerte SozialrevolutionärInnen in erheblichem Maße das Erlangen von Aufenthaltserlaubnissen, worunter auch die Redaktionsmitglieder der parteinahen Zeitung *Golos Rossii* litten und weswegen zahlreiche SozialrevolutionärInnen die Stadt nach kurzer Zeit wieder verließen. Nichtsdestotrotz bestand bis 1933 eine verglichen mit der SDAPR deutlich kleinere Berliner Exilvertretung. Im Dezember 1922 richteten SozialrevolutionärInnen in der Stadt außerdem eine Konferenz für sozialrevolutionäre Exilvertretungen aus, an der mehr als 20 Personen aus unterschiedlichen europäischen Städten teilnahmen.<sup>138</sup> Die Durchführung der Konferenz in Berlin erscheint auch deshalb bemerkenswert, da sich die deutlich größeren Exilzentren der SR in Prag und Paris befanden.

Die eklektische Zusammensetzung der russischsprachigen Migration und die darin bestehende Sonderstellung der sozialistischen Exilparteien erklären, warum die SozialistInnen innerhalb des russischsprachigen Handlungsraums vornehmlich unter sich blieben und es kaum Kontakt zu nichtsozialistischen ExilantInnen gab. Neben den Parteiauslandsvertretungen wurden auch weitere Exilorganisationen nach parteipolitischer Gesinnung unterteilt. Beispielsweise wurde 1921 der *Russische Sozialdemokratische Klub in Berlin* gegründet,<sup>139</sup> ein politischer Debattierklub, in dem sich mehrere Dutzend sozialistischer ExilantInnen regelmäßig trafen, um sich über die Entwicklungen in der Sowjetunion auszutauschen.<sup>140</sup>

### 3.1.2.2 Jahre der relativen Stabilität

Für die sozialistische russischsprachige Exilgemeinde waren die Jahre 1923/24 ein einschneidender Wendepunkt. Dies hatte einerseits mit den politischen und ökonomischen Entwicklungen in der Weimarer Republik zu tun, welche die eigene Lebenswelt maßgeblich beeinflussten. Hinzu kamen innerparteiliche Veränderungen an der Parteispitze der SDAPR, die durch den Tod von Julij Martov

---

**137** Schreiben vom 17.08.1922 des Reichskommissars zur Überwachung der öffentlichen Ordnung an die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121691.

**138** Vgl. Protokoll der Konferenz in: IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 949.

**139** Zur Gründung des *Russischen sozialdemokratischen Klubs in Berlin* vgl. Brief des Polizeipräsidenten Berlins an Paul Olberg vom 22.12.1921. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 11.

**140** Mitschriften der Debatten innerhalb des Klubs zeigen, dass die Treffen inhaltlich kontrovers verliefen. Vgl. Aufzeichnungen der Debatten im Klub zwischen dem 09.01.1931 und dem 23.06.1932. Eingesehen in: IISH, Berlinskij Klub im. Martova Archives.

verursachte wurden.<sup>141</sup> Martov verstarb im April 1923 nach schwerer Krankheit. Welche Bedeutung er für die russländische Sozialdemokratie hatte, wird am Umgang mit seinem Tod und der Erinnerung an ihn sichtbar: Der 1921 gegründete russischsprachige sozialdemokratische Debattierklub wurde nach seinem Tod ihm zu Ehren in *Berlinskij Klub im. Martova* umbenannt, die Parteizeitung bekam den Zusatz „gegründet von L. Martov“ und an seinem Todestag fanden regelmäßig Gedenkveranstaltungen statt.<sup>142</sup>

Nach dem Tod des SDAPR-Parteichefs verstarb einige Monate später mit Vladimir Il'ič Lenin auch der Anführer der Bol'sheviki. Seit 1903 waren Martov und Lenin wichtige Parteianführer und große Widersacher innerhalb der russländischen ArbeiterInnenbewegung gewesen. Dies verleitete Rafail Abramovič dazu, die beiden Todesnachrichten zusammenzudenken und in einem Nachruf die bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts anhaltende enge persönliche und politische Verbundenheit der beiden russländischen Revolutionäre zu betonen. Abramovič befand die nahen Todestage der beiden Anführer der früheren Fraktionen der SDAPR als höchst symbolisch.<sup>143</sup> Sein Kommentar verdeutlicht, wie sehr sich die in Berlin lebenden ExilantInnen in der ersten Hälfte der 1920er Jahre fortwährend als inhärenten Teil der sowjetischen ArbeiterInnenbewegung sahen. Das Leben im Exil war eine Erfahrung, die viele von ihnen schon mehrmals durchlebt hatten und die bisher auch jedes Mal wieder vorübergegangen war.

Bei der Betrachtung des russischsprachigen Handlungsraums ist festzustellen, dass Parteien und Organisation im Berliner Exil bis 1933 einer relativen Kontinuität unterlagen. Nichtsdestotrotz barg das Exilleben besondere Herausforderungen, die sowohl mit der politischen und ökonomischen Situation im Exilland als auch mit Geschehnissen in der Sowjetunion zusammenhingen. Ersteres lässt sich an den häufigen Ortswechseln des Büros der SDAPR-Auslandsvertretung ablesen, die bis November 1924 innerhalb Berlins bereits viermal umzog.<sup>144</sup> Erst in der Zeit der ökonomischen Stabilisierung der Weimarer Republik

---

**141** Vgl. hierzu Sonderausgabe zum Tod von Julij Martov des SV, in der u. a. Fëdor Dan, Isai Judin, Karl Kautsky, Otto Bauer, Rudolph Hilferding und Friedrich Adler Nachrufe auf den Verstorbenen schrieben: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923).

**142** Die erste Gedenkfeier fand am 04.04.1924 im Vorwärts-Haus statt. Vgl. N. N.: K godovščine smerti Ju. O. Martova. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 6. S. 16. Vgl. ebenso Ankündigung der Trauerfeier zum achten Todestag: N. N.: 8-godovšina smerti Ju. O. Martova. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7. S. 22f.

**143** Vgl. Abramovič, Rafail: Smert' V. I. Lenina. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 2 (25.01.1924). S. 1f.

**144** Zur Zeit der Gründung befand sich das SDAPR-Auslandsbüro in der Breiten Straße 8/9 (Berlin-Mitte), 1. Obergeschoss. Vgl. Adressangabe in SV, Vol. 1 (1921), Nr. 1 (01.02.1921). S. 1. In dem Gebäudekomplex waren mehrere USPD-Parteioorganisationen und die Verlagsgenossenschaft *Freiheit* untergebracht. Am 21.03.1922 wurden die Partei- und Redaktionsräume in die Seydelstr. 5 (Berlin-Mitte), 1. Hinterhof verlegt. Vgl. Adressangabe in SV, Vol. 2 (1922), Nr. 6 (21.03.1922). S. 1.

konnten die Büro- und Redaktionsräume für mehrere Jahre an einem Ort, in der Zimmerstraße 7/8 (Berlin-Mitte), verbleiben. Neben der SDAPR waren an dieser Adresse weitere Verlage, Redaktionen und Druckereien untergebracht. Eine dort ansässige Redaktion war die russischsprachige liberale Tageszeitung *Rul'*, welche genau wie die in Berlin von rechten SozialrevolutionärInnen herausgegebene russischsprachige Exilzeitung *Dni* vom Redaktionsteam des *Socialističeskij vestnik* äußerst kritisch begleitet wurde.<sup>145</sup> Ein letzter Umzug innerhalb Berlins erfolgte für die SDAPR-Auslandsvertretung im Dezember 1932.<sup>146</sup>

1923 wurde Fëdor Dan Parteivorsitzender der SDAPR und damit Nachfolger Martovs. Er sollte dieses Amt auch über die Berliner Exilzeit hinaus ausüben. Auch unter seiner Führung hielt das Zentralkomitee an der bisherigen politischen Parteistrategie fest. Anknüpfend an die Parteilinie zur Zeit des Bürgerkrieges versuchte die SDAPR aus Berlin heraus, mit der sogenannten Martov-Linie „einen dritten Weg zwischen der ‚weißen‘ Reaktion und dem ‚roten‘ Bolschewismus zu

---

Bereits zum 21.02.1923 musste das Büro – wahrscheinlich aufgrund der wirtschaftlichen Krisensituation in der Weimarer Republik – erneut umziehen. Es befand sich von nun an für zwei Jahre im Gebäude der SPD-Parteizentrale in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg). Die Redaktions- und Büroräume der SDAPR wurden hier zuerst im vierten Hof in der fünften Etage eingerichtet; ab Ende November 1924 befanden sie sich dann im Parterre im dritten Hinterhof, rechte Seite. Vgl. Adressangabe in SV, Vol. 3 (1923), Nr. 4 (21.02.1923). S. 1 und SV, Vol. 3 (1923), Nr. 21/22 (27.11.1923). S. 1. Im Mai 1924 wurden die Redaktions- und Parteibüroräume in das nicht weit entfernte Gebäude Zimmerstraße 7/8 (Berlin-Mitte) verlegt. Vgl. Adressangabe in SV, Vol. 4 (1924), Nr. 11 (25.02.1924). S. 1.

**145** Im Berliner Adressbuch für das Jahr 1927 sind neben dem Verlag „Der sozialistische Bote“ folgende Verlage und Druckereien an derselben Adresse verzeichnet: Die Buchdrucker-Woche G.m.b.H.; Hempel & Co Buchdruckerei G.m.b.H.; „Das Programm“ Artist. Fachblatt G.m.b.H.; Verein Berliner Zeitungsverleger e.B.T.; Verlag für völkische Aufklärung, G. Weberstedt; Widder Verlag G.m.b.H.; Zeitungsverlag „Rul“ G.m.b.H.; Zeitungsverleg. Verein Brandenburg-Grenzmark. Vgl. Berliner Adreßbuch IV. Teil, Straßen und Häuser von Berlin. Berlin 1927. S. 1.145. *Rul'* war eine liberale russischsprachige Zeitung, die bis 1931 in Berlin publiziert wurde. Vgl. Katchourovskaja, Die russische Öffentlichkeit, S. 31–37. *Dni* war eine in Berlin publizierte, der sozialrevolutionären Partei nahestehende Zeitung. Vgl. Moulis, Die russische republikanische Tageszeitung *Dni*. In Artikeln im *Socialističeskij vestnik* gab es häufiger kritische Bezüge auf Artikel aus den anderen Exilzeitungen. Vgl. bspw. Dan, Fëdor: „Nečego pribavit“. In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 6 (31.03.1926). S. 8f.; Dalin, David: Zagraničnye šatanija. In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 24 (20.12.1926). S. 10f.; Dan, Fëdor: Popalo v cel'! In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 13 (02.07.1927). S. 4f.; Dan, Fëdor: Tajny danovskogo menševizma. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 13 (01.07.1929). S. 8f.

**146** Für wenige Wochen zog die SDAPR-Parteizentrale in die Hollmannstr. 22 (Berlin-Mitte). Vgl. Hinweis in SV, Vol. 12 (1932), Nr. 22 (26.11.1932). S. 1. Die letzte offiziell in Berlin publizierte Ausgabe der Parteizeitschrift ist: SV, Vol. 13, Nr. 4/5 (04.03.1933). Am 10.05.1933 erschien die Ausgabe Nr. 6/7 mit der Redaktionsadresse: 12, rue Freydeau, Paris (IIe). Als Verantwortlicher im Sinne des Presserechtes wird nun anstelle von Alex[ander] [Rubin]Stein Paul Colliette genannt.

beschreiten“<sup>147</sup>. Eine Grundlage der Parteiausrichtung war die Ablehnung eines von außen herbeigeführten Machtwechsels in der Sowjetunion. Stattdessen vertrauten die SozialistInnen auf innergesellschaftliche und -parteiliche Veränderungen in der Sowjetunion, die zu notwendigen politischen und ökonomischen Veränderungen führen sollten. Der Martov-Linie folgten jedoch nicht alle sich im Exil befindenden SozialistInnen. Einige der SDAPR nahestehende ExilantInnen beurteilten die Entwicklungen in der Sowjetunion kritischer und gründeten eine in innerparteilicher Opposition zur Parteilinie stehende rechte Fraktion. Der innerfraktionelle Disput zum richtigen Umgang mit der bolschewistischen Regierung wurde an verschiedenen Orten ausgetragen. Einer dieser Orte war der sozialdemokratische Debattierklub Berlins, ein anderer die Parteizeitschrift *Socialističeskij vestnik*.<sup>148</sup> Zwischen 1924 und 1932 gab die SDAPR ebenfalls das *Mitteilungsblatt der Russischen Sozial-Demokratie* heraus, welches deutschsprachige LeserInnen aus Westeuropa über die Entwicklungen in der Sowjetunion informierte.<sup>149</sup>

Ungeachtet der allgemeinen Parteilinie vollzog sich im Laufe der 1920er Jahre bei allen sozialistischen ExilantInnen eine Neubewertung im Umgang mit der Sowjetunion. Zwar schöpfte die linke Parteifraktion nach dem Tod Lenins abermals Hoffnung auf eine erzwungene politische Öffnung der Sowjetunion und eine damit verbundene Möglichkeit der baldigen legalen Rückkehr in die Heimat. Diese Hoffnung war der Grund, weswegen einige Mitglieder der SDAPR bis Ende der 1920er Jahre Kontakt zu sowjetischen Institutionen aufrechterhielten und ihre Pässe in der sowjetischen Botschaft verlängerten.<sup>150</sup> Ende der 1920er Jahre hatte sich die Einstellung gegenüber der sowjetischen Führung jedoch vollständig geändert. Auch die linken SozialistInnen beklagten nun die immer stärkere Ausschaltung von inner- und außerparteilichen GegnerInnen im Land. Durch die politische Machtkonzentrierung auf Stalin und seine Gefolgschaft sowie die formelle Bestätigung der „Sozialfaschismusthese“ durch die KI im Jahr 1929 gerieten politische Oppositionelle noch stärker unter Druck. Mit dieser Einsicht richtete

---

**147** Liebich, *Eine Emigration in der Emigration*, S. 232. Eine deutsche Übersetzung des Aktionsprogramms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands befindet sich in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15\_187–220.

**148** Die Parteizeitschrift wurde redaktionell betreut, sodass nicht jedes Parteimitglied in ihr veröffentlichen konnte; dennoch wurden in der Zeitschrift politische Dispute ausgetragen. Zum Teil, aber nicht ausschließlich, geschah dies durch den Abdruck von LeserInnenbriefen, in denen konträre politische Meinungen ausgedrückt werden konnten.

**149** Vgl. Katchourovskaja, *Die russische Öffentlichkeit*, S. 42f.

**150** Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 99. Mit Boris Nikolaevskij und Fëdor Dan gab es mindestens zwei Sozialisten, die von Berlin aus zeitweise für das Moskauer Marx-Engels-Institut arbeiteten. Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 102.

sich zu diesem Zeitpunkt die überwiegende Mehrheit der SozialistInnen auf ein mittelfristiges Exilleben in Berlin ein.<sup>151</sup>

Da sich die rechte Fraktion der SDAPR während der Berliner Exilzeit in der innerparteilichen politischen Auseinandersetzung in der Minderheitenposition befand, versuchten deren Mitglieder stärker aus der sozialistischen Teilöffentlichkeit hervorzutreten. Sie waren durch Vorträge in parteiübergreifenden Organisationen sowie durch politische und gesellschaftliche Aufgaben außerhalb der Exilparteistrukturen teilweise mit anderen russischsprachigen Teilöffentlichkeiten vernetzt. Hierbei scheuten sie auch nicht den Konflikt mit der Auslandsdelegation, die versuchte, ihre Hoheit über inhaltliche Äußerungen aus den Reihen der Partei zu verteidigen.<sup>152</sup> Mitglieder der linken Fraktion waren außerhalb der Parteigremien weniger präsent. Sie schienen damit parteiinterne Bestimmungen stärker zu befolgen. Fëdor Dan war als SDAPR-Parteianführer einer der wenigen linken Sozialdemokraten, der öffentliche russischsprachige Vorträge in Berlin abhielt. Beispielsweise sprach er am 25. Februar 1924 über die „Krise der Diktatur in Sowjetrußland“.<sup>153</sup> Ganz anders erscheint die Vernetzung von Mitgliedern des rechten Parteiflügels: Stephan Ivanovič hielt 1924 im literarischen Klub in der Kleiststraße 41 (Berlin-Charlottenburg) einen Vortrag über „den Zerfall der russischen kommunistischen Partei“.<sup>154</sup> Zeitweise war er ebenfalls Vorstandsmitglied der *Vereinigung russischer Journalisten und Literaten in Deutschland*.<sup>155</sup> Grigorij Aronson knüpfte ebenfalls über die Partei hinausgehende berufliche Kontakte. Bis 1930 schrieb er für die russischsprachige Tageszeitung *Dni*.<sup>156</sup> Ebenso stand er als Mitarbeiter der Organisation *ORT. Gesellschaft zur Förderung des Handwerks*

---

**151** Unter den russländischen SozialistInnen waren Nokhem Shtif, Dovid Bergelson und Eva Broido Ausnahmen. Shtif ging 1926 und Bergelson 1934 freiwillig zurück in die Sowjetunion. Eine besondere Situation ergab sich bei Broido. Sie ging 1927 illegal zurück in die Sowjetunion. Bereits 1928 wurde sie dort verhaftet und in die Verbannung geschickt. Die hierüber früh informierten ParteifreundInnen versuchten von Berlin aus, innerhalb der sozialistischen Bewegung auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Broido sollte die Verbannung nicht überleben. Vgl. Meldung in SV: N. N.: Arest Evy Brojdo. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 14 (23.07.1928). S. 16 und N. N.: Privetstvie tov. E. Brojdo. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 12 (26.06.1926). S. 14.

**152** Für Parteikonflikte innerhalb der SDAPR vgl. bspw. N. N.: Iz partii. Postanovlenie zagr. Delegazii RSDRP. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 2/3 (06.02.1928). S. 22 und N. N.: O partijnoj discipline. Postanovlenie ZD RSDRP ot 9 maja 1932 g. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 9 (25.06.1932). S. 16. Vgl. ebenfalls Liebich, *From the Other Shore*, S. 162.

**153** Vgl. Nakanune. Ežednevnaia gazeta, Vol. 3 (1924), Nr. 564 (26.02.1924). S. 5. Zitiert nach: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Nr. 3355.

**154** Vgl. N. N.: V Berlině. In: *Rul'*, Vol. 5 (1924), Nr. 970 (13.02.1924). S. 5.

**155** Vgl. Nakanune. Ežednevnaia gazeta, Vol. 2 (1923), Nr. 274 (02.03.1923). S. 5. Zitiert nach: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Nr. 2432.

**156** Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 333.

und der Landwirtschaft unter den Juden des früheren russischen Reiches in Kontakt mit vielen sozialistischen und liberalen Jüdinnen und Juden.<sup>157</sup> In der Organisation engagierten sich mit Dovid Bergelson und Aron Syngalowski noch zwei weitere osteuropäisch-jüdische Sozialisten.<sup>158</sup>

An der Hilfsorganisation ORT, die 1880 in St. Petersburg gegründet worden war und zu Beginn des Jahres 1921 eine Berliner Filiale in der Bleibtreustraße 34 (Berlin-Charlottenburg) eröffnete, lässt sich eine enge Verknüpfung zwischen dem jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen Handlungsraum aufzeigen. ORT sammelte zur Unterstützung von Pogromopfern in Osteuropa unter in Berlin lebenden liberalen Jüdinnen und Juden Spenden und eröffnete ein europäisches Netz jüdischer Handwerksschulen. Zwangsläufig wurden dadurch im Vereinsalltag sowohl Deutsch als auch Jiddisch und Russisch zu gängigen Kommunikationssprachen. Ein weiteres Beispiel für die Verknüpfung der unterschiedlichen sprachlichen Handlungsräume durch eine Exilorganisation ist die *Sojuz russko-evrejskich studentov* (Vereinigung russisch-jüdischer Studierender). Einige durch die Studierendengruppe organisierte Vorträge und Diskussionen befassten sich explizit mit der jüdischen ArbeiterInnenbewegung; sie wurden jedoch auch in russischen Zeitungen angekündigt.<sup>159</sup>

Bereits seit 1911 befand sich in Berlin eine Archivalsammlung des russischen Fürsten David Iosipovič Bebutov.<sup>160</sup> Bebutov stand der sozialistischen Bewegung nahe und übergab die sich in seinem Privatbesitz befindlichen und für die sozialistische Bewegung relevanten „Bücher, Schriftstücke, Zeichnungen, Bilder

---

**157** An ORT-Veranstaltungen „nahmen namenhafte Vertreter der intellektuellen Elite Deutschlands teil, so z. B. Albert Einstein, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Kurt Blumfeld, Berl Locker, Salomon Adler-Rudel, aber auch Emigranten aus Russland wie Simon Dubnow, der Schriftsteller David Bergelson und Jacob Teitel“. Ivanov, Alexander: Nähmaschinen und Brillantringe. Die Tätigkeit der Berliner ORT 1920–1943. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud: Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939. Göttingen 2010. S. 195–209. Hier S. 205. Für den ORT vgl. auch Saß, Berliner Luftmenschen, S. 204–210.

**158** Vorträge von Bergelson bspw. am 06.11.1922 im Café „Landgraf“ (vgl. Rul', Vol. 3 (1922), Nr. 599 (16.11.1922). S. 6) und am 23.12.1924 im Nollendorf-Casino, Kleiststr. 41 (Berlin-Charlottenburg) (vgl. Rul', Vol. 5 (1924), Nr. 1.234 (23.12.1924). S. 4).

**159** Beispielsweise fand am 18.01.1923 ein Vortrag von Rafail Abramovič über „Vladimir Medem und die jüdische Arbeiterbewegung“ statt (vgl. N. N.: V' Berlinë. In: Rul', Vol. 4 (1923), Nr. 649 (18.01.1923). S. 6), am 23.01.1924 ein Vortrag zum Thema „Die Geschichte der jüdischen Intellektuellen der Arbeiterbewegung“ (vgl. Chronika. In: Rul', Vol. 5 (1924), Nr. 654 (24.01.1924). S. 6) und am 18.02.1925 eine Diskussionsveranstaltung über Probleme der Arbeit in Palästina (vgl. Chronika. In: Rul', Vol. 6 (1925), Nr. 1.279 (17.02.1925). S. 4). Auch verzeichnet in: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, Chronik russischen Lebens in Deutschland. S. 152 und S. 248 f.

**160** Vgl. Mayer, Paul: Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses. In: AfS, Nr. 6/7 (1966/67). S. 5–198. Hier S. 5 ff.

und Gegenstände“<sup>161</sup> noch vor dem Ersten Weltkrieg der Obhut des Parteivorstands der SPD. Nach einer abgeschlossenen Vereinbarung sollte der SPD-Vorstand als Verwalter der Archiv- und Bibliotheksbestände fungieren und war dazu verpflichtet, dem „Zentralorgan der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“<sup>162</sup> diese auszuhändigen, sobald es die Organisationsstruktur und die politischen Umstände in Russland gestatteten. Bebutov hoffte, dass „mein Nachlass den Anfang zu einer in Zukunft gegründeten Bibliothek nach dem Muster des Archivs der sozial[emokratischen] Partei Deutschlands in Berlin bilde. [... Der] Nachlass kann erweitert oder ergänzt werden“.<sup>163</sup>

Tatsächlich erfolgten in den darauffolgenden Jahren weitere Zuführungen. Ähnlich wie bei den Archivbeständen des *Bund* sollte auch das Archiv der russländischen Sozialdemokratie 1922 zu einem Streitpunkt zwischen der Auslandsvertretung der SDAPR und den Bol'sheviki werden. Im August bat Rafail Abramovič im Namen des SDAPR-Auslandsbüros nach einer kurz zuvor stattgefundenen mündlichen Unterredung mit den Sozialdemokraten Otto Wels und Wilhelm Dittmann die SPD nachdrücklich darum, die Archivmaterialien nicht in die Sowjetunion zu überführen.<sup>164</sup> Abramovič argumentierte, dass der Sammlung knapp elf Jahre nach deren Gründung bereits weitere Privatschenkungen sozialdemokratischer PolitikerInnen, Protokolle von Parteisitzungen, Briefe und andere parteirelevante Archivalien hinzugefügt wurden.

Die Übergabe des Archivs an Bebutow würde bedeuten, dass dieses Parteieigentum, im Widerspruch zu dieser Verpflichtung, einer Fraktion ausgeliefert wird, welche es monopolistisch benutzen wird, ohne uns auch nur den Zutritt zu diesen Materialien zu gestatten.

Hierzu kommt noch, dass in den dem Archiv angegliederten Privatarchiven sich zweifelloso Schriftstücke, Briefe, Tagebücher u.dgl. befinden, die die bolschewistische Geheimpolizei gegen unsere Genossen ausnutzen wird.<sup>165</sup>

---

**161** Vereinbarung zwischen Bebutoff und dem SPD-Parteivorstand vom 24.11.1911. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14.

**162** Vereinbarung zwischen Bebutoff und dem SPD-Parteivorstand vom 24.11.1911. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14. Zu dieser Zeit waren Bibliothek und Archiv noch keine getrennten Institutionen. Sie wurden als eine Einheit angesehen.

**163** Vereinbarung zwischen Bebutoff und dem SPD-Parteivorstand vom 24.11.1911. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14.

**164** Vgl. Brief von Rafail Abramovič an den Parteivorstand der SPD vom 06.08.1922. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14.

**165** Brief von Rafail Abramovič an den Parteivorstand der SPD vom 06.08.1922. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14. Hervorhebungen im Original. Der zweite Absatz ist im Original rot markiert.



Am 12. Oktober 1922 erfolgte eine weitere Unterredung, die die Eigentumsfrage der Archiv- und Bibliotheksbestände klären sollte. An ihr nahmen Bebutov und deutsche SozialdemokratInnen teil.<sup>166</sup> Inwieweit auch VertreterInnen der SDAPR oder der Bol'sheviki anwesend waren, konnte nicht geklärt werden. Ergebnis der Unterredung war, dass die Bestände nicht nach Sowjetrußland versandt und SDAPR-Mitglieder als VerwalterInnen der sich im Vorwärts-Haus der SPD befindenden Bestände eingesetzt wurden. Namentlich sollte der Historiker Boris Nikolaevskij<sup>167</sup> für das in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) untergebrachte Archiv verantwortlich sein. Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte die Auslandsdelegation der SDAPR einen Aufruf, in dem sie um weitere private Zustiftungen für das Archiv bat.<sup>168</sup>

Eine zwischen 1924 und 1928 stattfindende Kooperation des Moskauer Marx-Engels-Instituts [MEI] mit dem SPD-Archiv, an der auch das Frankfurter Institut für Sozialforschung und der SDAPR-Archivar Nikolaevskij beteiligt waren, zeigt die enge Kooperation zwischen dem SPD- und dem Exil-Parteiarchiv. Der SPD-Vorstand vereinbarte mit dem MEI, dass dieses die sich im Berliner Vorwärts-Haus befindenden Nachlässe von Karl Marx und Friedrich Engels duplizieren und die Kopien nach Moskau überführen durfte. Nikolaevskij, der den Leiter des MEI, David Borisovič Rjazanov, persönlich kannte, wurde vom MEI für Arbeiten im SPD-Archiv angestellt. Geplant und in Teilen auch durch das Moskauer Institut veröffentlicht war eine Marx-Engels-Gesamtausgabe [MEGA].<sup>169</sup> Die Arbeit an der MEGA konnte jedoch nicht abgeschlossen werden, da aufgrund der sich mit der sogenannten Sozialfaschismusthese zuspitzenden politischen Spannungen zwi-

---

**166** Vgl. Brief von Bebutoff an den Parteivorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.10.1922. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14.

**167** Der Historiker Boris Ivanovič Nikolaevskij wurde 1888 geboren und verstarb 1966. Er schloss sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts der revolutionären Bewegung im Russländischen Reich an: zuerst der Fraktion der Bol'sheviki. 1907 wechselte er in die Fraktion der Men'sheviki. Nikolaevskij lebte zwischen 1922 und 1933 in Berlin, wo er Mitglied der SDAPR-Auslandsvertretung war und als Historiker arbeitete. Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 339.

**168** Vgl. Zagr. Del. R.S.-D.R.P.: Partijnjy Archiv. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 7 (01.04.1923). S. 18.

**169** Vgl. Hecker, Rolf/Sperl, Richard/Vollgraf, Carl-Erich (Hrsg.): *Erfolgreiche Kooperation. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924–1928). Korrespondenz von Felix Weil, Carl Grünberg u. a. mit David Borisovitsch Rjazanov, Ernst Czobel u. a.* Berlin/Hamburg 2000. Der Reporter Egon Erwin Kisch beschreibt das Moskauer Marx-Engels-Institut in Berichten über seine Moskau-Reise. Zu den Kopien schreibt er: „Nicht weniger als 55.000 Aufnahmen von Druckseiten und Schriftstücken hat das Institut herstellen lassen, zumeist im SPD-Archiv in Berlin, im Historischen Archiv der Stadt Köln und im Familienarchiv in Engelskirchen, im Geheimen Staatsarchiv Berlin und in der New York Public Library“. Zitiert nach: Kisch, Egon Erwin: Zaren, Popen, Bolschewiken. Aus: *Gesammelte Werke in Einzelausgaben III.* Berlin/Weimar 1980 [zuerst 1927]. S. 102.

schen sozialistischer und kommunistischer Bewegung die Zusammenarbeit im November 1928 beendet wurde. Moskautreuen MitarbeiterInnen wurde nun der Zugang zum SPD-Parteiarchiv verweigert. Rjazanov selbst sollten diese Kooperation und die damit einhergehenden Kontakte ins Ausland einige Jahre später zum Verhängnis werden. 1931 wurde er in der Sowjetunion als Leiter des Instituts abgesetzt und verhaftet und sieben Jahre später im Zuge der stalinistischen Säuberungen zum Tode verurteilt und erschossen.<sup>170</sup>

Im April 1929 errichteten die sozialistischen ExilantInnen auf dem Weddinger Urnenfriedhof ihr sogenanntes „Bratskij pamjatnik“. Beim „Bruderdenkmal“ handelte sich um eine Grabstätte, in der die im Exil und in der Verbannung verstorbenen Parteimitglieder begraben wurden. Unter dem mit der Aufschrift „aus Russland Vertriebenen und im Exil Verstorbenen“<sup>171</sup> versehenen Gedenk- und Grabstein befanden sich die Urnengräber von Julij Martov, Aleksej Kabcan, Semen Vajnštejn, Lev Êtkin und Pavel Aksel’rod. Abram Mutnik war die sechste und letzte Person, die dort im September 1930 beigesetzt wurde.<sup>172</sup> Die Eröffnung der Grabstätte im Jahr 1929 kann als ein Symbol für eine Veränderung im Exilraum verstanden werden. Durch die fehlende Rückkehrperspektive wurde der Berliner Handlungsraums nun zu einem mittelfristigen Wohn- und Arbeitsraum ausserkoren, in dem Personen alterten, erkrankten und verstarben. Die Parteigrabstätte hatte dabei eine doppelte Funktion: Sie verband die individuelle Erinnerung an die in Berlin verstorbenen russländischen Sozialisten mit einem allgemeinen Wachhalten der Erinnerung an die sozialistische Bewegung der Sowjetunion.<sup>173</sup> Die Grabstätte wurde aber nicht nur für die ExilantInnen zu einem zentralen Gedenk- und Erinnerungsort. Sie wurde ebenfalls von sozialistischen Gruppierungen aus anderen europäischen Ländern besucht.<sup>174</sup> Besonders an den jährlichen Todestagen der beiden Parteigranden Pavel Aksel’rod und Julij Martov im April jedes Jahres fanden an der Grabstätte größere Gedenkveranstaltungen statt.<sup>175</sup>

---

**170** Für die Kooperation vgl. Hecker/Sperl/Vollgraf, Erfolgreiche Kooperation.

**171** Fotografie. Abgeduckt in: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (04.05.1929). S. 1. Zum „Bratskij pamjatnik“ siehe auch den Ausblick dieser Arbeit.

**172** Vgl. N. N.: A. Ja. Mutnik („Gleb“). In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 24.

**173** Vgl. N. N.: Bratskij pamjatnik. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 2 f.

**174** Vgl. Bericht über die Reise einer polnischen *Bund*-Jugendgruppe nach Berlin: Goldberg, Israel: In berlin iz do vos tsu zen. In: NF, Vol. 5 (1930), Nr. 190 (18.08.1930). S. 4.

**175** Vgl. N. N.: 8-ja godovshhina smerti Ju. O. Martova. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7 (03.04.1931). S. 22 f.; N. N.: 9-ja godovshhina smerti Ju. O. Martova. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 6 (26.03.1932). S. 16.

### 3.1.2.3 Die frühen 1930er Jahre

Mit Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 1929 wurden im *Socialističeskij vestnik* ganzseitige Werbeseiten für Geschäfte des Berliner „Charlottengrad“<sup>176</sup> abgedruckt. Die HerausgeberInnen der Zeitung forderten ihre LeserInnenschaft dazu auf, die vorhandene migrantische Infrastruktur zu nutzen und bei den beworbenen russisch- und jiddischsprachigen ÄrztInnen, Mode- und Möbelgeschäften, Cafés und Restaurants zu konsumieren.<sup>177</sup> Das Abdrucken der Anzeigen legt nahe, dass es im gesellschaftlichen Alltag weniger Separation zwischen den russischsprachigen Teilöffentlichkeiten gegeben hat, als dies in der politischen Auseinandersetzung der Fall gewesen ist.

Bereits 1930 sahen die ExilantInnen eine Gefährdung des politischen Systems der Weimarer Republik sowie die Gefahr des Endes der seit dem Ersten Weltkrieg bestehenden europäischen Friedensordnung. Hierfür verantwortlich machten sie zugleich die kommunistische und faschistische Bewegung. Auch aufgrund der in Sowjetrußland getätigten Erfahrungen griffen die russländischen SozialistInnen dabei häufig auf Vergleiche zwischen Faschismus und Kommunismus zurück. Beispielsweise beschrieb Pëtr Garvi, Mitglied der rechten SDAPR-Parteifraktion, FaschistInnen und KommunistInnen als „entgegengesetzte Zwillinge“<sup>178</sup>. Der andauernde politische Kampf der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen gegen den Kommunismus wird auch anhand von zwei Zivilklagen deutlich. Rafail Abramovič klagte vor Berliner Gerichten gegen die kommunistischen Zeitungen *Rote Fahne* und *Welt am Abend*.<sup>179</sup> In beiden Zeitungen war behauptet worden, dass Abramovič sich im Sommer 1928 in Moskau aufhielt. Der Sozialdemokrat wehrte sich gegen diese Falschbehauptung juristisch, da es sich hierbei um einen wichtigen Baustein in dem bereits beschriebenen Moskauer Prozess gegen 14 vermeintliche russländische SozialdemokratInnen handelte.<sup>180</sup> Die Erfolgchancen für solche Art von Klagen war jedoch gering. Bereits 1925 wurde ein vonseiten der SDAPR angestrebtes Verfahren gegen Wilhelm Liese, verantwortlicher Redakteur der *Roten Fahne*, vor einem Gericht abgelehnt. Fëdor Dan hatte

---

**176** Für den Begriff vgl. beispielsweise Schlögel, Berlin: Stiefmutter, S. 255.

**177** Vgl. bspw. Werbeanzeigen in SV, Vol. 9 (1929), Nr. 19 (10.10.1929). Ganzseitige Werbeseiten gab es in der Zeitung ausschließlich im letzten Drittel des Jahres 1929 und in der ersten Ausgabe 1930.

**178** Garvi, Pëtr: Ispytanie demokratii. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 19–21. Hier S. 20. Siehe bzgl. der Wahrnehmung der 1930er Jahre auch Kapitel 4.3.3 in dieser Arbeit.

**179** Vgl. N. N.: Iz partii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 12/13. S. 24.

**180** Über den Prozess vgl. Adler, Friedrich: Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. In: Abramovič, Rafail Adler, Friedrich/Blum, Leon/Vandervelde, Emile: Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. S. 5–20.

versucht, Liese wegen „übler Nachrede und Beleidigung von Mitgliedern der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Partei Rußlands“<sup>181</sup> zur rechtlichen Verantwortung zu ziehen.

Für den *Socialističeskij vestnik* schrieb hauptsächlich der in Mannheim lebenden Aleksandr Šifrin über die politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik. Seine Artikel wurden in der Rubrik „Aus dem Ausland“ abgedruckt, was deutlich macht, wie sehr sich die SDAPR weiterhin als Exilpartei verstand. Im März 1930 sah Šifrin aufgrund des Zusammenbruchs der Großen Koalition eine neue Phase des Klassenkampfes aufkommen. Diese entstehe weniger durch ein Zutun der ArbeiterInnenparteien als durch die Abgrenzung der Zentrumsparteien von der SPD und ihre Hinwendung zu christlich-sozialen und national-konservativen Parteien.<sup>182</sup> Wenige Wochen später verwies Šifrin explizit auf den nach 1923/24 abermaligen Aufstieg der faschistischen Bewegung in der Weimarer Republik. Entgegen den Entwicklungen in anderen europäischen Staaten und den kurzzeitigen Erfolgen des Jahres 1924 sah Šifrin hierin im Zusammenhang mit der weltweiten ökonomischen Krise und der politischen Schwäche der bürgerlichen Parteien große Gefahren. Dagegen betrachtete er die zugleich stärker werdende Sozialdemokratie und ihre „anti-faschistischen Aktivitäten“<sup>183</sup> als hoffnungsvollen politischen Gegenpart. Der KPD und den Bol’ševiki warf Šifrin vor, die NationalsozialistInnen nicht nur als Feinde, sondern vor allem als KonkurrentInnen in der Gewinnung der Gunst der ArbeiterInnenschaft wahrzunehmen.

Ab Mitte 1931 wandelte sich der Umgang der Zeitungsredaktion mit den Geschehnissen in der Weimarer Republik. Die politische Gefahr durch die NSDAP wurde nun noch konkreter benannt und ab Mitte 1932 diesbezügliche Artikel nicht nur in der Rubrik „Aus dem Ausland“, sondern auch im Hauptteil der Zeitung veröffentlicht. Die Bedeutung, welche die russländischen SozialdemokratInnen den Ereignissen in der Weimarer Republik beimaßen, wird zudem daran deutlich, dass nun auch der Parteianführer Fëdor Dan die LeserInnenschaft über die Entwicklungen informierte.<sup>184</sup>

---

**181** Beschluss Nr. 13.B.41.25 des Amtsgerichts Wedding vom 17.09.1925. Eingesehen in: IISH, Fedor Il’ič Dan Papers, Nr. 11.

**182** Vgl. Šifrin, Aleksandr [Werner, M.]: Konec bol’šojkoalicii v germanii. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 6/7 (12.04.1930). S. 15f.

**183** Šifrin, Aleksandr: Fašizm v germanii. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 13 (31.05.1930). S. 14–16. Hier S. 16.

**184** Vgl. Dan, Fëdor: Parteitag germanskoj sozialdemokratii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 11 (13.06.1931). S. 12f.; Dan, Fëdor: Krizis germanskoj socialdemokratii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 19 (10.10.1931). S. 13f.; Dan, Fëdor: V Germanii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 14f.; Dan, Fëdor: Germanija na rasput’e. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 24 (30.12.1931). S. 13f.; Dan, Fëdor: V Germanii. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 5 (12.03.1932). S. 13f. Alle bisher genannten Artikel wurden in der Rubrik

Konkrete Gedankenspiele über eine Abwanderung aus Deutschland begannen innerhalb der Exilpartei spätestens zu Beginn der 1930er Jahre. Der Großteil der russländischen SozialdemokratInnen sollte Berlin aber erst im Zuge der Machtübergabe an die NationalsozialistInnen verlassen. Lidija Dan, die Ende 1931 als erstes SDAPR-Mitglied aus ökonomischen Gründen Berlin Richtung Paris verlassen hatte, sollte dort 1933 zu einer wichtigen Kontaktperson werden, sodass der Umzug der ExilantInnen und ihrer Parteivertretung verhältnismäßig unkompliziert vonstattengehen konnte. Zuvor hatte sich die Parteispitze erfolgreich an den französischen Sozialisten Léon Blum mit der Bitte um französische Visa für 73 Personen gewandt. Unter diesen Personen befanden sich auch Familienangehörige der in Berlin lebenden SDAPR-Parteimitglieder.<sup>185</sup>

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren Teil des politisch vielfältigen russischsprachigen Handlungsraums im Berlin der Weimarer Republik. In ihm grenzten sich sozialistische ExilantInnen scharf von anderen Exilgruppen ab. In Bezug auf Parteizugehörigkeiten erscheint der sozialistische russischsprachige Exilraum deutlich homogener als der jiddischsprachige, was damit zusammenhängt, dass die SDAPR zu Beginn der 1920er Jahre Berlin bewusst als zentralen Ort ihrer Auslandsdelegationsstrukturen auswählte. Die russländische Sozialdemokratie wurde dadurch die quantitativ bestimmende Exilpartei des russischsprachigen Handlungsraums im Berlin der Weimarer Republik. Innerhalb ihrer Publikationsorgane und Debattierklubs fand jedoch ein kontroverser Austausch über Parteiausrichtung und Strategie gegenüber den Bol'sheviki statt und, so zeigen die Werbeanzeigen im *Socialističeskij vestnik*, die sozialistischen ExilantInnen scheinen durchaus auch Berührungspunkte mit anderen Teilöffentlichkeiten des russischsprachigen Handlungsraums gehabt zu haben.

Zu Beginn der 1930er Jahre sahen sich die sozialistischen ExilantInnen mit zwei Entwicklungen zugleich konfrontiert: Durch die Entwicklungen in der Sowjetunion erschien eine Rückkehr in die Heimat immer unwahrscheinlicher, zugleich entwickelte sich der politische Aufstieg der NSDAP für die gesamte sozialistische Bewegung in Deutschland zu einer großen Gefahr. Ein Umzug in einen neuen Exilort erschien daher als einzige Möglichkeit.

---

„Aus dem Ausland“ veröffentlicht. Die folgenden Artikel wurden im Hauptteil der Zeitung abgedruckt: Dan, Fëdor: Krizis germanskogo gosudarstva. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 12 (25.06.1932). S. 3–9; Dan, Fëdor: V Germanii. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 15 (09.08.1932). S. 3–9.

**185** Vgl. Liebich, Eine Emigration in der Emigration, S. 229.

### 3.1.3 Deutschsprachiger Handlungsraum

Seit Gründung des Deutschen Kaiserreichs war Berlin das Zentrum der politischen und kulturellen Linken in Deutschland und „die Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung“.<sup>186</sup> In der Stadt waren auf Bezirks- und Landesebene sozialistische Parteistrukturen, Sport- und Kulturvereine, Chöre, Jugendorganisationen und Bildungsangebote beheimatet. Dazu war der Berliner Reichstag zentraler Ort republikweiter Politik, in dem alle Parteien von der politischen Linken bis zur politischen Rechten vertreten waren. Anders als die vorausgegangenen Unterkapitel leistet dieses Unterkapitel nur punktuelle Einblicke in den vielfältigen deutschsprachigen sozialistischen Handlungsraum der Hauptstadt der Weimarer Republik. Der Fokus liegt dabei auf Veranstaltungen, Orten, Organisationen und Netzwerken, an denen die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen beteiligt war. Eine Darstellung der gesamten Bandbreite des deutschsprachigen sozialistischen Handlungsraums erfolgt nicht, da dies den Rahmen der vorliegenden Arbeit bei Weitem überschreiten würde.<sup>187</sup>

Zwischen den osteuropäisch-jüdischen und deutschen SozialistInnen existierten zahlreiche Kontakte. Trotz alledem muss das Verhältnis der sich politisch engagierenden ExilantInnen zur deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung während der Weimarer Republik als mehrheitlich ambivalent bezeichnet werden. Auf der einen Seite besaßen besonders USPD und SPD aufgrund ihrer Mobilisierungskraft und politischen Stärke Vorbildcharakter. Für einzelne ExilantInnen wurde die SPD in den 1920er Jahren sogar Arbeitgeberin und politische Heimat.<sup>188</sup> Auf der anderen Seite begegneten zahlreiche ExilantInnen

---

**186** Weipert, *Das Rote Berlin*, S. 221. Die deutsche Sozialdemokratie büßte zur Zeit der Weimarer Republik an Stärke ein, blieb jedoch weiterhin eine der größten sozialdemokratischen Parteien Europas. Bei der Parteizugehörigkeit zur SPD in der Stadt Berlin ergab sich im europäischen Vergleich nach dem Ersten Weltkrieg ein anderes Bild: 1927 verweist Vladimir Kosovski auf die schwachen Mitgliedszahlen der SPD in Berlin, welche in dieser 4-Millionen-Stadt weniger als 50.000 Mitglieder hatte. Prozentual war dies 20-mal schwächer als die damaligen Mitgliedszahlen der Wiener Sozialdemokratie. Vgl. Kosovski, Vladimir: *Der kiler party tog. Di dayshe s. d. u di komunisten*. In: *Di tsukunft*, Vol. 32 (1927), Nr. 8.

**187** Einen Überblick über die sozialdemokratische Landespolitik im Berlin der Weimarer Republik aus der Perspektive eines SPD-Politikers bietet beispielsweise das Buch Fricke, Ingrid: *Franz Künstler (1888 – 1942). Eine politische Biographie*. Berlin 2016.

**188** Grigorij Binštok arbeitete in der Kulturkommission des Parteivorstandes mit und schloss sich 1933 der Gruppe „Zukunft“ an. Pëtr Garvi arbeitete als Analyst für Fragen in Bezug auf die Sowjetunion für den SPD-Parteivorstand. Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 172 und S. 237; ebenfalls auch Kapitel 3.2.5 in dieser Arbeit. Alexander Stein arbeitete in verschiedenen Funktionen für die SPD (vgl. Kapitel 3.2.8 in dieser Arbeit), Vladimir Votinsky publizierte als Volkswirt

der deutschen sozialistischen Bewegung aus einer kritischen Distanz heraus, was sich besonders an jiddischsprachigen journalistischen Beiträgen von Rafail Abramovič und Vladimir Kosovski nachvollziehen lässt.<sup>189</sup> Eine Mehrheit innerhalb der Exilgruppe fremdelte mit der Wandlung der deutschen Sozialdemokratie von einer Oppositions- zu einer staatstragenden Partei. Grundsätzliche Einigkeit zwischen deutschen SozialdemokratInnen und ExilantInnen herrschte dagegen bei der negativen Bewertung der politischen Situation in der Sowjetunion.

Das ambivalente Verhältnis zwischen deutschen und osteuropäischen SozialistInnen lässt sich zu einem Großteil aus den parteipolitischen Entwicklungen der russländischen und deutschen Sozialdemokratie nach dem Ersten Weltkrieg erklären. Eine politische Wandlung von radikaler Oppositionspartei zu einer „Staatsgründungspartei“<sup>190</sup>, wie es die SPD in der Weimarer Republik vollzog, war in Sowjetrußland nicht möglich gewesen und aus den Erfahrungen heraus von sozialistischer Seite ebenso wenig gewollt. Im Gegensatz zu den meisten sozialdemokratischen Parteien Westeuropas vollzogen die osteuropäischen Parteien keine „Integration [...] in den Nationalstaat“<sup>191</sup>. Aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Februar- und Oktoberrevolution standen viele ExilantInnen dieser in der Weimarer Republik vollzogenen Entwicklung kritisch gegenüber. Dies zeigte sich auch daran, dass die ParteianführerInnen aufgrund des eigenen Demokratieverständnisses auch im Exil offensiv gegen den Zusammenschluss von russländischen Parteien zu einem gemeinsamen Oppositionsblock argumentierten.<sup>192</sup>

Die Beteiligung von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen am deutschsprachigen Handlungsraum kann in drei unterschiedliche Bereiche unterteilt werden: Auftritte bei politischen Veranstaltungen, Publizieren in deutscher Sprache und direkte persönliche oder parteipolitische Kontakte zu deutschsprachigen PolitikerInnen. Auffällig ist, dass Beteiligungen und Kooperationen fast ausschließlich in überregionalen politischen Zusammenhängen stattfanden. Die ExilantInnen korrespondierten mit PolitikerInnen der bundesweiten Parteivorstände oder mit Mitgliedern des Reichstages; nur vereinzelt waren sie auf regio-

---

Mitte der 1920er Jahre in den Jahresberichten der SPD unter dem Titel „Aus der Welt der Zahlen“ Statistiken. Vgl. bspw.: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928. Berlin 1929. S. 350–363; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929. Berlin 1930. S. 460–482.

**189** Vgl. hierzu Kapitel 4.3.2 in dieser Arbeit.

**190** Für den Begriff „Staatsgründungspartei“ vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Band 1, S. 444.

**191** Bauer, *Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien*, S. 14.

**192** Vgl. bspw. für die SDAPR den Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 05.05.1929. Abgedruckt in: Sapir, *Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma*. Brief Nr. 208, S. 371–380.

nal- oder landespolitischer Ebene aktiv. Dies verweist auf die Rolle, in der sich die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sahen. Als politische ExilantInnen erschien ihnen eine Beteiligung auf regionalpolitischer Ebene nicht notwendig, außerdem verstanden sie sich selbst als VertreterInnen einer überregionalen russländischen Partei, sodass für sie Mitglieder der Parteivorstände ihrer Schwesterparteien oder Abgeordnete des Reichstages gleichwertige Kooperations- und Ansprechpersonen waren.

Das zurückhaltende Engagement in lokalpolitischen Fragen der Mehrheit der ExilantInnen lässt jedoch keine abschließenden Rückschlüsse auf mögliche individuelle Beteiligungen an regionalpolitischen Aktivitäten in Berlin zu. Für eine mögliche punktuelle Beteiligung der ExilantInnen an Veranstaltungen spricht beispielsweise, dass der *Socialističeskij vestnik* jährlich die Aufrufe der SAI anlässlich des Tages der Arbeit publizierte und damit implizit zu den 1. Mai-Demonstrationen aufrief. Auch Erinnerungsberichte deuten darauf hin, dass die osteuropäischen SozialistInnen die Entwicklungen innerhalb der Berliner ArbeiterInnenbewegung sehr genau wahrnahmen. So berichtet beispielsweise Ra-fail Abramovič über seine Ankunft in Berlin am 9. November 1920, dass er und seine Familie von den ExilantInnen Eva und Mark Broido am Stettiner Bahnhof in Empfang genommen wurde. Gleichzeitig verweist er auch auf die Stimmung in der Stadt am zweiten Jahrestag der Revolution, die er als „eine finstere, verbitterte Szenerie eines blutigen Bruderkampfes“<sup>193</sup> schildert. Streikbedingt fuhren keine öffentlichen Verkehrsmittel und generell sei der Jahrestag der Revolution überlagert gewesen vom Kampf zwischen kommunistischer und sozialistischer Bewegung.<sup>194</sup>

Das Interesse an Austausch und Vernetzung zwischen ExilantInnen und deutschen SozialistInnen existierte beidseitig. Den ExilantInnen ging es besonders um politische Wahrnehmung und Handlungsfähigkeit. Ebenso ist davon auszugehen, dass bei vielen auch eine ökonomische Notwendigkeit darin bestand, sich an Debatten innerhalb der deutschen ArbeiterInnenbewegung aktiv zu beteiligen. Für die deutschen SozialistInnen, allen voran für die SPD und Teile der USPD, waren die ExilantInnen besonders hilfreich bei der Abgrenzung von und im politischen Kampf gegen Bolschewismus und Kommunismus. Ihre Lebenswege und politischen Analysen gaben der scharfen Kritik der deutschen SozialistInnen an KPD, KI und Bolschewismus eine stärkere Glaubwürdigkeit. Besonders in den Anfängen der Weimarer Republik, in denen sich die europäische ArbeiterInnenbewegung in einem Spaltungsprozess befand, waren die russländischen Stimmen

---

193 Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 2, S. 354.

194 Vgl. Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 2, S. 355.



aus dem Berliner Exil von Wichtigkeit. Bereits wenige Tage nach ihrer Ankunft in Berlin berichteten Rafail Abramovič und Julij Martov vor mehreren Tausend USPD-AnhängerInnen über die politische Lage in Sowjetrußland.<sup>195</sup> Sie sollten den großen Hoffnungen innerhalb der ArbeiterInnenschaft, die sich nach der Revolution in Sowjetrußland auch in Westeuropa entwickelt hatten, ein realistisches Bild über die dortigen Lebensumstände entgegensetzen. Dies waren Auftritte, bei denen sich die ExilantInnen auch politische FeindInnen machten und durch die sie auch in Berlin starken Anfeindungen ausgesetzt waren.

Im deutschsprachigen Handlungsraum fanden öffentliche Auftritte der ost-europäisch-jüdischen SozialistInnen meist im Rahmen einer parteipolitischen Veranstaltung statt. Thematisch war besonders ihre Expertise bezüglich der Situation in der Sowjetunion gefragt: 1920 war Julij Martov Redner auf dem USPD-Parteitag in Halle, wo er die Verfolgungsstrategie der Bolševiki gegenüber sozialistischen PolitikerInnen anprangerte.<sup>196</sup> Zwei Jahre später war Rafail Abramovič Redner auf dem Leipziger Parteitag der USPD. Auch er sprach als Vertreter der SDAPR über politische Verfolgung und Terror in Sowjetrußland.<sup>197</sup> Ebenfalls als Vertreter der SDAPR sollte Fëdor Dan 1931 auf dem Leipziger Parteitag der SPD anwesend sein.<sup>198</sup> Zu Beginn der 1930er Jahre gab es weitere Auftritte auf SPD-Versammlungen von russländischen SozialdemokratInnen. Grund hierfür waren die immer schwieriger werdenden politischen Beziehungen zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Bewegung. Im Juni 1930 solidarisierte sich ein sozialdemokratischer Frauenkreis aus Berlin mit der sich zu dieser Zeit seit zwei Jahren in sowjetischer Gefangenschaft befindenden Eva Brojdo.<sup>199</sup> Ein Jahr später gab es eine noch größere Solidaritätskampagne der SPD für die SDAPR. Auslöser war der Moskauer Schauprozess gegen 14 angebliche russländische SozialdemokratInnen. Die SPD organisierte deutschlandweite Solidaritätskundgebungen, auf denen Rafail Abramovič, Aleksandr Šifrin und Fëdor Dan den Prozess öffentlich kommentierten.<sup>200</sup>

---

**195** Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 1, S. 355.

**196** Vgl. Martov, Julius: Das Problem der Internationale und die russische Revolution. Rede auf dem Parteitag in Halle. Berlin 1920.

**197** Vgl. Abramovič, Rafail: Reč' tov. Abramoviča. Na s'jezde germanskoj nezavisimoj soc.-dem. partii v Lejpcige. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 2 (19.01.1922). S. 7f.

**198** Dan, Fëdor: Parteitag germanskoj sozialdemokratii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 11 (13.06.1931). S. 13f.

**199** N. N.: Privetstvie tov. E. Brojdo. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 12 (26.06.1930). S. 14.

**200** Vgl. N. N.: Mitingi i sobranija. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7 (03.04.1931). S. 16; zur scharfen Reaktion der SPD auf die Anschuldigungen vgl. N. N.: Lügenanklage gegen Menschwiki. In: Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“, Vol. 48 (1931), Nr. 98 (27.02.1931). S. 1; N. N.: Parteivorstand

Umgekehrt nahmen ebenfalls deutsche SozialistInnen an Veranstaltungen der Exilparteistrukturen in Berlin teil. Von der SDAPR und dem *Bund* wurden SPD-VertreterInnen anlässlich von Jahrestagen und Trauerveranstaltungen eingeladen. Der SPD-Vorsitzende Arthur Crispian war bei diesen Veranstaltungen der am häufigsten auftretende Redner.<sup>201</sup> Eine weitere Möglichkeit der Pflege offizieller Kontakte zwischen Exilparteistrukturen und der deutschen Sozialdemokratie bestand auf in Berlin stattfindenden internationalen Konferenzen.<sup>202</sup>

Besonders außerhalb eines parteipolitischen Rahmens bestand bei Auftritten von ExilantInnen in allen drei Handlungsräumen die Gefahr, dass diese zu einer direkten Konfrontation mit kommunistischen AnhängerInnen führen konnten. Als bekannter russländischer Sozialist und Mitglied des Exekutivkomitees der SAI war Rafail Abramovič hierfür besonders prädestiniert. Eine Ende Oktober 1928 durchgeführte Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Menschenrechte in der Sowjetunion“ zwischen ihm und dem KPD-Mitglied Willi Münzenberg<sup>203</sup> endete in „einem allgemeinen Tumult [...], so daß die Veranstaltung abgebrochen werden mußte“<sup>204</sup>.

---

gegen Justizmord. In: Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“, Vol. 48 (1931), Nr. 100 (28.02.1931). S. 1.

**201** Arthur Crispian sprach zusammen mit Otto Wels auf einer Gedenkveranstaltung für den verstorbenen Julij Martov am 08.04.1923 (vgl. Dvinov, S.: Skorbnye Dni. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 14; N. N.: Die Totenfeier für Martow. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Morgen-Ausgabe, Vol. 40 (1923), Nr. 83 (11.04.1923). S. 3) sowie ein Jahr später, bei der Gedenkfeier am 13.04.1924, zusammen mit Rudolf Hilferding. Vgl. Dalin, David: Čestvovanie pamjati Ju. O. Martova v Berline. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 9 (17.04.1924). S. 9f. Ebenso sprach Crispian auf der Trauerfeier für Lev Ėtikin (vgl. N. N.: L. Ja. Ėtkin. In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 20 (20.10.1927). S. 16) und war anwesend bei der Eröffnung der Parteigrabstätte der SDAPR (vgl. N. N.: Bratskij pamjatnik. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 2f.).

**202** Bspw.: Treffen der drei Internationalen am 02.04.1922 in Berlin (vgl. hierfür Dan, Fëdor: Konferencija trex Internacionalov. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 8 (20.04.1922). S. 4–6); Weltkongress für das arbeitende Palästina im September 1930 (vgl. den deutschsprachigen Einladungsbrief der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterorganisation in Palästina vom 24.09.1930. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 303); Konferenz der litauischen Sozialdemokratie am 15./16.12.1931 in Berlin (vgl. N. N.: Konferencija litovskix socialdemokratov. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7 (03.04.1931). S. 18f.).

**203** Zu Willi Münzenberg (1889–1940) vgl. die biografischen Angaben aus: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration. Band 1 bis 3. Herausgegeben von Werner Röder und Herbert A. Strauss. München/New York/London/Paris 1980–1983. Online abrufbar unter: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/willi-muenzenberg> [17.07.2021].

**204** N. N.: Menschenrechte in Sowjetrußland. Die Diskussionsversammlung endet im Tumult. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Morgen-Ausgabe, Vol. 45 (1928), Nr. 513 (30.10.1928). S. 2. Ebenso

Relativ stark vertreten im deutschsprachigen Handlungsraum waren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen durch Publikationstätigkeiten. Dabei gaben sie eigene Zeitschriften und Monografien heraus und beteiligten sich auch an anderen Periodika. Das mehrsprachige Publizieren war zentrales Mittel parteipolitischer Aktivität im Exil, da es so möglich blieb, eigene Standpunkte innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu vertreten. Bei ihren deutschsprachigen Publikationen handelte es sich vornehmlich um Darstellungen und Analysen bezüglich der Situation in Osteuropa. Eine Ausnahme bildeten zionistische Beiträge, die mit Emigrationshinweisen für Jüdinnen und Juden eine andere Zielrichtung verfolgten.

Russländische SozialistInnen versuchten, sich über Periodika deutschsprachiger Parteien Gehör innerhalb der deutschsprachigen ArbeiterInnenbewegung zu verschaffen. Sie publizierten in Zeitschriften, wie *Die Freiheit*, *Der Sozialist* (beides USPD), *Der Vorwärts* und *Die Gesellschaft* (beides SPD) sowie *Der Kampf* (SDAPDÖ). Gerade zu Beginn der 1920er Jahre schienen die sozialistischen Parteiorgane jedoch eher zurückhaltend zu sein in Bezug auf den Abdruck von kritischer Berichterstattung über die Entwicklungen in Sowjetrußland. Trotz häufiger persönlicher Kontakte in die Redaktionen lassen sich für diese Zeit nur wenige Artikel osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen nachweisen. So wurden in den USPD-Zeitschriften *Freiheit* und *Sozialist* nur vereinzelt Artikel der ExilantInnen abgedruckt, die ausschließlich aus der Feder der Parteiführer Julij Martov und Rafail Abramovič stammten.<sup>205</sup> Wahrscheinlich erscheint, dass die Redaktionen der deutschsprachigen Zeitungen bei zu starker Kritik an der Sowjetunion negative Reaktionen aus der eigenen Leserschaft befürchteten.<sup>206</sup>

Die SDAPR gab zwischen 1924 und 1932 das deutschsprachige *Mitteilungsblattes der Russischen Sozial-Demokratie* heraus. Die zeitgenössische Wahrnehmung des Mitteilungsblatts kann rückblickend nur schwer beurteilt werden, da weder Auflagenzahlen noch Referenzen auf die Zeitschrift bekannt sind. Wahrscheinlich erscheint, dass die Zeitschrift ausschließlich von einem kleinen Fachpublikum gelesen wurde. Für wie zentral die ExilantInnen ihre deutschsprachige Publikation jedoch hielten, zeigt das redaktionelle Selbstverständnis des Mitteilungsblattes:

---

N. N.: V Berlině. Chronika. Skandal na dokladě Abramoviča. In: Rul', Vol. 9 (1928), Nr. 2.412 (31.10.1928). S. 5.

**205** Hierbei nicht berücksichtigt sind die Artikel von Alexander Stein, der diese in seiner Funktion als fester Mitarbeiter der Redaktion verfasste.

**206** Vgl. Einschätzung von Eva Broido: Broido, Eva: Na zare „socialističeskogo vestnika“. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 6 (04.04.1925). S. 21f.

Der Mangel an zuverlässigen Informationen über die russischen Verhältnisse, insbesondere der Mangel an sozialistisch-kritischer Beurteilung der neuesten kommunistischen Entwicklung macht sich mit jedem Tag mehr bemerkbar. Sozialistische Redaktionen und führende Politiker haben uns gegenüber mehrfach den Wunsch geäußert, daß diese Lücke ausgefüllt werde, damit die sozialistischen Leser in Mittel- und Westeuropa ihre Informationen und ihre Kritik aus zuverlässigen Quellen schöpfen könnten.<sup>207</sup>

Die *linke Poale Tsion* publizierte in Berlin mindestens drei kurzlebige deutschsprachige Periodika.<sup>208</sup> Auch nach der Verlegung ihres zentralen Parteibüros ins Mandatsgebiet Palästina wurden weiterhin Publikationen nach Berlin versandt. Das Büro des *Allweltlichen Jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verbands Poale Zion (Vereint mit dem Z. S. Verband)* korrespondierte bis in die 1930er Jahre mit VertreterInnen der deutschen ArbeiterInnenbewegung und übersandte regelmäßig deutsche Versionen des von der Partei herausgegebenen Bulletins. Schwerpunktmäßig wurde hierin auf die Verfolgungen von in der Sowjetunion lebenden ParteivertreterInnen aufmerksam gemacht.<sup>209</sup> Ebenso kam es auch vor, dass deutsche SozialistInnen in der Exilpresse publizierten.<sup>210</sup>

Im Laufe der 1920er Jahre publizierten politische ExilantInnen neue Monografien in deutscher Sprache und übersetzten ältere aus dem Russischen oder Jiddischen. Allein im SPD-nahen Dietz-Verlag erschienen Monografien von Rafail Abramovič, Grigorij Binštok, Fëdor Dan, Pëtr Garvi und Aaron Jugov. Eva Broido veröffentlichte ihren Roman „Wetterleuchten“ in der Vorwärts-Buchdruckerei; außerdem bestanden migrantische Selbstverlage wie der *Sozialistische Bote*. Übersetzungsarbeiten tätigten ExilantInnen teilweise selbst; andere trugen Vor-

---

**207** N. N.: Zur Einführung. In: RSD – Mitteilungsblatt der Russischen Sozial-Demokratie, Vol. 1 (1924), Nr. 1 (01.02.1924). S. 1.

**208** Diese drei Periodika waren: *Der Neue Weg*: Monatsschrift der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland. Berlin 1924/25; *Linke Poale-Zion in Deutschland* (Hrsg.): Borochoow-Blätter der Organisation Linke Poale Zion in Deutschland. Berlin 1930; Mitteilungsblätter des Zentral-Komitees der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion. Berlin 1931.

**209** Vgl. deutschsprachige Ausgabe des Bulletins der Auslandsdelegation der zionistisch-sozialistischen Partei in U.S.S.R., Nr. 5 (September 1932), Tel Aviv. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv in AdsD, ADGB-Bestand, NB 212.

**210** Bspw. publizierten Friedrich Adler, Karl Kautsky und Otto Bauer in der hundertsten Ausgabe des *Socialističeskij vestnik*, Vol. 5 (1925), Nr. 6; ebenso gratulieren Karl Kautsky, Eduard Bernstein und Otto Bauer in derselben Zeitung Pavel Aksel'rod zum 75. Geburtstag, Vol. 5 (1925), Nr. 15/16. Bernstein (5 Artikel), Karl Kautsky (7 Artikel) und Luise Kautsky (1 Artikel) publizierten in den 1920er Jahren auch in der New Yorker Zeitschrift *Di tsukunft*; Bernstein (Ausgabe 1) und Alexander Stein (Ausgabe 2) veröffentlichten einzelne Artikel in der 1924/25 in der Weimarer Republik herausgegebenen deutschsprachigen Monatszeitschrift *Der Neue Weg. Monatszeitschrift der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland*.

oder Geleitworte zu den deutschsprachigen Büchern bei, um den LeserInnen ein besseres Verständnis der Lektüre zu ermöglichen.<sup>211</sup>

Von den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die hauptberuflich im Journalismus tätig waren, organisierten sich sechs – zumindest zeitweise – im *Verein der ausländischen Presse*.<sup>212</sup> Der Verein agierte als Berufsvertretung für ausländische JournalistInnen.<sup>213</sup> Gegenüber dem Auswärtigen Amt vertrat der Vorstand die Belange seiner Mitglieder in Pass- und Steuerangelegenheiten und beriet bei Fragen des Aufenthaltsrechts die JournalistInnen und ihre Familienmitglieder. Ferner wurden über den Verein Presseausweise beantragt, Bürostrukturen zur Verfügung gestellt, exklusive Pressegespräche organisiert und Mitgliedsfahrten ins In- und Ausland angeboten.

Die Mitgliedschaft im Verein war freiwillig und mit einem hohen Mitgliedsbeitrag verbunden. Allerdings war die Passstelle des Auswärtigen Amtes an engen Verknüpfungen zum Verein interessiert, um einen Überblick über die in Berlin lebenden JournalistInnen zu behalten. Dies scheint jedoch zumindest in den Anfangsjahren der Weimarer Republik nur bedingt erfolgreich gewesen zu sein. Intern beklagte sich die Passabteilung darüber, dass der „Zustrom russischer Schriftsteller, Verleger und ähnlicher Presseinteressenten [...] in letzter Zeit stark zuzunehmen [scheint]“<sup>214</sup>. Als Reaktion wurde im Auswärtigen Amt „ein besonderes Referat ausschließlich für russische Passangelegenheiten“<sup>215</sup> eröffnet. Die Kooperationschwierigkeiten ließen sich aber nicht allein durch die Eröffnung dieses Referats beheben. Sie erklären sich besonders aus dem Selbstverständnis

---

**211** Übersetzungsarbeiten fanden auch in die andere Richtung statt. Beispielsweise übersetzte Fëdor Dan das von Karl Kautsky publizierte Buch *Bolschewismus in der Sackgasse* ins Russische: Kautsky, Karl: *Bol'shevism v tupike. Avtorizirovannyj perevod s nemeckogo F. Dana*. Berlin 1930.

**212** Mit Paul Olberg, Jakob Leschtsinsky, Daniel Tsharni, Stepan Ivanovič, Sergey Braun und Dovid Eynhorn gab es sechs kurz- oder langfristige Mitglieder des Vereins. Angemeldet im Verein waren hauptberufliche JournalistInnen, jedoch konnten sich nicht alle JournalistInnen die Mitgliedschaftsbeiträge leisten. Neumitglieder brauchten mindestens zwei FürsprecherInnen innerhalb des Vereins. Im alphabetischen JournalistInnenverzeichnis des Auswärtigen Amtes aus dem Jahr 1932 taucht bspw. ebenfalls Rafail Abramovič als „amerikanischer Journalist“ auf. Er war jedoch kein Mitglied im Verein der ausländischen Presse. Vgl. Verzeichnis. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121606.

**213** So die Statuten vom 30.06.1906. Vgl. Vereinsstatuten. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121602. Diese wurden zu Beginn des Jahres 1926 geändert. Danach war es ebenfalls „deutschen Kollegen, die im Hauptberufe ausländische Zeitungen vertreten[,]“ möglich, Mitglied im Verein zu werden. Brief des Vereins der ausländischen Presse zu Berlin e.V. vom 12.01.1926 an den Geheimrat Dr. Zechlin. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121605.

**214** Hinweis vom 14.01.1921 in Bezug auf die Passangelegenheit des Journalisten Benno Hoon. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121602. Hervorhebung im Original.

**215** Vermerk „I G. 315. II. Ang.“ vom 12.10.1922. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121602.

des Auswärtigen Amtes, das in Visa- und Passangelegenheiten auch bei JournalistInnen nach „deutschen politischen oder wirtschaftlichen Interessen“ urteilte.<sup>216</sup>

Für das politische Handeln im Exil waren informelle Netzwerke und persönliche Beziehungen von besonderer Wichtigkeit. Deren Pflege fand in Form von schriftlicher Kommunikation und persönlichen Begegnungen statt. Zwischen deutschen und österreichischen SozialdemokratInnen und russländischen ExilantInnen gab es eine ausgeprägte Briefkommunikation in deutscher Sprache, bei der parteipolitische und private Kommunikation ineinander übergingen. Es kam vor, dass in nur einem Brief Einschätzungen über Politik verhandelt, Fragen zu Honorarabrechnungen geklärt und Berichte über das eigene Privatleben dargelegt wurden.<sup>217</sup> Ebenso führten die Berliner Exilparteien ihre Kommunikation mit dem Büro der SAI vorwiegend in deutscher Sprache.<sup>218</sup>

Das Selbstverständnis der ExilantInnen, Teil einer internationalen ArbeiterInnenbewegung mit Kontakten über nationale Zugehörigkeiten hinaus zu sein, spiegelt sich besonders in ihren Presseorganen wider. In ihnen wurde über Jahres-, Geburts- und Todestage von SozialistInnen aus anderen Parteien berichtet. Der *Socialističeskij vestnik* veröffentlichte zahlreiche Nachrufe auf deutschsprachige SozialdemokratInnen<sup>219</sup> und versandte Kondolenzschreiben an die jeweiligen Parteien. Mehr als 40 „durch eine der wechselvollen Phasen der russischen Revolution vorübergehend ins [Berliner] Exil verschlagene russische Sozialdemokraten und Bundisten“, die alle Mitglieder des nach Julij Martov benannten sozialdemokratischen Debattierklubs waren, beglückwünschten anlässlich seines 75. Geburtstages

---

**216** Hinweis vom 14.01.1921 in Bezug auf die Passangelegenheit des Journalisten Benno Hoon. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121602.

**217** Als eines von zahlreichen Beispielen kann hierfür der Brief von Rafail Abramovič an Luise Kautsky vom 01.08.1923 genannt werden. In diesem schreibt Abramovič über die politische Situation der SPD, ausstehende Honorarzahungen an Karl Kautsky von der New Yorker Zeitschrift *Weker* und über seine „Sommerfrische, in Rataeburg/Lübeck“. Eingesehen in: AdSD, Nachlass Karl und Luise Kautsky, Nr. 436.

**218** Während der Zwischenkriegszeit gab es mit Englisch, Französisch und Deutsch drei mögliche Kommunikationssprachen innerhalb der SAI.

**219** Vgl. bspw. N. N.: K smerti Luizy Cic. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 3 (03.02.1922). S. 15; N. N.: Vil'gel'm Pfankux. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 17/18 (01.10.1923). S. 14; N. N.: Ferdinand Ganuš. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 19 (18.10.1923). S. 13; N. N.: Friedrich Ėbert. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 4 (05.03.1925). S. 3; N. N.: Adol'f Braun. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 10/11 (25.05.1929). S. 18; Šifrin, Aleksandr: Paul' Levi. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 4 (25.02.1930). S. 11 f.; N. N.: Adol'f Goffman. In: Vol. 10 (1930), Nr. 23 (06.12.1930). S. 15; Dan, Fëdor: German Mjuller. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7 (03.04.1931). S. 17; N. N.: Vill'gel'm Bok, Vol. 11 (1931), Nr. 12/13 (02.07.1931). S. 22.

den „hochgeschätzte[n] Lehrmeister“ und „gütige[n] und hilfsbereite[n] Freund“ Karl Kautsky.<sup>220</sup>

Aus der bisherigen Beschreibung der drei sozialistischen Handlungsräume lässt sich ableiten, dass es in Berlin verschiedene Orte gab, an denen sich diese überschneiden, wobei die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aufgrund ihrer Sprachkompetenzen als MittlerInnen zwischen den Räumen fungierten. Einer dieser Orte, der bereits genannt wurde, war das Berliner Büro der Hilfsorganisation ORT in der Bleibtreustraße 34 (Berlin-Charlottenburg). In der Hilfsorganisation engagierten sich auch sozialistische ExilantInnen. Ein genuin sozialistischer Ort der intensiven Vernetzung zwischen politischen ExilantInnen und deutschsprachiger Sozialdemokratie war dagegen der Häuserkomplex um die SPD-Parteizentrale. Das sogenannte Vorwärts-Haus in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) war das Zentrum der deutschen Sozialdemokratie und beherbergte unter anderem die SPD-Parteiorgane, die Vorwärts-Druckerei, den Dietz-Verlag und das SPD-Parteiarchiv. Für einige Monate entstanden dort aber auch Büroräume der russländischen Sozialdemokratie. Im Hauskomplex fanden halböffentliche Veranstaltungen mit Beteiligung osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen statt.<sup>221</sup> Ferner wurden parteinahe Exilzeitungen in der Vorwärts-Druckerei gedruckt und die Parteiarchive des *Bund* und der SDAPR in die SPD-Archivräume integriert. All das konnte nur durch eine ständige Kommunikation und Kooperation zwischen Exilparteien und deutscher Sozialdemokratie funktionieren. Doch auch unabhängig von parteipolitischen Kooperationen gingen im Vorwärts-Haus politische ExilantInnen ein und aus. Einige arbeiteten für SPD-Gremien und parteinahe Organisationen, andere pflegten engen privaten oder beruflichen Kontakt zu wichtigen deutschsprachigen SozialdemokratInnen wie Eduard Bernstein, Rudolf Breitscheid, Arthur Crispian, Fritz Heine, Rudolf Hilferding,

---

**220** Brief an Karl Kautsky von den Mitgliedern des „Russischen Sozialdemokratischen Martow-Klub“ vom 16. Oktober 1929. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. 423. Vera Broido schreibt in ihren Erinnerungen, dass der Klub mindestens hundert Mitglieder hatte. Vgl. Broido, *Daughter of Revolution*, S. 142. Im Vergleich mit anderen Quellen erscheint diese Zahl jedoch etwas zu hoch.

**221** Vgl. Einladung des „Ausschusses der Freunde der Internationalen Kleinarbeit“ zu einem Vortrag über den „Sozialismus in Sowjetrußland“ von Rafail Abramovič am 05.05.1926. Eingesehen in: *Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives*, Nr. 310; ebenso: Gedenkveranstaltung anlässlich des einjährigen Todestages von Iulij Martov. Angekündigt in: N. N.: *K godovščine smerti Ju. O. Martova*. In: *SV*, Vol. 4 (1924), Nr. 6 (24.03.1924). S. 16; Einladung der Auslandsvertretung der SDAPR in den Sitzungssaal des Brandenburger Bezirksvorstandes der SPD (Lindenstr. 3, 1. Hof, II. Treppe) für die „Vertreter der deutschen und ausländischen Presse [...], um Ihnen authentische Informationen zu dem gegenwärtig in Moskau stattfindenden Gerichtsprozess gegen 14 gewesene Menschewiki zur Verfügung zu stellen“. Vgl. Einladungsschreiben unterschrieben von Fëdor Dan und Rafail Abramovič. Eingesehen in: CZA, A 284, Nr. 11.

Karl und Luise Kautsky. Ein weiteres Beispiel für einen physischen Ort der Verflechtung der Handlungsräume ist der Weddinger Urnenfriedhof. Am „Bruderdenkmal“ der SDAPR trafen sich an ausgewählten Gedenktagen jiddisch-, russisch- und deutschsprachige SozialistInnen, um an die dort bestatteten ExilantInnen zu erinnern. Auch wenn sich dies anhand der bearbeiteten Quellen nicht einwandfrei nachweisen lässt, können ähnliche mehrsprachige Kommunikations- und Begegnungsräume allein durch die räumliche Nähe von migrantischen und nichtmigrantischen Strukturen für die Bürogebäude in der Auguststraße 17 (Berlin-Mitte), der Zimmerstraße 7/8 (Berlin-Mitte) und der Breiten Straße 8/9 (Berlin-Mitte) angenommen werden. Im Folgenden werden diese Verflechtungen zwischen den Handlungsräumen anhand von biografischen Skizzen osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen weiter vertieft.

### **3.2 Fallbeispiele – osteuropäisch-jüdische SozialistInnen als MittlerInnen zwischen den Handlungsräumen**

Im Folgenden erfolgt in Form eines personenbezogenen Ansatzes eine detaillierte Darstellung der Verflechtungen zwischen den sozialistischen Handlungsräumen Berlins. Anhand biografischer Skizzen von neun osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen werden die im vorherigen Kapitel bereits angedeuteten Überschneidungen sichtbar gemacht. Zugleich sind die neun biografischen Skizzen ebenfalls als Ergänzung zu den Ausführungen aus Kapitel 2.3 zu verstehen, da anhand ihrer die politische, soziale und gesellschaftliche Heterogenität innerhalb der Exilgruppe und die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten während der Exilzeit sichtbar werden.<sup>222</sup> Um das unterschiedliche Agieren der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen während ihrer Zeit in Berlin zu kontextualisieren, werden in den Skizzen auch die biografischen Werdegänge vor der Berliner Exilzeit aufgeführt.

#### **3.2.1 Der Internationalist – Rafail Abramovič**

Rafail Abramovič lebte von 1920 bis 1933 im Berliner Exil und war während dieses Zeitraumes einer der zentralen sozialistischen Parteipolitiker des jiddisch- und russischsprachigen Handlungsraumes. Ferner unterhielt er enge Kontakte zu deutschsprachigen und anderen internationalen WortführerInnen der sozialisti-

---

<sup>222</sup> Kurze biografische Skizzen der 46 osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die zeitweilig im Berlin der Weimarer Republik lebten, befinden sich im Anhang der Arbeit.



schen ArbeiterInnenbewegung und arbeitete als Auslandskorrespondent für den jiddischsprachigen *Forverts*. Abramovič wurde 1880 in der im Norden des jüdischen Ansiedlungsrayons liegenden Stadt Dvinsk geboren.<sup>223</sup> Sein bürgerlicher Name war Rafail Rein, Abramovič ein Parteipseudonym, das er seit der Revolution von 1905 trug und fortan zu seinem Ruf- und Hauptnamen wurde. Die Kindheit verbrachte er in einer vom liberalen Judentum geprägten Umgebung. Ab dem 9. Lebensjahr besuchte er den *Cheder*. Seine Geburtsstadt beschreibt er in seinen Erinnerungen als zweigeteilt, bestehend aus einem fast gleichgroßen jiddisch- und russischsprachigen Stadtgebiet. Abramovič selbst war tief im jiddischsprachigen Teil der Stadt verwurzelt; aufgrund seines liberalen Elternhauses kam er aber auch punktuell mit russischsprachigen BewohnerInnen in Berührung.<sup>224</sup> Anschluss zur revolutionären Bewegung fand er während seines letzten Schuljahres. Kurz vor der Jahrhundertwende war Abramovič dann erstmalig für den *Bund* aktiv: In Riga bot er jiddischsprachige Kurse der Politik und Ökonomie für dortige jüdische ArbeiterInnen an. Bis zum Ersten Weltkrieg bekleidete er in der sich in der Illegalität befindenden Partei verschiedene Parteiämter; zugleich war er Mitglied in der SDAPR.

Nach einer Festnahme und Verbannungszeit im östlichen Teil des Russländischen Reiches floh Abramovič Anfang 1911 nach Westeuropa. Er nahm für ein halbes Jahr Abstand vom parteipolitischen Alltagsgeschäft und forschte stattdessen während eines Aufenthaltes in Berlin und Heidelberg zur jüdischen Geschichte. Hierbei bemühte er sich um eine marxistisch begründete Darstellung der besonderen historischen Entwicklung der jüdischen Bevölkerung, woraus ein erster jiddischsprachiger Artikel entstand, den er in einer US-amerikanischen Zeitschrift publizierte.<sup>225</sup> Im Berliner Exil der 1920er Jahre sollte er durch eine zusammen mit Abraham Menes herausgegebene Publikation an diese Forschungsarbeit anknüpfen.<sup>226</sup> Im Juni 1911 kehrte Abramovič in das politische Alltagsgeschäft zurück. Von nun an arbeitete er bis 1917 vornehmlich aus der Schweiz für die Auslandsvertretung des *Bund*.

Wie zahlreiche andere osteuropäische RevolutionärInnen kehrte Abramovič im Sommer 1917 zurück nach Sowjetrussland, wo er sofort in den bereits aufge-

---

**223** Seit 1920 heißt die Stadt Daugavpils. Offiziell hieß sie bis 1893 Dünaburg und wurde anschließend in Dvinsk umbenannt. Abramovič und andere ExilantInnen verwendeten den Städtenamen Dvinsk jedoch auch für die Zeit vor 1893.

**224** Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 1, S. 4–17.

**225** Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 1, S. 338–340. Dieser Artikel wurde noch von einem Freund aus dem Russischen ins Jiddische übersetzt.

**226** Vgl. Menes, Abraham/Abramovitsh, Rafail: Leyenbukh tsu der geshikhte fun ishral. Ershter tayl. Berlin 1923.

bauten Rätestrukturen aktiv wurde. Mit der Machtergreifung der Bol'sheviki engte sich sein politischer Handlungsspielraum schon nach wenigen Monaten wieder stark ein. Beispielhaft zu nennen sind hierfür die parteipolitischen Konferenzen der Bol'sheviki, die zentral für die politische Ausrichtung des Landes waren. Als Men'shevik durfte Abramovič sie nur als passiver Teilnehmer besuchen.<sup>227</sup> Die Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit sowie die Verfolgung von SozialdemokratInnen durch die Bol'sheviki waren Anfang 1920 die zentralen Gründe für seinen erneuten Gang ins Exil. Konkreter Anlass für die Beantragung eines Visums war der USPD-Parteitag in Halle, zu dem Abramovič zusammen mit Julij Martov vom rechten Parteiflügel der USPD eingeladen wurde. Abramovič und Martov sollten die Parteitagsdelegierten davon überzeugen, keine Mitgliedschaft der USPD für die KI zu beantragen. Der Kontakt zur USPD entstand wenige Monate zuvor, als die beiden SDAPR-Politiker in Moskau mit den USPD-Politikern Wilhelm Dittmann und Arthur Crispian zusammentrafen. Die beiden Deutschen waren Teil einer vierköpfigen Parteidelegation, die anlässlich des Kongresses der KI in Sowjetrußland weilte.<sup>228</sup>

Eine Ausreisegenehmigung für sozialistische PolitikerInnen durch die sowjetischen Behörden war 1920 keineswegs selbstverständlich, jedoch konnte Abramovič zusammen mit seiner Familie nach längerem Warten tatsächlich auf legale Weise Sowjetrußland verlassen. Die Erteilung der Ausreisegenehmigung nahm jedoch etwas Zeit in Anspruch, sodass es ihm nicht mehr möglich war, am USPD-Parteitag in Halle teilzunehmen. Dass seine Fahrt, die ihn im November 1920 direkt nach Berlin brachte, ein endgültiger Abschied aus Sowjetrußland werden sollte, konnte er zu diesem Zeitpunkt noch nicht ahnen. Allerdings verweisen seine ersten Aktivitäten in Berlin darauf, dass er davon ausging, eine längerfristige Zeit im politischen Exil zu verbringen. In Anknüpfung an frühere Exilerfahrungen machte er sich in der deutschen Hauptstadt mit weiteren sozialistischen ExilantInnen sofort daran, eine SDAPR-Auslandsvertretung zu gründen und mit dem *Socialističeskij vestnik* eine russischsprachige sozialistische Partei-Zeitschrift herauszugeben.

Im Laufe der Berliner Exilzeit hatte Abramovič mehrere politische Funktionen innerhalb der SDAPR inne: Er war Mitherausgeber der russischsprachigen Partei-Zeitschrift, Mitglied des Berliner Zentralkomitees, saß ab 1923 als Parteivertreter im Exekutivkomitee der SAI und fungierte als Parteidelegierter auf SAI-Kongres-

---

<sup>227</sup> Vgl. Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 2, S. 334.

<sup>228</sup> Vgl. für den Besuch der vier USPD-Politiker in Moskau Prager, Eugen: *Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Darmstadt 1970. S. 219f. Die Zusammenkunft zwischen SDAPR und ausländischen Politikern erwähnt Abramovič in: Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 2, S. 338.

sen. Aufgrund dieser politischen Funktionen wurde er nach dem Ersten Weltkrieg primär als Politiker der SDAPR und nicht mehr als Bundist wahrgenommen. Nichtsdestotrotz blieb Abramovičs persönliches Selbstverständnis das eines ost-europäisch-jüdischen Sozialisten, weshalb er innerhalb der SAI versuchte, sowohl die Interessen der SDAPR als auch die des *Bund* zu vertreten.<sup>229</sup>

Sein doppeltes Zugehörigkeitsverständnis könnte ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass er bei parteiinternen Streitigkeiten innerhalb der SDAPR vermittelnd wirkte und versuchte, die unterschiedlichen nationalen Parteientitäten zusammenzuführen. So argumentierte er 1930 in einer parteiinternen Auseinandersetzung über nationale Souveränität, dass aus seiner eigenen Perspektive die Parteiinteressen der einzelnen nationalen Parteistrukturen hinter das generelle Interesse des Kampfes um eine demokratische Sowjetunion zurücktreten müssten. Er fügte aber zugleich hinzu, dass sowohl die Beschlüsse der SDAPR als auch die der SAI Forderungen von nationalen sozialistischen Parteigruppierungen aus der multiethnischen Sowjetunion, wie sie beispielsweise georgische ExilantInnen formulierten, explizit zulassen würden.<sup>230</sup> Ein Jahr zuvor hatte sich die SDAPR erstmalig offiziell zur nationalen Selbstbestimmung innerhalb des sowjetischen Vielvölkerstaates geäußert.<sup>231</sup> Abramovič vertrat hierbei die „Forderung des ‚freien Selbstbestimmungsrechtes‘ für alle Nationen [...], die durch einen freien, demokratisch durchgeführten Mehrheitsbeschluss ihren Willen zur Selbstständigkeit kundgeben werden“<sup>232</sup>. Die Äußerungen zeigen, dass für Abramovič während der Berliner Exilzeit das Zusammendenken von einem gemeinschaftlichen sozialistischen Kampf innerhalb der SDAPR und einem bundischen Selbstverständnis fortwährender Fixpunkt seines politischen Engagements blieb.

Die verstärkte Sichtbarkeit seines Engagements für die SDAPR war demnach weniger einem veränderten politischen Selbstverständnis und einer Abkehr vom *Bund* geschuldet, sondern hing vielmehr mit der veränderten politischen Lage nach dem Ersten Weltkrieg und seinem Exilstatus zusammen. Hierfür spricht auch, dass er innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes gemeinsam mit Isai Judin 1922 die Auslandsvertretung des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*<sup>233</sup> gründete, welche der SDAPR „als autonomer Teil angegliedert“<sup>234</sup>

**229** Vgl. Abramovič, Rafail: RSI i sionizm. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 10 (31.05.1930). S. 8–10.

**230** Abramovič, Rafail: K nazional'nomy voprosu. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 10–13. Hier S. 12f.

**231** Vgl. Zentralkomitee der SDAPR: Platforma k nacional'namu voprosy. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 17f.

**232** Brief von Rafail Abramovič an Karl Kautsky vom 09.05.1929. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15\_90–95.

**233** Vgl. N. N.: Izveščenie. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 10 (16.05.1922). S. 15.

war. Zu Beginn der 1930er Jahre war er ebenfalls Herausgeber der im Rahmen des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* publizierten jiddischsprachigen Zeitschrift *Undzer gedank*.<sup>235</sup>

Unter den ExilpolitikerInnen gehörte Abramovič zu denjenigen, die überfraktionelle Bündnisse in der russländischen Sozialdemokratie vorantrieben. Seiner Einschätzung nach konnte die politische Lage in der Sowjetunion nur gemeinsam verändert werden, weswegen ihm aus dem Exil heraus ein gemeinsames Engagement unter dem Dach der SDAPR zielführender erschien als ein ausschließliches Engagement für den quantitativ kleineren *Bund*. Abramovič war außerdem der Vertreter der SDAPR im SAI-Exekutivkomitee. In dieser Funktion nahm er seit 1923 an zahlreichen internationalen Sitzungen und Konferenzen teil. Auch darüber hinaus unterhielt er einen intensiven persönlichen und politischen Austausch zu AnführerInnen der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Die Kommunikation mit deutschsprachigen PolitikerInnen führte er dabei auf deren Muttersprache. Auch an anderen Stellen war Abramovič im deutschsprachigen Handlungsraum sichtbar. Er veröffentlichte mehrere deutschsprachige Publikationen und schrieb Artikel für sozialistische Zeitungen und Zeitschriften.<sup>236</sup>

Neben seinem politischen Engagement war Abramovič ebenfalls Berliner Auslandskorrespondent des jiddischsprachigen *Forverts*, wodurch er in den USA eine vollkommen andere Wahrnehmung genoss als in Europa. Der „berühmte Berliner Bund-Führer“<sup>237</sup> publizierte während seiner Berliner Zeit im *Forverts* knapp 150 Artikel über die politische Situation in der Weimarer Republik und Osteuropa. Ferner unterhielt er enge Beziehungen zu verschiedenen sozialistischen jüdischen Verbänden in Amerika. 1925 und 1929 reiste er für mehrere Wo-

---

**234** Zitiert aus dem Parteifragebogen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands der SAI von 1933. In: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 3.157.

**235** *Undzer Gedank*. Sotsialistischer zhurnal. Organ fun der oyslendisher delegatsie fun ‚bund‘ in ratn-farband. Berlin 1931. Erschienen sind die erste und eine gemeinsame zweite und dritte Ausgabe.

**236** Gedruckte Monografien: Adler/Abramowitsch/Blum/Vandervelde, *Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale*; Abramowitsch, Raphael: *Wandlungen der bolschewistischen Diktatur*. Berlin 1931; Abramowitsch, Raphael: *Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion*. Berlin 1930; Abramowitsch, Raphael/Suchomlin, W[assilij]/Zeretelli, I[raklij] (Hrsg.): *Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Russland und Georgien*. Berlin 1925; Abramowitsch, Raphael: *Die Zukunft Sowjetrusslands*. Jena 1923. Abramovič schrieb Rezensionen für *Die Bücherwarte* (Berlin) und publizierte Artikel in *Der Kampf* (Wien), *Der Vorwärts* (Berlin), *Die Gesellschaft* (Berlin) und *Die Freiheit* (Berlin).

**237** Ankündigung des Korrespondenten Rafail Abramovič durch die *Forverts*-Redaktion in folgendem Artikel: Abramovitsh, Rafail: *Di berliner konferents fun di sotsialistische internatsionalen*. In: *Forverts*, Vol. 25 (1922), Nr. 8.949 (02.05.1922). Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 36.

chen im Auftrag der SDAPR in die USA und Kanada, wo er in Kooperation mit Parteien und Organisationen der jüdischen ArbeiterInnenbewegung Vorträge über die Situation in der Sowjetunion hielt und Spendengelder für die Exilarbeit der SDAPR in Berlin sammelte.<sup>238</sup>

In den frühen 1930er Jahren führten zwei Entwicklungen zu einer politischen Neuorientierung Abramovičs.<sup>239</sup> Zum einen war Abramovič 1931 Mitangeklagter in einem Moskauer Schauprozess, der sich gegen die russländische Sozialdemokratie richtete. Aufgrund der im Verfahren erhobenen Anklagen gegen ihn persönlich musste er sich intensiv mit den politischen Realitäten in der Sowjetunion beschäftigen und sah sich in der Weimarer Republik mit starken Anfeindungen von kommunistischer Seite konfrontiert.<sup>240</sup> Diese persönliche Diffamierung seiner Person trug sicherlich zu einem härteren Urteil seinerseits gegenüber der politischen und ökonomischen Situation in der Sowjetunion bei, was bei einigen seiner früheren Weggefährten auf Unverständnis stieß. Vladimir Kosovski bezeichnete beispielsweise 1931 den *Socialističeskij vestnik* und die vom Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion herausgegebene Zeitschrift *Undzer gedank* als einseitige „Kampforgane“, die ein Gefecht gegen die Sowjetunion führen würden.<sup>241</sup> Zum anderen erlebte Abramovič zeitgleich das Erstarken der faschistischen Bewegungen in Europa und speziell der NSDAP in der Weimarer Republik. Die von ihm im *Forverts* publizierten Artikel zeigen, dass er bei der Bewertung dieser Entwicklung einen gesamteuropäischen Blick einnahm. Die Geschehnisse in der Weimarer Republik versuchte er, einerseits in einen westeuropäischen Gesamtkontext einzuordnen und andererseits mit den Entwicklungen in der Sowjetunion in Beziehung zu setzen. Abramovič betrachtete dabei die faschistische und kommunistische Bewegung, ohne sie gleichzusetzen, gleichermaßen als Gefahren für die bestehende parlamentarische Demokratie und eine anzustrebende sozialistische Gesellschaft. Er warnte in scharfer Form vor dem Nationalsozialismus und verteidigte im Gegensatz zu politisch weiter links stehenden ExilantInnen aus realpolitischen Gesichtspunkten heraus die Tolerierung der Brüning-Regierung durch die Reichstagsfraktion der SPD. Zugleich distanzierte er sich aber von anderen politischen Entscheidungen der SPD-Führung und warb für eine

---

**238** Vgl. diesbezügliche Berichte: N. N.: Poezdka tov. Abramoviča v Ameriku. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 1 (17.01.1925). S. 16; N. N.: Tov. R. Abramovič v Amerike. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 3 (18.02.1925). S. 16; N. N.: R. Abramovič v Amerike. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 3 (08.02.1930). S. 16; Abramovič, Rafail: Moja poezdka po Amerike. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 11 (14.06.1930). S. 11–14.

**239** Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 333.

**240** Vgl. hierzu auch Kapitel 4.2 in dieser Arbeit.

**241** Kosovski, Vladimir: A krumer shpigl. In: NF, Vol. 6 (1931), Nr. 207 (07.08.1931). S. 4 und S. 9. Hier S. 4.

stärkere außerparlamentarische Gegenwehr der deutschen ArbeiterInnenbewegung, namentlich durch die Gewerkschaften und die SPD, gegen die NSDAP. Hierdurch sollten die aus seiner Perspektive notwendigen parlamentarischen Kooperationen der deutschen Sozialdemokratie mit bürgerlichen und konservativen Parteien mit dem ebenso notwendigen Entstehen für linke politische Alternativen für die Weimarer Republik in Einklang gebracht werden.

Abramovičs beginnende Entfremdung von der Parteilinie der SDAPR – aufgrund der Angst vor einer Konterrevolution wurde zwar inhaltliche Kritik, aber keine Generalkritik an der Sowjetunion geübt – hing auch mit seiner veränderten Wahrnehmung der politischen Situation in Europa zusammen. Verglichen mit den 1920er Jahren ergab sich für ihn bereits zu Beginn der 1930er Jahre eine völlig neue Gefahrenlage, weswegen er von der sozialistischen Bewegung in Europa ein pragmatisches Handeln einforderte. Diese Einstellung verstärkte sich durch die Machtübergabe an die NSDAP in Deutschland drastisch, sodass er im September 1933 an einen Freund in den USA schrieb:

Wir müssen uns überhaupt damit abfinden, dass in der gegebenen Weltsituation des Proletariats die Taktik der einzelnen Parteien nur auf einer weitgehendsten taktischen Autonomie aufgebaut werden kann, wie diese auch in den Entschliessungen der Pariser Konferenz deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Wir können es uns ruhig gestatten, in einem Land „reformistisch“, in einem anderen Land revolutionär zu sein. Die Internationale wird dadurch nicht aufhören, eine geistige und politische Einheit zu sein, wenn wir diese „gestaffelte“ Taktik mit Bewusstsein durchführen, wenn wir nicht zu Gefangenen starrer Prinzipien, einerseits, fremder Klassenkräfte andererseits werden.<sup>242</sup>

In den frühen 1930er Jahren wandte sich Abramovič wieder einer jiddischsprachigen wissenschaftlichen Publikation zu. Zusammen mit anderen ExilantInnen, welche nicht nur aus dem sozialistischen Spektrum kamen, bereitete er die Herausgabe einer jiddischsprachigen Enzyklopädie vor.<sup>243</sup> Genau wie zu Beginn seiner Exilzeit in Westeuropa im Jahre 1911 sowie zu Beginn der 1920er Jahre war Abramovič damit in den 1930er Jahren nicht nur politisch und journalistisch, sondern ebenfalls wissenschaftlich tätig. Eine endgültige Klärung, weswegen er sich der Herausgabe einer Enzyklopädie zuwandte, konnte nicht erfolgen. Wahrscheinlich erscheint, dass es sich um eine Reaktion auf die von ihm wahrgenommene bedrohte Lage der osteuropäischen Judenheiten handelte. Hierfür

---

**242** Brief von Abramovič an [Wilhelm] Ellenbogen vom 08.09.1933. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

**243** Vgl. zur *Gesellschaft Dubnow-Fonds für die jiddische Encyclopedia* und zur jiddischsprachigen Enzyklopädie auch Kapitel 3.1.1.3 und 3.2.7 in dieser Arbeit.

spricht, dass Abramovič diese Arbeit nach 1933 auch aus dem Pariser Exil heraus fortführte.

Zusammen mit der parteipolitischen Exilgruppe der SDAPR verließ Abramovič kurz nach der Machtübergabe an die NSDAP den Berliner Exilort. Ehe er nach New York migrierte, wo er 1963 verstarb, führte er bis 1939 seine politische, journalistische und wissenschaftliche Tätigkeit von Paris aus fort.

Abramovič war zugleich osteuropäischer Politiker, Journalist und Wissenschaftler und übte diese Tätigkeiten im russisch-, jiddisch- und deutschsprachigen Handlungsraum aus. In Berlin verstand er sich als Vertreter der gesamten russländischen ArbeiterInnenschaft; zugleich setzte er sich als bekennender Bundist auch explizit für die Belange der osteuropäischen Judenheiten ein. Seine politischen Kontakte reichten weit über die Berliner Handlungsräume hinaus. In politischen Auseinandersetzungen innerhalb der SDAPR und innerhalb der SAI wirkte er oftmals als vermittelnde Kraft. So verfolgte er beispielsweise als Mitglied des Exekutivkomitees der SAI in den 1920er Jahren erfolglos die bereits von Martov erhobene Forderung nach einem Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen sozialistischen Parteien, die er als eine wichtige Lehre aus dem Scheitern der Sozialistischen Internationale vor dem Ersten Weltkrieg ansah.

### 3.2.2 Der Literat und Jiddischist – Dovid Bergelson

Für den Literaten Dovid Bergelson war Berlin in den 1920er und frühen 1930er Jahren ein temporärer Lebensmittelpunkt, aus dem heraus er aufgrund spezieller ökonomischer Voraussetzungen publizieren und an bestehende Netzwerke anknüpfen konnte.<sup>244</sup> Geboren 1884 in der kleinen Ortschaft Okhrimovo<sup>245</sup> im Nordwesten der heutigen Ukraine wuchs Bergelson in einer wohlhabenden osteuropäisch-jüdischen Familie auf. Bereits in seinen Jugendjahren musste er den Tod seiner Eltern verkraften. Wegen des sozialen und finanziellen Hintergrundes seiner Familie konnte er dennoch eine außerordentliche Bildungsförderung in Anspruch nehmen. Er erfuhr im *Cheder* eine religiöse Bildung und wurde ebenfalls in Form von Privatstunden in säkularen Fächern unterrichtet. Mit 19 Jahren verließ Bergelson seinen Heimatort Richtung Kiew, wo er bis 1921 als Literat lebte und arbeitete.

---

**244** Für eine Bibliografie der jiddisch- und englischsprachigen Werke von Dovid Bergelson vgl. Saltzman, Roberta: A Bibliograph of David Bergelson's Works in Yiddish and English. In: Estraikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 306–336.

**245** Der heutige Stadtname ist Sarni.

Seine literarische Karriere begann Bergelson mit Publikationen in hebräischer Sprache, bevor er um 1907 herum zur jiddischen Sprache wechselte. Mit der Novelle „Arum vokzal“ gelang ihm 1909 ein literarischer Durchbruch. Der mit der *Poale Tsion* sympathisierende Bergelson avancierte daraufhin zu einem der bekanntesten Schriftsteller in Kiew – einer Stadt, die nach dem Ersten Weltkrieg zu einem kurzlebigen Zentrum der jiddischen Kultur und Literatur in Europa wurde.<sup>246</sup>

Nach dem einsetzenden Bürgerkrieg verließ Bergelson Kiew aufgrund der extrem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation und zog in die Hauptstadt der Weimarer Republik. Auch dort verdiente er seinen Lebensunterhalt als jiddischsprachiger Schriftsteller. Bereits kurz nach seiner Ankunft wurden mit „Am Bahnhof“ und „Das Ende vom Lied“ zwei seiner bereits publizierten jiddischsprachigen Novellen in deutscher Übersetzung veröffentlicht.<sup>247</sup> Von Berlin aus verfasste er weitere Novellen und Kurzgeschichten und schrieb für jiddischsprachige Zeitungen.

In den während des Exils verfassten literarischen Texten verarbeitete Bergelson autobiografische Ereignisse und eigene Beobachtungen.<sup>248</sup> Häufiger Handlungsraum seiner Texte ist die Migrationsgemeinschaft, in der Bergelsons ProtagonistInnen mit erheblichen familiären, sozialen und ökonomischen Herausforderungen umgehen müssen.<sup>249</sup> Beispielhaft hierfür ist die Novelle „Tsvishn emigrantn“, in der ein in Berlin lebender osteuropäisch-jüdischer Schriftsteller von einem weiteren jüdischen Emigranten besucht wird. Der sich selbst als „jüdischer Terrorist“ bezeichnende Emigrant stammt aus der Ukraine und verlor bei Pogromen enge Familienangehörige. In Berlin trifft er im Auffanglager für Geflüchtete auf den Mann, der für den Mord an seiner Familie verantwortlich ist. Der „jüdische Terrorist“ plant ein Attentat auf den Ukrainer, verwirklicht dies jedoch niemals. Die Novelle endet stattdessen mit dem Suizid des jungen jüdischen

---

**246** Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 85; Novershtern, Avraham: Bergelson, Dovid. In: YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abgerufen unter: [https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bergelson\\_Dovid](https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bergelson_Dovid) [19.08.2018].

**247** Deutschsprachige Übersetzungen von Dovid Bergelsons Werken: Bergelson, David: *Am Bahnhof*. Berlin u. a. 1922; Bergelson, David: *Das Ende vom Lied*. Berlin 1923. Beide Bücher wurden von Alexander Eliasberg aus dem Jiddischen übersetzt.

**248** Vgl. hierfür auch die Überlegungen in: Saß, Berliner Luftmenschen, S. 130 f.

**249** Vgl. Clifford, Dafna: *From Exile to Exile: Bergelson's Berlin Years*. In: Estraiakh, Gennady/Krutikov, Mikhail (Hrsg.): *Yiddish and the Left. Papers of the Third Mendel Friedman International Conference on Yiddish*. Oxford 2001. S. 242–258. Hier S. 251.



Protagonisten.<sup>250</sup> Mit der fiktiven Novelle beschreibt Bergelson den Berliner Migrationsraum, in dem sich frühere TäterInnen und Opfer sehr nahe kamen.

Neben seiner literarischen Tätigkeit engagierte sich Bergelson in unterschiedlichen jiddisch- und russischsprachigen Organisationen. Er hielt Vorträge für den Verein ORT und wurde 1924 zusammen mit Jakob Leshtinsky in den Vorstand des *Sholem-Alechem-Klubs* gewählt.<sup>251</sup> Bei der Eröffnung des Klubs war Bergelson einer der Festredner, was seine gesellschaftliche Relevanz für den zeitgenössischen jiddischsprachigen Handlungsraum unterstreicht.<sup>252</sup> Ferner engagierte er sich im Kulturverein *Pogress*, in der aus Kiew nach Berlin verlegten *Kultur-lige* und als Vorstandsmitglied im Berufsverband jiddisch- und hebräischsprachiger SchriftstellerInnen und JournalistInnen in Deutschland.<sup>253</sup>

Durch den Wechsel seines hauptsächlichen Publikationsorganes vollzog Bergelson Mitte der 1920er Jahre eine aufsehenerregende Kehrtwende in seiner politischen Positionierung. Bis dahin wurden seine Kurzgeschichten in unregelmäßigen Abständen im New Yorker *Forverts* publiziert.<sup>254</sup> Seine Tätigkeit als freier Mitarbeiter für die sozialistische Tageszeitung beendete er 1926 aufgrund bestehender politischer Differenzen. Besonders missfiel ihm die aus seiner Perspektive vorherrschende antisowjetische Einstellung der Zeitung. Fortan publizierte er in der ebenfalls in New York herausgegebenen und der kommunistischen Bewegung nahestehenden Zeitung *Frayhayt*. Diese ermöglichte ihm noch im selben Jahr eine Rückkehr in die Sowjetunion. Als Korrespondent fuhr Bergelson nach Moskau und auf die Krim, wo er sich über die im Land vonstattengehenden Verände-

---

**250** Für eine Inhaltszusammenfassung und inhaltliche Bewertung der Erzählung „Tsvishn emigrantrn“ vgl. auch Senerovich, Sasha: In Search of Readership: Bergelson among the Refugees (1928). In: Estraikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 150 – 166. Hier S. 154.

**251** Für den Verein ORT hielt Bergelson mindestens zwei Vorträge: am 06.11.1922 im *Café Landgraf* (vgl. Rul', Vol. 3 (1922), Nr. 599 (16.11.1922). S. 6) und am 23.12.1924 im *Nollendorf-Casino* in der Kleiststr. 41 (Berlin-Charlottenburg) – vgl. Rul', Vol. 5 (1924), Nr. 1234 (23.12.1924). S. 4. Für das Engagement im *Sholem-Alechem-Klub* vgl. Estraikh, Vilna on the Spree, S. 119. Ebenfalls im *Sholem-Alechem-Klub* in Berlin fand am 01.03.1925 ein Vortrag von Bergelson mit dem Titel: „Die zwei Orientierungen der jüdisch-nationalen Bewegung“ statt. Vgl. Rul', Vol. 6 (1925), Nr. 1.290 (01.03.1925). S. 5.

**252** Vgl. Estraikh, Vilna on the Spree, S. 119.

**253** Vgl. Saß, Berliner Luftmenschen, S. 162, S. 182 und S. 231.

**254** Vgl. N. N.: Bergelson, Dovid. In: Schulman, Elias (Hrsg.): Leksikon fun forverts shrayber. New York 1987. S. 12.

rungen informierte.<sup>255</sup> Zwei Jahre später gelangte er mit Unterstützung der Zeitung für mehrere Monate in die USA.<sup>256</sup>

Seinen politischen Bruch mit der sozialistischen Bewegung begründete Bergelson in der von ihm selbst herausgegebenen, sehr kurzlebigen Zeitschrift *In shpan*, von der 1926 zwei Ausgaben erschienen. In ihr stellte er im Artikel „Dray tsentern“ dar, dass es mit den USA, Polen und der Sowjetunion drei zeitgenössisch relevante jiddischsprachige Zentren gebe. Im Vergleich dieser Zentren sah Bergelson für die jiddischsprachige Kultur- und Literaturszene die größten Entfaltungsmöglichkeiten in der Sowjetunion. Diese würden sich aus der Kombination von bolschewistischer Revolution und Herrschaft sowie der in dieser Zeit bestehenden kulturellen Autonomiekonzepte für nationale Minderheiten im Land ergeben.<sup>257</sup> Von Berlin aus trat Bergelson deshalb in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre für eine jüdische nationalkulturelle Autonome Republik auf der Krim ein und sprach sich wenige Jahre später auch für die Autonome Jüdische Republik Birobidžan aus. Ferner war er von Berlin aus Unterstützer des *Initiativ-Komitees zur Unterstützung der jüdischen Siedlungen in der Sowjet-Union*.<sup>258</sup>

Durch die Hinwendung zur kommunistischen Bewegung veränderte sich zwangsläufig das politische Umfeld Bergelsons im Berliner Handlungsraum. Der „Soviet Yiddish writer“<sup>259</sup> trat 1929 bei einem „anti-religiösen Abend“ des kommunistisch orientierten *Jüdischen Arbeiter- und Kulturvereins* auf.<sup>260</sup> Insgesamt verbrachte Bergelson ab 1929 jedoch weniger Zeit in Berlin. Stattdessen unternahm er zahlreiche Reisen, die ihn in europäische und US-amerikanische Städte führten.<sup>261</sup>

Endgültig verließ Bergelson Berlin kurz nach der Machtübergabe an die NSDAP. Nach einem kurzen Aufenthalt in Kopenhagen kehrte er 1934 zusammen mit seiner Familie zurück in die Sowjetunion, von wo aus er in den 1930er und

---

**255** Vgl. Sherman, Joseph: David Bergelson (1884–1952): A Biography. In: Estraiikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 7–78. Hier S. 41.

**256** Vgl. Sherman, David Bergelson, S. 45.

**257** Vgl. Sherman, David Bergelson, S. 37f. Im Anhang dieses Sammelbandes (S. 347–355) ist eine von Joseph Sherman verfasste englischsprachige Übersetzung von Bergelsons Artikel „Dray tsentern“ abgedruckt.

**258** Bergelson war der einzige Jiddischist im Komitee. MitstreiterInnen waren die deutschsprachigen Schriftsteller Alfons Goldschmidt und Arthur Holitscher, der Kommunist Eduard Fuchs und die Pazifistin Helene Stöcker. Vgl. Estraiikh, Introduction. Yiddish on the Spree, S. 20.

**259** Clifford, From Exile to Exile, S. 256.

**260** Vgl. Veranstaltungsankündigung. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

**261** Clifford, From Exile to Exile.

1940er Jahren weiterhin als jiddischsprachiger Literat tätig war und sich während des Zweiten Weltkrieges im *Jüdischen Antifaschistischen Komitee (JAK)* engagierte. Bergelsons positiver Bezug zur Sowjetunion und selbst sein Engagement im JAK konnten ihn jedoch nicht vor antisemitischer Verfolgung in der spätstalinistischen Zeit schützen. Anfang 1949 wurde er verhaftet und am 12. August 1952 mit anderen jiddischsprachigen LiteratInnen und Intellektuellen hingerichtet.<sup>262</sup>

Dovid Bergelson war ein sich der revolutionären Bewegung zugehörig führender jiddischsprachiger Literat, für den Berlin durch die Wirren des Bürgerkrieges zu einem temporären Lebensmittelpunkt wurde. Ben-Adir, Ben-Baruch, Dovid Eynhorn und Moshe Kulbak sind weitere zeitgenössisch bekannte jiddischsprachige Literaten, die sich in den 1920er Jahren ebenfalls in der Hauptstadt der Weimarer Republik niederließen und dort sicherlich mit Bergelson in Kontakt standen. Durch die erzwungene Migrationsbewegung konnte der bereits in Kiew bekanntgewordene Bergelson somit an bestehende Netzwerke anknüpfen und aufgrund der speziellen Voraussetzungen zu Beginn der 1920er Jahre aus der Stadt heraus seine literarische Karriere fortsetzen.

Bergelsons Lebensweg ist ein Beispiel für das in den 1920er Jahren bestehende revolutionäre kulturelle Milieu in Berlin, in dem politische Zugehörigkeiten zwischen Sozialismus und Kommunismus fließend waren – ein wesentlicher Unterschied zu den Biografien parteipolitischer ExilantInnen. In diesen kulturpolitischen Zusammenhängen des sozialistischen Berliner Handlungsraumes war die literarische Tätigkeit mit einem revolutionären Anspruch verbunden. Bergelson bewegte sich in diesem Handlungsraum, publizierte fortwährend literarische Werke und nahm zugleich an den politischen Debatten der Zeit teil. Mitte der 1920er Jahre löste er sich aus dem sozialistischen Handlungsraum und wandte sich ideologisch der Sowjetunion zu.

Durch seine Rückkehr in die Sowjetunion rettete sich Bergelson vor dem Holocaust. Umso tragischer erscheint es, dass er und andere jiddischsprachige LiteratInnen zu Beginn der 1950er Jahre dem Antisemitismus der sowjetischen Regierung in der Zeit des Spätstalinismus zum Opfer fielen.

---

**262** Vgl. Naumov, Vladimir P./Rubenstein, Joshua: *Stalin's Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish Anti-Fascist Committee*. New Haven/London 2001; Novershtern, Avraham: Bergelson, Dovid. In: *YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*. [https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bergelson\\_Dovid](https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bergelson_Dovid) [20.08.2018].

### 3.2.3 Der „russische Ebert“ – Fëdor Dan

Fëdor Dan war während seiner elfjährigen Berliner Exilzeit der führende Exilpolitiker der SDAPR-Auslandsvertretung. Der gebürtige Fëdor Il'ič Gurvič wurde am 7. Oktober 1871 in St. Petersburg geboren. Er wuchs in einer assimilierten jüdischen Familie auf und auch für ihn selbst sollten religiöse Bräuche zeitlebens keine Rolle spielen. Für seine erste Ehe mit Vera Kočevnikova, mit der er zwei Söhne hatte und die 1908 offiziell geschieden wurde, konvertierte Fëdor Dan zum Christentum.<sup>263</sup>

Im Alter von 24 Jahren beendete Fëdor Dan in Dorpat<sup>264</sup> seine Promotion im Fach Medizin. Zur selben Zeit knüpfte er erste Kontakte zur sozialistischen Bewegung. Aufgrund dieses politischen Engagements verbrachte er bis 1917 gezwungenermaßen längere Lebensphasen in der Verbannung und im ausländischen Exil. Bereits 1901 lebte er erstmalig für kurze Zeit in Berlin, wo er sich einer Gruppe von AnhängerInnen der SDAPR-Parteizeitung *Iskra* anschloss und Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie knüpfte.<sup>265</sup> Nach einer kurzen illegalen Rückkehr ins Russländische Reich war er wenige Jahre später in den in Genf ausgetragenen politischen Streit innerhalb der *Iskra*-Redaktion involviert, der zur Spaltung der SDAPR in die Fraktion der Men'seviki und Bol'seviki führte. Dan schloss sich den Men'seviki an und entwickelte sich zu einem ihrer wichtigsten Wortführer. Nach der Revolution von 1905 migrierte er zurück ins Russländische Reich, von wo aus er 1907 erneut für sechs Jahre ins Exil ging. Erst lebte er in Berlin und anschließend, nach seiner Ausweisung aus dem Deutschen Reich, für mehrere Jahre in Paris.<sup>266</sup> 1913 kehrte er ins Russländische Reich zurück. Den Ersten Weltkrieg verbrachte Dan in der sibirischen Verbannung, wohin ihn seine Lebensgefährtin und spätere Frau Lidija begleitete, mit der er seit 1905 zusammenlebte. Fëdor Dan versuchte auch in der Verbannung, sein politisches Engagement fortzuführen. Zusammen mit Iraklij Cereteli war er Begründer der *Sibirischen Zimmerwaldgruppe*, die sich gegen den Krieg aussprach.

Wie viele der während des Krieges verbannten RevolutionärInnen erreichte Fëdor Dan im Frühling 1917 das revolutionäre Petrograd, wo er sofort in verschiedenen Funktionen politisch tätig wurde. In den wenigen Monaten bis zur Oktoberrevolution war er „Sprecher der Mehrheitsfraktion der „revolutionären

<sup>263</sup> Vgl. Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, S. XXXVIII.

<sup>264</sup> Der heutige Stadtname ist Tartu.

<sup>265</sup> Vgl. N. N.: Daty i političeskoj biografii F. I. Dana. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 4f. Hier S. 4.

<sup>266</sup> Vgl. Brachmann, Botho: Russische Sozialdemokraten in Berlin. 1895–1914. Berlin (Ost) 1962. S. 77–80 und S. 156–159.

Vaterlandsverteidiger“<sup>267</sup> innerhalb der SDAPR, Mitglied des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets und Zeitungsredakteur.<sup>268</sup>

Nach der Oktoberrevolution geriet Dan als Menševik immer stärker unter Druck. Dies mündete 1921 in seiner Verhaftung. Erst nach einem Hungerstreik durfte er gemeinsam mit anderen politischen Gefangenen, zu denen auch seine Frau Lidija gehörte, zum Jahreswechsel 1921/22 das Gefängnis wieder verlassen. Die Entlassung erfolgte unter der Bedingung, dass die SozialistInnen binnen weniger Tage ins ausländische Exil gehen mussten. Am 26. Januar 1922 verließ die Gruppe Sowjetrussland. Nach einem Zwischenstopp in Riga, während dessen die Formalien für eine Einreise in die Weimarer Republik geklärt wurden, trafen die ExilantInnen im Februar 1922 in Berlin ein.<sup>269</sup>

Im Berliner Exil wurde Dan als Mitglied des Parteizentralkomitees in Sowjetrussland sofort in das Zentralkomitee der SDAPR-Auslandsdelegation sowie in das Redaktionsteam der Parteizeitung aufgenommen. Bereits ein Jahr nach seiner Ankunft sollte er dem Verstorbenen Julij Martov als Parteivorsitzender nachfolgen. Diese Funktion übte er bis zum Beginn der 1940er Jahre an den Exilorten Berlin, Paris und New York aus. Er vertrat dabei die Belange der Partei, beschäftigte sich mit den politischen Entwicklungen in der Sowjetunion, nahm an Kongressen und Arbeitstreffen der SAI teil und war regelmäßiger Gesprächspartner in bi- und multilateralen Zusammenkünften mit VertreterInnen von sozialistischen Schwesterparteien.

Dans große Bedeutung für die sozialistische Exilgemeinde und seine Bekanntheit innerhalb der internationalen ArbeiterInnenbewegung können anhand der Festivitäten zu seinem 60. Geburtstag im Jahr 1931 verdeutlicht werden. Der *Socialističeskij vestnik* ehrte den „russischen Ebert“<sup>270</sup> mit einem Bild auf der Titelseite und mehreren Artikeln. Die in der Zeitungsausgabe ebenfalls veröffentlichte Liste der Beglückwünschenden aus Europa und den USA liest sich wie ein *who-is-who* der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Zu ihnen gehörten mit Alfred Braunthal, Rudolf Breitscheid, Paul Hertz, Paul Löbe und Tony Sender fünf

---

**267** Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 21.

**268** Vgl. Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 22.

**269** Vgl. N. N.: Menschewistenführer in Riga eingetroffen. In: Vorwärts. Morgen-Ausgabe, Vol. 19 (1922), Nr. 53 (01.02.1922). S. 1; Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, S. XLVIII.

**270** Abramovič, Rafail: K 60-letiju F. I. Dana. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 2f. Hier S. 3. Abramovič bezieht sich hierbei auf eine Aussage Trotzki gegenüber Dan aus dessen Autobiografie. Abramovič bestätigt im Text, dass Dan „sicherlich einige Ähnlichkeiten mit Ebert und anderen bedeutenden Parteianführern“ habe. Er habe sich seit der Oktoberrevolution aber nicht nur für die Klasseninteressen der russländischen, sondern auch für die der internationalen ArbeiterInnenschaft eingesetzt.

deutsche SozialdemokratInnen.<sup>271</sup> Ferner richtete der sozialdemokratische Debattierklub der SDAPR am 19. Oktober eine Geburtstagsfeier für den Jubilar aus. Geschmückt war der Veranstaltungsraum mit roten Blumen, Parteiemblemen, einer für den Anlass speziell angefertigten Büste von Dan und Porträts seiner zu dieser Zeit bereits verstorbenen politischen Mentoren Pavel Aksel'rod und Julij Martov.<sup>272</sup> Sowohl zu Aksel'rod als auch zu Martov unterhielt Dan vor und während des Berliner Exils ein sehr enges persönliches Verhältnis.<sup>273</sup>

Inhaltlich vertrat Dan als Anführer der SDAPR-Auslandsvertretung die sogenannte Martov-Linie des linken Parteiflügels. Die sich im Exil befindenden ExilantInnen setzten sich mehrheitlich dafür ein, „die Verteidigung Sowjetrußlands gegen die innere und äußere Konterrevolution mit der Ablehnung bzw. scharfen Kritik der bolschewistischen Herrschaftsmethoden zu verbinden“<sup>274</sup>. Hierfür war Dan über den russischsprachigen Exilraum hinaus aktiv. Im deutschsprachigen Handlungsraum publizierte er mehrere Monografien<sup>275</sup> sowie Artikel in den Theoriezeitschriften *Der Kampf* aus Wien und *Die Gesellschaft* aus Berlin. Weniger stark brachte sich Dan innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes ein. Dennoch pflegte er als Parteivorsitzender Kontakt zu den russländischen BundistInnen in Berlin sowie zu weiteren jüdischen Parteien der ArbeiterInnenbewegung in den USA, Polen und im Mandatsgebiet Palästina. Vereinzelt wurden auch Artikel von Dan in der Monatszeitung *Di tsukunft* publiziert.<sup>276</sup> Anders als bei

---

**271** Vgl. N. N.: Otkliki na jubilej F. I. Dana. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 5 f. Dan erhielt laut einem Bericht im SV 44 Glückwunschsreiben von Einzelpersonen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Polen und Lettland. Hinzu kamen Glückwunschsreiben aus der Sowjetunion sowie von Parteien und Zeitungsredaktionen aus Europa und den USA. Das Jubiläum fand auch Erwähnung im *Vorwärts*. Vgl. N. N.: Theodor Dan. Zu seinem 60. Geburtstag. In: *Vorwärts*. Morgen-Ausgabe, Vol. 48 (1931), Nr. 489 (18.10.1931). S. 11.

**272** Vgl. N. N.: Prazdnovanie 60-letija F. I. Dana v Berline. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 5.

**273** Vgl. die zehn Briefe von Fëdor Dan an Pavel Aksel'rod zwischen 1922 und 1929. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 174–176, Nr. 187, Nr. 191, Nr. 193–195, Nr. 201, Nr. 203, S. 320–365.

**274** Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 22.

**275** Bei den Monografien handelt es sich um: Dan, Theodor: Gewerkschaften und Politik in Sowjetrußland. Berlin 1923; Dan, Theodor: Sowjetrußland wie es wirklich ist: Ein Leitfadens für Rußlanddelegierte. Prag 1926; Dan, Theodor: Der Arbeiter in Sowjetrußland. Die Bilanz der kommunistischen Wirtschaftspolitik. Berlin u. a. 1923; Dan, Theodor: Die Sozialdemokratie Russlands nach dem Jahre 1908. In: Martov, Julius/Dan, Theodor: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926.

**276** In *Di tsukunft* sind in den 1920er Jahren drei Artikel von Fëdor Dan erschienen: Dan, Fëdor: Di oysedn politik fun bolshevism. In: *Di tsukunft*, Vol. 8 (1923), Nr. 3; Dan, Fëdor: Di bolshevikes vegen zikh. An arbeyter partey ohn arbeyter un a komunistishe partey ohn komunism. In: *Di*

vergleichbaren Artikeln wurde dabei nicht angegeben, dass diese jemand übersetzt habe. Aufgrund seines Lebensweges erscheint es aber eher als unwahrscheinlich, dass Dan auf Jiddisch Artikel publizieren konnte.<sup>277</sup>

Als Parteivorsitzender der russländischen Sozialdemokratie erreichte Dan nicht nur bei seinen UnterstützerInnen, sondern auch bei seinen GegnerInnen einen unvermeidlichen Bekanntheitsgrad. Mitte der 1920er Jahre strebte Dan im Namen der SDAPR ein Gerichtsverfahren gegen Wilhelm Liese, Redakteur der *Roten Fahne*, „wegen übler Nachrede und Beleidigung von Mitgliedern der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Partei Rußlands“<sup>278</sup> an. Er bezog sich hierbei auf einen Zeitungsartikel vom 31. Dezember 1924. Jedoch verlor Dan den Prozess, da das Berliner Amtsgericht den Artikel „als eine öffentliche Kundgebung im politischen Kampfe“<sup>279</sup> betrachtete und diesen daher von der Meinungsfreiheit gedeckt sah.

Eine Verschränkung von Politischem und Privatem war unter den ExilantInnen eine Selbstverständlichkeit. Beispielsweise verband Fëdor Dan und Karl Kautsky eine enge Kooperation auf politischer Ebene. Fëdor Dan übersetzte das 1930 von Karl Kautsky publizierte Buch „Bolschewismus in der Sackgasse“ ins Russische und erweiterte die russischsprachige Ausgabe um einen eigenen Beitrag.<sup>280</sup> Aus der Briefkommunikation zwischen den beiden Politikerfamilien geht aber ebenso hervor, dass aus dem politischen Kontakt eine private Freundschaft entstanden war. So wurden in den Briefen an die Familie Kautsky ebenfalls Krankheitsverläufe und Urlaubsplanungen besprochen sowie private Treffen vereinbart.<sup>281</sup> Wie sehr Fëdor und Lidija Dan Karl Kautsky schätzten, verdeutlicht ihr Glückwunschsreiben zu dessen 75. Geburtstag:

---

tsukunft, Vol. 8 (1923), Nr. 11; Dan, Fëdor: Der leninizm amol un itst. Marksizm un jakobinizm. In: *Di tsukunft*, Vol. 15 (1927), Nr. 12.

**277** Beispielsweise ist bei den in *Di tsukunft* veröffentlichten Memoiren von Pavel Aksel'rod [Jankev] Krepliak als Übersetzer angegeben.

**278** Vgl. Beschluss des Amtsgerichts Berlin-Wedding Nr. 13. B. 41.25 vom 17.09.1925. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 11.

**279** Beschluss des Amtsgerichts Berlin-Wedding Nr. 13. B. 41.25 vom 17.09.1925. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 11.

**280** Kautsky, Bol'shevism v tupike. Es erstaunt, dass Kautsky die Übersetzung Dan anvertraute, der eine unterschiedliche Bewertung gegenüber der Sowjetunion vertrat. Hartmut Rüdiger führt dies auf die „Loyalität und Kompetenz“ Dans zurück. Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 24, Fußnote 37.

**281** Ein erster Kontakt zwischen Fëdor Dan und Karl Kautsky lässt sich bereits für das Jahr 1901 nachweisen. Vgl. Brief von Dan an die Zeitschrift *Neue Zeit* im Juni/Juli 1901 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 26, S. 49. Treffen zwischen dem Ehepaar Dan und dem Ehepaar Kautsky wurden u. a. in folgenden Briefen vereinbart: Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 05.12.1927 aus Berlin und Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 09.11.1929 aus Berlin.

Es ist aber für mich und L. O. [Dan] ein Herzensbedürfniss, Ihnen zu diesem Tage auch unsere persönlichen Gefühle der tiefsten Verehrung, der wahren Liebe und des Stolzes, uns zu Ihren persönlichen Freunden rechnen zu dürfen, auszusprechen. Mir fehlen die richtigen Worte, um alles zu sagen. was mir in diesem Augenblicke durch den Kopf und durch das Herz geht, aber Sie werden schon selbst verstehen, wie glühend unsere Wünsche sind, mit denen wir Ihren 75-ten Geburtstag begleiten.<sup>282</sup>

Über einen noch engeren privaten Kontakt verfügte die Familie Dan zu den österreichischen SozialistInnen Friedrich und Ekaterina Adler. Die beiden Familien trafen sich mehrmals auf Urlaubsreisen.<sup>283</sup>

Das Berliner Exilleben bot für Fëdor Dan aufgrund seiner Netzwerke und der daraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten eine vergleichsweise komfortable Situation. Anders erging es dem Ehepaar Dan im privaten Bereich, wo sie stärkere Einschränkungen spürten. In Briefen klagte Fëdor Dan über die schwierige wirtschaftliche Situation, weswegen Lidija Dan Anfang der 1930er Jahre nach Paris zog, um dort ein Arbeitsangebot anzunehmen.<sup>284</sup> Hinzu kamen gesundheitliche Probleme, die besonders Lidija Dan plagten.<sup>285</sup> Auch die Berliner Wohnsituation barg einige Schwierigkeiten, wie die fast jährlich stattfindenden Wohnungswechsel zeigen.<sup>286</sup> Hinzu kamen besorgniserregende Nachrichten bezüglich der

---

Beide abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 204 und Nr. 217, S. 366 und S. 389. Den Geburtstag von Luise Kautsky verbrachte sie mit mehreren SozialistInnen am 11.08.1928 auf dem dritten SAI-Kongress in Brüssel. Unter ihnen waren Fëdor und Lidija Dan, Rafail Abramovič, Pëtr Garvy, Aron Jugov und Vladimir Voytinsky. Vgl. Erinnerungsschreiben mit Unterschriften vom 11.08.1928. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D VII.

**282** Brief von Fëdor und Luise Dan an Karl Kautsky vom 14.10.1929 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 215, S. 387. Fëdor Dan sprach auch in Leipzig anlässlich einer Festveranstaltung zu Ehren des 75. Geburtstages von Karl Kautsky. Vgl. Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 19.09.1929 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 214, S. 385 f.

**283** Vgl. u. a.: Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 13.08.1929 aus Zürich und Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 23.02.1933 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 213 und Nr. 256, S. 385 und S. 439.

**284** Vgl. Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 13.01.1931 und Brief von Fëdor Dan an Luise und Karl Kautsky vom 16.01.1932. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 236 und Nr. 245, S. 413 f. und S. 424 f.

**285** Vgl. Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 10.11.1927, Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 29.06.1930, Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 24.08.1930 und Brief von Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 13.01.1931. Alle abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 202, Nr. 228, Nr. 230 und Nr. 236, S. 363 f., S. 404, S. 405–408 u. S. 413 f.

**286** Anhand der Briefkommunikation Dans ist ersichtlich, dass dieser mindestens acht Mal zwischen den Jahren 1922 und 1933 innerhalb Berlins umzog. Möglicherweise hing das zahlreiche Umziehen aber auch mit seinen längeren Aufenthalten außerhalb Berlins zusammen, während derer er Mietzahlungen sparen konnte.



politischen Situation in der Sowjetunion, wo sich 1931 neben FreundInnen auch „2 Brüder von L[idija] O. [Dan], ihre Schwägerin, ihr Schwiegersohn und 2 Neffen von ihr und einer von“<sup>287</sup> Fëdor Dan in Gefängnissen oder in der Verbannung befanden. All diese negativen Erfahrungen mögen dazu beigetragen haben, dass Fëdor Dan die politische Situation in Europa auch in sarkastischem Ton kommentierte. 1925 schrieb er an Karl Kautsky:

Heute – nach [Hjalmar] Branting – ist nun auch [Friedrich] Ebert gestorben. Die Reaktion hat Glück: ihr helfen nicht nur Kapitalisten, Agrarier und Kommunisten, sondern auch der liebe Herr Gott! Denn sicherlich Eberts Tod, wie man sich auch zu seiner Politik stellt, ist für die Reaktion gerade im richtigen Moment gekommen, um nicht nur die Chancen ihres Kandidaten auf die Presidentschaft [sic!] zu verstärken, sondern der Sozialdemokratie neue Schwierigkeiten im kritischsten Moment zu bereiten.<sup>288</sup>

In Form einer „grosse[n] Völkerwanderung“<sup>289</sup> verließ die gesamte SDAPR-Exilgruppe nach der Machtübergabe an die NSDAP Berlin in Richtung Paris. Fëdor Dan erreichte den neuen Exilort Paris bereits am 4. März 1933. In Berlin hatte er um seine Freiheit gefürchtet, da der *Völkische Beobachter* „sich der ausländischen Korrespondenten eifrig angenommen hat [... und] in den letzten Tagen schon einige Mal mich als eine besonders schädliche Persönlichkeit genannt hat.“<sup>290</sup> Die nun verbliebene Exilgruppe musste sieben Jahre später von Paris aus erneut vor den NationalsozialistInnen fliehen und in die USA übersiedeln. In dieser Zeit führten die politischen Spannungen innerhalb der SDAPR zwischen linker und rechter Parteifraktion zu einem offenen Zerwürfnis. Entgegen der politischen Einschätzung anderer russländischer SozialistInnen blieb für Dan auch weiterhin die „Martov’sche Linie“ [...] ein Leitfaden, an den er sich auch angesichts der Veränderungen in der Sowjetunion klammerte<sup>291</sup>. Dan verstarb 1947 als politischer Exilant in New York.

Fëdor Dans Lebensweg erscheint beispielhaft für die von Hartmut Rüdiger Peter verwendeten Begriffe des „Berufsrevolutionär[s]“ und „Berufsemi-

---

**287** Brief von Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 16.05.1931. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 243, S. 421f. Hier S. 422.

**288** Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 28.02.1925. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 183, S. 338f. Hier S. 339.

**289** So bezeichnete Dan den Migrationsprozess von Berlin nach Paris in einem Brief an Friedrich Adler vom 23.02.1933. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 256, S. 439.

**290** Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 04.03.1933. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 257, S. 440f.

**291** Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 23.

grant[en]“.<sup>292</sup> Seine parteipolitische Stellung, seine Netzwerke und Sprachkompetenzen boten Dan die Möglichkeit, in den 1920er Jahren politisch tätig zu bleiben und dadurch seinen Lebensunterhalt gemeinsam mit Lidija Dan zu bestreiten. Nach der Wirtschaftskrise von 1929 fand das Exilleben für die Familie Dan jedoch unter merklich erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen statt.

Als Anhänger des linken Parteiflügels übernahm Fëdor Dan 1923 die SDAPR-Parteiführung und kommunizierte in dieser Funktion mit zahlreichen internationalen sozialistischen PolitikerInnen. Als Redakteur schrieb er regelmäßig in den beiden SDAPR-Exilzeitungen *Socialističeskij vestnik* und dem deutschsprachigen Pendant *RSD. Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie*. Er gab außerdem Monografien in deutscher und russischer Sprache heraus, die sich thematisch mit der internationalen ArbeiterInnenbewegung und den Entwicklungen in der Sowjetunion beschäftigten. Einzelne von ihm geschriebene Artikel wurden ebenfalls in jiddischer Sprache veröffentlicht.

Dan war während der Berliner Exilzeit einer derjenigen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die sich am intensivsten mit den Entwicklungen in der Sowjetunion auseinandersetzten. Dies lässt jedoch nicht den Rückschluss zu, dass ihm der Bezug zum Berliner Exilraum fehlte und er sich nicht in politische Debatten über Deutschland einmischte. Tatsächlich verweist ein Brief des deutschen Sozialdemokraten Paul Hertz an Dan, den er ihm anlässlich seines 70. Geburtstages im Jahr 1941 schrieb, auf Gegenteiliges:

Ich entsinne mich der persönlichen Diskussionen mit Ihnen in den Jahren 1932 und 1933, als Sie klarer als viele von uns erkannt hatten, dass die Taktik der Opfer und des Zurückweichens [gegenüber der NSDAP] nicht die Voraussetzungen für den Erfolg schaffen würden, den wir erhofften.<sup>293</sup>

### 3.2.4 Die politische Praktikerin – Lidija Dan

Lidija Dan war eine langjährig aktive russländische Sozialistin, die in ihrer Berliner Exilzeit zwischen 1921 und 1931 als Lektorin und Journalistin für russischsprachige Zeitungen innerhalb und außerhalb der SDAPR-Exilvertretung arbeitete. 1878 als Lidija Cederbaum in Odessa geboren wuchs sie in einem liberalen Elternhaus auf, in dem die osteuropäisch-jüdische Herkunft zumindest vordergründig keine Rolle spielte. Lidija Dan wurde nicht religiös erzogen, sie erlernte in

---

<sup>292</sup> Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 20.

<sup>293</sup> Brief von Paul Hertz an Fëdor Dan vom 13.10.1941. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 7.

ihrer Jugend weder die jiddische noch die hebräische Sprache und besuchte keinen *Cheder*. Nach eigenen Aussagen kam sie mit religiösen Bräuchen erstmalig bei Besuchen ihres Großvaters in St. Petersburg in Kontakt.<sup>294</sup> Dans Mutter, geborene Revekka Juljevna Rosenfeld, stammte aus Saloniki und wuchs bei Verwandten in Konstantinopel auf. Die sephardische Jüdin war durch die Erziehung in einem katholischen Mädchenkloster geprägt. Bereits mit 16 Jahren heiratete Rosenfeld den 15 Jahre älteren Osip Cederbaum.<sup>295</sup> Der Vater von Lidija Dan gehörte der *Intelligencija* der 1860er/70er Jahre an. Der Historiker Leopold Haimson charakterisiert Cederbaum folgendermaßen: „He considered himself an assimilated Russian, of course. He could speak Yiddish, and once knew Hebrew [...] he had educated himself on Russian literature.“<sup>296</sup>

Aus dem Elternhaus Cederbaum entstammten fünf Kinder, die sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in der revolutionären Bewegung des Russländischen Reiches engagierten.<sup>297</sup> Sie alle waren von der politischen Situation nach 1881 im Russländischen Reich und der damit einhergehenden Unmöglichkeit eines sozialen Aufstiegs aus einer jüdischen Familie in der bestehenden russländischen Gesellschaft geprägt. Lidija Dan war seit ihrer Studienzeit aktives Mitglied der russländischen Sozialdemokratie und pflegte ein sehr enges Verhältnis zu ihrem älteren Bruder Julij Martov. Martovs Berichte und Einschätzungen beeinflussten Dans eigene Politisierung; beispielsweise erfuhr sie von ihm von den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung im Land.<sup>298</sup>

Nach einer Verhaftung Martovs begann Lidija Dan, sich Mitte der 1890er Jahre verstärkt in der russländischen Sozialdemokratie zu engagieren. Im Jahr 1896 befand sie sich in Vilna unter einer Gruppe von BundistInnen – ein Zustand, den sie in einem lebensgeschichtlichen Interview als den ersten Moment beschrieb, in dem sie sich bewusst als ein Teil eines „jüdischen Umfelds“ sah.<sup>299</sup> Wenige Jahre später floh Dan ins westeuropäische Exil. Sie ging für mehrere Jahre nach Stuttgart und München, später nach Genf und Paris. 1907 verbrachte sie ebenfalls einige Zeit in Berlin.<sup>300</sup> 1911 kehrte sie zurück nach St. Petersburg, wo sie als

---

**294** Vgl. Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 54.

**295** Vgl. Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 30–33.

**296** Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 55.

**297** Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 47.

**298** Vgl. Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 54. Die enge Beziehung zwischen Lidija Dan und Julij Martov arbeitet Svetlana Jebrak sehr gut heraus. Ihr gelingt, das Geschwisterverhältnis darzustellen, ohne Lidija Dan ihre eigenständige Entwicklung abzusprenken. Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*.

**299** Vgl. Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 54.

**300** Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 87.

Revolutionärin zu Kriegsbeginn verhaftet wurde. In den Kriegsjahren begleitete sie ihren Lebenspartner Fëdor Dan in die Verbannung nach Sibirien. Nach ihrer Rückkehr ins revolutionäre Petrograd im April 1917 heiratete das Paar. Für beide war es bereits die zweite Eheschließung.<sup>301</sup>

1921 wurden die Dans von den Bol'seviki aufgrund ihrer politischen Tätigkeiten verhaftet. Durch einen Hungerstreik gelang es ihnen als Teil einer Gruppe politischer Gefangenen, die Freilassung zu erzwingen und das Land zu verlassen. Als sie im Februar 1922 Berlin erreichten, war Lidija Dan kein offizielles Mitglied der SDAPR. Erst 1924 trat sie wieder der Partei bei. Der zeitweilige Parteiaustritt führte allerdings zu keinem veränderten Verhältnis zur russländischen sozialistischen Bewegung, sondern war vielmehr Ausdruck des damaligen Politikverständnisses:

Lydias ambivalentes Verhalten lässt sich nur im Lichte einer Parteistruktur annähernd begreifen, die passive Mitgliedschaft und Mitgliederbeiträge noch nicht kannte und Parteiarbeit als persönlichen Aktivismus auffasste[,] sowie einer Familienstruktur, in der das politische Engagement einen Großteil des Alltagslebens bestimmte. [...] Zwar befand sich Lydia Cederbaum formell außerhalb der Partei, doch in der Praxis leistete sie auch bis zu ihrer Wiederaufnahme in die Partei im Jahre 1924 ihren Beitrag für die sozialdemokratische Sache.<sup>302</sup>

Ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre übernahm Lidija Dan im Berliner Exil wichtige Funktionen und Aufgaben für die Auslandsvertretung der SDAPR. Sie schrieb anonym für das deutsch- und das russischsprachige Periodikum der Exilpartei und war mitverantwortlich für das Lektorat der beiden Zeitungen.<sup>303</sup> Ferner engagierte sie sich in der SAI-Frauenkonferenz und war 1931 ebenfalls Delegierte auf dem SAI-Kongress in Wien.<sup>304</sup> Dan plante 1925 gar eine dreimonatige Rückkehr in die Sowjetunion. Kurzfristig musste dieses Vorhaben jedoch

---

**301** Ihren ersten Ehemann, Gregorij Kancel, hatte Lidija Dan 1898 geheiratet. Auch für Fëdor Dan war es bereits die zweite Eheschließung.

**302** Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 110.

**303** Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 144.

**304** Für die Teilnahme am Kongress vgl. die TeilnehmerInnenliste. Lidija Dan war eine von zwölf Hauptdelegierten der SDAPR; daneben gab es fünf Gastdelegierte der Partei. Unter den 17 Delegierten befanden sich insgesamt fünf Frauen. Eingesehen in: IISH, *Labour and Socialist International Archive*, Nr. 165. Für die Teilnahme Lidija Dans an SAI-Frauenkonferenzen vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 151–162; Liebich, *From the Other Shore*, S. 335.

abgesagt werden und konnte auch zu keinem späteren Zeitpunkt verwirklicht werden.<sup>305</sup>

Ein weiteres Arbeitsfeld war ihr Engagement für politische Gefangene in der Sowjetunion. Lidija Dan stand hierbei in Kontakt mit Jekatarina Peškova, Vorsitzende der *Hilfsorganisation für politische Gefangene in der Sowjetunion*, und erhielt über sie Informationen über die Situation der politischen Gefangenen.<sup>306</sup> Gerade weil sich FreundInnen und Familienangehörige von ihr in sowjetischen Gefängnissen und in der sibirischen Verbannung befanden, ist anzunehmen, dass ihr diesbezügliches Engagement auch aus einer starken persönlichen Motivation heraus entsprang.<sup>307</sup> Nichtsdestotrotz handelte es sich bei der Thematik auch um ein zentrales Handlungsfeld der politischen Exilarbeit, was explizite Absprachen mit der Auslandsdelegation wahrscheinlich erscheinen lässt.

Neben ihrem parteipolitischen Engagement war Lidija Dan in den 1920er Jahren journalistisch und wissenschaftlich tätig. Zusammen mit Aron Jugov gründete sie 1923 den Verlag *Russisch Revolutionäres Archiv*.<sup>308</sup> Vier Jahre später beschäftigte sie sich für die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) mit den Nachlässen von Karl Marx und Friedrich Engels. Die Mitarbeit an der MEGA musste sie jedoch aufgrund gesundheitlicher Probleme nach kurzer Zeit wieder aufgeben.<sup>309</sup>

Ende 1931 zog Dan nach Paris. Dieser im Vergleich zu anderen SDAPR-Mitgliedern frühe Wegzug aus Berlin war besonders in wirtschaftlichen Schwierigkeiten begründet.<sup>310</sup> Ähnlich wie andere SDAPR-ExilantInnen empfand aber auch sie bereits zu diesem Zeitpunkt die politische Lage in Deutschland als kritisch.<sup>311</sup> Der Umzug der gesamten SDAPR-Exilgruppe von Berlin nach Paris fand erst Anfang 1933 statt. Debatten über die eigene Sicherheit und die politische Lage in der Weimarer Republik begannen jedoch bereits einige Zeit zuvor. Fëdor Dan schrieb im Januar 1932 in einem Brief an Luise und Karl Kautsky:

---

**305** Vgl. Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 25.01.1925 aus Berlin und Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 01.03.1925 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 179 und Nr. 184, S. 330 – 332 und S. 340 f.

**306** Vgl. hierzu Brief von Lidija Dan an Berta Mering vom 14.04.1931. Abgedruckt in: Sapir, From the Archives of L. O. Dan, Brief Nr. 15, S. 138 f.

**307** Vgl. hierzu auch das vorherige Unterkapitel über Fëdor Dan. Vgl. ebenso Brief von Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 16.05.1931. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 243, S. 421 f.

**308** Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 138.

**309** Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 140.

**310** Vgl. Brief von Fëdor Dan an Luise und Karl Kautsky vom 16.01.1932. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 245, S. 424 f.

**311** Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 183.

Mit meinem neuen Zimmern [in Berlin] bin ich sehr zufrieden. Aber L. O. [Dan] wird in ihnen kaum wohnen. Sie hat in Paris Arbeit gefunden und wird dort voraussichtlich bis zum Herbst verbleiben und dann – wenn bis dahin Hitler das Leben in Deutschland überhaupt nicht unmöglich macht – werden wir versuchen, uns in einer eigenen Wohnung, nicht in Untermiete, einzurichten.<sup>312</sup>

Lidija Dan kehrte nach 1931 nicht mehr längerfristig nach Berlin zurück. Ende der 1930er Jahre floh sie mit anderen SDAPR-ExilantInnen nach New York, wo sie 1963 verstarb.

In ihrer zehnjährigen Berliner Exilzeit war Lidija Dan sowohl aktiv in der Exilpartei der SDAPR als auch im journalistischen Bereich tätig. Sie arbeitete in den Redaktionen der Exilzeitungen, setzte sich für politische Gefangene in der Sowjetunion ein und vertrat die SDAPR in Gremien der SAI. Mit ihrer Arbeit trug sie zur erstaunlichen politischen Vielfalt der „Menshevik family“<sup>313</sup> außerhalb der Sowjetunion bei. Aktiv war sie dabei im deutsch- und russischsprachigen Handlungsraum; jiddischsprachige Aktivitäten konnten für die Berliner Exilzeit nicht nachgewiesen werden. Ihre eigene osteuropäisch-jüdische Herkunft beschrieb sie in späteren Lebensjahren als wichtige familiäre Prägung, die sie jedoch weniger mit der Ausübung von religiösen Bräuchen, sondern vielmehr mit einer liberalen Ausrichtung und Erziehung verband.<sup>314</sup>

In Darstellungen über die russländische Sozialdemokratie steht Lidija Dan meist im Schatten ihres Bruders Julij Martov und ihres zweiten Ehemannes Fëdor Dan.<sup>315</sup> Dies wird ihrer Stellung innerhalb der Partei und dem sozialistischen Exilleben jedoch nicht gerecht. Neben Eva Broido, Ol’ga Domanevskaja und Sophie Garwy war Lidija Dan eine von mehreren engagierten Frauen in den Reihen der SDAPR, die auch im Berliner Exil aktiv an der Parteiarbeit teilnahmen.

---

**312** Brief von Fëdor Dan an Luise und Karl Kautsky vom 16.01.1932 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 245, S. 424 f. Zur Diskussion über den Wegzug aus Berlin vgl. ebenfalls Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 07.08.1932. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 250, S. 432 f.; Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 183 f.

**313** Für den Begriff vgl. Liebich, From the Other Shore, S. 10–26.

**314** Vgl. Haimson, The Making of Three Russian Revolutionaries, S. 54. Svetlana Jebrak argumentiert, dass es kulturelle Gepflogenheiten gab, die Lidija Dan aufgrund ihres jüdischen Erfahrungssatzes übernahm. Beispielhaft nennt sie hierfür ihre frühe erste Heirat, die mit 20 Jahren erfolgte. Zudem betont Jebrak, dass Dan sich eine Hochzeit mit einem „Goi“ (Nichtjuden) nicht hätte vorstellen können. Dass ihr zweiter Ehemann Fëdor Dan bereits zum Christentum übergetreten war, habe sie erst nach der Hochzeit erfahren. Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 48 und S. 74.

**315** Eine Ausnahme bildet die Biografie über Lidija Dan von Svetlana Jebrak: Jebrak, Mit dem Blick nach Russland.

### 3.2.5 Der Parteipolitiker – Pëtr Garvi

Innerhalb der in Berlin ansässigen SDAPR-Exilgruppe war Pëtr Garvi der Anführer der rechten Fraktion. Garvi wurde 1880 unter dem bürgerlichen Namen Pëtr Bronštejn in Odessa geboren. Bereits vor der Jahrhundertwende knüpfte er über Diskussionszirkel Kontakte zur revolutionären Bewegung, zuerst als ein Anhänger der *narodniki*-Bewegung und ab 1899 innerhalb der SDAPR. Obwohl die Anfänge seiner politischen Tätigkeiten in osteuropäisch-jüdischen Zusammenhängen stattfanden, war für Garvis politisches Selbstverständnis seine eigene jüdische Herkunft lange Zeit unbedeutend. Er entwickelte ein distanzierendes Verhältnis zur jüdischen ArbeiterInnenbewegung, war aber nichtsdestotrotz von der antijüdischen Gesetzgebung des Reiches betroffen. Diese Hürden meisterte er jedoch in erstaunlicher Form: Seinen gymnasialen Abschluss absolvierte Garvi als externer Schüler und 1911 konnte er sein Jurastudium in St. Petersburg abschließen.<sup>316</sup>

Seit der Jahrhundertwende war für Garvi die Arbeit in der revolutionären Bewegung sein zentraler Lebensinhalt; 1902 wurde er aufgrund dessen erstmalig verhaftet. Ein Jahr später flüchtete er ins westeuropäische Exil nach Paris. Kurz vor der Revolution von 1905 kehrte er zurück ins Russländische Reich, wo er zu Agitationszwecken in unterschiedlichen Städten tätig war, bis er sich erneut in St. Petersburg niederließ. Den Ersten Weltkrieg verbrachte Garvi im Russländischen Reich. Während der Kriegszeit forderte er einen Frieden ohne Annexionen, weswegen er unter bestimmten Umständen die Selbstverteidigung des eigenen Landes durch das Militär als legitim betrachtete. Im Sommer 1916 wurde Garvi als Men'sevik gezwungen, die Hauptstadt des Russländischen Reiches zu verlassen. Er lebte von nun an in der innerrussischen Verbannung. Erst nach der Februarrevolution kehrte er zurück nach Petrograd.

Garvi war Anhänger der politischen Taktik der Massenagitation und setzte sich dafür ein, dass die SDAPR in Kooperation mit der Gewerkschaftsbewegung große Teile der Gesellschaft ansprechen sollte, um so politische Zielsetzungen mit gesellschaftlichem Rückhalt so gut wie möglich umzusetzen. Diese Taktik widersprach fundamental dem Ansatz der Bol'seviki, weshalb Garvi bereits vor dem Ersten Weltkrieg einer ihrer profiliertesten Kritiker aus den Reihen der SDAPR war. Schon 1911 forderte er die Aufspaltung der Partei, da er keine hinreichende Überschneidungsmenge zwischen den politischen Ansichten der Men'seviki und Bol'seviki sah. Die Revolutionen von 1905 und Februar 1917 verstand er rückblickend als positive Entwicklungen einer „Volksrevolution“. In der Oktoberrevolution sah er dagegen einen durch die Bol'seviki herbeigeführten politischen Akt,

---

<sup>316</sup> Vgl. Ascher, Introduction, S. iv–vi.

der auch in Westeuropa „die Arbeiterbewegung [spaltete] und die Idee des Sozialismus [diskreditierte], die in Russland als Deckmantel für die Schreckensherrschaft des Terrors und die utopischen Versuche dient“<sup>317</sup>.

Im Dezember 1917 ging Garvi zusammen mit seiner Familie zurück in seine Heimatstadt Odessa. Durch den Bürgerkrieg und die damit einhergehenden militärischen Machtwechsel musste er dort besondere Herausforderungen meistern.<sup>318</sup> Trotz wechselnder politischer Regierungskonstellationen gelang es ihm jedoch, seine politische Tätigkeit fortzusetzen. Als regionaler Anführer der Men'sheviki geriet er dabei aber erneut in Konflikt mit den Bol'sheviki und wurde von diesen mehrmals verhaftet. 1922 saß er zusammen mit Fëdor und Lidija Dan eine Gefängnisstrafe in Moskau ab und erreichte mit den Dans und weiteren politischen Gefangenen den selbstgewählten politischen Exilort Berlin.

Im Berliner Exil versuchte Pëtr Garvi weiterhin, größere politische Bündnisse zu schmieden. Er setzte sich für eine Kooperation aller demokratischen Kräfte aus dem Russländischen Reich ein, worunter er sowohl sozialistische, bürgerlich-demokratische als auch liberale Parteien verstand. Stärker und früher als AnhängerInnen des linken Parteiflügels der SDAPR kritisierte er die Bol'sheviki und positionierte sich damit als Wortführer des sich im Berliner Exil in der Minderheit befindenden rechten Parteiflügels. Bereits 1927 beschrieb er für die Sowjetunion einen „bürgerlichen Umwandlungsprozeß in der Richtung einer bonapartistischen oder faschistischen Umwälzung“<sup>319</sup>.

Trotz seiner Kritik an der „Martov-Linie“ blieb Garvi offizielles SDAPR-Parteimitglied. Dies unterschied ihn von anderen, weit radikaleren ParteikritikerInnen.<sup>320</sup> Die rechte Parteifraktion konnte in Berlin innerhalb der Partei auch deshalb nicht vollständig marginalisiert werden, da sie auf Unterstützung von namenhaften SDAPR-Politikern wie Pavel Aksel'rod zählen konnte. Als ihr Wortführer war Garvi Mitglied des neunköpfigen SDAPR-Zentralkomitees. Im höchsten Parteigremium waren mit Grigorij Aronson und Mark Kefali noch zwei weitere „Gesinnungsgenossen“<sup>321</sup> des rechten Parteiflügels vertreten. Als Fraktionsanführer vertrat Garvi sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei seine poli-

---

**317** Garwy, Peter: 1917–12. März – 1927. Das zehnjährige Jubiläum der russischen Revolution. In: Vorwärts. Morgen-Ausgabe, Vol. 44 (1927), Nr. 120 (12.03.1927). S. 1f. Hier S. 2.

**318** Vgl. Ascher, Introduction, S. xiv.

**319** Garwy, Peter: Wendepunkt in Rußland. Seine Bedeutung für die internationale Arbeiterschaft. In: Vorwärts. Abend-Ausgabe, Vol. 44 (1927), Nr. 611 (27.12.1927). S. 1f. Hier S. 1.

**320** Aus der Partei ausgeschlossen wurden Stepan Ivanovič und Aleksandr Nikolaevič Potresov. Vgl. Liebich, Eine Emigration in der Emigration, S. 233.

**321** So bezeichneten Binštok und Garvi die beiden Mitglieder des Zentralkomitees der Partei in einem Brief an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 102.



tischen Positionen. Er publizierte im *Socialističeskij vestnik*, veröffentlichte kleineren Monografien und hielt öffentliche Vorträge. Dass Garvi sich hiermit auch in der Gesamtpartei Anerkennung erarbeitete, zeigen seine Auftritte bei Parteiveranstaltungen. Im Januar 1931 gab es im Rahmen des sozialdemokratischen Debattierklubs eine ihm zu Ehren abgehaltene Geburtstagsfeier.<sup>322</sup> Ein gutes halbes Jahr später war Garvi einer der FestrednerInnen anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag des SDAPR-Parteianführers Fëdor Dan.<sup>323</sup> Trotz alledem blieb sein Einfluss auf die tägliche Parteiarbeit jedoch begrenzt. Bei wichtigen inhaltlichen Entscheidungen wurde der rechte Parteiflügel regelmäßig von der linken Mehrheit im Zentralkomitee überstimmt.

Größeren Zuspruch fand Garvis inhaltliche Positionierung innerhalb der deutschsprachigen Sozialdemokratie. Für den Vorstand der SPD fertigte er Übersetzungen und Analysen zur Lage in der Sowjetunion an.<sup>324</sup> Auf Deutsch veröffentlichte er Artikel und Buchbesprechungen in sozialdemokratischen Publikationsorganen<sup>325</sup> sowie zwei Monografien.<sup>326</sup> Im Laufe der 1920er Jahre wurde er auch SPD-Parteimitglied und blieb zugleich Mitglied der SDAPR.

Garvis politische Netzwerke reichten über Berlin hinaus. Als SDAPR-Delegierter nahm er an Kongressen der SAI teil und versuchte dort, die Delegierten von seinen politischen Positionen zu überzeugen.<sup>327</sup> Zur Familie Kautsky unterhielt die Familie Garvi ein enges freundschaftliches Verhältnis. Anders als im Verhältnis

---

**322** Vgl. N. N.: Iz partii. 50-letie P. A. Garvi. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 2 (24.01.1931). S. 16.

**323** Vgl. Otčet o vneočerednom sobranii kluba im. Ju. Martova, 19.10.1931, posvjaščennom čestvovaniju 60-letija F. I. Dana. Eingesehen in: IISH, Berlinskij Klub im. Martova Archives; N. N.: Prazdnovanie 60-letija F. I. Dana v Berline. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 5.

**324** Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 237.

**325** Für Buchbesprechungen vgl. bspw. Martow, J.: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926. In: Blick in die Bücherwelt. Nr. 3 (13.03.1927). S. 2. Beilage zum Vorwärts, Vol. 44 (1927), Nr. 122; Bienstock, Gregor: Einführung in die Weltwirtschaft. Berlin 1927 und Smilg-Benario, Michael: Der Zusammenbruch der Zarenmonarchie. Beides in: Blick in die Bücherwelt, Nr. 3 (18.03.1928). S. 1 und S. 1f. Beilage zum Vorwärts, Vol. 45 (1928), Nr. 133. Für Artikel vgl. bspw. Garwy, Peter: „Komintern“ in der Sackgasse. Zum Moskauer „Weltkongreß“. In: Vorwärts. Abend-Ausgabe, Vol. 41 (1924), Nr. 333 (17.07.1924). S. 1f.; Garwy, Peter: Der neue Kurs in Rußland. In: Vorwärts. Abend-Ausgabe, Vol. 42 (1925), Nr. 241 (23.05.1925). S. 1f.; Garwy, Peter: Der Blutsonntag von Petersburg. 25 Jahre russische Revolution. In: Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts, Vol. 47 (1930), Nr. 36 (22.01.1930). S. 2. In Vorwärts. Morgen-Ausgabe, Vol. 48 (1931), Nr. 107 (05.03.1931). S. 2 wird Garvi als „[u]nser Mitarbeiter“ bezeichnet.

**326** Auf Deutsch publizierte Pëtr Garvi: Garwy, Peter: Der rote Militarismus. Berlin 1928; Garwy, Peter: Sowjetdeutschland? Berlin 1932.

**327** Anhand von Delegiertenlisten ist ersichtlich, dass Garvi zumindest an den SAI-Kongressen in Hamburg 1923, in Brüssel 1928 und in Wien 1931 teilnahm. Vgl. Delegiertenlisten der Kongresse. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 4, Nr. 51 und Nr. 165.

zwischen Fëdor Dan und Karl Kautsky stand Pëtr Garvi dem österreichischen Sozialdemokraten dabei auch in seiner politischen Analyse über die Sowjetunion nahe.<sup>328</sup> Für Garvi und die gesamte rechte Fraktion der SDAPR war Karl Kautsky eine inhaltliche Autoritätsperson, die sie bei Auseinandersetzungen mit der linken SDAPR-Parteifraktion heranzogen und bei der Erarbeitung von Resolutionen und Memoranden über die Sowjetunion mit einbezogen.<sup>329</sup>

1924 überarbeitete Garvi gemeinsam mit Grigorij Binštok eine von Karl Kautsky verfasste Resolution über die „Pflichten der Internationale gegenüber Russland“. <sup>330</sup> Im Aufruf gegen „die bolschewistische Despotie“<sup>331</sup> lässt sich die Positionierung Garvis und seiner MitstreiterInnen deutlich herauslesen. Sie forderten „an Stelle des Bolschewismus die Demokratie“<sup>332</sup>. Der Entwurf scheiterte im Zentralkomitee der SDAPR; trotzdem gab sich Garvi nicht geschlagen. Er suchte anschließend in enger Absprache mit Kautsky nach einer Möglichkeit, die Resolution in die SAI einzubringen.<sup>333</sup>

Ab Mitte der 1920er Jahre lassen sich Aktivitäten von Garvi im jiddischsprachigen Handlungsraum feststellen. Er begann, für die New Yorker Monatszeitschrift *Di tsukunft* zu schreiben. Die jiddischsprachige journalistische Tätigkeit, die er besonders nach 1933 weiter ausbaute, ist jedoch weniger als eine geistige Rückkehr zu seiner osteuropäisch-jüdischen Herkunft zu verstehen. Vielmehr erschien sie als eine Möglichkeit, seine politischen Handlungsmöglichkeiten aus dem Exil heraus zu erweitern.<sup>334</sup> Garvi versuchte so Einfluss auf die jiddischsprachige ArbeiterInnenbewegung der Zwischenkriegszeit zu nehmen und dortige Debatten mitzuprägen.

Mit der Mehrheit der russländischen SozialdemokratInnen verließ Garvi im Frühjahr 1933 den Berliner Exilort Richtung Paris. Nach dem deutschen Überfall

---

**328** Vgl. die zahlreichen Briefe von Pëtr Garvi an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D XI 11–99.

**329** Vgl. Brief von Grigorij Binštok und Pëtr Garvi an Karl Kautsky, o. D. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 100 f.; Brief von Pëtr Garvi an Luise Kautsky vom 02.01.1925. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 144.

**330** Brief mit Anhang vom 14.12.1924 von Grigorij Binštok und Pëtr Garvi an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 102–105a.

**331** Brief mit Anhang vom 14.12.1924 von Grigorij Binštok und Pëtr Garvi an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 102–105a.

**332** Brief mit Anhang vom 14.12.1924 von Grigorij Binštok und Pëtr Garvi an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 102–105a.

**333** Vgl. Brief von Karl Kautsky an Pëtr Garvi. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 16\_23.

**334** Garvi publizierte zum Teil unter dem Pseudonym P. Harkovi. Vgl. Aronson, S. Ivanovitsh un P. Garvi, S. 171 f.

auf Frankreich floh er weiter nach New York, wo er 1944 im Alter von 64 Jahren verstarb. In Paris sollte er weiterhin in der parteipolitischen Opposition verbleiben. Erst 1939, ausgelöst durch den Hitler-Stalin-Pakt, veränderte sich die SDAPR-Parteilinie. Garvis kritische Ansichten gegenüber der Sowjetunion wurden nun innerhalb der SDAPR mehrheitlich geteilt.<sup>335</sup>

Pëtr Garvi wird vom Historiker Abraham Ascher als Berufspolitiker charakterisiert, der als „intelligentsia-practical“<sup>336</sup> Wege suchte, um Politik konkret mitzugestalten. Ähnlich wie er es selbst für seinen Freund Pavel Aksel'rod anlässlich von dessen 75. Geburtstag formuliert hatte, verstand sich Garvi als europäischer Sozialdemokrat, der in unterschiedlichen sozialistischen Parteien für seine Ideen und politischen Überzeugungen eintrat.<sup>337</sup>

Während seiner elfjährigen Berliner Exilzeit führte Garvi die oppositionelle rechte Fraktion innerhalb der SDAPR an. Seine Funktion als Sprecher der innerparteilichen oppositionellen Fraktion ermöglichte ihm jedoch nur in Teilen politische Einflussmöglichkeiten innerhalb der SDAPR, weswegen er durch Netzwerke außerhalb der Partei versuchte, weitere politische Gestaltungsmöglichkeiten zu erlangen. Hierbei kooperierte er besonders mit PolitikerInnen der SPD, für die er zu einem wichtigen politischen Analytisten für die Situation in der Sowjetunion wurde und der er im Laufe der 1920er Jahre als Parteimitglied beitrug. Mitte der 1920er Jahre begann er außerdem, für die jiddischsprachige Zeitschrift *Di tsukunft* zu schreiben und dadurch die Debatten innerhalb des jiddischsprachigen sozialistischen Handlungsraumes als „non-Jewish Jew“ mitzugestalten.

### 3.2.6 Der Bundist – Franz Kursky

Franz Kursky war einer der zeitgenössisch bedeutendsten BundistInnen im Europa der Zwischenkriegszeit. Er hieß mit bürgerlichem Namen Samuel Kahan und wurde 1874 im Norden des jüdischen Ansiedlungsrayons geboren. Bereits mit 18 Jahren verließ er sein Elternhaus Richtung Warschau; kurze Zeit später zog er weiter nach Łódź, wo er sich im Alter von 24 Jahren dem dortigen *Bund* anschloss. Die politische Arbeit von SozialistInnen fand kurz vor und nach der Jahrhun-

<sup>335</sup> Vgl. Liebich, *Eine Emigration in der Emigration*, S. 233.

<sup>336</sup> Ascher, *Introduction*, S. iii. Für eine biografische Darstellung von Pëtr Garvi vgl. ebenfalls Aronson, S. Ivanovitsh un P. Garvi.

<sup>337</sup> In der SV zitiert Garvi aus einem 1896 von Georgij Plekhanov an Pavel Aksel'rod gesendeten Brief: „Du bist hauptsächlich Europäer, was für jede russische Partei sehr wichtig ist.“ Zitiert nach: Garvi, Pëtr: P. B. Aksel'rod i Men'shevizm. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 15/16 (18.08.1925). S. 10 – 13. Hier S. 10.

dertwende primär im Untergrund statt. Dies setzte Charaktereigenschaften wie Verschwiegenheit und politische Vernetzung voraus, die Kursky entweder bereits besaß oder sich in dieser Zeit aneignete und die ihn auch in seiner späteren politischen Laufbahn auszeichneten.

Seinen tatsächlichen Platz in der bundischen Bewegung fand Kursky im Exil.<sup>338</sup> Zwischen 1900 und 1902 lebte er erstmalig in Berlin, wo er Nationalökonomie und Geschichte studierte. Als Mitglied der Berliner *Bund*-Auslandsvertretung war er mitverantwortlich für den aus Berlin koordinierten illegalen Transport von Publikationen mit revolutionärem Inhalt nach Osteuropa. Daneben publizierte er in deutschsprachigen sozialistischen Zeitungen wie dem *Vorwärts* und der *Leipziger Volkszeitung*.<sup>339</sup> Die hierdurch entstandenen Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie sollten für ihn auch großen Wert in der Exilzeit nach dem Ersten Weltkrieg haben.

Im Revolutionsjahr 1905 kehrte Kursky zurück ins Russländische Reich. Er ließ sich in Vilna nieder, von wo aus er seine Tätigkeit für den *Bund* fortsetzte. Nachdem sich die politische Situation wieder verschlechterte, wurde er im Auftrag der Partei abermals nach Westeuropa beordert. Ziel von Kurskys Aufenthalt war es, den *Bund* mit anderen europäischen Parteien zu vernetzen und als Parteivertreter gegenüber anderen sozialistischen Parteien die *Bund*-Positionen zu vertreten. Kursky war in dieser Zeit Mitglied im in Genf ansässigen Exekutivkomitee der *Bund*-Auslandsvertretung und übte ebenfalls die Aufgaben eines Parteiarchivars aus. Zeitweilig war er auch Parteidelegierter bei der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA).

1913/14 verbrachte Kursky einen zweiten längeren Aufenthalt in Berlin. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges kehrte er zurück nach Genf, wo er in den darauffolgenden Jahren Teil der Exilgruppe zahlreicher russländischer RevolutionärInnen war. Kursky war im Frühjahr 1918 einer von wenigen aus dieser Gruppe, die es ablehnten in einem plombierten Zug durch das Deutsche Reich zu fahren und so in das revolutionäre Sowjetrussland zurückzukehren. Er und sein Parteifreund Vladimir Kosovski verblieben in der Schweiz, da sie die Unterstützung russländischer RevolutionärInnen durch das Deutsche Reich ausschlugen.<sup>340</sup> Beide zogen 1919 in die Hauptstadt der neu gegründeten Weimarer Republik. Von dort aus erhofften sie sich, sich an den revolutionären Entwicklungen in Europa beteiligen zu können.

---

**338** Vgl. Menes, *Der lebns-veg*, S. 8.

**339** Vgl. Menes, *Der lebns-veg*, S. 10.

**340** Vgl. Abramovitsh, *In tseyev revolutsies*, Band 2, S. 18 f.

Von Berlin aus setzte Kursky sein politisches Engagement für einen demokratischen Sozialismus im Gebiet des ehemaligen Russländischen Reiches fort. Er unterstützte BundistInnen beim Aufbau neuer Parteistrukturen in Ostmitteleuropa<sup>341</sup> und nahm an Veranstaltungen der *Bund-Gruppen* in Berlin teil.<sup>342</sup> 1919 wurde er ebenfalls zum stellvertretenden Gesandten der Demokratischen Republik Georgiens in Berlin ernannt.<sup>343</sup> Diese Tätigkeit verdeutlicht einerseits, wie sehr Kursky innerhalb der sozialistischen Bewegung geschätzt wurde, und andererseits, dass hinter seinem politischen Einsatz für den *Bund* ein internationalistisches Selbstverständnis stand. Mit der Einnahme Georgiens durch die Bol'seviki zu Beginn der 1920er Jahre legte Kursky dieses Amt nieder. Während der Jahre der politischen und wirtschaftlichen Krise in der Weimarer Republik folgte für ihn nun eine Zeit ohne feste Anstellung, in der Kursky auch bereit war, Berlin zu verlassen und seinen Lebensmittelpunkt in eine andere Stadt zu verlegen.<sup>344</sup>

Mitte der 1920er Jahre rückte für Franz Kursky das *Bund*-Archiv wieder ins Zentrum seiner Beschäftigung. Die seit dem Ende des Weltkrieges in Genf gelagerten Archivmaterialien wurden nach Berlin verlegt und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Kursky übernahm die Leitung des *Bund*-Archivs, das bis 1933 im Berliner Vorwärts-Haus in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich war.<sup>345</sup> Seine konkreten Aufgaben waren die Ordnung und Registrierung alter Archivunterlagen, die Beschaffung neuer Archivalien sowie der Kontrolle der BenutzerInnen.<sup>346</sup> Einen Sammlungsschwerpunkt legte er auf Dokumente des jiddisch- und russischsprachigen Berliner Handlungsraums.

Das im Haus der SPD-Parteizentrale untergebrachte Archiv wurde von internationalen BesucherInnen frequentiert. BundistInnen, weitere SozialistInnen und KommunistInnen nutzten es zu Forschungszwecken. In einer Beschreibung über seinen Archiv-Aufenthalt im Sommer 1929 merkte der polnische Bundist Jakob Pat an, dass neben der Auswertung der Archivmaterialien auch die Gespräche mit Kursky von besonderer Wichtigkeit waren, denn Kursky „kannte und

---

341 Vgl. Menes, *Der lebns-veg*, S. 23.

342 Vgl. Julski, H.: *Di berliner bundistn feiern dos iubel fun bund*. In: NF, Vol. 7 (1932), Nr. 351 (11.12.1932). S. 4.

343 Vgl. Menes, *Der lebns-veg*, S. 23 f.

344 Vgl. Brief von Paul Olberg an Hjalmar Branting vom 06.07.1924. In: BArch, NY/4023/9.

345 Vgl. Tartakower, Arieh: *Bund*. In: Herlitz, Georg/Kurschner, Bruno (Hrsg.): *Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden*. Berlin 1927, Band 1. Sp. 1234 f. Hier Sp. 1234.

346 Vgl. Web, *Between New York and Moscow*, S. 248.

wusste mehr als alle Archiv-Materialien zusammen<sup>347</sup>. Allein aufgrund der räumlichen Nähe des Archivs zur SPD und zum Archiv der SDAPR, das sich ebenfalls in der SPD-Parteizentrale befand, stand Kursky im Arbeitsalltag in direktem Kontakt zu deutsch- und russischsprachigen SozialistInnen.<sup>348</sup> Dank seiner Sprachkenntnisse war es ihm möglich, mühelos je nach Gesprächssituation auf Jiddisch, Deutsch oder Russisch zu kommunizieren. Kontakte pflegte er besonders zu MitarbeiterInnen der SPD und zu georgischen, russischen sowie osteuropäisch-jüdischen ExilantInnen.<sup>349</sup> Ein besonders enges und freundschaftliches Verhältnis unterhielt er mit Eduard Bernstein, den er während seines ersten Aufenthaltes in Berlin 1901 kennengelernt hatte.<sup>350</sup>

Während seiner 14-jährigen Berliner Exilzeit nach dem Ersten Weltkrieg agierte Kursky auch über die Berliner Stadtgrenzen hinaus, weswegen ihn zeitgenössische sozialistische PolitikerInnen als inoffiziellen Botschafter der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenbewegung wahrnahmen. Fortwährend pflegte er Kontakt zum Warschauer Zentralkomitee des polnischen *Bund* sowie zu anderen bundistischen Organisationen in der Zweiten Polnischen Republik. Er wurde von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil, von BundistInnen aus Ostmitteleuropa und von VertreterInnen anderer sozialistischer Parteien gleichermaßen geschätzt und konsultiert.

Neben seiner Tätigkeit als Politiker und Archivar war Kursky in den 1920er Jahren auch publizistisch tätig. Er veröffentlichte Artikel in der jiddischsprachigen Monatszeitschrift *Di tsukunft* und schrieb außerdem unter verschiedenen Pseudonymen Gedichte in deutscher und jiddischer Sprache, von denen einige publiziert wurden.<sup>351</sup> Im Oktober 1924 druckte *Di tsukunft* unter dem Titel „Gedicht“ eine von Kursky verfasste Erinnerung an einen verstorbenen Freund ab. Die Sprache der 22 Strophen entspricht dem revolutionären Duktus der Zeit. In einer Zeile heißt es, dass der Name des Verstorbenen „durch Generationen [...] unvergessen bleiben“<sup>352</sup> wird. An anderer Stelle formuliert Kursky: „[...] In unserem

---

**347** Pat, Jakob.: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5 f. Hier S. 6.

**348** Vgl. Pat, Jakob.: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5 f.; Nadel, B.: Der chaver Friz Hayne. In: Unser tsayt, Vol. 45 (1985), Nr. 1. S. 28–30; Kursky, Frants: Eduard bernshtayn. A pruv fun a kharakteristik. In: Kursky, Franz: Gezamlte Shriftn. Herausgegeben vom Frants Kursky-bukh-komitet. New York 1952. S. 282–322.

**349** Für seine Kontakte zu ExilantInnen vgl. Aronson, Isay Ayzenshtat, S. 152; Saß, Berliner Luftmenschen, S. 166 f.

**350** Vgl. Jacobs, On Socialists and „the Jewish Question“, S. 50–71.

**351** Vgl. Menes, Der lebns-veg, S. 28–32. Auch Grigorij Aronson veröffentlichte in Berlin einen lyrischen Gedichtband: Aronson, Grigorij: Mir' izdalena. Stichi. Berlin 1923.

**352** Kursky, Frants: Gedicht. In: Di tsukunft, Vol. 12 (1924), Nr. 10.

Herzen ist er nicht tot! / Im Wind unserer alten Fahnen / schlägt noch sein Herzblut heiß und rot. [...].<sup>353</sup> Dem Gedicht kann weder entnommen werden, wem es gewidmet war, noch, wann es verfasst wurde. Unabhängig davon erscheint aber bemerkenswert, dass Kursky auch bei seiner lyrischen Beschäftigung nach einem Umgang mit den Themenkomplexen Revolution und Sozialismus suchte. Dies verweist auf seinen Anspruch, eine neue, ganzheitlich gedachte sozialistische Ästhetik zu schaffen, die sich auch in kulturellen Publikationen abbilden und den zeitgenössischen sozialistischen Menschen prägen sollte – ein Anspruch, den Kursky mit vielen RevolutionärInnen seiner Generation teilte.<sup>354</sup>

Mit zahlreichen anderen osteuropäischen ExilantInnen verließ Kursky 1933 Berlin Richtung Paris. Das *Bund*-Archiv konnte wenige Wochen später durch die Hilfe von Boris Nikolaevskij und Léon Blum teilweise in die französische Hauptstadt überführt und somit gerettet werden. Ende der 1930er Jahre wurden die verbliebenen Archivalien nach New York verschifft, wohin auch Kursky emigrierte und wo er 1950 verstarb.<sup>355</sup>

Kurskys Lebensweg ist durch seine Funktion als *Bund*-Archivar ein herausragender und einzigartiger innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenbewegung. Dennoch lässt seine Biografie Rückschlüsse auf Selbstverständnisse von ZeitgenossInnen zu, die eine ähnliche politische Prägung durchliefen. In einem ihm gewidmeten Nachruf wird er als Teil einer Generation von BundistInnen beschrieben, die für ihre politischen Ziele lebten und hierbei *yiddishkayt* und Sozialismus mit einem internationalistischen Anspruch zusammendachten.<sup>356</sup>

Kursky war ein Bundist der Gründergeneration, der sein politisches Handwerk in der Illegalität im Russländischen Reich erlernte. Während seiner Zeit in der Weimarer Republik war er niemand, der ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit drängte. Sein Fokus lag vielmehr auf der Pflege von persönlichen Kontakten zu zahlreichen Funktionären der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Hierfür konnte er innerhalb der drei Handlungsräume auf ein großes internationales Netzwerk zurückgreifen, das er seit Beginn des 20. Jahrhundert aufgebaut und gepflegt hatte.

Seinen festen Glauben an und das Arbeiten für die Umsetzung des demokratischen Sozialismus auf der einen und die Sammlung und Archivierung von zahlreichen historischen Dokumenten der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung auf der anderen Seite verstand Kursky als zwei miteinander verschränkte politische Handlungsformen. Durch sie verband er in seiner Berliner Zeit die Er-

---

353 Kursky, Frants: Gedicht. In: *Di tsukunft*, Vol. 12 (1924), Nr. 10.

354 Vgl. Levin-Shazkes, I.: *A dor vos iz avek*. In: *Der veker*, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5. Hier S. 4.

355 Bzgl. der Rettung der Archivalien aus Berlin vgl. den Ausblick in dieser Arbeit.

356 Vgl. Levin-Shazkes, I.: *A dor vos iz avek*. In: *Der veker*, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5. Hier S. 4.

innerung an die *Bund*-Partei vor dem Ersten Weltkrieg mit den Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit. Kursky selbst verkörperte dabei als Person eine Kontinuität im Zuge großer politischer und sozialer Umbrüche.

### 3.2.7 Der marxistische Jiddischist – Jakob Leshtsinsky

Der von links-zionistischen und marxistischen Theorien geprägte Journalist und Wissenschaftler Jakob Leshtsinsky lebte zwischen 1921 und 1933 in Berlin. Er wurde 1876 im *shtetl* Gorodišče<sup>357</sup> in der Provinz Kiew geboren, wo er durch sein Elternhaus eine religiöse Erziehung und Bildung erhielt und die hebräische Sprache erlernte. Mit 20 Jahren besuchte er in Odessa eine staatliche Schule, in der er eine säkulare Bildung erfuhr.<sup>358</sup>

1903 ging Leshtsinsky für Studienzwecke in die Schweiz. Dort schloss er sich auf dem 6. Zionistischen Kongress in Basel der territorialistischen Bewegung an, die für einen jüdischen Staat außerhalb des Mandatsgebietes Palästina eintrat. Anschließend engagierte er sich nach seiner Rückkehr ins Russländische Reich in der *Jüdischen Sozialistischen Arbeiterpartei*, in deren Zentralkomitee er Ende 1904 gewählt wurde. Bis 1910 wurde Leshtsinsky aufgrund seiner politischen Tätigkeit mehrere Male verhaftet. Während eines erneuten Aufenthalts in Westeuropa zwischen 1910 und 1914 arbeitete er an einer marxistischen Analyse des jüdischen Proletariats im Russländischen Reich. Mit der Arbeit wurde er zu einem der bedeutendsten Theoretiker des jüdischen Territorialismus, weswegen der Historiker Gennady Estraiikh Leshtsinsky zusammen mit Ber Borochov als „pioneering Marxist theoreticians of Jewish nation-buildings“<sup>359</sup> beschreibt. Karl-Konrad Tschäpe und Karl Schlögel betonen, dass sich die politische Einstellung Leshtsinskys im Laufe seines Lebens verändert habe. Theoretische Grundlagen blieben für ihn jedoch „die Schriften von Karl Marx und die Überzeugung, dass sich die Judenheit an der Entwicklung neuer (sozialistischer) Gesellschaftsmodelle aktiv beteiligen sollte“<sup>360</sup>.

Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte sich Leshtsinsky unter den veränderten politischen Voraussetzungen erneut parteipolitisch. In der kurzlebigen Ukraine versucht er, mit der *United Jewish Labour Party* ein national-kulturelles Autono-

---

**357** Der heutige Stadtname ist Horodyšče.

**358** Für Leshtsinsky vgl. auch die biografische Skizze über Jakob Leshtsinsky in: Schlögel, Karl/Tschäpe Karl-Konrad: Die Russische Revolution und das Schicksal der russischen Juden. Berlin 2014. S. 678 – 683.

**359** Estraiikh, Jacob Lestschinsky, S. 215.

**360** Schlögel/Tschäpe, Die Russische Revolution, S. 679.



miekonzept für die im Land lebende jüdische Bevölkerung durchzusetzen. Das Vorhaben scheiterte jedoch an den Wirren des Bürgerkrieges, Leshtsinsky floh mit einem litauischen Pass nach Westeuropa und hielt sich von da an von parteipolitischen Tätigkeiten fern.<sup>361</sup> Estraikh charakterisiert ihn deshalb für die Exilzeit mit Beginn der 1920er Jahre als „unaffiliated Jewish Marxist“<sup>362</sup>.

In Berlin fand Leshtsinsky sehr schnell eine bezahlte Beschäftigung. Seit Ende 1921 leitete er das Berliner Auslandsbüro der New Yorker Tageszeitung *Forverts*. In dieser Funktion war er für die tagesaktuelle Berichterstattung aus Deutschland und weiteren europäischen Ländern verantwortlich,<sup>363</sup> was ihn auch mit PolitikerInnen und anderen Personen des öffentlichen Lebens der Weimarer Republik in Verbindung brachte. Durch die Stelle erwirtschaftete er im Vergleich zu anderen ExilantInnen ein überdurchschnittliches und, was ebenfalls wichtig erscheint, ein kontinuierliches Einkommen.<sup>364</sup>

Leshtsinsky war Mitglied des *Vereins der ausländischen Journalisten in Berlin*, über den er sich mit anderen in Berlin lebenden JournalistInnen vernetzen konnte. Die Mitgliedschaft im Verein half ihm in seiner alltäglichen Arbeit, da er hierdurch über eine Zutrittserlaubnis zur Pressetribüne des Reichstagsgebäudes verfügte,<sup>365</sup> an politischen Hintergrundgesprächen teilnehmen konnte und ihm bei wichtigen politischen Anlässen wie Reichstags- oder Präsidentschaftswahlen für die journalistische Tätigkeit Büroräume und Kommunikationsmittel wie Telefone zur Verfügung gestellt wurden.

Als Leiter des Auslandsbüros einer auflagenstarken US-amerikanischen Tageszeitung stand Leshtsinsky unter besonderer Beobachtung der deutschen Sicherheitsbehörden. 1923, während des Pogroms im sogenannten Scheunenviertel, sollte er diese Überwachung zu spüren bekommen. Aufgrund der von ihm an seine Redaktion in New York versandten Beschreibungen der Vorkommnisse in Berlin wurde er wegen „Rufschädigung des deutschen Staates im Ausland“<sup>366</sup> verhaftet und verbrachte sechs Tage im Gefängnis. Seine Freilassung verdankte er einer breiten Unterstützungskampagne aus dem In- und Ausland. In einem im *Forverts* abgedruckten Telegramm bedankte sich Leshtsinsky nach seiner Frei-

---

**361** Vgl. Angaben zur Staatsbürgerschaft in der Korrespondenz von Leshtsinsky mit dem Auswärtigen Amt vom 10.03.1922. Eingesehen in: PA AA, Bestand R 121676.

**362** Estraikh, Jacob Lestschinsky, S. 222.

**363** Vgl. Estraikh, Jacob Lestschinsky, S. 222.

**364** Vgl. Korrespondenz von Leshtsinsky mit dem Auswärtigen Amt vom 10.03.1922. Eingesehen in: PA AA, Bestand R 121676.

**365** Vgl. Namensliste. Eingesehen in: PA AA, Bestand R 121606.

**366** N. N.: Leshtshinsky befrayt un vieder arestirt far'n pogrom berikht. In: *Forverts*. Tsvayter oysgabe, Vol. 26 (1923), Nr. 9.504 (12.11.1923). S. 1.

lassung für die ihm zuteil gewordene Unterstützung. Insbesondere hob er dabei die eigene Zeitungsredaktion, den *Verein der ausländischen Journalisten in Berlin* sowie PolitikerInnen der deutschen Sozialdemokratie hervor.<sup>367</sup> Die Redaktion des New Yorker *Forverts* hatte scharf gegen die Verhaftung von Leshtsinsky protestiert und berichtete mehrfach über die Geschehnisse auf ihrer Titelseite. Ferner baute sie Kontakte zu Berliner SozialdemokratInnen auf, die sich vor Ort für die Freilassung ihres Korrespondenten einsetzten. Nicht geklärt werden konnte, welche deutschen PolitikerInnen sich besonders für Leshtsinskys Freilassung stark machten. Sicher ist aber, dass die *Forverts*-Redaktion unabhängig von der Verhaftung Leshtsinskys und bereits zuvor in Kontakt mit Eduard Bernstein und Karl Kautsky stand.<sup>368</sup>

Dass es sich bei der Verhaftung Leshtsinskys um ein Politikum handelte, verdeutlicht ebenfalls das Verhalten der SPD-Führung. Diese sprach sich über die Parteizeitung *Vorwärts* für eine Freilassung aus. Die Argumentation der Partei folgte dabei einem realpolitischen Spagat zwischen staatlicher Verantwortung und einer internationalen solidarischen Grundeinstellung gegenüber einem Sozialisten. Sie sah besonders die Verhaftung eines Journalisten als einen rufschädigenden Akt für die Weimarer Republik an, positionierte sich aber inhaltlich mit äußerster Vorsicht: „Keine noch so übertriebene Meldung über judenfeindliche Ausschreitungen in Berlin kann das Ansehen Deutschlands so schaden, wie die Einschränkung der Berichterstattung durch so gewaltsame Maßnahmen.“<sup>369</sup>

Mit der wissenschaftlichen Forschung hatte Leshtsinsky neben der Funktion als *Forverts*-Auslandskorrespondent ein zweites berufliches Standbein. Als Wissenschaftler agierte Leshtsinsky fast ausschließlich im jiddischsprachigen Handlungsraum. Sowohl in Zeitschriften als auch in Monografien befasste er sich mit den Themenbereichen jüdische Migration und Veränderungen in den jüdischen Lebenswelten in Ost- und Ostmitteleuropa.<sup>370</sup> Über die politischen, öko-

---

**367** Vgl. Leshtshinsky, Jakob: Berliner ‚Forverts‘ Korespondent, Jakob Leshtshinsky vert befrayt. In: *Forverts*, Vol. 26 (1923), Nr. 9.508 (16.11.1923). S. 1.

**368** Die beiden SPD-Politiker wurden bereits 1922 gegenüber dem Auswärtigen Amt der Weimarer Republik als „ständige Mitarbeiter“ des *Forverts* aufgeführt. Vgl. Korrespondenz vom 10.03.1922 mit dem Auswärtigen Amt. Eingesehen in: PA AA, Bestand R 121676.

**369** N. N.: Verhaftung eines Journalisten. In: *Vorwärts*. Morgen-Ausgabe, Vol. 40 (1923), Nr. 265 (13.11.1923). S. 3.

**370** Vgl. bspw. Publikationen in der *Naye folksaytung* und *Di tsukunft*: Leshtsinsky, Jakob: Vifl senen do proletarier bay yidn. In: NF, Vol. 4 (1929) vom 18.06.1929. S. 4; Leshtsinsky, Jakob: Dray fertl jidische bafelkerung in poyln lebt in dakhkes un noyt. In: NF, Vol. 5 (1930) vom 16. und 17.05.1930. S. 4 bzw. S. 5; Leshtsinsky, Jakob: Yidisher klayn-handl. In: NF, Vol. 5 (1930) vom 21.11.1930. S. 5; Leshtsinsky, Jakob: Der veg fun der jidisher burzhuazie. In: NF, Vol. 7 (1932) vom 23.01.1932. S. 3; Leshtsinsky, Jakob: Yidische vanderungen. In: *Di tsukunft*, Vol. 12 (1927), Nr. 10. Während der

nomischen und sozialen Veränderungen in den jüdischen Lebenswelten im östlichen Europa hielt Leshtsinsky in Berlin mehrere Vorträge.<sup>371</sup> Zusammen mit Boris Brutzkus und Jakob Segall war er ebenfalls Herausgeber des Anfang der 1920er Jahre erscheinenden Periodikums *Bleter far yidisher demografye, statistik, un ekonomik*. Eines der wenigen deutschsprachigen Periodika, in denen Leshtsinsky publizierte, war die *Zeitschrift für Demographie, Statistik und Wissenschaft*.<sup>372</sup>

Bezüglich der Frage, inwieweit Leshtsinsky sich als Wissenschaftler oder als Journalist verstand, weist Estraiikh darauf hin, dass jiddischsprachige Wissenschaftler oftmals gezwungen waren, ihr finanzielles Auskommen durch journalistische Tätigkeiten abzusichern.

In Lestschinsky's legacy it is hard to find a clear demarcation line between scholarship and journalism: Lestschinsky-the-journalist often presented in a more popular form the studies of Lestschinsky-the-scholar. [...] Since Yiddish scholarship had no place in Western academia, journalism often gave them a chance to earn a living, and have a forum for their ideas and the results of their research.<sup>373</sup>

Leshtsinsky erschuf 1925 gemeinsam mit Nohum Shtif, Elias Tsherikover, Zalman Rejzen und Max Weinreich das *Yidisher Visnshaftleker Institut* (YIVO). Das Institut, dessen Aufgabe darin bestand, osteuropäisch-jüdische Kultur und Wissenschaft zu erforschen, wurde in Berlin gegründet, hatte seinen Hauptsitz jedoch in Vilna. Eine Dependance verblieb in Berlin, von wo aus Leshtsinsky die statistische Abteilung des Instituts leitete.<sup>374</sup> Sechs Jahre später beteiligte er sich an einem weiteren großen wissenschaftlichen Projekt: Zusammen mit anderen in Berlin lebenden jiddischsprachigen ExilantInnen gründete er die *Gesellschaft Dubnow-Fonds für die jiddische Encyclopedia*. Rafail Abramovič und Leshtsinsky

---

Berliner Exilzeit von Leshtsinsky publizierte Bücher: Leshtsinsky, Jakob: *Dos yidische ekonomishe lebn in der yidische literatur*. Warschau 1921; Leshtsinsky, Jakob: *Dos idische folk in tsifern*. Berlin 1922 (das Vorwort dieses Buches wurde in Kiew verfasst, sodass davon auszugehen ist, dass das Buch bereits vorher geschrieben, aber erst in Berlin veröffentlicht wurde); Leshtsinsky, Jakob: *Di onhoybn fun der emigratsie un kolonizatsye bay yidn in 19-tn yorhundert*. Berlin 1929; Leshtsinsky, Jakob: *Die ekonomishe lage fun yidn in poyln*. Berlin 1931; Leshtsinsky, Jakob: *Tsvishn leben un toyt. Tsen ior yidish leben in soviet-rusland*. Band I. Vilna 1930.

**371** Vgl. die Einträge Nr. 4.411, 4.424, 4.786, 4.989, 5.194 und 5.620 in: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Kapitel: *Chronik*; ebenfalls: Schlögel/Tschäpe, *Die Russische Revolution*, S. 681.

**372** Vgl. Schlögel/Tschäpe, *Die Russische Revolution*, S. 680.

**373** Estraiikh, *Jacob Lestschinsky*, S. 234.

**374** Vgl. Estraiikh, *Jacob Lestschinsky*, S. 225–230. Für die Gründung des YIVO vgl. ebenfalls Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 126–137.

bildeten in der Gesellschaft den „Ausschuss für Redaktionsangelegenheiten“, der die 10-bändige Enzyklopädie binnen fünf Jahren fertigstellen sollte. Mit welcher Selbstverständlichkeit das jiddischsprachige Wissenschaftsprojekt auch von SozialistInnen vorangetrieben wurde, verdeutlicht ein Brief des Redaktionsausschusses an Karl Kautsky:

Es erübrigt sich wohl, Ihnen gegenüber die Notwendigkeit eines solchen Werkes besonders hervorzuheben, das einerseits einer recht breiten Schicht der jiddisch sprechenden Massen die wichtigsten Kenntnisse aus allen Gebieten des allgemeinen Wissens vermitteln, andererseits die Ergebnisse der neuesten Forschung auf dem Gebiete der jüdischen Geschichte, Literatur und Kultur festhalten soll.<sup>375</sup>

Leshtsinsky war in Berlin nicht parteipolitisch organisiert, es lassen sich aber direkte Kontakte zu Exilparteien nachweisen. So nahm er an Sitzungen des russischsprachigen sozialdemokratischen Debattierklubs teil. Ebenso war er Vorsitzender des *Bund*-nahen Schulkomitees in Berlin, in dem sich neben ihm auch Rafail Abramovič, Ben-Adir, Nahum Gergel, Vladimir Kosovski, Franz Kursky, Aron Syngalovski und Elias Tsherikover engagierten.<sup>376</sup> Sein Engagement im Schulkomitee scheint von ihm jedoch weniger als eine parteipolitische Betätigung, sondern vielmehr als eine Unterstützung der polnischen Judenheiten verstanden worden zu sein.

Weniger als zwei Wochen nach der Machtübergabe an die NationalsozialistInnen wurde Leshtsinsky als einer der ersten ausländischen JournalistInnen verhaftet. Ähnlich wie 1923 wurde er aufgrund von internationalem Druck wieder freigelassen. Dieses Mal musste er das Deutsche Reich jedoch binnen zwei Wochen verlassen. Leshtsinsky zog gemeinsam mit seiner Familie nach Warschau, wo sein Bruder Joseph lebte und von wo aus er weiterhin als Korrespondent des *Forverts* tätig war. Auch in der Zweiten Polnischen Republik blieb er ein für die Regierung unbequemer Journalist. Unter anderem recherchierte er zu den im Land stattfindenden Pogromen. 1937 wurde ihm nach einer privaten Urlaubsreise die Wiedereinreise ins Land verwehrt. Über Umwege gelangte er nun in die USA, wo er für das YIVO arbeitete und

---

**375** Brief der Gesellschaft, unterschrieben von Rafail Abramovič und Jakob Lestschinsky an Karl Kautsky vom 12.05.1931. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D I 7–40.

**376** Für die Teilnahme am russischsprachigen Debattierklub vgl. seine Unterschrift unter dem Geburtstagsbrief an Karl Kautsky vom 16.10.1929. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D XVI 423. Für das Schulkomitee: N. N.: Der shul-komitet fun berlin kegn di „haynt-hetser“. In: NF, Vol. 4 (1929), Nr. 240 (13.10.1929). S. 5.

sich frühzeitig der Forschung über den Holocaust widmete. 1959 migrierte Leshtsinsky nach Israel, wo er 1966 verstarb.<sup>377</sup>

Bis zur Berliner Exilzeit agierte Leshtsinsky in einem Dreieck zwischen parteipolitischem, sozialistischem Engagement, jiddischsprachigem Journalismus und wissenschaftlicher Forschung. Im Unterschied zu vielen anderen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sollte er sich in den 1920er Jahren auf den journalistischen und wissenschaftlichen Bereich konzentrieren und sich keiner Exilpartei anschließen. Er unterschied sich damit von seinem 1920 nach Warschau migrierten Bruder Joseph, der dort Wortführer des linken Flügels des polnischen *Bund* wurde.<sup>378</sup> Die Brüder unterhielten im Laufe der 1920er Jahre Kontakt zueinander, entfernten sich jedoch in ihren politischen Ansichten immer stärker voneinander.<sup>379</sup>

Jakob Leshtsinsky genoss als Leiter des Auslandsbüros des *Forverts* und als jiddischsprachiger Soziologe und Statistiker besonders im jiddischsprachigen Handlungsraum eine hohe Reputation, die bis in die USA und in die Zweite Polnische Republik reichte. Während seiner Zeit in der Weimarer Republik und auch danach agierte er als freier Journalist und Wissenschaftler, der vorwiegend in US-amerikanischen Zeitungen publizierte. Diese Stellung bescherte ihm im Europa der 1920er/30er Jahre mehrfach Probleme und er sah sich staatlichen Repressionen ausgesetzt.

Inhaltlich befasste sich Leshtsinsky in den 1920er/30er Jahren mit den politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik sowie Veränderungen innerhalb der ost- und ostmitteleuropäischen Judenheiten. In der ersten Hälfte der 1940er Jahre war Leshtsinsky einer der jiddischsprachigen Forscher in den USA, die sich frühzeitig mit der nationalsozialistischen Vernichtung von Jüdinnen und Juden auseinandersetzten.<sup>380</sup>

---

**377** Für die Zeit nach 1933 vgl. Schlögel/Tschäpe, *Die Russische Revolution*, S. 682f. Leshtsinsky war einer der ersten Wissenschaftler, der die Zahl von sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden noch während des Holocausts hochrechnete und publizierte. Auf seine diesbezüglichen Berechnungen wurden in einem am 08.01.1945 in der *New York Times* erschienenen Artikel verwiesen. Vgl. hierfür EstraiKh, *Jacob Lestschinsky*, S. 232.

**378** Dubnova-Erlich, Sofija: *Joseph Leshtshinsky – zayn lebn un shafn*. In: *Farlag Unser Tsait* (Hrsg.): *Khmurner-bukh*. New York 1958. S. 45–177. Hier S. 49. Auffällig ist, dass Jakob Leshtsinsky in den 1920er Jahren für seinen Nachnamen im Vergleich zu seinem Bruder Joseph eine leicht veränderte Schreibweise vornahm. Ob dies möglicherweise der Abgrenzung voneinander diene, konnte nicht geklärt werden.

**379** Dubnova-Erlich, *Joseph Leshtshinsky*, S. 149f.

**380** Vgl. EstraiKh, *Jacob Lestschinsky*, S. 230–234.

### 3.2.8 Der sozialistische Netzwerker – Alexander Stein

Alexander Stein war einer der bedeutendsten Mittler zwischen den drei Berliner Handlungsräumen. 1881 geboren verbrachte der gebürtige Aleksandr Nikolaevič Rubinštein seine Kindheit in Volmar<sup>381</sup>, einer multiethnischen Kleinstadt im Norden des jüdischen Ansiedlungsrayons. In seinen autobiografischen Erinnerungen betont Stein die während seiner Kindheit bestehenden familiären Kontakte zwischen christlichen und jüdischen Familien. Die Beschreibung verweist darauf, dass er diesen multiethnischen Raum als Besonderheit wahrnahm, der ihn nachhaltig prägte.<sup>382</sup> Stein studierte in Riga, wo er sich um die Jahrhundertwende einer jüdisch-marxistischen Studierendengruppe anschloss, der ebenfalls die späteren Exilanten Rafail Abramovič und Sergey Braun angehörten. Im Unterschied zu Abramovič und Braun entschied sich Stein für ein vornehmliches Engagement innerhalb der SDAPR und nicht im *Bund*. Stein erhoffte sich von der SDAPR den Aufbau einer übergreifenden revolutionären Massenpartei im Russländischen Reich, in der ethnische und nationale Zugehörigkeiten keine Bedeutung haben würden.

Nach einer längeren Gefängnisstrafe im Jahre 1903 und der gescheiterten Revolution von 1905 entschied sich Stein für die Migration nach Westeuropa, namentlich nach Berlin. Die Beschreibung seines illegalen Grenzübertritts vom Russländischen Reich ins Deutsche Kaiserreich zeigt, wie selbstverständlich Stein in dieser Zeit mit seiner Mehrfachzugehörigkeit als Osteuropäer, Jude und Sozialist umging und diese je nach Situation für sich zu nutzen wusste:

Nach einigem Herumsuchen in den spärlich beleuchteten schmutzigen Straßen mit ihren aermlichen niedrigen Holzhausern, fand ich unseren Vertrauensmann, einen juedischen Schneider, der mich mit offenen Armen empfangt, als ich ihm unser Kennwort zufluessterte. Sofort begab er sich in die weit befindliche Kaserne der Grenzwaechter, um mit einem befreundeten Feldwebel meinen Grenzüebertritt zu besprechen. Nach einer halben Stunde kehrte er zurueck. „Die Sache geht in Ordnung. Sie treffen um 7 Uhr hier in der Naehue einen Grenzsoldaten, der sie ueber die Grenze bringen wird. [...] Er wird Sie fragen, ob Sie Geld oder eine Uhr haben. Sagen Sie zu allem Nein. Und sagen Sie um Gotteswillen nicht, dass Sie ein „Politischer“ sind.“<sup>383</sup>

**381** Der heutige Stadtname ist Valmiera.

**382** Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 2.

**383** Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 61f. Eine vergleichbare Erfahrung bzgl. eines Grenzübertritts machte auch Pavel Aksel'rod: „[Aksel'rod] reached the town of Jassa, but found no one ready to help him. At last he secured the address of a frontier Jew who agreed to get him into Russia, but not if Axelrod insisted on taking along his five hundred appeals to the peasants. And so he left them in Jassa, intending to arrange for their subsequent shipment. He then dressed up as an ‚Old Testament Galician Jew‘ and with ticket in hand crossed the border without incident.“

Stein gelangte über Königsberg nach Berlin, wo er in den darauffolgenden Jahren als Journalist und Osteuropa-Experte an verschiedenen sozialistischen Zeitungen mitwirkte. Er arbeitete dabei mit bekannten Persönlichkeiten des deutschsprachigen Sozialismus wie Karl Kautsky und Eduard Bernstein eng zusammen. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde Stein SPD-Mitglied. Während des Krieges wurde der russländische Staatsbürger Stein im Deutschen Kaiserreich zu einem Redakteur der von Rudolf Breitscheid herausgegebenen Zeitung *Sozialistische Auslandspolitik*. Wie viele seiner MitstreiterInnen trat Stein in dieser Zeit der USPD bei.

Nach der Novemberrevolution führte Stein seine journalistische Tätigkeit in deutschsprachigen sozialistischen Zeitschriften fort. Er schrieb für die Zeitschrift *Der Sozialist* und war als einer von acht festen Redakteuren bei der USPD-Zeitung *Die Freiheit* angestellt, in der unter dem Kürzel „A.S.“ im Jahr 1919 Artikel über Gastspiele russländischer Theatergruppen in Berlin und Einschätzungen über die KI publiziert wurden.<sup>384</sup> Für die Redaktion waren Steins bestehende Kontakte zu russländischen SozialistInnen hilfreich. Beispielsweise tauschte er sich in Briefen mit Julij Martov über die politischen Entwicklungen nach den Revolutionen aus. Auf diesen Briefkontakt und die aktive Mitarbeit Steins im Redaktionsteam ist sicherlich das im *Sozialist* frühzeitig publizierte Grußwort Julij Martovs an die

---

The frontier guards did not even have to be bribed. It did not occur to them that revolutionaries would don the garb of a pious Jew.“ Ascher, Pavel Axelrod, S. 30.

**384** Vgl. A. S.: Russische Gastspiele im „Deutschen Theater“. Herbstliche Geigen von I. Gurgutschow. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 394 (18.08.1919). S. 3; A. S.: Russische Gastspiele. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 433 (08.09.1919). S. 2f.; A. S.: „Nju“. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 469 (27.09.1919). S. 3; N. N.: Das Problem der Internationale. 3. Die Moskauer Internationale. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 489 (08.10.1919)). S. 1f.; N. N.: Das Problem der Internationale. 4. Weist uns Moskau den richtigen Weg. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 498 (15.10.1919). S. 1f.; N. N.: Das Problem der Internationale. 5. Was ist zu tun? In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Morgen-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 505 (19.10.1919). S. 1f.; N. N.: „Blauer Sarafan“. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 517 (25.10.1919). S. 2f. Die Artikel über die Internationale wurden ohne Autorenangabe abgedruckt. Darauf, dass sie von Stein verfasst wurden, deutet eine kurz darauf erscheinende Publikation hin (vgl. Stein, Alexander: *Das Problem der Internationale. Mit Anhang: Resolutionen und Richtlinien der zweiten und dritten Internationale*. Berlin 1919), die in der Morgenausgabe vom 04.11.1919 beworben wurde. Es gibt darüber hinaus weitere Artikel, die thematisch Stein zuzuordnen sind, jedoch wie die allermeisten Artikel in der Zeitung ohne Kürzel/Namen abgedruckt wurden.

revolutionäre Bewegung in Deutschland zurückzuführen.<sup>385</sup> In den darauffolgenden Monaten folgten weitere Artikel von gerade in Berlin angekommenen russländischen Exilanten in USPD-nahen Publikationsorganen.<sup>386</sup>

Durch die schriftliche Kommunikation mit ehemaligen ParteifreundInnen blieb Stein über die Geschehnisse in Sowjetrußland informiert, so auch über den Verlauf des Besuchs von vier USPD-Abgeordneten in Moskau im August 1920.<sup>387</sup> Aus diesem Treffen entwickelte sich die Idee der Einladung von Julij Martov und Rafail Abramovič zum USPD-Parteitag in Halle, an der auch Stein mitwirkte. Martov und Abramovič wurden als sozialistische Antagonisten zum Bol'shevik Grigorij Zinov'jev eingeladen, um über Einschränkungen der sozialistischen Parteiarbeit und die Verfolgung ihrer Mitglieder in Sowjetrußland zu berichten. Abramovič sollte nicht pünktlich zur Veranstaltung eintreffen. Martov jedoch schon, ihm war es aber krankheitsbedingt nicht möglich, seine Rede selbst vorzutragen, weswegen die Rede „vom Genossen Stein aus dem russischen Manuskript“<sup>388</sup> heraus den Delegierten verlesen wurde. In der Rede, deren inhaltliche Argumentation auch von Stein geteilt wurde, rief Martov die Delegierten dazu auf, gegen den Antrag zum Beitritt zu der aus Moskau gelenkten KI zu stimmen und stattdessen einen Weg zwischen der Zweiten und Kommunistischen Internationale zu bestreiten. Die Rede beinhaltete auch eine scharfe Kritik an der revolutionären Entwicklung in Sowjetrußland seit der Oktoberrevolution: „Die russische Revolution ist krank, sie muß gesunden unter dem Einfluß des internationalen sozialistischen Proletariats, dann wird auch das russische Proletariat einen Ausweg aus jener Sackgasse finden, in die es jetzt geraten ist.“<sup>389</sup>

---

**385** Vgl. Martov, L.: Ein Brief an die deutschen Genossen. In: *Der Sozialist*, Vol. 1 (1918), Nr. 52 (28.12.1918). S. 10–12. Abgedruckt in englischer Übersetzung in: Ascher, Abraham (Hrsg.): *Documents of Revolution. The Mensheviks in the Russian Revolution*. London 1976. S. 117 f.

**386** Vgl. Martow, Julius: Antwort an Sinowjew. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 3, Nr. 483 (15.11.1920) und Nr. 485 (16.11.1920). S. 1 f.; N. N.: Wie sieht es in Rußland aus? In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 3 (1920), Nr. 495 (23.11.1920). S. 1 f.; Martow, L.: Konzessions-Kommunismus. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Morgen-Ausgabe, Vol. 3, Nr. 542 (21.12.1920) und Nr. 544 (22.12.1920). S. 1 f.; Abramowitsch, R.: Die Wahrheitskünder. Wie das deutsche Proletariat unterrichtet wird. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Morgen-Ausgabe, Vol. 3 (1920), Nr. 544 (22.12.1920). S. 3; Martow, L.: Der Wahnsinn des Terrorismus. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Morgen-Ausgabe, Vol. 3 (1920), Nr. 550 (25.12.1920). S. 5.

**387** Vgl. Brief von Julij Martov an Alexander Stein vom 05.08.1920. Abgedruckt in: Fel'stinsky, Yuri (Hrsg.): *Yu. O. Martov. Pis'ma. 1916–1922*. Benson/Vermont 1990. S. 62–64.

**388** Martov, *Das Problem der Internationale*, S. 5.

**389** Martov, *Das Problem der Internationale*, S. 11.



Trotz des Votums der Mehrheit der Delegierten gegen den von Martov und Stein vorgeschlagenen Weg versuchten beide auch nach dem Hallenser Parteitag von Berlin aus gemeinsam mit weiteren ExilantInnen und MitstreiterInnen aus der USPD, eine sozialistische Politik zwischen Zweiter und Kommunistischer Internationale zu implementieren.<sup>390</sup>

Für viele der in den 1920er Jahren in Berlin eintreffenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen war Stein ein wichtiger Mittler mit guten Kontakten zur deutschsprachigen Sozialdemokratie.<sup>391</sup> Stein unterstützte auch in administrativen Fragen. Hilfreich war dafür seine deutsche Staatsbürgerschaft, die ihm 1919 verliehen wurde.<sup>392</sup> So konnte er in Periodika der SDAPR und des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts aufgeführt werden.<sup>393</sup> Direkt nach dem Ersten Weltkrieg unterstützte er ebenfalls die Gründung von einer *Bund*-Partei in Berlin.<sup>394</sup> Ebenso blieb die Übersetzungsarbeit für Stein ein wichtiges Betätigungsfeld, das auch anderen ExilantInnen zugutekam.<sup>395</sup>

Neben seiner journalistischen Tätigkeit engagierte sich Stein im Bereich der sozialistischen Bildungsarbeit. Bereits kurz nach Kriegsende war er bildungspolitischer Dozent und Kommissionsmitglied für sozialistische Bildungspolitik. Im

---

**390** Vgl. hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 4.1 in dieser Arbeit.

**391** Es konnte nicht abschließend geklärt werden, ob Stein nach der Oktoberrevolution noch einmal nach Sowjetrußland zurückkehrte. Der Historiker Robert Wheeler erwähnt in seiner Forschungsarbeit zur USPD einen Bericht vom 19.11.1919, in dem ein *Freiheit*-Redakteur und ein preußischer USPD-Landtagsabgeordnete genannt werden, die gemeinsam eine Auslandsreise nach Sowjetrußland unternahmen. Wheeler selbst hat keine weiteren Informationen, um wen es sich bei den erwähnten Abgeordneten und dem Redakteur handelte. Einiges spräche dafür, dass es sich beim Redakteur um Alexander Stein handelte, da dieser die russische Sprache beherrschte und über gute Kontakte zur dortigen sozialistischen Bewegung verfügte. Vgl. Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt am Main 1975. S. 130. Die acht Namen der *Freiheit*-Redakteure führt Wheeler in Fußnote 32, S. 350 auf.

**392** Vgl. Papanek, Hanna: Alexander Stein (Pseudonym: Viator) 1881–1948, Socialist Activist and Writer in Russia, Germany, and Exile: Biography and Bibliography. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Vol. 30 (1994), Nr. 3. S. 343–379. Hier S. 350.

**393** In den Publikationen wird er aufgeführt als: „Verantwortlich f[ür] Red[aktion] u[nd] Verlag Alex[ander] Rubinstein, Bln.-Wilmersdorf“.

**394** Vgl. Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhome. In: NF, Vol. 12 (1937) vom 19.11.1937. S. 23.

**395** Stein übersetzte folgendes Buch aus dem Russischen: Martow/Dan, Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Für ein von Eduard Bernstein aus dem Deutschen ins Russische bzw. ins Jiddische übersetzte Buch schrieb er einleitende Worte. Vgl. Bernstein, Eduard: Di daytshe revolutsye. Ir oyfkumen, ir gang un ir oyftu. Berlin 1922 bzw. Bernstein, Eduard: Gernanskaja revolucija. Istorija eë voznikovenija i eë pervogo perioda. Berlin/Dresden 1922.

Spätsommer 1919 legte der USPD-Parteiverband Berlin-Brandenburg einen Schwerpunkt auf Bildungsarbeit. Zusammen mit bekannten SozialistInnen wie Luise Kautsky und Kurt Löwenstein war Stein für das Konzept einer *Arbeiter-Bildungsschule* zuständig. Die Arbeitsschwerpunkte der Schule lagen in den Bereichen Kunst, Theater, Jugend und Schule.<sup>396</sup> Mitte der 1920er Jahre knüpfte Stein auch innerhalb der SPD an diese Arbeit an. Im Dezember 1925 wurde er zum Sekretär des *Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit* ernannt und übernahm damit die Leitung der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. 1926 wurde er ebenfalls Leiter der *Freien Sozialistischen Hochschule*.<sup>397</sup> Bereits im November 1925 schrieb er diesbezüglich begeistert an Karl Kautsky: „Mich befriedigt diese Arbeit viel mehr als die bisherige, da sie mir die Möglichkeit gibt, mich intensiv in einer Bewegung zu betätigen, die nach meiner Überzeugung jetzt in Deutschland die lebendigste und verheissungsvollste ist.“<sup>398</sup>

In seiner Funktion als Leiter des *Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit* gründete Stein mit der *Bücherwarte* und der *Sozialistischen Bildung* zwei sozialdemokratische Zeitschriften. Besonders für die *Bücherwarte*, in der hauptsächlich Buchrezensionen veröffentlicht wurden, ist die erhöhte Beteiligung osteuropäischer ExilantInnen auffällig. In ihr rezensierten neben Stein mit Pëtr Garvi, Solomon Švarc und Grigorij Binštok drei weitere osteuropäisch-jüdische Sozialisten regelmäßig deutsch- und russischsprachige Bücher – eine sicherlich lohnende Arbeit, da es einerseits ihre Bekanntheit innerhalb der deutschsprachigen sozialistischen Bewegung steigerte und andererseits mit hoher Wahrscheinlichkeit auch vergütet wurde.

Stein nahm 1928 als Mitglied der SPD-Delegation am Kongress der SAI in Brüssel teil.<sup>399</sup> Im August 1933 emigrierte er nach Prag, wo bis 1938 ein Exilzentrum der deutschen Sozialdemokratie bestand. Dort war er ständiger Mitarbeiter des *Neuen Vorwärts* und der *Sozialistischen Aktion*. Parallel dazu widmet sich Stein auch in der Tschechoslowakei der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. Seine deutsche Staatsbürgerschaft wurde ihm bereits im April 1933 von den NationalsozialistInnen aberkannt.<sup>400</sup> 1938 migrierte Stein von Prag nach Paris. 1940

---

**396** Vgl. Jahresbericht des USPD-Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg vom 01.04.1919 – 31.03.1920. S. 19. Eingesehen in: BArch, Bestand RY 19/18.

**397** Für die bildungspolitischen Funktionen von Stein vgl. Papanek, Alexander Stein, S. 359.

**398** Brief von Alexander Stein an Karl Kautsky vom 06.11.1925. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky, Nr. 513.

**399** Vgl. provisorische Delegiertenliste des Dritten SAI-Kongresses in Brüssel. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 51.

**400** Vgl. Karteikarte Rubinstein, Alexander. Eingesehen in: BArch, R58/3347b.

floh er nach New York, wo er neben der deutschsprachigen nun auch wieder in der russischsprachigen Exilgruppe aktiv war. 1948 verstarb Stein in New York.<sup>401</sup>

Stein wurde um die Jahrhundertwende innerhalb der russländischen Sozialdemokratie politisiert. Aufgrund seines Migrationsweges und der daraus resultierenden Brüche lässt sich der sich als Internationalist verstehende osteuropäisch-jüdische Sozialist jedoch schwer in staatsbürgerliche Kategorien einordnen. Hierauf verweist auch der Titel seiner unveröffentlichten Autobiografie *In drei Arbeiterbewegungen*.<sup>402</sup> Als „Grenzgänger“<sup>403</sup> nahm Stein im Berlin der Weimarer Republik eine Mittlerrolle zwischen der deutschsprachigen Sozialdemokratie und den russländischen ExilantInnen ein. Für die deutsche ArbeiterInnenbewegung arbeitete er im journalistischen und bildungspolitischen Bereich, für die osteuropäischen SozialistInnen führte er Übersetzungstätigkeiten durch, unterstützte administrativ Exilparteien und half den ExilantInnen mit seinen Netzwerken und durch Publikationsmöglichkeiten. Darauf, dass er sich in den 1920er Jahren stärker zur deutschsprachigen als zur russländischen ArbeiterInnenbewegung zugehörig fühlte, verweist sein Emigrationsweg nach 1933. Anders als die überwiegende Mehrheit der russländischen SozialistInnen migrierte er nicht nach Paris, sondern nach Prag.

### 3.2.9 Der linke Sozialrevolutionär – Isaak Štejnbërg

Isaak Štejnbërg war eine der schillerndsten politischen Persönlichkeiten der sozialistischen Exilgruppe. In all seinen Tätigkeiten verband er seine sozialrevolutionäre Ausrichtung mit seinem jüdischen Glauben. 1888 wurde Štejnbërg in Dvinsk geboren und wuchs in einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie auf. In seiner Erziehung wurde großen Wert auf religiöse und säkulare Bildung gelegt. Mit Anfang 20 beherrschte er mit Russisch, Jiddisch, Deutsch und Hebräisch bereits vier Sprachen fließend. Nach seinem Schulabschluss war es Štejnbërg möglich, als einer von sehr wenigen jüdischen Studenten 1906 auf die juristische Fakultät in Moskau zu wechseln. Neben seinem Studium fand er in der Stadt Anschluss an sozialrevolutionäre Gruppierungen, weswegen er kurz darauf aufgrund revolutionärer Aktivitäten verhaftet wurde.

---

**401** Für die Zeit nach 1933 vgl. Papanek, Alexander Stein; Papanek, Hanna: Elly und Alexander. Revolution, Rotes Berlin, Flucht, Exil – Eine sozialistische Familiengeschichte. Berlin 2006.

**402** Für den Hinweis auf die Autobiografie vgl. Papanek, Alexander Stein, S. 345.

**403** Für den Begriff vgl. die Verwendung durch Uli Schöler in Bezug auf den russländischen Migranten Aleksandr Šifrin: Schöler, Totalitarismustheoretische Ansätze bei Alexander Schifrin.

Eine Anekdote aus dieser Zeit verdeutlicht, wie ernst Štejnberg die religiösen Gebote des Judentums befolgte: 1907, während seines Gefängnisaufenthaltes, soll er seine Entlassungspapiere zuerst nicht unterschrieben haben, da ihm diese am Samstag – dem jüdischen Ruhetag, an dem das Schreiben verboten ist – vorgelegt wurden.<sup>404</sup> Belegt ist, dass sich Štejnberg nach der Gefängnisstrafe dafür entschied, anstelle einer Verbannung nach Sibirien ins westeuropäische Exil zu gehen. Gemeinsam mit seinem Bruder Aron lebte er für mehrere Jahre in Heidelberg, wo er 1910 an der juristischen Fakultät seine Promotion abschloss. Die Brüder wurden von ihrem russländischen Talmud-Lehrer begleitet, der sie auch im Deutschen Kaiserreich regelmäßig unterrichtete.<sup>405</sup>

Nach Beendigung des Universitätsstudiums kehrte Štejnberg ins Russländische Reich zurück. In den ersten Jahren nach seiner Rückkehr ließ er sein politisches Engagement ruhen. Zuerst arbeitete er als Anwalt in Moskau, wo er 1914 heiratete. Auch während des Ersten Weltkrieges verblieb er in der Stadt, in der er sich in der Jüdischen Gemeinde engagierte und Kriegsoffer unterstützte. Erst 1916 nahm er seine parteipolitischen Aktivitäten innerhalb der SR wieder auf. Als überzeugter Internationalist orientierte er sich an der linken Parteifraktion, weswegen er nach der Februarrevolution in Opposition zu rechten SozialrevolutionärInnen stand, die mit bürgerlichen Parteien eine Regierungskoalition eingingen.

Seit der Februarrevolution kam der SR eine wichtige Funktion innerhalb der russländischen Gesellschaft zu. Die Partei war das politische Bindeglied zwischen den ArbeiterInnen und der Bauernschaft, wodurch die sozialrevolutionäre Bewegung als Koalitionspartnerin sowohl für andere Parteien aus der ArbeiterInnenbewegung als auch bürgerliche Parteien von großer Bedeutung war. Aufgrund der Regierungsbeteiligung von sozialrevolutionären PolitikerInnen mit bürgerlichen Parteien spaltete sich der linke Parteiflügel im November 1917 vom Rest der Partei ab. Als unabhängige Partei verhandelte die *Partei Linker Sozialrevolutionäre* (PLSR) über eine Regierungsbeteiligung als Juniorpartnerin mit den Bol'seviki. Nach längeren Debatten stimmte die PLSR am 10. Dezember 1917 einer Koalition zu, in der Štejnberg zum Volkskommissar der Justiz ernannt wurde.<sup>406</sup> Er verblieb in diesem Amt bis zum Bruch der Koalition im März 1918. In seinen Erinnerungen stellte Štejnberg diese Koalition als Zweckgemeinschaft dar, die er folgendermaßen begründete:

---

**404** Vgl. Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 14.

**405** Vgl. Krutikov, Mikhail: Isaac Nahman Steinberg: From Anti-Communist Revolutionary to Anti-Zionist Territorialist. In: Jews in Eastern Europe, Vol. 7 (1999), Nr. 1/2. S. 5–24. Hier S. 6f.

**406** Vgl. Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 19.

[Wir waren der Überzeugung,] daß in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft die beiden gleichwertigen Faktoren mit gleicher Kraft wirken: sowohl die materiell-ökonomischen Interessen, als auch die geistig-ethischen Ideale. In ihrer Tätigkeit stützte sie [die PLSR] sich auf die werktätigen Massen des Volkes, indem sie den Zusammenschluß von Arbeitern, werktätigen Bauern und geistigen Arbeitern organisierte.<sup>407</sup>

In der nur wenige Monate andauernden Regierungsbeteiligung trug die PLSR – und damit auch Štejnberg – zu zwei unterschiedlichen Entwicklungen bei. Auf der einen Seite schien eine stärkere Verfolgung von politischen GegnerInnen durch ihr Wirken verhindert worden zu sein. Als Volkskommissar der Justiz war Štejnberg bemüht, den beginnenden Staatsterror einzudämmen, was ihm auch seine politischen KontrahentInnen honorierten. So bewertete der Sozialdemokrat Grigorij Aronson das sowjetische Rechtssystem in den wenigen Monaten, in denen Štejnberg Volkskommissar war, als eines der zeitgenössisch besten und liberalsten in Europa.<sup>408</sup> Auf der anderen Seite war die PLSR mit ihrem Zugang zur bäuerlichen Bevölkerung und ihren organisatorischen Fähigkeiten auch „unge-wollt[er] Steigbügelhalter des Bolschewismus“<sup>409</sup>.

Nachdem die Regierungskoalition im März 1918 insbesondere am Streit um den Umgang mit der Bauernschaft und der Anwendung von Terror als politischem Mittel zerbrach, reiste Štejnberg für mehrere Monate mit Parteauftrag ins westeuropäische Ausland. In Deutschland und der Schweiz warb er um Unterstützung für die Positionen der PLSR und deren Parteilinie. Kurz nach seiner Rückkehr nach Moskau wurde Štejnberg zusammen mit allen anderen PLSR-Führungskräften verhaftet. Während seiner Abwesenheit war die Partei zur sozialrevolutionären Taktik des individuellen Terrors gegen politische Führungskräfte zurückgekehrt. Nach Abschluss des Brest-Litovsk-Vertrages im Sommer 1918 verübten SozialrevolutionärInnen ein Attentat auf den damaligen deutschen Botschafter Wilhelm Graf von Mirbach, der hierbei verstarb.<sup>410</sup> Štejnberg trat 1922 mit anderen sozialistischen Gefangenen anstelle der innerrussischen Verbannung den Weg ins ausländische Exil ohne Rückkehrproption an.

Angekommen im Berliner Exil, wurde Štejnberg Mitglied im Exil-Zentralkomitee der PLSR. Darüber hinaus war er zwischen 1924 und 1930 Herausgeber der Parteizeitschrift *Organ der Auslandsorganisation der PLSR*.<sup>411</sup> Durch zahlreiche

---

407 Steinberg, Als ich Volkskommissar war, S. 10f.

408 Vgl. Aronson, Grigorij: Dr. I. N. Shtejnberg – „der linker es-er“. In: Aronson, Grigorij: Rusishyidische inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn. Buenos Aires 1962. S. 188 – 217. Hier S. 202.

409 Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 20.

410 Vgl. Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 21.

411 Vgl. Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 22.

Vorträge und Teilnahmen an Diskussionsrunden blieb er innerhalb der russisch- und jiddischsprachigen Berliner Emigrationskreise ein bekanntes politisches Gesicht.<sup>412</sup> Besonders seine in den ersten Jahren publizierten Monografien, die er auf Russisch verfasste und ins Jiddische übersetzen ließ, zeugen davon, dass ihn die revolutionären Geschehnisse des Jahres 1917 fortwährend bewegten.<sup>413</sup> Die Publikation seiner Erinnerungen über die Zeit als Volkskommissar und seine Auseinandersetzung mit der Thematik der Gewalt und des Terrors in Russland erschien wenige Jahre später ebenfalls in deutscher Sprache.<sup>414</sup> Außerhalb seines parteipolitischen Engagements leitete Štejnberg den bis 1927 existierenden russischsprachigen Verlag *Skythen GmbH*, in dem er unter dem Pseudonym I. Levadin selbst veröffentlichte.<sup>415</sup>

Mitte der 1920er Jahre veränderte sich Štejnbergs persönlicher und politischer Fokus. Die Arbeit für die Exilgruppe der PLSR rückte in den Hintergrund und Štejnberg fokussierte sich nun verstärkt auf den jiddischsprachigen Handlungsraum, entwickelte theoretische Konzepte zum Sozialismus und wurde zu einem vehementen Vertreter des jüdischen Territorialismus. Die Forderung nach einem jüdischen Nationalstaat außerhalb des Mandatsgebiets Palästina vertrat er als Herausgeber der zwischen 1926 und 1937 in 18 Ausgaben erscheinenden Zeitschrift *Fraye shriftn. Farn yidishn sotsialistischen gedank*. Das in Warschau gedruckte jiddischsprachige Publikationsorgan setzte sich zum Ziel, unterschiedliche Theorien des nichtmarxistischen Sozialismus zu bündeln.<sup>416</sup> In der Zeitschrift publizierten über 40 Personen aus unterschiedlichen Städten und Ländern, was auf das große Netzwerk verweist, über das Štejnberg auch während der Berliner

---

**412** Zwischen 1923 und 1928 können fünf öffentliche Auftritte Štejnbergs nachgewiesen werden. Vgl. die Einträge Nr. 2.901, Nr. 3.963, Nr. 5.018, Nr. 5.029 und Nr. 6.009 in: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Kapitel: Chronik. Die Veranstaltungen fanden u. a. im Logenhaus in der Kleiststraße 10 (Berlin-Charlottenbug) im *Sholem-Alechem-Klub* und bei der *Vereinigung jüdischer Studierender* statt.

**413** U. a. Štejnberg, Isaak: *Navstvennyj lik revolucii*. Berlin 1923; in jiddischer Übersetzung von Shmuel Fridman: *Shtejnberg, Izak: Der moralisher pnim fun der revoliutsie*. Berlin 1925; Štejnberg, Isaak: *Ot' fevralja po oktjabr' 1917 g.* Berlin 1920; in jiddischer Übersetzung von Rapoport: *Shtejnberg, I. N.: Fun februar biz oktober 1917*. Warschau 1928.

**414** Vgl. Steinberg, *Als ich Volkskommissar war*; Steinberg, Isaak: *Gewalt und Terror in der Revolution*. Berlin 1931.

**415** Vgl. Kühn-Ludewig, *Jiddische Bücher aus Berlin*, S. 147; Eintrag Nr. 210: *Skify*, Izd-vo. In: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Kapitel: *Russische Verlage und Druckereien in Berlin*.

**416** Vgl. Krutikov, *Isaac Nahman Steinberg*, S. 16.

Exilzeit verfügte. Unter ihnen befanden sich auch die Berliner Exilanten Daniel Tsharni und Abraham Menes.<sup>417</sup>

Für Štejnberg stellte die Herausgabe der Zeitschrift eine Möglichkeit dar, sich politisch und intellektuell neu zu orientieren. 1929 definierte die Zeitungsredaktion ihre theoretische Verortung innerhalb des internationalen Sozialismus und des jüdischen Territorialismus – ein Schritt, der mit großer Sicherheit vom Herausgeber begleitet wurde. Hierbei wurde das Konzept einer „revolutionär-ethischen idealistischen Weltanschauung“<sup>418</sup> postuliert, die sich innerhalb der ArbeiterInnenbewegung gegen marxistische Dogmen sowohl von bolschewistischer als auch sozialdemokratischer Seite und innerhalb jüdischer Nationalbestrebungen von zionistischen Konzepten, aber auch von der bundischen Idee einer national-kulturellen Autonomie abgrenzte. Die Zeitschriftenredaktion sah ihre Aufgabe darin, eine aktivistische jüdische Kultur zu unterstützen, die am „radikalen-sozialistischen Streben der Menschheit“<sup>419</sup> anknüpfen und alle Strömungen der jüdischen Geschichte und der vielfältigen Gegenwart zusammenführen sollte. Zwar behauptete die Redaktion, dabei parteiunabhängig zu agieren, trotz alledem war der sozialrevolutionäre und territorialistische Einfluss Štejnbergs und seiner MitstreiterInnen deutlich herauszulesen.

Isaak Štejnberg zog 1933 nach London, von wo aus er bis 1937 die Herausgabe der *Fraye shriftn* fortführte. In den 1940er Jahren gelangte er über Perth zu Familienmitgliedern in Kanada. In diesen beiden Jahrzehnten entwarf er immer konkretere Pläne eines jüdischen Territorialismus. 1957 verstarb Štejnberg in New York.

Im Laufe der 1920er Jahre wandelte sich Isaak Štejnbergs politisches Selbstverständnis vom Eintreten für die linke Fraktion der SozialrevolutionärInnen hin zum jüdischen Territorialismus. Im Berliner Exilraum genoss Štejnbergs als ehemaliger Volkskommissar der Justiz Sowjetrusslands eine besondere Stellung. Er blieb durch Publikationen und Auftritte bei öffentlichen Veranstaltungen eng in die sozialistischen Handlungsräume Berlins eingebunden.

---

<sup>417</sup> Vgl. Krutikov, Isaac Nahman Steinberg, S. 2.

<sup>418</sup> N. N.: Redaktsie fun di „Fraye shriftn“: Tsu lezer un fraynt! In: *Fraye shriftn*. Farn yidishn sotsialistischen gedank. Warschau November 1928. S. 1f. Hier S. 1.

<sup>419</sup> N. N.: Redaktsie fun di „Fraye shriftn“: Tsu lezer un fraynt! In: *Fraye shriftn*. Farn yidishn sotsialistischen gedank. Warschau November 1928. S. 1f. Hier S. 1.

### 3.3 Zwischenresümee

In diesem Kapitel wurden die von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen mitgeprägten Handlungsräume des „Roten Berlins“ aus zwei unterschiedlichen Perspektiven heraus betrachtet. Aufgefächert in einen jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen Handlungsraum wurden im ersten Teil des Kapitels die Parteien und Organisationen aufgeführt, die von den ExilantInnen neu geschaffen wurden oder an denen sie sich beteiligten. In der zweiten Hälfte des Kapitels wurden anhand biografischer Skizzen von neun osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen beispielhaft die Verknüpfungen zwischen den drei Handlungsräumen aufgezeigt. Ferner wurde durch diese aufeinanderfolgende biografische Darstellung die bereits im vorherigen Kapitel erörterte politische und gesellschaftliche Vielfalt der Exilgruppe veranschaulicht.

Berlin war zur Zeit der Weimarer Republik ein wichtiger politischer Migrations- und Exilort des osteuropäisch-jüdischen Sozialismus. Aus der Stadt heraus agierten VertreterInnen von fünf osteuropäisch-sozialistischen Exilparteien, an denen sich auch jüdische SozialistInnen beteiligten. Für sie avancierte der Exilort besonders in den ersten Jahren nach Kriegsende zu einem wichtigen Zentrum sowohl des sozialistischen als auch des jüdischen gesellschaftlichen Lebens in Europa. Neben Exilparteien entstanden Literatur-, ArbeiterInnen-, und Debatteklubs; es wurden Verlage und Zeitungsredaktionen gegründet. Diese migrantische sozialistische Vielfalt existierte in Berlin trotz einer ab Mitte der 1920er Jahre geringer werdenden Anzahl osteuropäischer SozialistInnen in der Stadt bis ins Jahr 1933.

Im Vergleich zu anderen osteuropäisch-jüdischen Migrationsgruppen war die sozialistische Gruppe auch deshalb besonders, da zahlreiche ExilpolitikerInnen und politische Intellektuelle Berlin bewusst als Exilort auserkoren hatten. Von Beginn an nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die Stadt nicht als einen notwendigen Durchgangsort zu anderen Emigrationsorten wahr, sondern sahen in ihr ein mögliches mittelfristiges Zuhause. Insbesondere diejenigen, die vor Ort eine parteipolitische, journalistische oder anderweitige Anbindung genossen, verblieben größtenteils bis ins Jahr 1933. Im Stadtraum agierten die ExilantInnen und politischen Intellektuellen in jiddisch- und russischsprachigen Exilparteien sowie in weiteren politischen und kulturellen Organisationen. Zugleich fanden sie notwendige Anknüpfungspunkte an den weit größeren deutschsprachigen sozialistischen Handlungsraum und beteiligten sich an Diskussionen der internationalen ArbeiterInnenbewegung.

Die Stadt Berlin wurde auch über die Exilgruppe hinaus von sozialistischen Parteien aus Ost- und Ostmitteleuropa als bedeutendes Zentrum des europäischen Sozialismus wahrgenommen. Sowohl die SPD-Parteizentrale, in der die



Parteiarchive der SDAPR und des *Bund* untergebracht waren, als auch das Ende der 1920er Jahre eröffnete SDAPR-Parteigrab, auf dessen Grabstein an sechs im Exil verstorbene osteuropäisch-jüdische Sozialisten gedacht wurde, stellten Orte dar, die von SozialistInnen aus dem östlichen Europa während kurzfristiger Berlin-Aufenthalte aufgesucht wurden.

Der jiddisch- und russischsprachige Handlungsraum des Berlins der Weimarer Republik folgte den bekannten Periodisierungen und Brüchen der Zeit. In der Zeit vom Kriegsende bis 1923 lebten besonders im Ostteil der Stadt zahlreiche ArbeiterInnen aus Osteuropa, die aufgrund von Hunger, Krieg und Pogromen Richtung Westen geflohen waren. Diese Migrationsgruppe war ein agitatorisches Ziel des heterogenen Parteienspektrums der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung. Ausgelöst durch politische und ökonomische Krisensymptome wie das sogenannte Scheunenviertel pogrom und die Hyperinflation erfuhr der jiddisch- und russischsprachige Migrationsraum 1923 einen Wegzug zahlreicher nicht organisierter osteuropäischer ArbeiterInnen. Spätestens ab Mitte der 1920er Jahre sollten die im Laufe des sowjetischen Bürgerkrieges nach Berlin geflüchteten PolitikerInnen und politischen Intellektuellen durch zahlreiche institutionelle Neugründungen das Bild der jiddisch- und russischsprachigen sozialistischen Handlungsräume in entscheidender Form verändern und prägen. Ein zweiter Bruch erfolgte zu Beginn der 1930er Jahre. Ausgelöst durch ökonomische Probleme aufgrund der Weltwirtschaftskrise und des politischen Aufstiegs der NSDAP gerieten die ExilantInnen samt Exilparteien und Organisationen verstärkt unter Druck. Die Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sah sich in diesem Moment in einem Verteidigungskampf für die demokratische Gesellschaft, der sich sowohl gegen den Faschismus als auch gegen den Kommunismus richtete.

Zwischen den drei sozialistischen Handlungsräumen gab es größere Unterschiede. Im jiddischsprachigen Handlungsraum entstand durch die in der Sowjetunion verbotenen politischen Alternativen des Bundismus, Zionismus und Territorialismus eine große innersozialistische Diversität. Dabei existierten enge Verbindungen zwischen ExilpolitikerInnen und kulturpolitischen sowie wissenschaftlichen Organisationen und Institutionen. Verglichen hiermit erscheint der Aufbau des sozialistischen russischsprachigen Handlungsraumes eklektischer. Die russischsprachigen SozialistInnen verblieben eng in den geschaffenen parteipolitischen Zusammenhängen, wodurch auch weniger Überschneidungen im Bereich von kulturpolitischen und wissenschaftlichen Organisationen zustande kamen. Auffallend ist darüber hinaus, dass der russischsprachige Handlungsraum durch das quantitative Übergewicht der Mitglieder der SDAPR durch die sozialdemokratische Partei stark dominiert wurde. Andere russischsprachige Parteien der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung wie die *Sozialrevolutionäre*

*Partei* waren nicht so präsent und wichen nach wenigen Jahren mehrheitlich auf die Exilorte Prag und Paris aus. Anknüpfungspunkte zum sozialistischen deutschsprachigen Handlungsraum ergaben sich besonders in Form von bestehenden und neu aufgebauten Netzwerken, die es den ExilantInnen ermöglichten, in deutscher Sprache zu publizieren, an Vorträgen und Debatten teilzunehmen und anderweitig auf parteipolitischer Ebene zu kooperieren. Ebenfalls vertieften sich in den 1920er Jahren persönliche Bekanntschaften zwischen osteuropäischen und deutschen ParteianführerInnen.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Handlungsräumen, der in diesem Kapitel bereits angedeutet wurde und im folgenden dritten Kapitel eine Vertiefung erfährt, bestand in den thematischen Debatten, an denen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen beteiligt waren. Während sie innerhalb des deutschsprachigen Handlungsraumes vornehmlich als ExpertInnen für politische, historische und soziale Entwicklungen in Osteuropa kontaktiert wurden, gab es in den zwei weiteren Handlungsräumen eine merklich größere thematische Vielfalt.

Im Berliner Exilraum trafen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen auf eine neue Lebenswelt mit veränderten Handlungsmöglichkeiten, politischen UnterstützerInnen und GegnerInnen. Zugleich bedeutete für sie das Leben in Berlin keinen vollständigen Abbruch ihrer osteuropäischen Lebenswelt. Teile dieser Lebenswelt erhielten sie sich in den migrantischen Handlungsräumen; gleichzeitig verfolgten viele von ihnen mit Interesse die Entwicklungen in ihrer Heimat. Nur für einige wenige stellte der Weg ins Exil einen Abbruch ihrer politischen Tätigkeit innerhalb der sozialistischen Bewegung dar. Ein Beispiel der Absenz von politischer Arbeit ist Mark Broido, ein früherer Men'shevik, der seit Beginn der 1920er für mehrere Jahre in Berlin in der sowjetischen Handelsvertretung arbeitete. Sein Kontakt zu Exilgruppierungen brach jedoch nicht vollständig ab, sondern bestand über seine in der SDAPR-Auslandsdelegation aktive Ehefrau Eva Broido fort.<sup>420</sup>

Die biografischen Skizzen verdeutlichen, wie selbstverständlich sich die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aufgrund ihrer Erfahrungen aus dem multiethnischen osteuropäischen Raum und ihrer vielfältigen, ausgezeichneten Sprachkenntnisse zwischen den Handlungsräumen bewegten. Auch wenn nicht jede Person in gleicher Form in allen drei Handlungsräumen agieren konnte oder wollte, hatte die Gruppe dabei eine MittlerInnenfunktion inne. Durch ihre Beteiligung an und den Aufbau von verschiedenen Organisationen transferierte die Exilgruppe Debatten von einem in den anderen Handlungsraum.

---

<sup>420</sup> So berichtet es seine Tochter Vera Broido in ihrer Autobiografie. Vgl. Broido, *Daughter of Revolution*, S. 185f. und S. 208.

Die Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nahm das Leben in Berlin als ein durch die Bol'sheviki ausgelöstes, erzwungenes Exil wahr. Viele hofften auf eine Rückkehr in die Sowjetunion, doch nur wenigen sollte diese Rückkehr ermöglicht werden. Diese rettete die RückkehrerInnen zwar vor dem Nationalsozialismus und dem Holocaust, endeten aber dennoch grausam, wie anhand des Lebensweges von Dovid Bergelson verdeutlicht wurde. Dagegen flohen die in Westeuropa verbliebenen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ab 1933 in mehreren Etappen vor den NationalsozialistInnen. Aufgrund bestehender Netzwerke und wohl auch durch ihr erworbenes Gespür für politische Gefahren konnten sich alle in dieser Studie betrachteten SozialistInnen vor den NationalsozialistInnen retten.

Zwischen 1920 und 1933 hatte sich die Wahrnehmung des Berliner Exilraums fundamental verändert. Nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Berlin zu Beginn noch als „freieste Stadt der Welt“<sup>421</sup> wahr, in der die sozialistische Revolution nach marxistischer Theorie möglich erschien,<sup>422</sup> schlug dies in den 1930er Jahren ins genaue Gegenteil um. Zwischen diesen beiden Extremen bestand für einige Jahre ein Berliner Exil- und Migrationsort, in dem die aus der Sowjetunion herausgedrängte politische Vielfalt des osteuropäisch-jüdischen Sozialismus aufrechterhalten und fortgeführt werden konnte.

---

**421** Kosovski, Vladimir: Der krizis in der daytsher sotsial-demokratie. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 2. Abraham Menes formuliert einen ähnlichen Gedanken über den Berliner Exilort der 1920er Jahre in seiner biografischen Skizze über den Lebensweg von Franz Kursky. Vgl. Menes, Der lebns-veg, S. 24.

**422** Vgl. Ascher, Pavel Axelrod, S. 349.

## 4 Debatten

In der 100. Ausgabe der von der SDAPR im Exil publizierten Zeitung *Socialističeskij vestnik* resümierten die RedakteurInnen über die schwierige Informationslage über Sowjetrussland in Westeuropa, die die Gründung der Zeitschrift befeuerte. Eva Broido betonte, dass die europäische ArbeiterInnenbewegung im Sommer 1920 über keine verlässlichen Informationen zum Experiment der „Diktatur des Proletariats“ verfügte. Die wenigen in Berlin lebenden Men'sheviki versuchten daher zu dieser Zeit mit mäßigem Erfolg, Artikel über die Situation in Sowjetrussland in deutschsprachigen Zeitungen zu platzieren. Ihr Erfolg blieb aus, da die Redaktionen deutschsprachiger sozialistischer Zeitungen negative Reaktionen ihrer mehrheitlich prosowjetisch gestimmten LeserInnenschaft befürchteten.<sup>1</sup> Deshalb entschieden sich die russländischen SozialdemokratInnen, eine russischsprachige Zeitung zu gründen, in der sie ihre Perspektive auf die tiefgreifenden politischen Veränderungen auf ihre Weise diskutieren konnten.<sup>2</sup> Die erste Ausgabe des *Socialističeskij vestnik* erschien am 1. Februar 1921; drei Jahre später erfolgte die Gründung des deutschsprachigen *Mitteilungsblattes der Russischen Sozial-Demokratie*, welches die Debatten einem weiteren InteressentInnenkreis öffnen sollte.

Das sozialistische Engagement der ExilantInnen fokussierte sich während ihrer Zeit in Berlin in besonderer Weise auf öffentliche Artikulation in schriftlicher und mündlicher Form. Um ihre politischen Standpunkte für eine größere Öffentlichkeit sichtbar zu machen, gaben osteuropäisch-jüdische SozialistInnen eigene Periodika heraus und publizierten ihre Ansichten in internationalen Zeitschriften. Auf diese Weise war es ihnen möglich, Positionen und Standpunkte in die zeitgenössischen Debatten der internationalen ArbeiterInnenbewegung einzubringen, wodurch eine bedingte Einflussnahme auf die politischen, ökonomischen und sozialen Geschehnisse stattfand. Sie schauten dabei auf die Entwicklungen in westeuropäischen Gesellschaften, nahmen an theoretischen Debatten innerhalb der sozialistischen Bewegung teil und agierten als ExpertInnen für die Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa. Hierbei agierten sie zuerst als VertreterInnen von Parteien oder als AuslandskorrespondentInnen sozialistischer Zeitungen. Trotzdem müssen die Themenauswahl und politische Positionierung auch als eigene Verortungen der Personen verstanden werden, die aus selbstgemachten Erfahrungsbefunden und einem individuellen Zugehörigkeitsverständnis resultierten.

---

1 Vgl. Broido, Eva: Na zare „Sotsialističeskogo vestnika“. In: SV, Vol. 5, Nr. 6 (04.04.1925). S. 21f.

2 Vgl. Broido, Eva: Na zare „Sotsialističeskogo vestnika“. In: SV, Vol. 5, Nr. 6 (04.04.1925). S. 21f.

Im folgenden Kapitel werden transnationale Debatten nachgezeichnet, an denen ExilantInnen teilnahmen oder die sie selbst initiierten. Hierfür wurden Publikationen der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen in fünf jiddisch-, einem russisch- und sieben deutschsprachigen Publikationsorganen sowie Monografien und Broschüren ausgewertet. Die in die Analyse einbezogenen Zeitungen und Zeitschriften unterscheiden sich in Sprache, Form, Themenspektrum, Häufigkeit und Dauer des Erscheinens sowie angesprochener LeserInnenschaft. Diese Vielfalt ermöglicht die Erstellung eines detaillierten Bildes der Beteiligung von Berliner ExilantInnen an unterschiedlichen Debatten der zeitgenössischen sozialistischen Bewegung. Neben den politischen Diskursbeiträgen in Form von Analysen und Berichten publizierten ExilantInnen ebenfalls politische, soziologische und historische Studien sowie literarische Werke. Als Quellen für die im Kapitel dargestellten zeitgenössischen gesellschaftspolitischen Debatten fanden letztgenannte Publikationen jedoch weniger Beachtung, da sich aus ihnen nur in indirekter Form politische Meinungsbildungsprozesse herauslesen lassen.

Einige Diskussionen fanden über Sprachgrenzen hinweg statt, andere wurden nur in einem bestimmten Handlungsraum geführt. Bereits mit der zumeist bewusst getroffenen Wahl der eigenen Kommunikationssprache verorteten sich die ExilantInnen. Publikationen in deutscher, englischer oder französischer Sprache richteten sich besonders an die westeuropäischen ArbeiterInnenbewegungen. Ebenso waren dies die Kommunikationssprachen innerhalb der SAI. Russischsprachige Publikationen richteten sich selbstredend an die russländische Exilgemeinde sowie an die in der Sowjetunion lebende ArbeiterInnenschaft; jiddischsprachige wurden vornehmlich für ein jüdisches Publikum in Ost-/Ostmitteleuropa und den USA geschrieben. Die Entscheidung für einen Sprachraum hatte aber nicht nur Auswirkungen auf die potenzielle LeserInnenschaft sondern auch auf die bestehenden thematischen Anknüpfungspunkte.

Für den jiddischsprachigen Handlungsraum wurden in der folgenden Analyse mit dem New Yorker *Forverts* und der Warschauer *Naye folkstsaytung* die beiden bedeutendsten und auflagenstärksten internationalen jiddischsprachigen sozialistischen Periodika berücksichtigt, in denen vornehmlich das tagespolitische Geschehen in Form von Analysen, Meinungen und Ereignisberichten abgebildet wurde. Einbezogen wurde ebenfalls das monatlich erscheinende Periodikum *Di tsukunft*, in dem theoretische Debatten ausgebreitet und autobiografische Erinnerungen jüdischer SozialistInnen abgedruckt wurden. Mit dem kurzzeitig in Berlin erschienenen Periodikum *Undzer gedank* und der ab 1926 in Warschau erscheinenden Zeitschrift *Fraye shriftn* wurden auch zwei jiddischsprachige Periodika mit geringer Auflagenstärke analysiert, die von Berliner Exilanten selbst herausgegeben wurden.

Im russischsprachigen Handlungsraum liegt der Analysefokus auf der von der SDAPR seit 1921 zweiwöchentlich in Berlin publizierten Parteizeitung *Socialistišeskij vestnik*. Die Berichterstattung in der Zeitung fokussierte sich vornehmlich auf die Analyse der Situation in der Sowjetunion und einer diesbezüglichen parteipolitischen Positionierung der SDAPR-Exilgruppe. Für sie war die Zeitung das wichtigste Publikationsorgan, in dem innerparteiliche Differenzen zwischen den Parteiflügeln und nationalen Gruppierungen diskutiert und ausgehandelt wurden. Dagegen wurden internationale politische Entwicklungen in der Zeitung nachrangig behandelt.

Mit der Berliner SPD-Parteizeitschrift *Vorwärts*, *Berliner Volksblatt*, *Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* und der bis 1922 herausgegebenen USPD-Parteizeitschrift *Freiheit*, *Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* wurden im deutschsprachigen Handlungsraum zwei Tageszeitungen sozialistischer Parteien ausgewertet. Hinzugezogen wurden ebenfalls die in Wien publizierte Theoriezeitschrift *Der Kampf* und die Berliner Monatsschrift *Die Gesellschaft*. Für die Zeit bis 1922 wurden die der USPD nahestehenden wöchentlich erscheinenden Zeitschriften *Der Sozialist*, *Sozialistische Außenpolitik* und die illustrierte *Freie Welt* mit einbezogen. Für die Zeit ab 1926 wurde auch die vom Reichsausschuss für Sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene Zeitschrift *Die Bücherwarte*, *Zeitschrift für sozialistische Buchkritik* ausgewertet.

Von den in dieser Arbeit betrachteten 46 osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen haben 29 im Laufe ihrer Berliner Exilzeit in mindestens einem der oben genannten Periodika publiziert. Dabei konnten bei 21 Personen Publikationen in jiddischsprachigen Publikationsorganen,<sup>3</sup> bei 16 Personen eine Publikationstätigkeit im russischsprachigen *Socialističeskij vestnik*<sup>4</sup> und bei zwölf Personen eine Beteiligung in mindestens einem der sieben deutschsprachigen Periodika nachgewiesen

---

**3** Hierzu gehörten Rafail Abramovič, Pavel Aksel'rod, Grigorij Aronson, Ben-Adir, Ben-Baruch, Eva Broido, Fëdor Dan, Pëtr Garvi, Nahum Gergel, Dovid Eynhorn, Aaron Jugov, Stephan Ivanovič, Vladimir Kosovski, Franz Kursky, Jakob Leshtsinsky, Julij Martov, Abraham Menes, Solomon Švarc, Daniel Tsharny, Elias Tsherikover und Vladimir Voytinski. Die ins Jiddische übersetzten Texte von Julij Martov erschienen postum. Die Memoiren von Eva Broido wurden von der *Naye folkstsaytung* auf Jiddisch publiziert, als sie bereits wieder in die Sowjetunion zurückgekehrt war. Für 17 Personen konnten keine jiddischsprachigen Publikationen in den für dieses Kapitel analysierten Periodika nachgewiesen werden.

**4** Zwischen 1921 und 1933 publizierten die folgenden Personen mehr als einen Artikel im *Socialističeskij vestnik*: Rafail Abramovič, Pavel Aksel'rod, Grigorij Aronson, Grigorij Binštok, Eva Broido, David Dalin, Fëdor Dan, Pëtr Garvi, Aaron Jugov, Mark Kefali, Julij Martov, Solomon Švarc, Alexander Stein, Vladimir Voytinski und Genrich Rabinovitsch. Vladimir Kosovski publizierte einen einzigen Beitrag in der Zeitschrift.

werden.<sup>5</sup> Einzelne ExilantInnen publizierten während der Berliner Exilzeit noch in weiteren Sprachen; diese Publikationen wurden in der nachfolgenden Darstellung der transnationalen Diskurse jedoch nicht berücksichtigt. Die individuelle Publikationsmenge differenzierte stark zwischen den einzelnen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen und hing mit ihrer Tätigkeit und ihrem Vernetzungsgrad zusammen. Bei fast allen ExilantInnen gab es eine Sprache, in der sie vorwiegend publizierten.<sup>6</sup> Nichtsdestotrotz veröffentlichten sechs ExilantInnen in Publikationsorganen in allen drei Sprachen und neun weitere Personen in Publikationsorganen in zwei unterschiedlichen Sprachen.

Die Publikationssprachen lassen keinen automatischen Rückschluss auf die Sprachfähigkeiten der ExilantInnen zu. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen durch ihre Mehrsprachigkeit Partizipationsmöglichkeiten in unterschiedlichen Handlungsräumen ermöglicht wurden. Mit Blick auf die jiddischsprachigen Publikationsorgane ist festzustellen, dass die Artikel einiger osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen in Übersetzung veröffentlicht wurden. Unabhängig von der aktiv verwendeten Publikationssprache war es der überwiegenden Mehrheit der ExilantInnen möglich, Debatten und Veröffentlichungen aus allen drei Handlungsräumen zu rezipieren. Hierdurch fand eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Standpunkten aus den Handlungsräumen statt, was auch Auswirkungen auf die eigene Themensetzung hatte.

Aufgrund ihrer Herkunft aus dem Russländischen Reich waren alle betrachteten osteuropäisch-jüdischen ExilantInnen der russischen Sprache mächtig. In der folgenden Analyse wurde durch die Fokussierung auf den *Socialističeskij vestnik* für den russischsprachigen Handlungsraum der Schwerpunkt auf Debatten innerhalb der russländischen Sozialdemokratie gelegt. Neben den 21 ExilantInnen, die auf Jiddisch publizierten, kann aufgrund anderweitiger, für dieses Kapitel nicht berücksichtigter Publikationen oder sonstigen Engagements im jiddischsprachigen Handlungsraum bei mindestens zwölf weiteren Personen davon ausgegangen wer-

---

5 Hierzu gehörten: Rafail Abramovič, Grigorij Binštok, Fëdor Dan, David Dalin, Pëtr Garvi, Aaron Jugov, Naum Jasny, Julij Martov, Paul Olberg, Alexander Stein, Solomon Švarc und Vladimir Voytinsky. Des Weiteren wurden auch Monografien von Pavel Akseľ'rod und Eva Broido ins Deutsche übersetzt.

6 Eine Ausnahme bildete der *Bund* und SDAPR-Politiker Rafail Abramovič. Er veröffentlichte regelmäßig Artikel in allen drei Sprachräumen: Als Redakteur des *Socialističeskij vestnik* publizierte er zahlreiche Artikel in russischer Sprache; in seiner Funktion als Auslandskorrespondent des *Forverts* gab er in den dreizehn Berliner Exiljahren mehr als 150 Artikel auf Jiddisch heraus. Ebenfalls publizierte er als wichtiger SDAPR-Exilpolitiker in unterschiedlichen sozialistischen Zeitungen des deutschsprachigen Sprachraumes.

den, dass sie jiddische Sprachkenntnisse besaßen.<sup>7</sup> Aufgrund bereits vorhandener oder im Berliner Exil angeeigneter Sprachkenntnisse ist ebenso davon auszugehen, dass für die überwiegende Mehrheit der ExilantInnen eine Teilhabe am deutschsprachigen Handlungsraum möglich war. Verglichen mit dem jiddisch- und russischsprachigen Handlungsraum ist im deutschsprachigen allerdings eine deutlich geringere aktive Beteiligung der ExilantInnen feststellbar. Die Auswertung der Artikel hat gezeigt, dass dies sicherlich zu einem großen Teil damit zusammenhängt, dass die Möglichkeit der Publikation in deutschsprachigen Periodika noch stärker als in den anderen Handlungsräumen mit der individuellen politischen Vernetzung verknüpft war und die ExilantInnen nur für einen eingeschränkten Themenbereich angefragt wurden.

Anders als in den vorherigen Kapiteln werden die ExilantInnen in diesem Kapitel anhand ihrer Funktion in den im Exil fortbestehenden Partei- und Organisationszusammenhängen beschrieben, wodurch ihre Zugehörigkeit zur sozialistischen ArbeiterInnenbewegung in der Mehrzahl der Diskurse in den Fokus der Analyse rückt. Das Kapitel ist unterteilt in drei Unterkapitel, welche auf die für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen zentralen Räume rekurrieren. Im ersten Unterkapitel liegt der Fokus auf Debatten im abstrakten Handlungsraum der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Neben der Prägung inhaltlicher Diskurse ging es den ExilantInnen hierin auch darum, die nach dem Ersten Weltkrieg neu entstehenden supranationalen Organisationen strukturell mitzugestalten. Die darauffolgenden Unterkapitel widmen sich Debatten und Entwicklungen in der Sowjetunion und der Weimarer Republik.

## 4.1 Der Kampf um die internationale ArbeiterInnensolidarität

Die sozialistische Exilgemeinde Berlins betrieb eine unabdingbare Kontaktpflege auch außerhalb ihrer Kreise. Internationale Strukturen des Sozialismus waren für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen das wichtigste Netzwerk, in dem sie

---

<sup>7</sup> Durch die Auswahl der Periodika wurden in der Analyse für dieses Kapitel primär Texte von ExilantInnen berücksichtigt, die als AuslandskorrespondentInnen oder ExilpolitikerInnen aktiv waren, wenig Beachtung fand dagegen publizierte Lyrik und Prosa. Ebenfalls konnten für einige osteuropäisch-jüdische SozialistInnen für die Zeit in Berlin keine jiddischsprachigen Publikationen nachgewiesen werden, jedoch davor oder danach. Aus diesen Gründen ist bei den Folgenden zwölf Personen ebenfalls von jiddischen Sprachkenntnissen auszugehen: Sergej Braun, Mark Broido, Lev Êtkin, Nathan Frenkel, Isai Judin, Mark Kefali, Konstantin Leites, Abraham Mutnik, Genrich Rabinovič, Nokhem Shtif, Alexander Stein und Aron Syngalowski.



Gleichgesinnte zur Diskussion trafen.<sup>8</sup> Dabei nutzten die osteuropäischen SozialistInnen nicht nur bestehende Strukturen, sondern sie waren nach dem Ersten Weltkrieg auch aktiv daran beteiligt, diese mit aufzubauen.

Die enge Verwobenheit der internationalen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung zeigt sich auch anhand der zahlreich verschickten Geburtstagsgrüße, Kondolenz- und Gratulationsschreiben zu Parteijubiläen. Zwischen Parteien und PolitikerInnen dienten sie als Zeichen sozialistischer Solidarität und einer über Staatsgrenzen hinaus bestehenden internationalistischen Haltung. Zugleich richteten sich zahlreiche dieser Schreiben auch an die Öffentlichkeit, weswegen sie in parteinahen Zeitungen publiziert wurden. Durch sie wurde den AnhängerInnen der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung das Gefühl gegeben, einer großen, weltumspannenden Bewegung anzugehören. Besonders für Parteien, die sich in national schwierigen Situationen befanden, waren sie deshalb eine wichtige Rückversicherung der internationalen Solidarität, die auf gemeinsamen Werten fußte. Die in Berlin ansässigen osteuropäischen Exilparteien beteiligten sich ebenfalls an diesem rituellen Schriftverkehr. Sie versandten zahlreiche Schreiben an SozialistInnen aus der Sowjetunion, Europa und den USA und erhielten zu Jubiläen und anderen Anlässen Schreiben aus der internationalen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung.

Zwei Jubiläen, die die Bedeutung dieser Kultur beispielhaft zeigen, waren die runden Geburtstage von Fëdor Dan und dem deutschen Sozialdemokraten Eduard Bernstein. Im Oktober 1931 beging Dan seinen 60. Geburtstag mit einer großen Feier in Berlin. Dieses Jubiläum des Vorsitzenden der Auslandsvertretung der SDAPR strahlte weit über die Stadtgrenzen hinaus, was zahlreiche Glückwunschschriften unterschiedlicher sozialistischer Parteien und Personen aus dreizehn Ländern belegen. Die Redaktion des *Socialističeskij vestnik* fasste freudig zusammen, dass „fast alle sozialistischen Publikationsorgane in Europa, sowie einige russische demokratische Auslandszeitungen auf den 60. Geburtstag von F. I. Dan mit wohlwollenden Artikeln oder Notizen hingewiesen haben“<sup>9</sup>. Unter den zahlreichen GratulantInnen befanden sich neben den sozialdemokratischen Parteien aus Deutschland, Frankreich, Italien, Litauen und Polen auch das Zen-

<sup>8</sup> Für die Relevanz von Netzwerken innerhalb der sozialistischen Bewegung vgl. auch Polexe, Laura: Netzwerke und Freundschaft. Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz an der Schwelle zum 20. Jahrhundert. Göttingen 2011.

<sup>9</sup> N. N.: Otkliki na jubilej F. I. Dana. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 5f. Hier S. 6. Ein weiteres Jubiläum eines osteuropäisch-jüdischen Sozialisten im Berliner Exil mit internationaler Aufmerksamkeit war der 60. Geburtstag von Isai Judin. Ihn erreichten Glückwunschschriften u. a. aus Paris und Genf, von *Bund*-Parteien aus New York und Lettland sowie weitere private Glückwunschschriften alter Weggefährten aus dem *Bund*. Vgl. hierzu N. N.: Jubilej tov. I. L. Judina-Aizenshtata. In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 4 (25.02.1927). S. 16.

tralkomitee des *Bund* in Lettland, die *Berliner Bund-Gruppe*, die *Jüdische Sozialistische Föderation* aus den USA und die *Zionistische Sozialistische Partei* der Sowjetunion mit Sitz in Tel-Aviv. Ebenfalls gratulierten Dan zahlreiche sozialistische Persönlichkeiten wie Victor Alter, Henryk Erlich, Sofija Dubnova-Erlich, Luise und Karl Kautsky, Léon Blum sowie Ekaterina und Friedrich Adler.<sup>10</sup> Für die internationale sozialistische Bewegung noch bedeutender war der 80. Geburtstag des SPD-Politikers Eduard Bernstein, den auch die ExilantInnen in besonderer Form honorierten. Fëdor Dan bezeichnete dieses Jubiläum als „bedeutungsvollen und freudigen Feiertag der gesamten internationalen sozialistischen Welt“<sup>11</sup>. Gemeinsam mit Isai Judin besuchte er den Jubilar und überreichte ihm im Namen der russländischen SozialistInnen einen Strauß roter Rosen.<sup>12</sup>

Die europäische ArbeiterInnenbewegung war trotz ihres internationalistischen Anspruches und zahlreicher Solidaritätsbekundungen seit 1914 tief gespalten. Eva Broido schrieb hierüber in ihrer 1929 auf Deutsch publizierten Autobiografie: „Die Tatsache, daß die deutschen Genossen die Kriegskredite bewilligten, wurde von uns allen als ein nicht wieder gutzumachender Schlag gegen die Idee der internationalen proletarischen Solidarität empfunden.“<sup>13</sup> Die Bewilligung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie im Jahr 1914 hatte in Bezug auf die Internationale ganz praktische Auswirkungen: Die Zweite Internationale, die dem eigenen Anspruch, ein Bollwerk gegen Kriege zwischen Staaten zu sein, nicht gerecht werden konnte, existierte zwar formal weiter, hatte seit Ausbruch des Ersten Weltkrieges aber faktisch keine politische Bedeutung mehr.<sup>14</sup> Im Laufe des Krieges wurden deshalb neue Bündnisse und internationale Kooperationen vorangetrieben. Besonders das Jahr 1916, in dem zahlreiche Kontakte wiederbelebt oder neu aufgebaut wurden, bezeichnet der Historiker Matthias Bauer deshalb als eine „Renaissance‘ des sozialistischen Internationalismus“<sup>15</sup>.

Vollständig konnte die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung jedoch nicht mehr überwunden werden. Vielmehr wurde sie durch die russländische Oktoberrevolution und die sich hieraus entwickelnde Trennung zwischen sozialistischer und kommunistischer Bewegung weiter verstärkt. 1921 bestanden mit der

<sup>10</sup> Vgl. N. N.: Otkliki na jubilej F. I. Dana. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 5 f.

<sup>11</sup> Dan, Fëdor: K 80-letiju Ėduarda Bernštejna (s portretom). In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 1 (11.01.1930). S. 1–3. Hier S. 1.

<sup>12</sup> Vgl. Dan, Fëdor: K 80-letiju Ėduarda Bernštejna (s portretom). In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 1 (11.01.1930). S. 1–3. Hier S. 3.

<sup>13</sup> Broido, Wetterleuchten der Revolution, S. 243.

<sup>14</sup> Vgl. Bauer, Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien, S. 60.

<sup>15</sup> Bauer, Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien, S. 74.

bereits vor dem Ersten Weltkrieg existierenden Zweiten Internationale, der in Moskau errichteten KI und der *Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien* (IASP) für kurze Zeit sogar drei supranationale Strukturen der ArbeiterInnenbewegung. Ab 1923 verblieben durch einen Zusammenschluss der Parteien der Zweiten Internationale mit den meisten Mitgliedsparteien der IASP zwei Internationales. Als Reaktion auf die politischen und wirtschaftlichen Krisen in Europa und als Gegenpol zur KI gründeten die sozialistischen Parteien die SAI.

Grob betrachtet gab es nach dem Ersten Weltkrieg drei Strömungen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung. Sie wurden zeitgenössisch mit den Begriffen sozialreformistisch, reformistisch-revolutionär und marxistisch-kommunistisch beschrieben.<sup>16</sup> Trotz fundamentaler inhaltlicher Unterschiede einte alle drei Richtungen die Einsicht in die Notwendigkeit der Schaffung von internationalen Gremien, die einen supranationalen Austausch zwischen den Parteien der ArbeiterInnenbewegung ermöglichen sollten. Nur in gemeinsamer internationaler Solidarität sahen die führenden Köpfe der ArbeiterInnenbewegung eine Möglichkeit, ihren GegnerInnen etwas entgegenzusetzen. Dieser internationale Zusammenschluss erschien besonders wichtig, weil nur auf diese Weise Abkommen zwischen Staaten und den kapitalorientierten, zwischen verschiedenen Staaten agierenden Großunternehmen beizukommen war. Hinzu kamen die nach Kriegsende ausbrechenden zum Teil gewalttätigen Grenzstreitigkeiten zwischen verschiedenen Nationen sowie soziale Konflikte, für deren Lösungen ebenfalls supranationale Strukturen notwendig erschienen. Innerhalb der ArbeiterInnenbewegung diente die Schaffung der internationalen Gremien als Vernetzungsmöglichkeit; zugleich war sie auch eine Profilierungsmöglichkeit gegenüber den anderen Strömungen.

Wenige Monate nach Beendigung des Ersten Weltkrieges und der Oktoberrevolution lud die Zweite Internationale ihre Mitgliedsparteien im Februar 1919 zu einem Kongress nach Bern ein.<sup>17</sup> Dort trafen sich ParteivertreterInnen der sogenannten Mehrheitssozialdemokratie, die für einen politischen Weg der demokratischen Reformen auf parlamentarisch-demokratischer Ebene eintraten. Auf dem Berner Kongress wurde weniger eine ideologische Vision entwickelt; die dortigen Parteien vertraten vornehmlich realpolitische Ziele. Es ging dabei primär „um die Wiedervereinigung der Arbeiterklasse im Kampf für Demokratie und Frieden, die Beeinflussung der Nachkriegsordnung sowie die Eindämmung

---

<sup>16</sup> Vgl. für die Begriffe: Serpov, Alexander: Problemen fun der yidisher arbeyter-politik. In: Unzer gedank. A zamelbukh. Herausgegeben vom Büro des jüdisch-sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion. Berlin 1920. S.44–53; vgl. auch: Martow, Das Problem der Internationale, S.5–16.

<sup>17</sup> Vgl. Bauer, Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien, S.82–100.

chaotischer und bürgerkriegsähnlicher Zustände“<sup>18</sup>. Pavel Aksel’rod nahm als Vertreter der Men’ševiki an dem Kongress teil. Als scharfer Kritiker der bolschewistischen Regierung rief er in seiner Rede die anwesenden Delegierten dazu auf, sich sowohl gegen eine Intervention ausländischer Mächte in Sowjetrußland als auch gegen die Politik der Bol’ševiki zu stellen. In drastischen Worten, die über die offizielle Parteilinie hinausgingen, formulierte er, dass „die sozialistische Opposition Rußlands Aktionen [erwarte], die sich nicht bloß gegen die interventionistischen Pläne imperialistischer Mächte richten, sondern auch gegen das bolschewistische Regiment der Vergewaltigung und Verelendung des russischen Proletariats und des ganzen Landes“.<sup>19</sup> Aksel’rod war dem sozialreformistischen Flügel der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung zuzurechnen. Seine fundamentale Kritik an der Regierung Sowjetrußlands ging einher mit einer vollständigen Ablehnung einer von Moskau aus koordinierten supranationalen Struktur der ArbeiterInnenbewegung, wie sie 1919 mit der Gründung der KI im Entstehen war.

Die Mehrheit des parteipolitisch organisierten Teils der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen kann jedoch der reformistisch-revolutionären Strömung zugerechnet werden. Diese Strömung lehnte ebenfalls die Gründung der KI ab, übte zugleich aber scharfe Kritik an der Zweiten Internationale, der sie auch die Fähigkeit zur Umsetzung einer revolutionären Programmatik im Sinne der ArbeiterInnenschaft absprach.<sup>20</sup> Diese Positionierung zwischen der Zweiten Internationale und der KI erklärt, warum viele der späteren ExilantInnen in den Jahren des Bürgerkrieges noch versuchten, die politischen Entwicklungen Sowjetrußlands von innen heraus zu beeinflussen. Trotz politischer Verfolgung und einer kritischen Haltung gegenüber der bolschewistischen Partei versuchten sie, dem Auseinanderbrechen der ArbeiterInnenbewegung in eine sozialistische und kommunistische Bewegung etwas entgegenzusetzen und der sowjetischen ArbeiterInnenschaft eine sozialistische Alternative aufzuzeigen. Eine mit der drohenden Spaltung der internationalen ArbeiterInnenbewegung einhergehende besondere Gefahr sahen die aus Osteuropa stammenden AnhängerInnen der reformistisch-revolutionären Strömung darin, dass die russländische ArbeiterInnenschaft den Zugang zur sozialistischen ArbeiterInnenbewegung Westeuropas

---

**18** Bauer, Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien, S. 98 f.

**19** Axelrod, Paul: Rede auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern (1919). Abgedruckt in: Die russische Revolution und die sozialistische Internationale. Aus dem literarischen Nachlaß von Paul Axelrod. Jena 1932. S. 168–176. Hier S. 175.

**20** Vgl. bspw. Stein, Das Problem der Internationale. Die Analyse war bereits zuvor Teil einer Artikelserie in der USPD-Parteizeitschrift *Die Freiheit* unter dem Titel „Das Problem der Internationale“ erschienen. Vgl. diesbezüglich Kapitel 3.2.8 in dieser Arbeit.

vollständig verlieren könnte. Solange dies möglich schien, versuchten sie, durch Partizipation in Räten und der Teilnahme an Kongressen auf die Entwicklungen in Sowjetrußland einzuwirken. Hierbei zeigten PolitikerInnen der SDAPR besonderes Engagement, wobei sie eine doppelte Strategie verfolgten: Zum einen wollten sie die demokratischen und pluralistischen Errungenschaften der Februarrevolution gegenüber dem Regime der Bol'seviki verteidigen, zum anderen die von ihnen ebenfalls gefürchtete Konterrevolution von rechtskonservativer Seite verhindern. ParteianhängerInnen wurden dazu aufgerufen, im Bürgerkrieg auf der Seite der Roten Armee zu kämpfen. Dies geschah, obwohl das SDAPR-Zentralkomitee bereits zu dieser Zeit offen Kritik an politischen Entscheidungen der Bol'seviki übte. Die aus dieser widersprüchlichen Positionierung entstehenden Konflikte fasste Rafail Abramovič in seinen Erinnerungen folgendermaßen zusammen:

Im Bürgerkrieg haben wir die Sowjetregierung unterstützt. Unser Zentralkomitee hat unsere Mitglieder mobilisiert und sie an die Front geschickt. Zur selben Zeit hat man in der bolschewistischen Presse die Bevölkerung gegen unsere Partei aufgehetzt und uns als „konterrevolutionär“ bezeichnet. Unsere von der Front zurückkehrenden Genossen wurden oftmals eingesperrt und als Konterrevolutionäre verurteilt. Als der polnisch-sowjetische Krieg begann, hat unsere Partei erklärt, dass sie Rußland gegen den polnischen Angriff unterstützen wird, aber nicht aufhören wird, die Fehler und Verbrechen des sowjetischen Regimes zu kritisieren. Dankbar haben die Bol'seviki unseren Beschluss aufgenommen und unsere Genossen an wichtige Stellen in der technischen Bedienung an der Front eingeteilt. Doch als sich in einem Moskauer Waffenlager eine schreckliche Explosion ereignete, wurden in den Straßen Moskaus Regierungsaufrufe aufgehängt, in denen erklärt wurde, dass die Explosion von polnischen Spionen und ... Men'seviki organisiert wurde!<sup>21</sup>

Die Diskussion über die Internationale war eng verknüpft mit innenpolitischen Entwicklungen. Für die SozialistInnen in Sowjetrußland sollte sich ihr Kampf für den Sozialismus ab 1919 stark internationalisieren. Dies hing eng mit der Gründung der KI zusammen, die versuchte, sozialistische Parteien aus Europa, die aus der Zweiten Internationale ausgetreten waren, für den Beitritt in ihre Internationale zu begeistern. Ein Beitritt setzte jedoch die Durchsetzung von 21 Vorbedingungen voraus, welche die westeuropäischen Parteien befolgen mussten. Hierbei handelte es sich unter anderem um eine strategische Angleichung der Parteien an die Strukturen der Bol'seviki, eine hierarchische Ausrichtung nach Vorbild der bolschewistischen Partei und den konsequenten Ausschluss von KritikerInnen

---

21 Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 2, S. 332f.

der Bol'sheviki aus den jeweiligen Parteien.<sup>22</sup> Faktisch ging es bei der Umsetzung der Vorbedingungen darum, den Weg der Bol'sheviki auch in anderen Ländern zu implementieren und diese als eine revolutionäre Avantgarde zu etablieren.

Die SDAPR und andere sozialistische Parteien Sowjetrusslands, die einen Beitritt in die KI konsequent ablehnten, sahen einen Ausweg aus ihrer schwierigen politischen Lage in einer Intensivierung von bestehenden und dem Aufbau von neuen Kontakten zu sozialistischen Parteien im Ausland. Sie suchten dabei nach MitstreiterInnen für den Kampf um eine gesamteuropäische, „sowohl sozialistische als auch demokratische“<sup>23</sup> Revolution, die eine Alternative zur sowjetischen Regierung, aber auch zu den liberalen und bürgerlich geführten parlamentarisch-repräsentativen Demokratien in westeuropäischen Nationalstaaten darstellen sollte. Ähnlich wie die Bol'sheviki sahen auch die sozialistischen Parteien Sowjetrusslands in den unabhängigen sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa ihre wichtigsten Verbündeten, unter ihnen die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (USPD), die so wichtig war, da sie 1920 bei den Reichstagswahlen in der Weimarer Republik große Erfolge verbuchen konnte.<sup>24</sup>

Im Sommer 1920 trafen sich in Moskau SDAPR-PolitikerInnen zu Gesprächen mit VertreterInnen von sozialistischen Parteien, die anlässlich eines internationalen Kongresses der KI ins Land gereist waren. Von der USPD weilten mit Arthur Crispian, Wilhelm Dittmann, Ernst Däumig und Walter Stoecker vier Delegierte in Sowjetrussland. Offiziell verhandelten sie mit VertreterInnen der Bol'sheviki über Bedingungen für eine mögliche Aufnahme in die KI.<sup>25</sup> Tatsächlich war die in Moskau eintreffende USPD-Delegation aber gespalten. Stoecker und Däumig setzten sich für einen Beitritt in die KI ein. Sie hofften, dadurch eine starke in-

---

**22** Für eine detaillierte Beschreibung der 21 Bedingungen und den Umgang mit der vierköpfigen USPD-Delegation auf dem zweiten Weltkongress der KI in Moskau vgl. Wheeler, USPD und Internationale, S. 213–231.

**23** Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 2, S. 339.

**24** Bei der Reichstagswahl vom 06.06.1920 wurde die USPD in der Weimarer Republik von knapp 18 % der Wahlberechtigten gewählt, womit sie zur zweitstärksten politischen Kraft im Land avancierte und nur wenige Prozentpunkte hinter der MSPD lag. Die erstmals antretende KPD erreichte dagegen nur etwas mehr als 2 % der Stimmen. Das gute Wahlergebnis der USPD war dem rhetorisch geschickten Wahlkampf zuzuschreiben, in dem für die Vereinigung der ArbeiterInnenschaft geworben wurde. Der große Zuspruch war jedoch nur von kurzer Dauer und konnte nicht den innerparteilichen Richtungsstreit auflösen. Vgl. für die Wahlergebnisse in den Reichstagswahlen der Weimarer Republik: Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat. München 1989. S. 270 f.

**25** Vgl. Prager, Geschichte der USPD, S. 213–220. Das Buch erschien erstmalig 1922, Prager war USPD-Mitglied und Redaktionsmitglied der Parteizeitschrift *Die Freiheit*. Er selbst lehnte einen Beitritt der USPD zur Kommunistischen Internationale ab.

ternationale ArbeiterInnenbewegung mitbegründen zu können. Dittmann und Crispian sprachen sich unter den unterbreiteten Bedingungen gegen eine Beteiligung an der aus Moskau geführten Internationale aus. Sie sahen die Taktik der KI nicht in Einklang mit ihren marxistischen Überzeugungen und befürchteten, dass bei einer Annahme der 21 Aufnahmebedingungen die Unabhängigkeit der eigenen Partei gefährdet wäre. Der strukturelle Umbau der USPD in Anlehnung an die Bol'sheviki bis hin zu einer gewalttätigen politischen Machtübernahme in Deutschland, der Weg über den bewaffneten Bürgerkrieg und die enge Abstimmung mit Moskau – all dies empfanden sie als falsche Übertragung des revolutionären Kampfes aus Sowjetrußland auf die Weimarer Republik. Die notwendige sozialistische Revolution traf in ihren Augen in der Weimarer Republik auf völlig andere politische und ökonomische Voraussetzungen, weshalb eine andere Taktik und ein anderes Parteiverhalten vonnöten wären. Auch die geforderten Parteiausschlüsse von namenhaften KritikerInnen der Bol'sheviki wie Karl Kautsky und Rudolf Hilferding lehnten sie konsequent ab.<sup>26</sup>

Dittmann und Crispian nahmen in Moskau deshalb nicht nur an Gesprächen bezüglich eines Beitritts in die KI teil, sondern machten sich ebenfalls mit der schwierigen Situation der SDAPR vertraut. Zum Zeitpunkt ihrer Anwesenheit in Sowjetrußland war die SDAPR noch nicht offiziell verboten, ihre VertreterInnen aber immer stärker werdenden politischen Repressionen ausgesetzt.<sup>27</sup> Die Spaltung der Delegation blieb während des gesamten Aufenthaltes in Sowjetrußland bestehen. Sie verweist beispielhaft auf die Spaltung, die 1920 mitten durch mehrere unabhängige sozialistische Parteien Europas verlief.

Der innerparteiliche Richtungsstreit der vierköpfigen Delegation schritt in der zweiten Hälfte des Jahres in der gesamten USPD weiter voran. Er wurde nun auf regionalen Parteisitzungen und in Publikationen ausgetragen. Zur Klärung wurde für Mitte Oktober 1920 ein Parteitag in Halle einberufen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Debatte und Abstimmung über die Frage, ob die USPD unter den vorgegebenen Bedingungen der KI beitreten solle oder nicht. Zur Stärkung der eigenen Position luden sowohl die BefürworterInnen als auch die GegnerInnen hierfür prominente RednerInnen aus Sowjetrußland ein. Grigorij Sinov'ev und Solomon Lozovskij sprachen sich als Vertreter der Bol'sheviki auf dem Parteitag für einen Beitritt der USPD in die KI aus. Der SDAPR-Politiker Julij Martov, der von der

---

<sup>26</sup> Vgl. Prager, Geschichte der USPD, S. 213–228; Stein, Das Problem der Internationale, S. 16–21.

<sup>27</sup> Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 2, S. 330–339.

gemäßigten Fraktion um Crispian und Dittmann eingeladen wurde, argumentierte gegen einen Beitritt.<sup>28</sup>

Martov war zum Zeitpunkt seines Auftritts in Halle bereits schwer erkrankt. Seine Rede wurde deshalb von seinem politischen Freund Alexander Stein vorgelesen. Stein, seit seiner Jugendzeit in Vilna mit Martov bekannt, lebte bereits seit 1906 in Berlin und arbeitete seit der Novemberrevolution als Redakteur für die USPD-Zeitung *Die Freiheit*.<sup>29</sup> Die Positionen der beiden Sozialisten deckten sich: Martovs Rede beschwor eine Internationale, „die fähig wäre, die Leitung des Kampfes des Weltproletariats in der beginnenden Epoche der sozialen Revolution zu übernehmen“<sup>30</sup>. In der Rede wurde deutlich, für wie zentral Martov den Ausgang der Abstimmung innerhalb der USPD für die gesamte europäische ArbeiterInnenbewegung bewertete:

Heute hat hier in Halle, zum ersten Male auf dem Boden Westeuropas der politische Kampf zwischen diesen beiden Weltanschauungen begonnen, der erste Kampf in der Reihe der bevorstehenden Kämpfe innerhalb der westeuropäischen Arbeiterbewegung [...] und ich bin fest überzeugt, daß das Ergebnis dieses Kampfes der Sieg des revolutionären Marxismus und folglich auch die Wiederherstellung der jetzt zersplitterten und geschwächten revolutionären Bewegung des internationalen Proletariats sein wird.<sup>31</sup>

Die Delegierten stimmten jedoch entgegen Martovs Plädoyer mit einer Zweidrittelmehrheit für einen Beitritt in die KI. Die Mehrheit der Delegierten setzte zu dieser Zeit, in der die Rote Armee militärische Erfolge im Krieg gegen Polen vorzuweisen hatte, große Hoffnungen in die sowjetische Revolution und ihre mögliche Fortsetzung in Europa. Zugleich spiegelte sich im Ergebnis auch ein starker Frust über die politische Krisensituation in der Weimarer Republik wider.

Vor dem Kongress hatten die Delegierten in Probeabstimmungen ihre Tendenz bereits offenbart, weswegen das Ergebnis von der Parteispitze antizipiert worden war.<sup>32</sup> Diese Vorhersehbarkeit half den unterlegenen PolitikerInnen in der Parteiführung. Sofort nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses verlas der Parteivorsitzende Arthur Crispian eine Erklärung, in der er darlegte, dass die

---

**28** Eingeladen war ebenfalls Rafail Abramovič, dessen Abfahrt aus Sowjetrußland sich jedoch verzögerte, sodass er nicht auf dem Hallenser Parteitag anwesend sein konnte. Martov war somit auf dem Parteitag einziger aus Sowjetrußland angereister Vertreter der SDAPR. Vgl. Abramovitsh, *In tsvey revolutsies*, Band 2, S. 344 – 355.

**29** Für Steins Mitarbeit als eines von acht Redaktionsmitgliedern in der USPD-Zeitung *Freiheit* vgl. Wheeler, *USPD und Internationale*, S. 350, Fußnote 32.

**30** Zitiert aus dem Vorwort von: Martov, *Das Problem der Internationale*.

**31** Martov, *Das Problem der Internationale*, S. 7.

**32** Vgl. Prager, *Geschichte der USPD*, S. 223.



Befürwortung des Beitritts zur KI einem Übertritt in die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) gleichkäme. Damit hätten die Delegierten gegen Parteistatuten verstoßen und würden aus der USPD ausgeschlossen. Crispien forderte ferner die GegnerInnen eines Beitritts zur KI dazu auf, den Parteitag der USPD an einem anderen Ort fortzuführen. Bei der in kleinerer Runde stattfindenden Fortsetzung wurde der Antrag auf Beitritt zur KI einstimmig abgelehnt.<sup>33</sup> Ein Großteil der in der USPD organisierten BefürworterInnen eines Beitritts in die KI trat dagegen in den darauffolgenden Monaten tatsächlich in die KPD ein.

Der Hallenser Parteitag spaltete die USPD, wodurch sie merklich an politischem Einfluss verlieren sollte und kein zu dem von der Reichstagswahl im Juni 1920 vergleichbares Wahlergebnis mehr erreichte. Mit der Wiedervereinigung der Mehrheit der USPD mit der MSPD, die 1922 ein Resultat der politischen Krisensituation in der Weimarer Republik war, sollte die Partei politisch vollkommen bedeutungslos werden.<sup>34</sup> Vom Standpunkt der deutsch-russischen Verflechtungsgeschichte erscheint der Hallenser Parteitag dagegen als ein wichtiger Kulminationspunkt der engen parteipolitischen und personellen Verknüpfung, die vor und besonders auch nach dem Ersten Weltkrieg sowohl auf kommunistischer als auch sozialistischer Seite bestand. Für zahlreiche sozialistische ExilantInnen war die USPD nach dem Ersten Weltkrieg der erste politische Anlaufpunkt im Berliner Exil.

1920 war es die offizielle Parteilinie von SDAPR und USPD, einen Weg zwischen der Zweiten Internationale und der KI zu finden. Viele andere SozialistInnen sahen den Kampf für eine geeinte europäische ArbeiterInnenschaft bereits zu diesem Zeitpunkt als verloren an. Trotz all dieser Skepsis arbeiteten einige ExilantInnen von Berlin aus zusammen mit ihren europäischen PartnerInnen an einer Annäherung zwischen den Internationalen, wofür sie eine dritte internationale Struktur der ArbeiterInnenbewegung gründeten.

---

**33** Vgl. Prager, *Geschichte der USPD*, S. 213–228.

**34** Vgl. zur Vereinigung von USPD und MSPD: Krause, Hartfrid: *USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Frankfurt am Main/Köln 1975. S. 254–263. Die USPD bekam bei der Reichstagswahl im Mai 1924 nur noch 0,8 % der Stimmen, bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 0,3 % und im Jahr 1928 0,1 %. Vgl. Schönhoven, *Reformismus und Radikalismus*, S. 270 f.

#### 4.1.1 Die Entstehung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP)

Die Reise zum Hallenser Parteitag war für Martov zugleich sein Weg ins Exil. Da ihm die Bol'sheviki eine Rückkehr nach Sowjetrußland verweigerten, ließ er sich im November 1920 in Berlin nieder, wo er mit anderen ExilpolitikerInnen eine Auslandsvertretung der SDAPR gründete. Unter dem Schlagwort des „revolutionären Marxismus“<sup>35</sup> setzte diese in den ersten Jahren den politischen Kampf für eine geeinte internationale ArbeiterInnenschaft fort. Zwar betrachteten wichtige Führungspersonen der SDAPR wie Julij Martov, Fëdor Dan und Rafail Abramovič die Zweite Internationale als nicht reformierbar, zugleich lehnten sie aber strikt einen Beitritt in die von den Bol'sheviki dominierte KI ab. Den beiden bestehenden Internationalen setzten sie mit dem „revolutionären Marxismus“ ein Konzept entgegen, welches sie dazwischen verorteten. Zusammen mit Delegierten sozialistischer Parteien aus 13 europäischen Ländern begründeten sie im Februar 1921 die IASP. Am Gründungskongress nahmen 80 Delegierte teil. Die mitgliederstärksten Gründungsparteien stammten mit der USPD, der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs* und der ILP aus der Weimarer Republik, Österreich und Großbritannien.<sup>36</sup> Die wichtigsten politischen Forderungen der von ihren GegnerInnen auch spöttisch als „Zweieinhalbte Internationale“ betitelten Arbeitsgemeinschaft deckten sich mit denen der sich im Berliner Exil befindenden SDAPR-Parteiführung.

Das Zentralkomitee der Auslandsvertretung der SDAPR war von Beginn an aktiv an der Ausgestaltung der IASP beteiligt. Martov unterschrieb als einer von 17 Parteianführern den Gründungsaufruf.<sup>37</sup> Besondere Relevanz hatte für ihn einerseits die Einbeziehung der russländischen ArbeiterInnenschaft in internationale Strukturen der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung sowie andererseits die Aufrechterhaltung der bestehenden Kritik an den Bol'sheviki und der KI. Diese politischen Aktivitäten der Parteiführung um Martov wurden allerdings nicht von der gesamten SDAPR-Exilgruppe geteilt. Während der linke Parteiflügel der russländischen Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt Verhandlungen mit der

---

35 Martov, *Das Problem der Internationale*, S. 7.

36 Für die Gründung der IASP vgl. Steiner, Herbert: *Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (II 1/2. Internationale) 1921–1923*. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Vol. 33 (1991), Nr. 1. S. 13–24.

37 Steiner, *Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien*, S. 14.

sowjetischen Führung als unumgänglich ansah, lehnte der rechte Parteiflügel um Pavel Aksel'rod diese weiterhin grundsätzlich ab.<sup>38</sup>

Die IASP verfolgte trotz geringer Erfolgchancen das Ziel, zu einer geeinten internationalen ArbeiterInnenschaft – im zeitgenössischen Sprachgebrauch zu einer „proletarischen Einheitsfront“<sup>39</sup> – zurückzufinden. Einen ersten Schritt zur Überwindung der Spaltung unternahm die IASP durch die Planung einer Konferenz, an der Delegierte aller drei Internationalen teilnehmen sollten. Hierfür nahmen ihre VertreterInnen Gesprächsfäden zur Zweiten Internationale und zur KI auf. In Vorgesprächen loteten sie Gesprächsräume aus und suchten nach einem Format, an dem Mitglieder aller drei Internationalen teilnehmen würden.<sup>40</sup> Nach längerer Vorbereitung wurde das erste offizielle Treffen zwischen VertreterInnen aller drei Internationalen auf den Zeitraum vom 2. bis 5. April 1922 terminiert. Jede Internationale entsendete zehn Delegierte zu dieser in Berlin stattfindenden Konferenz.

Einen Tag vor Konferenzbeginn trafen die Delegierten in Berlin ein und begaben sich zu internen Zusammenkünften in ihren unterschiedlichen Gruppierungen. An dem Gespräch mit den Delegierten der IASP nahmen auch im Exil lebende Sozialisten aus Sowjetrusland teil. Anwesend waren für die SDAPR Julij Martov, Rafail Abramovič und Fëdor Dan, Schlomo Kaplansky und Berl Locker für *Poale Tsion* sowie ein weiterer Vertreter der PLSR. Die Vertreter der SDAPR verlasen auf dem Treffen eine Resolution, in der die schwierige politische Situation in Georgien und die politische Verfolgung sozialistischer PolitikerInnen in Sowjetrusland verurteilt wurden.<sup>41</sup> Formal wählte die zehnköpfige Delegation aus ihren

---

**38** Vgl. Dalin: Proč' Illjuzii! In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 8 (20.05.1921). S. 6–9; N. N.: P. B. Aksel'rod ob edinom fronte. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 7 (03.04.1922). S. 5.

**39** Für den Begriff „Einheitsfront“ vgl. Bergmann, Theodor: Einheitsfront. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Berlin/Hamburg 1997. Sp. 194–199. Bergmann schreibt: „Die Taktik der E[inheitsfront] wurde nach den gescheiterten Versuchen einer proletarischen Revolution in Deutschland um 1920 gemeinsam von führenden deutschen und russischen Kommunisten ausgearbeitet“. Ebd. Sp. 194. Der Begriff wurde im Kontext der IASP in kritischer Form übernommen. Eine Auseinandersetzung mit der Einheitsfront-Taktik findet sich im SV. Vgl. beispielsweise Dan, Fëdor: Edinij front i III internatsional. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 6 (21.03.1922). S. 3f.; Aksel'rod, Pavel: P. B. Aksel'rod ob edinom fronte. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 7 (03.04.1922). S. 5.

**40** Vgl. Bericht über die Verhandlung in Frankfurt am Main zwischen Zweiter Internationale und IASP Ende Februar 1922: N. N.: Meždunarodnaja socialist. Konferencija vo Frankfurte. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 5 (05.03.1922). S. 10f. Über die Zustimmung der Teilnahme an einem gemeinsamen Treffen durch die Kommunistische Internationale: Dan, Fëdor: Edinij front i III internacional. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 6 (21.03.1922). S. 3f.

**41** Für einen Bericht über das Treffen vgl. N. N.: Konferencija trech internacionalov. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 8 (20.04.1922). S. 4–6. Hier S. 4.

Reihen mit Friedrich Adler, Alexandre Bracke und Arthur Crispian eine dreiköpfige Verhandlungsgruppe, welche die IASP im sogenannten Neunerkomitee gegenüber der Zweiten und der Kommunistischen Internationale vertreten sollte.<sup>42</sup> Julij Martov war als SDAPR-Parteianführer auf dem einen Tag später beginnenden Kongress Mitglied der zehnköpfigen IASP-Delegation. Fëdor Dan und Rafail Abramovič nahmen als Gäste an der Konferenz teil.<sup>43</sup>

Die Konferenz hatte mäßigen Erfolg. An drei von vier Tagen traf sich ausschließlich das Neunerkomitee, um organisatorische Voraussetzungen für das anvisierte größere Treffen zu klären. Im *Socialističeskij vestnik* wurde die allgemeine Stimmung auf der Konferenz als polemisch und aufgeheizt beschrieben, wobei Beschimpfungen und Beschuldigungen zeitweise fast zum Abbruch geführt hätten.<sup>44</sup> Trotz alledem endete die Zusammenkunft in der Nacht vom 5. auf den 6. April mit einer gemeinsamen Erklärung und dem Singen der Internationale.<sup>45</sup> Die Verabschiedung einer schriftlichen Übereinkunft der drei Internationalen stellte ein singuläres Ereignis dar, das sich niemals wiederholen sollte.<sup>46</sup> Trotz aller Bemühungen konnte der Konferenzverlauf aber nicht über die zahlreichen Unstimmigkeiten zwischen den Verhandlungsgruppen hinwegtäuschen. Dies veranlasste die IASP bereits wenige Wochen nach dem Berliner Zusammentreffen dazu, das Konzept der proletarischen Einheitsfront unter einer Einbeziehung der KI aufzugeben.<sup>47</sup> Solange sich die Taktik der KI nicht grundsätzlich ändern würde und SozialistInnen in Sowjetrußland verfolgt und getötet würden, sahen die VertreterInnen der IASP keine weitere Verhandlungsgrundlage.<sup>48</sup> Gerade die Thematisierung der kritischen Situation von sozialistischen PolitikerInnen in Sowjetrußland erfolgte dabei immer wieder durch osteuropäische ExilantInnen.

Knapp fünf Jahre nach dem Ersten Weltkrieg hatten zahlreiche in der IASP organisierte Parteien mit innenpolitischen Problemen in ihren Ländern zu kämpfen. Vielerorts hatte sich in Europa die allgemeine politische Situation so grundlegend verändert, dass auch eine Neubestimmung der internationalen Zu-

---

42 Vgl. Steiner, Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, S. 20.

43 Für den Gaststatus auf der Konferenz vgl. N. N.: Deklaracija venskogo internacionala. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 7 (03.04.1922). S. 13.

44 Vgl. N. N.: Konferencija trech internacionalov. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 8 (20.04.1922). S. 4–6.

45 Die Erklärung ist abgedruckt in: Steiner, Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, S. 22f.

46 Vgl. Steiner, Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, S. 23.

47 Für die Mitteilung der IASP vom 03.06.1922 vgl. den ins Russische übersetzten Aufruf Adler, Friedrich/Crispian, Arthur/Bracke, Alexandre: K rabočim vsech stran. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 11 (03.06.1922). S. 6.

48 Vgl. Abramovič, Rafail/Adler, Friedrich u. a.: Obrašćenje „Komiteta 10-ti“. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 2 (17.01.1923). S. 14f.

sammenarbeit von sozialistischen Parteien nötig erschien. Besonders innerhalb der Weimarer Republik war die Instabilität des politischen Systems aufgrund von wirtschaftlichen Krisen, außenpolitischen Auseinandersetzungen und revolutionären Umsturzversuchen von faschistischer und kommunistischer Seite zu spüren – eine Situation, die auch von den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen mit Schrecken wahrgenommen wurde.<sup>49</sup>

Um der politischen Gefährdung der jungen Republik geschlossen entgegenzutreten, sah die Mehrheit der deutschen SozialistInnen eine Notwendigkeit im Zusammenschluss zwischen USPD und MSPD. Dieser im Herbst 1922 vollzogene Schritt hatte auch direkte Auswirkungen auf die sozialistische Zusammenarbeit in Europa. Bis dahin waren MSPD und USPD jeweils mitgliedsstarke Parteien in den Strukturen der beiden unterschiedlichen sozialistischen Internationalen.<sup>50</sup> Besonders für die IASP erschien eine Fortführung ihrer Arbeit ohne Unterstützung durch eine größere sozialistische Partei aus Deutschland als nicht zielführend. Auf der anderen Seite waren die MSPD-Mitglieder nicht bereit, mit der wieder gegründeten SPD ein Teil der IASP zu werden. Im Mai 1923 erfolgte deswegen auch auf supranationaler Ebene ein Zusammenschluss der sozialistischen Bewegung. Auf einem Gründungskongress in Hamburg, dessen Vorbereitungen seit Dezember 1922 liefen, wurde die SAI ins Leben gerufen, in der sich von nun an die meisten Parteien aus der Zweiten Internationale und der IASP organisierten. Zu den Mitgliedsparteien gehörten auch die Auslandsdelegationen der SDAPR mit dem ihm angeschlossenen *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*, die SR und die *Poale Tzion*. Gegen einen Beitritt entschied sich der polnische *Bund*. Die Partei stellte erst sieben Jahre später einen Antrag zur Aufnahme in die SAI.<sup>51</sup>

Die überwiegende Mehrheit der in Berlin lebenden ExilantInnen betrachtete sowohl die Vereinigung von MSPD und USPD als auch die Wiedervereinigung der Zweiten Internationale mit der IASP als notwendige Reaktion auf die politische Krisensituation in der Weimarer Republik und in großen Teilen von Europa. Die wichtigste Aufgabe der „geeinten Sozialdemokratie“<sup>52</sup> lag für Martov in der Bekämpfung reaktionärer Parteien und Bewegungen in West- und Ostmitteleuropa. Er behielt aber auch seine Kritik an den Parteien der Zweiten Internationale bei, welche aus seiner Sicht vor dem Kriegsausbruch im August 1914 versagt hatten und kein zweites Mal in eine ähnliche Situation geraten dürften. Aus diesem Grund war es in seinen Augen die Aufgabe der SAI, dem in vielen Regionen der

---

<sup>49</sup> Vgl. hierzu Kapitel 4.3.1 in dieser Arbeit.

<sup>50</sup> Vgl. Krause, USPD, S. 254–263.

<sup>51</sup> Vgl. hierzu Pickhan, „Gegen den Strom“, S. 388–409.

<sup>52</sup> Für den Begriff vgl. Martov, Julij: Zagraničej. Političeskij krizis v Germanii. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 15 (02.08.1922). S. 13–15. Hier S. 13.

Welt entstehenden „kriegerischen Nationalismus“<sup>53</sup> etwas entgegenzusetzen und Strukturen zu schaffen, die bei ähnlichen Situationen adäquat reagieren könnten. Unumgänglich erschien Martov dabei, dass die SAI auch während eines möglichen Kriegszustandes regelmäßig zusammenkommen und bei Streitigkeiten zwischen Parteien der ArbeiterInnenbewegung als Schlichtungsinstanz fungieren müsse:

Ein Verzicht auf aktives Eingreifen würde hier [Konflikt zwischen zwei ArbeiterInnenparteien] lediglich dazu führen, daß der Nationalitätenhaß, diese beste Waffe kapitalistischer Politik, in den Reihen des Proletariats hineingetragen, die Grundlage selbst der Internationale vernichtet würde. [...] Die Autonomie der nationalen Sektionen hat dort aufzuhören, wo die Interessen anderer nationaler Sektionen unmittelbar auf dem Spiele stehen.<sup>54</sup>

Im Laufe der 1920er Jahre wurden diese beiden Forderungen von SDAPR-VertreterInnen mehrmals wiederholt. Sie konnten jedoch niemals innerhalb der SAI implementiert werden, was vor allen Dingen damit zusammenhing, dass dies eine Beschränkung der Autonomierechte nationaler Parteien zur Folge gehabt hätte.

Die inhaltlichen Differenzen, die im Laufe des Ersten Weltkrieges zu einem Bruch innerhalb der sozialistischen Bewegung geführt hatten, sollten innerhalb der SAI zwar in Teilen weiter fortbestehen; jedoch erwies sich die Gründung der SAI als Möglichkeit, die sozialistischen Parteien in Europa wieder innerhalb einer supranationalen Struktur zusammenzuführen und ihnen damit auch eine hörbare Stimme zurückzugeben.

#### **4.1.2 Die Beteiligung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen an Debatten in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI)**

Am 21. Mai 1923 begann der Gründungskongress der SAI in Hamburg, an dem auch zahlreiche VertreterInnen der osteuropäischen Exilparteien teilnahmen. Auf der TeilnehmerInnenliste sind neun VertreterInnen der *Poale Tzion*, elf der SR und 16 der SDAPR vermerkt. Allein zwölf der sechzehn SDAPR-VertreterInnen waren im Berliner Exil lebende osteuropäisch-jüdische SozialistInnen.<sup>55</sup> Ebenfalls auf

---

<sup>53</sup> Martov, Julius: Das Problem der Internationale. In: Der Kampf, Vol. 16 (1923), Nr. 1; vgl. auch: Martov, L.: Problema internacionala. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 21 (02.11.1922). S. 5–9.

<sup>54</sup> Martov, Julius: Das Problem der Internationale. In: Der Kampf, Vol. 16 (1923), Nr. 1.

<sup>55</sup> Laut Delegiertenliste nahmen Rafail Abramovič, Pavel Aksel'rod, Eva Broido, David Dalin, Fëdor Dan, Pëtr Garvi, Isai Judin, Aron Jugov und Solomon Švarc als ordentliche Delegierte teil. Grigorij Aronson und Grigorij Binštok waren Gastdelegierte. Vgl. provisorische Delegiertenliste des

dem Kongress anwesend waren Delegierte weiterer osteuropäischer Exilparteien wie der *Sozialdemokratischen Partei Georgiens* und der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Ukraine*. Die starke Präsenz osteuropäischer Exilparteien bestand auf den folgenden Kongressen in Marseille (1925), Brüssel (1928) und Wien (1931) fort.<sup>56</sup>

Für die Exilparteien aus dem östlichen Europa besaß die SAI eine wichtige inhaltliche Funktion. Sie bot die Möglichkeit, sich Arbeitsgruppen anzuschließen, eigene Standpunkte einer größeren Öffentlichkeit darzulegen, politische Selbstverständnisse in einem größeren Zusammenhang zu debattieren und Resolutionen durch Beschlüsse eines internationalen Gremiums aufzuwerten. Bereits auf dem Gründungskongress in Hamburg wurde eine Grußbotschaft des in der Sowjetunion illegal agierenden Zentralkomitees der SDAPR verlesen und eine Resolution verabschiedet, die von den Bol'sheviki die Einstellung der Verfolgung von SozialistInnen und den Verzicht auf Terror forderte.<sup>57</sup>

Die SAI wurde zwischen den Kongressen von einem aus wenigen MitarbeiterInnen bestehenden Sekretariat und einem ehrenamtlichen Exekutivkomitee geleitet und unterteilte sich ferner in verschiedene inhaltliche Arbeitsgruppen, an denen Delegierte aus den Mitgliedsparteien teilnahmen. Rafail Abramovič vertrat die russländische Sozialdemokratie im Exekutivkomitee der SAI. Bereits seit Dezember 1922 war er Mitglied einer zehnköpfigen Delegation, die auf Treffen in Den Haag, Köln und Bregenz den Kongress in Hamburg vorbereitet hatte. Die Delegation bestand aus jeweils fünf VertreterInnen der Zweiten Internationale und der

---

internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses vom 21.–26. Mai 1923 im Gewerkschaftshaus in Hamburg. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 4.

**56** Auf dem Kongress in Marseille hatte die SDAPR und die SR jeweils sechs Stimmen, „Palästina“ – womit aller Voraussicht nach die Partei *Poale Tzion* gemeint war – vier Stimmen. Alle drei Parteien unterhielten zu dieser Zeit auch Parteibüros in Berlin. Vgl. Dokument über Stimmenverteilung am Kongress. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 26. Für den dritten SAI-Kongress in Brüssel, 1928, meldete die SR 22 Delegierte und VertreterInnen an, *Poale Tzion* 13 und die SDAPR 16 Delegierte samt VertreterInnen. Alexander Stein nahm als Delegierter der SPD an dem Kongress teil. Vgl. provisorische Delegiertenliste. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 51. Am Wiener Kongress nahmen zwölf Delegierte der *Poale Tzion*, 17 der SDAPR und zehn der SR teil. Vgl. Dokument Delegierte zum IV. Kongress der S.A.I., Juli 1931. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 165. Ebenfalls nahmen auch VertreterInnen der Georgischen und Ukrainischen Sozialdemokratischen Parteien an allen genannten Kongressen teil.

**57** Vgl. Bureau des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands: An den Internationalen Sozialistischen Kongreß in Hamburg. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 13 und N. N.: Kampf der internationalen Reaktion! In: Vorwärts. Abend-Ausgabe, Vol. 40 (1923), Nr. 242 (26.05.1923). S. 3.

IASP.<sup>58</sup> Obwohl Abramovič auf dem Hamburger Kongress als Vertreter der SDAPR ins Exekutivkomitee gesandt wurde, vertrat er dort nach eigenem Selbstverständnis neben den Positionen der SDAPR auch die des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*.<sup>59</sup> Neben Abramovič gab es mit Fëdor und Lidija Dan weitere russländische SozialistInnen, die sich auch in der Zeit zwischen den Kongressen an offiziellen SAI-Arbeitsgruppen beteiligten.

Die Gründung der SAI beendete endgültig die vonseiten der IASP bis 1922 vorangetriebenen Versuche einer Kooperation mit der kommunistischen Bewegung. Auch die von Berlin aus agierenden russländischen Exilparteien hatten ihr Verhältnis zur Internationale bereits neu ausgerichtet. Auch sie erkannten die SAI als alleinige legitime Vertretung der internationalen ArbeiterInnenschaft an. Direkte Folge der Aufgabe des Versuches einer sozialistisch-kommunistischen Verständigung war, dass die ArbeiterInnenschaft der Sowjetunion in internationalen sozialistischen Strukturen ausschließlich durch Exilparteien vertreten werden konnte. Ein direkter Kontakt zur ArbeiterInnenschaft aus der Sowjetunion war nur noch auf illegalem Wege möglich, wodurch sich die Befürchtungen der russländischen SozialistInnen bestätigt hatten.

Im Anschluss an einen von kommunistischer Seite in Mitteldeutschland vorangetriebenen und gescheiterten Generalstreik im März 1921 wurde der Begriff „Einheitsfront“ vonseiten der KPD als eine politische Forderung gegenüber der sozialistischen Bewegung in der Weimarer Republik verwendet.<sup>60</sup> Innerhalb der Berliner Exilgruppe traf diese neue Rhetorik auf große Ablehnung. Rafail Abramovič bescheinigte der KPD in der Weimarer Republik einen „Zick-Zack Kurs“<sup>61</sup>, bei dem einerseits Kooperationsangebote an die sozialdemokratische Bewegung formuliert und andererseits diese als Feind bekämpft werde. Außerdem verwies er mit Blick auf die Sowjetunion auf ein bolschewistisches Einparteiensystem, in dem SozialistInnen keine Kooperationsmöglichkeiten hätten, sondern verfolgt würden. Er schlussfolgerte, dass die von kommunistischer Seite angestrebte Einheitsfront nur bei vollständiger Zerstörung der sozialistischen Fraktion der

---

**58** Vgl. Abramovič, Rafail/Adler, Friedrich u. a.: Obraščenie „Komiteta 10-ti“. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 2 (17.01.1923). S. 14 f.

**59** Für seine Wahl ins Exekutivkomitee vgl. Steiner, Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, S. 24; für sein eigenes Selbstverständnis vgl. Abramovič, Rafail: RSI i sionizm. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 10. S. 8–10.

**60** Vgl. Dan, Fëdor: Edinyj front i III internacional. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 6 (21.03.1922). S. 3 f. Für den Aufstand vgl. Weber, Stefan: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. Berlin 1991.

**61** Abramovič, Rafail: „Edinyj front“ v Germanii. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 23/24 (17.12.1923). S. 9–12. Hier S. 11.



ArbeiterInnenbewegung erreicht werden könne<sup>62</sup> – eine Einschätzung, die von der überwiegenden Mehrheit der in der SAI organisierten Parteien geteilt wurde.

Die Thematik der „Einheitsfront“ beschäftigte die russländischen SozialistInnen in den 1920er Jahren trotz ihrer klaren Haltung fortwährend. Dies hing insbesondere damit zusammen, dass sie von politischen GegnerInnen, aber auch von internationalen PartnerInnen in solche Debatten hineingedrängt wurden. Mitte der 1920er Jahre reichte die SDAPR eine weitere Resolution in eine SAI-Exekutivsitzen ein, in der ihre Positionierung zur Frage der Einheitsfront formuliert war. Grund hierfür war ein von der ILP eingereichter Resolutionsentwurf, der auf die Organisation einer gemeinsamen Konferenz der SAI mit der KI drängte, auf der über Chancen und Möglichkeiten einer gemeinsamen Internationale diskutiert werden sollte.<sup>63</sup> In dem Entwurf der SDAPR wurde auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen ArbeiterInnenbewegung verwiesen, für eine Kooperation mit der KI jedoch drei Vorbedingungen festgeschrieben: Demokratisierung der Parteistrukturen, Beendigung des Terrorsystems in der Sowjetunion und Loslösung von der Abhängigkeit von der sowjetischen Regierung.<sup>64</sup> Weitere Debatten um eine diesbezügliche Neupositionierung fanden aufgrund der veränderten politischen Situation in Europa innerhalb einzelner sozialistischer Parteien erst wieder zu Beginn der 1930er Jahre und ab 1933 auch innerhalb des Exekutivkomitees der SAI statt. Doch auch diese Debatten führten nicht zu einer Neuausrichtung innerhalb der supranationalen Gremien.<sup>65</sup>

Eine vergleichbare Debatte über die „Einheitsfront“ fand mit leichter zeitlicher Verzögerung auch innerhalb der internationalen Gewerkschaftsstrukturen statt. Bis Mitte der 1920er Jahre bemühten sich auch dort besonders die britischen GewerkschafterInnen um eine Dachorganisation, welche die Gewerkschaften aus der Sowjetunion mit einbeziehen sollte. Diese Initiative konnte die Spaltung zwischen dem *Internationalen Gewerkschaftsbund* (IFTU) und der *Roten Gewerkschafts-Internationale* (Profintern) nicht aufhalten, womöglich aber leicht verzö-

---

<sup>62</sup> Vgl. Abramovič, Rafail: „Edinyj front“ v Germanii. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 23/24 (17.12.1923). S. 9–12. Hier S. 11 f.

<sup>63</sup> Vgl. I.L.P. Proposal that the L.S.I. [SAI] should approach Third International with a view to the Formation of an All-Inclusive International. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 233 (Dossier betr. der Sitzung in Zürich, 11./12.04.1926).

<sup>64</sup> Vgl. Resolution zur Frage der Einheitsfront, vorgeschlagen von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 236 (Dossier betr. der Sitzung in Zürich, 11./12.04.1926).

<sup>65</sup> Für die Beschäftigung mit dem Thema vgl. Gutachten „Die Einigung der Arbeiterbewegung“ der Sozialdemokratischen Partei Finnlands für die Exekutivsitzen am 18./19.03.1933. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 414.

gern.<sup>66</sup> Obwohl die Profintern als Dachorganisation kommunistischer Gewerkschaften bereits 1921 gegründet worden war, nahmen Ende 1922 noch fünf Delegierte aus Sowjetrußland am Amsterdamer Kongress der IFTU teil.<sup>67</sup> Auf dem Kongress forderten die sowjetischen VertreterInnen als Garantie für eine gemeinsame Gewerkschaftsbewegung einen Übertritt von nationalen Gewerkschaftssektionen aus der IFTU in die Profintern. Solomon Švarc argumentierte im *Socialističeskij vestnik*, dass es sich hierbei um ein vergleichbares Argumentationsmuster handeln würde, welches schon in den Diskussionen zwischen Komintern und SAI verwandt worden sei. Mit Blick auf die Sowjetunion, wo Freiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung nicht gegeben seien, lehnte er eine Zusammenarbeit entschieden ab. Vielmehr sah er mit der Unabhängigkeit der IFTU von Moskau die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in allen anderen Ländern garantiert, weswegen er hierin den eigentlichen Kampf für die internationale Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung verstand.<sup>68</sup> Švarc betrachtete die Debatte um eine gewerkschaftliche „Einheitsfront“ als eine kommunistische Intrige, mit der die Moskauer Seite Kontrolle über freie sozialistische Gewerkschaften gewinnen wolle. Dabei adressierte er auch direkt die britischen GewerkschaftsvertreterInnen, die an ein politisches „fair play“<sup>69</sup> glaubten, welches es, so Švarc, nicht gäbe und niemals geben würde.<sup>70</sup> Wenig später verwies Aron Jugov in diesem Zusammenhang auf die Situation der Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland seit 1918:

In der Zeit, in der die russische Sozialdemokratie ihren Kampf gegen die Versklavung der Gewerkschaften durch die Kommunisten führte, lauteten ihre Hauptforderungen: Unabhängigkeit von der Regierung, Unabhängigkeit der Massen und Demokratie in der gesamten Struktur der Gewerkschaftsorganisation.

Dieser Kampf wurde zwischen 1918 und 1921 fortgeführt. Durch Verhaftungen, Entzug grundlegender Ressourcen, Verleumdung und wirtschaftlichen Druck übernahmen die Kommunisten alle Gewerkschaften, auch die standhaften. Funktionäre wurden eingesperrt oder in entlegene Winkel [des Landes] verbannt. Alle Überreste der Revolte der Men'sheviki wurden vollständig aus dem gesamten Gewerkschaftsapparat entfernt, wodurch der Sieger triumphierte.<sup>71</sup>

**66** Vgl. Van Goethem, Geert: *The Amsterdam International. The World of the International Federation of Trade Unions (IFTU), 1913–1945.* Aldershot 2006. S. 29–35.

**67** Vgl. N. N.: *Kongress mira.* In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 23/24 (09.12.1922). S. 1f.

**68** Vgl. Švarc, Solomon: *Posle venskogo kongressa profsojuzov.* In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 14 (06.07.1924). S. 10–12.

**69** Švarc, Solomon: *B'jut otboj.* In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 10. S. 7–9. Hier S. 9.

**70** Vgl. Švarc, Solomon: *B'jut otboj.* In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 10. S. 7–9. Hier S. 9.

**71** Jugov, Aron: *Voprosy professional'nogo dviženija na s'ezde RKP.* In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 1 (16.01.1926) S. 8–10. Hier S. 8.

1926/27 zerbrach die britisch-sowjetische Kooperation auf gewerkschaftlicher Ebene. Die Beendigung der letzten verbliebenen sozialistisch-kommunistischen Allianz führte unter den Berliner ExilantInnen zu Erleichterung.<sup>72</sup>

Ende der 1920er Jahre verschlechterten sich die Beziehungen zwischen sozialistischer und kommunistischer Bewegung aufgrund einer anderen taktischen Prämisse weiter. Die Wiederaufnahme der „Sozialfaschismusthese“, in der nach Stalin „die Organisationen des Faschismus und der Sozialdemokratie ‚keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder‘ dar[stellen]“<sup>73</sup>, wurde von sozialistischer Seite mit Entsetzen aufgenommen. Der im Berliner Exil lebende Bundist Vladimir Kosovski stand der Sowjetunion deutlich offener gegenüber als die Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, doch auch er kritisierte die „Sozialfaschismusthese“ deutlich. Den Beschluss der Komintern und die darauffolgende Reaktion der SAI auf dem Brüsseler Kongress nahm Kosovski zum Anlass, um einen Artikel über die Unterschiede zwischen Sozialismus und Kommunismus zu veröffentlichen. Trotz seiner starken Kritik an der „Sozialfaschismusthese“, die er als „terroristische und spalterische Methode des Kommunismus“<sup>74</sup> ansah, plädierte er aber auch dafür, dass die europäische ArbeiterInnenbewegung die Sowjetunion in differenzierter Weise betrachten sollte und hierbei auch die Weitsichtigkeit der kommunistischen Bewegung in einigen Themenbereichen würdigen müsste. So hätten die Bol’ševiki im Umgang mit der Bauernschaft und in der Frage der Entkolonialisierung kleinerer Nationen weitsichtiger als die sozialistische Bewegung agiert. Kosovski war überzeugt davon, dass eine ausschließlich negative Darstellung der Sowjetunion dem eigenen politischen Ansinnen der sozialistischen Bewegung mehr schaden als helfen würde. Demnach argumentierte Kosovski, dass auch die auf dem Brüsseler SAI-Kongress verabschiedete Erklärung die historischen Errungenschaften der kommunistischen Bewegung hätte herausheben sollen. Dies würde die notwendige Kritik an der heutigen kommunistischen Politik nicht schmälern.<sup>75</sup>

---

<sup>72</sup> Vgl. Švarc, Solomon: Zakat anglo-russkogo komiteta In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 15/16 (25.08.1926). S. 6–8; Dan, Fëdor: Proigrannaja bitva. In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 19 (02.10.1926). S. 2–5; Dalin, David: Raspad anglo-russkogo komiteta. In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 14 (18.07.1927). S. 3–6. Abramovitsh, Rafail: Di frage vegen „fareynigten front“ mit di „royte“ iunions oyf’n kongres fun amsterdamer trayd-iunion internatsional. In: Forverts. Newark Edition, Vol. 30 (1927), Nr. 10.899 (16.09.1927). S. 4 und S. 2.

<sup>73</sup> Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 133.

<sup>74</sup> Kosovski, Vladimir: Der komunistisher internatsional un sayn naves program. In: Di tsukunft, Vol. 13 (1928), Nr. 10.

<sup>75</sup> Vgl. Kosovski, Vladimir: Der komunistisher internatsional un sayn naves program. In: Di tsukunft, Vol. 13 (1928), Nr. 10.

Eine zentrale Aufgabe für Abramovič als von der SDAPR delegiertes Mitglied des Exekutiv-Komitees der SAI bestand in der Durchsetzung parteipolitischer Positionierungen. Hierfür benötigte er BündnispartnerInnen aus anderen Parteien. Unter den osteuropäischen Exilparteien fand er diese für die Formulierung von Resolutionen und Analysen zur politischen Situation im östlichen Europa. Themenbereiche wie sozialistische Gefangene in der Sowjetunion, der Umgang mit Nationalitätenrechten im multiethnischen Gebiet des östlichen Europas und mögliche Kriegsgefahren in Osteuropa wurden von unterschiedlichen VertreterInnen der Exilparteien regelmäßig auf die Tagesordnung verschiedener Arbeitstreffen der SAI gesetzt. Zugleich bestanden zwischen den Exilparteien aber auch inhaltliche Differenzen sowie parteipolitische Konkurrenz, weswegen die ExilpolitikerInnen in den Beziehungen zueinander oftmals eine doppelte Strategie verfolgten: Die inhaltliche Thematik entschied, ob sie im supranationalen Kontext der SAI miteinander kooperierten oder sich kontrovers gegenüberstanden.

Eine solch scheinbar widersprüchliche Beziehung einer zeitweiligen Kooperation bei gleichzeitiger inhaltlicher Kontroverse unterhielt Abramovič innerhalb der SAI zu den VertreterInnen der *Poale Tsion*. Es gab Themenbereiche, bei denen der Delegierte der SDAPR mit denen von *Poale Tsion* kooperierte. Beispielsweise wiesen sie gemeinsam auf Judenverfolgung und Antisemitismus hin. In anderen Themenbereichen lagen ihre Vorstellungen jedoch weit auseinander, was daran lag, dass sich sowohl der *Bund* als auch die *Poale Tsion* als die legitime Vertretung der osteuropäischen Judenheiten verstanden. Aufgrund ihrer parteipolitisch unterschiedlichen Ausrichtung trugen sie auf anderen politischen Feldern deshalb fundamentale inhaltliche Kontroversen aus. Als Bundist sah sich Abramovič innerhalb der Gremien der SAI bei Fragen der jüdischen Ansiedlungspolitik und bei gesellschaftspolitischen Utopien für die osteuropäischen Judenheiten als innerjüdisches Gegengewicht zu den VertreterInnen des Zionismus. Seine kritische Positionierung zur zionistischen Bewegung legte er in einem Ende der 1920er Jahre ausformulierten Artikel dar:

Die jüdischen Sozialisten (der „Bund“) sind gegen den Zionismus als Juden und als Sozialisten. [...]

Der Zionismus als Idee widerspricht vielleicht nicht den Prinzipien des Sozialismus, aber die Maschine, die historisch in Osteuropa geschaffen wurde, um der zionistischen Idee Geltung und Verwirklichung zu verschaffen, tritt in unversöhnlichem Gegensatz zu der in Osteuropa historisch entstandenen jüdischen Arbeiterbewegung. Dies muss auch die Sozialistische Internationale[,] müssen ihre berufenen Führer berücksichtigen.<sup>76</sup>

---

<sup>76</sup> Abramowitsch, Raphael: Zionismus und Sozialismus. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 39. Unklar ist, ob dieser Text als Artikel oder Rede geschrieben wurde und ob bzw. wo er veröffentlicht wurde.

Ebenso thematisierte Abramovič in den 1920er Jahren eine von ihm wahrgenommene Bevorzugung der zionistischen Parteien innerhalb der SAI. Er monierte, dass die *Poale Tzion* die einzige Mitgliedspartei sei, die als weltweit agierender Verband und nicht als Partei eines territorial begrenzten Staates auftrete, und forderte diesbezüglich, die zionistische Bewegung ausschließlich als sozialistische Partei des Mandatsgebietes Palästina anzuerkennen. Diese Forderung hatte Brisanz, da hierdurch die zionistischen Delegierten eine quantitativ deutlich geringere ArbeiterInnenschaft innerhalb der SAI vertreten würden.

Ein weiteres schwieriges Verhältnis entwickelten die in der SDAPR organisierten BundistInnen in den 1930er Jahren zu den VertreterInnen des polnischen *Bund*. Erst 1930, nach längeren parteiinternen Diskussionen, sprach sich der polnische *Bund* auf seinem fünften Parteitag in Łódź mehrheitlich für einen Beitritt zur SAI aus.<sup>77</sup> Bei der Entscheidung spielten für die Partei besonders Überlegungen bezüglich der Frage der Repräsentativität in internationalen Strukturen und der politischen Handlungsmöglichkeiten eine Rolle. Als sinnbildlich für die Notwendigkeit eines Beitritts erschien ein SAI-Delegationsbesuch in der Zweiten Polnischen Republik, bei dem der Delegationsführer Émile Vanderfelde an zionistischen Kundgebungen teilnahm. Am 24. September 1929 schrieb der führende polnische Bundist Henryk Erlich diesbezüglich eine scharfe Protestnote an den Sekretär der SAI Friedrich Adler. Er warf der Delegation vor, durch ihre konkrete Unterstützung des Zionismus in Polen den Bezug zur dortigen jüdischen ArbeiterInnenschaft verloren zu haben: „Die kategorische Weigerung des Gen[ossen] Vanderfelde, den Bedürfnissen der jüdischen Arbeiter-Bewegung Polens Rechnung zu tragen, hat zwischen der jüdischen Arbeiterschaft eine solche Empörung hervorgerufen, dass sie als Protest allen Versammlungen, an denen Gen[osse] Vanderfelde sich beteiligte, fernblieb.“<sup>78</sup>

Adler beantwortete den Brief mit der Aufforderung an den polnischen *Bund*, der SAI beizutreten, um dort die jüdische ArbeiterInnenschaft Ostmitteleuropas zu vertreten. Dazu verwies er auch auf einen Beschluss des Exekutivkomitees vom August 1928, in dem die angegliederten sozialdemokratischen Parteien aus Polen

---

77 Vgl. D. A. D.: K vstupleniju Bunda v RSI. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 11 (14.06.1930). S. 7–9.

78 An das Exekutivkomitee weitergeleiteter Abdruck des Briefes von Henryk Erlich an Friedrich Adler, eingegangen am 24.09.1929, sowie ein zweiter Brief vom 02.11.1929. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 356. Im zweiten Brief schreibt Erlich, dass nun ein außerordentlicher Parteitag für einen Beitrittsbeschluss zur SAI einberufen werden soll. Er verband diese Information mit der Bitte, den Briefverkehr veröffentlichen zu dürfen, da die Partei in der Frage des Beitritts zur SAI gespalten sei.

zu einer engeren Kooperation mit dem polnischen *Bund* aufgefordert wurden.<sup>79</sup> Auch Abramovič sprach sich als Exekutivmitglied offen für einen Beitritt des polnischen *Bund* zur SAI aus. Er versprach sich hiervon eine innerjüdische Stärkung seiner Position in der politischen Auseinandersetzung mit der zionistischen Bewegung. Weniger bewusst schienen Abramovič dabei die bevorstehenden Konfliktfelder zwischen ihm als inoffiziellen Vertreter des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* und den VertreterInnen des polnischen *Bund* gewesen zu sein. Fundamentale inhaltliche Differenzen zwischen den Berliner ExilantInnen und den polnischen BundistInnen zeigten sich jedoch bereits 1931. Auf dem vierten Kongress der SAI in Wien gingen die SDAPR- und *Bund*-Parteidelegierten sowohl in der Bewertung der politischen Situation in der Sowjetunion als auch in Fragen der militärischen Abrüstung und des Kampfes gegen die faschistische Bewegung in der Weimarer Republik auseinander.

Die Delegierten des polnischen *Bund* bildeten auf dem Wiener Kongress zusammen mit der ILP eine linke Oppositionsfraktion, die sich gegen die überwältigende Stimmenmehrheit von 316 Delegierten aller anderen anwesenden Parteien richtete. Bei den Tagesordnungspunkten zur Abrüstung und Kriegsgefahr, der Lage in Deutschland und Zentraleuropa sowie dem Umgang mit der Weltwirtschaftskrise legten sie eigene Resolutionsentwürfe vor.<sup>80</sup> Zugleich sprach der polnische *Bund* den russländischen SozialdemokratInnen ab, legitime RepräsentantInnen der jüdischen ArbeiterInnenschaft Osteuropas zu sein. Diese Legitimationsdebatten wurden in jiddischsprachigen Publikationen nach dem Kongress fortgesetzt.<sup>81</sup> Abraham Cahan, Herausgeber des New Yorker *Forverts*, empfand den Auftritt der polnischen Bundisten Victor Alter und Henryk Erlich auf dem Kongress als äußerst undiplomatisch. Besonders hatte ihn gestört, dass der scharfen Kritik an anderen sozialistischen Parteien keine eigenen Lösungsvorschläge folgten. Für Cahan hatte der Beitritt des polnischen *Bund* zur SAI auch

---

**79** Vgl. an das Exekutivkomitee weitergeleiteter Abdruck des Briefes von Friedrich Adler an Henryk Erlich vom 15.10.1929. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 356. Die BefürworterInnen erhofften sich von einem Beitritt, die eigene politische Position innerhalb der SAI zu stärken. Vgl. auch Pickhan, „Gegen den Strom“, S. 388–409.

**80** Vgl. Resolutionsentwürfe. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 167–169. Für einen Bericht über den SAI-Kongress vgl. Abramovitsh, Rafail: Abramovitsh shraybt vegen der „linker grupe“ oyf'n sotsialistishen kongres in Wien. In: *Forverts*. Philadelphia Edition, Vol. 35, Nr. 12.331 (26.08.1931). S. 3 und S. 2.

**81** Vgl. Cahan, A zhurnal fun der oyslendisher delegatsie fun „bund“; vgl. auch: N. N.: Notitsn fun der redaktsie: A „krumer shpigl“ oder a krume kritik? In: *Undzer gedank*. Herausgegeben von der Auslandsvertretung des *Bund* der Sowjetunion unter der Redaktion von Rafail Abramovitsh, Vol. 1 (1931), Nr. 2/3. S. 84–91.

dazu geführt, dass auf dem Kongress erstmals zwei *Bund*-Delegationen aufeinandertrafen, die unterschiedlich agierten und abstimmten.<sup>82</sup>

Die inhaltliche Konfrontation zwischen den BundistInnen hatte mehr als symbolische Bedeutung. Sie zeigte, dass zwischen den *Bund*-Delegierten aus Polen und den im Berliner Exil lebenden russländischen BundistInnen vielschichtige politische Trennlinien entstanden waren. Neben der Spaltung zwischen Kommunismus und Sozialismus übten damit auch die neuen nationalen Grenzziehungen Einfluss auf die Parteien aus. Das Ziel der Schaffung einer gemeinsamen national-kulturellen Autonomie für die ost- und ostmitteleuropäischen Judenheiten, welches bereits aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen einer Utopie gleichkam, war damit auch wegen inhaltlicher Differenzen zwischen unterschiedlichen *Bund*-RepräsentantInnen in weite Ferne gerückt.

Einige osteuropäisch-jüdische SozialistInnen versuchten in den 1920er Jahren als Mitglieder von in Berlin ansässigen Exilparteien, erst in den Strukturen der IASP und anschließend in denen der SAI ihre eigenen politischen Agenden durchzusetzen und andere sozialistische Parteien als BündnispartnerInnen zu gewinnen. Hierbei ging es für die russländischen Exilparteien besonders um die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Bol'sheviki, der KI und kommunistischen Parteien in westeuropäischen Staaten, zumindest solange sich nicht die Politik gegenüber SozialistInnen in der Sowjetunion ändere. Dies entzündete sich an Themen wie den von kommunistischer Seite eingeforderten Debatten über die „Einheitsfront“ und die „Sozialfaschismusthese“ sowie bei der Frage nach konkreter Unterstützung der ArbeiterInnenschaft in der Sowjetunion. Das Engagement der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ging innerhalb der supranationalen Strukturen allerdings auch über ihre Osteuropa-Kompetenz und ihre politische Zugehörigkeit hinaus. Anhand der Debatten über Antisemitismus innerhalb der SAI und der über die „Vereinigten Staaten von Europa“ wird dies in den nachfolgenden Unterkapiteln beispielhaft erörtert.

#### 4.1.3 Abramovičs Kampf gegen Antisemitismus innerhalb der SAI

Ein 1926/27 in Paris stattfindender Prozess gegen einen osteuropäisch-jüdischen Uhrenmacher erregte große internationale Aufmerksamkeit. Scholem Schwarzbard<sup>83</sup> erschoss am 25. Mai 1926 auf offener Straße den ehemaligen ukrainischen

<sup>82</sup> Cahan, A zhurnal fun der oyslendisher delegatsie fun „bund“, S.13–15.

<sup>83</sup> Bei Scholem Schwarzbard wird in dieser Arbeit die im deutschsprachigen Raum bekannteste Schreibweise verwendet. Vgl. Schreibweise bspw. in Engel, David: Being Lawful in a Lawless

Regierungschef Symon Petljura. Der aus Osteuropa stammende Schwarzbard betrachtete den seit mehreren Jahren im Exil lebenden Petljura als Hauptverantwortlichen für die äußerst gewaltsamen antisemitischen Pogrome zwischen 1917 und 1920 auf ukrainischem Boden, bei denen ungefähr 60.000 Jüdinnen und Juden getötet, 200.000 Kinder zu Waisen gemacht und eine halbe Millionen Menschen zur Flucht gezwungen wurden.<sup>84</sup> Im Oktober 1927 sollte der Prozess mit einem aufsehenerregenden Urteil enden: Schwarzbard wurde trotz Geständnis freigesprochen. Die Verteidigungsstrategie hatte darauf abgezielt, Petljuras Schuld an den Pogromen detailliert darzulegen und Schwarzbard, von dem zahlreiche Familienangehörige während der Pogrome ermordet worden waren, einen emotionalen Kontrollverlust „at the sight of his people’s master murderer“<sup>85</sup> nachzuweisen. Der Angeklagte konnte das Gericht als freier Mann verlassen.<sup>86</sup>

Auf Initiative Rafail Abramovičs wurde dieser Prozess auch innerhalb der SAI-Minoritätenkommission diskutiert. Anfang August 1926 schrieb Abramovič einen Brief an Friedrich Adler, in dem er dessen „Aufmerksamkeit auf eine Angelegenheit [zu] lenken [suchte], der man bisher in den sozialistischen Kreisen zu wenig Beachtung geschenkt hat“<sup>87</sup>. Grund für Abramovičs Intervention war die Positionierung der *Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (USDAP), die eine Verantwortung Petljuras an den Pogromen bestritt.<sup>88</sup> Ziel der Diskussion innerhalb der SAI-Minoritätenkommission war für Abramovič eine Klärung der Positionierung sozialistischer Parteien zum vorliegenden Fall. Er argumentierte, dass sich sozialistische Parteien keinem nationalen Block anschließen dürften, der von „nationalistischen und nicht von internationalen sozialistischen Inter-

---

World. The Trial of Scholem Schwarzbard and the Defense of East European Jews. In: Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts. Band V. Göttingen 2006. S. 83–97. In jiddischer Transliteration würde der Name Sholem Shvartsbard geschrieben werden.

**84** Vgl. Engel, David: Schwarzbard-Prozess. In: Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur. Band 5. Pr-Sy. S. 395–400. Der US-amerikanische Historiker David Engel hebt hierin hervor, dass dies „die größte jüdische Katastrophe vor dem Holocaust“ war. Zeitgenössische Zeitungsartikel gingen sogar von einer Todeszahl von 200.000 Jüdinnen und Juden aus. Vgl. N.N.: Petlura dershosen fun idishen iungen man in Paris. In: Forverts, Vol. 29 (1926), Nr. 10.424 (26.05.1926). S. 1 und S. 3.

**85** Engel, Being Lawful in a Lawless World, S. 85.

**86** Für den Prozess vgl. Engel, David (Hrsg.): The Assassination of Symon Petliura and the Trial of Sholem Schwarzbard 1926–1927. Göttingen 2016.

**87** Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 02.08.1926. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 808.

**88** Bspw. vermeldete der *Vorwärts* in einer Notiz: „Zur Ermordung Petljuras betont der ukrainische Sozialist Bepalko in einer längeren historischen Darstellung, daß Petljura die gräßlichen Judenmorde der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht verschuldet habe.“ Notiz in *Vorwärts*. Sonntagsausgabe, Vol. 43 (1926), Nr. 262 (06.06.1926). S. 2.



essen geleitet wird“<sup>89</sup>. Genau dies warf er jedoch der USDAP vor und forderte deshalb eine Überprüfung ihrer Mitgliedschaft in der SAI:

Wie kommt also die SDUkr. Partei dazu, mit ihrer ganzen Autorität und mit einer derartigen und uneingeschränkten Bestimmtheit das Gegenteil [die Unschuld von Petljura] zu behaupten und so auf sich die moralische und politische Verantwortlichkeit für alle Fehler und Verbrechen der Jahre 1918 – 1920 zu laden? Indem die Ukr.SD-ie dies tut, erklärt sie vor der ganzen Welt, dass sie die Haltung Petliuras in der fraglichen Zeit billigt und dass sie folglich auch in der Hinkunft genau so handeln werde, wie P[etljura] seinerzeit gehandelt hat.<sup>90</sup>

Explizit wollte sich Abramovič im Kontext der SAI nicht mit der historischen Aufarbeitung der Pogrome befassen.

Während der Auseinandersetzung versuchte Abramovič, seine politischen Handlungen von seiner persönlichen Einstellung abzugrenzen. Bereits kurz nach dem Attentat wendete sich die in Frankreich lebende Anarchistin Emma Goldman mit der Bitte um Unterstützung der Verteidigungskampagne für Schwarzbard an die in Berlin lebenden russländischen SozialistInnen. Da Abramovič eine Vereinnahmung der Personen Schwarzbard und Petljura durch die jüdische und ukrainische Nationalbewegung wahrnahm, antwortete er als Vertreter der SDAPR auf die Bitte zurückhaltend. Er plädierte dafür, aus einem internationalistischen Standpunkt heraus nicht in die Debatte einzugreifen: „Wir sind der Meinung, dass eine derartige Taktik weder den Interessen des jüdischen, noch des ukrainischen Proletariats entspricht. Man darf, indem man den Menschen Schw[arzbard] verteidigt, die politische Seite nicht aus der Acht lassen.“<sup>91</sup>

Dennoch waren Abramovič und andere in Berlin lebende SozialistInnen dazu bereit, als Privatpersonen das Schwarzbard-Verteidigungskomitee zu unterstützen. Dies sei „ein einfaches Gebot der Menschlichkeit gegenüber einem so ehrlichen und idealistisch gesonnenen Menschen“<sup>92</sup>. In welcher Form letztlich diese Unterstützung stattfand, konnte nicht geklärt werden. Wahrscheinlich erscheint zumindest, dass das von Elias Tsherikover geleitete und in Berlin ansässige *Ost-*

---

**89** Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 02.08.1926. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 808.

**90** Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 02.08.1926. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 808. Hervorhebungen im Original.

**91** Brief von Rafail Abramovič an Emma Goldman vom 11.06.1926. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 16/17. Vgl. ebenfalls: Osipov, G.: *Politika otčajanija*. In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 12 (26.06.1926). S. 10f.

**92** Brief von Rafail Abramovič an Emma Goldman vom 11.06.1926. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 16/17.

*jüdische Historische Archiv* dem Komitee Unterlagen zur Verfügung stellte, welche über die Pogrome auf dem Gebiet der Ukraine aufklärten.

Im August 1926 begann mit dem formellen Antrag von Abramovič an die SAI-Minoritätenkommission eine Diskussion über den Schwarzbard-Prozess. Bis Februar 1928 stellten die VertreterInnen der ukrainischen und russländischen Sozialdemokratie der Kommission Resolutionen, Berichte und Memoranden zur Verfügung, die aus ihrer Sicht die Geschehnisse auf dem Gebiet der Ukraine zwischen 1917 und 1920 darlegten und so die Mitschuld Petljuras an den antisemitischen Pogromen wahlweise belegten oder zurückweisen sollten. Anders als von Abramovič gefordert wurde damit aus der Debatte über die Bewertung der politischen Haltung der USDAP primär eine Debatte über die Bewertung der politischen Situation in der Ukraine während der Zeit des Bürgerkrieges. Die USDAP machte dabei geltend, dass die ukrainische Armee und Regierung die Pogrome mit Gesetzen und Aufrufen verurteilt hatte und nicht die militärische Hoheit über die Gebiete besaß, in denen Pogrome stattfanden, weswegen sie ihren ehemaligen Regierungschef Petljura als Nationalhelden und keineswegs als Antisemiten betrachteten. Dagegen führte Abramovič ZeugInnenberichte an, in denen auch die ukrainische Armee beschuldigt wurde, Pogrome unter der Duldung von Petljura durchgeführt zu haben. Er argumentierte, dass die öffentliche Verurteilung der Pogrome erst dann stattgefunden hätte, als sich die Ukraine in einer äußerst aussichtslosen politischen Lage befunden habe. Abramovič schlussfolgerte hieraus, dass diese nicht aus Überzeugung beschlossen worden wäre, sondern ihr vornehmliches Ziel eine bessere internationale Wahrnehmung der Ukraine gewesen wäre.<sup>93</sup> Auch, wenn in der Minoritätenkommission Aussage gegen Aussage stand, lassen die Forschungsarbeiten zu den Pogromen in der Ukraine wenig Zweifel daran, dass Symon Petljura als Regierungschef Pogrome zumindest duldeten.<sup>94</sup>

Ende Februar 1928 versuchte das SAI-Exekutivkomitee, den Disput durch eine für beide Seiten annehmbare Resolution zu beenden. In ihr wurden alle sozialistischen Parteien Osteuropas aufgefordert, ihre Selbstständigkeit gegenüber nationalen Bewegungen zu bewahren und zueinander Beziehungen aufzubauen.

---

**93** Vgl. hierfür besonders das Schreiben von Februar 1927 von Rafail Abramovič an die Mitglieder der Minoritätenkommission. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 827.

**94** Vgl. Engel, David: Schwarzbard-Prozess. In: Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur. Band 5, Pr-Sy. S. 395 – 400.

en.<sup>95</sup> Die von Abramovič zu Beginn erhobene Forderung eines Ausschlusses der ukrainischen Partei aus der SAI war nicht Bestandteil der Resolution.

Der vom Exekutivkomitee beschlossene Kompromiss führte jedoch zu keiner Annäherung zwischen den ParteivertreterInnen der SDAPR und der USDAP. Stattdessen zeigen wütende Briefe an das Sekretariat der SAI, welche auf Zeitungsmeldungen über den Kompromiss folgten, wie zerrüttet das Verhältnis zwischen den Parteien blieb. Im Namen der USDAP beschwerte sich Isaak Mazepa über einen Artikel vom 29. Februar 1928 aus der in Berlin gedruckten sozialrevolutionären Zeitung *Dni*.<sup>96</sup> Hierin wurde die Debatte in der Minoritätenkommission als eine Kontroverse zwischen einer jüdisch-sozialistischen Partei und der ukrainischen Sozialdemokratie beschrieben. Für Mazepa blickte aus diesem Artikel der Wunsch, „zur Verschärfung der Beziehungen zwischen der ukrainischen und jüdischen Bevölkerung in der Ukraine beizutragen“<sup>97</sup>. Auch Abramovič sah sich nach einem Zeitungsbericht vom 19. März 1928 im Warschauer *Robotnik* dazu genötigt, eine Klarstellung zu formulieren. Die von der *Polnischen Sozialistischen Partei* in Warschau herausgegebene Zeitung berichtete, dass der Beschluss des Exekutivkomitees Symon Petljura rehabilitiert hätte. In seinem Protestschreiben an die Redaktion, das auch innerhalb der SAI zirkulierte, stellte Abramovič klar, dass „Petliura die Pogrome zwar nicht organisiert, jedoch aus falsch verstandenen ‚national-taktischen Gründen‘ nicht energisch genug bekämpft hatte“<sup>98</sup>. Da er selbst die Resolution mit formuliert habe, könne er mit Sicherheit sagen, dass Petljura vom Exekutivkomitee der SAI keineswegs rehabilitiert worden sei. Unterstützung erhielt er dabei von VertreterInnen der *Poale Zion*, die aufgrund des Artikels ebenfalls ein Protestschreiben an das Sekretariat der SAI richteten.<sup>99</sup>

---

**95** Resolutionsentwurf zu Punkt 8 der Tagesordnung (Fragen einzelne Länder betreffend) des Exekutivkomitees der SAI, Februar 1928 in Zürich. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 305. Für die vorläufige Tagesordnung der Sitzung vgl. IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 292.

**96** Stellungnahme Isaak Mazepas an Friedrich Adler und Kopie des Artikels. Vgl. N. N.: Konferencija internacionala. In: *Dni*, Vol. 7 (1929), Nr. 1.344. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 810.

**97** Brief von Isaak Mazepa an Friedrich Adler vom 09.03.1928. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 810.

**98** Kopie des Briefes von Rafail Abramovič an die Redaktion des *Robotnik* vom 15.04.1928. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 810. Der Brief wurde auch auf Russisch abgedruckt in: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 8/9 (03.05.1928). S 28 f.

**99** Vgl. Brief von Marc Jarblum für den *Allweltlichen Jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z.S.-Verband)* an Friedrich Adler vom 28.03.1928. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 810.

Die Debatte um den Umgang mit dem Schwarzbard-Prozess verdeutlicht, wie entschieden Abramovič als ein Vertreter der osteuropäisch-jüdischen ExilantInnen in den 1920er Jahren mit seiner Mehrfachzugehörigkeit umging. Aus dem politischen Bewusstsein des Internationalismus fassten die SDAPR- und die sozialdemokratische *Bund*-Auslandsvertretung Beschlüsse darüber, dass sie das Schwarzbard-Verteidigungskomitee nicht unterstützten. Dies begründete Abramovič damit, dass sie „individuelle Terrorakte als Mittel zur Austragung von nationalen Konflikten prinzipiell“<sup>100</sup> nicht unterstützen könnten. Eine private Unterstützung des Verteidigungskomitees erschien ihm dagegen möglich. Gerade wegen des internationalistischen Anspruches sah er sich jedoch auch dazu genötigt, im halböffentlichen Raum der SAI gegen die Positionen der USDAP zu opponieren. Als *Bund*-Politiker und jiddischsprachiger Zeitungskorrespondent war er bestens über die Lebensumstände der osteuropäischen Judenheiten und über die Pogrome während des Bürgerkrieges informiert. Politisch und persönlich war es deshalb für ihn notwendig, sich gegen eine Relativierung der Geschehnisse zur Wehr zu setzen. In seinen Erklärungen innerhalb der SAI beschrieb er diese als größte Gefahr:

Da wir der Meinung sind, dass P[etljura] aus falsch verstandenen national-taktischen Motiven die grausamen Judenpogrome geduldet hatte, so bedeutet für uns die gegenwärtige Haltung der ukr[ainischen] Sozialdemokraten soviel, als dass sie in einem gegebenen Moment ebenfalls Judenpogrome dulden werden (natürlich nicht aus Judenhass, sondern aus ‚taktisch-nationalen‘ Gründen). Sie werden begreifen, dass wir eine derartige Position für eine sozialistische oder demokratische Partei als eine Unmöglichkeit betrachten.<sup>101</sup>

#### 4.1.4 Debatten über die „Vereinigten Staaten von Europa“

Eine andere transnationale Debatte berührte die Frage der europäischen Einigung, die besonders in bürgerlichen und liberalen Kreisen entlang der im Jahr 1922 von Richard Coudenhove-Kalergi gegründeten paneuropäischen Bewegung geführt wurde.<sup>102</sup> Auch in sozialistischen Kreisen und in denen der russländi-

---

**100** Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 02.08.1926. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 808.

**101** Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 02.08.1926. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 808. Hervorhebung im Original.

**102** Für nähere Angaben zu Richard Coudenhove-Kalergi (1894–1972) und das Paneuropa-Konzept vgl. Ziegenhofer-Prettenthaler, Anita: Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudehove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren. Wien/Köln/Weimar 2004.

schen Emigration debattierte man über eine ganz Europa umfassende wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Einigung, welche eine Grundlage für die Vermeidung weiterer Kriege darstellen sollte.<sup>103</sup> Daran beteiligt war Vladimir Kosovski, der 1924 seine Sicht auf die Stärken und Schwächen des Konzeptes der „Vereinigten Staaten von Europa“ darlegte.

Kosovski stand der paneuropäischen Bewegung, die auf Grundlage des Föderalismus für ein politisch und wirtschaftliches geeintes Europa eintrat, kritisch gegenüber, da ihr Konzept in seinen Augen zu einer „neuen Etappe in der kapitalistischen Entwicklung“<sup>104</sup> führen würde. Dennoch verwies er auf die bestehende Notwendigkeit eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes zwischen den europäischen Staaten, dessen es als Schutz gegenüber dem US-amerikanischen Wirtschaftsraum bedürfe und der sowohl zwischen den Nationalstaaten als auch nach außen gegenüber der Sowjetunion den Frieden sichern könnte. Zugleich verstand er die Utopie eines vereinten Europas als einen möglichen Schritt in Richtung eines gemeinsamen sozialistischen Wirtschaftsraumes – zumindest dann, wenn die europäische ArbeiterInnenschaft die zu schaffenden politischen Rahmenbedingungen für sich zu nutzen wüsste.<sup>105</sup>

In ähnlicher Weise argumentierte der Wirtschaftswissenschaftler Vladimir Voytinsky, der 1926 das Buch „Die Vereinigten Staaten von Europa“ herausgab. Voytinsky beschrieb darin eine europäische Zollunion als ersten notwendigen Schritt für ein auf sozialistischen Grundlagen basierendes Europa. Auch für ihn hatte das Projekt der supranationalen europäischen Zusammenarbeit sowohl eine gesellschafts- als auch wirtschaftspolitische Notwendigkeit: Ein geeintes Europa sollte den europäischen Frieden sichern und die Konkurrenzfähigkeit der europäischen gegenüber der US-amerikanischen Wirtschaft garantieren.<sup>106</sup>

In Kosovskis und Voytinskys Beiträgen wird deutlich, dass das Konzept eines geeinten Europas in den 1920er Jahren sehr eng mit den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges verknüpft war. Voytinsky weist im Vorwort seines Buches folgendermaßen darauf hin:

---

**103** Vgl. Kosovski, Vladimir: Die fareynigte shtaten fun eyropa. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 12.

**104** Kosovski, Vladimir: Die fareynigte shtaten fun eyropa. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 12.

**105** Vgl. Kosovski, Vladimir: Die fareynigte shtaten fun eyropa. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 12.

**106** Vgl. Woytinsky, Wladimir: Die Vereinigten Staaten von Europa. Berlin 1926. Vgl. für eine Einordnung der Publikation von Voytinsky auch: Wagenführ, Rolf: The Vision of European Union. In: Woytinsky, Emma S. (Hrsg.): So Much Alive. The Life and Work of Wladimir S. Woytinsky. New York 1962. S. 69–77.

Der Leser wird hier keine Darlegungen über die Schrecken des Krieges und die Vorteile des Friedens finden. Gewiß, das Problem des Krieges und Friedens ist das Grundthema, vielleicht das einzige Thema dieses Buches, aber es wird möglichst wenig darüber geredet sein. Statt dessen sprechen wir von Steinkohle, Eisen, Naphta [sic!], von Ausfuhr und Einfuhr, Welt-schiffahrt, Weizenerten, Elektrifizierung der Wasserkräfte, Anzahl der Spindeln, Wolle-verbrauch, Arbeitslosigkeit – kurz über alles, was den materiellen Inhalt des Völkerwirt-schaftslebens ausmacht.<sup>107</sup>

Ein elementarer Unterschied zwischen den Überlegungen bestand in der Definition Europas. Voytinsky bezog sowohl das Kolonialreich Großbritannien als auch die Sowjetunion in seine Überlegungen mit ein, da er die europäische Idee ansonsten als nicht friedenssichernd ansah.<sup>108</sup> Kosovski hingegen definierte die beiden Staaten aufgrund ihrer Größe und Stärke als „politische Kontinente“<sup>109</sup>, die in den pan-europäischen Überlegungen nicht mitgedacht werden sollten und auch in seinem eigenen Beitrag keinen Bestandteil Europas darstellten.

Die beiden dargestellten Diskussionsbeiträge stützen scheinbar das vom Historiker Willy Buschak vorgebrachte Argument, dass „[d]ie sozialistische Arbeiterbewegung [...] sich seit ihrer Entstehung im frühen 19. Jahrhundert als Verkörperung eines ‚neuen Europas‘, eines Europas der Völker und der Demokratie“<sup>110</sup> verstand. Buschak argumentiert ferner, dass für führende sozialistische PolitikerInnen in den 1920er Jahren Europa derjenige Zusammenhang war, „vor dem sie historische und politische Ereignisse einzuordnen und zu verstehen versuchten“<sup>111</sup>. Nach Auswertung der Publizistik der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ist jedoch einschränkend anzumerken, dass es sich bei Kosovskis und Voytinskys Debattenbeiträge um Ausnahmen innerhalb der Exilgruppe handelte. Kosovskis Text muss vielmehr als eine Replik auf einen in Berlin stattfindenden internationalen pazifistischen Kongress verstanden werden. Bei Voytinsky ist hingegen davon auszugehen, dass seine Texte aus intrinsischem Interesse entstanden sind. So veröffentlichte er ebenfalls im *Paneuropäischen Verlag* und beteiligte sich aktiv an der paneuropäischen Bewegung.<sup>112</sup>

---

**107** Vgl. Woytinsky, Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 7.

**108** Vgl. Woytinsky, Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 154 f.

**109** Kosovski, Vladimir: Die fareynigte shtaten fun eyropa. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 12.

**110** Buschak, Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 345.

**111** Buschak, Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 345.

**112** Für die Publikation im paneuropäischen Verlag vgl. Woytinsky, Wladimir: Tatsachen und Zahlen Europas. Wien 1930. Nach Anita Ziegerhofer-Pretenthaler publizierte Voytinsky bis 1934 ebenfalls wirtschaftspolitische Artikel in der Zeitschrift „Paneuropa“ und nahm am 20.06.1927 bei einer Sitzung der Bewegung in Berlin teil. Ziegerhofer-Pretenthaler charakterisiert Voytinsky fälschlicherweise als „polnischen Nationalökonom Dr. Wladimir Woytinsky“. Ziegerhofer-Pretenthaler, Botschafter Europas, S. 277–281.

Der Begriff Europa wurde auch in anderen Publikationen der ExilantInnen verwendet. Hierbei wurde dieser aber nicht als politisches Konzept, sondern als geografische Beschreibung benutzt. So grenzte Rafail Abramovič in seinen Artikeln im *Forverts* den europäischen Kontinent von der Sowjetunion und Großbritannien ab.<sup>113</sup> In russischsprachigen Publikationen war die Verwendung des Begriffes weniger eindeutig. Es konnten sowohl Artikel ausgemacht werden, in denen die Sowjetunion als Teil von Europa beschrieben wurde, als auch solche, in denen die Sowjetunion nicht zu Europa zählte.

Eng verknüpft mit der Debatte über ein vereinigtes Europa war die Diskussion einer möglichen Kriegsgefahr in Europa. Seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gab es unter den ExilantInnen verstärkt die Befürchtung, dass im ostmitteleuropäischen Grenzgebiet zur Sowjetunion eine reale Kriegsgefahr bestehen würde. Neben dem asiatischen Kontinent war Ostmitteleuropa für sie der geografische Ort, an dem ein erneuter Weltkrieg ausbrechen könnte.<sup>114</sup> Zwei politische Entwicklungen waren für die ExilantInnen hierbei entscheidend: Einerseits sahen sie ein erhöhtes Gefahrenpotenzial darin, dass in den ostmitteleuropäischen Ländern verstärkt reaktionäre Parteien an die Macht gelangten und ungelöste Grenzstreitigkeiten zwischen den Staaten fortbestanden.<sup>115</sup> Andererseits wähten sie sich im Unklaren, inwieweit die Sowjetunion territoriale Ansprüche über ihre Westgrenze hinaus verwirklichen könnte. Durch die militärischen Garantien europäischer Großmächte gegenüber ostmitteleuropäischen Staaten wären diese möglichen Konflikte nicht regional zu begrenzen. Vielmehr befürchteten die ExilantInnen, dass ein regionaler Krieg schnell internationale Dimensionen erreichen würde.<sup>116</sup>

Es muss konstatiert werden, dass das Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“ für die Mehrheit der ExilantInnen trotz der wahrgenommenen Kriegsgefahren insgesamt keine große Relevanz hatte. Dies hing auch damit zusammen, dass mit der SAI und dem Völkerbund<sup>117</sup> bereits zwei supranationale Strukturen bestanden, die international regulierend wirkten und Konflikten und Kriegen vorbeugen sollten. Besonders die SAI war dabei ideologischer und realpolitischer

---

**113** Vgl. für Abramovičs Europaverständnis bspw. die Verwendung des Begriffes in folgendem Artikel: Abramovič, Rafail: Di fashisten saynen a gresere gefahr vi men maynt. In: *Forverts*, General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.083 (21.12.1930). S. 1 (Section Two) und S. 3 (Section One).

**114** Vgl. Dan, Fëdor: Samoorganizacija rabočego klasa. In: *SV*, Vol. 5 (1925), Nr. 13 (10.07.1925). S. 2–5. Hier S. 2.

**115** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Di hoypt gefar far a velt-mlkhhm iz nit in khine nor in eyrope. In: *Forverts*. General Mail Edition, Vol. 29 (1927), Nr. 10.720 (20.03.1927). S. 6.

**116** Vgl. Garvi, Pëtr: Vnešnjaja politika na s'ezde sovetov. In: *SV*, Vol. 9 (1929), Nr. 12 (14.06.1929). S. 3–8.

**117** Für den Völkerbund vgl. Herren, Madeleine: Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung. Darmstadt 2009. S. 50–84.

Anknüpfungspunkt. Hinzu kam, dass die SAI in hohem Maße von sozialistischen Parteien des europäischen Kontinents geprägt war, weswegen sie auch primär als eine in Europa aktive Internationale wahrgenommen wurde. Nicht nur ideologisch, sondern auch territorial stand sie damit im Gegensatz zur KI, die stärker auf dem asiatischen Kontinent agierte.<sup>118</sup> Erst durch die bestehende Konkurrenz zwischen SAI und KI bemühte sich die SAI im Laufe der 1920er Jahre verstärkt darum, außereuropäische sozialistische Parteien zu unterstützen und diese in ihre Strukturen zu integrieren. Ein diesbezüglich erster Schritt fand auf dem Brüsseler Kongress im Jahr 1928 statt, auf dem auch über die Situation auf dem asiatischen Kontinent debattiert wurde.<sup>119</sup>

Der Einsatz für die „Vereinigten Staaten von Europa“ bedeutete aus sozialistischer Perspektive ein Eintreten für eine supranationale Struktur, die neben der SAI bestehen und möglicherweise in direkter Konkurrenz zu ihr existieren würde. Die Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sah hierin ferner einen ideologischen Rückschritt. Die Europa-Utopie nahmen sie als ein Konzept bürgerlicher Parteien war, wodurch die bestehende europäische Nationalstaatlichkeit stärkere Anerkennung erhalten würde. Dagegen verorteten sie das Konzept des Internationalismus zumindest theoretisch über der Nationalstaatlichkeit. Ihre Utopie bestand in einer sozialistischen Revolution, die unabhängig von national-ethnischer Zugehörigkeit und nationalstaatlichen Grenzziehungen vonstattengehen sollte.

Für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen stellte die Internationale während der Berliner Exilzeit den zentralen supranationalen Handlungsraum dar, an dem sie mitarbeiten und in dem sie politische Forderungen debattieren konnten. Diese wichtige Stellung der Internationale erklärt, warum die ExilantInnen sich nicht nur an unterschiedlichen thematischen Debatten beteiligten, sondern zugleich als TrägerInnen und MitbegründerInnen der IASP und SAI auftraten. Innerhalb der Internationale kommunizierten die ExilantInnen auf Deutsch. Thematische Debatten wie die Frage der Kriegsgefahr in Ostmitteleuropa, der Umgang mit der kommunistischen Bewegung oder dem bestehenden Antisemitismus wurden jedoch auch in die russischsprachige Exilpresse und die transnationale jiddischsprachige Presselandschaft hineingetragen, wodurch ein Verflechtungsmoment zwischen den Handlungsräumen entstand.

Die Bedeutsamkeit der SAI für von Berlin aus agierende russländische Exilparteien wird auch in den folgenden Kapiteln über die Sowjetunion und die

---

**118** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Der 2-ter und der 3-ter internatsional in eyrope un azie. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 29 (1927), Nr. 10.741 (10.04.1927). S. 10.

**119** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Der 2-ter und der 3-ter internatsional in eyrope un azie. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 29 (1927), Nr. 10.741 (10.04.1927). S. 10.



Weimarer Republik weiter herausgearbeitet. Die ExilantInnen trugen ihre zentralen Debatten, wie beispielsweise den Umgang der Bol'sheviki mit politischen Gefangenen, immer wieder in die Gremien der Internationale hinein.

## 4.2 Die Sowjetunion als vergangene Heimat

Die in den 1920er Jahren in der Sowjetunion stattfindenden tiefgreifenden politischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen wurden von den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aus einer kritischen Distanz intensiv verfolgt. Besonders in den ersten Exiljahren ging dabei die Erwartung auf politische Veränderungen mit der Hoffnung nach einer möglichen Rückkehr in die Heimat einher.<sup>120</sup> Solange dieser Wunsch jedoch nicht umzusetzen war, sahen besonders die Mitglieder der Auslandsvertretungen der SDAPR, des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* und der SR ihre zentrale Aufgabe in der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen in der Sowjetunion. Damit tarierten sie das Selbstverständnis ihrer eigenen Partei immer wieder neu aus. Zugleich versuchten sie mit ihren Analysen Aufmerksamkeit in anderen Parteisektionen der internationalen ArbeiterInnenbewegung für die Situation in ihrer Heimat zu generieren, eine Notwendigkeit, die die Redaktionsmitglieder des deutschsprachigen *Mitteilungsblatts der Russischen Sozial-Demokratie* folgendermaßen begründen:

Der Mangel an zuverlässigen Informationen über die russischen Verhältnisse, insbesondere der Mangel an sozialistisch-kritischer Beurteilung der neuesten kommunistischen Entwicklung macht sich mit jedem Tag mehr bemerkbar. Sozialistische Redaktionen und führende Politiker haben uns gegenüber mehrfach den Wunsch geäußert, daß diese Lücke ausgefüllt werde, damit die sozialistischen Leser in Mittel- und Westeuropa ihre Informationen und ihre Kritik aus zuverlässigen Quellen schöpfen könnten.<sup>121</sup>

Neben den ExilpolitikerInnen berichteten auch die in Berlin ansässigen jiddischsprachigen JournalistInnenbüros über die Situation in der Sowjetunion. Ihre Artikel richteten sich besonders an das aus Osteuropa in die USA migrierte jüdisch-amerikanische Publikum.

---

**120** André Liebich weist darauf hin, dass die Mitglieder des Zentralkomitees der SDAPR regelmäßig ihre Pässe in der Berliner Botschaft der Sowjetunion verlängerten, um ihr formales Recht auf eine Rückkehr ins Land nicht zu verlieren. Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 99.

**121** Dan, Fëdor/Dalin, David/Stein, Alexander/Abramovič, Rafail: Zur Einführung. In: RSD. *Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie*, Vol. 1 (1924), Nr. 1. S. 1. Die deutschsprachige Zeitung wurde von der SDAPR zwischen 1924 und 1932 in Berlin herausgegeben. 1932 wurde die Produktion aufgrund finanzieller Schwierigkeiten eingestellt.

Tatsächlich stießen die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten in Osteuropa nicht nur innerhalb der Exilgruppe, sondern in der gesamten sozialistischen Bewegung auf Interesse. Die russländischen SozialistInnen wurden hierbei als zu rezipierende ExpertInnen wahrgenommen. Jedoch war es nur wenigen von ihnen möglich, ihre Analysen und Studien en détail an das westeuropäische Publikum zu richten, da diesem größtenteils schlicht die sprachlichen Fähigkeiten fehlten – eine Herausforderung, die auch den ExilantInnen bewusst war, weswegen sie sich bemühten, ihre Analysen in anderen Sprachen verfügbar zu machen. Hierauf verweisen nicht nur die Publikationstätigkeiten in deutschsprachigen Periodika, sondern auch die mehr als 20 publizierten deutschsprachigen Monografien.<sup>122</sup> Nur einigen wenigen ExilantInnen gelang es, im deutschsprachigen Handlungsraum ihrer Ausbildung entsprechenden Anstellungen nachzugehen. Hierzu zählten der Ökonom Vladimir Voytinsky, der in den 1920er Jahren für Forschungsinstitutionen der SPD und des ADGB arbeitete, sowie Naum Jasny, Solomon Švarc und Pětr Garvi, die Beratertätigkeiten für die deutsche Sozialdemokratie übernahmen.<sup>123</sup> Ferner übte Alexander Stein zuerst als Mitglied der USPD und später der SPD Parteifunktionen aus; ebenso Paul Olberg als Mitglied der SPD.

Im Folgenden wird die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der Sowjetunion und ihren Anrainerstaaten, die in allen drei sozialistischen Handlungsräumen stattfand, abgebildet. In Form eines kurzen Überblickes wird zuerst die allgemeine Wahrnehmung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen des Landes durch die ExilantInnen dargelegt. Anschließend wird in einzelnen Unterkapiteln entlang der Themenbereiche Unterstützung politischer Gefangener, Umgang mit Reisen westeuropäischer Delegationen in die Sowjetunion und den Diskussionen über Nationalitätenpolitik in Osteuropa beispielhaft aufgeführt, in welcher Weise sich osteuropäisch-jüdische SozialistInnen an transnationalen Debatten über die Sowjetunion beteiligten.

---

**122** Es lassen sich 21 deutschsprachige Monografien von elf Mitgliedern der Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen nachweisen, die sich thematisch dem Russländischen Reich oder der Sowjetunion widmen. Vgl. hierzu Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas: Die Sovet-Union. 1917–1932. Systematische, mit Kommentaren versehene Bibliographie der 1917–1932 in deutscher Sprache außerhalb der Sovet-Union veröffentlichten 1900 wichtigsten Bücher und Aufsätze über den Bolschewismus und die Sovet-Union. Königsberg/Berlin 1933.

**123** Vgl. Liebich, Eine Emigration in der Emigration, S. 237.

#### 4.2.1 Bewertung der politischen Situation in der Sowjetunion

Die vielstimmige, besonders in Berlin, Prag und Paris angesiedelte russischsprachige Exilpresse bezeugt das in den 1920er Jahren aus der Sowjetunion herausgedrängte intellektuelle Know-how. In ihren Publikationen stritten die politischen ExilantInnen um Deutungshoheit und eine inhaltliche Bewertung bezüglich der Entwicklungen in der Sowjetunion.<sup>124</sup> Die in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren Teil dieses politischen Braindrains. Mit ihren Analysen und einer aktiven Beteiligung an kontroversen Debatten trugen sie zu einer differenzierteren Wahrnehmung der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung in der Sowjetunion bei. Zumindest in den 1920er Jahren konnten sie sich dabei auch auf aus der Sowjetunion illegal beschaffte Informationen und Berichte beziehen.

Bei der Analyse des russischsprachigen *Socialističeskij vestnik* fällt eine erstaunliche Diskursfreudigkeit auf, die bereits innerhalb dieser Exilpartei bestand. In der SDAPR-Parteizeitung kamen VertreterInnen der unterschiedlichen Fraktionen zu Wort. So publizierte beispielsweise Solomon Švarc als Anhänger des linken Parteiflügels zahlreiche Abhandlungen über die Entwicklungen von Gewerkschaften in der Sowjetunion. Der demselben Flügel angehörende Ökonom Aron Jugov lieferte Beiträge über die wirtschaftliche Situation des Landes. Aber auch Vertreter des rechten Parteiflügels, wie David Dalin und Pëtr Garvi, veröffentlichten in der Zeitschrift ökonomische und politische Einschätzungen zur Sowjetunion. Hinzu kamen richtungsweisende Analysen für die sozialdemokratische Partei von Julij Martov, Fëdor Dan und bei einigen Themen ebenfalls von Rafail Abramovič.<sup>125</sup>

In ihrer Außendarstellung versuchte die SDAPR während der Exilzeit, das Bild einer zu den Bol'seviki politisch gleichwertigen Partei aufrechtzuerhalten. ParteianhängerInnen sahen in der SDAPR die einzige im Russländischen Reich gegründete Partei, die auf rein marxistischen Überzeugungen fußte. Durch die zentrale politische Rolle, die die Partei in der Revolutionszeit des Jahres 1905 und zwischen Februar und Oktober 1917 einnahm, leiteten die ParteianführerInnen einen ähnlichen Anspruch auch für die zukünftige Entwicklung des Landes ab.<sup>126</sup>

---

**124** Vgl. für die unterschiedlichen Zentren der Migration Schlägel, *Der große Exodus*.

**125** Eine inhaltliche Analyse der russischsprachigen Exilpresse der Men'seviki und ihrer Einstellungen zu den Entwicklungen in der Sowjetunion haben bereits André Liebich und Uli Schöler vorgenommen. Vgl. hierzu besonders Liebich, *From the Other Shore*; Schöler, „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“.

**126** Vgl. Martov/Dan, *Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie*.

Der 1923 entbrannte politische Machtkampf um die Nachfolge Lenins war für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ein hoffnungsvolles Moment.<sup>127</sup> Viele hofften nun auf einen Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems, resultierend aus anhaltenden innerparteilichen Konflikten und fortwährenden wirtschaftspolitischen Problemen im Land. Die ExilantInnen sahen in dieser politischen Umbruchphase drei mögliche Szenarien für die nahe Zukunft der Sowjetunion: Die bestehende staatliche Ordnung würde durch eine sich weiter ausdehnende diktatorische Herrschaftsform fortbestehen, eine Konterrevolution würde eine reaktionäre Regierung an die Macht befördern oder der Staat würde sich demokratisieren.<sup>128</sup> Nur die letzte Option hätte eine Rückkehr der ExilantInnen möglich gemacht, weswegen einige von ihnen so lange wie möglich auf diese Option hofften.

In einem im Herbst 1925 veröffentlichten Artikel sprach Vladimir Kosovski die Hoffnung aus, dass die sowjetische Regierung durch den Tod Lenins dazu gezwungen werde, den Terror gegen Andersdenkende aufzugeben. Positive Zeichen sah er in der angekündigten Hinwendung zur bäuerlichen Bevölkerung, die auch Neuwahlen der dörflichen Rätestrukturen vorsah. Einschränkend fügte Kosovski jedoch auch hinzu, dass es sich bei allen positiven Entwicklungen nur um sehr kleine Schritte handele und „eine Schwalbe noch keinen Frühling bringe“<sup>129</sup>. Bereits im Januar 1924 bescheinigte Fëdor Dan der sowjetischen Führung eine bestehende Angst vor einer Demokratisierung, die sich aus dem Entstehen oppositioneller Gruppierungen innerhalb der Partei speise. Er hoffte dabei auf „den Anfang vom Ende“<sup>130</sup> der bestehenden bolschewistischen Herrschaft.

Die von den ExilantInnen erhoffte Demokratisierung der Sowjetunion blieb auch nach Lenins Tod aus. In den darauffolgenden Jahren sollte es für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen keinen vergleichbaren Hoffnungsmoment auf die Möglichkeit einer Rückkehr mehr geben. Stattdessen führte die bis Ende der 1920er Jahre erfolgte Machtzentrierung auf die Person Stalin zu einer großen Ernüchterung innerhalb der Exilgruppe. Der Sozialrevolutionär Isaac Štejnberg

---

**127** Vgl. bspw. Abramovič, Rafail: Krizis Diktatury. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 1 (10.01.1924). S. 2–5; Jugov, Aron: Pered XIII s'ezdom R.K.P. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 11 (28.05.1924). S. 3–5; Garvi, Pëtr: Pravoporjadok i diktatura. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 21 (10.11.1924). S. 3–7.

**128** Vgl. Dan, Fëdor: Načalo konca. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 2. S. 3–6; Garvi, Pëtr: Na rasput'i. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 15. S. 7–9.

**129** Kosovski, Vladimir: Tsi ken men nokh epes ervarten fun bolshevistishen rezshim. In: Di tsukunft, Vol. 10 (1925), Nr. 4.

**130** Dan, Fëdor: Načalo konca. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 2. S. 3–6. Hier S. 6.

sprach diesbezüglich von „Epigonen und Nutznießer[n] der Revolution“<sup>131</sup>, welche die Führung in der Sowjetunion übernommen hätten.

Die Einbeziehung der ExilantInnen in die deutschsprachige Publikationslandschaft der sozialistischen Parteien erfolgte vorwiegend durch Bemühungen ihrerseits. Sie erhofften sich davon, der deutschsprachigen LeserInnenschaft die Realitäten des sowjetischen Lebens näherzubringen und das deutschsprachige Publikum, das ihnen empfänglicher für sowjetische Propaganda erschien, aufzuklären. Dennoch kann hieraus nicht geschlossen werden, dass sozialistische Parteien der Weimarer Republik die ExilantInnen ausschließlich aus altruistischen Beweggründen einbezogen. Bei der Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation in der Sowjetunion erfolgte diese Einbeziehung auch aus einem Eigeninteresse der deutschen Parteien. Das Kalkül der sozialistischen ZeitungsherausgeberInnen und ParteianführerInnen bestand darin, dass die ExilantInnen in innerparteilichen Auseinandersetzungen, aber besonders auch in politischen Debatten mit der kommunistischen Bewegung hilfreiche Argumente liefern würden. Aufgrund ihrer politischen Verfolgungsgeschichte wurde den ExilantInnen eine besonders hohe moralische Integrität zugesprochen, die ihren deutschsprachigen politischen PartnerInnen auch für eigene innenpolitische Debatten nützlich erschien. Diesbezüglich urteilt der Historiker Jürgen Zarusky, dass die SDAPR-ExilantInnen für die deutsche Sozialdemokratie als „Kronzeugen gegen das bolschewistische Regime“<sup>132</sup> dienten. Er stellt in diesem Zusammenhang außerdem ein innerhalb der SPD bestehendes großes Interesse an den Entwicklungen in der Sowjetunion fest: „Über kein anderes Land wurde soviel in der Parteipresse geschrieben, kein anderes Staatswesen war Anlaß für solch intensive Diskussionen, Polemiken und Kämpfe.“<sup>133</sup> Zaruskys Urteil trifft für den Beginn der 1920er Jahre auch auf die USPD zu. Auch dort stießen die Entwicklungen in der entstehenden Sowjetunion auf großes Interesse und einige ExilantInnen waren als ExpertInnen über die Revolutions- und Bürgerkriegsereignisse gefragt.<sup>134</sup>

---

**131** Steinberg, Als ich Volkskommissar war, S. 5.

**132** Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen. 1917–1933. München 1992. S. 287. Karl Schlögel spricht in Bezug auf die Men'sheviki von einer Art „brain trust“ für die entschieden antibolschewistische Rußlandpolitik der deutschen Sozialdemokratie“ (Schlögel, Berlin: Stiefmutter, S. 249) und André Liebich von „Garanten für ‚ein anderes Rußland‘“ (Liebich, Eine Emigration in der Emigration, S. 236).

**133** Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 286.

**134** Vgl. u. a. Stein, Alexander: Die russische Sphinx. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 49; Stein, Alexander: Appell der russischen Sozialdemokratie an die Internationale. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 34; Martow, Ju-

In der Zeit nach der Wiedervereinigung der USPD mit der MSPD fand im deutschsprachigen Handlungsraum eine Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der Sowjetunion in unterschiedlichen Zeitungen und Zeitschriften statt. Es erschienen Artikel in den Theoriezeitschriften *Die Gesellschaft* und *Der Kampf*, im *Vorwärts*, Buchrezensionen in der SPD-nahen *Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik* und ExilantInnen publizierten eigene deutschsprachige Monografien. Bei den Veröffentlichungen fällt auf, dass diejenigen, die in den jeweiligen Zeitungen und Zeitschriften publizierten, oftmals sehr eng mit dem politischen Selbstverständnis der HerausgeberInnen übereinstimmten. Beispielsweise publizierten in der von der österreichischen Sozialdemokratie herausgegebenen Zeitschrift *Der Kampf* vornehmlich ExilantInnen, welche der linken Parteifraktion der SDAPR angehörten.<sup>135</sup> Einen ganz anderen personellen Schwerpunkt setzte die weiter rechts stehende SPD-Tageszeitung *Vorwärts*. Für sie schrieb mit Pëtr Garvi regelmäßig ein dem rechten Parteiflügel der SDAPR zugehöriger Exilant. Garvis publizierte Kritik an den Entwicklungen in der Sowjetunion fiel schärfer aus als die offizielle Parteilinie.<sup>136</sup> So urteilte er 1930: „Mit der russischen Revolution sein heißt daher gegen die bolschewistische Diktatur sein.“<sup>137</sup> Ein Jahr später schrieb er über die Entwicklungen in der Sowjetunion: „Wir sind in den Sozialismus eingetreten“, – so verkünden die Stalinisten von den Kremltürmen. Aber der Stalinsche diktatorische ‚Sozialismus‘ bedeutet nicht

---

lius: Diktatur und Demokratie. In: *Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik*, Vol. 5 (1920), Nr. 38/39 und Nr. 40; Martow, Julius: Der Wahnsinn des Terrorismus. In: *Die Freiheit. Morgen-Ausgabe*, Vol. 3 (1920), Nr. 550 (25.12.1920). S. 5; N. N.: Wie sieht es in Rußland aus? Interview mit Rafail Abramovič. In: *Die Freiheit. Abend-Ausgabe*, Vol. 3 (1920), Nr. 495 (23.11.1920). S. 1f.

**135** Von den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen veröffentlichten in der Zeitschrift *Der Kampf* Rafail Abramovič, Grigorij Binštok, Fëdor Dan, Aron Jugov, Naum Jasny, Julij Martov, Alexander Stein, Vladimir Voytinsky. Ausnahmen, die dem rechten Parteiflügel nahestanden, waren Binštok und Voytinsky. Erstgenannter veröffentlichte ausschließlich eine Rezension in der Zeitschrift, zweitgenannter mehrere Artikel.

**136** Vgl. u. a.: Garwy, Peter: „Komintern“ in der Sackgasse. Zum Moskauer „Weltkongreß“. In: *Vorwärts. Abend-Ausgabe*, Vol. 41 (1924), Nr. 333 (17.07.1924). S. 1f.; Garwy, Peter: Der neue Kurs in Rußland. In: *Vorwärts. Abend-Ausgabe*, Vol. 42 (1925), Nr. 241 (23.05.1925). S. 1f.; Garwy, Peter: 1917–12. März – 1927. Das zehnjährige Jubiläum der russischen Revolution. In: *Vorwärts. Abend-Ausgabe*, Vol. 44 (1927), Nr. 120 (12.03.1927). S. 1f.; Garwy, Peter: Im Zeichen des Thermidor. Das Problem der russischen Revolution. In: *Vorwärts. Morgen-Ausgabe*, Vol. 44 (1927), Nr. 404 (27.08.1927). S. 1f.

**137** Garwy, Peter: Entspannung in Rußland? Die Dauerkrise der Diktatur. In: *Vorwärts. Morgen-Ausgabe*, Vol. 47 (1930), Nr. 218 (11.05.1930). S. 3.

mehr Brot, mehr Freiheit, mehr Arbeitsfreude, sondern im Gegenteil: Hunger, Knechtschaft, Arbeitszwang.“<sup>138</sup>

Für die jiddischsprachige Presselandschaft leisteten die in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen eine bedeutende Transferrolle. Sie waren verantwortlich für einen Großteil der Berichterstattung über die Sowjetunion in der jiddisch-sozialistischen Presse, welche seit der Oktoberrevolution nicht mehr aus dem Land selbst erfolgen konnte, und fungierten damit als MittlerInnen zwischen amerikanischen und sowjetischen Judenheiten. Dabei fanden in der jiddischsprachigen Presse ähnliche Debatten wie in der russischsprachigen statt. Der Großteil der Berichterstattung fokussierte sich auf die wichtigsten politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen im Land. Auch im jiddischsprachigen Handlungsraum wurden die Debatten kontrovers geführt und verliefen hier zu meist entlang bestehender Parteizugehörigkeiten. Ein augenscheinlicher Unterschied zu den anderen Handlungsräumen war allerdings, dass im jiddischsprachigen Handlungsraum ein besonderer Fokus auf die Situation von Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion gelegt wurde. Hierbei wurden sowohl jüdische Ansiedlungsprojekte, Nationalitätenkonzepte als auch der fortbestehende Antisemitismus in der Sowjetunion thematisiert – drei Themen, die nur geringfügigen Widerhall in russischsprachigen und so gut wie keinen in deutschsprachigen Publikationen fanden.

Die Berichterstattung über die Sowjetunion erscheint als ein Beispiel dafür, wie innerhalb des transnationalen jiddischsprachigen Diskursraumes über Nationalgrenzen hinweg debattiert wurde. Dies erfolgte vornehmlich in schriftlicher Form, wodurch Debatten der europäischen Judenheiten auch Widerhall in amerikanischen Zeitungen finden konnten. Die in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren hierin wichtige und aktive DiskursteilnehmerInnen. Ihre wichtigsten Publikationsorgane waren der *Forverts*, die *Naye Folkstsaytung* und die Theoriezeitschrift *Di tsukunft*. Allein letztere veröffentlichte in der ersten Hälfte der 1920er Jahre mehrseitige politische Analysen der in Berlin lebenden russländischen Sozialdemokraten Rafail Abramovič, Fëdor Dan, Vladimir Kosovski, Julij Martov und Solomon Švarc.

Die ExilantInnen debattierten in ausführlicher Form sowohl die ökonomischen als auch die politischen Entwicklungen in der Sowjetunion. Zur politischen Herrschaftsform bestand bei der Mehrheit der ExilantInnen eine relative Übereinstimmung. Seit der Oktoberrevolution beurteilten sie die Sowjetunion als autoritär geführten Staat, der im Widerspruch zu den eigenen demokratischen

---

<sup>138</sup> Garwy, Peter: Im Osten nichts Neues. Zahlen und Tatsachen über Sowjetrußland. In: Vorwärts. Morgen-Ausgabe, Vol. 48 (1931), Nr. 75 (14.02.1931). S. 1f.

Werten stand. Pëtr Garvi verwendete hierfür den Begriff „Bonapartismus“<sup>139</sup>. Bitter verglich David Dalin die sowjetische mit faschistischen Herrschaftsformen:

Die Herrschaft war noch nie so umfassend, die Diktatur noch nie so unbegrenzt wie bei uns. Nirgendwo und niemals wurde die Oppositionspresse über sechs Jahre lang zerstört, noch nie hat die Polizei acht Jahre lang so entschieden und ohne Kontrolle dominiert, niemals war die Willkür der Behörden so unbegrenzt. Daher waren die Hindernisse, die die Diktatur von einem bestimmten historischen Moment an für die soziale Entwicklung darstellte, noch nie so stark. Noch nie waren die Ketten der Diktatur so schwer wie jetzt in Russland. Diesbezüglich ist die Diktatur von [Miklós] Horthy und [Benito] Mussolini der bolschewistischen Diktatur weit unterlegen: Weder in Ungarn noch in Italien wurde die Opposition so gebrochen, die unabhängige Stimme so erstickt wie die unsere.<sup>140</sup>

Die sich weiter links positionierenden ExilantInnen teilten weitestgehend die von Dalin und Garvi dargelegte inhaltliche Kritik an der Sowjetunion, formulierten diese aber zurückhaltender, da sie sie mit der von ihnen gefürchteten Gefahr vor einer Konterrevolution in Einklang zu bringen versuchten.

Mehrere ab Mitte der 1920er Jahre vollzogene innen- und außenpolitische Entscheidungen in der Sowjetunion, zu denen besonders die Propagierung der „Sozialfaschismusthese“ und ein 1931 gegen die SDAPR gerichteter Schauprozess in Moskau zählten, führten bei den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen zu einer noch kritischeren Betrachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten im Land. Es erscheint deshalb erstaunlich und ist nur in Zusammenhang mit der Person Fëdor Dan zu erklären, dass die grundsätzliche SDAPR-Parteilinie gegenüber der Sowjetunion während der Berliner Exilzeit unverändert blieb und nur in Teilen an die dortigen politischen Veränderungen angepasst wurde. Dan und die Mehrheit des SDAPR-Zentralkomitees orientierten sich an einer dialektischen Formulierung Martovs: 1922 formulierte dieser, dass der sowjetische Machtapparat zwar ein auf der politischen Ebene utopisches und zugleich diktatorisches Projekt sei, aufgrund einer zu befürchteten Konterrevolution bestünde jedoch die Aufgabe der SDAPR darin, den sowjetischen Staat gegen die Bestrebungen einer Konterrevolution zu verteidigen. Zugleich müsse sie aber aufgrund des politischen Einparteiensystems und des im Land vorherrschenden politischen Terrors kritisiert werden. Positive und nachhaltige politische Verän-

---

**139** Vgl. Garvi, Pëtr: Bonapartizm ili demokratija? In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 23/24 (17.12.1923). S. 2–7; Garvi, Pëtr: Oppozicija nakanune parts'ezda. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 13 (12.07.1930). S. 3–7.

**140** Dalin, David: Puti diktatury. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 14 (25.07.1925). S. 3–8. Vgl. auch: Dvinov, Boris: Monarchičeskij „sovetizm“. In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 8 (23.04.1927). S. 7–9.



derungen, so die Überzeugung Martovs, könnten nur aus dem Land selbst heraus entstehen und dürften nicht von außen herbeigeführt werden.<sup>141</sup>

Neben den politischen wurden auch die wirtschaftspolitischen Entwicklungen der Sowjetunion kritisch begleitet. Generell lassen diese sich für die Sowjetunion<sup>142</sup> im Zeitraum bis 1933 in drei Phasen unterteilen: Nach der Oktoberrevolution gab es zunächst eine Phase des sogenannten Kriegskommunismus, in der die gesamte Wirtschaft verstaatlicht und auf die kriegerische Weiterverbreitung des Kommunismus ausgerichtet war. Diese Phase wurde 1921 durch die *Neue Ökonomische Politik* (NEP) abgelöst, die einen bestimmten Grad von wirtschaftlicher Liberalisierung für landwirtschaftliche und industrielle Betriebe vorsah. Mit der Festigung von Stalins Macht begann ab 1926 eine erneute Kollektivierungspolitik, welche die Industrialisierung im Land beschleunigen sollte. Die ExilantInnen bewerteten die drei wirtschaftspolitischen Phasen unterschiedlich. Vor allen Dingen wiesen sie dabei auch auf die sozialpolitischen Folgen für die Bevölkerung hin. Besonders die Einführung der NEP, betrachteten sie als einen verhältnismäßig positiven Schritt. Sie beschuldigten die Bol'sheviki gar, damit weitestgehend die wirtschaftspolitischen Forderungen der SDAPR aus dem Jahr 1919 kopiert zu haben.<sup>143</sup> Dagegen bestand eine äußerst kritische Haltung zur darauffolgenden zentral gelenkten Kollektivierungspolitik, in der Zwangsverstaatlichungen stattfanden und durch Fünf-Jahrespläne wirtschaftliche Zielsetzungen vorgegeben wurden.<sup>144</sup> Für die russländischen SozialdemokratInnen war dies eine wirtschaftspolitische Rückkehr zum ebenfalls stark kritisierten Kriegskommunismus, der neben dem Bürgerkrieg mitverantwortlich für Hungersnöte und eine drastische Verarmung der Bevölkerung gewesen war. Fëdor Dan beschrieb diese erneute wirtschaftspolitische Umkehr binnen weniger Jahre als eine politische Abkehr des Machtapparates sowohl von der Bauern- als auch von der ArbeiterInnenschaft. Für ihn war diese wirtschaftspolitische Entscheidung ein

---

**141** Vgl. Martov, Julij: Dialektika diktatury. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 3 (03.02.1922). S. 3–7; Martov, Julij: Pjataja godovščina revoljuzii. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 5 (05.03.1922). S. 1–3; Martov, Julij: K voprodu o sadašax partii. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 7 (03.04.1922). S. 6–8.

**142** Vgl. für die wirtschaftliche Periodisierung der sowjetischen Geschichte Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 105–423.

**143** Vgl. Martov, Julij: Lenin protiv kommunizma. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 10 (19.06.1921). S. 1–5; Martov/Dan, Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie, S. 319. Zu bestehender Kritik der SDAPR an der konkreten Umsetzung der NEP vgl. Schöler, „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“, S. 634–664.

**144** Vgl. beispielsweise Jugov, Aron: Osnovnye problemy sovetskogo narodnogo chozjajstva (okončanje). In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 24 (21.12.1927). S. 7–10; Dan, Fëdor: Političeskie perspektivy stalinskogo kursa. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 21 (07.11.1929). S. 2–4; Jugov, Aron: Likvidacija krest'janstva. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 2 (25.01.1930). S. 7–12.

zentraler Grund dafür, dass politische Machterhaltung nur durch noch stärkeren Terror gegen große Teile der Bevölkerung und innerhalb des eigenen politischen Apparats möglich gewesen sei.<sup>145</sup>

Einen etwas anderen Blick als die SozialdemokratInnen hatte der linke Sozialrevolutionär Isaak Štejnberg auf die Entwicklungen in der Sowjetunion. Dies resultierte sowohl aus seiner parteipolitischen Zugehörigkeit aber auch aus seiner aktiven politischen Involvierung in die sowjetische Politik der ersten Monate nach der Oktoberrevolution. In einem Artikel anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Oktoberrevolution äußerte er ein vorläufiges, sehr geteiltes Resümee über die Entwicklungen im Land. Er unterschied dabei zwischen einer positiv verlaufenden revolutionären Phase zwischen Oktober 1917 und Juli 1918, in der die von ihm mitgestaltete Koalition zwischen linken SozialrevolutionärInnen und Bol'sheviki die Interessen der Bauernschaft, SoldatInnen und ArbeiterInnen in der Regierung vereint habe, und einer darauffolgenden und weiterhin fortwährenden negativen Phase, die den „vollen Triumph der rein-bolschewistischen (kommunistischen) Linie“<sup>146</sup> erbrachte. Dieser Blickwinkel auf eine geglückte Anfangszeit der bolschewistischen Herrschaft unterschied seine Perspektive von der der russländischen SozialdemokratInnen. Rafail Abramovič schilderte als Auslandskorrespondent des *Forverts* in einem fast zeitgleich geschriebenen Artikel eine gänzlich andere Entwicklung:

10 Jahre bolschewistische Herrschaft und bolschewistischer Triumph sind auch 10 Jahre geistiger Kampf zwischen Sozialismus und Kommunismus. 10 Jahre unaufhörliche Kritik, die wir, russische Sozialdemokraten, gegen die bolschewistische Partei und jene Taktik, mit der sie das sozialistische Ideal in Russland verwirklichen wollen, anführen.<sup>147</sup>

Er schlussfolgerte, dass die agrarisch geprägte Wirtschaft im Land eine Revolution der ArbeiterInnenschaft noch nicht zulassen würde und dies der zwangsläufige Grund für den Sieg einer bäuerlichen Revolution gewesen sei. Erst mit der Einführung demokratischer Institutionen, die zuerst zu einer liberal-bürgerlichen Revolution führen würde, und einer dazu parallel stattfindenden Industrialisierung des Landes könnten die notwendigen Voraussetzungen für eine sozialisti-

**145** Vgl. Dan, Fëdor: *Političeskie perspektivy stalinskogo kursa*. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 21 (07.11.1929). S. 2–4; Dan, Fëdor: *Dve linii*. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 22 (21.11.1929). S. 7–10; Dan, Fëdor: *Vne zakona ...* In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 24 (21.12.1929). S. 3–5.

**146** Štejnberg, Isaak: *Tsen ior. Fun der oktober-revolutsie*. In: *Fraye shriftn. Farn yidishn sotsialistishn gedank*. November 1927.

**147** Abramovič, Rafail: *Der sakh hakla fun di tsehn iohr bolshevistische revolutsie*. In: *Forverts*. Philadelphia Edition, Vol. 30 (1927), Nr. 10.949 (07.11.1927). S. 5.

sche Revolution geschaffen werden.<sup>148</sup> Auffällig ist, dass Abramovič in seinem Artikel die anfängliche Regierungsbeteiligung der PLSR nicht erwähnte. Scheinbar erschien sie ihm irrelevant. Für seine negative Einschätzung der Entwicklungen in der Sowjetunion schien Abramovič Anfang der 1930er in unterschiedlicher Form Bestätigung zu finden. So bemerkte er 1932: „In den [sowjetischen] Dörfern fehlt Brot. In der [sowjetischen] Stadt ist es ein wenig besser, aber die städtische Bevölkerung ist auch nicht satt.“<sup>149</sup>

Štejnbergs und Abramovičs Einschätzungen stehen beispielhaft für die in der jiddischsprachigen Presse stattfindenden Diskussionen über die politischen Geschehnisse in der Sowjetunion. Innerhalb der jiddischsprachigen Presse unterschied sich die Bedeutung der Berichterstattung über Osteuropa stark von der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Nicht nur, dass sich der Informationsfluss aus der Sowjetunion heraus schwieriger gestaltete; auch hatte es sich bei Berichten über das Russländische Reich immer um eine Darstellung der politischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Situation der quantitativ größten Judenheit weltweit gehandelt. Durch Migration und die veränderte politische Nachkriegsordnung änderte sich dies eklatant. Mitte der 1920er Jahre befand Vladimir Kosovski, dass es nun mit der Sowjetunion, Polen und den USA drei quantitativ fast gleichgroße jüdische Zentren gäbe, wodurch die Entwicklungen in den jeweiligen Ländern immer nur einen Teil der zeitgenössischen Judenheiten beträfen.<sup>150</sup> Neben den von Kosovski benannten drei jüdischen Zentren sollte das Mandatsgebiet Palästina als ein viertes Zentrum betrachtet werden. Es hatte zwar eine geringe quantitative Bedeutung, war für die zionistische Bewegung aber bereits in den 1920er Jahren ideologisch so bedeutungsvoll, dass über die dortigen Entwicklungen auch im jiddischsprachigen Handlungsraum wiederholt debattiert wurde.<sup>151</sup>

Dass das Leben in den unterschiedlichen jüdischen Zentren auch mit unterschiedlichen Perspektiven auf zeitgenössische Debatten einherging, zeigt eine

---

**148** Vgl. Abramovič, Rafail: Der sakh hakla fun di tsehn iohr bolshevistische revolutsie. In: Forverts. Philadelphia Edition, Vol. 30 (1927), Nr. 10.949 (07.11.1927). S. 5.

**149** Abramovitsh, Rafail: Farvos iz nito kayn breyt in rusland? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 36 (1932), Nr. 12.676 (07.08.1931). S. 10.

**150** Vgl. Kosovski, Vladimir: Di yidishe kolonizatsie in sovet-rusland. An entfer R. Abramovitsh. In: Di tsukunft. Vol. 11 (1926), Nr. 3. Ähnlich argumentierte auch Dovid Bergelson. Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2 in dieser Arbeit.

**151** Vgl. hierzu bspw. Büro des jüdischen sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion: Unzer zamelbukh. In: Büro des jüdischen sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (Hrsg.): Unzer gedank. Berlin 1920. S. 1f. Über die 1929 im Mandatsgebiet Palästina stattfindenden Pogrome wurde auch in der russischsprachigen Exilpresse berichtet. Vgl. hierzu bspw. Abramovič, Rafail: Palestinskie sobytija i sionizm. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 16/17 (11.09.1929). S. 16 – 18.

besondere Art der politischen Auseinandersetzung, die zu Beginn der 1930er Jahre zwischen in Berlin lebenden BundistInnen mit VertreterInnen der *Bund*-Partei in Polen stattfand. Unter dem Titel *Undzer gedank* publizierte der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* zwei Zeitschriftenausgaben, die im Selbstverständnis der HerausgeberInnen über die „sozialen und nationalen Probleme der jüdischen Massen in der Sowjetunion“<sup>152</sup> informierten. Die Herausgabe des Journals erfüllte sowohl eine inhaltliche als auch eine organisationsstrategische Aufgabe. Die russländischen SozialdemokratInnen hofften damit darauf, dass sie eine Erweiterung ihrer LeserInnenschaft erreichen und mit dem Journal Jüdinnen und Juden in Polen, Lettland und den USA ansprechen würden.<sup>153</sup> Inhaltlich wurde hierin hauptsächlich der strategische Umgang mit der Sowjetunion debattiert. Dabei lehnten die Berliner BundistInnen Kooperationsbestrebungen mit den Bol’sheviki vollständig ab und stellten sich damit in Opposition zu politischen Kräften, die innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraums für eine politische und wirtschaftliche Annäherung an die Sowjetunion plädierten.<sup>154</sup>

Während die sowjetische Presse die Publikationen scheinbar nicht beachtete, führten sie zu heftiger Kritik in Teilen des polnischen *Bund*. Vladimir Kosovski, der zu dieser Zeit bereits in Warschau lebte und dort Mitglied des Zentralkomitees des *Bund* war, formulierte eine vernichtende Kritik über die erste Ausgabe des Journals. Genau wie der *Socialističeskij vestnik* sei *Undzer gedank* ein „Kampforgan, das einen Kampf gegen die Sowjet-Macht führt. [...] Der ‚vestnik‘ schildert das Leben in der Sowjetunion einseitig und negativ. Und genauso einseitig ist ‚Undzer gedank‘.“<sup>155</sup> Kosovskis Kritik deckte sich mit einer unter polnischen BundistInnen verbreiteten Positionierung. Als Partei in einem direkten Nachbarstaat zur Sowjetunion traten zahlreiche polnische BundistInnen für eine engere Kooperation mit der Sowjetunion ein. Unterstützung für ihre Positionierung bekamen die Berliner BundistInnen dagegen aus den USA. Abraham Cahan, Herausgeber des *Forverts*, rezensierte das Journal in positiver Weise. Für ihn war es zwar ebenfalls

---

152 Zitiert nach: Kosovski, Vladimir: A krumer shpigl. In: NF, Vol. 6 (1931), Nr. 207 (07.08.1931). S. 4 und S. 9.

153 Vgl. N. N.: Vnimaniju bundovcev. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 2 (24.01.1931). S. 16. Für die Zeitschrift wurde auch im SV geworben. Vgl. Werbung für die zweite Ausgabe der Zeitschrift in: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 8 (25.04.1931). S. 16.

154 Eine größere Gruppe von BundistInnen, die für eine Annäherung an die Sowjetunion eintrat, existierte in der Zweiten Polnischen Republik. Für einen differenzierten Blick auf die „innerparteiliche horizontale Trennlinie“ (Pickhan, „Gegen den Strom“, S. 148) zwischen der gemäßigten Parteimehrheit (Eynser) und der davon links stehenden Minderheit (Tsveyer) innerhalb des polnischen *Bund* vgl. Pickhan, „Gegen den Strom“, S. 148 – 157.

155 Kosovski, Vladimir: A krumer shpigl. In: NF, Vol. 6 (1931), Nr. 207 (07.08.1931). S. 4 und S. 9. Hier S. 9.

offensichtlich, dass die RedakteurInnen scharfe inhaltliche Kritik an der Sowjetunion und der politischen Ausrichtung des polnischen *Bund* in Bezug auf die Sowjetunion übten. Dies empfand Cahan jedoch als legitim, vor allen Dingen da die AutorInnen dabei persönlich respektvoll miteinander umgingen.<sup>156</sup>

Mit der Publikation des Journals verfolgten die sozialdemokratischen BundistInnen nicht nur das Ziel der Erweiterung ihrer LeserInnenschaft. Sie strebten innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenbewegung auch eine Anerkennung als Parteigruppierung an.

Wir sind und wollen nur eine Zeitschrift über und für Russland sein, ein literarischer Ausdruck der politischen und geistigen Aktivität jenes Teils der jüdischen ArbeiterInnen in der Sowjetunion, die der alten sozialdemokratischen Fahne des Bund treu geblieben sind. Darüber hinaus verlangen wir [...], dass die anderen sozialistischen Parteien, unabhängig davon, ob sie mit uns in Allem übereinstimmen oder nicht, uns wie ein Organ einer anderen Bruder-Partei behandeln.<sup>157</sup>

Die Redaktionsnotiz lässt erahnen, in welcher schwieriger Lage sich jüdische SozialistInnen, die sich der Sowjetunion zugehörig fühlten, knapp 15 Jahre nach der Oktoberrevolution und zehn Jahre nach dem Verbot des *Bund* in ihrer Heimat befanden. Der Verlust der territorialen Heimat ging einher mit dem Verlust einer politischen Heimat, die über eine Exilpartei von wenigen Einzelpersonen hinausging. Damit unterschied sich ihre Parteigeschichte und ihr politischer Weg in den 1920er/30er Jahren fundamental von den Erfahrungen polnischer BundistInnen.

#### 4.2.2 Der Kampf um Aufmerksamkeit für politische Gefangene in der Sowjetunion

Für die in Berlin ansässigen Auslandsvertretungen war es von herausragender Bedeutung, Aufmerksamkeit auf die Verfolgung und Gefangennahme von sozialistischen PolitikerInnen in der Sowjetunion zu richten. Diesbezügliche Aufrufe wurden primär in deutscher und russischer Sprache publiziert, wodurch sowohl die in Europa verstreute Exilgemeinde als auch die deutschsprachige ArbeiterInnenschaft sowie die EntscheidungsträgerInnen innerhalb der SAI angesprochen wurden.

---

<sup>156</sup> Vgl. Cahan: A zshurnal fun der oyslendisher delegatsie fun „Bund“ in soviet rusland. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 35 (1931), Nr. 12.368 (04.10.1931). S. 5 (Section Two).

<sup>157</sup> N. N.: Notitsn fun der redaktsie. In: Undzer gedank. Organ fun der oyslendisher delegatsie fun „Bund“ in ratn-farband. S. 84–91. Hier S. 86.

Bereits Ende 1921 veröffentlichte der *Sotsialističeskij vestnik* einen Spendenaufruf zur Unterstützung politischer Gefangener in Sowjetrußland. Als Ergebnis dieser Aktion konnten 15.000 Deutsche Mark nach Sowjetrußland transferiert werden, mit denen die schlechte Verpflegungssituation der „mehr als tausend“<sup>158</sup> gefangenen SozialistInnen im Land verbessert werden sollte. In dem Aufruf wurde die Gefangenensituation als weitaus schlimmer als vor der Revolution beschrieben.<sup>159</sup> Dass das sowjetische Regime tatsächlich für sozialistische PolitikerInnen gefährlich war, lässt sich beispielhaft anhand der Exilantin Eva Broido aufzeigen: Erst wenige Monate zuvor illegal in die Sowjetunion zurückgekehrt wurde Broido dort im Sommer 1928 verhaftet und in die Verbannung geschickt.<sup>160</sup> Broido war mit einem Parteauftrag zurück nach Osteuropa gegangen; zuvor hatte sie in Berlin als Sekretärin und Schatzmeisterin des *Sotsialističeskij vestnik* gearbeitet. Aufgrund dieser herausragenden Stellung innerhalb der sozialdemokratischen Exilgruppe verfügte sie über persönliche Kontakte zu zahlreichen ExilantInnen.<sup>161</sup> Ihre Verhaftung wurde im Berliner Exilraum mit besonderer Aufregung begleitet, denn obwohl bereits in den Jahren zuvor Berichte von zahlreichen verhafteten GenossInnen und FreundInnen ins Ausland drangen, zeigte dieser Fall noch einmal deutlich, dass für politische ExilantInnen eine freie Rückkehr in die Sowjetunion unmöglich erschien. Die Solidaritätsbekundungen für Broido gingen jedoch auch über die sozialistische Exilgruppe hinaus. So solidarisierte sich beispielsweise 1930 der Berliner Bezirksfrauentag der SPD mit Eva Broido und trat für ihre Freilassung ein.<sup>162</sup>

Den russländischen ExilantInnen gelang es 1925 mit einer Solidaritätskampagne für politische Gefangene auf den Soloveckie-Inseln<sup>163</sup>, diesen Ort innerhalb der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung zu einem Synonym politischer Ver-

---

158 N. N.: K čitatel'jam „Vestnika“. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 18 (15.10.1921). S. 16.

159 Vgl. N. N.: K čitatel'jam „Vestnika“. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 18 (15.10.1921). S. 16.

160 Vgl. N. N.: Arest Evy Brojdo. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 14 (23.07.1928). S. 16.

161 Für ihre Funktionen vgl. Dalin, David: Iz vospominanij. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 6 (04.04.1925). S. 22f.

162 Vgl. N. N.: Berliner Bezirksfrauentag. Ein schöner Anfang der Werbewochen. In: Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts, Vol. 47 (1930), Nr. 231 (19.05.1930). S. 8. Vgl. ebenfalls N. N.: Iz Partii. Privetstvje tov. E. Brojdo. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 12 (26.06.1930). S. 14. Nach Jürgen Zarusky veranstaltete die SPD ebenfalls um den Jahreswechsel 1927/28 in verschiedenen Städten der Weimarer Republik Solidaritätsveranstaltungen, bei denen SDAPR-PolitikerInnen auf die Verfolgung von SozialistInnen in der Sowjetunion aufmerksam machten. Zeitlich können diese aber nicht mit der Festnahme Broidos zusammenhängen. Vgl. Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 232.

163 Es handelt sich hierbei um sechs Inseln im Weißen Meer, im Nordosten der Sowjetunion. Sie werden auch als Solowki-Inseln bezeichnet.

folgung der sozialistischen Bewegung durch die Bol'seviki zu etablieren. Die Besonderheit der Inseln, die auf Deutsch auch einfach Teufelsinseln genannt wurden, war, dass dort nicht nur die berüchtigten schlechten Haftbedingungen existierten, sondern die Gefangenen darüber hinaus mit extrem harten klimatischen Bedingungen zu kämpfen hatten. Ein gewöhnlicher Zugang vom Festland zu den Inseln im Nordwesten der Sowjetunion war ausschließlich in den Sommermonaten möglich.<sup>164</sup>

Im März 1924 verfassten die SDAPR, der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion*, die SR und die PLSR einen gemeinsamen Aufruf, in dem sie auf sechs politische Gefangene verwiesen, die auf den Inseln bereits am 19. Dezember 1923 ermordet worden waren. Eine Untersuchung dieser Geschehnisse, geschweige denn eine Debatte über die wahllose Tötung der Gefangenen, hatte in den Wintermonaten aufgrund der Abgeschiedenheit der Inseln nicht stattfinden können.<sup>165</sup> Allerdings veranlasste die in den Wintermonaten erlebte Willkür die politischen Gefangenen dazu, im darauffolgenden Frühling die Ereignisse publik zu machen und eine Verlegung in andere Lager zu fordern. Die ungefähr 400 auf den Inseln inhaftierten AnarchistInnen, SozialrevolutionärInnen und SozialistInnen bemühten sich dabei um internationale Aufmerksamkeit und untermauerten ihre Forderungen durch einen Hungerstreik.

Von Berlin aus wurde Fëdor Dan zu einem wichtigen Fürsprecher der Kampagne. Der Vorsitzende der SDAPR informierte westeuropäische PolitikerInnen über die Lebensbedingungen und Forderungen der Gefangenen. Ende September 1924 vermeldete der *Vorwärts* auf Grundlage seiner Informationen:

Der Hungerstreik, der auf den Teufelsinseln internierten politischen Gefangenen ist das letzte verzweifelte Mittel, um die Aufmerksamkeit der Kulturwelt auf die unerträglichen Zustände in dem Kerker zu lenken. Wenn nicht sofort Abhilfe kommt, kann für die Gefangenen das Schlimmste erwartet werden.<sup>166</sup>

---

**164** Diesbezüglich schrieb Fëdor Dan an die SAI: „In two months time the Solowetzki Islands will again be out off from the main land for a long eight months.“ Brief von Fëdor Dan an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, o. D. (wahrscheinlich Sommer/Herbst 1923). Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595.

**165** SDAPR/PLSR u. a.: K sotsialističeskim partijam i rabočim organizatsijam. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 6 (24.03.1924). S. 14.

**166** N. N.: Die Verzweiflung der Gemarterten. Hungerstreik auf den Solowetzki-Inseln. In: *Vorwärts*. Morgen-Ausgabe. Vol. 41 (1924), Nr. 456 (27.09.1924). S. 3. Die Situation auf den Soloveckie-Inseln wurde im September 1924 auch in anderen sozialistischen Zeitungen besprochen und die Forderungen vom sozialistischen Politiker Paul Faure ins französische sowie von Kurt Rosenfeld ins deutsche Parlament eingebracht. Vgl. hierzu Brief von Rafail Abramovič an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom 10.10.1924. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595.

Den ExilantInnen gelang es, dem Thema innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung eine erhöhte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Allerdings erschienen westeuropäischen SozialistInnen die Informationen zuerst spärlich und widersprüchlich, was auch damit zusammenhing, dass die sowjetische Regierung gegenüber britischen PolitikerInnen den angesprochenen Vorfall gänzlich bestritt. Als die ILP im Oktober 1924 Falschmeldungen der sowjetischen Regierung verbreitete, sah sich die SDAPR in einem Schreiben an das Sekretariat der SAI dazu veranlasst, Nachrichten von ihren in der Sowjetunion lebenden InformantInnen in Auszügen im Original zu veröffentlichen. Für gewöhnlich wurden diese zurückgehalten, da die Gefahr bestand, dass die Publikation der Originalquellen die InformantInnen gefährden könnte.

Der Kontakt zwischen Gefangenen und ExilantInnen brach mit Ausbruch des Hungerstreiks ab, weswegen es für Dan und seine MitstreiterInnen unmöglich wurde, der SAI zeitnah weitere Informationen über die Situation vor Ort zur Verfügung zu stellen. Um auch ohne ins Ausland illegal transportierte Kassiber an authentische Informationen zu gelangen, forderte Abramovič nun nachdrücklich das SAI-Exekutivkomitee dazu auf, „eine spezielle Abordnung oder einen speziellen Delegierten nach Solovki zu entsenden, der dort unsere Genossen sprechen kann und die ganze Lage an Ort und Stelle untersuchen koennt“<sup>167</sup>. Diese Forderung nahmen das Sekretariat der SAI und die VertreterInnen der sozialistischen Parteien in Großbritannien, die aufgrund ihrer engen Beziehung zur Sowjetunion direkt adressiert wurden, äußerst zurückhaltend auf – für die VertreterInnen der SDAPR eine ungewohnte und schwer zu ertragende Situation, da sie ihre Glaubwürdigkeit von befreundeten SozialistInnen infrage gestellt sahen.<sup>168</sup> Erst als sie in den Äußerungen der sowjetischen VertreterInnen Widersprüche nachweisen konnten, erhielten die Stimmen der ExilantInnen stärkeres Gewicht und der Druck aus den Reihen der SAI auf die sowjetische Regierung wuchs.

In Berlin bildete sich nun ein *Komitee zum Schutz der in Rußland verhafteten Revolutionäre*. Das Komitee stand in Kontakt zu Isaak Štejnberg als Vertreter der

---

**167** Brief von Rafail Abramovič an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom 10.10.1924. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595. In einem darauffolgenden Brief vom 11.10.1924 (eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595) schlug Abramovič namentlich Fridjof Nansen als möglichen Delegierten vor, der auf die Soloveckie-Inseln reisen könne.

**168** Vgl. Brief von Rafail Abramovič an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom 10.10.1924. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595. Besonders das Zweifeln Friedrich Adlers, der mit den SDAPR-PolitikerInnen durch eine „langjaehrige Freundschaft“ (Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 11.10.1924. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595) verbunden war, traf die in Berlin lebenden Menševiki sehr.



PLSR und Alexander Berkman als Vertreter des *Moskauer Komitees zum Schutze der Anarchisten*.<sup>169</sup> Es versuchte in einem Bulletin rückwirkend Geschehnisse auf den Soloveckie-Inseln vom Herbst 1924 nachzuzeichnen:

Der zweite Hungerstreik dauerte vom 3.–17. Oktober. Es nahmen an ihm die Sozialisten-Revolutionäre und Anarchisten teil (die Menschewiki nahmen nicht teil). [...] Die Gefängnisverwaltung, die diese langsame Selbsttötung der Revolutionäre provoziert [sic!] hat, wollte keine Konzessionen machen. Es gelang jedoch zu erwirken, daß – bis auf eine Antwort aus Moskau kommt – die Solowkiverwaltung die Gefangenen nicht als kriminelle Verbrecher, sondern als politische betrachtet.<sup>170</sup>

Bereits Ende Oktober 1924 vermeldete Abramovič, dass es mit „dem Verzweigungsakt der Gefangenen, gestützt auf die Unterstützung der europäischen Sozialisten, gelungen ist, einen teilweisen Sieg davonzutragen“<sup>171</sup>. Zwar sei die „Schreckensinsel“<sup>172</sup> nicht abgeschafft, die Situation der Gefangenen hätte sich aber zumindest temporär verbessert. Sowohl die SDAPR als auch das Komitee gelangten nun wieder an zuverlässige Informationen von den Gefangenen. Beide riefen die internationale ArbeiterInnenbewegung zu einer Fortführung der solidarischen Unterstützung für den Kampf der Gefangenen auf:

Indem jeder ehrliche Revolutionär für die Amnestie, für die Opfer des bürgerlichen Terrors in seinem eigenen Lande kämpft, muß er mit uns zusammen auch dafür kämpfen, daß das Terrorregime gegenüber den Sozialisten und Anarchisten in Rußland und zuvorderst die Solowki liquidiert werden!<sup>173</sup>

Die Soloveckie-Inseln wurden innerhalb der sozialistischen Bewegung zum Inbegriff willkürlicher politischer Inhaftierung in der Sowjetunion. Allgemein führte die Verbreitung der Informationen zur Situation auf den Inseln zu einer erhöhten

---

**169** Für das Komitee selbst unterzeichneten Fritz Kater als Ansprechperson und M. Mratschny als Sekretär. Vgl. Bulletin des Vereinigten Komitees zum Schutze der in Rußland verhafteten Revolutionäre. Nr. 10, Januar (1925). Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595.

**170** N. N.: Zweiwöchentlicher Hungerstreik der Sozialisten und Anarchisten in den Solowetzki-Inseln. In: Bulletin des Vereinigten Komitees zum Schutze der in Rußland verhafteten Revolutionäre. Nr. 10, Januar [1925]. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595.

**171** Brief von Rafail Abramovič an das Sekretariat der SAI vom 27.10.1924. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595. Hervorhebung im Original.

**172** Brief von Rafail Abramovič an das Sekretariat der SAI vom 27.10.1924. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595.

**173** Brief von Rafail Abramovič an das Sekretariat der SAI vom 27.10.1924. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 2595.

Aufmerksamkeit auf die schrecklichen Haftbedingungen sowie die Verfolgung und Ermordung sozialistischer Gefangener durch die Bol'seviki. Fast vollständig setzte sich nun innerhalb der SAI die kritische Einschätzung über die diesbezügliche Situation durch. Mit Rafail Abramovič, dem Sozialrevolutionär Vasilij Suchomlin und dem georgischen Sozialdemokraten Iraklij Cereteli wurden drei aus Osteuropa stammende Sozialisten damit beauftragt, eine Publikation über den „Terror gegen die Sozialisten in Sowjetrußland zu schreiben“<sup>174</sup>. Frustriert und schockiert stellten die Autoren in ihrer Publikation fest:

Das Terrorsystem, das in Rußland herrscht, ist einzig in seiner Art; eine ähnliche Erscheinung weist weder die Geschichte Westeuropas noch sogar die des vorrevolutionären Rußlands auf. [...]

Alle sozialistischen Parteien ohne Ausnahme (Sozialdemokraten oder – wie sie in der Regel genannt werden – „Menschewisten“, Sozialrevolutionäre, linke Sozialrevolutionäre, Maximalisten, Anarchisten, national-sozialistische Parteien verschiedener Völker: ukrainische, jüdische, armenische, georgische usw.) waren gezwungen, sich illegal „unterirdisch“ zu organisieren, sie mußten in ihrer Arbeit zu den alten Methoden der Konspiration, aber nunmehr in zehnfach verschärfter Form [...] zurückgreifen.<sup>175</sup>

Am 12. September 1927 tagte erstmals eine von der SAI eingesetzte 20-köpfige Kommission zur Untersuchung der Lage politischer Gefangener, die sich zu Beginn ihres Bestehens intensiv mit der Situation in der Sowjetunion beschäftigte. In der Kommission befanden sich keine VertreterInnen russländischer Exilparteien; jedoch griffen die Kommissionsmitglieder auf die zuverlässige und intensive Informationspolitik der sozialistischen ExilantInnen zurück.<sup>176</sup> Aber auch unabhängig von der Kommission versuchten die sozialistischen ExilantInnen das Thema fortwährend auf der Tagesordnung zu halten. So lenkte die Auslandsvertretung der *Zionistischen Sozialistischen Partei der Sowjetunion* auf dem vierten Kongress der SAI in Wien erneut den Blick auf politische Gefangene in der Sowjetunion. In einem Memorandum beschrieben ihre ParteivertreterInnen die Situation im Land als eine „Atmosphäre der vernichteten gesellschaftlichen und politischen Freiheit“<sup>177</sup>. Die Partei, die zu diesem Zeitpunkt ihr Hauptbüro bereits von Berlin nach Tel-Aviv verlegt hatte, verkündete ferner:

---

174 Abramowitsch/Suchomlin/Zeretelli, *Der Terror gegen die sozialistischen Parteien*, S. 5.

175 Abramowitsch/Suchomlin/Zeretelli, *Der Terror gegen die sozialistischen Parteien*, S. 7 und S. 14.

176 Vgl. Tätigkeitsbericht der Kommissionsarbeit von Mitte September 1927 bis Mitte Februar 1928 vom 23.02.1928. Eingesehen in: IISH, *Labour and Socialist International Archives*, Nr. 834.

177 Memorandum der Auslandsvertretung der Zionistisch-Sozialistischen Partei der UdSSR an den vierten Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Wien vom 12.07.1931. Eingesehen in: IISH, *Labour and Socialist International Archives*, Nr. 174.

Seit nunmehr über zehn Jahren, seitdem die kommunistische Parteidiktatur mit den systematischen Verfolgungen der gesamten sozialistischen Bewegung in U.S.S.S.R. begonnen hat, steht unsere Partei unter Terror. [...] Dieser Terror [...] bezweckt nicht weniger als die entgültige Ausrottung jeder Bewegung und ihre Methoden bedrohen mit physischer Vernichtung auch jeden Einzelnen, der nur in den Verdacht der Zugehörigkeit zur sozialistischen bzw. zionistisch-sozialistischen Bewegung gerät.<sup>178</sup>

In dem Memorandum wurden die Mitgliedsparteien der SAI dazu aufgefordert, sich dieser systematischen politischen Unterdrückung in Form von Solidaritätsbekundungen entgegenzustellen – eine Strategie, die sich während der Debatte um die Soloveckie-Inseln zu Beginn der 1920er Jahre nachweislich als erfolgreich erwiesen hatte und an welche die zionistisch-sozialistische Partei nun erneut erinnerte:

Nachdem es bereits einmal gelungen war, durch den organisierten Druck der Internationalen Arbeiterbewegung die G.P.U. zu veranlassen, keine politischen Gefangenen mehr auf die Solowki Inseln zu verschicken, und sogar die dort befindlichen anderweitig unterzubringen – bekanntlich waren auf den Solowki-Inseln im Dezember 1923 Sozialisten erschlagen worden, – werden seit einiger Zeit wiederum viele Sozialisten in das dortige Konzentrationslager verschleppt.<sup>179</sup>

In diesem Fall führte der mediale und moralische Druck gegenüber der Sowjetunion aber nicht zu Teilerfolgen, wie es einige Jahre zuvor noch gelungen war.

Die Beziehungen zwischen kommunistischer und sozialistischer Bewegung hatten sich mit der ab 1928 von kommunistischer Seite propagierten „Sozialfaschismusthese“ weiter verschlechtert, was auch erbitterte Kämpfe zwischen den beiden Bewegungen in den westeuropäischen Nationalstaaten nach sich zog. In Moskau wurde diese politische GegnerInnenschaft im Frühjahr 1931 in einem Schauprozess öffentlich ausgetragen. Am 22. Februar 1931 wurde die SAI darüber informiert, dass ein Prozess gegen „das ‚Büro des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei‘ stattfinden werde“<sup>180</sup>. Anfang März wurden 14 Personen angeklagt, die angeblich der sozialdemokratischen Partei angehörten und laut Anklageschrift im Einverständnis mit der SDAPR-Auslandsvertretung

---

**178** Memorandum der Auslandsvertretung der Zionistisch-Sozialistischen Partei der UdSSR an den vierten Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Wien vom 12.07.1931. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 174.

**179** Memorandum der Auslandsvertretung der Zionistisch-Sozialistischen Partei der UdSSR an den vierten Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Wien vom 12.07.1931. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 174.

**180** Abramowitsch/Adler/Blum/Vandervelde, Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale, S. 19.

einen Umsturz in der Sowjetunion geplant hätten. Die fabrizierte Anklage basierte – wie in der Sowjetunion üblich – ausschließlich auf der Anklageschrift und mündlichen ZeugInnenaussagen; es gab keine angeführten schriftlichen Beweisstücke. In der Anklage war zu lesen, dass die Auslandsvertretung der SDAPR im Sommer 1928 mit Rafail Abramovič einen Mittelsmann nach Moskau gesandt habe, der für die Umsturzpläne vier Millionen Franken in das Land geschmuggelt hätte. Den Großteil des Geldes hätte er von der SPD erhalten.<sup>181</sup>

Mitglieder der SDAPR-Auslandsvertretung widersprachen in eidesstaatlichen Erklärungen der gesamten Anklageschrift.<sup>182</sup> Wichtigster Beweis war dabei der detaillierte Nachweis, dass die in der Anklageschrift angeführte Reise von Abramovič nach Moskau nicht stattgefunden haben konnte. Minutiös wies Abramovič durch Fotos und eidesstaatliche Erklärungen von Bekannten nach, dass er sich im angegebenen Zeitraum zuerst zur Erholung in Plauen am See und später auf einem SAI-Kongress in Brüssel aufgehalten hatte. Tatsächlich hatte er die Sowjetunion seit 1920 nicht mehr betreten.<sup>183</sup> Anders als während der Debatte um die Soloveckie-Inseln fielen die Reaktionen auf den Schauprozess vonseiten der sozialistischen Bewegung sofort sehr deutlich aus. Wichtige sozialistische Politiker aus der SAI widersprachen allen Anklagepunkten. Sie bezeugten, dass es vonseiten der SDAPR keine Umsturzpläne gegeben und kein Parteibüro in Moskau existiert habe, niemals Gelder für einen politischen Umsturz in die Sowjetunion transferiert worden seien und die in der Sowjetunion lebenden Angeklagten mit Ausnahme einer Person seit dem Verbot sozialistischer Parteien im Jahre 1921 zu diesen keinen Kontakt gehabt hätten.<sup>184</sup>

Diese Stellungnahmen mitsamt der drastischen Wortwahl verdeutlichen, welchen Tiefpunkt die Beziehungen zwischen sozialistischer und kommunisti-

---

**181** Für den Anklagetext vgl. Abramowitsch/Adler/Blum/Vandervelde, *Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale*, S. 34 f.

**182** Eidesstaatliche Erklärungen wurden von Rafail Abramovič, Fëdor Dan, Pëtr Garvi und Aron Jugov publiziert. Vgl. Abramowitsch/Adler/Blum/Vandervelde, *Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale*, S. 35–44.

**183** Vgl. Abramovič, Rafail: *Moja poezdka v Moskvu i „proces 14“*. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 5 (14.03.1931). S. 3–9.

**184** Einzige Ausnahme war der Angeklagte V. K. Ikov, der bis 1917/18 aktives SDAPR-Mitglied gewesen war und Mitte 1929 wieder in die Partei aufgenommen wurde. Vgl. ZD RSDRP: O V. K. Ikove. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 5 (14.03.1931). S. 15. Vgl. ebenfalls Abramovitsh, Rafail: *Ver saynen di 14 ongeklogte sotsialisten in dem letsten moskver protses, un vos iz mit zay geshehn?* In: *Forverts*. Boston Edition, Vol. 34 (1931), Nr. 12.179 (27.03.1931). S. 5 und S. 2; Erklärung der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) zum Fall Ikov. In: Abramowitsch/Adler/Blum/Vandervelde, *Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale*, S. 37 f.

scher Bewegung 1931 erreicht hatten und für wie gefährlich der Prozess von sozialistischer Seite eingeschätzt wurde. In einer von international bekannten SozialistInnen herausgegebenen Schrift verurteilte der Vorstand der SPD die gesamte Moskauer Anklageschrift als „unsinnige Lüge“<sup>185</sup>, die nur der Verleumdung „unserer russische[n] Bruderpartei“<sup>186</sup> diene. Friedrich Adler war davon überzeugt, dass die Sowjetunion mit der Anklage der gesamten SAI Schaden zufügen wolle.<sup>187</sup> Der französische Sozialist Léon Blum bescheinigte Stalin gar, dass dieser „nicht anders vor[gehe]“<sup>188</sup> als der faschistische Diktator Benito Mussolini. Durch einen Vergleich mit der politisch motivierten antisemitischen Gerichtsentscheidung der französischen Justiz in der Affäre Dreyfus<sup>189</sup> riefen Blum und Abramovič außerdem Bilder einer allseits bekannten Unrechtsjustiz hervor. Abramovič verwies dabei auf Parallelen in der Form der Prozessinszenierung:

Es ist ein charakterlicher Zug all der großen Prozesse, die von Krylenko seit Schachty inszeniert werden: in ihnen kommen KEINE Dokumente und materielle Beweisstücke vor. ALLES WIRD NUR DURCH „FREIWILLIGE GESTÄNDNISSE“ UND SELBSTBEZICHTIGUNGEN „REUMÜTIGER ANGEKLAGTER“ BEWIESEN, nichts durch Schriftstücke. Jede Tendenzjustiz hat eben ihre besonderen Methoden und Prinzipien, wie jede Banditenorganisation ihre eigenen „Arbeitsmethoden“ und „Bräuche“ hat. Im DREYFUS-PROZESS in Frankreich oder im AGRAM-PROZESS im alten Österreich wurde mit gefälschten Dokumenten gearbeitet. Der stalinistischen „Marxismus“ verschmäh solche Mätzchen, er arbeitet nur mit garantiert echten, „aufrichtigen Geständnissen“, die durch eine wunderbare, „prädestinierte Harmonie“ immer genau den letzten Richtlinien des „Politbüro“ der Kommunistischen Partei entsprechen.<sup>190</sup>

---

**185** Erklärung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Abramowitsch/Adler/Blum/Vandervelde, Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale, S. 38.

**186** Erklärung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Abramowitsch/Adler/Blum/Vandervelde, Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale, S. 38.

**187** Adler, Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale, S. 16.

**188** Blum, Der Moskauer Schandprozeß, S. 28.

**189** Für die Affäre um den französischen Offizier Alfred Dreyfus vgl. bspw. Conner, Tom: The Dreyfus Affair and the Rise of the French Public Intellectual. Jefferson, North Carolina 2014.

**190** Abramowitsch, Rafael. Meine Reise nach Moskau. In: Adler, Friedrich/Abramowitsch, R[afael]/Blum, Leon/Vandervelde, Emile (Hrsg.): Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. Hier S. 24. Hervorhebungen im Original. Vgl. ebenso Abramovič, Rafail: Moja poezdka v Moskvu i „proces 14“ und Abramovič, Rafail: Reč' T. Abramoviča. Beide in: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 5 (14.03.1931). S. 3–9 und S. 11 f. Ein Grund, warum auf den Dreyfus-Prozess Bezug genommen wurde, könnte auch darin liegen, dass der Prozess während dieser Zeit in Frankreich mit einem Theaterstück unter dem Titel „Affäre Dreyfus“ wieder in die gesellschaftliche Debatte gerückt wurde. Nach Protesten aus dem nationalistischen Lager mussten die

Blum sah das Urteil gar in einer direkten Kontinuität zum Dreyfus-Prozess: „Für dieses unverständliche, in sich widerspruchsvolle Urteil kennt man nur einen Präzedenzfall in der Geschichte, das Urteil von Rennes, das den Hauptmann Dreyfuß des Hochverrats schuldig erklärte und ihm mildernde Umstände zubilligte.“<sup>191</sup>

Durch einen beständigen Einsatz gelang es den VertreterInnen sozialistischer Exilparteien in den 1920er/30er Jahren, das Thema der politischen Gefangenen in der Sowjetunion auf der Tagesordnung der sozialistischen Bewegung zu halten. Dabei engagierten sie sich einerseits konkret für die Befreiung von politischen Gefangenen und lenkten andererseits die Aufmerksamkeit auf stattfindende Schauprozesse. Durch eine detaillierte und zuverlässige Informationspolitik erarbeiteten sie sich Vertrauen bei ihren westeuropäischen PartnerInnen und setzten damit durch Kampagnen und Memoranden der sowjetischen Propaganda etwas entgegen. Damit verblieb die Unrechtsjustiz durchgängig in der öffentlichen Wahrnehmung der sozialistischen ArbeiterInnenschaft, allerdings nahmen die praktischen Erfolge, welche durch die Kampagnen erzielt wurden, im Laufe der 1920er Jahre immer weiter ab.

#### **4.2.3 Reaktionen auf gewerkschaftliche und parteipolitische Delegationsreisen in die Sowjetunion**

Die Frage nach Sinn und Zweck der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Individual- und Delegationsreisen von WesteuropäerInnen in die Sowjetunion war eine Thematik, bei der sich besonders die Auslandsvertretung der SDAPR um Einfluss auf die Debatte innerhalb des deutschsprachigen Handlungsraums bemühte. Unter den russländischen SozialdemokratInnen herrschte ein ambivalentes Verhältnis zu diesen Reisen und der damit einhergehenden Berichterstattung. Grundsätzlich bewerteten sie es als positiv, dass sich Personen für die politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen in der Sowjetunion interessierten. Allerdings unterlag für sie die Wahrnehmung der Realitäten im Land bei der Mehrzahl der Reisenden einer großen Verzerrung. Diese wurde anschließend in Reiseberichten aufgenommen und zirkulierte in öffentlichen Debatten in Westeuropa. Die russländischen SozialistInnen führten die mangelhafte Wahrnehmung von Fakten unter den in die Sowjetunion reisenden WesteuropäerInnen

---

Aufführungen am Pariser Ambigu-Theater abgebrochen werden. Vgl. N. N.: Ambigu-Theater geschlossen. In: Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts, Vol. 48 (1931), Nr. 108 (05.03.1931). S. 3.

<sup>191</sup> Blum, Der Moskauer Schandprozess, S. 27.

auf drei Gründe zurück: ein fehlendes politisches, kulturelles und sprachliches Verständnis für das Land, eine fehlende sachliche Begleitung im Land sowie auf die sowjetische Propaganda im Ausland. Auf alle Aspekte versuchten SDAPR-PolitikerInnen aufmerksam zu machen. Darüber hinaus entwickelten sie auch eigene Vorschläge, unter welchen Bedingungen eine Reise in die Sowjetunion sinnvoll erscheinen würde.

In der Zwischenkriegszeit begann sich der Tourismus zu einem Massenphänomen zu entwickeln, an dem auch ArbeiterInnen partizipieren konnten. Geführte Gruppenreisen in die Sowjetunion waren dabei eine sich entwickelnde spektakuläre Neuheit; spezielle Schwierigkeiten lagen jedoch in der instabilen politischen Situation und den notwendigen Grenzüberschreitungen. Bis zum Ende des Bürgerkriegs fanden ausschließlich Individualreisen nach Sowjetrußland statt.<sup>192</sup> Im November 1919 reiste ein USPD-Abgeordneter des preußischen Landtages zusammen mit einem Redakteur der Parteizeitschrift *Die Freiheit* nach Sowjetrußland.<sup>193</sup> Im Herbst 1920 war eine einmonatige Delegationsreise hochrangiger SozialistInnen in die zu dieser Zeit von einer sozialdemokratischen Regierung geführte Georgische Republik geplant<sup>194</sup> und im Herbst 1920 reiste Friedrich M. Minck für mehr als ein halbes Jahr „als Anhänger der kommunistischen Idee und Mitglied des linken Flügels der U.S.P.D. nach Rußland“<sup>195</sup>. Ähnlich wie bei den später stattfindenden Delegationsreisen wurden auch Individualreisen vonseiten der sowjetischen Regierung streng überwacht. Die Zuteilung von DolmetscherInnen, Reiserouten und Transportmitteln sowie die Auswahl der Unterkünfte wurde bereits im Voraus geplant und festgelegt.<sup>196</sup>

Einige Reisende publizierten nach ihrer Rückkehr in die Weimarer Republik Berichte über das relativ unbekanntes und in der politischen Wahrnehmung stark polarisierende Land, in denen sie die von ihnen wahrgenommenen politischen Bedingungen und den Lebensalltag der BürgerInnen schilderten. Allein zwischen 1921 und 1941 erschienen auf dem deutschsprachigen Buchmarkt mehr als 900

---

**192** Vgl. Heeke, Matthias: Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Rußland. 1921–1941. Münster/Hamburg/London 2003.

**193** Vgl. Wheeler, USPD und Internationale, Fußnote auf S. 130. Bei dem Redakteur könnte es sich um den osteuropäisch-jüdischen Sozialisten Alexander Stein gehandelt haben.

**194** Vgl. Brief von Vladimir Achmeteli (Gesandter der Georgischen Republik in Berlin) an Eduard Bernstein vom 18.08.1920. Eingesehen in: BArch, NY/4023/6. An der Reise sollten Karl Kautsky, Paul Axelrod, Philip Snowden, Ramsay MacDonald, George Bernard Shaw, Emile Vandervelde u. a. teilnehmen.

**195** Minck, Friedrich M.: Vorwort. In: Minck, Friedrich M.: Räte-Rußlands Not. Erlebnisse und Erkenntnisse während meiner achtmonatigen Forschungsreise in Sowjetrußland. Berlin 1921. Mincks Buch ist eine äußerst kritische Veröffentlichung, in der er Sowjetrußland stark kritisierte.

**196** Vgl. Minck, Vorwort.

individuelle Reiseberichte über die Sowjetunion.<sup>197</sup> Hierin nicht eingerechnet sind die Berichte von ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsdelegationen, die Matthias Heeke „in erster Linie [als] politische Kampfschriften, die den individuellen Reiseerlebnissen der Teilnehmer keinen Platz gewährten“<sup>198</sup>, betrachtet. Für die sozialistischen ExilantInnen hatten jedoch genau diese eine besondere Bedeutung: Durch die Berichte der Delegationen befürchteten sie eine propagandistische Beeinflussung des Bildes der westeuropäischen ArbeiterInnenbewegung von der Sowjetunion.

Ein erster Reisebericht, der innerhalb der russländischen Exilgemeinschaft auf großen Widerspruch stieß, wurde vom niederländischen Gewerkschaftsfunktionär Edo Fimmen veröffentlicht. Fimmen unternahm im Oktober 1924 zusammen mit Susan Lawrence, Mitglied der *British Labour Party*, eine Reise in die Sowjetunion. Seine noch während der Reise getätigten öffentlichen Äußerungen, in denen er die sowjetischen ArbeiterInnen als frei bezeichnete, veranlassten die russländischen SozialdemokratInnen zu einer Replik in Form eines offenen Briefs. In diesem, der noch während Fimmens Aufenthalt in Moskau in Auszügen im *Vorwärts* veröffentlicht wurde, zweifelten sie daran, dass Fimmens Äußerungen dem Interesse der internationalen ArbeiterInnenschaft entsprächen:

Wir, die Vertreter einer zur Illegalität verurteilten Partei, haben nicht die Möglichkeit, Sie zu besuchen, gemeinsam mit Ihnen irgendeiner Versammlung beizuwohnen und neben dem offiziellen Vertreter „Sowjetrußlands“ das Wort zu ergreifen. [...] Dieses despotische Regime, mit seinen unerhörten Möglichkeiten der Demagogie und der Unterdrückung der Massen, kann in vielen Beziehungen mit den schlimmsten reaktionären Ordnungen konkurrieren. ABER WARUM HABEN SIE, ALS SIE BEREITS ZWEI TAGE NACH IHRER ANKUNFT DIE ‚FREIHEIT‘ DES RUSSISCHEN ARBEITERS VERHERRLICHEN, NICHT DARAUF ACHTGEgeben, DASS IN DEN VERSAMMLUNGEN, AUSSER DEN KOMMUNISTEN UND IHREN MITLÄUFERN, KEIN EINZIGER ARBEITER MIT EINER REDE AUFTRAT, DIE EINE ANDERE POLITISCHE FÄRBUNG TRUG? Warum haben Sie vergessen, daß es in Rußland kein einziges freies Presseorgan gibt? Warum haben Sie endlich nicht an SIBIRIEN UND DIE SOLOWETZKI-INSELN gedacht, wo Hunderte und Tausende Arbeiter und Sozialisten IN DER GEFANGENSCHAFT schmachten?<sup>199</sup>

**197** Vgl. Heeke, Reisen zu den Sowjets, S. 1.

**198** Heeke, Reisen zu den Sowjets, S. 7.

**199** N. N.: „Freiheit“ der Arbeiter in Rußland. Wie sie Edo Fimmen sieht und wie sie ist. In: *Vorwärts*. Morgen-Ausgabe, Vol. 41 (1924), Nr. 471 (08.10.1924). S. 4. Hervorhebungen im Original. Ebenfalls: Švarc, Solomon: Kapituljacija Fimmena. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 20 (22.10.1924). S. 8–10; N. N.: Eščo o Fimmene. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 22/23 (01.12.1924). S. 17; Švarc, Solomon: Po naklonnoj ploskosti. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 13 (10.07.1925). S. 6f.; Vgl. auch Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 219.



Ähnlich positiv wie Fimmens Äußerungen fiel auch ein Bericht einer offiziellen britischen Gewerkschaftsdelegation aus, die Ende 1924 in die Sowjetunion reiste. Auch diese Publikation erfuhr durch sozialistische ExilantInnen ein vernichtendes Urteil. VertreterInnen des Auslandsbüros der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens* schrieben: „Keine kommunistische Partei hat bisher dem Sowjetregime solch ein Loblied gesungen, wie die englische Delegation es tat. Selbst die russischen Bolschewiki haben ihre soziale Schöpfung nie in so rosigen Farben geschildert, wie es die Delegierten tun.“<sup>200</sup>

Als kurze Zeit später auch eine deutsche Delegation unter der Organisation des *Einheitskomitees für Arbeiterdelegationen* einen äußerst positiven Bericht über das von ihnen erfahrene Leben in der Sowjetunion veröffentlichte, sahen die in Berlin lebenden russländischen ExilantInnen einen Punkt erreicht, der für sie eine neue Form der Auseinandersetzung erforderte. Auf den Delegationsbericht „Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland?“, der nach Rückkehr dieser ersten deutschsprachigen ArbeiterInnendelegation aus der Sowjetunion in einer Auflage von 100.000 Exemplaren vertrieben wurde,<sup>201</sup> folgte eine Replik von Fëdor Dan. Er veröffentlichte 1926 unter dem Titel „Sowjetrußland wie es wirklich ist“ einen deutschsprachigen Leitfaden für Mitglieder von Delegationsreisen in die Sowjetunion. Dan reagierte damit indirekt auf den Delegationsbericht, in dem die Aufenthalte in Moskau und Leningrad sowie die in kleineren Gruppen stattfindenden Besuche auf der Krim und in der Ukrainischen Volksrepublik, im Kaukasus und der Georgische Volksrepublik sowie im Ural und Saratow als äußerst positiv und lehrreich beschrieben wurden. Im Zentrum von Dans Broschüre stand dagegen die Frage, „[w]as die russischen sozialdemokratischen Arbeiter sehen und was die ausländischen Gäste nicht sehen“<sup>202</sup>.

Die Reaktion wurde notwendig, da die ExilantInnen die durchgeführte Reise, aber vor allem die anschließende Rezeption in der Weimarer Republik als großen Erfolg und damit als politische Gefahr wahrnahmen. Diesem Erfolg war eine gute Reiseplanung durch das Komitee vorausgegangen: Die Delegation wurde überparteilich zusammengesetzt; unter den 58 – ausschließlich männlichen – Teilnehmern befanden sich keine Parteifunktionäre, jedoch hatten 29 Mitreisende ein SPD-Parteibuch und 17 eines der KPD, zwölf waren parteilos. Bis auf vier Personen

---

**200** Auslandsbureau der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens (Hrsg.): Die englische Gewerkschaftsdelegation und Georgien. Paris 1925. S. 3. Vgl. auch Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 220.

**201** Neben der Hauptbroschüre gab es auch einzelne Berichte von Delegationsmitgliedern, die in einer Größenordnung von rund 40.000 Stück aufgelegt wurden. Vgl. Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 227.

**202** Dan, Sowjetrußland wie es wirklich ist, S. 10.

waren alle Teilnehmer Gewerkschaftsmitglieder.<sup>203</sup> In der Broschüre wurde postuliert, dass „die deutsche Arbeiterklasse von Rußland ein absolut falsches Bild hat“<sup>204</sup> und die sowjetische Arbeiterklasse „die freieste Arbeiterklasse der ganzen Welt ist“<sup>205</sup>. Das Vorwort zur Publikation war von Edo Fimmen verfasst.

Dass die anderthalbmonatige Reise nicht ganz frei von politischen Zielsetzungen war, wird besonders an ihrem Programm ersichtlich: Ein besonderes Merkmal scheint hierbei die implizite Bezugnahme auf in westeuropäischen Kreisen geführte politische Debatten über die Sowjetunion gewesen zu sein, an denen sich auch sozialistische ExilantInnen beteiligten. In Leningrad besuchte die Delegation ausgerechnet die Putilov-Werke, von deren Belegschaft der *Vorwärts* im Januar 1925 einen Protestbrief veröffentlicht hatte.<sup>206</sup> Auf die von kommunistischer Seite forcierte „Einheitsfrontdebatte“ wurde in mehreren Treffen mit VertreterInnen der Gewerkschaften eingegangen. Ein Treffen mit angeblichen ehemaligen Mitgliedern der SDARP in Georgien erscheint als eine implizite Antwort auf die besonders von der sich im Exil befindenden Sozialdemokratischen Partei Georgiens forcierten SAI-internen Diskussion über die Frage, ob die Bol’sheviki das Land wenige Jahre zuvor befreit oder besetzt hätten. Noch expliziter zeigt sich die propagandistische Zielsetzung der Broschüre aber auf ihren letzten Seiten. Unter dem Titel „Was die Delegierten selbst über Sowjetrußland sagen“ wurden persönliche Statements abgedruckt, in denen die Sowjetunion ausschließlich positiv dargestellt wurde. Die dort formulierte Aufforderung an die internationale ArbeiterInnenschaft lautete, dass diese den Vorbildcharakter der sowjetischen Entwicklungen anerkennen sollte. Das Land sei, so versicherten die Stimmen, standhaft gegenüber vergangenen und möglichen zukünftigen Angriffen.<sup>207</sup>

Dieser Darstellung setzte Fëdor Dan durch seine Broschüre ein anderes Bild von der Lage der ArbeiterInnenklasse, der ökonomischen Situation sowie der rechtlichen und politischen Verhältnisse in der Sowjetunion entgegen. Dabei formulierte er auch konkrete Forderungen für die Vorbereitung und Durchführung von Delegationsreisen. Dan forderte potenzielle TeilnehmerInnen einer Delegationsreise in die Sowjetunion dazu auf, die zahlreichen bereits publizierten wissenschaftlichen und politischen Analysen vorab zur Kenntnis zu nehmen. Rei-

---

**203** Vgl. Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 222f.

**204** Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland? Bericht der deutschen Arbeiter-Delegation über ihren Aufenthalt in Rußland vom 14. Juli bis zum 28. August 1925. Berlin 1925. S. 161.

**205** Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland?, S. 162.

**206** Vgl. N. N.: Ein Gruß aus Rußland. Putilow-Arbeiter an den „Vorwärts“. In: Vorwärts. Morgen-Ausgabe, Vol. 42 (1925), Nr. 12 (08.01.1925). S. 2.

**207** Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland?, S. 166 – 176.

sende könnten nicht davon ausgehen, dass sie in wenigen Reisetagen und ohne Sprachkenntnisse die eigentliche Realität des Landes kennenlernen würden. Es sei daher wichtig, so Dan weiter, „daß die Delegationen, die nach Rußland reisen, erst das gesamte vorhandene Material studieren und im voraus einen bestimmten Plan ausarbeiten, um ihre Zeit nicht mit feierlichen Empfängen, Paraden und flüchtigen Besichtigungen unnützlich zu vergeuden“.<sup>208</sup> Von der sowjetischen Seite verlangte er die Möglichkeit, den Delegationen externe ÜbersetzerInnen, die gleichzeitig als Sachverständige fungieren sollten, zur Seite zu stellen:

Als geeignetste Uebersetzer und Sachverständige kommen aus diesem Grunde für die sozialdemokratischen Arbeiter, die zu Studienzwecken nach Rußland gehen, die russischen Sozialdemokraten in Betracht, die auf demselben grundsätzlichen Boden stehen und oft auch der sozialdemokratischen Partei des Landes angehören, in dem sie sich aufhalten.<sup>209</sup>

Auf Grundlage dieser von anderen ExilantInnen bereits zuvor formulierten Forderungen versuchte die deutsche Sozialdemokratie im Sommer 1925, eine internationale Gewerkschaftsdelegation mit Begleitung eines russländischen Sozialdemokraten als Übersetzer in die Sowjetunion zu schicken.<sup>210</sup> Das Vorhaben scheiterte jedoch, da den vorgeschlagenen Übersetzern Grigorij Binštok und Solomon Švarc die Einreise ins Land verweigert wurde.<sup>211</sup>

Der Diskurs über Delegationsreisen vermischte die sich widersprechenden Einschätzungen über die politische, gesellschaftliche und ökonomische Situation der Sowjetunion mit der Frage, wer als ExpertIn über die Entwicklungen im Land sprechen konnte. Da die Berichte der ArbeiterInnendelegationen in deutscher Sprache verfasst wurden, fand auch die Intervention der SDAPR mit Nachdruck im deutschsprachigen Handlungsraum statt. Vergleichbare Diskussionen konnten weder im russisch- noch im jiddischsprachigen Handlungsraum nachgewiesen werden. Dies erscheint auch deshalb folgerichtig, da die jiddisch- und russischsprachige LeserInnenschaft von den ExilantInnen als resistenter gegenüber sowjetischer Propaganda wahrgenommen wurde.

Eine Einschätzung darüber, wieviel Einfluss den russländischen ExilantInnen in diesem Diskurs beizumessen ist, erscheint äußerst schwierig. In den Berichten

---

**208** Dan, Sowjetrußland wie es wirklich ist, S. 18.

**209** Dan, Sowjetrußland wie es wirklich ist, S. 21.

**210** Vgl. Dan, Sowjetrußland wie es wirklich ist, S. 21–23. Pavel Aksel’rod hatte bereits auf einem Kongress der Sozialistischen Internationale 1919 in Bern gefordert, dass sich eine internationale Kommission, die von russländischen SozialistInnen mit Sprachkenntnissen begleitet werden sollte, ein Bild von der wirklichen Situation in Sowjetrußland machen sollte. Vgl. hierzu Ascher, Pavel Axelrod, S. 350–358.

**211** Vgl. Dan, Sowjetrußland wie es wirklich ist, S. 21–23.

zu und von Delegationsreisen wurde primär die Frage behandelt, wie die Sowjetunion zu bewerten sei. Die Berichte waren damit immer auch mit dem allgemeinen zeitgenössischen politischen Diskurs über die Sowjetunion verflochten. Anhand der inhaltlich ähnlichen Argumentationen sowie der Publikationsorte wird jedoch ersichtlich, dass die SDAPR in dieser Frage sehr eng mit der deutschen Sozialdemokratie kooperierte und zumindest auf deren Funktionärszebene einwirken konnte. Neben dem von Dan publizierten Ratgeber und der abgedruckten Replik auf Fimmens Äußerungen im *Vorwärts* rezensierten auch Alexander Stein, Solomon Švarc und Pětr Garvi Reiseberichte über die Sowjetunion in der Zeitschrift *Die Bücherwarte*.<sup>212</sup>

Die Frage nach Sinn und Zweck von Delegationsreisen in nichtdemokratische Staaten wurde zu Beginn der 1930er Jahre erneut thematisiert. Auf dem 1931 stattfindenden SAI-Kongress in Wien gab es eine Diskussion darüber, inwieweit Delegationsreisen in die Sowjetunion oder in das faschistische Italien zulässig seien. Eingebracht wurde das Thema von VertreterInnen der österreichischen Sozialdemokratie, die darauf verwiesen, dass „[d]er österreichische Parteivorstand [...] sowohl organisierte Reisen nach Russland wie auch solche nach Italien als unstatthaft erklärt“<sup>213</sup>. Begründet wurden die Reiseverbote in unterschiedlicher Weise: Einer Delegationsreise nach Italien stünden erhebliche Sicherheitsbedenken entgegen; Reisen in die Sowjetunion sollten nicht durchgeführt werden, da die österreichische Sozialdemokratie eine Gefahr der Nutzung dieser für Propagandazwecke durch die sowjetische Führung sah. Beachtet man die bestehenden engen Netzwerke zwischen russländischer und österreichischer Sozialdemokratie, ist zu vermuten, dass dieser Antrag in Absprache mit russländischen ExilantInnen eingebracht wurde.

Auf dem Kongress konnten sich die anwesenden Delegierten auf keinen einheitlichen Standpunkt einigen, weswegen die Debatte an das SAI-Exekutivkomitee und an Gremien des Internationalen Gewerkschaftsbunds delegiert wurden. Das Exekutivkomitee der SAI scheint keine abschließende Entscheidung über den Umgang mit Delegationsreisen in die Sowjetunion getroffen zu haben.

---

**212** Vgl. folgende Rezensionen: Stein, Alexander: Dan, Theodor: Sowjetrußland wie es wirklich ist. In: *Die Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik*, Vol. 1 (1926), Nr. 9; Schwarz, Solomon: Gumbel, E. I.: Vom Rußland der Gegenwart. In: *Die Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik*, Vol. 3 (1928), Nr. 7; Schwarz, Solomon: Friedländer, Otto: Hammer, Sichel und Mütze. Eindrücke aus dem heutigen Rußland. In: *Die Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik*, Vol. 3 (1928), Nr. 2; Garwy, Peter: Pichocki, Hans: Als Arbeiterdelegierter in Rußland. In: *Die Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik*, Vol. 3 (1928), Nr. 5.

**213** Schreiben des Parteisekretariats der österreichischen Sozialdemokratie an das Sekretariat der SAI vom 05.03.1931. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 406.

Möglich erscheint, dass die Debatte im Laufe der 1930er Jahre durch die dramatische Verschlechterung der politischen Situation in Europa in den Hintergrund rückte und andere Themen als politisch relevanter erschienen.

#### 4.2.4 Debatten über nationale und territoriale Souveränität im östlichen Europa

Diskussionen über einen drohenden Krieg im östlichen Europa wurden sowohl innerhalb der SAI als auch beständig zwischen den ExilantInnen geführt. Im Kern standen nationale und territoriale Souveränitätsansprüche einzelner Nationen im Blickpunkt. Inhaltlich sahen sich dabei die SDAPR und der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion*, welche beide für die territoriale Einheit der Sowjetunion eintraten, anderen sozialistischen Exilparteien konfrontativ gegenüber. Besonders die sozialdemokratischen Exilparteien Georgiens, der Ukraine und Armeniens beanspruchten für ihre Nationen territoriale Souveränität. Dabei verwiesen sie auf die nationalstaatliche Unabhängigkeit der nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen Staaten Polens, Estlands, Litauens und Lettlands. SDAPR-VertreterInnen appellierten dagegen an die sozialistische Solidarität und verteidigten die Vorstellung eines multinationalen Staates mit zu definierenden Autonomierechten für nationale Minderheiten. Dies taten sie insbesondere vor dem Hintergrund ihrer Befürchtungen, dass neu geschaffene Grenzen weitere Kriegsgefahren bergen könnten. Hieraus entstehende mögliche militärische Auseinandersetzungen hielten sie für regional unkontrollierbar. Ende der 1920er Jahre wurde die Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen durch die sich weiter verschlechternden Beziehungen zur Sowjetunion und einen politischen Rechtsruck in einigen Staaten Ostmitteleuropas weiter verschärft. Die SDAPR sprach dabei von nationalen Debatten in Verbindung mit „diktatorischen oder halb-diktatorischen Regierungsformen in allen diesen Staaten [als] eine[r] chronische[n] Quelle der Kriegsgefahr im Osten Europas“<sup>214</sup>.

Zugleich erreichte der Streit um nationale Souveränität zwischen den sozialdemokratischen Exilparteien einen Höhepunkt. Eine von der *Georgischen Sozialdemokratischen Partei* in die SAI eingebrachte Resolution sah vor, dass die SAI Statements von allen ihr angeschlossenen osteuropäischen Parteien bezüglich ihrer Wahrnehmung zu einer möglichen Kriegsgefahr an den Grenzen der Sowjetunion einholen sollte.<sup>215</sup> Die eingereichten Berichte berührten auch die Frage

<sup>214</sup> SDAPR: Zur Frage der Kriegsgefahr in Osteuropa. Memorandum zur SAI-Exekutivsitzen vom 28.07.1929. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 333.

<sup>215</sup> Vgl. Brief von Friedrich Adler vom 23.04.1929. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 333.

der nationalen Souveränität der Sowjetrepubliken. In ihrem Memorandum argumentierten die georgischen SozialdemokratInnen, dass die Bol'sheviki das georgische Territorium während des Bürgerkriegs „mit Gewalt wieder an sich gerissen“<sup>216</sup> haben. Die anschließende Einführung von Sowjetrepubliken habe zwar zu kultureller und sprachlicher Autonomie geführt – was als Fortschritt im Vergleich zum Russländischen Reich bewertet wurde –, die Republiken seien jedoch unter der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft der Moskauer Zentralregierung verblieben, eine Abhängigkeit, die der georgischen Sozialdemokratie missfiel und weswegen sie im Allgemeinen für einen verstärkten Föderalismus der Sowjetrepubliken eintrat. Mit Verweis auf die nach dem Ersten Weltkrieg für wenige Jahre existierende *Demokratische Republik Georgien* forderte sie für das georgische Territorium allerdings die Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit. Obwohl auch die Sozialdemokratischen Parteien der Ukraine und Armeniens territoriale Souveränität von der Sowjetunion forderten, stellte die georgische Partei ihre Ansprüche als einen historisch begründeten Einzelfall dar.<sup>217</sup>

Die Forderung von osteuropäischen Nationen nach nationaler Souveränität widersprach einem Beschluss der SDAPR, an dem auch osteuropäisch-jüdische SozialistInnen mitgewirkt hatten. Die Debatte führte dazu, dass sich die SDAPR im April 1929 erstmalig überhaupt offiziell zur Frage der nationalen Selbstbestimmung im russländischen Vielvölkerstaat positionieren musste. Im Beschluss erkannte das SDAPR-Zentralkomitee die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen politischen Grenzen Ostmitteleuropas offiziell an. Weitere Nationalstaatsgründungen lehnte die Parteiführung jedoch mit Verweis auf die internationale ArbeiterInnensolidarität und die für einen steigenden Wohlstand notwendige Relevanz eines zollfreien großen Wirtschaftsraumes ab.<sup>218</sup> Eine territoriale Loslösung führe aus ihrer Sicht zu einer Verschlechterung der ökonomischen und politischen Situation der Bevölkerung. Dennoch sah die Resolution vor, dass nach der Einsetzung einer demokratischen und föderalen Staatsstruktur territoriale Gebiete in freien Wahlen über eine Abtrennung vom russländischen Vielvölker-

---

**216** Sozialdemokratische Partei Georgien: Die Kriegsgefahr in Osteuropa. Memorandum zur SAI-Exekutivsitung vom 28.07.1929. S.4. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 333.

**217** Vgl. Armenische Sozialistische Partei: Die Kriegsgefahr an den Grenzen der U.S.S.R. Memorandum zur SAI-Exekutivsitung vom 28.07.1929; Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei: Zur Frage der Kriegsgefahr an den Grenzen der Sowjetunion. Memorandum zur SAI-Exekutivsitung vom 28.07.1929. Beide eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 333.

**218** Vgl. N. N.: Platforma po natsional'nomu voprosu. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 13–18; Abramovitsh, Rafail: Di natsionale frage in Rusland. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 32, Nr. 11.597 (18.08.1929). S. 2 (Section Two).

staat abstimmen könnten und die Abstimmungsergebnisse von der SDAPR akzeptiert werden würden.<sup>219</sup>

Dieser Parteibeschluss wurde von unterschiedlichen Seiten stark kritisiert. Eine Kritik war, dass sich die Partei mit ihrem „marxistischen Talmudismus“<sup>220</sup> um eine tatsächliche Positionierung drücken würde. Rafail Abramovič verteidigte den Beschluss dagegen als ausgewogen, da er sich zwischen sozialistischem Klassenkampf und nationaler Zugehörigkeit bewegen würde:

Sowohl für den russischen (großrussischen) Teil unserer Partei als auch für unsere nationalen Sektionen (georgisch, jüdisch, ukrainisch, polnisch, litauisch, estnisch) haben wir die Interessen des Klassenkampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus in den Vordergrund gestellt. Ihr unterstellten wir unsere Anforderungen mit all unseren Taktiken sowohl im Bereich der politischen und sozioökonomischen Fragen als auch im Bereich der Beziehungen zwischen Nationen.<sup>221</sup>

Besonders die Forderung nach Nationalstaatlichkeit der georgischen Partei führte zu größeren Debatten innerhalb der SDAPR-Auslandsdelegation. 1922 hatte das Zentralkomitee der SDAPR die Einnahme der *Demokratischen Republik Georgiens* durch die Rote Armee öffentlich als eine Besetzung verurteilt und noch 1924 sprach sich die Partei für die nationale Souveränität des bis zuletzt sozialdemokratisch regierten Landes aus.<sup>222</sup> Ferner war zu diesem Zeitpunkt die militärische Intervention der Bol'seviki im Jahr 1922 auch ein wichtiges Argument der russländischen SozialistInnen gegen eine mögliche Einheitsfront zwischen SozialistInnen und KommunistInnen.<sup>223</sup> Sieben Jahre später stand für die SDAPR in ihrem Grundsatzpapier jedoch etwas anderes im Fokus: Primär sollte die Integrität der Sowjetunion als Staat erhalten bleiben und einer nationalen Zersplitterung Osteuropas entgegengewirkt werden.

Wir sind der Meinung, dass der Satz: „Jeder Nation ihr eigener Staat“ in den Bedingungen Osteuropas keineswegs als Axiom oder auch nur als der Ausfluss höchster politischer

**219** Vgl. N. N.: Platforma po natsional'nomu voprosu. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 13–18.

**220** Zitiert aus: Abramovič, Rafail: Da ili net? K polemike po nacional'nomu voprosu. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 12 (14.06.1929). S. 7–11. Hier S. 7.

**221** Abramovič, Rafail: Da ili net? K polemike po nacional'nomu voprosu. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 12 (14.06.1929). S. 7–11. Hier S. 8. Der Begriff „großrussisch“ steht hier für russisch im national-ethnischen Sinne.

**222** Vgl. SDAPR: K rabočim vsech stran. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 18 (20.09.1924). S. 1.

**223** Vgl. Dan, Fëdor: Edinij front i III internacional. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 6 (21.03.1922). S. 3 f.; Dan, Fëdor: Konferencija trex internacionalov. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 8 (20.04.1922). S. 4–6; vgl. ebenfalls Kapitel 4.1.1 in dieser Arbeit.

Klugheit angesehen werden kann. Wir glauben vielmehr, dass die Frage der politischen Selbstständigkeit für die Nationen der Sowjetunion nicht vom Standpunkt der nationalistischen Phraseologie, aber auch nicht unter dem Gesichtspunkt der momentanen Stimmungen und Verärgerungen gegen die oder jene utopische Politik der gegenwärtigen russischen Regierung gelöst werden dürfe, sondern (und das gilt besonders für die Arbeiterparteien der betroffenen Völker!) unter der Berücksichtigung des ganzen Komplexes politischer, wirtschaftlicher und sozialer Erwägungen, die mit einer solchen Separation und der Zergliederung des früheren Staatsterritoriums verbunden sind.<sup>224</sup>

Diese am Internationalismus orientierte parteipolitische Ausrichtung, die sich zugleich dem Vorwurf eines russischen Nationalismus ausgesetzt sah, entschärften die ParteivertreterInnen der SDAPR durch einen Zusatz, der eine konkrete Richtungsentscheidung in die Zukunft verlegte:

[W]ir sind bereit, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln (und gegebenenfalls auch gegen unsere eigene Meinung in dem oder jenem konkreten Falle) das freie demokratische Selbstbestimmungsrecht der Nationen[,] auch wenn eine Separation von Russland verlangt wird, gegen jeden Angriff der zentralen Regierungsgewalt zu verteidigen.<sup>225</sup>

Die im Kontext der SAI dargelegte Argumentation belegt die Uneinigkeit, die innerhalb der Auslandsvertretung der SDAPR in der Debatte um nationale Selbstbestimmung herrschte. Die Resolution liest sich als ein Kompromiss zwischen verschiedenen Positionen, mit dem eine de facto Positionierung vermieden wurde. Um als Parteigremium handlungsfähig zu bleiben, einigte man sich auf eine Priorisierung der Aufgaben: Zuerst müsse der sowjetische Staat demokratisiert werden; erst danach sollten Debatten über die Form der Souveränität von nationalen Minderheiten beginnen. Damit erhoffte man sich, die im Exil stattfindenden Unabhängigkeitsdebatten beenden zu können.

Die durch diese Formulierung angedachte Vertagung der Debatte glückte jedoch nicht. Im *Socialističeskij vestnik* wurde sie angeregt fortgesetzt, wobei Fëdor Dan und David Dalin entschieden gegen jegliche nationale Souveränität der ukrainischen, armenischen und georgischen Parteien argumentierten.<sup>226</sup> Rafail

---

**224** SDAPR: Zur Frage der Kriegsgefahr im Osten Europas. Memorandum zur SAI-Exekutivsitzen am 28.07.1929. S. 7. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 333. Hervorhebungen im Original.

**225** SDAPR: Zur Frage der Kriegsgefahr im Osten Europas. Memorandum zur SAI-Exekutivsitzen am 28.07.1929. S. 6. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 333. Hervorhebungen im Original.

**226** Vgl. Dan, Fëdor: Internacional o nacional'nyx problemax SSSR. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 10 (31.03.1930). S. 2–4; Dalin, David: Vokrug nacional'nogo voprosa. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 14 (26.06.1930). S. 12–14.



Abramovič und Grigorij Aronson zeigten sich zumindest in der Forderung nach georgischer Nationalstaatlichkeit verhandlungsbereit.<sup>227</sup> Grundsätzlich bemängelte Abramovič eine fehlende Differenzierung und einen besonders durch Dalin vertretenen „nationalen Nihilismus“<sup>228</sup>, welcher Parteibeschlüsse von 1903 widerspiegeln, aber nicht der aktuellen Parteilinie entsprechen würde. Abramovič bezog sich mit dieser Äußerung auf den Londoner Parteitag der SDAPR, auf dem der *Bund* für wenige Jahre die Kooperation mit der russländischen Sozialdemokratie beendet hatte, da er eigene Autonomieansprüche von der größeren Schwesterpartei infrage gestellt sah.

Abramovičs Positionierung innerhalb der russischsprachigen Exilgruppe erscheint als eine vermittelnde. Sie resultierte auch aus den zugleich stattfindenden Debatten innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes. Im Kontext der politischen Auseinandersetzungen zwischen BundistInnen, TerritorialistInnen und ZionistInnen war der Diskurs auf die Frage territorialer Souveränität oder national-kultureller Autonomie der Judenheiten zugespielt. Diese wurde auf Grundlage der historisch bedingten besonderen sozialen und ökonomischen Stellung der osteuropäischen Judenheiten diskutiert. Ab Mitte der 1920er begann hierbei eine Debatte über Besiedlungskonzepte für Jüdinnen und Juden im Südwesten der Sowjetunion.<sup>229</sup> Nach Meinung von Abramovič ließ sich die jiddischsprachige linke Bewegung anhand einer einfachen Formel in zwei Gruppen unterteilen: Krim oder Zion.<sup>230</sup> Zion stand dabei für die Hoffnung der zionistischen Bewegung auf einen jüdischen Staat im *Mandatsgebiet Palästina*. Die Balfour-Deklaration von 1917, in der die britische Regierung die Zusage zu einer jüdischen Heimstätte im Mandatsgebiet Palästina bekannt gab, bewertete die zionistische Bewegung als einen bedeutenden Erfolg.<sup>231</sup> Daneben gab es aber noch weitere jüdische Siedlungsprojekte. Eines fokussierte sich auf das Gebiet der Südukraine

---

**227** Vgl. Aronson, Grigorij: Gruzinskaja problema i RSDRP. In: SV, Vol. 10 (1030), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 13 – 15; Abramovič, Rafail: K nacional’nom voprosu. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 10 – 13.

**228** Abramovič, Rafail: K nacional’nom voprosu. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 10 – 13.

**229** Zum Projekt der Ansiedlung von Jüdinnen und Juden im Südwesten der Sowjetunion fand ein Vortrag von Abraham Grigor’evič Bragin im *Sholem-Alechem-Klub* statt. Vgl. den Hinweis auf die Veranstaltung in Abramovitsh, Rafail: Di yidishe kolonizatsie in Rusland. Di yidish-sovietische propagande un di yidish-sovietische virklikhkayt. In: Di tsukunft, Vol. 11 (1926), Nr. 1.

**230** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Di yidishe kolonizatsie in Rusland. Di yidish-sovietische propagande un di yidish-sovietische virklikhkayt. In: Di tsukunft, Vol. 11 (1926), Nr. 1.

**231** Für die Balfour-Deklaration und die damit verbundenen historischen Herausforderungen vgl. Segev, Tom: Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels. München 2005. S. 43 – 62.

und der Halbinsel Krim. Es wurde von der sowjetischen Regierung und verschiedenen jüdisch-amerikanischen Hilfsorganisationen wie dem *Joint Distribution Committee* (JOINT)<sup>232</sup> unterstützt. Die Umsetzung erschien simpel: Jüdinnen und Juden sollten sich dort auf zuvor erworbenen Landstücken, meist mit Bezuschussung von ausländischen Hilfsorganisationen, niederlassen und für die Sowjetunion landwirtschaftlich tätig werden. Nicht geklärt war dagegen die langfristige Zielsetzung des Ansiedlungsprojektes.<sup>233</sup> Teile der in Westeuropa und den USA lebenden UnterstützerInnen hofften auf die Etablierung einer autonomen jüdischen Sowjetrepublik. Andere, vor allem kommunistische UnterstützerInnen sahen in der landwirtschaftlichen Betätigung einen Beitrag zum Aufbau der Sowjetunion und eine Lösung für die wirtschaftlich herausfordernde Situation im Land. Eine daran anknüpfende verbreitete Annahme war, dass landwirtschaftliche Siedlungsprojekte dem in der Bevölkerung bestehenden Antisemitismus entgegenwirken könnten, da das Projekt der sozial-ökonomischen Sonderstellung der osteuropäischen Judenheiten entgegenstand.

In der Debatte zwischen ZionistInnen auf der einen und jüdischen TerritorialistInnen sowie KommunistInnen auf der anderen Seite ist augenfällig, dass das bis zum Ersten Weltkrieg prominente bundische Konzept einer national-kulturellen Autonomie für die jüdische Minderheit wenig Beachtung fand. Tatsächlich führte die „nationalstaatliche Renaissance“<sup>234</sup> in Ostmitteleuropa, deren Folge eine Aufteilung der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenbewegung des ehemaligen Ansiedlungsrayons auf verschiedene Staatsgebiete war, in Kreisen der europäischen und amerikanischen jüdischen SozialistInnen zu einer verstärkten Fokussierung auf territoriale Nationalkonzepte. Gerade BundistInnen mussten deshalb in den 1920er Jahren ihre theoretischen Standpunkte und politischen Forderungen hinterfragen.<sup>235</sup> Einigkeit bestand weiterhin in der Ablehnung des zionistischen Projektes. Die Idee eines jüdischen Nationalstaates im Mandatsgebiet Palästina wurde als eine „zugleich pessimistische [...] und utopische [...] Weltanschauung“<sup>236</sup> betrachtet – eine Illusion, die keine Antwort auf die

---

**232** Für die Hilfsorganisation JOINT vgl. Estraiikh, Gennady: *Joint Distribution Committee*. In: Diner, Dan (Hrsg.): *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*. Band 3: He–Lu. Stuttgart/Weimar 2012. S. 211–214.

**233** Vgl. Khazanovitsh, Leon: *Di yidische „teritorie“ in krim. Di shtarke bevegung far erd-arbeyt tsvishen di yiden in rusland*. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 3.

**234** Kosovski, Vladimir: *Tsionizm un di interesen fun idisher proletariat. Tsi darfen mir revidiren unzer alten bundishen shtandpunkt?* In: *Di tsukunft*, Vol. 11 (1926), Nr. 6.

**235** Vgl. Kosovski, Vladimir: *Tsionizm un di interesen fun idisher proletariat. Tsi darfen mir revidiren unzer alten bundishen shtandpunkt?* In: *Di tsukunft*, Vol. 11 (1926), Nr. 6.

**236** Abramovič, Rafail: *Zionismus und Sozialismus*. Hier S. 5. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 39.

tatsächlichen Probleme der jüdischen ArbeiterInnen in Osteuropa darstelle. Uninig waren sich die BundistInnen jedoch in der Bewertung des jüdischen Ansiedlungsprojektes im Südwesten der Sowjetunion und der Frage, inwieweit es sich hierbei um ein hoffnungsvolles Projekt handele oder ob es primär sowjetische Propaganda sei.<sup>237</sup>

1926 entbrannte über diese Frage in der Theoriezeitschrift *Di tsukunft* eine Debatte zwischen Rafail Abramovič und Vladimir Kosovski. Während Kosovski dem Projekt grundsätzlich offen gegenüberstand, wurde es von Abramovič abgelehnt. Erstgenannter verwies darauf, dass mit der Unterstützung einer jüdischen Ansiedlung in Osteuropa durch die sowjetische Regierung eine für die jüdische Bevölkerung günstige Situation entstanden sei, die es auszunutzen gelte. Ernüchtert stellte er fest, dass das Projekt bereits von zahlreichen zionistischen und sozialistischen KritikerInnen zerredet werden würde, bevor es überhaupt anfinge. Die inhaltlichen Kritikpunkte, die von sozialistischen PolitikerInnen vorgebracht wurden, betrachtete er als gegen die Sowjetunion gerichtete vorgeschobene Argumentationslinien.<sup>238</sup> Einer der von Kosovski kritisierten PolitikerInnen war Abramovič, der die ökonomischen und politischen Grundvoraussetzungen des Vorhabens beanstandete. Dabei verwies er auf die besondere soziale und ökonomische

---

**237** Vgl. Dekel-Chen, Jonathan: *Farming the Red Land. Jewish Agricultural Colonization and Local Soviet Power, 1924–1941*. New Haven/London 2005; Dekel-Chen, Jonathan: *Farmers, Philanthropists, and Soviet Authority: Rural Crimea and Southern Ukraine, 1923–1941*. In: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History*, Vol. 4 (2003), Nr. 4. S. 849–885. Auf dem Gebiet der *Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim* wurden in den 1920er/30er Jahren mehr als 80 jüdische landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gegründet. In ihnen lebten und arbeiteten knapp 20.000 Jüdinnen und Juden. Mit *Fraidorf* (1931) und *Larindorf* (1935) gab es auf der Halbinsel zwei autonome jüdische Gebiete, die sich in kleinere Dorfstrukturen mit einer mehrheitlich jüdischen Bevölkerung aufgliederten. Dort entstanden jüdische Bildungs- und Kultureinrichtungen, die bis 1937 vorwiegend in jiddischer Sprache geführt wurden. Dennoch verfolgte die sowjetische Regierung das jüdische Siedlungsprojekt im Südwesten des Landes nicht in der Weise, wie es sich manche ExilantInnen Mitte der 1920er Jahre erhofft hatten. Mit *Birobidžan*, einem Gebiet im fernen Osten der Sowjetunion, favorisierte die sowjetische Regierung Ende der 1920er Jahre eine neue Region für eine Autonome Jüdische Republik. Bezüglich des Birobidžan-Projekts vgl. Kuchenbecker, Zionismus ohne Zion. Genau wie das Krimer Ansiedlungsprojekt wurde auch dieses von Abramovič abgelehnt. Dagegen unterstützte Dovid Bergelson es. Kosovski stand ihm zurückhaltend gegenüber, da er keine jüdische Massenbewegung in Richtung der östlichen Sowjetunion erwartete. Im Sommer 1929 berichtete er in der *Naye Folks-tsaytung* über ein Gespräch, bei dem ihm ein Vertreter der sowjetischen Regierung die Planungen erläutert habe. Trotz bestehender Skepsis plädierte er schließlich dafür, die Entwicklung des Vorhabens erst einmal abzuwarten. Vgl. Kosovski, Vladimir: *Farvos biro-bidžan? Fun a shmues mit a sovietishn tuer*. In: *NF*, Vol. 4 (1929), Nr. 201 (27.08.1929). S. 4.

**238** Vgl. Kosovski, Vladimir: *Di yidishe kolonizazie in soviet-rusland*. An entfer R. Abramovitsh. In: *Di tsukunft*, Vol. 11 (1926), Nr. 3.

mische Stellung, welche die osteuropäisch-jüdische Bevölkerung aufgrund der historischen und politischen Entwicklungen bis 1917 innehatte und aus der mit den Worten von Otto Bauer ein eigener „Nationalcharakter“<sup>239</sup> der osteuropäischen Judenheiten hervorgegangen sei. Jüdinnen und Juden waren im Bereich des Handels über- und innerhalb der Landwirtschaft und in anderen Wirtschaftssektionen stark unterrepräsentiert. Nach Abramovič müsse das Ziel jüdischer MarxistInnen deshalb die Stärkung der „produktiven Arbeit“ unter der jüdisch-sowjetischen Bevölkerung sein. Dies könne in Form von industrieller Arbeit und auch in begrenzter Form im Bereich des Handels geschehen. Landwirtschaftliche Arbeit sei dagegen weniger geeignet, da es innerhalb der Sowjetunion einer Stärkung des Industriesektors bedürfe und es dem Großteil der jüdischen Bevölkerung aufgrund seiner historischen Sonderstellung auch schlicht an notwendigen Voraussetzungen für den Agrarsektor fehlen würde. Unabhängig von den jüdischen Ansiedlungsprojekten betrachtete Abramovič die gesamtgesellschaftliche ökonomische Situation der Sowjetunion als äußerst fragil. Das Ansiedlungsprojekt nahm er als eine propagandistische Kampagne der Bolševiki wahr, womit er implizit der sowjetischen Regierung unterstellte, sich über die jüdischen Hilfsorganisationen dringend benötigtes Kapital zu beschaffen und das internationale Ansehen der Sowjetunion verbessern zu wollen.<sup>240</sup>

Die Argumentationsmuster zeigen, dass die unterschiedlichen Standpunkte von Abramovič und Kosovski auch aus den jeweiligen Taktiken gegenüber der Sowjetunion entsprangen: Kosovski stand einer Annäherung an die sowjetische Regierung offener gegenüber und hoffte deshalb auch auf positive Entwicklungen

---

**239** Für den Begriff vgl. Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien 1907. S. 5. Bauer schrieb: „Die Nation ist eine relative Charaktergemeinschaft; sie ist eine Charaktergemeinschaft, da bei der grossen Masse der Nationsgenossen eines bestimmten Zeitalters eine Reihe übereinstimmender Merkmale beobachtet werden kann, und da, trotzdem alle Nationen eine Anzahl von Merkmalen als Menschen gemeinsam haben, doch eine Reihe von Merkmalen der einzelnen Nationen eigentümlich ist, sie von anderen Nationen unterscheidet; sie ist keine absolute, sondern nur eine relative Charaktergemeinschaft, da die einzelnen Nationsgenossen, bei aller Uebereinstimmung in den der ganzen Nation gemeinsamen Merkmalen doch überdies individuelle Merkmale (und örtliche, Klassen-, Berufsmerkmale) haben, die sie voneinander unterscheiden. Die Nation hat einen Nationalcharakter. Aber dieser Nationalcharakter bedeutet nur eine relative Gemeinsamkeit der Merkmale der Handlungsweise einzelner Individuen, nicht etwa eine Erklärung dieser individuellen Handlungsweisen. Der Nationalcharakter ist keine Erklärung, sondern er ist zu erklären. Mit der Feststellung der Verschiedenheit der Nationalcharaktere hat die Wissenschaft das Problem der Nation nicht gelöst, sondern erst gestellt.“ Bauer selbst argumentierte, dass Jüdinnen und Juden keinen eigenen Nationalcharakter haben, sondern Teil der jeweiligen Nation seien. Vgl. Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, S. 318–331.

**240** Abramovič, Rafail: Di yidishe kolonizatsie in rusland. Di yidish-sovietische propagande un die yidish-sovietische virklikhkayt. In: Di tsukunft, Vol. 11 (1926), Nr. 1.

durch das Ansiedlungsprojekt. Dagegen spiegelte sich Abramovičs äußerst kritische Wahrnehmung der sowjetischen Führung auch in der Ablehnung dieses Projektes wider.

Das erzwungene Exil und der damit einhergehende politische Vertrauensverlust in die Sowjetunion seitens zahlreicher ExilantInnen führten auch dazu, dass inhaltliche Debatten über den Herkunftsort teilweise sehr emotional geführt und auch mit persönlichen Aversionen vermengt wurden. So auch geschehen in der dargestellten Debatte zwischen Kosovski und Abramovič: Neben der grundsätzlichen Ablehnung des Siedlungsprojektes übte Abramovič auch persönliche Kritik an UnterstützerInnen des Projektes, die außerhalb der Sowjetunion lebten.

In meinem Artikel von vor anderthalb Jahren konnte ich mich noch nicht deutlich ausdrücken, jetzt ist es aber ein offenes Geheimnis. Jeder, der den Artikel gelesen hat, versteht, dass ich Personen wie [Dovid] Bergelson im Sinn hatte. Personen, die schon lange eine „anständige Auseinandersetzung“ gesucht haben, um 1925/26, als man [in der Sowjetunion] nicht mehr hungern musste, erneut zur „Siegerseite“ herüberzulaufen. Für manche ist das jüdische Ansiedlungsprojekt genau so eine Auseinandersetzung geworden. Ich habe meine politische Pflicht als prinzipieller Gegner der Bol'sheviki getan und vor den Resultaten dieses aufgeblasenen „Booms“ der jüdischen Ansiedlung gewarnt, bei dem sich mit Sicherheit auch ehrliche, aber naive Menschen beteiligt haben.<sup>241</sup>

Neben dem rhetorischen Angriff auf Dovid Bergelson sah sich auch Kosovski durch den Artikel direkt beschuldigt. Er war von einer stark antibolschewistischen Haltung in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg zu einer nachsichtigeren Position gegenüber der sowjetischen Politik gewechselt. In seiner Antwort an Abramovič steckte deshalb ebenfalls ein scharfer Ton: „Leider hat er [Abramovič] sich nicht streng an den Rahmen von ‚sachlicher‘ Kritik gehalten, stattdessen hat er den Streit auf die flache Ebene der persönlichen Auseinandersetzung gebracht.“<sup>242</sup>

Bei der Debatte um ein jüdisches Ansiedlungsprojekt in der Sowjetunion, die fast ausschließlich im jiddischsprachigen Handlungsraum geführt wurde, und bei der im russischsprachigen Handlungsraum geführten Diskussion um nationale Souveränität stand die Frage nach nationaler Selbstbestimmung im multiethnischen Raum Osteuropas im Mittelpunkt. Unter den osteuropäisch-jüdischen ExilantInnen gab es bei beiden Themen keine einheitliche Meinung; ebenso konnte innerhalb der SAI kein gemeinsamer Weg ausgemacht werden. Eine

---

**241** Abramovič, Rafail: Di yidische masen un di erd-arbayt. Mit velkhe veges ken gehn di produktivizatsie fun idishen folk? (an entfere un nit keyn kurtser). In: Di tsukunft, Vol. 12 (1927), Nr. 7.

**242** Kosovski, Vladimir: Arum der yidisher kolonizatsie. An entfere gen. Abramovitsh. In: Di tsukunft, Vol. 12 (1927), Nr. 10.

Übereinkunft konnte lediglich in einem breit gefassten Ziel formuliert werden: Die sozialistischen Parteien sollten, so eine SAI-Resolution von 1928, „zu einer ‚dritten Macht‘ zwischen und über den sich bekämpfenden Nationalismen“<sup>243</sup> werden.

In diesen Debatten verlief die Positionierung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nur in Teilen entlang bestehender Parteizugehörigkeiten, was beispielhaft anhand der Diskussion zwischen den Bundisten Abramovič und Kosovski aufgezeigt wurde. Die größte Trennlinie bestand sowohl vor als auch nach dem Ersten Weltkrieg zwischen einem Verständnis der internationalen ArbeiterInnenbewegung als relativ monolithischer Block, in dem ethnische Herkunft keine Relevanz hatte und wodurch Assimilierung in die Mehrheitsgesellschaft sinnvoll erschien, sowie einem von zahlreichen VertreterInnen nationaler Minderheiten formulierten Anspruch auf nationales Selbstbestimmungsrecht. Osteuropäisch-jüdische SozialistInnen, die den letztgenannten Anspruch auch für die Judenheiten einforderten, sahen sich dabei mit zwei besonderen Problemen konfrontiert: Sie konnten für die Judenheiten in Osteuropa auf kein zusammenhängendes Territorium als mögliches Staatsgebiet verweisen und sahen sich fortwährend mit Antisemitismus aus der Mehrheitsgesellschaft konfrontiert.

#### 4.2.5 Berichte über Antisemitismus in der Sowjetunion

Im Verlauf der Debatte um das jüdische Ansiedlungsprojekt im Südwesten der Sowjetunion verwies Abramovič auch auf eine daraus resultierende Konkurrenz um Agrarflächen. Seine Befürchtung war, dass eine staatlich unterstützte jüdische Ansiedlung zu interethnischen Verwerfungen führen könnte. Hierbei verwies er auf ein Beispiel von der *Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim*. Tatarische Bauern und Bäuerinnen sahen sich dort in Konkurrenz zu den jüdischen Ansiedlungskonzepten, da sie dieselben Agrarflächen bewirtschaften wollten. Unter Protesten und Druck der Bevölkerung fasste die Krimer Regierung deshalb einen Beschluss, der den bereits vor Ort ansässigen tatarischen Bäuerinnen und Bauern zusätzliche Agrarflächen zusprach, wodurch diese Flächen nicht mehr von jüdischer Seite bewirtschaftet werden konnten.<sup>244</sup> Diese sich abzeichnende Konkur-

---

<sup>243</sup> Resolutionsentwurf zur Exekutivsitzen vom Februar 1928 in Zusammenhang mit den Konflikten zwischen den Auslandsvertretungen der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 305.

<sup>244</sup> Vgl. Abramovič, Rafail: Di yidishe masen un di erd-arbayt. Mit velkhe vegen ken gehn di produktivizatsie fun idishen folk? (an entferr un nit keyn kurtser). In: Di tsukunft, Vol. 12 (1927). Nr. 7. Eine ähnliche Argumentationslinie verfolgt Mark Kefali in einem der wenigen Artikel über

renzsituation nahm Abramovič als gefährlich wahr. Er erwartete durch die Ansiedlung keinen Rückgang antisemitischer Stereotype, sondern befürchtete vielmehr einen Anstieg unter der vor Ort lebenden nichtjüdischen Bevölkerung.<sup>245</sup>

Als Journalist nahm Abramovič regen Anteil an der Diskussion über Antisemitismus in Osteuropa. Dabei erkannte er zwar die staatlichen Bemühungen zur Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung jiddischer Sprache und Kulturarbeit durch die Bol'ševiki in den frühen Jahren der Sowjetunion an, verwies aber dennoch beharrlich auf einen aus seiner Sicht steigenden Antisemitismus im Land. Er unterschied zwischen einem durch die Regierung ausgeführten „Antisemitismus von oben“ und einem „Antisemitismus von unten“. Erstgenannter äußerte sich vor der Russländischen Revolution durch Gesetzgebungen und andere Formen staatlicher Repression. Der „Antisemitismus von unten“ sei dagegen einer, „der sich in der sowjetischen Bevölkerung ausbreite“.<sup>246</sup>

Wir, die russischen, polnischen, rumänischen Juden, sind es gewohnt, Antisemitismus als ein Phänomen der Regierung oder der politischen und ökonomischen herrschenden Klasse zu verstehen. Das liegt daran, das wir in unserer Vergangenheit vor allem mit diesem Antisemitismus zu tun hatten, mit einem Antisemitismus von oben.

Aber wenn wir über Antisemitismus in der Sowjetunion reden, darf man nicht vergessen, dass wir über ein anderes Phänomen des Antisemitismus sprechen. Über einen Antisemitismus, der nicht von der Regierung kommt, der nicht von der herrschenden Macht propagiert wird, sondern von der Bevölkerung, das heißt von unten kommt.

Darin liegt die Ursache, dass sehr viele Juden gar nicht verstehen können, wie man überhaupt über Antisemitismus in der Sowjetunion reden kann.<sup>247</sup>

Für den nun in der Sowjetunion vorherrschenden „Antisemitismus von unten“ führte Abramovič eine wirtschafts- und eine gesellschaftspolitische Erklärung an. Ökonomisch ging er davon aus, dass die Sowjetunion keinem sozialistischen Staat entspreche. Die desolante Wirtschaft des Landes führe ferner zu einer starken

---

Antisemitismus im *Socialističeskij vestnik*: Kefali, Mark: So stupen'ki na stupen'ku. In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 7 (04.04.1927). S. 12–14.

**245** Der Historiker Jonathan Dekel-Chen legt in seiner Forschung über die jüdische Ansiedlung in der Südukraine und auf der Krim dar, dass die jüdischen SiedlerInnen im Verhältnis zu der dort bereits ansässigen Bevölkerung besonders auf der Krim fremd blieben. Die daraus resultierenden Konflikte betrachtet er jedoch im Rahmen interethnischer Auseinandersetzungen und beschreibt sie mehrheitlich nicht als explizit antisemitisch. Vgl. Dekel-Chen, Farmers, Philanthropists, and Soviet Authority, S. 856.

**246** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Farvos vakst der antisemitizm in soviet-rusland? In: Forverts. Newark Edition, Vol. 29 (1927), Nr. 10.748 (17.04.1927). S. 6 f.

**247** Abramovitsh, Rafail: Farvos vakst der antisemitizm in soviet-rusland? In: Forverts. Newark Edition, Vol. 29 (1927), Nr. 10.748 (17.04.1927). S. 6.

Konkurrenzsituation, in der sich nationale Rivalitäten und Klassenkämpfe zu- spitzten, die sich auch in Form von Antisemitismus ausdrücken würden. Gesellschaftspolitisch erfuhren die BürgerInnen der Sowjetunion durch die „Diktatur des Proletariats“ eine erlebte Unfreiheit. Jede Form der politischen Meinungsäu- ßerung sei verboten, was auch ein Verbot des Engagements gegen Antisemitismus einschließen würde. Nach Abramovič sei jedoch eine ausschließlich von staatli- cher Seite durchgeführte Bekämpfung des Antisemitismus ungenügend und nicht zielführend. Er kam deswegen zu der drastischen Schlussfolgerung, dass die Regierenden selbst „Väter des Antisemitismus sind, unabhängig ihrer ‚Wohltaten‘ für das jüdische Volk“<sup>248</sup>.

Kritik an der sowjetischen Regierung im Zusammenhang mit fortbestehen- dem Antisemitismus im Land übte Abramovič auch an anderer Stelle, so bei- spielsweise 1929 im Kontext der Gründung eines Komitees zur Bekämpfung des Antisemitismus durch die sowjetische Regierung. Trotz aller Bemühungen der Regierung zählte Abramovič die Sowjetunion in dieser Zeit „zu jenen Ausnahme- Ländern [...], in denen der Antisemitismus nicht zurückgehe, sondern wachse.“<sup>249</sup> Umgedreht war dieser Befund für ihn auch ein Beweis dafür, dass in der So- wjetunion keine sozialistische Gesellschaft errichtet werde, sondern „eine klein- bürgerliche, bäuerliche Ordnung“<sup>250</sup> entstehe. Gerade diese Schlussfolgerung verdeutlicht, dass sich auch Abramovič das unter SozialistInnen verbreitete Ar- gument zu eigen machte, dass Antisemitismus in einer funktionierenden sozia- listischen Gesellschaft automatisch zurückgedrängt werden würde. Trotz seiner oftmals differenzierten Wahrnehmung osteuropäisch-jüdischer Lebenswelten wird hieran ersichtlich, wie stark seine auf die Sowjetunion bezogene Antisemi- tismus-Analyse durch sein marxistisches Verständnis geprägt war.

Im russischsprachigen Handlungsraum hatte der Themenbereich Antisemi- tismus eine deutlich geringere Relevanz.<sup>251</sup> Argumentativ unterschieden sich die diesbezüglich publizierten Artikel jedoch kaum von denen im jiddischsprachigen Handlungsraum. Auch in ihnen wurde darauf verwiesen, dass sich Antisemitis-

---

**248** Abramovitsh, Rafail: Farvos vakst der antisemitizm in soviet-rusland? In: Forverts. Newark Edition, Vol. 29 (1927), Nr. 10.748 (17.04.1927). S. 7.

**249** Abramovitsh, Rafail: Farvos vakst der antisemitizm in soviet-rusland? In: Forverts. Newark Edition, Vol. 29 (1927), Nr. 10.748 (17.04.1927). S. 7. Vgl. auch: Abramovitsh, Rafail: Ken di sovet regirung bakemfen dem antisemitizm in rusland? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 31 (1929), Nr. 11.422 (24.02.1929). S. 2 (Section Two).

**250** Abramovitsh, Rafail: Ken di sovet regirung bakemfen dem antisemitizm in rusland? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 31 (1929), Nr. 11.422 (24.02.1929). S. 2 (Section Two).

**251** Für eine der wenigen Debatten über Antisemitismus im russischsprachigen Handlungsraum vgl. Abramovič, Rafail: Kerenskij ob antisemitizme. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 5 (08.03.1929). S. 10.



mus nicht mehr nur auf bürgerliche und adelige Schichten der Gesellschaft beschränke, wie es vor 1917 der Fall gewesen sei, sondern auch auf ArbeiterInnen, Bauern und die Intelligencija übergreife.<sup>252</sup> Oftmals war die Debatte über Antisemitismus jedoch in russischsprachigen Artikeln kein explizit hervorgehobenes Thema, sondern eines von mehreren Themen der sozialen Ungerechtigkeit. Auszunehmen hiervon ist allerdings die Phase des Bürgerkrieges, währenddessen es in der russischsprachigen Exilpresse eine größere Beachtung der Pogrome und der jüdischen Opfer gab.<sup>253</sup> Im *Socialističeskij vestnik* wurde gar ein diesbezügliches Memorandum jüdisch-sozialistischer Parteien abgedruckt.<sup>254</sup> Vereinzelt Berichte über antisemitische Vorfälle in der Sowjetunion wurden auch Mitte und Ende der 1920er Jahre publiziert.<sup>255</sup> Dass diese in der Rubrik „In Russland“ publiziert wurden, die zumeist auf der vorletzten Seite der jeweiligen Zeitungsausgabe begann, zeigt jedoch die geringere Relevanz, die den Berichten innerhalb des russischsprachigen Handlungsraumes beigemessen wurde. Die Debatte über Antisemitismus in der Sowjetunion blieb damit ein vornehmlich auf Jiddisch geführter Diskurs.

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung anerkannte ExpertInnen für soziale, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen in der Sowjetunion. Hieraus versuchten sie, Kapital zu schlagen, indem sie eigene Themen in den Diskurs der internationalen sozialistischen Bewegung einbrachten und bereits stattfindende Debatten inhaltlich prägten, wie durch das Beispiel des Kampfes um eine erhöhte Aufmerksamkeit für politische Gefangene aufgezeigt werden konnte. Mehrere westeuropäische Parteien unterstützten verschiedene Kampagnen unterschiedlicher Exilgruppierungen in Form von öffentlichen Solidaritätsbekundungen und ermöglichten SprecherInnen von Parteiauslandsvertretungen das Publizieren in ihren Zeitungen und Zeitschriften. Dagegen bemühten sich die ExilantInnen bei der Thematik der in den 1920er Jahren stattfindenden Delegationsreisen aus Westeuropa in die Sowjetunion darum, einen in Westeuropa bereits stattfindenden Diskurs zu beeinflussen. In eigenen Meinungsäußerungen und Publikationen

---

**252** Vgl. Kefali, Mark: So stupen'ki na stupen'ku. In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 7 (04.04.1927). S. 12–14; N. N.: Groznij vopros. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 3 (09.02.1929). S. 1–3; Garvi, Pëtr: Novyj etap diktatury i naša taktika. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 3 (08.02.1930). S. 8–11.

**253** Vgl. N. N.: Evrejskie pogromy. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 11 (08.07.1921). S. 11 f.

**254** Vgl. Memorandum des Zentralkomitees der SDAPR, des *Bund* der Sowjetunion u. a.: Evrejskie pogromy. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 13 (05.08.1921). S. 13–15.

**255** Vgl. bspw. N. N.: Kiev. Studenčestvo – Antisemitizm – Častnaja torgovlja – Intelligencija. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 5 (19.03.1925). S. 16; Nemoj, Gr.: Moskovskij antisemitizm. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 4 (22.02.1929). S. 14–16.

problematisierten sie die Reisen und versuchten, auf deren propagandistischen Wert für die Sowjetunion und die kommunistische Bewegung im Allgemeinen hinzuweisen.

Unter den in Parteiauslandsvertretungen organisierten osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen gab es einen sehr intensiven Austausch über die Geschehnisse in der Sowjetunion. Dieser fand in der Berliner Exilgemeinde besonders in russischer und teilweise auch in jiddischer Sprache statt. Nur einige der zahlreichen analytischen Texte über die soziale, ökonomische und politische Situation in der Sowjetunion konnten ins Deutsche übersetzt und so einem größeren Publikum in Westeuropa zugänglich gemacht werden, gerade weil die Debatten so komplex waren und die ExilantInnen untereinander auch selten gemeinsame Standpunkte vertraten. Ein Beispiel für eine solche komplexe Debatte ist jene über nationale Souveränität von Nationen des sowjetischen Vielvölkerstaates, an der osteuropäisch-jüdische SozialistInnen als VertreterInnen von Parteigruppierungen oder als eigenständige sozialistische Intellektuelle teilnahmen. Zwar wurde die Debatte teilweise im Rahmen der SAI ausgefochten; die weit intensiveren Diskussionen fanden allerdings in den russisch- und jiddischsprachigen Handlungsräumen statt.

In den Argumentationslinien lassen sich kaum Unterschiede zwischen Publikationen aus dem jiddisch- und dem russischsprachigen Handlungsraum ausmachen. Jeweilige Äußerungen waren primär von parteipolitischen Selbstverständnissen der Person geprägt. Wie anhand der Diskussion über nationale und territoriale Souveränität im östlichen Europa aufgezeigt werden konnte, unterschied sich jedoch die thematische Schwerpunktsetzung zwischen den Handlungsräumen. In der russischsprachigen Exilpresse wurde vornehmlich über nationale Souveränität von Ländern wie Georgien, der Ukraine oder Armenien debattiert. In der jiddischsprachigen Presse stand besonders der Sonderfall nationaler jüdischer Autonomiekonzepte im Vordergrund. Ähnliches lässt sich auch für die Debatten über Antisemitismus feststellen. Sie wurden im jiddischsprachigen Handlungsraum weitaus nachdrücklicher geführt als im russischsprachigen. Im nun folgenden Unterkapitel wird aufgezeigt, dass ähnliche thematische Unterschiede zwischen den Handlungsräumen auch bei der Beschäftigung mit der Weimarer Republik auftraten.

### **4.3 Eine „innere Außenperspektive“ auf die Weimarer Republik**

Der Philosoph Walter Benjamin vermerkte nach seiner Reise 1927 in die Sowjetunion, dass man „Rußland noch so wenig kennen [mag] – was man lernt, ist,

Europa mit dem bewußten Wissen von dem, was sich in Rußland abspielt, zu beobachten und zu beurteilen“<sup>256</sup>. In der Bewertung des für ihn unbekanntes Landes hatte der aus Deutschland stammende Benjamin andere Prädispositionen als die zur selben Zeit in der Weimarer Republik lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen: Zum einen besuchte er die Sowjetunion nur für wenige Wochen, zum anderen verfügte er über keine Sprachkenntnisse, die ihm einen tieferen Einblick in die russländische Gesellschaft ermöglicht hätten. Den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen erging es im Berliner Exil anders: Sie lebten dort für einen deutlich längeren Zeitraum und verfügten über Deutschkenntnisse. Demnach waren der Einblick und die Teilhabe am Leben vor Ort viel intensiver und eine Beschäftigung mit den politischen Realitäten in der Weimarer Republik gar lebensnotwendig. Die vielen von den ExilantInnen vorgenommenen Analogien zwischen der politischen Situation in Deutschland und oft selbst erlebten Ereignissen in Osteuropa weisen jedoch darauf hin, dass sie genau wie Walter Benjamin ihre Erlebnisse im Berliner Exil mit den eigenen osteuropäischen Erfahrungen abglich. Ein wichtiges Thema war hierbei der Vergleich der Revolutionsentwicklungen zwischen den beiden Ländern. In einem Ende der 1920er Jahre verfassten Rückblick blickte beispielsweise Rafail Abramovič auf die deutsche Novemberrevolution und verglich diese mit der russländischen Revolution von 1917:

Darüber hinaus ist es auch jetzt, elf Jahre später, immer noch interessant, die zwei vollendeten Revolutionen zu vergleichen. Nicht, um herauszufinden, welche „besser“ und welche „schlechter“ war, sondern um die tieferen Ursachen herauszuarbeiten, die das besondere Schicksal der jeweiligen Revolution bestimmt haben.<sup>257</sup>

Alexander Stein sah zu Beginn des Jahres 1920 in den deutschen Regierungshandlungen eine reaktionäre Antwort auf stattfindende Proteste der ArbeiterInnenbewegung. Diese verglich er mit denen der russländischen Monarchie nach der Revolution von 1905:

Wie gering ist im Grunde der Abstand zwischen den Methoden des Zarismus von 1905 und denen des von Sozialisten regierten republikanischen Deutschland von 1920. Man könnte vielleicht noch einen Vorzug des ersteren darin erblicken, daß er es verschmähte, sich ein

---

**256** Benjamin, Walter: Moskau. Abschnitt I. In: Benjamin, Walter: Gesammelte Schriften IV. Frankfurt am Main 1991 (zuerst 1927). S. 316 f.

**257** Abramovič, Rafail: Iz di daytshe revolutsie geven an erfolg oder a durkhfal? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 32 (1929), Nr. 11.707 (08.12.1929). S. 14 und S. 3. Vgl. diesbezüglich auch Dan, Fëdor: K desjatiletiju germanskoj revolucii. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 21 (14.11.1928). S. 3–9.

demokratisches Mäntelchen umzuhängen und seine Handlungsweise als mit dem Willen der übergroßen Mehrheit des Volkes im Einklang stehend zu bezeichnen.<sup>258</sup>

Die Vergleiche hatten eine doppelte Funktion. Sie dienten den ExilantInnen als Strukturelement zeitgenössischer Erfahrungen und führten zugleich zu einer Neubewertung des früher Erlebten.

Analysen und Berichte über die politische, soziale und ökonomische Situation der Weimarer Republik publizierten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen vorwiegend im jiddischsprachigen Handlungsraum. Der *Forverts* druckte zahlreiche Berichte der Berliner Auslandskorrespondenten Rafail Abramovič und Jakob Leschtsinsky. Letztgenannter schrieb auch für die *Naye Folkstsaytung* in Warschau, für die ebenfalls Vladimir Kosovski als Korrespondent tätig war. Im russischsprachigen Handlungsraum hatte die Berichterstattung über die Weimarer Republik einen deutlich geringeren Stellenwert. Als parteipolitisches Organ der SDAPR druckte der *Socialističeskij vestnik* die Artikel über die Weimarer Republik vorzugsweise in der Rubrik „Aus dem Ausland“ auf den hinteren Seiten der jeweiligen Ausgabe ab. Für diese Berichterstattung war während der Exilzeit in der Weimarer Republik der in Mannheim lebende Aleksander Šifrin zuständig.<sup>259</sup> In den krisenhaften 1930er Jahren sollten allerdings auch Berichte über die politische Lage im Exilland vom Parteianführer Fëdor Dan veröffentlicht werden. Auch wenn der Schwerpunkt der Berichterstattung weiterhin auf Analysen und Berichterstattung über die Sowjetunion in der Parteizeitschrift lag, sind die von Dan publizierten Artikel ein gewichtiger Hinweis darauf, dass sich die SDAPR-Parteiführung mit der schwierigen politischen Lage in Deutschland beschäftigte. Dagegen gab es im deutschsprachigen Handlungsraum seitens der ExilantInnen nur sehr wenige Publikationen über Geschehnisse in der Weimarer Republik. Dort wurde ihre Expertise primär in der Bewertung der Entwicklungen in der Sowjetunion gesehen.<sup>260</sup>

Eine Ausnahme stellten die Publikationen von Alexander Stein und Aleksandr Šifrin dar. Stein war Anfang der 1920er Jahre einer von wenigen festangestellten

---

**258** Stein, Alexander: Die Reaktion. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 6 (1920), Nr. 4 (24.01.1920).

**259** Aleksandr Šifrin wurde 1901 in Charkov geboren und verstarb zu Beginn der 1950er Jahre. 1922 migrierte er nach Mannheim. Während seiner Exilzeit war er sowohl Mitglied der SDAPR als auch der SPD. Artikel veröffentlichte er zum Teil unter dem Pseudonym „Max Werner“. Nach 1933 wurde Šifrin zu einem wichtigen Akteur innerhalb des linken Flügels der sozialistischen deutschsprachigen ExilantInnen. Vgl. Grebing, Jüdische Intellektuelle in der deutschen Arbeiterbewegung, S. 27; biografische Angaben zu Šifrin ebenfalls in: Liebich, From the Other Shore, S. 340.

**260** Eine für diese Arbeit nicht berücksichtigte Ausnahme sind fachspezifische Artikel von bspw. ÖkonomInnen und VolkswirtInnen, die sich nicht nur auf die Sowjetunion bezogen.

RedakteurInnen innerhalb der Parteizeitschriften der USPD und später für bildungspolitische Publikationen in der SPD zuständig. Šifrin schrieb als Redakteur und Herausgeber für die *Mannheimer Volksstimme* und *Die Gesellschaft*. Die Aktivitäten der beiden russländischen Sozialisten in der deutschsprachigen Presse sowie ihre Möglichkeiten, dort auch über Entwicklungen in der Weimarer Republik zu berichten, erklären sich aus ihrem Engagement für die deutsche Sozialdemokratie. Stein und Šifrin waren nicht nur Mitglieder der SDAPR, sondern traten während ihrer Zeit in Deutschland auch der USPD/SPD bei.

Im Folgenden wird die Auseinandersetzung mit der politischen Entwicklung in der Weimarer Republik durch die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen abgebildet. Dabei werden Themenbereiche behandelt, die einen größeren thematischen Widerhall unter den ExilantInnen erfuhren. Im ersten Unterkapitel wird die Wahrnehmung und Interpretation der Novemberrevolution von 1918 diskutiert. Daran schließt sich die Darstellung der Berichterstattung über die deutsche Sozialdemokratie an. Es folgen Unterkapitel über die Krisenjahre der Republik ab 1929 und die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Weimarer Republik.

#### 4.3.1 Eine verpasste Chance? Die Bewertung der deutschen Novemberrevolution

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte die internationale ArbeiterInnenbewegung seit November 1918 die revolutionären Entwicklungen in Deutschland. Gerade für russländische SozialistInnen waren diese von besonderer Bedeutung, wie der Historiker Abraham Ascher herausgearbeitet hat. Sie erhofften sich von einer sozialistischen Revolution in Deutschland eine Signalwirkung, die sowohl bürgerliche Staatskonzepte aus dem angelsächsischen Raum als auch bolschewistische Politik- und Wirtschaftskonzepte zurückdrängen würde und die Regierung Sowjetrusslands mit einem anderen Konzept des Sozialismus unter Druck setzen könnte.<sup>261</sup> Die durch osteuropäische SozialistInnen erfolgte Bewertung der Novemberrevolution hatte somit eine doppelte Funktion: Die Analyse der Ereignisse in Deutschland hatte zugleich große Relevanz für die Bewertung der politischen Entwicklungen in Sowjetrussland.<sup>262</sup>

Seit Januar 1919 schrieb Alexander Stein für die Wochenzeitung *Der Sozialist*. Seine Artikel eröffnen einen Blick auf die politischen Ereignisse der ersten Jahre

---

<sup>261</sup> Vgl. Ascher, Abraham: Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920. In: Afs, Vol. 5/6 (1966/67). S. 391–439.

<sup>262</sup> Vgl. Ascher, Abraham: Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920. In: Afs, Vol. 5/6 (1966/67). S. 392.

der Weimarer Republik aus der Perspektive eines unabhängigen Sozialdemokraten osteuropäisch-jüdischer Prägung. Die sich nach der Revolution rasch ändernde politische Lage zwang den Journalisten Stein immer wieder dazu, seine Analysen anzupassen. Im Grundsatz beschrieb er aber seine eigene politische Haltung als „revolutionären Wirklichkeitssinn“<sup>263</sup>.

Zu Beginn des Jahres 1919 bewertete Stein die Entwicklungen in der Weimarer Republik sehr positiv, da er davon ausging, dass eine Abkehr der ArbeiterInnenmassen von den MehrheitssozialdemokratInnen stattfinden würde. Er war davon überzeugt, dass das sozialistische Ziel einer „politische[n] Befreiung durch die soziale“<sup>264</sup> Befreiung ergänzt werden würde. Bereits im darauffolgenden Herbst war Steins Bewertung der politischen Lage weitaus pessimistischer. Er nahm nun ein Schwinden der revolutionären Begeisterung im Land wahr.<sup>265</sup> Im Frühling 1920 wählte er sich wiederum in einer neuen revolutionären Phase der deutschen ArbeiterInnenbewegung, die er als eine Antwort auf den reaktionären Kapp-Putsch verstand, der durch einen Generalstreik der ArbeiterInnenschaft unterbunden werden konnte.<sup>266</sup> Stein schlussfolgerte nun, dass sich das politische Feld verschoben und die ArbeiterInnenschaft an Stärke gewonnen habe.<sup>267</sup> Spätestens im Jahr 1923 wurde diese Wahrnehmung mit der bis dahin schwersten ökonomischen und politischen Krise der Weimarer Republik zerstört. Stein konstatierte, dass Deutschland die Gefahr eines politischen Chaos drohe. Durch fehlende Erleichterungen bei den Reparationszahlungen und der Ruhrbesetzung durch die französische Armee sei innenpolitisch „trotz aller scharfen Klassengegensätze [...] eine Umgruppierung der gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland herbeigeführt worden [...], die nicht mit Unrecht als ‚nationale Einheitsfront‘ bezeichnet werden kann“<sup>268</sup>.

Diese von ihm titulierte „nationale Einheitsfront“ grenzte er von der Begriffsverwendung aus der Kriegszeit ab. Anders als zur Zeit des Ersten Weltkrieges

---

**263** Begriff verwendet in: Stein, Alexander: Revolutionäre Atempause. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 39 (27.09.1919).

**264** Stein, Alexander: Nationalversammlung und Revolution. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 6 (07.02.1919); vgl. ebenfalls Stein, Alexander: Revolution und Konterrevolution. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 4 (24.01.1919).

**265** Vgl. Stein, Alexander: Revolutionäre Atempause. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 39 (27.09.1919).

**266** Für die Abläufe des Kapp-Putsches und den hieran anschließenden Generalstreik vgl. bspw. Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik. 1918–1933. Stuttgart 2008. S. 137–143.

**267** Stein, Alexander: Die neue Phase. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 6 (1920), Nr. 14/15 (10.04.1920).

**268** Stein, Alexander: Die Tragödie Deutschlands. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift, Vol. 16 (1923), Nr. 2.

würden nun Organisationen der ArbeiterInnenbewegung mehrheitlich eigene Standpunkte formulieren und ein kriegerisches Vorgehen ablehnen. Durch die schwierige ökonomische und außenpolitische Lage gebe es aber auch innerhalb der ArbeiterInnenbewegung Strömungen, die eine Koalition mit bürgerlichen Parteien und deutschen WirtschaftsvertreterInnen als notwendig erachteten. Die deutsche sozialistische Bewegung, die sich aufgrund der Krisensituation im Land wieder in der SPD zusammengeschlossen hatte, sah Stein in einem schwierigen Dilemma, da sie zwischen den unterschiedlichen politischen Fronten stehe. An die internationalen ArbeiterInnenklasse formulierte er die Forderung, die ArbeiterInnen in der Weimarer Republik zu unterstützen. Nur so könne ein wirtschaftliches und politisches Chaos in Deutschland verhindert werden.<sup>269</sup>

Steins politische Einschätzungen orientierten sich auch am Selbstverständnis des Parteivorstandes der USPD und wurden von PolitikerInnen wie Rudolf Hilferding, Hugo Haase und Wilhelm Dittmann geteilt. Dieser rechte Parteiflügel der USPD setzte sich zu Beginn der Weimarer Republik für einen politischen Übergang zum Sozialismus durch friedliche und demokratische Mittel ein. Er lehnte Koalitionen mit bürgerlichen Parteien ab, da diese den Übergang zum Sozialismus gefährden würden.<sup>270</sup> Der rechte Flügel innerhalb der USPD verortete sich damit zwischen der Politik der MSPD, die ab 1919 Koalitionen mit bürgerlichen Parteien einging und die sogenannte Burgfriedenpolitik praktizierte, sowie der Politik der kommunistischen Bewegung, die den Kriegskommunismus der Bol'seviki auf die Weimarer Republik zu übertragen versuchte. 1923 schloss sich die überwiegende Mehrheit der AnhängerInnen dieses USPD-Flügels wieder der SPD an. Grund hierfür war die politische Gefahr, die von rechtskonservativen, -nationalen und faschistischen Parteien ausging. Diese sollte durch eine vereinte sozialdemokratische Partei zurückgedrängt werden. Oberste Priorität hatte nun der Schutz der noch jungen Republik vor einer Konterrevolution. Auch Steins Analyse der politischen Situation in der Weimarer Republik hatte sich in diese Richtung verändert. Die Hoffnung auf sozialistische Verhältnisse in Deutschland war der Angst vor einer Konterrevolution und dem Kampf gegen politische und soziale Krisen gewichen.<sup>271</sup>

---

**269** Vgl. Stein, Alexander: Die Tragödie Deutschlands. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Vol. 16 (1923), Nr. 2.

**270** Für die unterschiedlichen Parteirichtungen und die komplizierten innerparteilichen Auseinandersetzungen innerhalb der USPD nach der Novemberrevolution vgl. Krause, USPD, S. 116 – 121.

**271** Vgl. hierzu bspw. Stein, Alexander: Die Tragödie Deutschlands. In: Der Kampf, Vol. 16 (1923), Nr. 2.

Bemerkenswert und mit Aschers Analyse über die Men'ševiki übereinstimmend erscheint Steins transnationale Perspektive auf die politischen Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg. Stein verband die revolutionäre Berliner Lebenswelt mit Informationen und politischen Bewertungen, die ihn von ParteivertreterInnen der SDAPR aus Sowjetrußland erreichten.<sup>272</sup> Nach dem missglückten Januaraufstand von 1919,<sup>273</sup> bei dem Berliner Zeitungsredaktionen besetzt und ein Generalstreik ausgerufen wurde, beschrieb er beispielsweise den Bolschewismus als ein Problem der deutschen Innenpolitik. Über Sowjetrußland als Vorbild der Aufständischen urteilte er:

[D]ie proklamierte „Diktatur des Proletariats“ arte[t] schließlich in eine Diktatur über das Proletariat in eine Neuauflage des aufgeklärten Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts aus, ohne dem Proletariat mehr zu geben, als die Erkenntnis, daß die Methode der Gewalt allein nicht genügt, den Sozialismus zu verwirklichen, wenn seine ökonomischen Vorbedingungen in dem betreffenden Lande noch nicht gegeben sind.<sup>274</sup>

Stein sah den deutschen Nationalstaat zu dieser Zeit als eine Brücke zwischen Ost- und Westeuropa, der zwei unterschiedliche revolutionäre Wege verbinden und „im großen Prozeß der Revolutionierung der Welt die Rolle des Durchgangslandes der Revolution“<sup>275</sup> spielen könne. Seiner Analyse zufolge war der europäische Kontinent nach dem Ersten Weltkrieg zweigeteilt: Im westlichen Teil gebe es eine starke ArbeiterInnenbewegung ohne revolutionäre Errungenschaften, im östlichen dagegen revolutionäre Staaten, die auf einer starken Verbindung zwischen Sozialismus und Bauernschaft fußen. „Deutschland scheint berufen, den Ausgleich zwischen diesen äußerlichen gegensätzlichen, aber innerlich miteinander verbundenen Entwicklungsrichtungen zu schaffen und im großen Prozeß der Revolutionierung der Welt die Rolle des Durchgangslandes der Revolution zu spielen.“<sup>276</sup>

Eine transnationale Perspektive auf die Entwicklungen in die Weimarer Republik nahmen auch weitere osteuropäisch-jüdische SozialistInnen in ihren Be-

---

**272** Vgl. hierfür die Briefkommunikation zwischen Julij Martov und Alexander Stein ab Oktober 1918 in Fel'stinsky, Yu. O. Martov. Pis'ma, S. 29 – 69.

**273** Zum Januaraufstand, der auch als Spartakusaufstand bezeichnet wird und zwischen dem 05. und 12.01.1919 in Berlin durchgeführt wurde, vgl. Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin <sup>3</sup>2017. S. 149 – 175.

**274** Stein, Alexander: Die Schicksalsstunde der U.S.P. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 9 (01.03.1919). Hervorhebung im Original.

**275** Stein, Alexander: Revolutionäre Atempause. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 39 (27.09.1919).

**276** Stein, Alexander: Revolutionäre Atempause. In: Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik, Vol. 5 (1919), Nr. 39 (27.09.1919).



schreibungen der politischen Situation ein. In einem Artikel über den Ruhrkonflikt verwies zum Beispiel Rafail Abramovič darauf, dass dieser Konflikt nicht nur eine deutsch-französische Angelegenheit sei, sondern in ihm eine kriegerische Gefahr für ganz Europa bestehe: „Ein Funke des französisch-deutschen Feuers kann auf einmal den ganzen Osten von Europa anzünden und ihn in einen gewaltigen Scheiterhaufen verwandeln.“<sup>277</sup>

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der deutschen Revolution im Jahr 1928 publizierte neben Abramovič auch Fëdor Dan einen vergleichenden Artikel, der sich mit der russländischen und der deutschen Revolution auseinandersetzte. Im *Socialističeskij vestnik* stellte Dan beide Revolutionen in eine gegenseitige Abhängigkeit. Er argumentierte, dass nach der Revolution von 1917 die russländische ArbeiterInnenschaft große Hoffnungen auf eine Revolution in Deutschland gesetzt hätte. Um direkten Einfluss auf die Entwicklungen in Sowjetrußland haben zu können, sei die Novemberrevolution jedoch zu spät erfolgt: „Die historische Verspätung der deutschen Revolution sei ein Grund dafür gewesen, dass die Bol’sheviki in Rußland die Sozialdemokratie besiegten.“<sup>278</sup> Trotz alledem verwies Dan auf eine bestehende enge historische Verflechtung zwischen Deutschland und Rußland: „Eins ist klar: In der Zukunft, wie es auch in der Vergangenheit war, bleiben die Schicksale der deutschen und russischen Revolution eng miteinander verbunden.“<sup>279</sup> Ein Sieg der Sozialdemokratie über die Bol’sheviki in der Sowjetunion sei demnach keine rein nationale, sondern eine internationale Aufgabe, da die Nachhaltigkeit eines sozialistischen Sieges nur im internationalen Kontext garantiert werden könne.

Im bereits zu Beginn des Kapitels erwähnten Artikel von Abramovič unterschied dieser zwischen einer politischen und einer sozialistisch-proletarischen Revolution. Der deutschen Revolution bescheinigte er große Erfolge in der politischen Sphäre. Durch die Einführung eines demokratischen Wahlrechts, die gesetzliche Gleichstellung aller BürgerInnen und die Aufhebung von Privilegien sei die politische Macht an die BürgerInnen übergegangen. Anders habe es sich in der sozialen und ökonomischen Sphäre dargestellt, in denen es wenige Errungenschaften gegeben habe. In diesem Aspekt wich die deutsche von der russländischen Revolution ab, die neben politischen auch soziale und ökonomische Erfolge vorzuweisen habe. Einschränkend bemerkte Abramovič allerdings, dass die Errungenschaften der russländischen Revolution in Deutschland bereits im

---

277 Abramovitsh, Rafail: A brief fun berlin. In: Forverts. Philadelphia Edition, Vol. 25 (1923), Nr. 9.281 (01.04.1923). S. 15.

278 Dan, Fëdor: K desjatiletiju germanskoj revolucii. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 21. S. 3–9. Hier S. 8.

279 Dan, Fëdor: K desjatiletiju germanskoj revolucii. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 21. S. 3–9. Hier S. 8.

Laufe des 19. Jahrhunderts erreicht worden seien.<sup>280</sup> Die unterschiedlichen Verläufe der Revolution hingen in seinen Augen also sowohl mit den historischen Voraussetzungen als auch mit dem unterschiedlichen Verhalten der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen in den Ländern zusammen. Eine soziale und ökonomische Umwälzung sei in Sowjetrußland möglich gewesen, da die Revolution auch Unterstützung durch die Bauernschaft und das Militär erfahren habe. In Deutschland, wo die ArbeiterInnenschaft quantitativ größer und besser organisiert gewesen sei, habe sich die gesamtgesellschaftliche Situation anders dargestellt. Nicht nur die Bauernschaft, sondern ebenfalls „die Bourgeoise [...] und] auch alle anderen Zwischen-Klassen: die Kleinbourgeoisie, die Städter und die Intelligenz usw. Sie alle waren in Deutschland nicht revolutionär und sozialistisch gestimmt [...], sie waren konservativ und vollkommen durchdrungen vom Geist des Kapitalismus und Privateigentums.“<sup>281</sup>

Mit Blick auf die ArbeiterInnenschaft führte Abramovič aus, dass deren Mehrheit in Deutschland von Beginn der Revolution an sozialdemokratisch, nicht kommunistisch orientiert gewesen sei. Zu diesem Schluss kam er anhand der Auswertung der Abstimmungen bei wichtigen politischen Zusammenkünften kurz nach der Novemberrevolution wie zum Beispiel der Versammlung im Zirkus Busch (10.11.1918) und dem Kongress der ArbeiterInnen- und Soldatenräte (16.12.1918) im preußischen Abgeordnetenhaus. Bei beiden Veranstaltungen habe eine große Mehrheit der ArbeiterInnenschaft auf der Seite der Sozialdemokratie gestanden und die Forderungen der radikalen Linken abgelehnt.<sup>282</sup>

Die deutsche Revolution betrachtete Abramovič aber keinesfalls als gescheitert. Die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse hätte schlicht nicht für eine weiterführende gesellschaftliche Umwälzung gekämpft. Abramovičs retrospektive Beurteilung der Revolution fiel damit weit positiver aus als die zeitgenössische Analyse seines Parteikollegen Stein. Beim Vergleich müssen jedoch die beiden unterschiedlichen Publikationszeitpunkte Berücksichtigung finden: Während Stein direkt nach den Ereignissen in der Zeit der „brüchigen Demokratie“ publizierte, in der zahlreiche unabhängige SozialistInnen einen demokratischen Weg zum Sozialismus für möglich hielten, entstand der Artikel von Abramovič sechs Jahre nach dem politischen Krisenjahr 1923. Zu diesem Zeitpunkt war die frühere Aufbruchsstimmung innerhalb der sozialistischen Bewegung bereits verfliegen.

---

**280** Vgl. Abramovič, Rafail: Iz di dayshe revolutsie geven an erfolg oder a durkhfal? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 32 (1929), Nr. 11.707 (08.12.1929). S. 14 und S. 3.

**281** Abramovič, Rafail: Iz di dayshe revolutsie geven an erfolg oder a durkhfal? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 32 (1929), Nr. 11.707 (08.12.1929). S. 3.

**282** Vgl. hierzu auch Jones, Am Anfang war Gewalt, S. 111–114 und S. 161–171.

Das Krisenjahr 1923 war ein einschneidender Wendepunkt für die sozialistische Bewegung insgesamt, der sich auch in den Artikeln der ExilantInnen widerspiegelt. Anders als in den direkten Nachkriegsjahren bestand 1923 die real erlebte Gefahr eines möglichen Untergangs der Republik, weswegen viele SozialistInnen eine Neupositionierung in tagespolitischen Debatten vornahmen. Die bis dahin zentralen weiterführenden Reformprojekte wurden hintenangestellt und ganz vorn auf der Agenda stand nun die Bewahrung der Republik und ihr Schutz vor Angriffen von reaktionären und faschistischen Kräften.

Die zeitgenössischen Artikel der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen zeugen von einem tiefen Verständnis für die politische Situation im Exiland, das auf einen intensiven inhaltlichen Austausch zwischen den ExilantInnen mit deutschsprachigen SozialistInnen verweist. Bereits im Winter 1922 sprach Alexander Stein von der Krise als „chronischem Charakter“<sup>283</sup>, die mit der Ermordung Walther Rathenaus im Juni 1922 begonnen hatte. Stein und Abramovič verwiesen auch auf bestehende außenpolitische Herausforderungen der Weimarer Republik: Durch Ruhrbesetzung und Reparationszahlungen seien die innenpolitischen Krisensymptome verstärkt und die Inflation angeheizt worden.<sup>284</sup> Ferner wurden von Abramovič Putschversuche und separatistische Tendenzen angesprochen, die die Republik fortwährend destabilisiert hätten.<sup>285</sup> Im *Forverts* betrachtete er die ersten fünf Jahre der Weimarer Republik als Zeit des „fortlaufenden Rückzugs“<sup>286</sup> der ArbeiterInnenbewegung und stellte die rhetorische Frage an seine LeserInnenschaft, ob in Deutschland eine neue Revolution bevorstünde. Hierfür führte er zwei Gründe an: die durch die kommunistische Bewegung herbeigeführte Teilung der ArbeiterInnenbewegung sowie die nach Ende des Krieges fortgesetzte „Burgfriedenspolitik“ der rechten Sozialdemokratie.<sup>287</sup>

Bei vielen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen bestand vor der Emigration eine große Begeisterung für die von ihnen angenommene bevorstehende friedli-

---

**283** Stein, Alexander: Germanskij krizis. In: *SV*, Vol. 2 (1922), Nr. 23/24 (09.12.1922). S. 6–8. Diesen Begriff sollte Abramovič 1929 übernehmen, als er von der Regierungskrise in Deutschland als „chronischer Krankheit“ sprach und sich dabei auf Schwierigkeiten innerhalb der SPD-geführten Reichsregierung bezog. Abramovitsh, Rafail: In daytshland kumt itst for a politisher krizis. In: *Forverts*. Newark Edition, Vol. 31 (1929), Nr. 11.428 (29.03.1929). S. 4 f.

**284** Vgl. Abramovič, Rafail: Krizis v Germanii i ob'jedinenie socialističeskich partij. In: *SV*, Vol. 2 (1922), Nr. 19 (04.10.1922). S. 9–11; Stein, Alexander: Reparacionnaja avantjura. In: *SV*, Vol. 3 (1923), Nr. 2 (17.01.1923). S. 4–6.

**285** Vgl. bspw. Abramovič, Rafail: Peredyška. In: *SV*, Vol. 3 (1923), Nr. 15 (01.09.1923). S. 2–5; Abramovič, Rafail: Nakanune pobedy fašizma. In: *SV*, Vol. 3 (1923), Nr. 21/22 (27.11.1923). S. 2–4.

**286** Abramovič, Rafail: „Edinyj front“ v Germanii. In: *SV*, Vol. 3 (1923), Nr. 23/24. S. 9–12. Hier S. 9.

**287** Vgl. Abramovič, Rafail: Sthet Daytshland oyf'n shvel fun a revolutsion? In: *Forverts*. Vol. 26 (1923), Nr. 9.439 (06.09.1923). S. 3.

che sozialistische Revolution in Deutschland. Mit der Emigration nach Berlin mussten sie diese Hoffnung an die Realitäten im Land anpassen und spätestens 1923 konnten sie diese Erwartungen nicht mehr aufrechterhalten. Im Laufe der Exilzeit erarbeiteten sich die ExilantInnen eine innere Perspektive auf die politische Situation in der Weimarer Republik, die nicht mehr geprägt war von utopischen Hoffnungen, sondern von realen Sorgen um die brüchige Republik, welche sowohl vonseiten der antisemitischen und faschistischen Rechten als auch der radikalen Linken unter Druck geriet.<sup>288</sup> Abramovič meinte gar ein „geheimen teufelisches Spiel zwischen den Kommunisten und den Faschisten“<sup>289</sup> zu erkennen, da diese für die Überwindung der bisherigen staatlichen Ordnung miteinander kooperieren würden. Damit, so seine Argumentation, wollten beide Seiten dem Ziel, die jeweils eigene politische Ordnung umzusetzen, näherkommen. Dabei stand für ihn fest, dass die reaktionären Parteien der kommunistischen Partei überlegen seien, weswegen sie bei einem wie auch immer gearteten Staatscoup die Macht übernehmen würden.<sup>290</sup>

Eine Besonderheit der Artikel über die Weimarer Republik vonseiten der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen erscheint darin zu liegen, dass diese häufiger eine transnationale und vergleichende Perspektive einnahmen. Dies wiederum verweist auf ihre besondere Stellung zwischen den russländischen und deutschen Lebenswelten, durch die sie Revolutionserfahrung und -perspektiven miteinander verbanden.

#### 4.3.2 Die deutsche Sozialdemokratie im Fokus der jiddischsprachigen Presse

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen blickten mit besonderer Aufmerksamkeit auf die deutsche Sozialdemokratie. Diese beeindruckte bereits vor dem Ersten Weltkrieg aufgrund ihrer Größe und Mobilisierungskraft. Einer, der sich in seinen Artikeln über die deutsche Sozialdemokratie als aufmerksamer und zugleich kritischer Analyst hervortat, war Vladimir Kosovski. Für die Zeitschrift *Di tsukunft* setzte er sich intensiv mit der Innenpolitik der Weimarer Republik und im Speziellen mit der deutschen ArbeiterInnenbewegung auseinander.

---

**288** Vgl. Martov, Julij: Zagranicej. Političeskij krizis v Germanii. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 15 (02.08.1922). S. 13–15; Stein, Alexander: Gerrmanskij kriziis. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 23/24 (09.12.1922). S. 6–8.

**289** Abramovitsh, Rafail: Sthet Daytshland oyf'n shvel fun a revolutzion? In: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9.439 (06.09.1923). S. 3.

**290** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Sthet Daytshland oyf'n shvel fun a revolutzion? In: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9.439 (06.09.1923). S. 3.

Kosovski lebte bis 1930 in Berlin. Anschließend migrierte er nach Warschau, wo er Mitglied des Zentralkomitees des polnischen *Bund* und Mitherausgeber der *Naye Folkstsaytung* wurde.<sup>291</sup> Seine Artikel aus Berlin zeichneten sich durch intensive Recherchearbeit aus. In ihnen verwies er auf zahlreiche internationale Zeitungen sowie auf politische Veranstaltungen, die er selbst besucht hatte. Er verfasste theoretische Analysen zu zeitgenössischen Themen des Sozialismus, berichtete über historische Figuren der ArbeiterInnenbewegung wie Ferdinand Lassalle und Rosa Luxemburg und informierte seine LeserInnenschaft über politische Entwicklungen in Europa, einschließlich der Sowjetunion. Einer seiner Schwerpunkte lag jedoch in der politischen Analyse der Situation in der Weimarer Republik und der Entwicklungen innerhalb der deutschen ArbeiterInnenbewegung. Er berichtete von Parteitag der SPD, schrieb über parteiinterne Machtkämpfe in der SPD und ordnete die Politik der sozialistischen und kommunistischen ArbeiterInnenparteien in den Gesamtkontext der deutschen Politik ein. Kosovskis Artikel sind eine bemerkenswerte zeitgenössische migrantische Perspektive auf die deutsche Sozialdemokratie, welche im Folgenden nachgezeichnet wird.

Vladimir Kosovski stand der deutschen Sozialdemokratie zwiespältig gegenüber. Dies beschrieb er damit, dass die SPD für ihn „eine starke Partei und zugleich eine sehr schwache“<sup>292</sup> Partei sei. Er hob den hohen Organisationsgrad der SPD, die mit ihren zeitweise mehr als einer Million Mitgliedern die quantitativ größte Partei innerhalb der europäischen ArbeiterInnenbewegung war, positiv hervor. Ferner vermerkte er, dass die SPD über solide Finanzen verfüge, und verwies mit Hochachtung auf die mehr als 100 Presseerzeugnisse, welche in der gesamten Republik herausgegeben wurden. Schwächen der Partei sah Kosovski im Fehlen von revolutionären Traditionen, sozialem Enthusiasmus und sozialer Dreistigkeit<sup>293</sup> – Attribute, die er anderen Parteien der europäischen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung durchaus zuschrieb. Diese ambivalente Bewertung der SPD teilte Kosovski mit zahlreichen anderen ExilantInnen. Besonders

---

**291** Gertrud Pickhan charakterisiert Kosovski in Abgrenzung zu Noyakh Portnoy als einen „lone wolf and difficult to get along with“. Pickhan, Gertrud: Kossovsky, Portnoy and Others. The Role of Members of the Bund's Founding Generation in the Interwar Polish Bund. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): Jewish Politics in Eastern Europe. The Bund at 100. Chippenham, Wiltshire 2001. S. 69–80.

**292** Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 8.

**293** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 8.

aufgrund der großen Mobilisierungskraft galt die SPD vielen als großes Vorbild.<sup>294</sup> Dagegen stieß die Bündnispolitik der Partei in der Weimarer Republik gegenüber liberalen und bürgerlichen Parteien auf Unverständnis.

Die Führung der SPD gab sich nach dem Ersten Weltkrieg immer wieder gesprächsbereit für Koalitionsverhandlungen mit bürgerlichen Parteien und es kam zu unterschiedlichen Zeiten zu verschiedenartigen Koalitionen. Unter anderem begründete die Parteiführung dies mit der politischen Krisenerfahrung aus den ersten Jahren der Weimarer Republik. Ferner war sie auch darauf bedacht, ihren politischen Auftrag vor allem im parlamentarischen Rahmen und nicht außerhalb des Parlaments auszuüben. Kritik an dieser Ausrichtung gab es von der partei-internen linken Fraktion. Beispielsweise kritisierte Paul Löbe Ende der 1920er Jahre die Taktik der SPD als „halbe Opposition“<sup>295</sup>.

Die Koalitionsoffenheit sowie die Konzentration auf den parlamentarischen Rahmen waren zentrale Kritikpunkte, denen sich auch Kosovski anschloss. Er analysierte, dass eine Politik der kleinen Schritte aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in die Nachkriegszeit übertragen worden sei. Kosovski hielt dies zwar für eine richtige strategische Ausrichtung für die Jahre des Kaiserreiches, da damals niemand von einem politischen Umsturz ausgehen konnte und besonders die deutschen Gewerkschaften durch ihre zähe Verhandlungstaktik reale Verbesserungen für die deutschen ArbeiterInnen erreicht hätten. Jedoch betrachtete er dieses Vorgehen für die 1920er Jahre als strategischen Fehler, weil die von der SPD-Parteiführung praktizierte Koalitionsoffenheit zu bürgerlichen Parteien nun ohne Not geschehen sei. Nach Kosovski sei diese sogar „besonders schädlich, weil dadurch unser Ansehen bei den Massen schwindet“<sup>296</sup>. Anders als für die SPD kämen für bürgerliche Parteien solche Koalitionen ausschließlich als letzter „Ausweg aus einer ‚Sackgasse‘“<sup>297</sup> infrage. Außerdem war in seinen Augen die strategische Engführung der Parteiarbeit auf die Arbeit in den Parlamenten ein weiterer Grund dafür, dass die SPD weder ArbeitnehmerInnenrechte verteidigen noch die Schwächung der ArbeiterInnenbewegung insgesamt verhindern konnte. Insgesamt habe das vorsichtige politische Handeln der SPD-Parteiführung zu

---

**294** So drückt sich beispielsweise David Dalin in einem Artikel im Jahre 1930 aus. Vgl. Dalin, David: Ser'eznyj krizis. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 21 (08.11.1930). S. 9–11. Hier S. 10.

**295** Zitiert nach: Kosovski, Vladimir: Links un rekhts in der daytsher sotsial-demokratie. Der alter kamf oyf a naves shteyger. In: Di tsukunft, Vol. 33 (1928), Nr. 2.

**296** Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Di maynungs-fershiedenhayten in der groyser partey. In: Di tsukunft, Vol. 30 (1925), Nr. 11.

**297** Kosovski, Vladimir: Links un rekhts in der daytsher sotsial-demokratie. Der alter kamf oyf a naves shteyger. In: Di tsukunft, Vol. 33 (1928), Nr. 2.

einer Spaltung der ArbeiterInnenbewegung geführt und diese zu politischer Mutlosigkeit erzogen.<sup>298</sup>

Die falsche politische Taktik der größten deutschen Partei der ArbeiterInnenbewegung war für Kosovski eine Grundproblematik, mit der die Weimarer Republik seit der Novemberrevolution zu kämpfen hatte. Größtes Problem sei damals gewesen, dass die RevolutionärInnen die BeamtInnenschaft nicht in letzter Konsequenz ausgetauscht habe. Ergebnis dieses zögernden Auftretens sei, dass der ArbeiterInnenbewegung nun auch innerhalb der Republik eine reaktionäre und in großen Teilen feindliche BeamtInnenschaft gegenüberstehe, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg in den Verwaltungsstrukturen gearbeitet habe und besonders stark im Polizei- und Justizapparat vertreten sei. In Kosovskis Augen wäre es nötig gewesen, im Zuge der Novemberrevolution die dortigen MitarbeiterInnen durch überzeugte RepublikanerInnen zu ersetzen.<sup>299</sup> Allerdings sei der politische Kurs der MSPD nach der Novemberrevolution ausschließlich auf politische Stabilität ausgerichtet gewesen. Dies hätte sowohl die personelle Neuausrichtung der staatlichen Verwaltung als auch die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft verhindert. Die deutsche ArbeiterInnenschaft habe damit den Moment verpasst, in dem sie in der Lage war, eigene Positionen durchzusetzen und die Ansinnen von BürgerInnentum, Großindustriellen und anderen GegnerInnen des Proletariats zurückzudrängen.<sup>300</sup>

Die Folgen dieser politischen Fehlentscheidungen seien laut Kosovski besonders in den Krisen Jahren 1922 bis 1924 spürbar gewesen. In dieser Zeit sei die Republik mit einer Gefährdung von Innen konfrontiert gewesen, die von republikanischen Strukturen nicht konsequent abgewehrt werden konnte. Dies habe zur Folge gehabt, dass auf politischer Ebene Versammlungs- und Streikrechte eingeschränkt wurden, wodurch die Weimarer Republik ihren bisherigen Status als „freieste Republik der Welt“<sup>301</sup> verloren habe. Hinzu kam, dass die in dieser Situation durchaus sinnvollen restriktiven Gesetze von den Verwaltungsstrukturen fast ausschließlich gegen Versammlungen der ArbeiterInnenbewegung angewandt worden seien – für Kosovski ein besonderes Paradoxon, da die Millionen in sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften organisierten ArbeiterIn-

---

**298** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der krizis in der daytsher sotsial-demokratie. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 2.

**299** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der krizis fun der daytsher republik. In: Di tsukunft, Vol. 27 (1922), Nr. 9.

**300** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der daytsher pogrom un die dayshe sotsial-demokratie. Di lage in daytshland. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 1.

**301** Kosovski, Vladimir: Der krizis in der daytsher sotsial-demokratie. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 2.

nen einer der wenigen Träger der „Republik ohne Republikaner“<sup>302</sup> waren. Zugleich sah er hierin ein weiteres Problem: Die Verteidigung der Republik gegen reaktionäre Angriffe durch die ArbeiterInnenschaft führe dazu, dass die Parteien der ArbeiterInnenbewegung nicht mehr in der Lage seien, eigene politische Forderungen gegenüber den bürgerlichen Parteien zu artikulieren, geschweige denn durchzusetzen. Statt den – für Kosovski notwendigen – Klassenkampf fortzusetzen und für eine sozialistische Republik zu streiten, sei die wiedervereinigte deutsche Sozialdemokratie aufgrund der beschriebenen Geburtsfehler der Republik dazu gezwungen, zusammen mit Teilen des Bürgertums einen Abwehrkampf um den Erhalt der Republik zu führen. Die hierfür sichtbarste gesellschaftliche Entwicklung sei die Gründung des *Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold* gewesen, das „Anhänger der SPD, der liberalen Deutschen Demokratischen Partei und der katholischen Zentrumspartei zur Verteidigung der Republik zusammenfaßte“<sup>303</sup>. Trotz all der bestehenden Kritik blieb die SPD für Kosovski jedoch weiterhin die einzige Partei, welche die deutsche ArbeiterInnenschaft einigen und elementare politische Verbesserung herbeiführen könne:

Unabhängig davon, wie die neue Art des Reformismus, der momentan die Politik der deutschen S[ozial] D[emokratischen] Partei bestimmt, ihre Werbefähigkeit und Stoßkraft vermindert, bleibt sie und wird sie die eigentliche Partei des deutschen Proletariats bleiben. Die einzige, die fähig ist, den größten Teil der deutschen Arbeiterklasse unter einer Fahne zu vereinen. [...]

Diese Aufgabe kann nur die S[ozial] D[emokratische] Partei leisten. Mit den Kommunisten kann in dieser Hinsicht nicht gerechnet werden.<sup>304</sup>

Diese Einschätzung ist programmatisch für die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Allerdings sah Kosovski die 1923 bestehende Hoffnung, dass sich durch die vollzogene Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien der „nüchterne Realismus“ der MSPD mit dem „revolutionären Idealismus“ der USPD zu einer positiven Synthese vereinigen würde, bereits Ende der 1920er

---

**302** Kosovski, Vladimir: Der triumf fun der daytsher reaktisie. Di sotsialisten un di komunisten. In: *Di tsukunft*, Vol. 29 (1924), Nr. 7.

**303** Büttner, Weimar, S. 68.

**304** Kosovski, Vladimir: Links un rekhts in der daytsher sotsial-demokratie. Der alter kamf oyf a naves shteyger. In: *Di tsukunft*, Vol. 33 (1928), Nr. 2. An dieser Positionierung sollte der polnische *Bund* auch nach der Abspaltung der SAP von der SPD grundsätzlich festhalten. Er unterstützte die SAP inhaltlich, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass eine Abspaltung dem Sozialismus auch schaden könnte. Vgl. N. N.: A briv fun z. k. fun „bund“ in poyln tsu der „sotsialistischer arbeter-party“ in daytshland. In: *NF*, Vol. 6 (1931), Nr. 319 (24.11.1931). S. 3.



Jahre als widerlegt an.<sup>305</sup> Seiner Analyse nach hatte sich der rechte Parteiflügel der deutschen Sozialdemokratie in fast allen Bereichen durchgesetzt, wodurch die „Romantik des revolutionären Marxismus‘ in der Nüchternheit des ‚Staatsmännischen‘ untergegangen“<sup>306</sup> sei.

Die Sichtbarmachung der innerhalb der SPD bestehenden linken Opposition war für Kosovski ein wichtiges Themenfeld, das er sicherlich auch aufgrund seiner eigenen politischen Verortung immer wieder in den Blick nahm. Definitiv ging er dabei von einer grundlegenden Unterscheidung zwischen zwei Fraktionen aus, die er nicht anhand der ehemaligen Trennlinie zwischen USPD und MSPD fasste, sondern folgendermaßen charakterisierte: „Für die Rechten [SozialdemokratInnen] stehen die Interessen der ‚Gemeinschaft‘ im Vordergrund – der Nation, des Vaterlandes, des Staates, der nationalen Wirtschaft. Für die Opposition sind die Interessen der Klasse maßgeblich.“<sup>307</sup> Auf Grundlage dieser Definition nahm Kosovski bekannte ehemalige USPD-Mitglieder wie Rudolf Hilferding, Wilhelm Dittmann, Paul Hertz und „selbst [Arthur] Crispian“ nicht als Teil der innerparteilichen linken Opposition wahr, sondern rechnete sie dem von Otto Wels und Rudolf Breitscheid angeführten rechten Parteiflügel zu.<sup>308</sup> Dieser Parteimehrheit warf Kosovski vor, dass sie mit der Behauptung, dass der Weg zum Sozialismus auf friedliche und parlamentarisch-demokratische Weise vorstattengehen könne, eine Illusion unter der ArbeiterInnenschaft verbreiten würde. Für Kosovski war die politische Struktur der Weimarer Republik eine bürgerliche Gesellschaftsform, aus der heraus die ArbeiterInnenklasse die politische und wirtschaftliche Macht kämpferisch ergreifen und so den Weg zum Sozialismus ebnen müsse.

Die Folgerung daraus ist nicht, dass die Demokratie keinen Wert für die Arbeiter hat. Mit Sicherheit bleibt die demokratische Republik ausnahmslos der beste Boden, auf dem sich die Arbeiterklasse organisieren und sich darauf vorbereiten kann, die politische Macht in ihre Hände zu nehmen.<sup>309</sup>

---

**305** Vgl. Kosovski, Vladimir: Links un rekhts in der daytsher sotsial-demokratie. Der alter kamf oyf a naves shteyger. In: Di tsukunft, Vol. 33 (1928), Nr. 2.

**306** Kosovski, Vladimir: Links un rekhts in der daytsher sotsial-demokratie. Der alter kamf oyf a naves shteyger. In: Di tsukunft, Vol. 33 (1928), Nr. 2.

**307** Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 8.

**308** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 8.

**309** Kosovski, Vladimir: Links un rekhts in der daytsher sotsial-demokratie. Der alter kamf oyf a naves shteyger. In: Di tsukunft, Vol. 33 (1928), Nr. 2.

Zum linken Parteiflügel zählte Kosovski in den 1920er Jahren SozialdemokratInnen wie Siegfried Aufhäuser, Paul Levi, Kurt Rosenfeld und Toni Sender.<sup>310</sup> Die AnhängerInnenschaft dieses Parteiflügels entstammte mehrheitlich städtischen Ballungszentren und Industrieregionen wie Thüringen, Sachsen und Berlin oder den Einzugsgebieten um Halle und Frankfurt am Main.<sup>311</sup> Parteiintern verfügte der linke Flügel über wenig tatsächliche Macht. Die genannten VertreterInnen vertraten diesen zwar auf Parteitag, ihr Flügel hatte aber keine Repräsentanz in höheren Parteigremien. Dennoch bezifferte Kosovski die innerparteiliche Zustimmung zum linken Parteiflügel unter Parteitagsdelegierten auf einen Anteil zwischen 25 und 40 Prozent.<sup>312</sup> Bei der Parteibasis vermutete er sogar eine noch größere Zustimmung und eine damit einhergehende bestehende Skepsis gegenüber der Parteiführung.<sup>313</sup>

Eine im Zusammenhang mit Berichten über die linke Opposition aufkommende Frage war die nach Rechten und Möglichkeiten von parteiinternen Minderheiten. Bei der Darstellung der linken Parteifraktion der SPD verwies Kosovski auf seiner Meinung nach bestehende Defizite in der innerparteilichen Demokratie und Parteiorganisationsstruktur. In einem Artikel über den 1924 in Berlin stattfindenden SPD-Parteitag stellte er mit Nachdruck fest, dass keine KandidatInnen des linken Parteiflügels ins Zentralkomitee gewählt wurden und zitierte in diesem Zusammenhang die Kritik der Delegierten Toni Sender: „Demokratie heißt nicht nur, dass die Mehrheit ihren Willen durch Beschlüsse durchsetzen kann. Demokratie heißt auch, Minderheitenrechte zu wahren.“<sup>314</sup> Bereits einige Monate zuvor

---

**310** Vgl. Abramovič, Rafail: Di „linke“ un di „rekhte“ in der daytsher sotsialdemokratischer partey. In: Forverts, Vol. 30 (1927), Nr. 10.855 (03.08.1927). S. 3; Nr. 10.856 (04.08.1927). S. 7; Nr. 10.857 (05.08.1927). S. 2.

**311** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung. In: Di tsukunft. Vol. 29 (1924), Nr. 8.

**312** Während des Parteitags im Mai 1924 in Berlin bestand die Parteiopposition nach Abstimmungsergebnissen aus einem Drittel der Delegierten (vgl. Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 8), beim Heidelberger Parteitag im September 1925 aus einem Viertel der Delegierten (vgl. Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Di maynungs-fershiedenhayten in der groyser partey. In: Di tsukunft, Vol. 30 (1925), Nr. 11), beim Kieler Parteitag im März 1927 aus knapp einem Drittel der Delegierten (vgl. Kosovski, Vladimir: Der kiler partey tog. Di dayshe s. d. un di komunisten. In: Di tsukunft, Vol. 32 (1927), Nr. 8).

**313** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Di maynungs-fershiedenhayten in der groyser partey. In: Di tsukunft, Vol. 30 (1925), Nr. 11.

**314** Zitiert nach: Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Ohn a shtimung. In: Di tsukunft. Vol. 29 (1924), Nr. 8. Kosovski merkte ferner an, dass Arthur Crispian als einer von drei Parteivorsitzenden zwar wiedergewählt wurde, dieser aber nicht mehr zur innerparteilichen linken Opposition zu zählen sei.

berichtete Kosovski über angebliche Versuche der Parteiführung, innerparteiliche Kritik in parteinahen Publikationen zu verhindern: „Es reicht ein Blick in den Berliner ‚Vorwärts‘, um sich davon zu überzeugen, dass die Freiheit der Kritik in der Partei nicht respektiert wird: Im Zentralorgan der Partei kommt die Opposition überhaupt nicht zu Wort.“<sup>315</sup>

Ein Jahr später berichtete Kosovski über einen höchst umstrittenen Antrag, der von Teilen des linken Parteiflügels auf dem Parteitag in Heidelberg eingebracht wurde. Delegierte aus Frankfurt am Main beantragten, dass „in das Zentralkomitee nur solche Genossen gewählt werden, die in Kontakt zu den Arbeitermassen stehen“<sup>316</sup>. Die AntragstellerInnen argumentierten, dass die Parteien der ArbeiterInnenbewegung hierarchisch strukturiert seien und die Parteiführung oftmals jahrelang nicht ausgetauscht werde. Die Verhinderung des Nachrückens neuer Kräfte habe zur Folge, dass die Partei aufgrund von entstehenden Routinen innerhalb der Führungsriegen konservativer werde. Dieser vermeintlichen Entwicklung sollte mit dem Antrag entgegengewirkt werden. Kosovski interpretierte den Antrag vordergründig als einen persönlichen Angriff auf Teile der Parteiführung – für ihn auch der wesentliche Grund dafür, dass der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Die deutliche Ablehnung sah er jedoch nicht als Zurückweisung der inhaltlichen Forderung: „Wie wir sehen, war die Resolution gegen konkrete Personen gerichtet. Jedoch berührt das grundsätzliche Bestreben eine schmerzliche Frage. Alle sozialistischen Parteien leiden unter einem großen strukturellen Fehler: [...] frische Kräfte können bloß unter größten Anstrengungen hierarchisch aufsteigen.“<sup>317</sup> Aus diesem Grund habe der Antrag eine „wichtige Frage über Führung innerhalb der Partei“<sup>318</sup> berührt.

Es erscheint naheliegend, dass Kosovskis besonderer Fokus auf die Wahrung der Rechte parteiinterner Minderheiten auf seine Erfahrung als Bundist innerhalb der SDAPR zurückzuführen ist. Seine Kritik an einer fehlenden Beachtung von innerparteilichen Minderheitenrechten in der SPD begründete sich ferner in einer grundsätzlichen Überzeugung von einer sehr weit gefassten Rede- und Meinungsfreiheit. So lehnte er beispielsweise die inhaltlichen Positionierungen der

---

**315** Kosovski, Vladimir: Der krizis in der daytsher sotsial-demokratie. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 2. S. 102.

**316** Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Di maynungs-fershiedenhayten in der groyser partey. In: Di tsukunft, Vol. 30 (1925), Nr. 11.

**317** Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Di maynungs-fershiedenhayten in der groyser partey. In: Di tsukunft, Vol. 30 (1925), Nr. 11.

**318** Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytsher sotsial-demokratie. Di maynungs-fershiedenhayten in der groyser partey. In: Di tsukunft, Vol. 30 (1925), Nr. 11.

KPD ab, verteidigte aber dennoch deren Recht auf freie Meinungsäußerung.<sup>319</sup> Selbst als die Parteien der KI in den 1930er Jahren offensiv die „Sozialfaschismusthese“ vertraten und die Sozialdemokratie als Gegner definierten, behielt er diese radikale Überzeugung bei und vertrat sie auch innerhalb der sozialistischen Bewegung. Auch in einem öffentlichen Glückwunschsreiben des Zentralkomitees des polnischen *Bund* anlässlich der 1931 vollzogenen Gründung der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (SAPD) argumentierte das Gremium, dem nun auch Kosovski angehörte, mit der fehlenden Wahrung von Minderheitenrechten innerhalb der SPD. Die SAPD, die als linke Abspaltung aus der SPD hervorging, habe sich gegründet, da die Rechte der innerparteilichen Opposition nicht gewährleistet worden seien.<sup>320</sup>

Ein weiteres Thema, auf das Kosovski in seiner Berichterstattung hinwies, war der geringe Frauenanteil innerhalb der ArbeiterInnenbewegung. Hierbei problematisierte er auch bestehende patriarchale Strukturen innerhalb sozialistischer Parteien. Beispielhaft gab er die Rede einer Sozialdemokratin auf einer Parteiversammlung wieder, in der diese über die Beziehung zwischen Mann und Frau berichtete und bestehende Ungleichbehandlungen anprangerte. Die nicht namentlich genannte Rednerin stellte das geringschätzig Verhalten von Männern gegenüber Frauen in der Politik dar und beschrieb, wie Frauen politische Teilhabe verwehrt und nicht zugetraut würde. In ihrem Redebeitrag verwendete sie dafür ein plastisches Alltagsbeispiel:

Wenn der Mann das Haus verlässt, nimmt er den Politikteil der Zeitung mit. Für das Weib hinterlässt er die Zeitungsbeilage mit der Chronik über Skandale. [...] Das Weib, meint er, versteht gar nichts von Politik. Politische Artikel und Aktuelles passen absolut nicht zu ihr.<sup>321</sup>

Ebenfalls nutzte Kosovski prozentuale Erhebungen, um die Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik zu verdeutlichen. In Bezug auf die SPD wies er auf Angaben zur Gesamtmitgliedschaft, auf die Geschlechterverteilung innerhalb der Reichstagsfraktion und bei der Vergabe von Parteiämtern hin. Die Anzahl weiblicher Reichstagsabgeordneter bezifferte Kosovski 1927 auf lediglich 16 von insgesamt 131. Der Gesamtanteil von Frauen innerhalb der SPD lag ihm zufolge 1924

---

**319** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der triumf fun der daytsher reaktisie. Di sotsialisten un komunisten. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 7.

**320** Vgl. N. N.: A briv fun z. k. fun „bund“ in poyln tsu der „sotsialistisher arbeter-partye“ in daytshland. In: NF, Vol. 6 (1931), Nr. 319 (24.11.1931). S. 3.

**321** Kosovski, Vladimir: Der Kampf far der republik in daytshland. In: Di tsukunft, Vol. 30 (1925), Nr. 1.

bei knapp zehn Prozent;<sup>322</sup> drei Jahre später hatte sich dieser aber bereits mehr als verdoppelt.<sup>323</sup> Trotz dieser ersichtlichen Steigerung schrieb Kosovski nachdenklich: „Frauen bilden in Deutschland mehr als die Hälfte der gesamten Wählerschaft. Von ihnen hängt in großem Maße das Resultat jeder Wahl ab. Bedauerlicherweise ist der Einfluss der Sozialdemokratischen Partei auf die Frauen aus der Arbeiterklasse noch sehr gering.“<sup>324</sup> Kosovski maß der Emanzipation von Frauen für das Vorankommen der ArbeiterInnenbewegung eine große Bedeutung bei, ein in den 1920er Jahren bei PolitikerInnen im Generellen, aber auch in der ArbeiterInnenbewegung weitestgehend unübliches Vorgehen.<sup>325</sup>

Ab 1929 analysierte Kosovski das erneute Erstarken der politischen Rechten in der Weimarer Republik. Besondere symbolische Bedeutung maß er einer gescheiterten Abstimmung im Reichstag bei, bei der die SPD zusammen mit den liberalen und bürgerlichen Parteien eine schmerzliche Niederlage erlitt. Seit der Ermordung Walther Rathenaus bestand das „Gesetz zum Schutze der Republik“, welches eine stärkere Ahndung von Handlungen, die sich gegen die Verfassung richteten, sowie ein Verbot von antirepublikanischen Parteien und Druckserzeugnisse ermöglichte.<sup>326</sup> Das Gesetz, das nur temporäre Gültigkeit besaß, konnte im Juni 1929 nicht verlängert werden, da es im Parlament die benötigte Zweidrittelmehrheit verfehlte. Zwar hatte dies keine direkten politischen Auswirkungen, da die Regierung mit einfacher Parlamentsmehrheit ein neues Gesetz verabschiedete;<sup>327</sup> jedoch bewertete Kosovski die gescheiterte Abstimmung als Hinweis darauf, „dass die faschistische Gefahr in Deutschland wächst“<sup>328</sup>. Weiter merkte er aber auch kritisch an, dass die Umsetzung dieses Gesetzes nicht ideal verlaufen sei. Es sei in den 1920er Jahren fast ausschließlich gegen die politische Linke, im Besonderen gegen die KPD, angewandt worden. Er befand es dennoch als notwendig, da es auch im deutschnationalen und faschistischen Spektrum

---

**322** Zitiert nach Kosovski, Vladimir: Der partey-tog fun der daytshe sotsial-demokratie. Ohn a shtimung. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 8. S. 469 und Kosovski, Vladimir: Der kiler partey tog. Di daytshe s. d. un di komunisten. In: Di tsukunft, Vol. 32 (1927), Nr. 8.

**323** Zitiert nach: Kosovski, Vladimir: Der kiler partey tog. Di daytshe s. d. un di komunisten. In: Di tsukunft, Vol. 32 (1927), Nr. 8.

**324** Kosovski, Vladimir: Der Kampf far der republik in daytshland. In: Di tsukunft, Vol. 30 (1925), Nr. 1.

**325** Vgl. auch Pickhan, Kossovsky, Portnoy and Others, S. 75.

**326** Zum Republikenschutzgesetz vgl. bspw. Büttner, Weimar, S. 190 – 193 und S. 390 f.

**327** Kosovski selbst berichtete über die Neueinführung eines Gesetzes noch aus Berlin. Vgl. Kosovski, Vladimir: A nayer oysnam-gezets. A brif fun daytshland. In: NF, Vol. 5 (1930), Nr. 21 (24.01.1930). S. 5.

**328** Kosovski, Vladimir: Politische tendentsen in daytshland. Di sotsial-demokratie un der fashizm. In: Di tsukunft, Vol. 14 (1929), Nr. 9.

missliebig sei. Wichtig erschien ihm, dass das Gesetz aus Perspektive der politischen Rechten „die verhasste ‚Judenrepublik‘ unter einen speziellen Schutz“ nahm und die Rückkehr des deutschen Kaisers und eine Wiedererrichtung der Monarchie ausschloss.<sup>329</sup>

Die Anzahl und Gewichtigkeit der zitierten Artikel bezeugen, dass sich Kosovski als wichtiger sozialistischer Analyst der politischen Situation in der Weimarer Republik profilierte. Kosovski betrachtete dabei die 1920er Jahre weniger als eine Phase der politischen Stabilität; vielmehr erschienen sie ihm als eine Zeit der verpassten Chance des Klassenkampfes zwischen ArbeiterInnenbewegung und bürgerlich-liberalem Milieu. Dieses Phänomen zeigte er besonders anhand der Politik der SPD auf: Anstatt den in seinen Augen notwendigen politischen Klassenkampf auszutragen, sei die deutsche Sozialdemokratie immer wieder Koalitionen mit liberalen Parteien eingegangen, um die bestehende bürgerliche Republik zu stabilisieren und vor faschistischen, monarchistischen und kommunistischen Bewegungen zu schützen. Nach Kosovski habe diese strategische Entscheidung den erhofften Weg zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verbaut, die Führungspersonen der deutschen ArbeiterInnenbewegung im Generellen und die der SPD im Besonderen seien diesen Weg nicht energisch genug vorangeschritten. Seine Warnungen vor dem Aufstieg der radikalen Rechten erfolgten bereits im Laufe des Jahres 1929. Seine Argumentation basierte dabei nicht ausschließlich auf ökonomischen und politischen Krisensymptomen, sondern befasste sich auch mit konkreten Gesetzen und bestehenden parlamentarischen Mehrheiten. Es ist zu vermuten, dass seine wachsame Analysefähigkeit sicherlich auch ein wesentlicher Grund dafür war, dass Kosovski Berlin bereits 1930 Richtung Warschau verließ.

Kosovski nahm als in Berlin lebender jiddischsprachiger Kritiker der deutschen Sozialdemokratie eine besondere Funktion ein. Seine Radikalität unterschied ihn von anderen ExilantInnen. Beispielsweise übte Rafail Abramovič als *Forverts*-Korrespondent deutlich weniger Kritik an der Ausrichtung der deutschen Sozialdemokratie. Neben der fraktionellen Zuordnung innerhalb des politischen Spektrums der SAI – Kosovski sah sich als Teil der linken Fraktion, Abramovič als Teil der gemäßigeren Mehrheitsfraktion – waren hierfür auch bestehende persönliche Netzwerke von großer Bedeutung: Kosovski verfügte über zahlreiche Kontakte zu polnischen BundistInnen; dagegen hatte er wenig Berührungspunkte mit SpitzenpolitikerInnen der SPD. Abramovič arbeitete mit Letztgenannten eng zusammen. Innerhalb des Exekutivkomitees der SAI traf er regelmäßig auf Arthur

---

329 Kosovski, Vladimir: Politische tendenzen in daytshland. Di sotsial-demokratie un der fashizm. In: Di tsukunft, Vol. 14 (1929), Nr. 9.

Crispien und er verfügte durch seine politischen Repräsentationsaufgaben über zahlreiche weitere Kontakte in die parteipolitische Spitze der deutschen Sozialdemokratie. Nichtsdestotrotz war auch Abramovič kein Vertreter der politischen Agenda der SPD-Parteiführung. Er berichtete frei von parteipolitischen Zwängen und auch er setzte sich kritisch mit der Frage auseinander, inwieweit die SPD politische Erfolge im Kampf für den Sozialismus vorzuweisen habe.

#### 4.3.3 Wahrnehmung der Krisenjahre der Weimarer Republik

In den 1930er Jahren wurde die Krisensituation im Land zum zentralen Fokus der Berichterstattung der ExilantInnen über die Weimarer Republik. Die ab Herbst 1930 verfassten Artikel zeugen von einem detaillierten Wissen darüber, dass die parlamentarische Demokratie nun ein weiteres Mal gefährdet war. In ihnen wurden die dramatischen politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen, das Erstarken der politischen Rechten und die daraus resultierenden begrenzten Handlungsoptionen für die organisierte ArbeiterInnenschaft verhandelt. Im Februar 1931 formulierte Kosovski, der bereits in Warschau lebte, die Beobachtung, dass die „politische Luft in Deutschland getränkt ist vom Faschismus“<sup>330</sup>. Pëtr Garvi sah schon im Herbst 1930 „einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Republik“<sup>331</sup> und David Dalin gab im September 1932 einen Witz aus der deutschen Presse wieder, der die schwierige politische Situation im Land karikierte: „Deutschland – was für ein freudiges Land. Sein Volk arbeitet sechs Tage lang und am siebten Tag darf es wählen gehen.“<sup>332</sup> Der Witz, der kurz nach der Verkündung erneuter Reichstagswahlen für November 1932

---

**330** Kosovski, Vladimir: Di politishe lage in daytshland. In: NF, Vol. 6 (1931), Nr. 42 (13.02.1931). S. 4. Eine ähnliche Formulierung wählte Rafail Abramovič in einem Artikel vom 21.12.1930 über faschistische Bewegungen in Europa: „Ganz Europa ist jetzt voll mit dem Wort ‚Faschismus‘. Die Zeitungen hören nicht auf, über den Faschismus zu schreiben. Auf Versammlungen, in privaten Gesprächen, in U-Bahnen und in Autos diskutiert man über Faschismus.“ (Abramovič, Rafail: Di fashisten saynen a gresere gefahr vi men maynt. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.083 (21.12.1930). S. 1 (Section Two) und S. 3 (Section One). Hier S. 1 (Section Two).)

**331** Garvi, Pëtr: Ispytanie demokratii. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 19–21. Hier S. 21.

**332** Zitiert nach: Dalin, David: Novye vybory v Germanii. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 17/18 (26.09.1932). S. 12–14. Hier S. 12.

kursierte, verwies auf die zahlreichen Wahlen im Land, die zu keiner Verbesserung der Lebenssituation führten.<sup>333</sup>

Innerhalb der sich rasant verändernden politischen Situation gab es zwei Ereignisse, die bis Ende 1932 vonseiten der zeitgenössischen sozialistischen Presse als besonders einschneidend wahrgenommen wurden. Beide Ereignisse waren Ausdruck einer antirepublikanischen Stimmung und verschoben die jeweiligen politischen Machtverhältnisse weiter ins antirepublikanische Spektrum: Am 14. September 1930 ging die NSDAP mit einem Stimmenanteil von 18,3 % erstmalig als große Gewinnerin aus einer Reichstagswahl hervor. Von nun an war im Parlament eine faschistische Partei mit großen Stimmenanteilen vertreten und eine Regierungsbildung abseits einer Großen Koalition zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien, die aus unterschiedlichen Gründen bereits vor der Wahl beidseitig ausgeschlossen worden war, war aufgrund der schwierigen politischen Konstellation nicht mehr möglich. In dieser für die parlamentarische Demokratie schwierigen Situation legte sich der amtierende Reichskanzler Heinrich Brüning nach langen Verhandlungen auf eine durch die Reichstagsfraktion der SPD tolerierte Präsidialregierung fest.<sup>334</sup> Knapp zwei Jahre später folgte am 20. Juli 1932 mit dem „Preußenschlag“ ein weiteres für die sozialistische Presse besonders bedrückendes Ereignis. Bei diesem „Staatsstreich gegen die letzte Bastion der Republik“<sup>335</sup> wurde die sich nach einer Wahl geschäftsführend im Amt befindende sozialdemokratisch geführte Regierung durch eine Notverordnung vom wenige Wochen zuvor eingesetzten Reichskanzler Franz von Papen ihres Amtes enthoben. Der Ministerpräsident Otto Braun, dessen sozialdemokratischer Parteikollege und Innenminister Carl Severing sowie alle weiteren Minister des Landes Preußen mussten wegen einer angeblich gefährdeten öffentlichen Sicherheit ihre Regierungsgeschäfte abgeben.<sup>336</sup> Die deutsche Sozialdemokratie wurde damit ihrer letzten Regierungsverantwortung enthoben und hatte zum ersten Mal seit Beginn der Weimarer Republik nirgendwo mehr Einfluss auf die Exekutive.

In der jiddischsprachigen Presse wurden diese Krisenmomente ausgiebig verhandelt. Kosovski mahnte im Februar 1931, dass der deutsche Faschismus

---

**333** Im März und April 1932 wurde in zwei Wahlgängen der Reichspräsident gewählt, im Juli und November der Reichstag, im April der Preußische Landtag. Hinzu kamen weitere in dieser Zeit stattfindende Landtagswahlen.

**334** Für die Entwicklungen in der Weimarer Republik rund um die Wahl vom 14.09.1930 vgl. Büttner, Weimar, S. 418 – 423.

**335** Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983. Frankfurt am Main 1983. S. 152.

**336** Vgl. Büttner, Weimar, S. 470 – 473.



nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Gefahr darstelle.<sup>337</sup> Abramovič konstatierte wenige Monate zuvor, dass die Weimarer Republik neben einer ökonomischen auch eine politische Krise zu bewältigen habe. Auch wenn Stimmengewinne für die NSDAP bei der Reichstagswahl im September 1930 bereits zuvor abzusehen gewesen seien, betrachtete er den tatsächlichen Stimmenzuwachs als gewaltige Steigerung und unerwartete Überraschung. Einen wichtigen Grund für den Erfolg der faschistischen Partei sah er in der Rekrutierung von bisherigen Nicht- und ErstwählerInnen. Der SPD warf er vor, dass sie sich gegenüber WählerInnenschichten verschlossen habe und Teile der Gesellschaft nicht mehr erreichen würde.<sup>338</sup> Wenige Wochen später konstatierte er niedergeschlagen:

Wie schrecklich hat sich die europäische Situation in den letzten zwei bis drei Jahren verändert! Wie anders hat die Welt und die politische Zukunft beispielsweise nach dem glänzenden Sieg der deutschen Sozialisten bei der [Reichstags-]Wahl im Mai 1928 ausgesehen! Damals (mit Ausnahme von Italien) war die faschistische Bewegung nur in einigen kleinen und unbedeutenden Staaten, in den stagnierenden Ländern an der Grenze zu Russland. Jetzt ist die Wolke so groß und so finster geworden, dass sie droht, ganz Europa zu verdecken.<sup>339</sup>

Abramovič versuchte, die Entwicklungen in der Weimarer Republik in einen transnationalen europäischen Kontext einzubetten. 1930 sah er in allen europäischen Ländern, die unter dem Ersten Weltkrieg stark gelitten und Schwierigkeiten mit späteren Friedensabkommen hatten, ein Erstarken der politischen Rechten. In Ländern wie Deutschland, Österreich, Ungarn, Litauen und Jugoslawien würden sich in unterschiedlicher Weise politische und ökonomische Krisenfaktoren mit unbefriedigten imperialen und nationalen Bestrebungen mischen, weswegen die jeweiligen reaktionären Kräfte in den Ländern überproportional stark unterstützt würden.<sup>340</sup> Besonders alarmierend war für Abramovič die Situation in Deutschland und der Zweiten Polnischen Republik. Während er in Polen von einem

---

**337** Vgl. Kosovski, Vladimir: Di politishe lage in daytshland. In: NF, Vol. 6 (1931), Nr. 42 (13.02.1931). S. 4.

**338** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Vi groys iz di itstige fashistische gefahr in daytshland? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.035 (09.11.1930). S. 2 (Section Two).

**339** Abramovitsh, Rafail: Di fashisten saynen a gresere gefahr vi men maynt. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.083 (21.12.1930). S. 1 (Section Two) und S. 2 (Section One). Hier S. 1 (Section Two).

**340** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Di fashisten saynen a gresere gefahr vi men maynt. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.083 (21.12.1930). S. 1 (Section Two) und S. 2 (Section One).

„verbitterten Kampf gegen die militärische Diktatur“<sup>341</sup> sprach, der in einem Bürgerkrieg und einer daraus hervorgehenden faschistisch-militärischen Diktatur enden könnte, analysierte er für Deutschland ein Zerbrechen des politischen Gleichgewichtes und eine enorme Steigerung nationalistischer Stimmungen.<sup>342</sup>

Mit der Krisensituation zu Beginn der 1930er Jahre nahm Abramovič zugleich eine Neubewertung der politischen Verhältnisse in den 1920er Jahren vor. Nach der Überwindung der Krise von 1923 sah er die parlamentarische Republik in Deutschland als weitgehend gefestigt an. Die demokratische Republik empfanden die ExilantInnen dabei als die beste bisher bestehende Staatsform für die ArbeiterInnenschaft, da diese sich hierin als Klasse organisieren und zur Macht finden könne.<sup>343</sup> Die Kritik an der SPD erfolgte in den 1920er Jahren aus diesem Selbstverständnis heraus. 1928, nach der Kabinettsbildung unter der Führung des Sozialdemokraten Hermann Müller, kritisierte Abramovič, dass die SPD in den Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionspartnern wenig sozialdemokratisch-republikanische Forderungen durchsetzen konnte. Dies führte er darauf zurück, dass die bürgerlichen Parteien im Laufe der 1920er Jahre an politischer Stärke gewonnen hätten.<sup>344</sup> Mit zwei Jahren Abstand, wenige Wochen nach den Reichstagswahlen vom Herbst 1930, hatte sich das Selbstverständnis der gesamtgesellschaftlichen Lage in der Weimarer Republik verändert. Die Regierungsbildung von 1928 sah Abramovič nun in einem völlig anderen Licht. Sie sei ein „glänzender Sieg der deutschen Sozialdemokratie“<sup>345</sup> gewesen. Das zwischen 1923 und 1930 bestehende „Gleichgewicht der Kräfte“<sup>346</sup> zwischen bürgerlich-republikanischen Parteien auf der einen und Parteien der ArbeiterInnenbewegung auf der anderen Seite betrachtete er im Kontext der bestehenden politischen Krise nicht mehr als republikanischen Schwachpunkt, sondern als vergangene Stärke.

---

**341** Abramovitsh, Rafail: Vi groys iz di itstige fashistishe gefahr in daytshland? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.035 (09.11.1930). S. 2 (Section Two).

**342** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Vi groys iz di itstige fashistishe gefahr in daytshland? In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.035 (09.11.1930). S. 2 (Section Two).

**343** Vgl. hierzu auch Dan, Fëdor: Krizis demokrati i krizis diktatury (Teil II). In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 12 (26.06.1926). S. 3–11. Hier S. 7.

**344** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Die naye regiring in daytshland. In: Forverts, Vol. 31 (1928), Nr. 11.198 (13.07.1928). S. 5f.

**345** Abramovitsh, Rafail: Di fashisten saynen a gresere gefahr vi men maynt. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.083 (21.12.1930). S. 1 (Section Two) und S. 2 (Section One). Hier S. 1 (Section Two).

**346** Abramovitsh, Rafail: In daytshland kumt itst for a politisher krizis. In: Forverts. Newark Edition, Vol. 31 (1929), Nr. 11.428 (29.03.1929). S. 4f.

Dieses Gleichgewicht sei ein Garant für die Stabilität der Weimarer Republik gewesen.<sup>347</sup>

Im Zuge dieser grundlegenden Krise veränderte sich auch die Berichterstattung über die deutsche Sozialdemokratie. Verstärkt trat nun die Frage, welche Taktik die SPD als führende Partei der deutschen ArbeiterInnenschaft im Kampf gegen den Nationalsozialismus anwenden könne, in den Vordergrund. Abramovič schwankte in seiner diesbezüglichen Analyse: Auf der einen Seite führte ihn die Sorge, dass die NSDAP Regierungsverantwortung und damit reale Machtbefugnisse über behördliche Strukturen bekommen könnte, dazu, dass er sozialdemokratisch-bürgerliche Parteibündnisse verteidigte.<sup>348</sup> Auf der anderen Seite bestand ein von ihm formulierter großer Wunsch darin, dass die SPD als größte und am besten organisierte sozialdemokratische Partei in Europa die deutsche ArbeiterInnenschaft in der außerparlamentarischen Auseinandersetzung anführen solle. Die SPD müsse sowohl gegen die NationalsozialistInnen als auch gegen die aktuelle Regierungspolitik, die sich, wenn auch in qualitativ anderer Form, ebenfalls gegen die ArbeiterInnenschaft richtete, Stärke zeigen.<sup>349</sup>

In dieser schwankenden Argumentation bildet sich in gewisser Weise auch das zeitgenössische realpolitische Dilemma der FührungspolitikerInnen der SPD ab. Dadurch, dass der Erhalt der parlamentarischen Republik in Gefahr war, rückte der von großen Teilen der ArbeiterInnenbewegung angestrebte Übergang von der parlamentarischen Republik zum Sozialismus auch rhetorisch immer weiter in den Hintergrund. Aus der Gefahr heraus ergab sich als kleineres Übel die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit bürgerlichen und liberalen Parteien. Kosovski blieb anders als Abramovič in seiner Argumentation geradliniger. Er kritisierte in deutlicher Form die Aufgabe des Klassenkampfes und betrachtete die Tolerierungspolitik der SPD im Reichstag als mitverantwortlich für politische Entscheidungen, die sich gegen die ArbeiterInnenschaft richteten. Weil die Sozialdemokratie in seinen Augen keine Alternative aufzeigte, fürchtete Kosovski die Entstehung einer sich verbreitenden antiparlamentarischen Stimmung innerhalb

---

**347** Vgl. Abramovitsh, Rafail: In daytshland kumt itst for a politisher krizis. In: Forverts. Newark Edition, Vol. 31 (1929), Nr. 11.428 (29.03.1929). S. 4 f.

**348** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Der letster fashistisher kongres in daytshlant hot faraynigt di arbeyter un orime masen gegen fashizm. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 35 (1931), Nr. 12.417 (22.11.1931). S. 5.

**349** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Dayshe arbeyter saynen grayt mit vafen tsu fartaydigen di republik gegen di hitlerishen. In: Forverts. Boston Edition, Vol. 35 (1932), Nr. 12.509 (22.02.1932). S. 3; Abramovitsh, Rafail: Daytshland's shikzal vert entshiden veren in di zvey kumende elekshons. In: Forverts. Boston Edition, Vol. 35 (1932), Nr. 12.552 (05.04.1932). S. 4 f.

der ArbeiterInnenschaft, die den NationalsozialistInnen zugutekommen würde.<sup>350</sup>

Eine Debatte über die politische Ausrichtung der deutschen Sozialdemokratie fand auch innerhalb der SPD statt. Eine hieraus resultierende Reaktion war 1931 die Gründung der SAPD.<sup>351</sup> In zahlreichen politischen Positionierungen stimmten die Mitglieder der SAPD mit der Mehrheit der in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen überein. Sie unterschieden sich jedoch in einem für die ExilantInnen wesentlichen Punkt: Die Mitglieder der SAPD sowie weitere deutsche linke Intellektuelle wie Käthe Kollwitz, Albert Einstein und Heinrich Mann setzten sich erneut für die Idee einer „proletarischen Einheitsfront“ ein.<sup>352</sup> Die ExilantInnen hatten sich dagegen von dieser Idee aufgrund ihrer Bewertung der politischen Entwicklungen in der Sowjetunion bereits seit Langem verabschiedet. Dennoch wurde das Thema im Zuge der nationalsozialistischen Bedrohung auch in der Exilpresse wieder aufgenommen. Das Scheitern einer „proletarischen Einheitsfront“ schrieben die ExilantInnen ausschließlich der KPD und ihrer engen Bindung zur Sowjetunion zu.<sup>353</sup> Im positiven Sinne wurde der Begriff „Einheitsfront“ ausschließlich für die Verbindung zwischen sozialdemokratischen, christlichen und liberalen Gewerkschaftsstrukturen verwendet. Hierbei handelte es sich um eine konkrete Reaktion auf die „nationale Front“, die sich bei einem Treffen der radikalen Rechten in Harzburg gebildet hatte.<sup>354</sup> Eine Beteiligung von KPD-nahen Organisationen an diesem Zusammenschluss lehnten die ExilantInnen konsequent ab.

Der wenige Tage vor den Reichstagswahlen im Juli 1932 stattfindende „Preußenschlag“ traf die sozialistische Bewegung Berlins unerwartet. Zwar berichteten auch die jiddischsprachigen sozialistischen Zeitungen vorab über die im April 1932 stattfindenden Wahlen, bei denen die sozialdemokratisch geführte Regierung nicht ganz unerwartet ihre Mehrheit verlor und anschließend, da im Parlament keine Mehrheiten zustande kamen, eine geschäftsführende Fortführung der Regierungsgeschäfte durch die alte Regierung angestrebt wurde. Da es

---

**350** Vgl. Kosovski, Vladimir: Vos lernen unz di dayshe valn? In: NF, Vol. 5 (1930), Nr. 230 (03.10.1930). S. 4.

**351** Vgl. hierzu Büttner, Weimar, S. 420 – 423.

**352** Vgl. Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert. Berlin 2007. S. 103.

**353** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Der letster fashistisher kongres in daytshland hot faraynigt di arbeyter un orime masen gegen fashizm. In: Forverts. General Mail Edition, Vol. 35 (1931), Nr. 12.417 (22.11.1931). S. 5; Dan, Fëdor: Der Vormarsch der deutschen Konterrevolution. In: Der Kampf, Vol. 25 (1932), Nr. 8/9.

**354** Vgl. Dan, Fëdor: V Germanii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 14.

vergleichbare Konstellationen jedoch bereits in anderen Bundesstaaten gegeben hatte, wurden diesbezüglich aber keine größeren Probleme erwartet.<sup>355</sup>

Die dann stattfindende Ablösung der sozialdemokratischen Regierung in Preußen war von zentraler politischer Bedeutung für das gesamte Land, da diese in der Weimarer Republik öfter einen Gegenpol zur Reichsregierung dargestellt hatte. Bereits 1928 merkte Abramovič an, dass der Putsch von 1923 auch durch das beherzte Agieren der preußischen Regierung verhindert wurde.<sup>356</sup> Ebenso verwies er 1931 auf das sozialdemokratisch geführte Innenministerium Preußens, das rechte paramilitärische Strukturen aufdeckte, die Staatsstriche planten.<sup>357</sup> Die besondere Bedeutung des Bundeslandes Preußen erklärt sich vor allen Dingen daraus, dass sich dieses über zwei Drittel des Territoriums der Weimarer Republik erstreckte. Die SPD stellte mit Carl Severing den preußischen Innenminister, wodurch sie in wichtigen Großstädten wie Berlin, Hamburg, Königsberg und Köln für die innere Sicherheit verantwortlich war und die dortigen Polizeipräsidenten ernannte.<sup>358</sup> Dieses Recht wurde ihnen mit der Absetzung der Regierung unter dem Ministerpräsidenten Otto Braun genommen. Ferner wurde anschließend auch der amtierende Berliner Polizeipräsident samt Stellvertreter inhaftiert, ein Schritt, der die politische Intention des „Preußenschlages“ verdeutlichte.<sup>359</sup>

Nach der Absetzung der sozialdemokratischen Regierung in Preußen sahen die ExilantInnen zwei mögliche politische Szenarien: Entweder würde ein Bürgerkrieg beginnen oder die Republik ein schnelles Ende finden. Die Hoffnung vieler bestand darin, dass die deutsche Sozialdemokratie sich nun aufgrund des Verlustes jeglicher Regierungsbeteiligung auf die außerparlamentarische Opposition konzentrieren würde. Wenige Wochen vor der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler zog Fëdor Dan beispielsweise ein kämpferisches Zwischenfazit. Er betonte, dass es nun an der deutschen ArbeiterInnenbewegung läge, die bisherige Abwehrschlacht in eine entscheidende Schlacht umzudeuten:

Die Konterrevolution hat ein großes Spiel begonnen. Sie hat aber der Arbeiterklasse auch eine große Lehre beigebracht: das nächste Mal muß die Sache gründlicher gemacht und bis zum Ende durchgeführt und nicht, wie im Jahre 1918, auf dem halben Wege verlassen

---

**355** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Vet hitler ibernemen di regirung in preysen? In: Forverts. Newark Edition, Vol. 36 (1932), Nr. 12.583 (06.05.1932). S. 3.

**356** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Die naye regirung in daytshland. In: Forverts, Vol. 31 (1928), Nr. 11.198 (13.07.1928). S. 5f.

**357** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Daytshland's shikzal vert entshiden veren in di zvey kumende elekshons. In: Foverts. Boston Edition, Vol. 35 (1932), Nr. 12.552 (05.04.1932). S. 4f. Hier S. 4.

**358** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Daytshland's shikzal vert entshiden veren in di zvey kumende elekshons. In: Foverts. Boston Edition, Vol. 35 (1932), Nr. 12.552 (05.04.1932). S. 4f. Hier S. 4.

**359** Vgl. Büttner, Weimar, S. 471f.

werden. Die Barone des Herrenklubs wollen alles zurückgewinnen. An der deutschen Arbeiterklasse liegt es, daß sie auch das restliche verlieren ...<sup>360</sup>

Auch im *Forverts* war ausführlich über die Einsetzung einer „Diktatur über Preußen“<sup>361</sup> zu lesen. Mehrere Wochen berichtete der Berliner Korrespondent Jakob Leshtsinsky auf der Titelseite der Zeitung über die politischen Entwicklungen in Berlin. Einen Schwerpunkt legte er dabei auf den bedrohlichen Antisemitismus, der im Vergleich zur zweiten Hälfte der 1920er Jahre besonders in Form von physischen Übergriffen eine erschreckende Zunahme zu verzeichnen hatte.

#### 4.3.4 Berichte über Antisemitismus in der Weimarer Republik

Der Antisemitismus der radikalen Rechten war seit dem sogenannten Scheunenviertel pogrom von 1923 in der Weimarer Republik zu einer realen Bedrohung für Jüdinnen und Juden geworden. Dies zeigt sich in der jiddischsprachigen Presse, in der nicht nur explizit über die Pogrome berichtet, sondern auch auf bestehende antisemitische Diskurse hingewiesen wurde. So verwies Kosovski im Zusammenhang mit dem Hitler-Ludendorff-Putsch vom 9. November 1923 auf Antisemitismus, der sich durch Begriffe wie „Judenrepublik“ und „jüdisch-marxistisches Joch“ ausdrücke.<sup>362</sup> Abramovič charakterisierte die NSDAP für seine jiddischsprachige LeserInnenschaft schlicht als „Antisemiten“ und verzichtete auf jegliche weitere Erklärung.<sup>363</sup> Leshtsinsky wies nach dem „Preußenschlag“

---

**360** Dan, Fëdor: Der Vormarsch der deutschen Konterrevolution. In: *Der Kampf*, Vol. 25 (1932), Nr. 8/9.

**361** Leshtsinsky, Jakob: Krigs tsushtand in berlin; Hindenburg fihrt ayn shtrenge diktatur; militer setst arunter sotsialistische tsivil beamte in preysen. In: *Forverts*. Boston Edition, Vol. 36 (1932), Nr. 12.659 (21.07.1932). S. 1.

**362** Vgl. Kosovski, Vladimir: Der daytsher pogrom un die daytshe sotsial-demokratie. Di lage in daytshland. In: *Di tsukunft*, Vol. 9 (1924), Nr. 1; Kosovski, Vladimir: Politische tendentsen in daytshland. Di sotsial-demokratie un der fashizm. In: *Di tsukunft*, Vol. 14 (1929), Nr. 9; Kabelmeldung aus Berlin: Daytshe antisemiten makhen demonstratsie in berlin un shrayen „toyt tsu yiden“. Abgedruckt in: *Forverts*, Vol. 27 (1923), Nr. 9.507 (15.11.1923). S. 1. Grigorij Binštok verwies in einer deutschsprachigen Publikation von 1932 ebenfalls auf den von der politischen Rechten genutzten Begriff „November-Judenrepublik“. Vgl. Bienstock, Gregor: *Volk und Sozialdemokratie. Die innen- und aussenpolitischen Erfolge der Sozialdemokratischen Partei Deutschland*. Berlin 1932. S. 9.

**363** Vgl. Abramovitsh, Rafail: Vi groys iz di itstige fashistische gefahr in daytshland? In: *Forverts*. General Mail Edition, Vol. 34 (1930), Nr. 12.035 (09.11.1930). S. 10.

darauf hin, dass der nun abgesetzte Polizeivizepräsident Berlins Bernhard Weiß aufgrund seiner jüdischen Herkunft unter AnhängerInnen der NSDAP besonders verhasst war.<sup>364</sup> Für den russischsprachigen Handlungsraum konnte ein vergleichbares Rekurrenieren auf die bestehenden antisemitischen Diskurse nicht nachgewiesen werden. Dies lässt den Schluss zu, dass sich die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen für die Auseinandersetzung mit der bedrohlichen antisemitischen Stimmung im Exilland bewusst für den jiddischsprachigen Handlungsraum entschieden.

In der Berichterstattung über Antisemitismus kam Jakob Leshtsinzsky als Berliner Hauptkorrespondent des *Forverts* eine besondere Rolle zu. Er war dafür verantwortlich, der jiddischsprachigen LeserInnenschaft möglichst tagesaktuelle Nachrichten aus Deutschland zu übermitteln. Wichtige Geschehnisse telegraphierte er sofort nach New York; diese wurden binnen weniger Stunden abgedruckt. Damit unterschied sich der Großteil seiner Berichterstattung von den ausführlichen analytischen Artikeln, die beispielsweise die Korrespondenten Abramovič und Kosovski in jiddischsprachigen Zeitungen publizierten. Um den LeserInnen anhand von AugenzeugInnenberichten, individuellen Schicksalen und eigenen Rechercheergebnissen die gewalttätigen Pogrome näherzubringen, suchte Leshtsinzsky die Orte des Geschehens auf. So fuhr er im September 1931 nach antisemitischen Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm (Berlin-Charlottenburg) in den Westteil der Stadt.<sup>365</sup> Acht Jahre zuvor, im November 1923, war Leshtsinzsky ins sogenannte Scheunenviertel nahe dem Alexanderplatz geeilt. Dieser Pogrom, so ist auch Leshtsinzskys Berichterstattung zu entnehmen, stellte für die jüdische Bevölkerung über Deutschland hinaus einen historischen Einschnitt dar. Erstmals fanden im westlichen Europa vergleichbare Ereignisse statt, wie es sie bis dahin in der neueren Geschichte nur in Ost- und Ostmitteleuropa gegeben hatte. Leshtsinzsky vermerkte hierüber: „Das unglaubliche ist Geschehen! In der

---

**364** Vgl. Leshtsinzsky, Jakob: Krijs tsushtand in berlin; Hindenburg fihrt ayn shtrenge diktatur; militer setz arunter sotsialistische tsivil beamte in preysen. In: *Forverts*. Boston Edition, Vol. 36 (1932), Nr. 12.659 (21.07.1932). S. 1. Zu Bernhard Weiß vgl. auch Bisky, Berlin, S. 515.

**365** Für die Kudamm-Pogrome im September 1931 vgl. Telegramme von Jakob Leshtsinzsky aus Berlin vom 12., 13. und 14.09.1931. Abgedruckt in: *Forverts*. Boston Edition, Vol. 35 (1931), Nr. 12.350 (14.09.1931). S. 1 und S. 8. Für die Zeit nach der Reichstagswahl Ende Juli 1932 vgl. Telegramme vom 02.08.1932. Abgedruckt in: *Forverts*. Boston Edition, Vol. 36 (1932), Nr. 12.672 (03.08.1932). S. 1; vom 05.08.1932. Abgedruckt in: *Forverts*. Philadelphia Edition, Vol. 36 (1932), Nr. 12.675 (06.08.1932). S. 1; vom 06.08.1932. Abgedruckt in: *Forverts*. General Mail Edition, Vol. 36 (1932), Nr. 12.676 (07.08.1932). S. 1.

Hauptstadt eines kulturellen Staates werden zwei Tage lang Juden geschlagen und gepeinigt vor allen Augen, ohne sichere Hilfe und ohne Schutz!“<sup>366</sup>

Um seiner LeserInnenschaft die Grausamkeiten der Ereignisse vor Augen zu führen, fokussierte sich Leschtsinsky in seinen Berichten häufig auf Einzelschicksale. Er beschrieb beispielsweise das Schicksal eines jüdischen Arztes, der beim Versuch, die Polizei um Hilfe zu rufen, inhaftiert worden war. Anstelle von Hilfe sei dem Arzt während des Polizeigewahrsams ein Finger gebrochen worden.<sup>367</sup> Leschtsinsky berichtete ebenfalls bildhaft über die Ereignisse in der Pogromnacht, in der jüdische Frauen und Männer geschlagen, auf offener Straße nackt ausgezogen und mit Messern angegriffen wurden. Schlachtrufe wie „Schlagt die Juden tot!“<sup>368</sup> seien durch die Straßen skandiert worden. Schockiert resümierte er, dass „[k]einer [...] sich sicher [ist], was in den nächsten Stunden passieren wird“<sup>369</sup>. Einen Tag nach dem Pogrom beschrieb Leschtsinsky den Berliner Bezirk als menschenleer. Vor Ort habe er eine ungewöhnliche Stille wahrgenommen. In Geschäften und Wohnhäusern seien Türen und Fenster vollkommen zerstört worden und Löcher an Hauswänden zu sehen.

Aufgrund seiner minutiösen Berichterstattung über die Ereignisse wurde Leschtsinsky für einige Tage inhaftiert, was ihn jedoch nicht von einer weiterführenden Berichterstattung abhielt.<sup>370</sup> Für wie gefährlich er die Situation auch noch Tage später wahrnahm, veranschaulicht ein Telegramm vom 14. November 1923: Fast zehn Tage nach den Ausschreitungen im Scheunenviertel fand erneut eine antisemitische Kundgebung statt, bei der es ebenfalls zu Übergriffen auf Jüdinnen und Juden kam. Auch wenn die deutsche Regierung zu diesem Zeitpunkt bereits den Eindruck vermitteln wollte, dass sie die Ausschreitungen unter Kontrolle habe, zeigte sich Leschtsinsky besorgt vor möglichen weiteren Übergriffen.<sup>371</sup>

---

**366** Zweites Telegramm von Jakob Leschtsinsky vom 06.11.1923 aus Berlin zu den Pogromen auf Juden in Berlin. Abgedruckt in: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9.499 (07.11.1923). S. 1 und S. 6. Hier S. 6.

**367** Vgl. Zweites Telegramm von Jakob Leschtsinsky vom 06.11.1923 aus Berlin zu den Pogromen auf Juden in Berlin. Abgedruckt in: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9.499 (07.11.1923). S. 1 und S. 6. Hier S. 1; Vladimir Kosovski berichtet über einen ähnlichen oder denselben Fall, der anschließend auch vor Gericht ausgetragen wurde. Vgl. Kosovski, Vladimir: Der triumf fun der daytsher reaktisie. Di sotsialisten un die komunisten. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 7.

**368** Zweites Telegramm von Jakob Leschtsinsky vom 06.11.1923 aus Berlin zu den Pogromen auf Juden in Berlin. Abgedruckt in: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9.499 (07.11.1923). S. 1 und S. 6. Hier S. 1.

**369** Zweites Telegramm von Jakob Leschtsinsky vom 06.11.1923 aus Berlin zu den Pogromen auf Juden in Berlin. Abgedruckt in: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9.499 (07.11.1923). S. 1 und S. 6. Hier S. 1.

**370** Vgl. Estraiikh, The Berlin Bureau, S. 149 und ebenfalls Kapitel 3.2.7 in dieser Arbeit.

**371** Vgl. Telegramm von Jakob Leschtsinsky aus Berlin vom 14.11.1923, abgedruckt in: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9.507 (15.11.1923). S. 1.



In vielen seiner Berichte verglich Leshtsinsky die Pogrome der Weimarer Republik mit denen im Russländischen Reich in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg. Über die Situation im November 1923 konstatierte er, dass das Stadtviertel nach dem Pogrom noch schrecklicher aussehe, als es früher nach Pogromen im Russländischen Reich der Fall gewesen sei.<sup>372</sup> Nach den antisemitischen Angriffen im September 1931 stellte er verwundert fest, dass der Ablauf sehr viel Ähnlichkeit mit früheren Pogromen im Russländischen Reich gehabt habe: „Die Randalierer sind orchestriert worden von intellektuellen Menschen, von der sogenannten ‚besseren Gesellschaft‘.“<sup>373</sup> Der Vergleich mit Pogromen in Osteuropa erscheint bedeutsam, da Leshtsinsky damit auf Erfahrungen zurückgriff, die er mit einem Großteil seiner LeserInnenschaft teilte. Mehr als zweieinhalb Millionen Jüdinnen und Juden waren zwischen 1880 und 1914 aus Osteuropa Richtung Westen emigriert. Viele dieser jiddischsprachigen MigrantInnen flohen vor Pogromen im Russländischen Reich; zahlreiche von ihnen sowie ihre Nachkommen lebten nun in den USA.<sup>374</sup> Anhand des Vergleichs konnte Leshtsinsky ohne detaillierte Beschreibungen die physische Brutalität, welche Jüdinnen und Juden während der Pogrome erfuhren, hervorheben. Ebenfalls implizierte die Vergleichsebene die große Gefährdung, die von diesen Ereignissen für die Gesamtheit der in der Weimarer Republik lebenden Judenheiten ausging.

Vergleichbar mit der Situation im Russländischen Reich duldeten große Teile der Polizei und andere BeamtenInnen die Pogrome und schritten – teilweise trotz anderer Anweisung – gar nicht oder erst verspätet zum Schutz der jüdischen Bevölkerung ein. In der Berichterstattung betonten einige ExilantInnen jedoch einen wichtigen Unterschied zur Situation im Russländischen Reich: Aufgrund der Stärke der deutschen ArbeiterInnenbewegung sowohl auf parlamentarischer Ebene als auch bei der Massenmobilisierung erschien ihnen die jüdische Bevölkerung in Deutschland besser geschützt:

Die Hoffnung der Juden in Deutschland stützt sich vollkommen auf die deutschen Sozialisten, und auf Grundlage der ersten Berichte, die wir bekommen, scheint es gewiss, dass die deutschen Sozialisten sich gleich der Aufgabe annehmen, die Juden vor weiteren Angriffen zu beschützen. Der Vorstoß vom sozialistischen Berliner „Vorwärts“ und die Erklärung des sozialistischen Ministers Preußens, Severn [sic!], dass er der Polizei befehlen wird, auf die Pogromisten zu schießen, sind zwei Lichtblicke, die durch die finsternen Wolken brechen, die über den jüdischen Köpfen in Deutschland hängen. [...] Die Sozialisten sind in Deutschland

---

**372** Vgl. Zweites Telegramm von Jakob Leshtsinsky vom 06.11.1923 aus Berlin zu den Pogromen auf Juden in Berlin. Abgedruckt in: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9.499 (07.11.1923). S.1 und S.6.

**373** Telegramm von Jakob Leshtsinsky vom 14.09.1931 aus Berlin. Abgedruckt in: Forverts. Baltimore-Washington Edition, Vol. 35 (1931), Nr. 12.350 (15.09.1931). S. 1.

**374** Vgl. bspw. Dohrn/Saß, Einführung, S. 9.

eine kraftvolle Macht. In ihren Reihen befinden sich Millionen aufgeklärte Arbeiter. Die Regierung weiß, dass sie mit dieser Macht rechnen muss. Wenn sich diese riesige sozialistische Armee in den Kampf um den Schutz der Juden wirft, wird die Gefahr schnell vorbei sein.<sup>375</sup>

Das Zitat verweist auf das zeitgenössisch weit verbreitete sozialistische Selbstverständnis, dass der Kampf gegen Antisemitismus integraler Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus sei. Im Sinne der wohl zu Unrecht August Bebel zugeschriebenen Aussage, der „Antisemitismus sei der Sozialismus der dummen Kerls“, stritten die ExilantInnen in den 1930er Jahren dafür, die NSDAP nicht als Partei der ArbeiterInnenbewegung wahrzunehmen.<sup>376</sup> Uneins waren sie sich aber in der Frage, ob die NSDAP mit ihrem Programm auch Teile der ArbeiterInnenenschaft ansprechen würde. Einer der wenigen, der dies in seinen Analysen zu den Pogromereignissen von 1923 und in Bezug auf die Septemberwahlen von 1930 bejahte, war Vladimir Kosovski. Er sah den Erfolg der faschistischen Partei explizit in der inhaltlichen Verbindung von antikapitalistischer Stimmung mit antisemitischen und nationalistischen Schlagworten. Kosovski begründete dies mit einem Vergleich zwischen NSDAP und *Deutschnationaler Volkspartei*. Letztgenannte sei im Wahlkampf ähnlich antisemitisch aufgetreten wie die NSDAP, hätte aber keine vergleichbaren Erfolge erzielen können, was daran läge, dass die NSDAP durch ihre antikapitalistische Ausrichtung auch große Teile der ArbeiterInnenenschaft angesprochen habe.<sup>377</sup>

In seiner Analyse über die antisemitischen Ausschreitungen von November 1923 verwies Kosovski ebenfalls auf die deutsche Beamtenenschaft. Die Nähe der Mehrheit der Polizisten zur völkischen Ideologie erkläre, warum sie sehr spät oder gar nicht eingegriffen habe. Damit einher ginge eine Abneigung der Beamten gegenüber den Zielen der Parteien der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung, die sich gegen Antisemitismus ausgesprochen hätten.<sup>378</sup> Kosovski betonte jedoch auch, dass sich der Antisemitismus in der Weimarer Republik anders als zur Zeit des Deutschen Kaiserreiches ohne staatliche Duldung herausgebildet habe und neben dem Bürgertum auch in Teilen der deutschen ArbeiterInnenenschaft ver-

---

375 N. N.: Der pogrom in Berlin. In: Forverts, Vol. 26 (1923), Nr. 9499 (07.11.1923). S. 4.

376 Jakob Leschtsinsky verwies in einem Artikel darauf, dass diese Aussage nicht – wie allgemein behauptet – von August Bebel, sondern vom Wiener Sozialdemokraten Engelbert Pernerstorfer stamme. Vgl. Leschtsinsky, Jakob: Hitler und zayne bahelfer. Ver un vas zay zenen. In: NF, Vol. 7 (1932), Nr. 266 (10.09.1932). S. 3.

377 Vgl. Kosovski, Vladimir: Vos lernen unz di dayshe waln? In: NF, Vol. 5 (1930), Nr. 230 (03.10.1930). S. 4.

378 Vgl. Kosovski, Vladimir: Der triumf fun der daytsher reaktisie. Di sotsialisten un die komunisten. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 7.

breitet sei. Er unterschied damit zwischen einem gegenwärtigen deutsch-völkischen Antisemitismus und einem „aristokratischen“ Antisemitismus des 19. Jahrhunderts, wobei er den zeitgenössischen als gefährlicher ansah, weil dieser schwieriger zu bekämpfen sei. Zwar hob er hervor, dass die SPD-Führung energisch dagegen vorgehe, es fehle jedoch bisher an einer richtigen Analyse und einer daraus resultierenden funktionierenden Abwehrstrategie. In seinem Bericht über eine Versammlung zeigte er sich merklich enttäuscht vom fehlenden Aktionismus aus der nichtjüdischen ArbeiterInnenschaft:

Am 13. November [1924] hat sie [die SPD] zu einer speziellen Versammlung aufgerufen, um gegen die Judenverfolgungen zu protestieren.

Diese Versammlung hat eindeutig gezeigt, dass die deutsche Sozialdemokratie energisch den Kampf gegen Antisemitismus aufnehmen muss. Auf der Versammlung sind viele Juden, aber viel weniger deutsche Arbeiter gewesen. In der Diskussion hat kein einziger Arbeiter das Wort ergriffen, obwohl es so wichtig gewesen wäre, dass in einem solchen Moment von der Tribüne die Stimme eines einfachen deutschen Arbeiters zu hören wäre, der aus tiefstem Herzen herausschreit, mit welcher Schande sich die hochkulturelle Stadt Berlin durch einen Pogrom gegen die Juden bekleckert hat. [...]

Daran, dass die deutsche Sozialdemokratie sich noch nicht auf die neue Aufgabe eingestellt hat, sieht man, dass der Berliner Pogrom sehr unerwartet für sie gekommen ist. Es ist aber sicher, dass sie bald den richtigen Ton treffen und die nötige Fragestellung für die Propaganda gegen den aktuellen deutschen Antisemitismus finden wird.<sup>379</sup>

Kosovskis Analyse des Antisemitismus unterschied sich in wesentlichen Punkten von denen anderer osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen, die den Antisemitismus in der Weimarer Republik ähnlich wie den in der Sowjetunion aus einer marxistischen Lesart heraus zu erklären versuchten und ihn dadurch vor allem mit einer ökonomischen Krisensituation begründeten.<sup>380</sup>

Als ExilantInnen blickten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aus einer „inneren Außenperspektive“ auf die Entwicklung der Weimarer Republik. Sie lebten und agierten innerhalb der Weimarer Republik, ihr Referenz- und Erfahrungsrahmen ging jedoch darüber hinaus. Ebenso wurden sie auch von außen mehrheitlich als osteuropäische ExilantInnen und nicht als Deutsche wahrgenommen. Die positive und hoffnungsvolle Perspektive auf Deutschland und die dort organisierte sozialistische ArbeiterInnenbewegung, die die ExilantInnen vor ihrer Emigration mit der Weimarer Republik verbanden, sollte während der Exilzeit deutlich abnehmen. Dies gilt sowohl im Allgemeinen für ihren Blick auf

<sup>379</sup> Kosovski, Vladimir: Der daytsher pogrom un die dayshe sotsial-demokratie. Di lage in daytshland. In: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 1.

<sup>380</sup> Vgl. bspw.: Šifrin, Aleksandr: Fašizm v Germani. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 13 (12.07.1930). S. 14 – 16.

die politische Situation als auch im Speziellen für den Blick auf die deutsche Sozialdemokratie. So berichteten Kosovski und Abramovič in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre bereits über politische Stagnation und Fehler der deutschen Sozialdemokratie. Nach 1930 erlebten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen den Untergang der Republik selbst mit. Einige von ihnen waren in dieser Zeit als KorrespondentInnen internationaler Zeitungen besonders für den jiddischsprachigen Handlungsraum wichtige ExpertInnen, die vom Ort des Geschehens über die Ereignisse berichteten.

Die jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzungen belegen, wie intensiv sich die ExilantInnen mit politischen Entwicklungen in ihrem Exilland auseinandersetzten. Vordergründig unterschieden sich die Analysen nicht von Artikeln anderer sozialistischer BerichterstatteInnen und können jeweils einer zeitgenössischen sozialistischen Parteirichtung zugeordnet werden: Alexander Steins Berichte über die Weimarer Republik in den frühen 1920er Jahren und Vladimir Kosovskis Analysen über die deutsche Sozialdemokratie zwischen 1923 und 1929 sind dem linken Flügel der sozialistischen Bewegung in Europa zuzuordnen, Rafail Abramovič und Jakob Leshtinsky repräsentierten dagegen den gemäßigten sozialdemokratischen Flügel. In einer sich selbst als internationalistisch verstehenden Bewegung, für welche die Überwindung von nationalen Grenzen zumindest in der Theorie ein zentrales Anliegen darstellte, erschienen die politischen Zuordnungen als besonders wichtig und prägten auch die Argumentationslinien der jeweiligen ExilantInnen im besonderen Maße. Unabhängig davon fällt aber der verwendete transnationale Blick auf die politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik als Besonderheit in den Artikeln der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen auf. Unterschiedliche Ereignisse in Deutschland wurden in einen europäischen Kontext eingebettet; es wurde auf vergleichbare politische Ereignisse der nahen Vergangenheit aus dem Russländischen Reich rekurriert. Die Vergleiche ermöglichten es den ExilantInnen, komplexe Entwicklungen in einer Kurzform zusammenzufassen, da sie und ihre LeserInnenschaft zumindest im jiddisch- und russischsprachigen Handlungsraum auf einen gemeinsamen osteuropäisch-sozialistischen Erfahrungsraum zurückgreifen konnten.

Ebenfalls wichtig erscheint die gesetzte Themenauswahl. Sie verdeutlicht, welchen Ereignissen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen eine über die Weimarer Republik hinausgehende Relevanz zuordneten. Dabei ging es in der Berichterstattung über die Gründungsjahre und in den Jahren ab 1930 primär um die Darstellung von gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnissen, politischer Krisensituation und Putschversuchen. Die beiden Phasen unterschieden sich für die ExilantInnen dahingehend, dass während der unruhigen Gründungsjahre der Republik Hoffnung auf eine Weiterführung der sozialistischen Revolution bestand, wie anhand der Artikel von Alexander Stein verdeutlicht wurde. Eine sol-

che Phase des politischen Aufbruchs stellten die 1930er Jahre keineswegs dar. Nun ging es um den Erhalt der bereits erkämpften gesellschaftlichen Verhältnisse. Zahlreiche Artikel, die in der Phase der relativen Stabilität zwischen 1923 und 1929 publiziert wurden, fokussierten sich dagegen auf eine kritische Begleitung der Entwicklungen innerhalb der deutschsprachigen ArbeiterInnenbewegung und können damit auch als ein Resultat der kurzzeitig bestehenden Phase politischer Stabilität gewertet werden.

#### 4.4 Zwischenresümee

In den 1920er und den frühen 1930er Jahren waren die sich im Berliner Exil befindenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen an wichtigen politischen Debatten innerhalb des jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen Handlungsraumes beteiligt. Sie nahmen damit Einfluss auf Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb der SAI, der russländischen Exilgruppen, der transnationalen jiddischsprachigen und deutschen ArbeiterInnenbewegung. Durch das Publizieren in unterschiedlichen Sprachen agierten sie ferner als MittlerInnen zwischen den drei sozialistischen Handlungsräumen. Allein diese Beteiligung ist ein Ausdruck der im Exil fortbestehenden individuellen Reputation zahlreicher ExilantInnen sowie ihrer Exilparteien innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung der 1920er/30er Jahre.

In den dargestellten Debatten wurden alle drei Zugehörigkeiten der ExilantInnen – die sozialistische, die jüdische und die osteuropäische – in verschiedenen Kontexten von ihnen selbst benutzt oder durch andere adressiert. In politischen Debatten erscheint vordergründig das eigene politische Selbstverständnis als wichtigste Zugehörigkeit. Sowohl die jüdische als auch die osteuropäische Zugehörigkeit war kein primärer ausschlaggebender Faktor für die Meinungsbildung der ExilantInnen. Dennoch waren sie ein Teil des Erfahrungshintergrundes, mit dem die ExilantInnen auf die Geschehnisse schauten. Dieser konnte sowohl inhaltliche Interessen als auch politische Bewertungen beeinflussen und durch ihn wurden sie zugleich in Debatten hineingedrängt und mussten sich diesbezüglich verhalten.

Anhand der Analyse der Debatten konnte dargelegt werden, dass die osteuropäische und die jüdische Zugehörigkeit bei bestimmten Themen eine ausschlaggebende Rolle spielte. So konnte gezeigt werden, dass die Debatten über Antisemitismus und jüdische Nationalkonzepte in Osteuropa fast ausschließlich im jiddischsprachigen Handlungsraum geführt wurden. Am Beispiel von Rafail Abramovičs Äußerungen zu nationalen Souveränitätsbestrebungen osteuropäischer Nationen wurde aber ferner nachgezeichnet, dass die jiddischsprachige Debatte über jüdische Ansiedlungskonzepte wiederum Auswirkungen auf seine

Äußerungen im russischsprachigen Handlungsraum bezüglich nationaler Souveränitätsbestrebungen anderer Nationalbewegungen in Osteuropa hatte. Die osteuropäische Herkunft war dagegen ein besonderer Bezugspunkt für Publikationen im deutschsprachigen Handlungsraum. Es ist anzunehmen, dass die ExilantInnen für manche Artikel explizit aufgrund ihrer osteuropäischen Herkunft angesprochen wurden. Da es nur wenigen ExilantInnen möglich war, in deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften zu publizieren, wurde im deutschsprachigen Handlungsraum die bestehende Heterogenität innerhalb der in Berlin lebenden russländisch-sozialistischen Exilgruppe weniger stark wahrgenommen. Themen, die zwischen den ExilantInnen äußerst kontrovers diskutiert wurden, wurden auf Deutsch ausschließlich durch eine vermeintlich repräsentative osteuropäisch-sozialistische Stimme vermittelt. Fëdor Dans Beitrag zu Individual- und Delegiertenreisen in die Sowjetunion ist dagegen ein Beispiel, bei dem ein Exilant aktiv inhaltliche Debatten im deutschsprachigen Handlungsraum vorantrieb und so osteuropäische Erfahrungen in den Diskurs der westeuropäischen sozialistischen Parteien hineintrug. Dan unterstrich dabei die begründete Befürchtung, dass komplexe gesellschaftliche Realitäten in der Sowjetunion allein schon aufgrund fehlender Sprachkenntnisse von TeilnehmerInnen kurzfristiger Delegationsreisen nicht in Gänze verstanden und politisch eingeordnet werden könnten – ein Standpunkt, den er auch aus eigenen Erfahrungen heraus begründen konnte.

Die Bedeutung des eigenen Erfahrungshintergrundes bei der politischen Willensbildung wird ebenso anhand der verwendeten Vergleichsmaßstäbe sichtbar. Bei verschiedenen tagespolitischen Themen rekurrten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen auf Situationen und Ereignisse im Russländischen Reich vor dem Ersten Weltkrieg. Dies geschah im Besonderen im russisch- und jiddischsprachigen Handlungsraum, was sicherlich damit zusammenhängt, dass die AutorInnen dort mit der Mehrheit ihrer LeserInnenschaft den osteuropäischen Erfahrungshintergrund teilten.

Die Kontroverse zwischen VertreterInnen des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* mit dem polnischen *Bund* zu Beginn der 1930er Jahre ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass die Berliner Exilzeit der 1920er Jahre einen eigenen Erfahrungsraum darstellte, der sich von anderen unterschied. Auch wenn zahlreiche Kontakte untereinander bestanden und gegenseitige Besuche durchgeführt wurden, verliefen Debatten über die osteuropäischen Judenheiten in Berlin teilweise anders als in der Zweiten Polnischen Republik. Dies lässt sich damit erklären, dass die in Berlin lebenden BundistInnen sich in nationalstaatlichen Kategorien mehrheitlich dem russländischen und nicht dem polnischen Staat zugehörig fühlten. Die mit diesem staatlichen Zugehörigkeitsverständnis einhergehende Exilerfahrung prägte den Blick auf die Sowjetunion in anderer Form, als dies bei

polnischen BundistInnen der Fall war. Es ist davon auszugehen, dass sich auch in anderen Debattenbeiträgen die sozialistischen Erfahrungen aus dem Russländischen Reich einschließlich der Revolutionserfahrungen von 1917 mit der Exilzeit in der Weimarer Republik verbanden und dieser verschränkte Erfahrungshintergrund wiederum inhaltliche Interessen und politische Bewertungen in besonderer Weise beeinflusste.

Für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen blieben während der Berliner Exilzeit sowohl die Sowjetunion als auch die transnationale sozialistische ArbeiterInnenbewegung zentrale Handlungs- und Diskursräume. Dabei gewann der transnationale sozialistische Diskursraum aufgrund der im Exil nur in sehr geringem Maße bestehenden Möglichkeiten einer aktiven politischen Teilnahme an Entwicklungen in Osteuropa bereits nach der russländischen Oktoberrevolution merklich an Relevanz. In ihm wurden verstärkt politische Auseinandersetzungen hinein- und dann dort ausgetragen. Als Exilort stellte die Weimarer Republik den dritten Handlungs- und Diskursraum dar, der in den 1920er Jahren hinzukam. Er wurde nicht nur durch die Gründung von Auslandsvertretungen lebensweltlich erschlossen, sondern darüber hinaus auch analytisch betrachtet, wie anhand der Debattenbeiträge von Rafail Abramovič, Vladimir Kosovski und Jakob Leschtsinsky beleuchtet wurde. Generell kann von einer dahingehenden Tendenz ausgegangen werden, dass das Interesse an sozialen, politischen und ökonomischen Herausforderungen in der Weimarer Republik anstieg, je weniger eine Rückkehr in die Sowjetunion möglich erschien – dieser Moment kann jedoch nicht für die gesamte Exilgruppe zeitlich bestimmt werden, sondern wäre jeweils individuell festzulegen. Allgemein gesprochen wandelte sich der temporäre Berliner Exilraum Mitte der 1920er Jahre für zahlreiche osteuropäisch-jüdische SozialistInnen in einen mittelfristigen Migrationsraum, in dem politische Teilhabe in aktiver oder passiver Form notwendig erschien.

## 5 Ausblick – die Zeit nach dem Berliner Exil

Ende März 1933 schrieb Rafail Abramovič, der kurz zuvor mit vielen anderen ExilantInnen nach Paris geflohen war, an den in New York lebenden osteuropäisch-jüdischen Sozialisten Morris Hillquit:

Es ist fast unmöglich, in diesem Augenblick über etwas anderes zu schreiben, als über Deutschland. Diese ungeheure Katastrophe der deutschen Demokratie ist gleichzeitig zu einer Katastrophe für die europäische und internationale Arbeiterbewegung geworden und wird es – hélas! – immer mehr werden. Ich fürchte: was wir in Deutschland und in der Internationale noch Alles erleben werden, wird weit schlimmer sein, als das, was wir 1914 erlebt haben.

Das tragischste dabei ist nicht nur, dass die SPD in höchst unheroischer Weise sich besiegen liess, ohne einen offenen Kampf zu riskieren: das kann unter Umständen mit jeder Partei passieren, und selbst die beste Partei der Internationale, die oesterreichische wird höchstwahrscheinlich das gleiche Schicksal erdulden müssen. Das schlimmste ist, dass die Deutschen auch jetzt noch nicht begreifen wollen, dass sie erledigt sind. Sie sind tot, aber sie wissen es nicht. [...] [S]ie versuchen, den längst nicht mehr existierenden Boden der restlos vernichteten parlamentarischen Demokratie scheinbar aufrechtzuerhalten, als „loyale Opposition“ zu fungieren ... in einem 100%-faschistischen Staat: Daher demütigende und dabei vollkommen nutz- und sinnlose Kompromisse, die das moralische Rückgrat der Parteimitgliedschaft brechen, die Zukunft der Partei schwer gefährden und ausserdem die ganze Internationale in eine tragische Situation bringen. Ich kann Ihnen leider keine Einzelheiten schreiben, aber glauben Sie mir: die Sitzungen der Exekutive [...] waren das peinlichste und traurigste, was wir alle seit August 1914 erlebten.<sup>1</sup>

In einem eine Woche zuvor geschriebenen Brief an Friedrich Adler bezeichnete Abramovič die „allgemeine ‚Atmosphäere‘ in Berlin: speziell in bezug auf die Juden [...] als Kischinew-Stimmung“<sup>2</sup>. Somit zog er abermals eine direkte Linie zwischen antisemitischer Gewalt in Deutschland und Pogromen im Russländischen Reich. Fëdor Dan schrieb Adler bereits im Februar 1933, dass er sich als Sozialist im Visier des *Völkischen Beobachters* wiederfinde.<sup>3</sup> Die wahrgenommenen Gefahren waren real, was nicht nur die von den NationalsozialistInnen er-

---

1 Brief von Rafail Abramovič an Morris Hillquit vom 30.03.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

2 Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 24.03.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

3 Vgl. Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 04.03.1933 aus Paris. Abgedruckt in: Sapir: Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma. Brief Nr. 257. S. 440f.



stellte „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ zeigt, in der auch Publikationen der beiden Exilanten aufgeführt wurden.<sup>4</sup>

Genau wie die beiden Führungspersonen der SDAPR spürte auch Vera Broido, Tochter von Eva und Mark Broido, die Veränderungen seit Februar 1933 deutlich. Sie lebte nach mehrjährigen Studienjahren in Paris seit Ende der 1920er Jahre wieder in Berlin, wobei sie als Liebhaberin des Dadaisten Raoul Hausmann viel verreiste. Über die Veränderungen in Berlin schrieb sie in ihren Erinnerungen:

Each time we returned to Berlin from our holiday the political climate looked more menacing. The rise of Nazism was terrifying, From the windows of our corner house we could watch column after column of uniformed Nazis marching past – first the young men, then the young women, then the children – shouting anti-Semitic slogans. The sound made us shudder. What was happening to the country? To my parents' generation Germany was one of the most highly educated and civilized countries in Europe; German workers were among the most decent and enlightened.<sup>5</sup>

Im Januar 1933 lebten von den 46 osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen noch 28 in Berlin. Nur drei – Daniel Tsharni, Aron Jugov und David Dalin – sollten über das Jahr 1933 hinaus in Deutschland verbleiben und auch sie flohen in den beiden darauffolgenden Jahren. Verhältnismäßig schnell schätzten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die Machtübergabe an Adolf Hitler als Katastrophe ein. Der politische Wandel war für sie in höchstem Maße beängstigend, denn alle ihre Zugehörigkeiten – jüdisch, sozialistisch und osteuropäisch – führten im nationalsozialistischen Deutschland zu Repressionen und Verfolgungen. Dass die ExilantInnen teilweise schneller als deutsche SozialdemokratInnen die Gefahr des Nationalsozialismus wahrnahmen und Migration als notwendige Handlungsmöglichkeit betrachteten, hing mit unterschiedlichen Aspekten zusammen: Zum einen verfügten sie bereits über langjährige Exilerfahrung. Sie hatten miterlebt, dass sich politische Systeme und mit ihnen bestehende Lebenswelten dramatisch verändern konnten. Zum anderen waren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, obwohl viele von ihnen bereits länger als ein Jahrzehnt in der Stadt lebten, nicht in derselben Form an den Berliner Handlungsraum gebunden wie zahlreiche deutsche SozialdemokratInnen. Zwar hinterließen auch die ExilantInnen aufgebaute Parteiorganisationen, Debattierklubs, Verlags- und Publi-

<sup>4</sup> Vgl. Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums 1935–1941. Berlin 1935. Abrufbar unter: <https://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/periodical/pageview/2539684> [10.01.2020].

<sup>5</sup> Broido, *Daughter of Revolution*, S. 203. Vera Broido ging 1933 von Berlin aus für einen längeren Aufenthalt nach Ibiza. Im Sommer 1934 verließ sie Ibiza und zog zu ihrem Bruder Daniel nach Paris. Ob sie vor dem Umzug noch einmal nach Berlin zurückkehrte, ist unklar. Später zogen Vera und Daniel Broido gemeinsam nach London.

kationsstrukturen; durch ihre Migrationserfahrung vom Beginn der 1920er Jahre erschien es ihnen aber möglich, diese in einer anderen Stadt neu zu errichten.

Die Migrationswege der heterogenen Gruppe verliefen keineswegs einheitlich. Die Entscheidung für einen neuen Lebensmittelpunkt war zumeist eng mit dem eigenen politischen und nationalen Selbstverständnis verknüpft, das entweder seit Langem bestand oder sich im Laufe der Berliner Exilzeit gewandelt hatte. Der große Teil der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, der sich weiterhin zur Gruppe russländischer SozialdemokratInnen zugehörig fühlte, fand zwischen 1933 und 1940 ein zweites Exil in Paris. Im Zuge dieser Migrationsbewegung wurde auch die SDAPR-Exilvertretung samt Publikationsorgan und Parteiuntergruppierungen in die französische Hauptstadt verlegt.<sup>6</sup> Einige ExilantInnen flohen in andere europäische Städte, wie Vilna, Warschau oder Prag und eine kleine Gruppe von JiddischistInnen ging in die Sowjetunion. Doch durch die folgenden drastischen politischen und militärischen Veränderungen in Europa blieben auch die nach Berlin gewählten Wohnorte zumeist nur temporäre Exilorte.

Für die russländischen SozialdemokratInnen stellte sich die Situation in Paris politisch und finanziell als weit komplizierter dar als die Exilzeit in Berlin.<sup>7</sup> Infolge der Weltwirtschaftskrise gab es nur wenige Anstellungsmöglichkeiten. Ihre jahrelangen, tiefen Verbindungen zur deutschen Sozialdemokratie waren weit weniger von Nutzen, da diese im Exil selbst auf Unterstützung angewiesen war. Hinzu kam auch, dass sich die Aufmerksamkeit der internationalen sozialistischen Bewegung nun besonders auf die Gefahren konzentrierte, die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgingen, und weniger auf die Situation in der Sowjetunion.

Trotz dieser herausfordernden Situation versuchten die SozialistInnen, sich mit den neuen Verhältnissen zu arrangieren und ihren in Berlin begonnenen Exiltätigkeiten und somit ihrem Kampf für ihre politischen Überzeugungen auch an ihrem zweiten Exilort weiter nachzugehen. Dies lässt sich am Beispiel von Rafail Abramovič besonders gut nachvollziehen, auch wenn einschränkend zu betonen ist, dass dieser eine sehr privilegierte Position innerhalb der Exilgruppe einnahm: Abramovič konnte seine Tätigkeit für den New Yorker *Forverts* fortführen, wodurch er seine feste Anstellung und ein regelmäßiges Monatsgehalt behielt. Trotzdem bekam auch er die Wirtschaftskrise deutlich zu spüren, denn sein Gehalt wurde um 25 % gekürzt.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 23.02.1933 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 256, S. 439.

<sup>7</sup> Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 217–223.

<sup>8</sup> Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 219 und Brief von Rafail Abramovič an Morris Hillquit vom 31.03.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

Um den *Socialističeskij vestnik*, der in dieser Zeit von Paris aus vertrieben wurde, und die SDAPR-Parteiarbeit finanziell zu ermöglichen, reiste Abramovič von Paris aus ein drittes Mal binnen zehn Jahren in die USA und warb dort um bitter notwendige finanzielle Unterstützung.<sup>9</sup> Neben der regulären Parteiarbeit bemühte er sich außerdem um die Fertigstellung der Anfang der 1930er Jahre in Berlin begonnenen Enzyklopädie, die in jiddischer Sprache erscheinen, „[i]hrem Inhalt nach aber keine juedische, sondern eine allgemeine“ sein sollte.<sup>10</sup>

Ähnlich wie zu Beginn der 1920er Jahre halfen die ExilantInnen auch von Paris aus politischen MitstreiterInnen in Not. Durch zahlreiche Bittschreiben setzte sich Abramovič fieberhaft für osteuropäische SozialistInnen ein. Er versuchte, in Deutschland gefangen genommene ParteifreundInnen bei der Flucht zu unterstützen und für illegal nach Frankreich Eingereiste Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnisse zu beschaffen. So half er Solomon Švarc und Pëtr Garvi bei der Ausreise aus Deutschland,<sup>11</sup> bemühte sich für Boris Sapir, den Vertreter der SDAPR-Jugendorganisation, um eine Arbeitserlaubnis in den Niederlanden<sup>12</sup> und setzte sich für den in Berlin verbliebenen Besitz des Bundisten Nathan Frenkel ein.<sup>13</sup> Diese Arbeit war aufgrund seines noch immer funktionierenden Netzwerks an Ansprechpersonen aus verschiedenen Ländern in der sozialistischen Bewegung möglich. Das in New York gegründete *Emergency Relief for Russian Social Democrats, Victims of Hitler's Terror* ging ebenfalls auf Abramovičs Engagement zurück.<sup>14</sup> In einem Spendenaufruf verwies das Nothilfskomitee auf die schwierige Lage der russländischen ExilantInnen:

Tragic as is the condition of the German Socialists under Hitler regime, the situation of the Russian Social-Democratic Refugees in Germany is doubly tragic. Victims of the terroristic dictatorship in their own homeland, they had found political asylum under the free republican regime of the democratic Germany. Now they are completely outlawed.

**9** Vgl. Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 24.12.1934. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 4.

**10** Vgl. Brief von Rafail Abramovič an Karl Kautsky vom 25.02.1937 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

**11** Vgl. hierfür Brief von Friedrich Adler an Rafail Abramovič vom 12.04.1933 aus Zürich. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

**12** Vgl. Briefe von Rafail Abramovič an [Johan Willem] Albarda vom 03.08.1933, 12.09.1933 und 14.11.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

**13** Brief von Rafail Abramovič an Orest Ivanovič [Rozenfel'd] vom 21.07.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 3. Rozenfel'd „gehörte zu den Führern der menschewistischen Exilgruppe in Paris“. Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 54, Fußnote 6.

**14** Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 221.

They are unmercifully persecuted as Socialists, and foreigners and – many of them are Jews.<sup>15</sup>

Für die in Paris lebenden russländischen SozialistInnen stand 1933 die Unterstützung von politisch Verfolgten und Repressierten an vorderster Stelle. Gleich danach bemühten sie sich um die Rettung der in Berlin zwangsweise zurückgelassenen Archiv- und Korrespondenzbestände, die sie nun nicht mehr vor den Bol'sheviki, sondern vor den NationalsozialistInnen schützen mussten. Zur Sicherheit hatte die SDAPR bereits im Januar 1933 erste Archivmaterialien nach Paris geschickt.<sup>16</sup> Der SDAPR und hierbei besonders Boris Nikolaevskij, der als Mitglied der Auslandsdelegation für das Parteiarchiv zuständig war, gelang es aber, noch am 8. Mai 1933 einen legalen Transport größeren Umfangs von Archivalien der SPD, der SDAPR und des *Bund* nach Paris durchzuführen. Über Kontakte zum französischen Sozialisten Léon Blum und zu der französischen Nationalbibliothek wurde in kürzester Zeit mit der französischen Regierung ein offizieller Kaufvertrag für das SPD-Archiv abgeschlossen. Nach Abschluss des Vertrages befanden sich die Archivalien zwar weiterhin in Berlin, gehörten nun jedoch rechtmäßig der französischen Regierung. Hierdurch konnten sie auf legalem Wege aus dem bereits seit mehreren Wochen durch die SA bewachten Vorwärts-Haus in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) transportiert und nach Paris überführt werden. Die zwei Eisenbahnwaggons füllende Fracht wurde dort erst einmal in den Räumlichkeiten des Internationalen Gewerkschaftsbunds untergebracht.<sup>17</sup>

Im Kaufvertrag nicht erwähnt war die Überführung der ebenfalls im Vorwärts-Haus lagernden Archivalien der SDAPR und des *Bund*. Die Befürchtung bestand, dass eine Erwähnung dieser Konvolute eine Kontrolle der gesamten Ladung durch die deutsche Regierung nach sich ziehen könnte. Die Hinzugabe von Kisten mit russisch- und jiddischsprachigen Archivalien der SDAPR und des *Bund* plante Nikolaevskij jedoch von Beginn an. Nikolaevskij kannte sich im SDAPR-Archiv bestens aus. Beim Verpacken der *Bund*-Archivalien erhielt er Unterstützung von Franz Kursky und Henokh Gerlent. Unter großer Geheimhaltung gelangten die Bundisten mehrere Wochen lang durch einen versteckten Eingang ins Vorwärts-Haus und verließen Berlin erst, nachdem das Archivmaterial die französische Grenze passiert hatte.<sup>18</sup> Das Vorgehen blieb von den Behörden unentdeckt.<sup>19</sup>

---

15 Vgl. Aufruf des Emergency Relief Committee for Russian Social-Democrats, Victims of Hitler's Terror, o. D. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 3.

16 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 218.

17 Vgl. Mayer, *Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs*, S. 84–95.

18 Vgl. Web, *Between New York and Moscow*, S. 249.

Trotz dieser Bemühungen konnten nicht alle Korrespondenzen, Akten und Archivmaterialien gerettet werden. Auch gingen zahlreiche Privatkorrespondenzen durch den oftmals abrupten Aufbruch aus den Privatwohnungen Berlins verloren.<sup>20</sup> Am 10. Mai 1933, nur zwei Tage nach dem geglückten Transport, wurde das Parteivermögen der SPD beschlagnahmt. Allein dies zeigt, wie überfällig die Überführung der Archivalien gewesen war und unter welch zeitlichem Druck und gefährlichen Umständen das von Nikolaevskij koordinierte Vorhaben stattgefunden hatte.

Dokumente zeigen, dass die BundistInnen auch alternative Rettungswege für ihre Archivunterlagen planten. Erst zwei Wochen vor dem Transport nach Paris war eine geplante Überführung des *Bund*-Archivs nach Warschau geplatzt. Die Planungen folgten einem ähnlichen Schema wie die Überführung der SPD-Archivalien nach Paris. Verabredungen mit der polnischen Regierung wurden dabei von den *Bund*-Vorsitzenden und Warschauer Stadtverordneten Noah Portney und Henryk Erlich ausgehandelt. Am 12. April 1933 erhielt die Berliner Botschaft der Republik Polen einen als geheim eingestuftten Brief aus dem Warschauer Außenministerium. In diesem wurde den MitarbeiterInnen mitgeteilt, dass am 29. März 1933

in Warschau eine notarielle Urkunde ausgestellt [wurde], kraft welcher Jan Kuszel Portney und Henryk Erlich, wohnhaft in Warschau, der Stadtbibliothek in Warschau eine Dokumenten-, Bücher- und Druckstücksammlung in einer Gesamtgröße von 20.000 Objekten, die sich in Berlin, Lindenstraße 2 unter der Verwaltung und Aufsicht von Maksymilian [sic!] Blumin-Kursky befindet, schenkten.

Die oben erwähnte Sammlung besteht aus der Bibliothek und dem Archiv der jüdischen sozialistischen Organisation „Bund“ und soll viele kostbare Dokumente, wie handgeschriebene Briefe von Marschall Piłsudski, Lenin, usw., beinhalten. Selbstverständlich ist, dass die besagte Schenkung im engen Zusammenhang mit der derzeitigen Lage und den Geschehnissen in Deutschland steht.<sup>21</sup>

Ferner hieß es, dass Herr Dr. Piżyc, Mitarbeiter der Warschauer Stadtbibliothek, nach Berlin reisen werde, um die Archivalien nach Warschau zu überführen. Dies solle in enger Absprache mit der Botschaft geschehen. Das polnische Außenmi-

**19** Vgl. Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs, S. 93.

**20** Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 218. Liebich benennt konkret die Privatarchive von Fëdor Dan und Rafail Abramovič, die nicht gerettet werden konnten.

**21** Brief des Außenministeriums, politische Abteilung West in Warschau vom 10.04.1933 an die Botschaft der Republik Polen in Berlin. Eingesehen in: AAN, 2/474/O (Ambasada RP w Berlinie), Nr. 1464.

nisterium bestand jedoch darauf, dass die Überführung der 300 Kisten nicht ohne vorherige Rücksprache mit ihrem Ministerium erfolgen dürfe:

In diesem Fall scheint diese Vorsicht geboten zu sein, angesichts der Tatsache, dass das „Bund“-Archiv Dokumente beinhalten kann, die im Zusammenhang mit den zuletzt erfolgten politischen Geschehnissen im Reich stehen und deren Überführung ins Ausland mit Hilfe der derzeitigen Regierung von der deutschen Regierung als Sabotageakt betrachtet werden könnte.<sup>22</sup>

Am 19. April teilte Dr. Stanislaw Schmitzek, Justiziar der polnischen Botschaft, dem Ministerium mit, dass sich Piżyc gemeldet habe. Eine Überführung der Dokumente erscheine momentan allerdings kaum möglich, da nicht sicher sei, wie die deutschen Behörden hierauf reagieren würden. Aus diesem Grund schlug die Botschaft erst einmal eine „formelle Übernahme“<sup>23</sup> durch Versiegelung der Kisten und eine Hinterlegung der beglaubigten Übersetzung des Vertrages vor.

Drei Tage später schrieb der Botschafter Dr. Alfred Wysocki dem Warschauer Außenministerium, dass Piżyc während einer polizeilichen Durchsuchung in seinem Hotel kurzzeitig inhaftiert worden sei, da er keinen Pass bei sich getragen habe. Diesen habe er zuvor für die Beantragung eines französischen Visums nach Warschau gesandt. Nach seiner Freilassung meldete sich Piżyc in der polnischen Botschaft und bat um eine schriftliche Bestätigung dafür, dass er das *Bund*-Archiv nach Polen überführen dürfe. Die BotschaftsmitarbeiterInnen weigerten sich, ohne weitere Anweisung aus dem Außenministerium diese Bestätigung auszustellen. Piżyc verließ das Botschaftsgebäude somit unverrichteter Dinge; er wies jedoch darauf hin, dass er dennoch mit dem Versand beginnen wolle und bei möglichen Komplikationen auf Unterstützung durch die Botschaft hoffe.<sup>24</sup>

Es bleibt letztlich unklar, weswegen der Transport nach Warschau nicht durchgeführt wurde. Die Kommunikation zwischen Botschaft und Außenministerium weist jedoch darauf hin, für wie brisant ein Transport der Archivakten in der gegenwärtigen politischen Lage von polnischer Regierungsseite eingeschätzt wurde. Zugleich könnte die Beantragung eines französischen Visums durch Piżyc auch ein Hinweis darauf sein, dass zu diesem Zeitpunkt die Planungen zur Überführung des Archivs Richtung Frankreich schon weit vorangeschritten waren und nicht mehr

---

**22** Brief des Außenministeriums, politische Abteilung West in Warschau vom 10.04.1933 an die Botschaft der Republik Polen in Berlin. Eingesehen in: AAN, 2/474/0 (Ambasada RP w Berlinie), Nr. 1464.

**23** Brief vom 22.04.1933 von der Botschaft der Republik Polens an das Außenministerium, Abteilung P.II, Warschau. Eingesehen in: AAN, 2/474/0 (Ambasada RP w Berlinie), Nr. 1464.

**24** Brief vom 25.04.1933 von der Botschaft der Republik Polens an das Außenministerium in Warschau. Eingesehen in: AAN, 2/474/0 (Ambasada RP w Berlinie), Nr. 1464.

gefährdet werden sollten. Unklar ist auch, ob die Bemühungen des Zentralkomitees des polnischen *Bund* auf Gegenliebe unter den noch in Berlin ansässigen BundistInnen stieß. Der polnische *Bund* war zwar offizieller Besitzer der Archivalien und das Zentralkomitee in Warschau somit rechtlich befugt, eine Schenkung durchzuführen; ohne die Unterstützung der in Berlin lebenden BundistInnen um Franz Kursky konnte diese Entscheidung jedoch kaum umgesetzt werden.

Diejenigen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die nicht nach Paris migrierten, einte, dass sie sich nicht der russländischen Sozialdemokratie zugehörig fühlten. Dovid Bergelson, der sich seit Mitte der 1920er Jahre von der sozialistischen Bewegung losgesagt hatte und als Jiddischist die jüdischen Ansiedlungsprojekte in der Sowjetunion unterstützte, kehrte 1934 zurück nach Moskau. Zuvor war er bereits von Berlin nach Dänemark geflüchtet. Bergelson war in der Sowjetunion weiterhin als jiddischsprachiger Literat tätig und engagierte sich während des Zweiten Weltkrieges im *Jüdischen Antifaschistischen Komitee* gegen das nationalsozialistische Deutschland. Sein Engagement für das Regime erwies sich jedoch in der Spätphase des Stalinismus als wirkungslos. Bergelson wurde 1949 verhaftet und am 12. August 1952 zusammen mit anderen bekannten jiddischsprachigen Schriftstellern aufgrund von angeblicher antisowjetischer Tätigkeit hingerichtet.

Mit Nokhem Shtif und Eva Broido gab es nur zwei weitere ExilantInnen, die von Berlin aus in die Sowjetunion zurückkehrten. Shtif ging 1926 nach Kiew, wo er Leiter des *Instituts der Jüdisch-Proletarischen Kultur*<sup>25</sup> wurde und 1933 verstarb. Wie Bergelson vertrat er bereits während seiner Berliner Zeit die Ansicht, dass die Ukraine zukünftiges Zentrum für die jiddischsprachige Kultur und Wissenschaft werden würde.<sup>26</sup> Ein Jahr nach Shtifs Rückkehr in die Sowjetunion verließ auch Eva Broido Berlin dorthin. Mit SDAPR-Parteiauftrag reiste sie auf illegalem Wege ein. Ihre dortige Festnahme, Inhaftierung und die späteren Verurteilungen mit einem 1941 vollstreckten Todesurteil verfolgten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen von Westeuropa aus mit Entsetzen. Der unerbittliche Umgang der sowjetischen Regierung mit der Sozialistin Broido erscheint als ein konkreter Abschreckungsmoment, der neben den immer stärker hervortretenden politischen Differenzen eine weitere Erklärung dafür ist, dass für die überwiegende

<sup>25</sup> Für nähere Informationen über das Institut vgl. Bilovitsky, Vladimir: Institute of Jewish Proletarian Culture. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: [https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Institute\\_of\\_Jewish\\_Proletarian\\_Culture](https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Institute_of_Jewish_Proletarian_Culture) [19.12.2019].

<sup>26</sup> Für die Biografie von Nokhem Shtif vgl. auch Estraiikh, Gennady: Shtif, Nokhem. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: [https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Shtif\\_Nokhem](https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Shtif_Nokhem) [19.12.2019].

Mehrheit der sozialistischen ExilantInnen eine Rückkehr in die Sowjetunion nicht infrage kam.<sup>27</sup>

Der Weg Richtung Zweite Polnische Republik wurde von ExilantInnen bestritten, die der jüdischen, aber nicht der sowjetischen ArbeiterInnenbewegung nahestanden. In Polen war es – wenn auch unter schwierigen politischen Bedingungen – möglich, mit Gleichgesinnten in einer starken *Bund*-Partei für die Ziele der jüdischen ArbeiterInnenschaft einzutreten. Vladimir Kosovski zog bereits 1930 nach Warschau, wo er Mitglied des Zentralkomitees des polnischen *Bund* wurde. Drei Jahre später folgte ihm Jakob Leschtsinsky in die polnische Hauptstadt. Genau wie Abramovič behielt Leschtsinsky seine Anstellung beim *Forverts*. Seit dem Frühjahr 1933 berichtete er nun von Warschau aus über die Entwicklungen der ostmitteleuropäischen Jüdenheiten und die politische Situation in Europa. Daniel Tsharni floh Ende 1934 aus Berlin. Er versuchte sich erst in Riga, dann in Vilna und anschließend in Warschau niederzulassen. Seine sowjetische Staatsbürgerschaft erschwerte es ihm, in polnischen Städten eine Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen, weswegen er sich nach wenigen Monaten doch für Paris als neuen Lebensmittelpunkt entschied.<sup>28</sup> Auch Leschtsinsky und Kosovski konnten nur wenige Jahre in Polen bleiben: Leschtsinsky wurde 1937 ausgewiesen und gelangte nach einigen Zwischenstopps nach New York. Mit gefälschten Papieren gelangte Kosovski nach dem Hitler-Stalin-Pakt in den sowjetisch besetzten Teil Polens, wo er erst in Pinsk und später in Vilna unterkam. Im Frühjahr 1941 floh auch er weiter nach New York.<sup>29</sup> An den Lebenswegen von Kosovski, Leschtsinsky und Tsharni lässt sich beispielhaft ablesen, mit welcher schwierigen Bedingungen Jüdinnen und Juden in den 1930er Jahren in Ostmitteleuropa zu kämpfen hatten. Für alle drei erwies sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Weg in die USA als sinnvollste Alternative. Ein Migrationsweg, der nur einem sehr geringen Teil von Jüdinnen und Juden aus Ostmitteleuropa offenstand.

Mit der Machtübergabe an die NationalsozialistInnen veränderte sich das Verhältnis zwischen osteuropäischen ExilantInnen und deutschsprachigen SozialistInnen in radikaler Weise. Die deutschen SozialdemokratInnen verfügten über wenig Exilerfahrung und der bis Frühjahr 1938 in Prag und bis 1940 in Paris

---

**27** Noch 1936 stellte Rafail Abramovič in einem Artikel Eva Broidos Schicksal seit der Verhaftung im Frühling 1928 dar. Vgl. Abramovič, Rafail: Eva L'vovna Brojdo. In: SV, Vol. 16 (1936), Nr. 2 (25.01.1936). S. 7.

**28** Vgl. Estraiikh, Gennady: Tsharni, Daniel. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: [https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Tsharni\\_Daniel](https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Tsharni_Daniel) [19.12.2019].

**29** Vgl. Gechtman, Roni: Kossovskii, Vladimir. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: [https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kossovskii\\_Vladimir](https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kossovskii_Vladimir) [21.12.2019].



ansässige Vorstand der deutschen Sozialdemokratie im Ausland (SoPaDe) hatte vor allem mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen beklagten neben einer strukturellen Unerfahrenheit der SoPaDe auch ein inhaltliches Unverständnis gegenüber einigen Entscheidungen der deutschen Sozialdemokratie. Inhaltlich missfiel den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die als wehrlos wahrgenommene Kapitulation der mitgliedsstarken deutschen Sozialdemokratie gegenüber den NationalsozialistInnen und die Ignoranz, mit der zahlreiche Führungskräfte der deutschen Sozialdemokratie sich besonders in der ersten Hälfte 1933 den politischen Realitäten in ihrem Land und den Gefahren für Europa verweigert hätten. Die sozialistischen Auslandsvertretungen aus Osteuropa, deren Mitglieder seit Jahrzehnten Erfahrungen mit der Exilsituation besaßen, sahen sich nun einem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie im Exil gegenüber, der zwischen 1890 und 1933 in der eigenen Heimat die größte sozialdemokratische Partei Europas aufgebaut hatte und während der Weimarer Republik zu einer staatstragenden Partei avanciert war. Auf das Leben im Exil, das sie nur von Berichten der osteuropäischen SozialistInnen oder aus der schon historisierten Zeit der bismarckschen Sozialistengesetze zwischen 1878 und 1890 kannten, waren zahlreiche deutsche PolitikerInnen nur unzureichend vorbereitet. Publikationen der SoPaDe wurden nun sogar im *Socialističeskij vestnik* beworben; interessanterweise wurden die Anzeigen im russischsprachigen Periodikum in deutscher Sprache publiziert<sup>30</sup> – ein erneuter Verweis auf die vorhandenen Sprachfähigkeiten der osteuropäischen SozialistInnen, aber vor allem auch ein plastisches Beispiel für das veränderte Verhältnis zwischen russländischer und deutscher Sozialdemokratie.

Die veränderten Beziehungen lassen sich auch anhand der Entwicklungen um die oben beschriebene Archivrettung nachvollziehen. Der russische Sozialist Boris Nikolaevskij, der die Archivrettung koordinierte, blieb auch in den darauffolgenden Monaten in Paris die zuständige Person für das SPD-Archiv. Zusammen mit Fëdor Dan nahm er ebenfalls eine wichtige Funktion in den Verhandlungen mit dem Moskauer *Marx-Engels-Institut* (MEI) und dem *Internationalen Institut für Sozialgeschichte* (IISH) ein, in denen es darum ging, die Bestände aufgrund finanzieller Engpässe weiterzuverkaufen. Im Mai 1938 wurden die Archivbestände von der SoPaDe an das in Amsterdam ansässigen IISH übertragen. Das finanziell bessere Angebot des Moskauer MEI wurde aufgrund der bestehenden politischen Differenzen abgelehnt.<sup>31</sup>

<sup>30</sup> Vgl. bspw. Anzeigen in SV, Vol. 16 (1936), Nr. 5 (12.03.1936). S. 14 und Nr. 9 (10.05.1936). S. 16.

<sup>31</sup> Für die Verkaufsverhandlungen vgl. Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs, S. 97–141.

Ebenfalls veränderte sich das Verhältnis zwischen dem in Berlin so wichtigen Mittler Alexander Stein und der russländischen Sozialdemokratie. Stein fühlte sich 1933 stärker zur deutschen als zur russländischen Sozialdemokratie zugehörig, weswegen er Deutschland im August 1933 als Mitarbeiter der SPD Richtung Prag verließ. Dort wurde er zu einem ständigen Mitarbeiter des *Neuen Vorwärts* und der *Sozialistischen Aktion*<sup>32</sup> und musste dennoch Rafail Abramovič um Unterstützung bitten.<sup>33</sup>

Aufgrund der dramatischen Verschlechterung der politischen Lage Ende der 1930er Jahre verblieben die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen weder längerfristig in Paris noch in ostmitteleuropäischen Städten. 1940 flohen viele von ihnen zusammen mit anderen europäischen SozialistInnen in die USA. Die überwiegende Mehrheit ging nun nach New York, von wo aus das *Jewish Labor Committee* eine größere Fluchthilfeaktion koordinierte.<sup>34</sup> Diese Fluchthilfe, bei der mehr als 400 Visa für europäische SozialistInnen und deren Familienangehörige beschafft wurden, ermöglichte eine legale Einreise in die USA.<sup>35</sup> Unter den nun in die USA Einreisenden befanden sich auch einige der in den 1920er Jahren in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, für die sich besonders der bereits in den USA lebende osteuropäisch-jüdische Sozialist Samuel Estrine eingesetzt hatte.<sup>36</sup> New York sollte für die meisten die letzte Station ihres doppelten Migrationsweges werden.<sup>37</sup> Anders als in Europa scheinen sie dort nicht als Teil einer osteuropäischen Exilgruppe, sondern als Teil der größeren Gruppe europäischer Geflüchteter wahrgenommen worden zu sein. Unter erneut völlig anderen Gegebenheiten spielten sich innerhalb der Gruppe ähnliche Entwicklungen ab wie zuvor in Paris und Berlin: Exilparteien wurden neu aufgebaut und über bestehende Netzwerke wurde versucht, weitere ParteivertreterInnen und politische FreundInnen aus Europa zu retten.<sup>38</sup>

---

32 Vgl. Papanek, Alexander Stein, S. 362.

33 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 220.

34 Vgl. hierfür Jacobs, Jack: *Ein Freund in Not. Das Jüdische Arbeiterkomitee in New York und die Flüchtlinge aus den deutschsprachigen Ländern, 1933–1945*. Bonn 1993.

35 Vgl. Jacobs, *Ein Freund in Not*.

36 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 269.

37 Der Historiker Tibor Frank hat den Begriff „double exile“ für ungarisch-jüdische Intellektuelle, die in den 1920er Jahren in die Weimarer Republik – meist nach Berlin – flohen und sich nach 1933 in den USA niederließen, geprägt. Vgl. Frank, Tibor: *Double Exile. Migrations of Jewish-Hungarian Professionals through Germany to the United States, 1919–1945*. Bern u. a. 2009. Aufgrund des ähnlichen Exilweges trifft der Begriff auch auf zahlreiche der in dieser Arbeit betrachteten Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen zu.

38 Für diesbezügliche Bemühungen von Franz Kursky vgl. bspw. Menes, *Der lebns-veg*, S. 25 f.

Zeitgenössische Briefkommunikation lässt vermuten, dass in New York aufgrund der physischen Nähe wieder eine engere Beziehung zwischen den russländischen und deutschsprachigen ExilantInnen aufgenommen wurde. Auf einem Erinnerungsabend der *Social Democratic Federation of New York City* sprachen unter anderem Rafail Abramovič und Alexander Stein zu Ehren des im Februar 1941 im Pariser Gestapo-Gefängnis ermordeten deutschsprachigen Sozialdemokraten Rudolf Hilferding.<sup>39</sup> Fëdor Dan erhielt im Herbst desselben Jahres mehrere Gratulationsschreiben anlässlich seines 70. Geburtstages. Aus dem Schreiben von Paul Hertz, früheres SPD-Parteivorstandsmitglied, lassen sich zugleich Hochachtung vor Dan und Selbstkritik herauslesen.

Schwere Tage und dunkle Stunden haben wir durchlebt, seit wir [1931] in Berlin Ihren 60. Geburtstag gefeiert haben. Obwohl schon damals die Krise der sozialistischen Arbeiterbewegung sichtbar wurde, glaubten wir doch, dass die deutsche Arbeiterklasse imstande sein würde, den Ansturm des Faschismus aufzuhalten und die Demokratie in Europa zu verteidigen. Statt dessen kam der Zusammenbruch, dessen Schwere uns in den vergangenen Jahren immer deutlich wurde, wenn Hitler ein Land nach dem anderen eroberte und die Arbeiterbewegung zertrümmerte.

In diesen finsternen Ereignissen, die so manchen unserer früheren Freunde verwirrt haben, haben Sie dank Ihrer tiefen Einsicht Ihren Weg nicht verloren, Ihren Glauben und Ihren Kampfesmut behalten.<sup>40</sup>

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die deutsche Einnahme zahlreicher Länder und damit einhergehend den Zusammenbruch der jeweiligen ArbeiterInnenbewegung miterlebt. Nach der Emigration aus Sowjetrußland aufgrund der Herrschaft der Bol'seviki und der Flucht vor den NationalsozialistInnen aus dem Deutschen Reich mussten sie nun vor dem deutschen Vernichtungskrieg fliehen.

Ebenfalls schwierig gestaltete sich das Anliegen einer erneuten Rettung der Archivmaterialien. Anders als während der Flucht aus Berlin war es den ExilantInnen dieses Mal nur noch möglich, ausgewähltes Material auf die beschwerliche Flucht durch Südfrankreich und über den Atlantischen Ozean mitzunehmen. Mehrere Dutzend Kisten des SDAPR-Archivs wurden deshalb in der zwischen Nantes und Paris liegenden Stadt Amboise versteckt. Auch die Unterlagen des *Bund*-Archivs sollten in einem Versteck lange vor den NationalsozialistInnen geheim gehalten werden, bis sie 1944 entdeckt wurden. Eine durch die deutschen BesatzerInnen

---

<sup>39</sup> Vgl. Zeitungsartikel zum Tod von Rudolf Hilferding. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Rose Hilferding, Nr. 1/RHAB000005.

<sup>40</sup> Brief von Paul Hertz an Fëdor Dan vom 13.10.1941 aus Los Angeles. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 7.

geplante Überführung ins Deutsche Reich fand aufgrund des Kriegsverlaufes jedoch nicht mehr statt und die *Bund*-Archivalien wurden nach dem Krieg in einem Warenhaus wiedergefunden. Es gleicht einem Wunder, dass beide Archive in Teilen den Krieg überdauerten und einige Jahre später in die USA überführt werden konnten.<sup>41</sup>

Mit der Flucht der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aus Berlin verschwanden auch die von ihnen erschaffenen Parteivertretungen sowie alle weiteren Orte der jiddisch- und russischsprachigen sozialistischen Handlungsräume aus der Stadt. Nach dem Ersten Weltkrieg waren diese geschaffen und geprägt worden durch die dort verweilenden Personen, die den Stadtraum veränderten und zur Mehrheitsgesellschaft eine „kulturelle Nähe und Dichte“<sup>42</sup> schufen. Sie erweiterten den größtenteils bereits etablierten sozialistischen Handlungsraum, indem sie an diesen ihre eigenen Parteien, Klubs, Hilfsorganisationen und Verlage anknüpften. Ebenfalls veranstalteten sie eigene Treffen und Versammlungen in halböffentlichen und privaten Räumen.

Der städtische Handlungsraum Berlins wurde nach 1933 durch die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik grundlegend verändert. Die Spuren des sozialistischen Berlins wurden fast vollständig zerstört; es gab große architektonische Veränderungen und noch größere Pläne einer gigantomaniischen „Reichshauptstadt Germania“.<sup>43</sup> In den 1940er Jahren folgten Zerstörungen während des Zweiten Weltkrieges und anschließend die Teilung der Stadt in Ost und West. Der Stadtraum der Weimarer Republik wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts mehrmals überschrieben und neu besetzt. Bereits nach wenigen Jahren gab es kaum noch Spuren des mehrsprachigen Exillebens der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, welches somit auch in der Stadtgeschichte in Vergessenheit geriet.

Heutzutage existieren kaum noch Orte, die an den sozialistischen Exilraum in den 1920er Jahren erinnern. Bereits 1948 besuchten einige nun in New York lebende RedakteurInnen des *Socialističeskij vestnik* das befreite Berlin. Als sie auf dem Weddinger Urnenfriedhof eintrafen, fanden sie an dem Ort, an dem 20 Jahre zuvor die SDAPR-Parteigrabstätte errichtet worden war, nur noch ein grünes Rasenstück. Anders als von den ExilantInnen zuerst vermutet, war der Grabstein nicht 1945 von der Sowjetarmee, sondern bereits in den 1930er Jahren durch die

---

41 Für das SDAPR-Archiv vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 269; für das *Bund*-Archiv vgl. Web, *Between New York and Moscow*, S. 249.

42 Schlögel, *Das russische Berlin*, S. 14.

43 Für den Begriff und die in Berlin durchgeführten und geplanten städtischen Veränderungen vgl. Reichhardt, Hans J./Schäche, Wolfgang (Hrsg.): *Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen*. Ausstellungskatalog. Berlin 1984.

NationalsozialistInnen entfernt worden.<sup>44</sup> Erst 1998 wurde die Grabanlage nachgebaut und ein Faksimile des Gedenksteins durch die Bezirksregierung wieder aufgestellt.<sup>45</sup>

Die im Berliner Exil lebenden SozialistInnen entstammten aus den sich um die Jahrhundertwende im Wandel befindenden jüdischen Lebenswelten Osteuropas. Sie waren Teil einer damaligen politischen Jugendbewegung, die sich von vielen Bräuchen und Riten ihrer Eltern- und Großelterngeneration lossagte und sich zeitgenössischen Parteien der revolutionären Bewegung anschloss.<sup>46</sup> Zahlreiche Mitglieder dieser besonderen Generationseinheit osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen musste in den 1920er Jahren aus Sowjetrußland fliehen. Sie trugen ihre Parteivertretungen in Teilen für knapp 15 Jahre in den Berliner Migrationsraum. Das Grabsteinensemble auf dem Weddinger Urnenfriedhof war einer der markantesten Verweise auf die Relevanz von Berlin als Exilort der sozialistischen Bewegung Osteuropas. Dort fanden im Exil lebende osteuropäische SozialistInnen, die sich für politische Veränderungen in der Sowjetunion eingesetzt hatten, ihre letzte Ruhestätte. Die Eröffnung einer Parteigrabstätte im Jahr 1928 kann aber auch als Eingeständnis der Auslandsdelegation der SDAPR verstanden werden, dass sie von einer längeren Exilzeit in Berlin ausgingen. Die Grabstätte war damit zugleich ein Gedenkstein, der bis 1933 von der sozialdemokratischen russländischen Exilgemeinde auch als Versammlungsort genutzt wurde.

Auf dem Grabstein waren mit Pavel Aksel'rod (1850 – 1928), Julij Martov (1873 – 1923), Semen Vajnštejn (1879 – 1923), Alexej Kabcan (1885 – 1924), Lev Ètkin (1885 – 1927) und Abraham Mutnik (1868 – 1930) die Geburts- und Todesdaten von sechs einflussreichen Sozialisten aus Osteuropa gemeißelt. Fünf von ihnen starben in der Weimarer Republik und wurden auf dem Urnenfriedhof begraben, Kabcan verschied nach längerer Krankheit in Prag.<sup>47</sup> Dass auch ihm auf dem Grab und Gedenkstein auf dem Berliner Urnenfriedhof gedacht wurde, zeigt, dass die Hauptstadt der Weimarer Republik für die sozialistische Exilgruppe des Russländischen Reiches in den 1920er Jahren ein Zentrum darstellte.<sup>48</sup>

---

<sup>44</sup> Vgl. Hedeler, Wladislaw: Die russischen Menschewiki. Ein Literaturbericht. In: „Helle Panke“ e. V. (Hrsg.): Vielfalt sozialistischen Denkens, Nr. 10. Berlin 2001. S. 27–41. Hier S. 28.

<sup>45</sup> Vgl. für das am 11.06.1998 aufgestellte Faksimile des Grabsteins <https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/nc/gedenktafeln/gedenktafel-anzeige/tid/russische-sozialdemo/> [22.12.2019].

<sup>46</sup> Vgl. hierzu: Slezkine, Das jüdische Jahrhundert, S. 146–157.

<sup>47</sup> Vgl. Dan, Fëdor: A. I. Kabcan. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 18 (20.09.1924). S. 16.

<sup>48</sup> Inwiefern auch Kabcans Leichnam nach Berlin gebracht wurde oder ob dieser in Prag beerdigt und nur auf dem Berliner Grabstein an ihn erinnert wurde, konnte nicht abschließend geklärt werden.

Die Inschrift erinnert aber auch die Verflechtungen zwischen osteuropäisch-jüdischen und sozialistischen Lebenswelten vor dem Ersten Weltkrieg. Gemeinsam war allen sechs Verstorbenen, dass sie aus den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten des Russländischen Reiches entstammten. Um die Jahrhundertwende waren sie entweder der SDAPR oder dem *Bund* beigetreten. Das Begräbnis auf einem Urnenfriedhof verdeutlicht einprägsam ihre Abkehr von religiösen jüdischen Geboten und Bräuchen und die Zuwendung zum sozialistischen Brauchtum.<sup>49</sup> Dass innerhalb der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berliner Exil eine große Heterogenität in Bezug auf nationale und kulturelle Zugehörigkeit existierte, lässt sich ebenfalls anhand des Bestattungsritus verdeutlichen. Nahum Gergel, ein weiterer in Berlin verstorbener osteuropäisch-jüdischer Sozialist, wurde im November 1931 als sozialistischer Zionist auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beigesetzt. Er erhielt ein Begräbnis nach religiösem Ritus.<sup>50</sup>

Nach den wechselhaften Beziehungen zwischen SDAPR und *Bund* vor dem Ersten Weltkrieg kann es nicht als selbstverständlich angesehen werden, dass die Beisetzung von russländischen SozialdemokratInnen und BundistInnen unter einem Grabstein stattfand. Dass die Bundisten Ètkin und Mutnik sich zu ihrem Lebensende in einer Grabstätte mit den russländischen Sozialdemokraten Aksel'rod, Kabcan, Martov und Vajnštejn wiederfanden, bestätigt die erstarkte Kooperation zwischen den beiden Parteien während des Exils. Zugleich deutet die Begräbnisstätte aber auch symbolisch auf Trennlinien unter den sozialistischen ExilantInnen hin. Russländische SozialdemokratInnen und BundistInnen verband nicht nur die politische Rivalität zur kommunistischen ArbeiterInnenbewegung, sie standen auch in politischer Konkurrenz zu sozialistischen ZionistInnen und jüdischen TerritorialistInnen.

Anhand der Grabstätte lässt sich auch eine zumindest vordergründige Zugehörigkeitsverschiebung aufzeigen, die bei den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil stattfand. Einer multiethnischen Lebenswelt entstammend wurden BundistInnen und russländische SozialdemokratInnen gemeinsam unter dem Parteinamen der SDAPR begraben. Die besondere Verflechtung von Teilen der osteuropäisch-jüdischen mit Teilen der osteuropäisch-sozialistischen Lebenswelten zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die sich auch in einer Ausdiffe-

---

<sup>49</sup> Entgegen jüdischen Brauchtums scheint die Grabstätte von Julij Martov nach ihrer Errichtung auch einmal umgebettet und neben die von Pavel Aksel'rod gelegt worden zu sein. Für die Relevanz der Feuerbestattung für die sozialdemokratische/sozialistische Bewegung vgl. bspw. Prüfer, Sebastian: Sozialismus statt Religion Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890. Göttingen 2002. S. 314–316.

<sup>50</sup> Vgl. N. N.: N. Ju. Gergel' (nekrolog). In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 22. S. 16.

renzung der sozialistischen Parteienlandschaft ausgedrückt hatte, fand keinen Nachhall in der im deutschen Nationalstaat erbauten Grabstätte auf dem Weddinger Urnenfriedhof. Die Inschrift auf dem Grabstein unterscheidet nicht zwischen SDAPR und *Bund*. Ferner ist der Grab- und Gedenkstein hauptsächlich in kyrillischen und mit einigen wenigen lateinischen Schriftzeichen beschriftet. Hebräische Schriftzeichen fehlen gänzlich. Die bestandene und in Teilen auch bewusst gelebte Multiethnizität und Sprachenvielfalt des russländischen Sozialismus, die auch während der Berliner Exilzeit verschiedentlich fortgesetzt wurde, wird dadurch auf dem Grab- und Gedenkstein ausgeblendet, und auch die zwei Bundisten wurden durch die Inschrift im Gedenk- und Grabstein ausschließlich mit dem Oberbegriff russländische Sozialdemokraten versehen.

## 6 Fazit

In der vorliegenden Studie wurde die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berlin der Weimarer Republik lebensweltlich analysiert. Die Mehrheit ihrer Mitglieder lebte über zehn Jahre in der Stadt. In der Arbeit wurden ihre politischen, journalistischen und kulturellen Tätigkeiten sowie ihre bi- und transnationalen Verflechtungen in die zeitgenössische ArbeiterInnenbewegung nachgezeichnet. Dabei wurde herausgearbeitet, dass die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen während der Exilzeit aktiver Teil der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung blieben. Viele von ihnen beteiligten sich lebhaft und vielfältig an Debatten in den russisch-, jiddisch- und deutschsprachigen Handlungsräumen der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Das „Rote Berlin“ der Weimarer Republik avancierte dadurch zu einem zeitgenössischen sozialistischen Exilort, an dem transnationale Beziehungen entstanden und bereits bestehende fortgeführt wurden. Zu Beginn der 1920er Jahre war die Stadt in der Wahrnehmung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen eine sichere und längerfristige Zwischenstation, für einige sogar ein revolutionärer Hoffnungsort. Bis 1933 veränderte sich diese Wahrnehmung jedoch vollständig. Berlin wandelte sich zu einem Gefahrenort, den David Dalin 1935 als Letzter aus der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen verließ.

In der Analyse konnten vier parallel stattfindende, die Exilgruppe und ihre politische Tätigkeit betreffende Entwicklungen herausgearbeitet werden: Erstens wurden insbesondere zu Beginn der 1920er Jahre alte politische Auseinandersetzungen aus dem Russländischen Reich unter neuen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Berlin innerhalb der Exilgruppe fortgeführt. Parteiorganisationen und -zugehörigkeiten blieben bestehen und mussten obendrein an neue politische Realitäten angepasst werden. Zugleich verschoben sich zweitens bestehende individuelle Zugehörigkeitsverständnisse unter den ExilantInnen in Bezug auf ihre politische Ideologie, ihren Ethnos und ihr Nationalitätsverständnis. Auslöser hierfür waren der Migrationsprozess nach Berlin, durch den die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ihre alte Lebenswelt verließen und sich in eine neue einfügen mussten, sowie die tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Europa durch und nach dem Ersten Weltkrieg. Der Zusammenbruch des Russländischen Reiches, die Gründungen von Nationalstaaten in Ostmitteleuropa und die Revolution in der Sowjetunion ließen zahlreiche bis dahin bestehende politische und nationale Zugehörigkeiten bedeutungslos erscheinen; andere wiederum verschoben sich auf gravierende Weise. Mit Beginn der Exilzeit wurden drittens von Berlin aus Kontakte zu deutschsprachigen und anderen internationalen Parteien der ArbeiterInnenbewegung wieder aufgenommen oder neu geknüpft. Ziel der ExilantInnen war



es, die eigene politische Tätigkeit durch Publikationsmöglichkeiten, die Beteiligung an Veranstaltungen und die Teilnahme an internationalen Gremien fortzuführen und sich eine wirtschaftliche Existenz im Exil zu sichern. Resultierend aus dem Verlust der früheren Lebenswelt entstand viertens innerhalb des Berliner Exilraums eine Gedenk- und Erinnerungskultur an osteuropäisch-sozialistische Parteimitglieder und an Erfolge und Misserfolge der gesamten sozialistischen Bewegung Osteuropas vor dem Ersten Weltkrieg.

## 6.1 Die Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen

Mit Benedict Anderson gesprochen kann die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen als eine „imagined community“<sup>1</sup>, in der einige Gemeinsamkeiten, aber auch zahlreiche Unterschiede bestanden, bezeichnet werden. Die Gruppe von ExilantInnen war aufgrund dreier Aspekte miteinander verbunden: durch ihre selbstgewählte, bei jedem Individuum zumindest temporär bestehende Zugehörigkeit zur revolutionären Bewegung Osteuropas; durch ihre Herkunft aus der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelt, die Teil des multiethnischen Raumes des Russländischen Reiches war; und durch ihren gewählten Exilort Berlin. Diese Gemeinsamkeiten grenzten sie von anderen zeitgenössischen Gruppierungen ab. Unterschiede innerhalb der Exilgruppe bestanden besonders in ihren verschiedenen Zugehörigkeitsverständnissen zur Judenheit und zur sozialistischen ArbeiterInnenbewegung.

Im ersten Hauptkapitel der Arbeit wurden der gemeinsame osteuropäisch-jüdische Erfahrungssatz und -befund sowie der osteuropäisch-revolutionäre Erfahrungsbefund systematisiert, den die Gruppenmitglieder ins Exil trugen. Anschließend folgte eine allgemeine Charakterisierung der in Berlin lebenden Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Unter dem Begriff osteuropäisch-jüdische SozialistInnen werden in der Arbeit sowohl RevolutionärInnen, die sich innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenbewegung engagierten, gefasst als auch RevolutionärInnen jüdischer Herkunft, die sich in einer russländisch-sozialistischen Partei wie der SDAPR oder SR engagierten. Hierbei wurde berücksichtigt, dass sich die jüdisch-sozialistische Bewegung Osteuropas in einem wesentlichen Punkt von sozialistischen Bewegungen anderer national-ethnischer Minderheiten des multiethnischen Russländischen Reiches unterschied: Aufgrund der vielschichtigen Debatte darüber, ob die Zugehörigkeit zu den osteuropäischen Judenheiten die Beschreibung eines Ethnos, einer Religion, einer Nationalität oder

---

1 Vgl. Anderson, *Imagined Communities*.

einer kulturellen Zugehörigkeit darstellt, standen RevolutionärInnen aus den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten viel stärker als RevolutionärInnen anderer Minderheiten des multiethnischen Reiches vor einer individuellen Richtungsentscheidung. Neben ihrer sozialistischen Selbstwahrnehmung mussten sie sich zwischen einer Zugehörigkeit zu einer russländisch-sozialistischen Partei oder einer explizit jüdischen revolutionären Partei entscheiden. Yuri Slezkine hat herausgearbeitet, dass beide Wege einen bewussten Bruch mit der eigenen Elterngeneration und den bestehenden religiösen und kulturellen Bräuchen der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten darstellten.<sup>2</sup> Die Befunde aus der vorliegenden Arbeit bestätigen, dass sozialistische „non-Jewish Jews“ und jüdische SozialistInnen aus dem Russländischen Reich als eine gemeinsame Generationseinheit osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzusehen sind, die sich im Zuge ihres politischen Engagements von Traditionen ihrer Elterngeneration abwandte. Die Dissertationsschrift bestärkt ferner Yuri Slezkines These, dass für Jüdinnen und Juden in der revolutionären Bewegung der Jahrhundertwende wichtige Anknüpfungspunkte nicht nur in der im Russländischen Reich erlittenen gesellschaftlichen und sozialen Ausgrenzung sowie in der antisemitischen Pogromerfahrung bestanden. Gerade der im Vergleich zur restlichen Bevölkerung existierende, überproportional hohe Bildungsgrad und die im multiethnischen Raum des Russländischen Reiches erlernte Multilingualität waren weitere essenzielle Anknüpfungspunkte zur zeitgenössischen revolutionären Bewegung.<sup>3</sup>

Aufgrund der antisemitischen Pogrom- und Ausgrenzungserfahrungen war der revolutionäre Kampf in Osteuropa für osteuropäisch-jüdische RevolutionärInnen immer auch ein doppelter Emanzipationskampf. Sie kämpften allgemein für die Emanzipation der ArbeiterInnenmassen und speziell für die Emanzipation der jüdischen ArbeiterInnen des Russländischen Reiches. Dieser Kampf konnte durch ein Engagement in explizit jüdisch-revolutionären Parteien erfolgen, in denen das revolutionäre Konzept des Sozialismus mit jüdischen Nationalkonzepten wie Zionismus, Territorialismus oder der national-kulturellen Autonomie verbunden wurde. Ebenso konnte dieser Kampf bei einem Engagement in allgemeinen revolutionären Parteien des Russländischen Reiches erfolgen. Dort sah die Emanzipation der osteuropäischen Judenheiten jedoch – zumindest auf theoretischer Ebene – eine vollständige kulturelle und sprachliche Integration in die russisch dominierte Mehrheitsgesellschaft vor.

---

2 Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 146–152.

3 Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 121–207.

Anhand von Erinnerungsberichten und autobiografischen Texten wurden ebenfalls die Prägungen aus den osteuropäisch-revolutionären Lebenswelten systematisiert. Genau wie andere RevolutionärInnen schufen auch osteuropäisch-jüdische SozialistInnen illegale Parteiorganisationen im Russländischen Reich. Durch staatliche Repressionen wurden einerseits die sozialistische Bewegung und ihre Organisationskraft kleingehalten, andererseits sammelten die SozialistInnen bereits bis zum Ersten Weltkrieg zwangsläufig Haft- und Exilerfahrungen. Die quantitativ geringe Organisationskraft der Mehrzahl der russländischen sozialistischen Parteien im Vergleich zu ihren westeuropäischen PartnerInnen steht in einem vermeintlichen Widerspruch zu ihrer praktischen Revolutionstätigkeit, die insbesondere in den Ereignissen der Jahre 1905 und 1917 kulminierte. Im Unterschied zu anderen europäischen Parteien erfuhren russländische SozialistInnen nach der Oktoberrevolution eine politische Ausgrenzung durch eine der revolutionären Bewegung angehörende Partei. Diese besonderen revolutionären Erfahrungsbefunde beeinflussten das Handeln und die politische Analyse der ExilantInnen in Berlin. Beispielsweise wurde dort die parteipolitische Diversität, trotz eines gemeinsamen politischen Gegners, mit der Begründung aufrechterhalten, dass diese ein wichtiger Teil der Demokratisierung der russländischen Gesellschaft sei. Ebenso führten sie Debatten über nationale Souveränität in Osteuropa unbeirrt fort. Die in dieser Arbeit analysierten Artikel von Vladimir Kosovski über die deutsche Sozialdemokratie sind ein Beispiel dafür, dass die osteuropäischen Erfahrungsbefunde auch Einfluss auf die Bewertung der politischen Situation in der Weimarer Republik hatten.

Der Migrationsprozess der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen hatte Einfluss auf die individuellen Zugehörigkeitsverständnisse und konnte diese verändern. Die ExilantInnen mussten sich in eine neue Lebenswelt einfügen. Durch die Gründung der Berliner Parteiauslandsvertretungen, Debattierklubs und Verlage setzten sie ihre mehrheitlich auf Osteuropa ausgerichtete Parteitätigkeit so weit wie möglich fort. Zugleich knüpften oder revitalisierten sie Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie und weiteren sozialistischen Parteien in Europa und den USA. In der Kooperation und Auseinandersetzung mit diesen Parteien wurden ihre eigenen Selbstverständnisse hinterfragt und politische Ziele neu definiert. Ebenso wirkten die grundlegenden politischen Veränderungen in der europäischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg auf die Exilgruppe ein. Die Schaffung neuer Nationen und Staatsgrenzen in Ost- und Ostmitteleuropa stellten ihre bis dahin bestehenden Zugehörigkeitsverständnisse infrage. Das Leben im Berliner Exil führte zu einer Perspektiverweiterung, durch welche auch verstärkt politische Entwicklungen in der Weimarer Republik analysiert und wahrgenommen wurden.

Der Weg aus dem multiethnischen Raum des Russländischen Reiches in den nationalstaatlich geprägten Exilraum der Weimarer Republik verringerte die äußere Wahrnehmung der eigenen Mehrfachzugehörigkeit. Da es innerhalb der deutschsprachigen sozialistischen Bewegung keine nationalen Parteisektionen gab, spielte der osteuropäisch-jüdische Ethnos im sozialistischen Exilraum kaum eine Rolle. Die jüdische Zugehörigkeit wurde im öffentlichen Diskurs anders als in Osteuropa vor allen Dingen als eine religiöse verstanden oder als antisemitische Zuschreibung verwendet, jedoch bei Weitem nicht als national-kulturelles Selbstverständnis einer Minderheit in einem multiethnischen Staat wahrgenommen. Innerhalb der deutschen ArbeiterInnenbewegung besaß die jüdische Zugehörigkeit damit – zumindest vordergründig – keine Relevanz. Osteuropäisch-jüdische SozialistInnen wurden von der überwiegenden Mehrheit der deutschen SozialistInnen nicht als eigenständige Sektion, sondern als Teil der größeren osteuropäischen Exilgruppe wahrgenommen.

Diese Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft unterschied sich jedoch von der Selbstwahrnehmung zahlreicher ExilantInnen, die ihre multiple Zugehörigkeit, bestehend aus einer osteuropäisch-jüdischen und einer osteuropäisch-sozialistischen, beibehielten. Dies konnte in der vorliegenden Arbeit anhand der fortwährenden Beteiligung der ExilantInnen an Debatten in jiddischer und russischer Sprache aufgezeigt werden. Aus ihr wird deutlich, dass in Teilen der Exilgruppe ein eigenes osteuropäisch-jüdisches Selbstverständnis auch während der Exilzeit fortbestand.

## 6.2 Handlungsräume

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen konnten aufgrund ihrer Multilingualität parallel an Diskussionen innerhalb des russisch-, jiddisch- und deutschsprachigen Handlungsraumes partizipieren. Diejenigen, die sich aktiv an den Debatten beteiligten, wurden zu MittlerInnen zwischen diesen Räumen, da sie teilweise bewusst, oftmals aber unbewusst einen inhaltlichen Transfer von Debatten aus der einen in die andere Sprache vollzogen. Inhaltlich konzentrierte sich die Exilgruppe vornehmlich auf drei Themengebiete: Beteiligung an und Weiterentwicklung der Strukturen der internationalen sozialistischen ArbeiterInnen-Internationale (1), politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in Ost-/Ostmitteleuropa (2) sowie in der Weimarer Republik (3). Hierüber geführte Debatten wurden von den ExilantInnen wahrgenommen, analysiert und durch das Einbringen von eigenen Debattenbeiträgen mitgestaltet. Unabdingbar hierfür waren der Aufbau von Parteiauslandsvertretungen sowie persönliche und parteipolitische Netzwerke, die teilweise bereits vor dem Ersten

Weltkrieg bestanden und von Berlin aus revitalisiert und weiter ausgebaut wurden.

Die Studie zeigt ebenfalls, dass die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Sprache bewusst als Zugang zu einem unterschiedlichen Zielpublikum einsetzten. In den drei Handlungsräumen gab es verschiedene Nuancen in Bezug auf inhaltliche Debatten. So wurde über Antisemitismus und nationale Souveränität der osteuropäischen Judenheiten fast ausschließlich innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes debattiert. Wichtigster Grund hierfür war, dass innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenbewegung mehr Verständnis und Empathie für die Themenbereiche bestand. Aus einem ganz anderen Grund wurde die Kritik an Delegationsreisen in die Sowjetunion ausschließlich im deutschsprachigen Handlungsraum geübt. Einige ExilantInnen stellten den Sinn der Reisen grundsätzlich infrage. Da besonders deutschsprachige SozialistInnen von diesen Reiseangeboten angesprochen wurden, forcierten sie diese Debatte ausschließlich im deutschsprachigen Handlungsraum. Eine andere Strategie verfolgten sie im Kampf um Aufmerksamkeit für politische Gefangene in der Sowjetunion. Dieses für die Exilparteien zentrale Thema wurde ganz bewusst und wiederholt in allen drei Handlungsräumen thematisiert.

In allen sozialistischen Handlungsräumen wurde den ExilantInnen eine Expertise in der Analyse und Bewertung der Entwicklungen in der Sowjetunion zugesprochen. Osteuropa blieb für sie von Berlin aus jedoch ein Ort ohne Möglichkeiten einer direkten politischen Teilhabe. Diese erfolgte ausschließlich durch die Unterstützung illegaler Parteiarbeit sowie den Schmuggel von Publikationen in die Sowjetunion. Nur drei der in dieser Arbeit betrachteten ExilantInnen remigrierten nach mehrjährigem Aufenthalt in Berlin in die Sowjetunion. Diese Rückkehr ging bei Dovid Bergelson und Nokhum Shtif mit ihrer Zuwendung zur kommunistischen und damit mit der Abkehr von der sozialistischen Bewegung einher. Bei Eva Broido handelte es sich um einen parteipolitischen Auftrag der SDAPR.

Die Analyse des Status quo in der Sowjetunion und die Darlegung unterschiedlicher Zukunftskonzepte für Osteuropa fanden am intensivsten innerhalb des russischsprachigen Handlungsraumes statt. In der Exilpresse gab es diesbezügliche kontroverse Diskussionen zwischen den verschiedenen Exilparteien, aber auch zwischen Parteifraktionen einzelner Parteien. Durch Publikationen und die Teilnahme an Veranstaltungen wurden diese Debatten aktiv in den deutschsprachigen Handlungsraum getragen. Das Ziel der osteuropäischen ExilantInnen bestand darin, die Sichtweise der deutschsprachigen ArbeiterInnenbewegung auf die Bol'seviki und die Entwicklungen in der Sowjetunion durch einen kritischen sozialistischen Blick zu diversifizieren. Trotz intensiver Bemühungen kamen im deutschsprachigen Handlungsraum jedoch deutlich weniger osteuropäische

ExilantInnen zu Wort, sodass ein großer Teil der im russischsprachigen Handlungsraum bestehenden Vielstimmigkeit verloren ging. Ausschlaggebend für eine aktive Partizipation im deutschsprachigen Handlungsraum waren die jeweilige parteipolitische Zugehörigkeit und gute Vernetzung. Die deutschen Zeitungsredaktionen achteten darauf, dass die osteuropäischen AnalystInnen weitestgehend ihrem eigenen politischen Verständnis entsprachen.

Ebenso wurden innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes zahlreiche Berichte und Analysen über die Sowjetunion publiziert. Besonders für die US-amerikanischen Judenheiten avancierte Berlin in den 1920er Jahren zum zentralen Schnittpunkt der Berichterstattung über Osteuropa. Berliner Korrespondenten jiddischsprachiger Zeitungen waren sowohl für die Berichterstattung über die Weimarer Republik als auch über die Sowjetunion zuständig. In ihren Artikeln über die sowjetischen Lebenswelten fällt ein häufiger Rückgriff auf Erfahrungsbefunde aus dem Russländischen Reich in Form von Vergleichen auf. Dieser erschien möglich, da eine große Anzahl der LeserInnenschaft jiddischsprachiger sozialistischer Publikationen selbst aus Osteuropa in die USA migriert war und dadurch ähnliche Erfahrungsbefunde besaß wie die in Berlin lebenden JournalistInnen.

Zahlreiche der in Europa nach dem Ersten Weltkrieg entstehenden osteuropäischen Exilparteien beteiligten sich an den Strukturen und Zusammenkünften der internationalen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Für die Exilparteien war dies ein politischer Raum, in dem ihre eigenen Debatten innerhalb eines größeren Kontextes Widerhall fanden, wodurch die Themen ein stärkeres Gewicht bekamen. Diese Relevanz der internationalen sozialistischen Organisationen für osteuropäische Exilparteien wurde in der vorliegenden Arbeit besonders anhand von Diskussionen innerhalb der SAI herausgearbeitet. Immer wieder versuchten osteuropäische ExilantInnen, in den Gremien der SAI Aufmerksamkeit für die politische Situation in der Sowjetunion zu generieren. Hierfür wurden auch einige parteipolitisch übergreifende Allianzen gebildet sowie an die internationale ArbeiterInnenbewegung gerichtete parteiübergreifende Resolutionen eingereicht. Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren Teil dieser diversen osteuropäischen Exilgruppe. Ähnlich wie in Bezug auf die deutschsprachige Bewegung versuchten sie, innerhalb der SAI einen kritischen Blick auf die Bol'sheviki und die Entwicklungen in der Sowjetunion zu implementieren. Organisierten Widerstand erfuhren sie dabei in den 1920er Jahren im Besonderen vonseiten britischer SozialistInnen.

Innerhalb der SAI waren Deutsch, Englisch und Französisch die offiziellen Kommunikationssprachen. Die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen konnte somit auf Deutsch die dortigen Diskussionen verfolgen und eigene Eingaben formulieren. Das Engagement einzelner ExilantInnen innerhalb der inter-

nationalen ArbeiterInnenbewegung ging jedoch auch über die organisatorische Anbindung hinaus. Zahlreiche individuelle Kontakte zu prominenten Personen der zeitgenössischen ArbeiterInnenbewegung wurden geknüpft und gepflegt.

Auf den Kongressen der SAI, an denen einige osteuropäisch-jüdische SozialistInnen als Delegierte teilnahmen, zeigte sich die Größe und Internationalität der sozialistischen Bewegung in einer besonderen Form. Für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren die Kongresse wichtige Zusammenkünfte, auf denen ExilpolitikerInnen durch konkrete Begegnung Anschlussmöglichkeiten, Austausch und Bestätigung für ihre unter erschwerten Bedingungen stattfindende politische Arbeit fanden. Diese Treffen verliefen nicht immer konfliktfrei. Auf dem Wiener Kongress der SAI 1931 brach ein bis dahin nicht vorgekommener öffentlicher Disput zwischen der offiziellen polnischen und der inoffiziellen russländischen *Bund*-Delegation aus, der die nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte Teilung des *Bund* in nationale Parteisektionen auch inhaltlich manifestierte. Abraham Cahan beschrieb ihn als ein Aufeinandertreffen zwischen den alten Bundisten des Russländischen Reiches mit den neuen aus der Zweiten Polnischen Republik.<sup>4</sup>

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen setzten sich als in Berlin lebende ExilantInnen ebenfalls mit den politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik auseinander. Diese Analyse stellt eine zeitgenössische migrantische Perspektive auf die damaligen Geschehnisse dar, die in der Forschung bisher kaum Beachtung fand. Besonders viel Berichterstattung über die Weimarer Republik konnte in jiddischsprachigen Zeitungen ausgemacht werden, deutlich weniger gab es in der russischsprachigen sozialistischen Exilpresse. Dies begründet sich aus der Funktion der analysierten Publikationen für die jeweiligen Handlungsräume. Mehrere SozialistInnen berichteten auf Jiddisch als in Deutschland lebende KorrespondentInnen für die US-amerikanische Presse. Im russischsprachigen Handlungsraum agierten sie dagegen primär als Teil der in Westeuropa lebenden russländischen Exilgemeinde. Dort veröffentlichte Publikationen fokussierten sich besonders auf die Situation in der Sowjetunion. Dennoch lässt sich auch für den russischsprachigen Handlungsraum der 1930er Jahre eine leichte Steigerung der Publikationen über die Weimarer Republik feststellen.

Eine ebenfalls geringe Beteiligung osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen an den Diskussionen im deutschsprachigen Handlungsraum erklärt sich vor allem aus fehlenden Publikationsmöglichkeiten. Von deutscher Seite wurden einige osteuropäische ExilantInnen eingeladen, ihre Wahrnehmung über die Entwicklungen in der Sowjetunion zu publizieren. Vergleichbare Anfragen scheint es in Bezug auf die politische Analyse Deutschlands nicht gegeben zu haben. Eine

---

<sup>4</sup> Vgl. Cahan, A zhurnal fun der oyslendisher delegatsye fun „bund“, S. 7–15.

Ausnahme stellten lediglich die wenigen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen dar, welche deutschen Parteien beitraten. Bei ihnen konnte eine aktivere Beteiligung an den Debatten über die Weimarer Republik im deutschsprachigen Handlungsraum nachgewiesen werden. Es ist zu vermuten, dass sie durch die doppelte Parteizugehörigkeit nicht mehr ausschließlich als MigrantInnen wahrgenommen wurden, sondern zum Teil zur deutschen sozialistischen Bewegung gezählt wurden.

Zahlreiche Äußerungen osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen belegen, dass Deutschland vor der Immigration deutlich positiver wahrgenommen wurde, als dies während der Exilzeit der Fall war. Politische, soziale und gesellschaftliche Herausforderungen wurden für die ExilantInnen erst im Laufe des Migrationsprozesses sichtbar. In der diesbezüglichen Analyse wurde ferner ein besonderes Augenmerk auf die Beziehungen zwischen der russländischen ArbeiterInnenbewegung und der SPD gelegt. Hierbei wurde das zwiespältige Verhältnis zahlreicher osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen zur führenden Partei der deutschen Sozialdemokratie herausgearbeitet. Die ExilantInnen bewunderten den hohen Organisationsgrad sowie die Mitglieder- und Publikationsstärke der SPD. Mit Sorge betrachteten sie allerdings, dass sich die SPD zu einer staatstragenden Partei entwickelt hatte, wodurch aus ihrer Sicht zumindest aufseiten der Parteiführung die außerparlamentarische politische Arbeit vernachlässigt wurde.

### 6.3 Exilort Berlin

Für wenige Jahre avancierte Berlin nach dem Ersten Weltkrieg zu einem zentralen Exilort der osteuropäischen sozialistischen Bewegung. Das „Rote Berlin“ der Weimarer Republik entwickelte sich schnell zu einem entscheidenden Ort, an dem ExilantInnen im Schatten einer der zeitgenössisch bedeutendsten sozialistischen Parteien nach Sicherheit suchten. Ihnen gelang es äußerst erfolgreich, in der Stadt Parteiauslandsvertretungen zu etablieren und mit Parteien und ParteiführerInnen der deutschen ArbeiterInnenbewegung zu interagieren.

Zu Beginn der 1920er Jahre galt Berlin als die Stadt, in der „alle Unzufriedenen der Welt sich sicher fühlen können“.<sup>5</sup> Das allein fünf sozialistische Parteien aus den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten des Russländischen Reiches zeitweilig in Berlin eine Vertretung hatten, verdeutlicht die bis zum Bürgerkrieg bestehende politische Diversität des Sozialismus, die in der Berliner Lebenswelt

---

<sup>5</sup> Eynhorn, Dovid: Berlin vert di shtodt fun farvogelte un farfolgte. A brief fun berlin. In: Forverts, Vol. 24, Nr. 8.651 (26.06.1921). S. 2.



für wenige Jahre konserviert werden konnte. Von Berlin aus war es möglich, die eigenen politischen Tätigkeiten fortzusetzen. Zugleich war Deutschland für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen auch ein Hoffnungsort für eine tatsächliche sozialistische Revolution. Als Exilort avancierte die Stadt zu einem transnationalen Interaktionsraum der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Vor allem die SPD-Parteizentrale in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) wurde dabei zu einem zentralen Verflechtungsort zwischen osteuropäischen SozialistInnen und der deutschen ArbeiterInnenbewegung. Zahlreiche osteuropäisch-jüdische SozialistInnen gingen im Vorwärts-Haus ein und aus; ihre deutschsprachigen Publikationen wurden von hier gedruckt und beworben, Exilparteistrukturen fanden im Gebäudekomplex zeitweilig Asyl.

Knapp 15 Jahre später hatte sich die Wahrnehmung der Stadt vollständig gewandelt: 1933 avancierte Berlin zur Reichshauptstadt der NSDAP. Alle Personen, denen nur eine der drei Zugehörigkeiten zugesprochen wurde – jüdisch, sozialistisch oder osteuropäisch –, waren der Verfolgung durch die NationalsozialistInnen ausgesetzt. Diese grundlegenden Veränderungen nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die sensibel für Umbrüche waren, frühzeitig wahr. Für sie begann dieser Transformationsprozess ihres zumeist selbst ausgewählten Exilortes schon lange vor 1933. Als aufmerksame BeobachterInnen der antisemitischen Pogrome von 1923 und der zeitgleich bestehenden politischen und wirtschaftlichen Krisensituation nahmen einige ExilantInnen die Stadt schon zu dieser Zeit als nicht mehr sicher wahr und verließen sie in Konsequenz dessen. Andere äußerten ihre Enttäuschung darüber, dass die von ihnen erhoffte sozialistische Umwandlung der Wirtschaft in der Weimarer Republik ausblieb.

Die Mehrzahl der in dieser Arbeit betrachteten osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen verblieb jedoch bis 1933 in Berlin. Dies geschah auch im Glauben an die Organisations- und Kampfkraft der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands. Zu Beginn der 1930er Jahre kamen ihnen jedoch vermehrt Zweifel: Die erneute wirtschaftliche Krisensituation, die verstärkte Präsenz der nationalsozialistischen Bewegung im öffentlichen Raum sowie die deutlichen Wahlerfolge der NSDAP wurden von den ExilantInnen als unverkennbare Bedrohung wahrgenommen. Ihr selbstgewählter Migrationsort avancierte immer stärker zu einem politischen Gefahrenort, den sie schlussendlich aufgeben mussten. Zugleich blieb ihre Hoffnung auf eine veränderte politische Lage in der Sowjetunion unerfüllt, weswegen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Berlin in Richtung anderer Städte verlassen mussten, in denen sie abermals Exilorganisationen errichteten und ihre politische Tätigkeiten so weit wie möglich fortsetzten.

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die mit spezifischen Erfahrungsbefunden Berlin erreichten, wurden während ihrer mehrjährigen Exilzeit wiederum auch durch die Stadt geprägt. Diese Erfahrungen nahmen sie wiederum

in ihre neuen Lebenswelten und Erfahrungsräume mit. In Berlin erinnert heute nur noch sehr wenig an diese besondere Exilgruppe, deren Mitglieder mehrheitlich den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust überlebten, deren eigener Herkunfts- und Erfahrungsraum aber vollständig zerstört wurde. Ihre besonderen Lebenswege sind verbunden mit der russländischen und der osteuropäisch-jüdischen Geschichte, wie auch mit der ArbeiterInnenbewegungsgeschichte der Weimarer Republik. Ihre Biografien bilden einen spezifischen Ausschnitt der Vielfalt osteuropäisch-jüdischer Lebenswege zu Beginn des 20. Jahrhunderts ab. Aufgrund der politischen Umwälzungen nach der Oktoberrevolution ließen sie ihre osteuropäische Heimat hinter sich und durchquerten die Stadt Berlin. Diese war zur Zeit der Weimarer Republik „ein einzigartiges Durchkreuzungs-, Vermischungs- und Attraktionsphänomen“<sup>6</sup>, in das sich auch die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen einschrieben.

---

6 Bisky, Berlin, S.19.

# 7 Anhang

## 7.1 Biografische Skizzen der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen

Namenschreibweisen: In den biografischen Skizzen sind für jede Person bis zu drei während der Berliner Exilzeit verwendete Namen (bzw. ihre Transliteration aus dem Jiddischen und Russischen) aufgeführt. Fettgedruckt und vorangestellt ist die Namenschreibweise, die im Fließtext der Arbeit verwendet wird. Dahinter, in eckigen Klammern, sind mögliche weitere Namenschreibweisen/Transliterationen aufgeführt. Ferner sind in runden Klammern mögliche weitere Geburtsnamen, Pseudonyme und Patronyme aufgeführt.

Die biografischen Skizzen fokussieren sich besonders auf die Berliner Exilzeit der 1920er/30er Jahre. Die Informationen zu den einzelnen Personen entstammen der gesamten, für diese Arbeit gesichteten Sekundärliteratur und dem Quellenmaterial. Nach jeder biografischen Skizze ist unter „siehe auch“ mindestens ein Nachschlagewerk, Quellenverweis oder eine Sekundärliteratur-Angabe vermerkt, in der Informationen über die jeweilige Person abgedruckt sind. Es handelt sich hierbei allerdings um keinen vollständigen Quellennachweis, das heißt, die hier angegebenen Informationen stammen nicht ausschließlich aus den angegebenen Werken.

**Rafail Abramovič** (Geburtsname: Rein) [jid.: Rafail Abramovitsh/dt.: Rafael/Raphael Abramowitsch]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR; *Sozialdemokratischer Bund der Sowjetunion*

Temporärer Wohnort: Bozener Str. 9, Berlin-Schöneberg (nachgewiesen für das Jahr 1930)

Abramovič (\* 1880 Dvinsk, † 1963 New York) avancierte vor dem Ersten Weltkrieg zu einem der führenden zeitgenössischen BundistInnen. Ab 1920 lebte er gemeinsam mit seiner Frau, seinem Sohn und seiner Tochter in Berlin. Dort war er Mitglied des Zentralkomitees der Auslandsvertretung der SDAPR, des Zentralkomitees des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* sowie des *Sozialdemokratischen Klubs im Martova*. Ebenfalls war A. Vertreter der SDAPR im Exekutivkomitee der SAI. Während der Berliner Exilzeit schrieb A. regelmäßig für den *Socialističeskij vestnik*, er war Mitherausgeber der *RSD. Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie* und ständiger Mitarbeiter des *Forverts*. Er schrieb ebenfalls für *Di tsukunft* sowie für deutschsprachige Zeitungen wie *Der Vorwärts*, *Der Kampf*, *Die Bücherwarte* und *Die Gesellschaft*. Ferner veröffentlichte er in den

1920er Jahren sechs Monografien in deutscher und zwei in jiddischer Sprache und war seit Beginn der 1930er Jahre Mitarbeiter der jiddischsprachigen Enzyklopädie. 1933 verließ er Berlin Richtung Paris, ab 1940 war er in New York ansässig.

*Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 333; Estraikh, Die jiddischsprachige New Yorker Tageszeitung Forverts; Abramovič, In tsvey revolutsies; Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, S. 332–334; Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher, S. 105.*

**Pavel (Borisovič) Aksel'rod** (Geburtsname: Pinchus Boruch) [dt.: Paul Axelrod/ jid.: Pavel Akselrod]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel

Temporärer Wohnort: Mariendorfer Str. 56, I, Berlin-Steglitz (nachgewiesen für das Jahr 1924)

Aksel'rod (\* um 1850, † 1928 Berlin) engagierte sich seit seiner Studienzeit in der revolutionären Bewegung und war Mitbegründer der russländischen Sozialdemokratie. Seit 1919 lebte er in Berlin, wo er innerhalb der SDAPR als „Partei-Patriachat“ behandelt wurde. Aufgrund seines hohen Alters trat er in den 1920er Jahren in der täglichen Parteiarbeit kaum noch in Erscheinung. Vereinzelt publizierte er im *Socialističeskij vestnik*. Er brachte in Berlin zwei deutschsprachige und zwei russischsprachige Publikationen heraus, seine Memoiren wurden ins Jiddische übersetzt und 1922/23 in *Di tsukunft* veröffentlicht. A. verstarb in Berlin am 16.04.1928 und wurde im SDAPR-Parteigrab auf dem Urnenfriedhof im Stadtteil Berlin-Wedding beigesetzt.

*Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 334; Aronson, Pavel Akselrod un Iuli Martov; Akselrod, Pavel: Memuaren. In: Di tsukunft. Vol. 7 (1922), Nr. 3–12 und Vol. 8 (1923), Nr. 1,2,5, 8–10.*

**Grigorij Aronson** [jid.: Grigori Aronson/dt.: Gregor Aronson]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel; *Sozialdemokratischer Bund der Sowjetunion*

Temporärer Wohnort: Nassauische Str. 48, Berlin-Wilmersdorf (nachgewiesen für die Jahre 1930/31)

Aronson (\* 1866 Petersburg, † 1968 New York) engagierte sich zwischen 1903 und 1908 als Bol'shevik, trat 1908 dem *Bund* bei und wechselte später zur SDAPR. Zwischen 1922 und 1933 lebte A. in Berlin. Im Berliner Exil war er Mitglied der SDAPR und des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*. Er war Sekretär des *Berliner Komitees des Hilfsvereins für politische Gefangene und Verbannte in Rußland* und zwischen 1926 und 1931 Generalsekretär des internationalen ORT-Verbandes. A. schrieb für den *Socialističeskij vestnik*, bis 1930 für den *Dni* sowie für jiddischsprachige Zeitungen wie *Dos fraye vort*. Er veröffentlichte in den 1920er

Jahren auf Russisch einen Gedichtband und eine Monografie über politischen Terror in der Sowjetunion. 1933 floh A. nach Paris, 1940 weiter nach New York. *Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 333f.; Leksikon fun Forverts shrayber, S. 6; Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher, S. 106.*

**Ben-Adir** (Geburtsname: Avrom Rozin)

Politische Primärorientierung in Berlin: linker Jiddischist; Territorialist

Ben-Adir (\* 1878 Kruča, † 1942 New York) war im Russländischen Reich führender Politiker der *Jüdischen Sozialistischen Arbeiterpartei* (SERP). Zwischen 1921 und 1933 lebte er in Berlin, unterbrochen durch einen mehrmonatigen Aufenthalt im Mandatsgebiet Palästina. In Berlin war B.-A. Mitglied des jiddischsprachigen Schulkomitees. Ferner arbeitete er u. a. im Verein *Ostjüdisches Historisches Institut*, bei ORT und für die jiddischsprachige Enzyklopädie. Er war Herausgeber der jiddischsprachigen Zeitschrift *Dos fraye vort* und der ORT-Zeitschrift *Virtshaft un lebn*. B.-A. publizierte 1925 auch eine jiddischsprachige Monografie. Seine späteren Migrationsorte waren Paris und New York.

*Siehe auch: Aronson, Ben-Adir. Der teritorialist; Jacobs, Jack: Ben-Adir. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe.*

**Ben-Baruch** (Geburtsname: Yitskhok Kharlak)

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund; linker Jiddischist

Der Literat Ben-Baruch (\* 1892 Brisk) engagierte sich seit 1910 im *Bund*. In Berlin lebte B.-B. zwischen 1923–1925 und war dort als Journalist und Übersetzer tätig. Anschließend ging er nach Riga, 1935 nach Südafrika und 1938 nach New York.

*Siehe auch: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher, S. 107; Jacobs, Bund in Vilna, S. 275.*

**Dovid Bergelson** [dt.: David Bergelson/russ.: David (Rafailovič) Bergel'son]:

Politische Primärorientierung in Berlin: Linker Jiddischist, ab 1926 offene Unterstützung der Politik der Sowjetunion

Der Literat und Poet Bergelson (\* 1884 Okhrimovo, † 1952 Moskau) lebte seit 1903 in Kiew, wo er ab 1907 in der jiddischsprachigen Sozial- und Kulturbewegung eingebunden war. In Berlin lebte er seit 1921, unterbrochen von kürzeren Aufenthalten in anderen Städten, zusammen mit seiner Frau Tsipa. In Berlin war B. engagiert bei ORT und seit 1924 im Vorstand des *Sholem-Alechem-Klubs*. Er war bis 1926 freier Mitarbeiter des *Forverts*. Nachdem er sich politisch dem Kommunismus zugewandt und dies öffentlich propagiert hatte, wurde er Korrespondent der New Yorker Zeitschrift *Frayhayt*. Unter anderem publizierte B. 1922 sein literarisches Werk in sechs Bänden im Berliner *Vostok*-Verlag und war an kurzlebigen jid-

dichsprachigen Zeitschriften, wie *Milgroyrn. Tsaytshrift far kunst un literatur* (1922–1924), beteiligt. Einige seiner jiddischsprachigen Texte wurden ins Deutsche übersetzt. 1933 migrierte B. über Kopenhagen zurück nach Moskau. 1952 wurde B. in der Sowjetunion nach einem Schauprozess hingerichtet.

*Siehe auch: Novershtern, Avraham: Bergelson, Dovid. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe; Sherman, David Bergelson; Leksikon fun Forverts shrayber, S. 12; Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, S. 384–386.*

**Grigorij (Osipovič) Binštok** (Pseud.: Gr. Osipov) [dt.: Gregor Bienstock]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel; SPD

Binštok (\* 1884 St. Petersburg, † 1954 USA) war zwischen 1904 und 1907 Bol'shevik und trat anschließend zur Men'sheviki-Fraktion über. Bereits 1919 kam B. zusammen mit Aksel'rod nach Berlin, verließ die Stadt nach wenigen Monaten jedoch wieder Richtung Sowjetrußland. Zwischen 1922 und 1933 lebte B. beständig in Berlin. Er war Mitglied der SDAPR, der *Berliner Bund-Gruppe* und der SPD. Er schrieb für *Die Gesellschaft* und *Die Bücherwarte* sowie unter Pseudonym im *Socialističeskij vestnik*. Ebenfalls arbeitete B. für die SPD als Referent in der ArbeiterInnenbildungsschule und war Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova*. In den 1930er Jahren publizierte er zwei deutschsprachige Bücher über die Sozialdemokratie. Anschließende Emigrationsorte waren Prag und London, später die USA.

*Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 334.*

**Fanie Blumin-Kursky** (Geburtsname: Suravitsh)

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Die Ärztin Blumin-Kursky (\* um 1882 Vilna, † 1938 Paris) engagierte sich seit der Jahrhundertwende im *Bund*. Gemeinsam mit ihrem Mann Franz Kursky und ihrer Tochter lebte sie zwischen 1919 und 1933 in Berlin. Dort arbeitete sie als Ärztin für die *Kinderanstalt der Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Jüdinnen und Juden*. 1933 migrierte B.-K. nach Paris.

*Siehe auch: Menes, Der lebns-veg.*

**Sergey Braun** [russ.: Abraham (Julevič) Braun/jid.: Abraham Braun]

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Temporärer Wohnort: Schwäbische Str. 21, Berlin W 50

Braun (\* 1880 Riga, † 1940 New York) engagierte sich seit 1900 innerhalb des Russländischen Reiches beim *Bund*, nach der Revolution in den bundischen Strukturen in Sowjetrußland, ab 1921 im lettischen *Bund*. Zwischen dem 01.11. 1921 und 1925 lebte B. in Berlin. Dorthin kam B. v.a. zur Behandlung seiner Gehörlosigkeit. Er knüpfte in dieser Zeit Kontakte zum rechten Parteiflügel der

SDAPR und nahm an dessen Sitzungen teil. B. war ebenfalls Mitglied des *Vereins der ausländischen Presse zu Berlin*. 1925 kehrte er zurück nach Riga, 1928–1931 lebte er in Paris, 1931–1934 erneut in Riga. Nach Verhaftung und Ausweisung floh B. nach Tallinn, im Oktober 1938 erreichte er New York.

*Siehe auch: Kharlash, I.: Abraham Braun. Doyres Bundistn. Band 1. S. 298–307.*

**Eva Broido** (Geburtsname: Gordón) [russ.: Eva (L'vovna) Brojdo/jid.: Eva Broyde] Politische Primärientzung in Berlin: SDAPR, linker Parteiflügel

Broido (\* 1876 Švenčionys, † 1941 Sowjetunion) war seit der Jahrhundertwende Mitglied der SDAPR. 1901 wurde B. ins sibirische Exil verbannt, wo sie ihren Jugendfreund Mark Broido heiratete. Den Ersten Weltkrieg verbrachte sie abermals in Verbannung, wo sie Kontakt zur sibirischen *Zimmerwalder Gruppe*, einer sozialistischen Anti-Kriegsgruppierung, unterhielt. Nach der Februarrevolution kehrte B. nach Petrograd zurück. Später lebte sie in Moskau und war Mitglied des Zentralkomitees der SDAPR. 1920 verließ B. zusammen mit ihrer Tochter Vera Sowjetrussland illegal über die sowjetisch-polnische Grenze. Über Vilna, Warschau und Wien gelangte sie nach Berlin. Bis 1927 lebte sie gemeinsam mit Vera, ihrem Ehemann Mark und ihrem Sohn Danja in Berlin. Dort wurde sie Mitglied der SDAPR-Auslandsvertretung, vertrat die Partei auf Kongressen der SAI und war ein tragendes Redaktionsmitglied des *Socialističeskij vestnik*. B. ging 1927 mit Parteauftrag illegal zurück in die Sowjetunion. Sie wurde dort 1928 verhaftet, erneut in die Verbannung geschickt und später zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils erfolgt am 14. September 1941. 1929 wurde ihr Roman *Wetterleuchten der Revolution* in deutscher Übersetzung publiziert, 1931 erschienen in der *Naye Folkstsaytung* ihre Erinnerungen unter dem Titel *Dos shturmische leben fun a revolutsionerin*.

*Siehe auch: Fieseler, Beate: Broido, Eva L'vovna. In: Biographical Dictionary of European Labor Leaders. Band 1. S. 148f.; Broido, Daughter of Revolution; Saß/Dohrn/Korkowsky, „... die Nacht hat uns verschluckt“, S. 380.*

### **Mark Broido**

Keine politische Tätigkeit im Berlin der Weimarer Republik

Broido (\* 1877 Švenčionys, † 1937 Großbritannien) schloss sich nach der Jahrhundertwende in St. Petersburg der SDAPR an. 1901 wurde er verhaftet und ins sibirische Exil gesandt, wo er in zweiter Ehe seine Jugendfreundin Eva Broido (geb. Gordón) heiratete. Während des Ersten Weltkrieges verblieb B. als Anhänger der Gruppe *Revolutionäre Vaterlandsverteidiger* in Petrograd. Kurz vor der Februarrevolution wurde er aufgrund seiner politischen Vita verhaftet. Nach der Februarrevolution engagierte sich B. in den Petrograder Rätestrukturen. 1918 verließ er während der Bürgerkriegswirren Sowjetrussland und floh zu seinem

Bruder nach Wien. Nachdem ihm seine Frau und Tochter nachgefolgt waren, zogen sie gemeinsam nach Berlin. B. nahm dort an Diskussionsabenden und am SDAPR-Debattierklub teil. Im Gegensatz zu seiner Frau entfremdete er sich jedoch von der russländischen Sozialdemokratie. In der ersten Hälfte der 1920er Jahre arbeitete B. für die in Berlin ansässige sowjetische Handelsorganisation, wurde aber Mitte der 1920er Jahre entlassen. Wenige Jahre später ging er für eine berufliche Anstellung nach Danzig. 1934 zog er zu seiner Tochter und seinem Sohn nach Großbritannien.

*Siehe auch: Broido, Daughter of Revolution.*

**David (Jul'evič) Dalin** (Geburtsname: Levin) [dt.: David Dallin]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel

Temporäre Wohnorte: Uhlandstr. 16, Berlin W 15 (nachgewiesen für das Jahr 1923); Bamberger Str. 17, Berlin-Schöneberg

Der Ökonom Dalin (\* 1889 Rogačev, † 1962 New York) trat ca. 1907 der SDAPR bei. Er war der Bruder des Sozialisten Simon Wolin. D. migrierte 1910 ein erstes Mal nach Westeuropa; während seines Studiums und der Promotion lebte er mehrere Jahre in Berlin und Heidelberg. Im April 1917 kehrte er nach Sowjetrussland zurück und wurde Mitglied des SDAPR-Zentralkomitees. Ab 1921 lebte er erneut in Berlin. Dort war D. Mitglied des Zentralkomitees der SDAPR-Auslandsvertretung. Als promovierter Ökonom schrieb er für den *Socialističeskij vestnik* und war Mitherausgeber des *RSD. Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie*. D. publizierte in Berlin eine russischsprachige Monografie über Sowjetrussland nach dem Krieg und der Revolution. Ebenfalls veröffentlichte er deutschsprachige Buchrezensionen in *Die Gesellschaft* und war Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova*. 1935 floh D. nach Warschau, 1939 nach Paris und 1940 in die USA, wo er als Sowjethistoriker arbeitete.

*Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 334; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. 2, S. 201.*

**Fëdor (Il'ič) Dan** (Geburtsname: Gurvič) [dt.: Theodor Dan/jid: F. Dan]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, linker Parteiflügel

Temporäre Wohnorte u. a.: Solinger Str. 3, IV, Berlin-Moabit (nachgewiesen für das Jahr 1922); Berliner Str. 57, Berlin-Charlottenburg (nachgewiesen für das Jahr 1924)

Der ausgebildete Arzt und Berufspolitiker Dan (\* 1871 St. Petersburg, † 1947 New York) war seit 1903 führender Men'shevik. Er trat als junger Erwachsener zum Christentum über, 1917 heiratete er Lidija Dan (geb. Cederbaum). Während des Ersten Weltkrieges bekannte sich D. in der sibirischen Verbannung zur *Zimmerwalder Gruppe*. Nach der Februarrevolution war er zeitweilig Anhänger der



Gruppe *Revolutionäre Vaterlandsverteidiger*, anschließend Internationalist. Zwischen 1922 und 1933 lebte D. in Berlin, wo er 1923 Julij Martov als Vorsitzenden der SDAPR-Auslandsvertretung nachfolgte. Ebenfalls seit 1923 war er stellvertretendes Mitglied der SDAPR im Exekutivkomitee der SAI. Während der Berliner Exilzeit war D. (Mit-)Herausgeber von sechs deutschsprachigen Monografien sowie des *RSD. Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie*. Des Weiteren war er Redaktionsmitglied des *Socialističeskij vestnik* und schrieb Artikel für die sozialdemokratischen Zeitschriften *Der Kampf*, *Die Gesellschaft* sowie wenige Artikel in *Di tsukunft*. D. war Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova*. 1933 floh D. nach Paris, anschließend nach New York.

*Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 334 f.; Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, S. 331 f.*

**Lidija (Osipovna) Dan** (Geburtsname: Cederbaum) [dt.: Lidia Dan]

Politische Primärorientierung in Berlin: ab 1924 SDAPR, linker Parteiflügel

Dan (\* 1878 Odessa, † 1963 New York) engagierte sich seit der Jahrhundertwende in der revolutionären Bewegung des Russländischen Reiches. Sie war die Schwester von Julij Martov und heiratete 1917 in zweiter Ehe Fëdor Dan. Zwischen 1922 und 1931 lebte sie in Berlin, wo sie ab 1924 dem linken Parteiflügel der SDAPR angehörte. Zwischen 1917 und 1924 war D. kein offizielles Mitglied der SDAPR, hielt aber über den *Sozialdemokratischen Klub im. Martova* und dem eigenen Familien- und Bekanntenkreis fortwährend Kontakt. Nach ihrem erneuten Parteieintritt nahm D. als Delegierte an SAI-Kongressen teil. D. gründete 1923 gemeinsam mit Aron Jugov den Verlag *Russisches Revolutionäres Archiv* und arbeitete als Lektorin und Redakteurin für russischsprachige Zeitungen. Anonym schrieb sie für den *Socialističeskij vestnik*. 1931 verließ D. aus beruflichen Gründen Berlin Richtung Paris. Später floh sie nach New York.

*Siehe auch: Jebrak, Mit dem Blick nach Russland; Liebich, From the Other Shore, S. 335.*

**Ol'ga (Iosifovna) Domanevskaja** (Pseud.: Z. Eber)

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, linker Parteiflügel

Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Journalistin Domanevskaja (\* 1885, † 1974) trat 1917 aus der SDAPR aus und erst nach ihrer Emigration wieder in die Partei ein. Mit ihrem Lebensgefährten Aron Jugov lebte sie wahrscheinlich im Zeitraum von 1922 bis 1933 gemeinsam in Berlin. D. schrieb dort für den *Socialističeskij vestnik* und unter Pseudonym für sowjetische Wirtschaftszeitschriften. Sie war Mitglied des Zentralkomitees der Auslandsvertretung der SDAPR und des *Sozialdemokratischen Klubs im. Martova*. D. trat Anfang der 1940er Jahre erneut

aus der Partei aus und publizierte nach dem Zweiten Weltkrieg für die pro-kommunistischen Zeitungen *Russkij golos* (New York) und *Vestnik* (Toronto).

*Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 335.*

**Samuel (Efimovič) Estrine** [dt.: S. Estrin]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR; SPD

Der Jurist Estrine (\* 1893, † 1976) lebte zwischen 1923 und 1933 in Berlin. Zuvor hatte er in Moskau sein Studium abgeschlossen. In Berlin war E. Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova* und engagierte sich innerhalb der *Sozialistischen Arbeiter-Jugend* der SPD. 1933 migrierte er nach Paris, 1939 in die USA. Dort arbeitete er zwischen 1946 und 1976 als internationaler Generalsekretär des *Jewish Labor Committee*.

*Siehe auch: Liebich: From the Other Shore. S. 336.*

**Lev (Jakovlevič) Ètkin** [jid.: Abraham Leyb Etkin]

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Ètkin (\* 1884 Smorgon, † 1927 Berlin) trat 1902 in Vilna dem *Bund* bei. 1917 wurde er zum Sekretär des Zentralkomitees des *Bund* gewählt. Seit August 1917 lebte È. in Kiew, wo er sich im *Bund* und in der *Kultur-lige* engagierte. 1921 migrierte È. nach Berlin, wo er seit 1924 in der *Berliner Bund-Gruppe* agierte. Ebenfalls seit 1921 war er Sekretär des Berliner ORT-Verbandes. Außerdem war È. Mitglied der SPD und engagierte sich auf kommunaler Ebene in einem Berliner Verwaltungsbezirk. Am 06.10.1927 verstarb er krankheitsbedingt in Berlin und wurde im SDAPR-Parteigrab auf dem Urnenfriedhof im Stadtteil Berlin-Wedding beigesetzt.

*Siehe auch: N.N.: L. Ja. Ètkin. In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 20 (20.10.1927). S. 16; Gelernt, H.: Abraham Leyb Etkin. In: Doyres Bundistn. Bd. 2. S. 245 – 247.*

**Dovid Eynhorn** [dt. David Einhorn]

Politische Primärorientierung in Berlin: linker Jiddischist; Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Der Poet und Journalist Eynhorn (\* 1886 Karelitš, † 1973 New York) begann mit 13 Jahren Gedichte auf Hebräisch zu publizieren. Aufgrund seiner politischen Orientierung zum *Bund* setzte er anschließend sein Schaffen in jiddischer Sprache fort. E. lebte in Vilna, einige Jahre in der Schweiz und ab 1917 in Warschau. Im September 1920 migrierte E. nach Berlin. Dort arbeitete er für den Verlag *Vostok*, schrieb für verschiedene jiddischsprachige Zeitschriften und war ständiger Mitarbeiter des *Forverts*. Er suchte in der Weimarer Republik den Kontakt zur jüdischen ArbeiterInnenschaft, reiste zu Vorträgen ins Ruhrgebiet und unterstützte die in verschiedenen Städten gegründeten jüdischen ArbeiterInnenkulturvereine.

E. veröffentlichte in Berlin zwei jiddischsprachige Gedichtbände und war Mitglied des *Vereins der ausländischen Presse zu Berlin*. 1924 migrierte E. nach Paris, 1940 in die USA, wo er seine journalistische Tätigkeit fortsetzte.

*Siehe auch: Saß, „Wenn die Nazi-Verbrecher nach Hause kommen“; Leksikon fun Forverts shrayber, S. 4f.; Kuperman, Shifra: Eynhorn, Dovid. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe; Saß/Dohrn/Korkowsky (Hrsg.), „... die Nacht hat uns verschluckt“, S. 382.*

**Nathan Frenkel** (Pseud.: Nathan Shnayder)

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Frenkel (\* 1903) war im *Bund* und in der *Schneiderei-Gewerkschaft* aktiv. Zwischen 1919 und Mai 1933 lebte er in Berlin. F. publizierte unter Pseudonym in der *Naye Folksdaytung*. Zwischen 1926 und 1933 besaß er in Berlin ein Geschäft. 1933 verließ er Deutschland Richtung Paris.

*Siehe auch: Brief von Abramovič an Orest Ivanovič vom 21. 07.1933. In: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 3.*

**Pëtr (Abramovič) Garvi** (Geburtsname: Bronšteyn) [dt.: Peter Garwy/jid.: Piotr Garvi-Bronshteyn]:

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel; SPD

Garvi (\* 1881 Odessa, † 1944 New York) war seit 1899 in der revolutionären Bewegung im Russländischen Reich engagiert, später auch in der gewerkschaftlichen Bewegung. G. war vor dem Ersten Weltkrieg ein wichtiger Anführer der Men'sheviki, der sich gegen eine Zusammenarbeit mit den Bol'sheviki aussprach. Er war mit Sophie Garwy verheiratet, ihr Sohn hieß Iurij. G. lebte 1904 in Paris und Genf, 1912 kurzzeitig in Wien. 1923 zog er mit seiner Familie nach Berlin. Dort war G. Anführer des rechten Parteiflügels der SDAPR und Mitglied des SDAPR-Zentralkomitees. Zudem wurde er Mitglied der SPD. Als Russlandexperte beriet er die SPD und schrieb für den *Vorwärts* sowie andere SPD-nahe Zeitschriften. Er unterhielt eine enge Freundschaft zur Familie Kautsky. Einzelne Artikel publizierte er in *Di tsukunft* und im *Socialističeskij vestnik*. Außerdem war er Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova* und nahm als SDAPR-Delegierter an SAI-Kongressen teil. In deutscher und russischer Sprache veröffentlichte er während seiner Berliner Exilzeit jeweils zwei Monografien, unter Pseudonym publizierte er ebenfalls Lyrik. 1933 migrierte G. nach Paris, 1940 in die USA.

*Siehe auch: Aronson, S. Ivanovitsh un P. Garvi; Swain, Geoffrey: Bronshtein, P. A. sowie McKean, R. B.: Garvi, P. In: Biographical Dictionary of European Labor Leaders. Band 1. S. 149f. und S. 341f.; Liebich, From the Other Shore, S. 336.*

**Sophie Garwy** (Geburtsname: Fichman/Pseud.: Sylvia) [russ.: Sof'ja (Samojlovna) Garvi]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR

Garwy (\* 1881 Ogrcev, † 1958 New York) lebte ab 1923 in Berlin und war dort Mitarbeiterin des *Socialističeskij vestnik*. Sie war verheiratet mit Pëtr Garvi, ihr gemeinsamer Sohn hieß Iurij. 1931 nahm sie als Delegierte der SDAPR am Wiener Kongress der SAI teil und war ferner Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im Martova*. 1933 migrierte sie nach Paris, später in die USA.

Siehe auch: Liebich, *From the Other Shore*, S. 337.

**Nahum Gergel** [russ.: Nachum (Julevič) Gergel']

Politische Primärorientierung in Berlin: linker Jiddischist

Gergel (\* 1887, † 1931 Berlin) begann sein politisches Engagement als junger Student im *Bund* und schloss sich später der zionistisch-sozialdemokratischen Bewegung an. Er unterstützte seit 1915 jüdische Geflüchtete und nach dem Ersten Weltkrieg jüdische Pogromopfer aus der Ukraine. Seit 1924 lebte G. in Berlin. Während seiner Berliner Exilzeit recherchierte und publizierte er zu den Pogromen nach dem Ersten Weltkrieg in Osteuropa. G. arbeitete in verschiedenen jüdischen Kulturorganisationen (OSE, Joint, YIVO, jiddischsprachige Enzyklopädie). Er war außerdem Mitglied des *Sozialdemokratischen Klub im Martova* und des jiddischsprachigen Schulkomitees in Berlin. Am 18.11.1931 verstarb er und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beigesetzt.

Siehe auch: N.N.: N. Ju. Gergel'. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 22 (28.11.1931). S. 16.

**Stepan Ivanovič** (Geburtsname: Solomon Portugeis) [russ.: Semen (Osipovič) Portugejs/jid.: S. Portugeyz]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel

Ivanovič (\* 1880 Kišinev, † 1944 New York) engagierte sich seit 1900 innerhalb der SDAPR bei der Fraktion der Men'sheviki. 1901 reiste I. erstmalig nach Deutschland. Er lebte während des Ersten Weltkrieges in St. Petersburg, anschließend in Kiew und Odessa. 1921 migrierte I. nach Berlin. Dort setzte er sein politisches Engagement im rechten Parteiflügel der SDAPR fort und brach mit der vom linken Parteiflügel dominierten Auslandsvertretung der SDAPR. Er publizierte in den 1920er/30er Jahren zahlreiche Monografien auf Russisch und war Herausgeber der Zeitschrift *Zarja*. Seit 1923 begann er ebenfalls in jiddischsprachigen Zeitschriften (u. a.: *Di tsukunft*, *Der veker* und *Der forverts*) zu publizieren. Seine Artikel wurden zunächst übersetzt, später von ihm selbst auf Jiddisch geschrieben. Außerdem war er Mitglied im *Verein der ausländischen Presse zu Berlin*. 1933 ging I. nach Paris, Anfang der 1940er Jahre weiter nach New York.

Siehe auch: Aronson, S. Ivanovitsh un P. Garvi; Liebich, *From the Other Shore*, S. 337; Kara-Murza, *Intellektual'nye portrety*, S. 133–179.

### **Naum (Mikhailovič) Jasny**

Politische Primärorientierung in Berlin: ab 1925 SDAPR

Temporäre Wohnorte: Mozartstr. 35, Berlin-Lichtenrade; Sodener Str., Berlin-Wilmersdorf (nachgewiesen für das Jahr 1933)

Jasny (\* 1883 Kharkov, † 1967 Wheaton, Maryland/USA) studierte zwischen 1901 und 1908 in Berlin, St. Petersburg, Wien, Zürich und Kharkov. Ja. wurde um die Revolution von 1905 zu einem Mitglied der Men'seviki und lebte nach der Revolution von 1917 kurzzeitig in der *Demokratischen Georgischen Republik*. Zu Beginn der 1920er Jahre floh er über Wien nach Berlin, das er im August 1923 erreichte. Zwischen 1925 und 1927 arbeitete er für die sowjetische Handelsgesellschaft in Hamburg. Anschließend kehrte Ja. nach Berlin zurück, wo er am *Institut für Konjunkturforschung* und am *Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung* tätig war. Außerdem nahm Ja. ab 1925 wieder Kontakt zur SDAPR-Gruppe auf. Als Agrarökonom publizierte er zu Beginn der 1930er Jahre fünf deutschsprachige Monografien. Im August 1933 migrierte er in die USA, wo er weiter als Wissenschaftler tätig war und für den *Socialističeskij vestnik* schrieb. Siehe auch: Janssen, *Russische Ökonomen*, S. 168; Liebich, *From the Other Shore*, S. 338; *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration*, Band 2, S. 565f.

### **Isai (L'vovič) Judin** (Geburtsname: Ayzenshtat/Pseud.: Vitali) [jid.: Isay Ayzenshtat]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, linker Parteiflügel; *Sozialdemokratischer Bund der Sowjetunion*

Judin (\* 1867 Vilna, † 1937 Paris) schloss sich 1885 dem Vilnaer Zirkel der *narodniki*-Bewegung an. Während seiner Studienzeit orientierte er sich um. Er stand von nun an dem *Bund* und der Men'seviki-Fraktion nahe. Als Mitglied des *Bund*-Zentralkomitees avancierte Ju. spätestens nach der Revolution von 1905 zu einem der bedeutendsten BundistInnen seiner Zeit. Er erlebte im Russländischen Reich mehrere Verhaftungen und verbrachte längere Exil-Aufenthalte in Westeuropa. Seit 1917 lebte Ju. in Minsk, wo er sich weiterhin für den *Bund* engagierte. Nach erneuter Verhaftung und Gefängnis ging er 1922 nach Berlin. Dort wurde er Mitglied des Zentralkomitees der Auslandsvertretung der SDAPR und des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*. Ju. schrieb für den *Socialističeskij vestnik* und war Mitarbeiter von Franz Kursky im Archiv des *Bund*. Ebenfalls war er Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova*. 1933 migrierte Ju. nach Paris.

Siehe auch: Aronson, Grigorij: *Ayzenshtat, Isay*. In: *Doyres Bundistn. Band 1*. S. 137–154; Aronson, Isai: *Aizenshtat*; Liebich, *From the Other Shore*, S. 337.

**Aron [Abramovič] Jugov** (Geburtsname: Frumson) [dt.: A. Jugow]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, linker Parteiflügel

Der Ökonom Jugov (\* 1886 Rostov, † 1954) engagierte sich seit 1903 in der revolutionären Bewegung des Russländischen Reiches. Seine Lebensgefährtin war Ol'ga Domanevskaja. Ab 1923 lebte Ju. in Berlin. Dort war er Mitglied im Zentralkomitee der SDAPR-Auslandsvertretung. Ju. publizierte von Berlin aus mehrere Monografien über ökonomische Fragestellungen in verschiedenen Sprachen, zwei davon auf Deutsch. Er schrieb für den *Socialističeskij vestnik* und war Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova*. Nach 1933 führte sein weiterer Migrationsweg über Paris in die USA.

Siehe auch: Janssen: *Russische Ökonomen*, S. 169; Liebich, *From the Other Shore*, S. 337.

**Mark [Samoilovič] Kefali** (Geburtsname: Kammermacher)

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel

Kefali (\* 1882 Vilna, † 1943) war seit Anfang des 20. Jahrhunderts in der Druckerei-Gewerkschaft und für den *Bund* tätig. Kurzzeitig unterstützte er die Bol'sheviki, bevor er zwischen 1909 und 1917 im Ausland lebte und von dort die Men'sheviki unterstützte. Zurück in Sowjetrussland war er wieder gewerkschaftlich engagiert. K. lebte wahrscheinlich zwischen 1924 und 1933 in Berlin. Seit 1924 war er Mitglied des Zentralkomitees der SDAPR-Auslandsvertretung und Mitglied des *Sozialdemokratischen Klubs im. Martova*. Er publizierte im *Socialističeskij vestnik*.  
Siehe auch: Liebich, *From the Other Shore*, S. 338.

**Vladimir Kosovski** (Geburtsname: Nokhem Mendl Levinson) [russ.: Vladimir Kossovskij]

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Kosovski (\* 1867 Dvinsk, † 1941 New York) engagierte sich seit den 1880er Jahren in der revolutionären Bewegung des Russländischen Reiches. Zuerst war K. in der *narodniki*-Bewegung engagiert, 1897 gründete er den *Bund* in Vilna mit. Bis zum Ersten Weltkrieg war K. langjähriges Mitglied des Zentralkomitees des *Bund* und lebte zeitweise auch im Ausland. 1919 kam K. nach Berlin und lebte dort – mit Ausnahme eines mehrmonatigen Aufenthaltes in Paris Mitte der 1920er Jahre – bis 1930. Von Berlin aus arbeitete er als Journalist für verschiedene jiddischsprachige Zeitungen (u. a. *Di tsukunft*, *Naye folkstsaytung*). Wenige Jahre war er im Verlag *Vostok* für russischsprachige Übersetzungen von Texten deutschsprachiger Intellektueller wie Heinrich Mann, Karl Kautsky, Ernst Bloch und Albert Einstein

verantwortlich. K. unterhielt von Berlin aus engen Kontakt zum *Bund* in Polen. Er schrieb mindestens einen Artikel im *Socialističeskij vestnik*, war Mitglied des *Sozialdemokratischen Klubs im. Martova* und des jiddischsprachigen Schulkomitees in Berlin. 1930 zog K. nach Warschau, wo er Mitglied des Zentralkomitees des polnischen *Bund* wurde und weiterhin als Redakteur für die *Naye folkstsaytung* arbeitete. Im April 1941 gelangte K. über Pinsk und Vilna nach New York. *Siehe auch: Herts, I. Sh.: Vladimir Kosovski. In: Doyres Bundistn. Bd. 1. S. 11–67; Pickhan, Kossovsky, Portnoy and Others; Gechtman, Roni: Kosovskii, Vladimir. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe; Tobias, The Jewish Bund, S. 351; Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, S. 329f.*

**Franz Kursky**/Franz Blumin-Kursky (Geburtsname: Samuel Kahan) [jid.: Frants Kurski]

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund  
 Temporärer Wohnort: Eisenacher Str. 46, Berlin-Schöneberg (nachgewiesen für das Jahr 1929)

Kursky (\* 1874, † 1950 New York) verließ mit 18 Jahren sein Elternhaus und engagierte sich u. a. in Łódź in polnischen und jüdischen sozialistischen Zirkeln. Seit 1899 bekannte er sich zum *Bund*. Nach der Jahrhundertwende lebte K. vornehmlich im westeuropäischen Ausland – v. a. in der Schweiz – und wurde dort vor dem Ersten Weltkrieg zu einem der wichtigsten Vertreter des *Bund*. Ins Russländische Reich kehrte er temporär zu politischen Anlässen zurück. Bereits 1900 ging K. zum Studieren nach Berlin, wo er ebenfalls ein wichtiges Mitglied der damaligen *Bund*-Auslandsvertretung war. Seit 1906 lebte K. in Genf und übernahm dort die Verantwortung für das *Bund*-Parteiarchiv. Auch die Zeit des Ersten Weltkrieges verbrachte er in der Schweiz. 1919 zog K. erneut nach Berlin. Dort wurde er für wenige Jahre stellvertretender Gesandter der *Demokratischen Georgischen Republik* und ab 1925 erneut Leiter des nach Berlin transferierten *Bund*-Parteiarchivs. K. war Mitglied der *Berliner Bund-Gruppe*, des *Sozialdemokratischen Klubs im. Martova* und des jiddischsprachigen Schulkomitees. Er publizierte politische Analysen sowie Lyrik in unterschiedlichen jiddischsprachigen Zeitungen. Aufgrund seiner Stellung als Archivar unterhielt er zahlreiche Kontakte zur deutschsprachigen Sozialdemokratie und zur russischsprachigen Exilgemeinde. 1933 ging K. nach Paris, im Oktober 1941 erreichte er New York.

*Siehe auch: Menes, Der lebns-veg; Levin-Shazkes, I.: A dor vos iz avek. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5.*

**Konstantin (S.) Leites** (Geburtsname: Kusel)

Keine politische Tätigkeit im Berlin der Weimarer Republik

Der Ökonom Leites (\* 1882 Mstislavl, † 1956 New York) engagierte sich vor dem Ersten Weltkrieg im *Bund*. Er lebte seit 1912 in Westeuropa, wo er promovierte, und kehrte als bekennender Gegner der Bol'sheviki auch nach den revolutionären Ereignissen von 1917 nicht zurück nach Sowjetrußland. L. lebte zuerst in Kopenhagen, spätestens seit 1922 in Berlin. Dort arbeitete er im russischsprachigen Verlagswesen. Sein Sohn Nathan C. Leites studierte ebenfalls Wirtschaftswissenschaften in Heidelberg und Berlin. L. migrierte 1933 nach Frankreich und ging 1941 in die USA.

*Siehe auch: Janssen, Russische Ökonomen, S. 171.*

**Jakob Leschtsinsky** (Pseud.: B. Keiter') [dt.: Jacob Lestschinsky/russ.: Jakov Leščinskij]

Politische Primärorientierung in Berlin: Territorialist; linker Jiddischist

Der Ökonom und Soziologe Leschtsinsky (\* 1876 Gorodišče, † 1966 Israel) unterstützte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Bewegung des linken Territorialismus und war Mitbegründer der *Zionistisch Sozialistischen Arbeiterpartei*. Nach der Februarrevolution engagierte sich L. politisch in der Ukraine. 1921 kam er nach Berlin. Dort führte er seine wissenschaftliche Tätigkeit fort; er forschte zur ökonomischen und sozialen Situation der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa und publizierte drei jiddischsprachige Bücher über die osteuropäischen Judenheiten. Zwischen 1923 und 1925 gab er zusammen mit Boris Brutzkus und Jacob Segall die *Bleter far yidisher demografye, statistik, un ekonomik* heraus. Ebenfalls arbeitete er im journalistischen Bereich: L. war ständiger Korrespondent des *Forverts* und publizierte auch Artikel in der *Naye Folkstsaytung*. Er war Mitbegründer des YIVO, Mitglied des jiddischsprachigen Schulkomitees in Berlin, des *Sozialdemokratischen Klubs im. Martova* und des *Vereins der ausländischen Presse zu Berlin*. Im März 1933 floh L. nach Warschau, anschließend nach New York.

*Siehe auch: Estraiikh, Jacob Lestschinsky; Aleksium, Natalia: Lestschinsky, Jakob. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe; Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher, S. 128.*

**Julij [Osipovič] Martov** (Geburtsname: Cederbaum/Pseud. L. Martov) [dt.: Julius Martow/jid.: L. Matov]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, linker Parteiflügel

Martov (\* 1873 Konstantinopel, † 1923 Berlin) war einer der bedeutendsten Sozialdemokraten seiner Zeit. Während seiner politischen Frühphase – in den 1890er Jahren – trat er explizit für die Gründung einer jüdischen ArbeiterInnenbewegung ein, wendete sich aber später von dieser Idee wieder ab. 1898 war er Mitbegründer der SDAPR und seit 1903 unangefochtener Anführer der Fraktion der Men'sheviki. M. war der Bruder von Lidija Dan. Aufgrund seines politischen



Aktivismus lebte er bis zur Februarrevolution meist außerhalb des Russländischen Reiches. 1920 verließ M. für eine Rede auf dem USPD-Parteitag in Halle Sowjetrußland, eine anschließende Rückkehr wurde ihm verweigert. M. zog nach Berlin, wo er Anführer der Auslandsvertretung der SDAPR und wichtigster theoretischer Vordenker der Partei blieb. Als Mitbegründer des *Socialističeskij vestnik* schrieb er in ihr bis zu seinem Tod zahlreiche programmatische Artikel. Ebenfalls wurden in deutschsprachigen Zeitungen wie *Der Kampf* (Wien), *Der Sozialist* (Berlin) und *Die Freiheit* (Berlin), teilweise postum, Artikel von M. veröffentlicht. Mehrere seiner Texte erschienen als Monografien in russischer und deutscher Sprache, der erste Teil seiner Erinnerungen erschien 1923 auch auf Jiddisch. In der Weimarer Republik unterzog er sich krankheitsbedingt mehreren Behandlungen in Sanatorien. M. verstarb am 04.04.1923 in Schömberg (Deutschland) und wurde auf dem Urnenfriedhof in Berlin-Wedding beigesetzt. Zu seinen Ehren wurden jährliche Trauerfeiern begangen und es wurde der russischsprachige sozialdemokratische Debattierklub nach ihm benannt.

*Siehe auch:* Aronson, Pavel Akselrod un Iuli Martov; Liebich, *From the Other Shore*, S. 338; Struve, *Soixante-dix ans d'émigration russ*, S. 179; Lustiger, *Rotbuch: Stalin und die Juden*, S. 330f.; *Nachrufe in: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8–9 (24.04.1923). S. 1–16.*

### **Abraham Menes**

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Der Historiker Menes (\* 1897 Grodno, † 1969 New York) wurde in jungen Jahren durch seine älteren Geschwister an die jüdisch-sozialistische Bewegung herangeführt. In Berlin lebte er zwischen 1920 und 1933. Dort studierte er wahrscheinlich Geschichte und Bibliothekswissenschaften. Ferner arbeitete er für die jiddischsprachige Presse, beteiligte sich an der Gründung des YIVO-Instituts und publizierte mit Rafail Abramovič im *Vostok*-Verlag das „Lesebuch zur Geschichte Israels“ in jiddischer Sprache. M. war Mitglied des jiddischsprachigen Schulkomitees in Berlin und Mitherausgeber der jiddischsprachigen Enzyklopädie. 1933 verließ er Berlin Richtung Paris. Ab 1940 lebte M. in New York, wo er für den *Forverts* arbeitete.

*Siehe auch:* Kühn-Ludewig, *Jiddische Bücher*, S. 138.

### **Abraham Mutnik** (Pseud.: Gleb) [russ.: Abraham (Jakovlevič) Mutnikovič]

Politische Primärorientierung in Berlin: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Mutnik (\* 1868 Vilkomir, † 1930 Berlin) begann sich 1886 in der *narodniki*-Bewegung zu engagieren. Er pflegte seit der Schulzeit eine enge Freundschaft zu Vladimir Kosovski. 1888 ging M. zum Studieren nach Berlin. In den 1890er Jahre wurde er zu einer der bedeutendsten Person der jüdisch-revolutionären Bewe-

gung im Russländischen Reich: M. war 1897 Mitbegründer des *Bund* in Vilna und Mitglied des ersten Zentralkomitees der Partei; 1898 nahm er als Delegierter des *Bund* am Gründungsparteitag der SDAPR in Minsk teil. Kurz darauf folgten eine zweijährige Gefängnisstrafe und anschließend ein längerer Exilaufenthalt im Ausland, wo er in der Auslandsdelegation des *Bund* aktiv war. 1906 kehrte M. nach Vilna zurück. Vor dem Ersten Weltkrieg ging er erneut ins Exil nach Schweden. Nach Berlin kam M. spätestens 1920. Dort arbeitete er als Prokurist im Verlag *Vostok* und war in diesem und dem *Klal*-Verlag zuständig für jiddischsprachige Publikationen. Zudem war er Mitglied des *Sozialdemokratischen Klubs im Martova* und unterhielt freundschaftliche Beziehungen mit verschiedenen BundistInnen. In der tagespolitischen Tätigkeit war M. nach dem Ersten Weltkrieg kaum noch präsent. Er verstarb am 10.09.1930 in Berlin, seine Beisetzung erfolgte im SDAPR-Parteigrab in Berlin-Wedding.

*Siehe auch:* Kühn-Ludewig, *Jiddische Bücher*, S. 188; Tobias, *The Jewish Bund*, S. 351f.; Mutnik: *Bletlakh fun mayn leben*. In: *Die Tsukunft* Vol. 18 (1933), Nr. 9–12; N.N.: A. Ja. Mutnik („Gleb“). In: *SV*, Vol. 10 (1930), Nr. 17–18 (27.09.1930). S. 24; Kosovski, *Vladimir: Des andenk fun abram mutnik (glieb)*. In: *NF*, Vol. 5 (1930), Nr. 212. S. 5.

### **Paul Olberg** (Geburtsname: Hirsch Šmuškowicz)

Politische Primärientzung in Berlin: SPD

Temporäre Wohnorte u. a.: Bozener Str. 18, Berlin-Schöneberg (nachgewiesen für das Jahr 1924); Nachodstr. 3, Berlin W 50 (nachgewiesen für das Jahr 1928)

Olberg (\* 1878 Vilna, † 1960 Schweden) engagierte sich bis zur Revolution von 1905 als Menševik und möglicherweise auch als Bundist im Russländischen Reich. Kurz nach der gescheiterten Revolution von 1905 migrierte er nach Berlin. Nach der Februarrevolution von 1917 kehrte er für kurze Zeit nach Sowjetrußland zurück. Zwischen 1918 und 1933 lebte O. in Berlin, wo er als Journalist für sozialdemokratische Zeitungen schrieb. Neben dem *Vorwärts* arbeitete er v. a. für schwedische und finnische Zeitungen. Aufgrund seiner frühen Migration aus dem Russländischen Reich war er in den 1920er Jahren eine wichtige Unterstützungs- und Ansprechperson für osteuropäische SozialistInnen in Berlin. Zu Beginn der 1920er Jahre begleitete er Karl Kautsky auf eine Georgienreise. O. publizierte 1930 die Monografie *Die rote Gewerkschafts-Internationale und die Europäische Gewerkschaftsbewegung*. Er war Mitglied des *Vereins der ausländischen Presse zu Berlin*. 1933 migrierte er nach Stockholm. In den 1950er Jahren agierte er von Schweden aus als ein Mitglied des weltweiten Koordinationskomitees des *Bund*. *Siehe auch:* Janssen, *Russische Ökonomen*, S. 174; Hertz, *Der bund in bilder*, S. 170.

**Genrich Vul'fovič Rabinovič** (Pseud.: N. Osipov/G. Vejs)

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR

Rabinovič († 1931 Riga) begann seine politische Tätigkeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Reihen des *Bund*. 1905 wurde R. nach Sibirien verbannt. Anschließend engagierte er sich erst in Baku und dann in Moskau für die Men'seviki. Er migrierte nach der Oktoberrevolution nach Berlin, wo er unter Pseudonym für den *Socialističeskij vestnik* schrieb. 1928 zog er aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nach Riga. Dort war R. in der russischen Sektion der lettischen Sozialdemokratie aktiv und Mitherausgeber der Zeitung *Trudovaja Mysl'*. Er verstarb im Januar 1931.

*Siehe auch: N. N.: G. V. Rabinovič. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 3 (09.02.1931). S. 16.*

**Nokhem Shtif** (Pseud.: Bal-Dimen) [russ.: Naum (Ionovič) Štif]

Politische Primärorientierung in Berlin: linker Jiddischist

Der Linguist Shtif (\* 1879 Rovno, † 1933 Kiew) begann sein politisches Engagement Anfang des 19. Jahrhunderts in zionistischen Zirkeln, später schloss er sich jüdisch-sozialistischen Strukturen an. Zwischen 1904 und 1906 lebte S. in Bern, nach seiner Rückkehr ins Russländische Reich war er Mitbegründer der *Jüdisch Sozialistischen Arbeiterpartei*. Nach der Februarrevolution 1917 engagierte sich S. in der *Folkspartey*. Er lebte ab 1918 in Kiew, anschließend migrierte er über Minsk und Kovno nach Berlin, das er im März 1922 erreichte. Dort war S. vorwiegend wissenschaftlich tätig. Er publizierte in russischer und jiddischer Sprache v. a. über die Pogrome in der Ukraine während des russländischen Bürgerkriegs und war ein Mitbegründer des YIVO-Instituts. 1926 ging S. zurück nach Kiew, wo er bis 1929 Leiter des *Instituts der Jüdisch Proletarischen Kultur* war und die linguistische Zeitschrift *Di yidishe sprach* herausgab.

*Siehe auch: Estraikh, Gennady: Shtif, Nokhem. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe.*

**Alexander Stein** (Geburtsname: Aleksandr (Nikolaevič) Rubinštejn) [russ.: Aleksander Štejn]

Politische Primärorientierung in Berlin: USPD; SPD; SDAPR

Temporärer Wohnort: Rankestr. 19, Berlin-Charlottenburg (nachgewiesen für das Jahr 1925)

Stein (\* 1881 Valmeria, † 1948 New York) war seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in sozialdemokratischen Zirkeln in Riga aktiv (SDAPR und *Bund*). Nach der gescheiterten Revolution von 1905 migrierte S. nach Deutschland, wo er Volkswirtschaft und Geschichte studierte. Nach Abschluss des Studiums wurde er in Berlin Mitarbeiter des *Vorwärts*. Er war während des Ersten Weltkrieges in Deutschland als Ausländer interniert. Nach dem Krieg war S. innerhalb der USPD

tätig und schrieb für *Die Freiheit* und *Der Sozialist*. Ebenfalls arbeitete er als Dozent an der sozialistischen Berliner ArbeiterInnenbildungsschule. 1922 wechselte er wieder in die SPD. Seit 1925 war S. für die SPD Sekretär des *Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit* sowie Leiter der Sozialdemokratischen Bildungsarbeit in Berlin. Er arbeitete als Journalist u. a. für *Vorwärts*, *Freiheit*, *Leipziger Volkszeitung*, *Sozialistische Bildung* und *Die Bücherwarte*. Letztgenannte Zeitschrift gab er selbst heraus. In der Weimarer Republik wurde S. zu einer wichtigen Ansprechperson für osteuropäische SozialistInnen, u. a. auch, weil er zwischen 1919 und Februar 1934 die deutsche Staatsbürgerschaft besaß. S. zeichnete als verantwortlicher Redakteur für den *Socialističeskij vestnik* und für das *RSD. Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie*. Ebenfalls publizierte er innerhalb der sozialdemokratischen Exilpresse eigene Artikel. S. veröffentlichte in Berlin zwei deutschsprachige Monografien und war als Übersetzer zwischen russischer, deutscher und jiddischer Sprache tätig. 1933 migrierte er als Mitarbeiter der SoPaDe nach Prag. Im Sommer 1938 floh S. nach Paris und 1940 nach New York.

*Siehe auch: Papenek, Alexander Stein; Liebich, From the Other Shore, S. 340; Stein: Erinnerungen eines Staatenlosen. In: IISH, Alexander Stein Papers, Nr. 2.*

**Isaak (Zacharovič) Štejnberg** [dt.: Isaak Steinberg/jid.: Yitskhok Nakhmen Shtaynberg]

Politische Primärorientierung in Berlin: linker Sozialrevolutionär; Territorialist  
 Temporäre Wohnorte: Meinekestr. 5, Berlin W 15 (nachgewiesen für das Jahr 1927);  
 Forststr. 21, Berlin-Zehlendorf (nachgewiesen für das Jahr 1932)

Štejnberg (\* 1888 Dvinsk, † 1957 New York) war ein russländischer Sozialrevolutionär. 1907 wurde er aufgrund seines politischen Engagements erstmalig verhaftet. Anstelle einer drohenden Verbannung nach Sibirien migrierte Š. nach Heidelberg, wo er 1910 ein Jura-Studium abschloss. Anschließend kehrte er zurück ins Russländische Reich, wo er als Jurist arbeitete und weiterhin in der SR tätig blieb. Zwischen Oktober 1917 und März 1918 gehörte Š. als Volkskommissar der Justiz der Regierung Sowjetrusslands an. Nach seinem Abtritt ging er mit Parteauftrag nach Westeuropa, im März 1919 kehrte er zurück und wurde abermals verhaftet. Š. lebte nach dem Verbüßen seiner Gefängnisstrafe in Moskau und agierte für die SR in der Illegalität. Er migrierte 1923 nach Berlin und engagierte sich dort in der Auslandsvertretung der PLSR. Bis 1930 war er Herausgeber des *Organs der Auslandsorganisation der PLSR*. Ferner veröffentlichte Š. 1929 seine Autobiografie sowie 1931 ein deutschsprachiges Buch über die russländische Revolution. Seit 1926 wendete sich Š. als Herausgeber der jiddischsprachigen Zeitung *Fraye shriftn – far yidishn sotsialistishen gedank* verstärkt der jüdischen ArbeiterInnenbewegung und dem Territorialismus zu. Zum Zeitpunkt der

Machtübergabe an die NSDAP verweilte Š. in London. Er kehrte nicht mehr nach Berlin zurück. Zwischen 1940 und 1943 lebte er in Australien, anschließend in Nordamerika.

*Siehe auch: Wallat, Oktoberrevolution; Aronson, Dr. I. N. Shtejnberg; Krutikov, Isaac Nahman Steinberg; Krutikov, Mikhail: Steinberg Brothers. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe.*

**Solomon (Meerovič) Švarc** (Geburtsname: Monoszon) [dt.: Salomon Schwarz]  
Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, linker Parteiflügel  
Temporärer Wohnort: Waitzstr. 17, Berlin-Charlottenburg (nachgewiesen für das Jahr 1926)

Švarc (\* 1883 Vilna, † 1973 Israel) begann 1903 als Bol'ševik sein Engagement in der revolutionären Bewegung. Seit 1905 war Š. aktiver Gewerkschafter. 1911 schloss er ein Jura-Studium in Heidelberg ab. Während des Bürgerkrieges kämpfte Š. in den Reihen der Roten Armee, dennoch wurde er Anfang der 1920er Jahre im Zuge des Kronstädter Matrosenaufstandes verhaftet. 1922 kam Š. nach Berlin. Dort wurde er zu einem Mitglied des Zentralkomitees der SDAPR-Auslandsvertretung. Er war Mitarbeiter des *Socialističeskij vestnik* und ab 1925 Mitherausgeber der deutschsprachigen Parteizeitung *RSD. Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie*. Außerdem schrieb er für *Die Gesellschaft* und war Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova*. 1933 migrierte Š. nach Paris, später in die USA. Kurz vor seinem Tod siedelte er nach Israel über.

*Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 340.*

### **Aron Syngalowski**

Politische Primärorientierung in Berlin: Territorialist; linker Jiddischist

Der promovierte Philosoph und Jurist Syngalowski (\* 1889, † 1956) engagierte sich bereits vor der Revolution von 1905 in der *Zionistisch Sozialistischen Arbeiterpartei*. Sein Studium absolvierte er in Kazan, Halle, Berlin und Zürich. Während des Ersten Weltkrieges diente S. in der Russländischen Armee und kam in deutsche Kriegsgefangenschaft. Spätestens seit 1919 lebte er in Berlin. Dort war S. ab 1919 Mitarbeiter der jiddischsprachigen Zeitung *Freytog*; seit 1926 gehörte er zu der HerausgeberInnengruppe der Zeitschrift *In shpan*. S. war Generalsekretär und späterer Geschäftsführer der Berliner ORT-Filiale und dort u. a. mitverantwortlich für die Organisation einer im Sommer 1921 in Berlin stattfindenden internationalen Konferenz. Er war Mitglied des Vorstandes des *Sholem-Aleichem-Klubs*, des jiddischsprachigen Schulkomitees in Berlin und des *Fonds zur Errichtung des Volkshauses „Vladimir Medem“ in Warschau*. 1930 kandidierte S. auf der Liste des *Jüdisch Demokratischen Blocks* bei der Wahl zur Repräsentantenversammlung der

*Jüdischen Gemeinde Berlins*. Er verließ Berlin wahrscheinlich 1933 in Richtung Paris.

*Siehe auch: Estrai kh, Vilna on the Spree; Saß, Luftmenschen, S. 294–316 ff. und S. 439; <http://www.ozet.ort.spb.ru/eng/index.php?id=548> [25.03.2020].*

**Daniel Tsharni** [russ.: Daniil (Vol'fovič) Čarni]

Politische Primärorientierung in Berlin: linker Jiddischist

Temporäre Wohnorte: Augsburger Str. 30, Berlin W 50 (nachgewiesen für das Jahr 1925); Berchtesgadenerstr. 35, Berlin W 30 (nachgewiesen für das Jahr 1932)

Der Lyriker und Journalist Tsharni (\* 1888 Dukor, † 1959 Boston) lebte während seiner Jugend in Vilna und Minsk, wo er über seine älteren Brüder Kontakt zu jüdisch-revolutionären Gruppen und der Partei *Poale Tsion* aufbaute. Zugleich war T. aktiv in jiddischsprachigen literarischen Zirkeln: 1907 publizierte er sein erstes Gedicht, ein Jahr später seine erste Erzählung. Zur Behandlung seiner chronischen Krankheiten migrierte T. 1910 nach Westeuropa und kehrte erst im Sommer 1914 ins Russländische Reich zurück. Während des Ersten Weltkrieges setzte sich T. aktiv für jüdische Geflüchtete ein. 1916 wurde er in die Russländische Armee eingezogen. Nach der Februarrevolution von 1917 arbeitete T. in Moskau als Sekretär der *Folkspartei*. Er ging 1922 nach Berlin, kehrte aber nach wenigen Monaten zurück nach Moskau. 1925 versuchte T. in die USA einzureisen, was jedoch aufgrund seiner chronischen Vorerkrankungen scheiterte. Ab 1925 lebte er beständig in Berlin. Er galt dort als „Botschafter der jiddischen Kultur im Ausland“ [Moses Shalit] und schrieb für zahlreiche jiddischsprachige Zeitschriften (u. a. *Der tog, In shpan, Literarische bleter, Naye Folkstsaytung, Bikher-velt* und *Fraye shriftn*). T.'s Berliner Wohnung glich einem Salon, in dem jiddischsprachige SchriftstellerInnen, KünstlerInnen, Kulturschaffende und *tuer* miteinander diskutierten. Er selbst unterstützte als Territorialist die jüdischen Siedlungsbemühungen in der Südukraine und auf der Krim. Zusammen mit Elias Tsherikover war er Herausgeber der Zeitschrift *Yidishe emigratsye* und arbeitete als Pressechef für die Hilfsorganisation *Emigdirekt*. Er war Mitglied des jiddischsprachigen Schulkomitees in Berlin. Ende 1934 verließ T. Berlin in Richtung Polen. Er lebte zunächst in Riga, dann in Vilna und in Warschau. Zwischen 1936 und 1941 lebte T. in Paris, anschließend in New York. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er häufig krankheitsbedingt in Sanatorien.

*Siehe auch: Shalit, Daniel Tsharnis lebns-veg; Estrai kh, Gennady: Tsharni, Daniel. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe.*

**Elias Tsherikover**

Politische Primärorientierung in Berlin: linker Jiddischist

Der Historiker und Journalist Tsherikover (\* 1881 Poltava, † 1943 New York) war bis zur Revolution von 1905 zuerst ein aktives Mitglied in der sozialistischen zionistischen Bewegung, anschließend bei den Men'ševiki. Während des Ersten Weltkrieges lebte T. als jiddischsprachiger Journalist in New York, wo er in *Di tsukunft*, *Der tog* und in der zionistischen Zeitschrift *Yidisher kempfer* publizierte. T. ging nach der Februarrevolution zurück nach Sowjetrußland und blieb dort journalistisch tätig. Ab 1918 lebte er in Kiew, wo er sich für eine jüdische kulturelle Autonomie einsetzte. 1921 gelangte T. über Kovno und Kaunas nach Berlin. Dort arbeitete er als Wissenschaftler sowie als Archivleiter des *Ostjüdischen Historischen Instituts*. Er veröffentlichte mehrere Publikationen zu den antisemitischen Pogromen in der Ukraine während des Bürgerkrieges, war Mitbegründer des YIVO-Instituts und Mitarbeiter einer jiddischsprachigen Enzyklopädie. Ebenso war T. Mitarbeiter des *Klal*-Verlages und Mitglied des jiddischsprachigen Schulkomitees. 1933 floh T. nach Paris, 1940 weiter nach New York.

*Siehe auch: Moss, Kenneth B.: Tsherikover, Elye. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe.*

**Semen (Lazerevič) Vajnštejn**

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR

Vajnštejn (\* 1879, † 1923 Berlin) engagierte sich seit der Jahrhundertwende in der SDAPR. Als Men'ševik erlebte er sowohl im Russländischen Reich als auch in Sowjetrußland Verfolgung, Gefängnisstrafen und Verbannung. Im Februar 1923 gelangte V. direkt aus der sibirischen Verbannung nach Berlin. Dort wurde er Mitglied des *Sozialdemokratischen Klubs im. Martova*. Sein für den 27.04.1923 im Klub geplanter Vortrag musste krankheitsbedingt abgesagt werden. Drei Tage später verstarb V. Er wurde im SDAPR-Parteigrab in Berlin-Wedding beigesetzt. *Siehe auch: N. N.: S. L. Vajnštejn. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 10 (12. 05. 1923). S. 1f.; Garvi, N.: Pamjati borca. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 10 (12. 05. 1923). S. 3f.; Djuba, A.: Pamjati druga. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 10 (12. 05. 1923). S. 5f.*

**Vladimir Voytinsky** [dt.: Wladimir Woytinsky/jid.: Vladimir Voitinski/russ. Vladimir (Savel'evič) Vojtinskij]

Politische Primärorientierung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel

Temporärer Wohnort: Landshuter Str. 36, Berlin W 30

Der Ökonom und Statistiker Voytinsky (\* 1885 Petersburg, † 1960 Washington) engagierte sich seit 1905 politisch; zunächst für die Bol'ševiki, später als Men'ševik. V.'s Eltern konvertierten mit ihrem Sohn zum christlich-orthodoxen Glauben. V. trat 1905 formal zum jüdischen Glauben über. Während des Ersten Weltkrieges

lebte er in sibirischer Verbannung. Zwischen 1919 und 1921 war er Vertreter der *Demokratischen Georgischen Republik* im Ausland. 1922 gelangte er nach Berlin, wo er vornehmlich als Wissenschaftler und Ökonom arbeitete. Er publizierte die fünfbandige Studie *Die Welt in Zahlen*. Ab 1929 leitete V. die statistische Abteilung des ADGB. In dieser Funktion war er 1932 Mitherausgeber des nicht umgesetzten WTB-Planes, der eine aktive Konjunkturpolitik und Arbeitsbeschaffung im Zuge der Weltwirtschaftskrise vorsah. Neben wirtschaftspolitischen Büchern gab V. ebenfalls autobiografische Erinnerungen über die russländische Revolution in deutscher Sprache heraus, auf Jiddisch wurden seine persönlichen Erinnerungen über das Revolutionsjahr 1917 in *Di tsukunft* publiziert. V. schloss sich in Berlin dem rechten Parteiflügel der SDAPR an. Trotz seiner inhaltlichen Distanz zur vom linken Parteiflügel dominierten SDAPR-Auslandsvertretung publizierte er mindestens einen Artikel im *Socialističeskij vestnik*. V. war Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova*. 1933 verließ er Berlin und arbeitete kurzzeitig als Ökonom in Paris und Genf. Ab 1935 lebte und arbeitete er in den USA.

*Siehe auch: Voytinsky, Stormy Passage; Liebich, From the Other Shore, S. 341; Janssen, Russische Ökonomen, S. 185; Kursky, Franz: Fun iberzetses. In: Voitinski, V[ladimir]: Dos iohr 1917. Erinerungen. Abgedruckt in: Di tsukunft, Vol. 9 (1924), Nr. 9.*

### **Simon (Jul'evič) Wolin** (Geburtsname: Levin)

Politische Primärientzung in Berlin: SDAPR, rechter Parteiflügel

Wolin (\* 1892, † 1970er Jahre) war ein aktiver Gewerkschaftsfunktionär. Er schloss vor dem Ersten Weltkrieg außerhalb des Russländischen Reiches ein Jurastudium ab. Er war der Bruder von David Dalin. W. wurde nach dem Kronstädter Matrosenaufstand in der Sowjetunion verhaftet und gelangte 1927 aus der sowjetischen Verbannung nach Berlin. Dort war er Mitglied im *Sozialdemokratischen Klub im. Martova*. W. lebte nach der Berliner Exilzeit in den USA, wo er als Journalist arbeitete und sich weiterhin innerhalb der SDAPR engagierte. 1940 verpflichtete er sich für die französische Armee, um gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen.

*Siehe auch: Liebich, From the Other Shore, S. 341.*



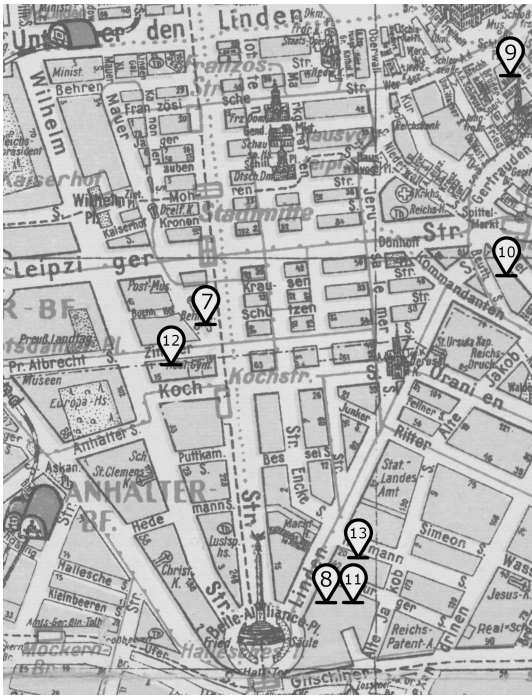
## 7.2 Adressen von Exilparteien/Organisationen/Vereinen in Berlin



**Abb. 1:** Kartenausschnitt 1 – Umgebung um Savignyplatz/ Zoologischer Garten/ Nollendorfplatz.

In: Berliner Stadtplan. Berlin: Pharus-Plan 1941. Maßstab 1:25 000.

Nr.	Partei/Organisation/Verein	Adresse	Zeitraum des Bestehens
1	ORT-Geschäftsstelle	Bleibtreustraße 34, Berlin-Charlottenburg	Ab 1921
2	ORT-Geschäftsstelle	Bülowstraße 90, Berlin-Schöneberg	Ab 1926 bis Herbst 1933
3	Sholem-Alechem-Klub	Kleiststraße 9, Berlin-Charlottenburg	1924 – 1931
4	Sholem-Alechem-Klub	Lutherstraße 48/49, Berlin-Charlottenburg	Ab 1931
5	Russländische Zionistisch-Sozialistische Partei	Bleibtreustraße 6, Berlin-Charlottenburg	
6	Allweltlicher jüdischer Sozialistischer Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z[ionistisch] S[ozialistischen] Verband)	Eisenacher Straße 14, Berlin-Schöneberg	

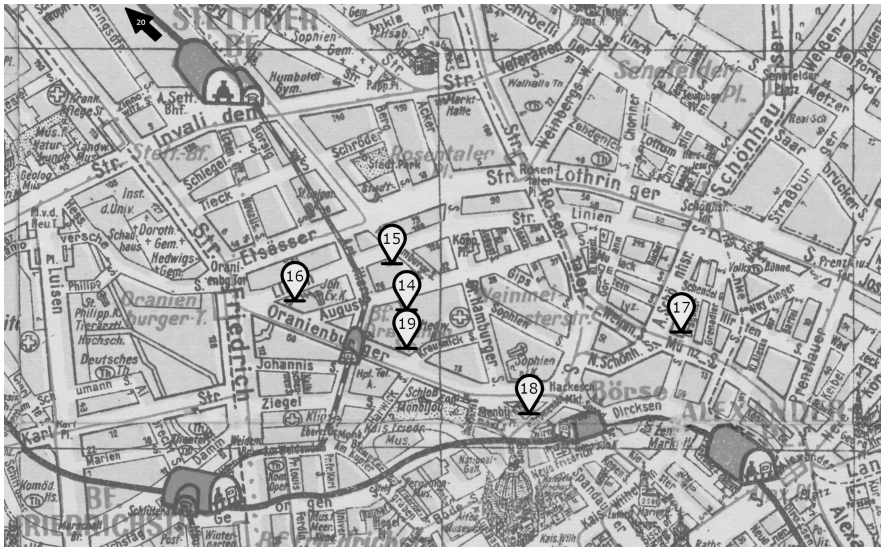


**Abb. 2:** Kartenausschnitt 2 – Umgebung um Unter den Linden, Anhalter Bahnhof, Spittelmarkt. In: Berliner Stadtplan. Berlin: Pharus-Plan 1941. Maßstab 1:25 000.

Nr.	Partei/Organisation/Verein	Adresse	Zeitraum des Bestehens
7	Berliner Ortsgruppe der Sozialrevolutionären Partei Russlands	Friedrichstraße 204, Berlin-Mitte (Redaktionsräume der Zeitschrift <i>Golos Rossii</i> )	
8	Parteiarchiv der SDAPR	Lindenstraße 2/3, Berlin-Kreuzberg (SPD-Parteizentrale)	Seit 1911 in Obhut der SPD während der Weimarer Republik in der SPD-Parteizentrale untergebracht.
9	SDAPR-Exilparteivertretung und Vertretung des Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion	Breite Straße 8/9, Berlin-Mitte (1. OG)	1921–03.1922
10	SDAPR-Exilparteivertretung und Vertretung des Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion	Seydelstraße 5, Berlin-Mitte (1. Hinterhof)	03.1922–02.1923

Fortsetzung

Nr.	Partei/Organisation/Verein	Adresse	Zeitraum des Bestehens
11	SDAPR-Exilparteivertretung und Vertretung des Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion	Lindenstraße 2/3, Berlin-Kreuzberg (SPD-Partei-zentrale)	02.1923 – 05.1924
12	SDAPR-Exilparteivertretung und Vertretung des Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion	Zimmerstraße 7/8, Berlin-Mitte	05.1924 – 12.1932
13	SDAPR-Exilparteivertretung und Vertretung des Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion	Hollmannstraße 22, Berlin-Mitte	Ab 12.1932



**Abb. 3:** Kartenausschnitt 3 – Umgebung um Friedrichstraße, Alexanderplatz, Stettiner Bahnhof. In: Berliner Stadtplan. Berlin: Pharus-Plan 1941. Maßstab 1:25 000.

Nr.	Partei/Organisation/Verein	Adresse	Zeitraum des Bestehens
14	I. Jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Tzion in Deutschland/ II. Allweltlichen jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z. S. Verband) III. Arbeiter-Fürsorgeamt	Auguststraße 17, Berlin-Mitte	I. Die Partei wurde 1918 gegründet.
15	Arbeiterkulturverein Ber Borocho	Linienstraße 159, Berlin-Mitte	Ab 1919
16	Arbeiter-Emigranten-Komitee	Linienstraße 139, Berlin-Mitte	
17	Berliner Peretz-Verein	Dragonerstraße 22, Berlin-Mitte	Mind. seit 09.1916 bis Mitte der 1920er Jahre
18	Jüdischer Arbeiter-Kulturverein Peretz	Große Präsidentenstraße 2, Berlin-Mitte	Wahrscheinlich ab 09.1927 – 01.1929
19	Jüdischer Arbeiter-Kulturverein Peretz	Oranienburger Straße 27, Berlin-Mitte	Ab 01.1929
20	„Bruderdenkmal“ – Parteigrabstätte der SDAPR	Weddinger Urnenfriedhof, Gerichtstraße, Berlin-Wedding	Erbaut 04.1929. Das Denkmal wurde in den 1930er Jahren durch die NationalsozialistInnen zerstört; seit 1998 existiert ein Faksimile.

## 7.3 Abkürzungsverzeichnis

AAN	Archiwum Akt Nowych, Warschau [dt. Archiv der Neuen Akten]
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
BArch	Bundesarchiv, Berlin
Bund	Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund
CZA	Central Zionist Archive, Jerusalem
EKKI	Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale
HIAS	Hebrew Immigrant Aid Society
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
IASP	Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien
IISH	International Institute of Social History, Amsterdam/Internationales Institut für Sozialgeschichte
ILP	Independent Labour Party
IFTU	International Federation of Trade Unions/Internationaler Gewerkschaftsbund
JAK	Jüdisches Antifaschistisches Komitee
JHK	Jahrbuch für historische Kommunismusforschung
KI	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
MEGA	Marx-Engels-Gesamtausgabe
MEI	Marx-Engels-Institut, Moskau
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
NEP	Neue Ökonomische Politik
NF	Naye folkstsaytung [dt. Neue Volkszeitung]
NSDAP	Nationalsozialistische Partei Deutschland
ORT	ORT. Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Jüdinnen und Juden [russ.: Obšestvo rasprostraneniya remeslennogo i zeml-edel'česgo truda sredi evreev v Rossii]
OSE	Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Juden [russ.: Obšestvo ochraneniya zdorov'ja evrejskogo naselelenija]
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
PLSR	Partei Linker Sozialrevolutionäre, Russland
Poale Tzion	Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterpartei Poale Tzion
Profintern	Rote Gewerkschafts-Internationale
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands
SERP	Jüdische Sozialistische Arbeiterpartei, Russland
SLR	Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau
SoPaDe	Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Sozialrevolutionäre Partei Russlands
SV	Socialističeskij vestnik [dt.: Sozialistischer Bote]
USDAP	Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei

USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WTB-Plan	Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan
YIVO	Yidisher visnshaftlekher institut, New York [dt.: Jüdisches/Jiddisches Wissenschaftliches Institut]

## 7.4 Quellen- und Literaturverzeichnis

### Archivbestände

#### Archiwum Akt Nowych (AAN), Warschau

AAN, 2/474/0 (Ambasada RP w Berlinie)

#### Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn

AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand

AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky

AdsD, Nachlass Rose Hilferding

AdsD, Nachlass Arthur Crispian

AdsD, Nachlass Georg Decker

#### Bundesarchiv (BArch), Berlin

BArch, RY 19 (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

BArch, R 58 (Reichssicherheitshauptamt)

BArch, R 1507 (Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung)

BArch, NY 4023 (Nachlass Eduard Bernstein)

BArch, NY 4055 (Nachlass Karl Kautsky)

#### Central Zionist Archive (CZA), Jerusalem

CZA, A 284 (Yeshayahu Klinov Papers)

#### International Institute of Social History (IISH), Amsterdam

IISH, Alexander Stein Papers

IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives

IISH, Berlinskij Klub im. Martova Archives

IISH, Fedor Il'ič Dan Papers

IISH, Karl Kautsky Papers

IISH, Labour and Socialist International Archives

IISH, Pavel Borisovič Aksel'rod Papers

IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives

IISH, Rafail Abramovič Papers

IISH, SPD-Archives

## Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Berlin

PA AA, RZ 207 (Länderabteilung III)

PA AA, RZ 701 (Presseabteilung)

## YIVO-Archive, New York

YIVO-Archives, RG 18 (Farband Fun Yidische Studentn Fareynen)

YIVO-Archives, RG 1400 (Bund Archives)

YIVO-Archives, RG 1401 (Bund Foreign Committee)

## Zeitungen und Zeitschriften

### Deutschsprachig

Blick in die Bücherwelt. Beilage des Vorwärts. Berlin. [Erscheinungsverlauf: 1924 – 1931]

Bulletins der Auslandsdelegation der zionistisch-sozialistischen Partei in U.S.S.R. Tel Aviv.

[Erscheinungsverlauf unbekannt]

Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts. Berlin. [Erscheinungsverlauf: 1928 – 1932]

Der Kampf. Vereinigt mit der Tribüne. Sozialdemokratische Monatschrift. Wien.

[Erscheinungsverlauf: 1907 – 1934]

Der Neue Weg. Monatszeitschrift der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation

Poale Zion in Deutschland. Berlin. [Erscheinungsverlauf: 1924 – 1925]

Der Sozialist. Sozialistische Auslandspolitik. Unabhängige Sozialdemokratische

Wochenschrift. Stuttgart/Berlin. [Erscheinungsverlauf: 1918 – 1922]

Die Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik. Berlin. [Erscheinungsverlauf:

1926 – 1933]

Die Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Abend-

Ausgabe. Berlin. [Erscheinungsverlauf 1918 – 1922]

Die Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Morgen-

Ausgabe Berlin. [Erscheinungsverlauf 1918 – 1922]

Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Berlin.

[Erscheinungsverlauf: 1924 – 1933]

Jüdische Arbeiterkorrespondenz (JAK). Stockholm u. a. [wahrscheinlicher Erscheinungsverlauf:

1916 – 1918]

Neue jüdische Monatshefte. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Literatur in Ost und West.

Berlin u. a. [Erscheinungsverlauf: 1916 – 1920]

RSD. Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie. Berlin. [Erscheinungsverlauf:

1924 – 1932]

Vorwärts. Berliner Volksblatt. Abend-Ausgabe. Berlin. [Erscheinungsverlauf: 1918 – 1933]

Vorwärts. Berliner Volksblatt. Morgen-Ausgabe. Berlin. [Erscheinungsverlauf: 1918 – 1933]



## Jiddischsprachig

- Forverts. New York u. a. [Erscheinungsverlauf: 1897–1991]  
 Fraye shriftn. Farn yidishn sotsialistishn gedank. Warschau. [Erscheinungsverlauf: 1926–1937]  
 Der Morgnshtern. Tsaytshrift far politik un sotsiale fragn. Berlin. [Erscheinungsverlauf 1920–1921]  
 Der mizrekh-yid. Yidishes vokhenblat. Der Ostjude. Jüdisches Wochenblatt. Zentralorgan des Verbandes der Ostjuden in Deutschland. Berlin. [Erscheinungsverlauf 1920–unbekannt]  
 Di tsukunft. New York. [Erscheinungsverlauf: 1916–1940]  
 Der veker. New York. [Erscheinungsverlauf: 1921–unbekannt]  
 Lebens-fragen. Warschau. [wahrscheinlicher Erscheinungsverlauf: 1916–1920]  
 Naye folkssaytung. Warschau. [Erscheinungsverlauf: 1926–1939]  
 Undzer Gedank. Sotsialistisher zhurnal. Organ fun der oyslendisher delegatsie fun ‚bund‘ in ratn-farband. Berlin. [Erscheinungsverlauf 1931–1932]  
 Unzer bavegung. Organ fun der yid. sotsial.-dem. arbeter-organizatsie Po‘ale Tsiyon in Daytshland. Berlin. [Erscheinungsverlauf: 1922–1924]  
 Unzer tsayt. New York. [Erscheinungsverlauf: 1941–unbekannt]

## Russischsprachig

- Dni. Dvuchnedel’nik žurnal. Berlin. [Erscheinungsverlauf 1922–1925]  
 Rul’. Berlin. [Erscheinungsverlauf: 1920–1931]  
 Socialističeskij Vestnik (SV). Berlin/Paris/New York. [Erscheinungsverlauf: 1921–1963]

## Adressbücher, Lexika und Handbücher

- Berliner Adreßbuch. Berlin 1927.  
 Biographical Dictionary of European Labor Leaders. Band 1 und 2. Herausgegeben von A. Thomas Lane. Westport, Connecticut/London 1995.  
 Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration. Band 1 bis 3. Herausgegeben von Werner Röder und Herbert A. Strauss. München/New York/London/Paris 1980–1983.  
 Deutsche Kommunisten: Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Herausgegeben von Hermann Weber und Andreas Herbst. Berlin <sup>2</sup>2008. Online abrufbar unter: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken> [07.11.2019].  
 Doyres Bundistn. Band I bis III. Herausgegeben von Jacob Sholem Hertz. New York 1956.  
 Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur. Band 1 bis 7. Herausgegeben von Dan Diner. Stuttgart/Weimar 2011–2017.  
 Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 1 bis 8. Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug. Berlin/Hamburg 1997–2018.  
 Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Band 1 bis 4. Begründet von Georg Herlitz und Bruno Kirschner. Berlin 1927–1930.  
 Leksikon fun der nayer yidisher literatur. Band 1 bis 8. Herausgegeben von Shmuel Niger. New York 1956–1981.

Leksikon fun Forverts shrayber. Herausgegeben von Elias Shulman. New York 1987.  
 The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Herausgegeben vom YIVO Institute for Jewish Research. Online abrufbar unter: <http://www.yivoencyclopedia.org> [22.02.2020].

## Internet-Quellen

<http://www.bundism.net> [04.02.2020].  
<https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/nc/gedenktafeln/gedenktafel-anzeige/tid/russische-sozialdemo/> [22.12.2019].  
<https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/nc/gedenktafeln/gedenktafel-anzeige/tid/spd-parteiivorstand-u/> [18.09.2019].  
<https://www.jmberlin.de/berlin-transit/orte/vorwaerts.php> [24.08.2017].  
<http://www.ozet.ort.spb.ru/eng/index.php?id=548> [25.03.2020].  
 Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums 1935–1941. Berlin 1935. Abrufbar unter: <https://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/periodical/pageview/2539684> [10.01.2020].

## Unveröffentlichte Manuskripte

Abramovič, Rafail: Zionismus und Sozialismus. 26-seitiges Redemanuskript o. D. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 39.  
 Crispian, Arthur: Ohne Wissen kein Wollen, keine Macht. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Arthur Crispian, Nr. 1/ACAA 000002.  
 Denicke, Georg: Memoires. Kazan 1904–1905. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Georg Decker.  
 Kautsky, Karl: Was uns Axelrod gab. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. A 132.  
 Stein, Alexander: Erinnerungen eines Staatenlosen. 1881–1906. Eingesehen in: IISH, Alexander Stein Papers, Nr. 2.

## Gedruckte Literatur vor 1945

Abramovič, Rafail [Abramovitsh, Rafail Rein]: In tsvey revolutsies. Di geshikhte fun a dur. Band 1 und 2. New York 1944.  
 Abramovič, Rafail [Abramowitsch, Rafael]: Meine Reise nach Moskau. In: Adler, Friedrich/ Abramowitsch, R[afael]/Blum, Leon/Vandervelde, Emile (Hrsg.): Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. S. 20–24.  
 Abramovič, Rafail [Abramowitsch, Rafael]: Wandlungen der bolschewistischen Diktatur. Berlin 1931.  
 Abramovič, Rafail [Abramowitsch, Rafael]: Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion. Berlin 1930.  
 Abramovič, Rafail [Abramowitsch, Rafael]/Suchomlin, Vasilij/Ceretelij, Iraklij (Hrsg.): Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Russland und Georgien. Berlin 1925.  
 Abramovič, Rafail [Abramowitsch, Rafael]: Die Zukunft Sowjetrusslands. Jena 1923.  
 Adler, Friedrich: Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. In: Abramovič, Rafail [Abramowitsch, Rafael]/Adler, Friedrich/Blum, Leon/Vandervelde, Emile

- (Hrsg.): Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. S. 5–20.
- Adler, Friedrich/Abramovič, Rafail [Abramowitsch, R[afael]/Blum, Leon/Vandervelde, Emile (Hrsg.): Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931.
- Aronson, Grigorij: Mir' izdalena. Stichi. Berlin 1923.
- Auslandsbureau der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens (Hrsg.): Die englische Gewerkschaftsdelegation und Georgien. Paris 1925.
- Aksel'rod, Pavel [Axelrod, Paul]: Rede auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern (1919). Abgedruckt in: Die russische Revolution und die sozialistische Internationale. Aus dem literarischen Nachlaß von Paul Axelrod. Jena 1932. S. 168–176.
- Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien 1907.
- Benjamin, Walter: Moskau. Abschnitt I. In: Benjamin, Walter: Gesammelte Schriften IV. Frankfurt am Main 1991 [zuerst 1927].
- Bergelson, Dovid [Bergelson, David]: Das Ende vom Lied. Berlin 1923.
- Bergelson, Dovid [Bergelson, David]: Am Bahnhof. Berlin u. a. 1922.
- Bernstein, Eduard: Di dayshe revolutsye. Ir oyfkumen, ir gang un ir oyftu. Berlin 1922.
- Bernstein, Eduard: Germanskaja revolucija. Istorija eë voznikovenija i eë pervogo perioda. Berlin/Dresden 1922.
- Binštok, Grigorij [Bienstock, Gregor]: Demokratie und Revolution. Jena 1933.
- Binštok, Grigorij [Bienstock, Gregor]: Deutschland und Frankreich. Eine europäische Auseinandersetzung. Berlin 1932.
- Binštok, Grigorij [Bienstock, Gregor]: Volk und Sozialdemokratie. Die innen- und aussenpolitischen Erfolge der Sozialdemokratischen Partei Deutschland. Berlin 1932.
- Biuro fun'm yidishen sotsialistishen arbeyter-farband pueli-tsiun (Hrsg.): Unzer Gedank. A zamelbukh. Berlin 1920.
- Blum, Léon: Der Moskauer Schandprozeß. In: Abramowitsch, Rafael/Adler, Friedrich/Blum, Leon/Vandervelde, Emile (Hrsg.): Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. S. 25–30.
- Broido, Eva: Wetterleuchten der Revolution. Berlin 1929.
- Bundischer Klub in New York (Hrsg.): Ab. Kahane un der „Bund“ in Poyln. New York 1932.
- Cahan, Abraham: A zhurnal fun der oyslendisher delegatsye fun „bund“ in soviet rusland. In: Bundischer Klub in New York (Hrsg.): Ab. Kahane un der „Bund“ in Poyln. New York 1932.
- Dan, Fëdor [Dan, Theodor]: Sowjetrußland wie es wirklich ist. Ein Leitfadens für Rußlanddelegierte. Berlin 1926.
- Dan, Fëdor [Dan, Theodor]: Die Sozialdemokratie Russlands nach dem Jahre 1908. In: Martow, Julius/Dan, Theodor: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926.
- Dan, Fëdor [Dan, Theodor]: Der Arbeiter in Sowjetrußland. Die Bilanz der kommunistischen Wirtschaftspolitik. Berlin u. a. 1923.
- Dan, Fëdor [Dan, Theodor]: Gewerkschaften und Politik in Sowjetrußland. Berlin 1923.
- Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas: Die Sovet-Union. 1917–1932. Systematische, mit Kommentaren versehene Bibliographie der 1917–1932 in deutscher Sprache außerhalb der Sovet-Union veröffentlichten 1900 wichtigsten Bücher und Aufsätze über den Bolschewismus und die Sovet-Union. Königsberg/Berlin 1933.
- Dubnow-Fonds (Hrsg.): Algemayne entsiklopedie. Probeheft. Berlin 1932.
- Garvi, Pëtr [Garwy, Peter]: Sowjetdeutschland? Berlin 1932.
- Garvi, Pëtr [Garwy, Peter]: Der rote Militarismus. Berlin 1928.

- Goldman, Emma: *Living my Life*. Volume Two. New York 1931.
- Ja., S.: *Spravočnik dlja russkich v Berlin*. Berlin 1923.
- Jabotinsky, Vladimir: *Die Fünf*. Roman. Berlin 2013 [zuerst 1936].
- Kautsky, Karl: *Bol'shevism v tupike*. Avtorizirovannyj perevod s nemeckogo F. Dana. Berlin 1930.
- Kautsky, Karl: *Die Internationale und Sowjetrußland*. Berlin 1925.
- Kisch, Egon Erwin: *Zaren, Popen, Bolschewiken*. Aus: *Gesammelte Werke in Einzelausgaben*. Band III. Berlin/Weimar 1980 [zuerst 1927].
- Kursky, Franz [Kursky, Frants]: *Di oyslendische organizatsie fun „Bund“*. In: Kursky, Franz [Kursky, Frants]: *Gezamlte shriftn*. Herausgegeben vom Frants Kursky-bukh-komitet. New York 1952 [zuerst 1933]. S. 202 – 249.
- Kursky, Franz [Kursky, Frants]: *Eduard bernshtayn. A pruv fun a kharakteristik*. In: Kursky, Franz: *Gezamlte shriftn*. Herausgegeben vom Frants Kursky-bukh-komitet. New York 1952 [zuerst 1933]. S. 282 – 322.
- Leshtsinsky, Jakob: *Die ekonomische lage fun yidn in Poyln*. Berlin 1931.
- Leshtsinsky, Jakob: *Tsvishn leben un toyt. Tsen ior yidish leben in Soviet-Rusland*. Band I. Vilna 1930.
- Leshtsinsky, Jakob: *Di onhoybn fun der emigratsie un kolonizatsye bay yidn in 19-tn yorhundert*. Berlin 1929.
- Leshtsinsky, Jakob: *Dos idische folk in tsifern*. Berlin 1922.
- Leshtsinsky, Jakob: *Dos yidische ekonomische lebn in der yidisher literatur*. Warschau 1921.
- Linke Poale-Zion in Deutschland (Hrsg.): *Borochow-Blätter der Organisation Linke Poale Zion in Deutschland*. Berlin 1930.
- Mannheim, Karl: *Das Problem der Generationen*. In: Mannheim, Karl: *Wissenssoziologie*. Auswahl aus dem Werk. Eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff. Neuwied/Berlin 1964. S. 509 – 565 [zuerst 1928].
- Martov, Julij/Dan, Fëdor [Martow, Julius/Dan, Theodor]: *Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie*. Berlin 1926.
- Martov, Julij [Martow, Julius]: *Das Problem der Internationale und die russische Revolution*. Rede auf dem Parteitag in Halle. Berlin 1920.
- Menes, Abraham/Abramovitsh, Rafail [Abramovič, Rafail]: *Leyenbukh tsu der geshikhte fun ishral*. Ershter tayl. Berlin 1923.
- Minck, Friedrich M.: *Räte-Rußlands Not. Erlebnisse und Erkenntnisse während meiner achtmonatigen Forschungsreise in Sowjetrußland*. Berlin 1921.
- Mitteilungsblätter des Zentral-Komitees der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion. Berlin 1931.
- Shalit, Moses: *Daniel Tsharnis lebns-veg*. In: Shalit, Moses (Hrsg.): *Daniel Tsharni-bukh*. Paris 1939. S. 16 – 20.
- Stein, Alexander: *Vorwort*. In: Broido, Eva: *Wetterleuchten der Revolution*. Berlin 1929. S. 5 – 8.
- Stein, Alexander: *Das Problem der Internationale*. Mit Anhang: *Resolutionen und Richtlinien der zweiten und dritten Internationale*. Berlin 1919.
- Štejnberg, Issak [Steinberg, Isaak]: *Gewalt und Terror in der Revolution*. Berlin 1931.
- Štejnberg, Issak [Steinberg, Isaak]: *Als ich Volkskommissar war. Episoden aus der russischen Oktoberrevolution*. München 1929.
- Štejnberg, Isaak [Shtejnberg, I[s]aak N[akhum]]: *Fun februar biz oktober 1917*. Warschau 1928.
- Štejnberg, Isaak [Shtejnberg, Izak]: *Der moralischer pnim fun der revoliutsie*. Berlin 1925.
- Štejnberg, Isaak: *Nravstvennyj lik revolucii*. Berlin 1923.

- Štejnberg, Isaak: Ot' fevralja po oktjabr' 1917 g. Berlin 1920.
- Unzer gedank. A zamelbukh. Herausgegeben vom Büro des jüdisch-sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion. Berlin 1920.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929. Berlin 1930.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928. Berlin 1929.
- Vojtinskij, Vladimir [Woytinsky, Wladimir]: Wehe den Besiegten! Erinnerungen aus der russischen revolutionären Bewegung. Berlin 1933.
- Vojtinskij, Vladimir [Woytinsky, Wladimir]: Tatsachen und Zahlen Europas. Wien 1930.
- Vojtinskij, Vladimir [Woytinsky, Wladimir]: Die Vereinigten Staaten von Europa. Berlin 1926.
- Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland? Bericht der deutschen Arbeiter-Delegation über ihren Aufenthalt in Rußland vom 14. Juli bis zum 28. August 1925. Berlin 1925.

### Gedruckte Literatur nach 1945

- Adler-Rudel, Salomon: Ostjuden in Deutschland. 1880–1940. Tübingen 1959.
- Ahland, Frank: Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg – 1903 bis 1977 – Eine Biografie. Essen 2016.
- Allers, Tobias: Neuberliner. Migrationsgeschichte Berlins vom Mittelalter bis heute. Berlin 2017.
- Amiantov, Yuri (Hrsg.): Bund. Dokumenty i materialy. 1894–1921. Moskau 2010.
- Anderson, Benedict: Imagined Communities. London/New York 2006.
- Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Rusish-yidishe inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn. Buenos Aires 1962.
- Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Ben-Adir – Der territorialist. In: Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Rusish-yidishe inteligents. khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn. Buenos Aires 1962. S. 218–234.
- Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Isai Aizenshtat – der pioner fun „Bund“. In: Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Rusish-yidishe inteligents. khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn. Buenos Aires 1962. S. 37–54.
- Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: S. Ivanovitch un P. Garvi – der zhurnalist un der partey-mentsh. In: Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Rusish-yidishe inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn. Buenos Aires 1962. S. 166–172.
- Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Dr. I. N. Shtejnberg – „der linker es-er“. In: Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Rusish-yidishe inteligents. khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn. Buenos Aires 1962. S. 188–217.
- Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Pavel Akselrod un luli Martov, der rebe un der talmed. In: Aronson, Grigorij [Aronson, Grigori]: Rusish-yidishe inteligents. khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn. Buenos Aires 1962. S. 92–104.
- Ascher, Abraham: Introduction. In: Garvi, P[ëtr] A[bramovič]: Zapiski Sotsialdemokrata (1906–1921). Hrsg. vom Russian Institute, Columbia University. Newtonville, Ma. 1982. S. iii–xxiv.
- Ascher, Abraham (Hrsg.): Documents of Revolution. The Mensheviks in the Russian Revolution. London 1976.

- Ascher, Abraham: Pavel Axelrod and the Development of Menshevism. Cambridge, Mass. 1972.
- Ascher, Abraham: Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920. In: Archiv für Sozialgeschichte (AFS), Vol. 5/6 (1966/67). S. 391–439.
- Baberowski, Jörg: Die Russische Revolution und das Ende des Alten Europa. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (JHK), Vol. 25 (2017). S. 1–29.
- Bauer, Matthias: Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien in der Zwischenkriegszeit. Eine Analyse der außenpolitischen Kooperations- und Vernetzungsprozesse am Beispiel von SPD, SFIO und Labour Party. Düsseldorf 2018.
- Ben-Rafael, Eliezer: Jewish Identities. Fifty Intellectuals Answer Ben Gurion. Leid/Boston/Köln 2002.
- Bisky, Jens: Berlin. Biographie einer großen Stadt. Berlin <sup>4</sup>2020.
- Bloch, Jochanan: Judentum in der Krise. Emanzipation – Sozialismus – Zionismus. Göttingen 1966.
- Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018.
- Brachmann, Botho: Russische Sozialdemokraten in Berlin. 1895–1914. Berlin (Ost) 1962.
- Brenner, Michael: Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute. München 2016.
- Brinkmann, Tobias: Ort des Übergangs – Berlin als Schnittstelle der jüdischen Migration aus Osteuropa nach 1918. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939. Göttingen 2010. S. 25–44.
- Broido, Vera: Daughter of Revolution. A Russian girlhood remembered. Constable/London 1988.
- Brossat, Alain/Klingberg, Sylvia: Revolutionary Yiddishland. A History of Jewish Radicalism. London/New York 2016.
- Brym, Robert J.: The Jewish Intelligentsia and Russian Marxism. A Sociological Study of Intellectual Radicalism and Ideological Divergence. London/Basingstoke 1978.
- Budnickij, Oleg: Dienst in der Höhle des Löwen. Juden in der russischen Armee. In: Osteuropa, Vol. 64 (2014), Nr. 2–4. S. 171–184.
- Bunzl, John: Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung. Wien 1975.
- Buschak, Willy: Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel. Arbeiterbewegung und Europa im frühen 20. Jahrhundert. Essen 2014.
- Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik. 1918–1933. Stuttgart 2008.
- Clifford, Dafna: From Exile to Exile: Bergelson's Berlin Years. In: Estraiikh, Gennady/Krutikov, Mikhail (Hrsg.): Yiddish and the Left. Papers of the Third Mendel Friedman International Conference on Yiddish. Oxford 2001. S. 242–258.
- Conner, Tom: The Dreyfus Affair and the Rise of the French Public Intellectual. Jefferson, North Carolina 2014.
- Conze, Eckart: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2018.
- Degen, Bernard/Richers, Julia (Hrsg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015.
- Dekele-Chen, Jonathan: Farming the Red Land. Jewish Agricultural Colonization and Local Soviet Power, 1924–1941. New Haven/London 2005.

- Dekel-Chen, Jonathan: Farmers, Philanthropists, and Soviet Authority: Rural Crimea and Southern Ukraine, 1923–1941. In: *Kritika*, Vol. 4 (2003), Nr. 4. S. 849–885.
- Denz, Rebekka: Bundistinnen. Frauen im Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund („Bund“) dargestellt anhand der jiddischen Biografiensammlung „Doires Bundistn“. Potsdam 2009.
- Deutscher, Isaac: The non-Jewish Jew. In: Deutscher, Tamara (Hrsg.): *The non-Jewish Jew and other essays*. New York/Toronto 1968. S. 25–41.
- Dezernat für Kultur und Freizeit vom Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.): *Arbeiter und Revolutionäre. Die jüdische Arbeiterbewegung. Begleitheft zur Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt am Main. 2. Mai – 25. August 1996*. Frankfurt am Main 1996.
- Diner, Dan: Zur Einführung. In: Slezkine, Yuri: *Das jüdische Jahrhundert*. Göttingen 2006. S. 7–18.
- Diner, Dan: Konfliktachsen – Zum historischen Profil des 20. Jahrhunderts. In: Diner, Dan: *Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichte*. München 2003. S. 16–31.
- Dodenhoeft, Bettina: „Laßt mich nach Rußland heim“. Russische Emigranten in Deutschland von 1918 bis 1945. Frankfurt am Main/Berlin u. a. 1993.
- Dohrn Verena/Saß Anne-Christin/Korkowsky, Britta (Hrsg.): „... die Nacht hat uns verschluckt.“ Poesie und Prosa jüdischer Migrant\*innen im Berlin der 1920er und 30er Jahre. Eine Anthologie. Göttingen 2018.
- Dohrn, Verena/Korkowsky, Britta/Saß, Anne-Christin: Einleitung. Das Berlin der 1920er und 1930er Jahre aus der Perspektive osteuropäisch-jüdischer Migrant\*innen. In: Dohrn, Verena/Korkowsky, Britta/Saß, Anne-Christin (Hrsg.): „... die Nacht hat uns verschluckt.“ Poesie und Prosa jüdischer Migrant\*innen im Berlin der 1920er und 30er Jahre. Eine Anthologie. Göttingen 2018. S. 11–23.
- Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud: *Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939*. Göttingen 2010.
- Dohrn, Verena/Saß, Anne-Christin: Einführung. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): *Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939*. Göttingen 2010. S. 9–22.
- Dohrn, Verena: *Jüdische Eliten im Russischen Reich*. Köln/Weimar/Wien 2008.
- Dubnova-Erlich, Sofija: *Chleb i Maza. Vospominanija. Stichi Rasnich Let*. Sankt-Petersburg 1994.
- Dubnova-Erlich, Sofija: Joseph Leshtshinsky – zayn lebn un shafn. In: Farlag Unser Tsait (Hrsg.): *Khmurner-bukh*. New York 1958. S. 45–177.
- Eley, Geoff: *Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850–2000*. Oxford 2002.
- Elfimov, E. A.: Men’ševistskij žurnal ‚Socialističeskij vestnik‘ v pervye gody émigrantckogo suščestvovanija. In: Kvakin, A. V./Šulepova, E. A. (Hrsg.): *Kul’tura rossijskogo zarubež’ja*. Moskau 1995. S. 189–196.
- Engel, David (Hrsg.): *The Assassination of Symon Petliura and the Trial of Sholem Schwarzbard 1926–1927*. Göttingen 2016.
- Engel, David: Being Lawful in a Lawless World. The Trial of Scholem Schwarzbard and the Defense of East European Jews. In: *Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts*. Band V. Göttingen 2006. S. 83–97.
- Eribon, Didier: *Rückkehr nach Reims*. Berlin 2016.
- Estraiikh, Gennady: Die jiddischsprachige New Yorker Tageszeitung Forverts und ihr Berliner Korrespondent Raphael Abramovich. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob

- (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018. S. 115–141.
- Estraikh, Gennady: Introduction: Yiddish on the Spree. In: Estraikh, Gennady/Krutikov, Mikhail (Hrsg.): Yiddish in Weimar Berlin. At the Crossroads of Diaspora Politics and Culture. Oxford 2010. S. 1–28.
- Estraikh, Gennady: The Berlin Bureau of the New York Forverts. In: Estraikh, Gennady/Krutikov, Mikhail (Hrsg.): Yiddish in Weimar Berlin. At the Crossroads of Diaspora Politics and Culture. Oxford 2010. S. 141–162.
- Estraikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007.
- Estraikh, Gennady: Jacob Lestschinsky: A Yiddishist Dreamer and Social Scientist. In: Science in Context, Vol. 20 (2007), Nr. 2. S. 215–237.
- Estraikh, Gennady: Vilna on the Spree: Yiddish in Weimar Berlin. In: Aschkenas, Vol. 16 (2006), Nr. 1. S. 103–128.
- Fel'stinsky, Yuri (Hrsg.): Yu. O. Martov. Pis'ma. 1916–1922. Benson/Vermont 1990.
- Fieseler, Beate: Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie, 1890–1917. Stuttgart 1995.
- Fishman, David E.: The Rise of Modern Yiddish Culture. Pittsburgh 2005.
- Frank, Tibor: Double Exile. Migrations of Jewish-Hungarian Professionals through Germany to the United States, 1919–1945. Bern u. a. 2009.
- Fricke, Ingrid: Franz Künstler (1888–1942). Eine politische Biographie. Berlin 2016.
- Garvi, Pëtr [Garvi, P. A.]: Zapiski Sotsialdemokrata (1906–1921). Hrsg. vom Russian Institute. Columbia University/Newtonville, Ma. 1982.
- Gay, Peter: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit. 1918–1933. Frankfurt am Main 1970.
- Gechtman, Roni: National-Cultural Autonomy and ‚Neutrality‘: Vladimir Medem's Marxist Analysis of the National Question, 1903–1920. In: Socialist Studies, Vol. 3 (2007), Nr. 1. S. 69–92.
- Getzler, Israel: Martov. A Political Biography of a Russian Social Democrat. Cambridge/Melbourne 1967.
- Golczewski, Frank: Jüdische Welten in Osteuropa? In: Engel-Braunschmidt, Annelore/Hübner, Eckhard (Hrsg.): Jüdische Welten in Osteuropa. Frankfurt am Main 2005. S. 13–28.
- Gorny, Joseph: Foreword. In: Ben-Rafael, Eliezer (Hrsg.): Jewish Identities. Fifty Intellectuals Answer Ben Gurion. Leid/Boston/Köln 2002. S. xi–xiii.
- Grebing, Helga: Sternberg als sozialistischer Denker. Biografische Einführung. In: Grebing, Helga/Scherer, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist. Paderborn 2017. S. 11–23.
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert. Berlin 2007.
- Grebing, Helga: Jüdische Intellektuelle und ihre politische Identität in der Weimarer Republik. In: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Vol. 34 (2005). S. 11–23.
- Grebing, Helga: Jüdische Intellektuelle in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen den beiden Weltkriegen. In: Archiv für Sozialgeschichte (AFS), Vol. 37 (1997). S. 19–38.
- Haimson, Leopold: Lenin, Martov and the Issue of Power. In: Haimson, Leopold (Hrsg.): Russia's Revolutionary Experience, 1905–1917. Two Essays. New York 2005. S. 1–107.



- Haimson, Leopold: Russian Workers' Political and Social Identities: The Role of Social Representations in the Interaction between Members of the Labor Movement and the Social Democratic Intelligentsia. In: Zelnik, Reginald E. (Hrsg.): *Workers and Intelligentsia in Late Imperial Russia: Realities, Representations, Reflections*. Berkeley, Kalifornien 1998. S. 145–171.
- Haimson, Leopold: *The Making of Three Russian Revolutionaries. Voices from the Menshevik Past*. Cambridge/New York u. a. 1987.
- Haimson, Leopold: *The Mensheviks. From the Revolution of 1917 to the Second World War*. Chicago 1974.
- Harshav, Benjamin: *The Polyphony of Jewish Culture*. Stanford 2007.
- Haumann, Heiko: *Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung*. Wien/Köln/Weimar 2012.
- Haumann, Heiko: Auf dem Weg zu neuen Selbstverständnissen. Ostjuden im 19. Jahrhundert. In: Haumann, Heiko (Hrsg.): *Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung*. Wien/Köln/Weimar 2012. S. 393–418.
- Haumann, Heiko: Chancen und Probleme der Alltags- und Regionalgeschichte. Das Beispiel der Grenzregion Oberrhein. In: Haumann, Heiko (Hrsg.): *Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung*. Wien/Köln/Weimar 2012. S. 49–69.
- Haumann, Heiko: *Geschichte der Ostjuden*. München 1990.
- Hecker, Rolf/Sperl, Richard/Vollgraf, Carl-Erich (Hrsg.): *Erfolgreiche Kooperation. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924–1928). Korrespondenz von Felix Weil, Carl Grünberg u. a. mit David Borisovitsch Rjazanov, Ernst Czobel u. a.* Berlin/Hamburg 2000.
- Hedeler, Wladislaw: Die russischen Menschewiki. Ein Literaturbericht. In: „Helle Panke“ e. V. (Hrsg.): *Vielfalt sozialistischen Denkens*, Nr. 10. Berlin 2001. S. 27–41.
- Heeke, Matthias: *Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Rußland. 1921–1941*. Münster/Hamburg/London 2003.
- Heid, Ludger: „Er ist ein Rätsel geblieben“. Oskar Cohn – Politiker, Parlamentarier – Poale-Zionist. In: Benz, Wolfgang/Paucker, Arnold/Pulzer, Peter (Hrsg.): *Jüdisches Leben in der Weimarer Republik*. Tübingen 1998. S. 25–48.
- Heid, Ludger: *Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923*. Hildesheim/Zürich/New York 1995.
- Heid, Ludger/Paucker, Arnold (Hrsg.): *Juden und deutsche Arbeiterbewegung. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen*. Tübingen 1992.
- Herbeck, Ulrich: *Das Feindbild vom „jüdischen Bolschewiken“. Zur Geschichte des russischen Antisemitismus vor und während der Russischen Revolution*. Berlin 2009.
- Herbert, Ulrich: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München 2001.
- Herren, Madeleine: *Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung*. Darmstadt 2009.
- Hertz, Jacob Sholem: The Bund's Nationality Program and Its Critics in the Russian, Polish and Austrian Socialist Movements. In: *YIVO Annual of Jewish Social Science*. New York 1969. S. 53–67.
- Hertz, Jacob Sholem: *Der bund in bilder. 1897–1957 – The Jewish Labor Bund. A Pictorial History. 1897–1957*. New York 1958.

- Hildermeier, Manfred: *The Russian Socialist Revolutionary Party before the First World War*. New York 2000.
- Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion. 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München 1998.
- Hildermeier, Manfred: *Die Russische Revolution 1905–1921*. Frankfurt am Main 1989.
- Hoffrogge, Ralf: Ein Tag im Leben der Weimarer Republik – die „Ostjudendebatte“ des Preußischen Landtages von 1922. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): *Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Berlin/Boston 2018. S. 297–317.
- Hohmann, Andreas W./Mümken, Jürgen (Hrsg.): *Kischinew. Das Pogrom 1903*. Lich 2015.
- Ivanov, Alexander: Nähmaschinen und Brillantringe. Die Tätigkeit der Berliner ORT 1920–1943. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): *Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939*. Göttingen 2010. S. 195–209.
- Jacobs, Jack: Introduction. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): *Jews and Leftist Politics. Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender*. Cambridge: 2017. S. 1–25.
- Jacobs, Jack: *The Bund in Vilna, 1918–1933*. In: Polin, Vol. 25 (2013). S. 263–292.
- Jacobs, Jack: *Bundist Counterculture in Interwar Poland*. New York 2009.
- Jacobs, Jack: *Written out of History. Bundists in Vienna and the Varieties of Jewish Experience in the Austrian First Republic*. In: Brenner, Michael/Penslar, Derek J. (Hrsg.): *In Search of Jewish Community. Jewish Identities in Germany and Austria, 1918–1933*. Bloomington u. a. 1998. S. 115–133.
- Jacobs, Jack: Ein Freund in Not. Das Jüdische Arbeiterkomitee in New York und die Flüchtlinge aus den deutschsprachigen Ländern, 1933–1945. Bonn 1993.
- Jacobs, Jack: *On Socialists and „the Jewish Question“ after Marx*. New York/London 1992.
- Jebrak, Svetlana: *Mit dem Blick nach Russland. Lydia Cederbaum (1878–1963). Eine jüdische Sozialdemokratin im lebenslangen Exil*. Bonn 2006.
- Jebrack, *Mit dem Blick nach Russland*
- Jones, Mark: *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*. Berlin 2017. S. 149–175.
- Jureit, Ulrike/Wildt, Michael: *Generationen*. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael (Hrsg.): *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*. Hamburg 2005. S. 7–26.
- Kappler, Andreas: *Kleine Geschichte der Ukraine*. München 2009.
- Kara-Murza, Aleksej: *Intellektual’nye portrety. Očerki o russkich političeskich mysliteljach XIX–XX vv. Moskau* 2006.
- Katchourovskaia, Mareike: *Die russische Öffentlichkeit im Berlin der Weimarer Republik*. Frankfurt am Main 2008.
- Kessler, Mario: *Die Komintern und die Poale Zion 1919 bis 1922. Eine gescheiterte Synthese von Kommunismus und Zionismus*. In: *Arbeit – Bewegung – Geschichte*, Vol. 16 (2017), Nr. 2. S. 15–30.
- Klehr, Harvey: *Jews and American Communism*. In: Jacobs, Jack: *Jews and Leftist Politics. Judaism, Israel, Antisemitism, and Gender*. New York 2017. S. 169–179.
- Kohlbauer-Fritz, Gabriele/Bergler, Sabine (Hrsg.): *Genosse. Jude. Wir wollten nur das Paradies auf Erden*. Wien 2017.
- Korkowsky, Britta: *Selbstverortung ohne Ort. Russisch-jüdische Exilliteratur aus dem Berlin der Zwanziger Jahre*. Göttingen 2013.
- Koselleck, Reinhart: *Zeitschichten. Studien zur Historik*. Frankfurt am Main 2000.

- Kowalski, David: Polens letzte Juden. Herkunft und Dissidenz um 1968. Göttingen 2018.
- Krause, Hartfrid: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Frankfurt am Main/Köln 1975.
- Krejci, Erika: Innere Objekte. Über Generationenfolge und Subjektwerdung. Ein psychoanalytischer Beitrag. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael (Hrsg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg 2005. S. 80–107.
- Krutikov, Mikhail: Isaac Nahman Steinberg: From Anti-Communist Revolutionary to Anti-Zionist Territorialist. In: Jews in Eastern Europe, Vol. 7 (1999), Nr. 1/2. S. 5–24.
- Kuchenbecker, Antje: Zionismus ohne Zion. Birobidžan: Idee und Geschichte eines jüdischen Staates in Sowjet-Fernost. Berlin 2000.
- Kühn-Ludewig, Maria: Jiddische Bücher aus Berlin (1918–1936). Titel, Personen, Verlage. Nümbrecht 2006.
- Kusber, Jan: Zwischen Duldung und Ausgrenzung. Die Politik gegenüber den Juden im ausgehenden Zarenreich. In: Engel-Braunschmidt, Annelore/Hübner, Eckhard (Hrsg.): Jüdische Welten in Osteuropa. Frankfurt am Main 2005. S. 45–64.
- Lande, Alexandre: Tables de la revue russe, le messenger socialiste 1921–1963. Le messenger socialiste, recueil: 1964–1965; Ukazateli žurnala Socialističeskij vestnik 1921–1963, Socialističeskij vestnik, sbornik: 1964–1965. Paris 1992.
- Laschitzka, Annelies: Karl Kautsky (1854–1938). Ein „unverbesserlicher Marxist“. In: Dankelmann, Otfried (Hrsg.): Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts. Wien 1995. S. 213–230.
- Lehnert, Detlef/Glaebner, Gert-Joachim/Sühl, Klaus (Hrsg.): Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin. Berlin 1989.
- Lehnert, Detlef: Das „rote“ Berlin: Hauptstadt der deutschen Arbeiterbewegung? In: Lehnert, Detlef/Glaebner, Gert-Joachim/Sühl, Klaus (Hrsg.): Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin. Berlin 1989. S. 1–36.
- Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983. Frankfurt am Main 1983.
- Lepsius, M. Rainer: Kritische Anmerkungen zur Generationenforschung. In: Jureit, Ulrike/Wildt, Michael (Hrsg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg 2005. S. 45–52.
- Levin, Nora: Jewish Socialist Movements, 1871–1917. London 1977.
- Liebich, André: From the Other Shore. Russian Social Democracy after 1921. Cambridge/London 1999.
- Liebich, André: Eine Emigration in der Emigration: Die Menschewiki in Deutschland 1921–1933. In: Schlögel, Karl (Hrsg.): Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg. Berlin 1995. S. 229–241.
- Liebich, André: Menshevik Origins: The Letters of Fedor Dan. In: Slavic Review, Vol. 45 (1986), Nr. 4. S. 724–728.
- Liebman, Arthur: Jews and the Left. New York u. a. 1979.
- Lustiger, Arno: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden. Berlin 2002.
- Marten-Finis, Susanne: Wilna als Zentrum der jüdischen Parteiliteratur 1896 bis 1922. In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden, Vol. 10 (2000), Nr. 1. S. 203–243.
- Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland. 1918–1933. Hamburg 1986.

- Mayer, Paul: Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses. In: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS)*, Nr. 6/7 (1966/67). S. 5–198.
- Mecheril, Paul: Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In: Varela, María do Mar Castro/Dirim, Inci/Kalpaka, Annita/Mecheril, Paul/Melter, Claus (Hrsg.): *Migrationspädagogik*. Weinheim/Basel 2010. S. 7–22.
- Mecheril, Paul: Natio-kulturelle Mitgliedschaft – ein Begriff und die Methode seiner Generierung. In: *Tertium comparationis*, Vol. 8 (2002), Nr. 2. S. 104–115.
- Mendes, Philip: *Jews and the Left. The Rise and Fall of a Political Alliance*. New York 2014.
- Menes, Abraham: *Der lebens-veg fun Frants Kursky*. In: Kursky, Frants [Kursky, Franz]: *Gezamlte shriftn*. Herausgegeben vom Frants Kursky-bukh-komitet. New York 1952. S. 1–32.
- Merridale, Catherine: *Lenins Zug. Eine Reise in die Revolution*. Bonn 2017.
- Morina, Christina: *Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte*. München 2017.
- Mosse, George L.: *German Jews beyond Judaism*. Bloomington u. a. 1985.
- Moulis, Vlatislav: Die russische republikanische Tageszeitung Dni. In: Schlögel, Karl (Hrsg.): *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg*. Berlin 1995. S. 439–445.
- Mümken, Jürgen: Der permanente Pogrom gegen die russischen Jüdinnen und Juden (1881–1903). In: Hohmann, Andreas W./Mümken, Jürgen (Hrsg.): *Kischinew. Das Pogrom 1903*. Lich 2015. S. 23–40.
- Nathans, Benjamin: *Beyond the Pale. The Jewish Encounter with Late Imperial Russia*. Berkeley/Los Angeles/London 2002.
- Naumov, Vladimir P./Rubenstein, Joshua: *Stalin's Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish Anti-Fascist Committee*. New Haven/London 2001.
- Neiss, Marion: Jiddische Zeitungen und Zeitschriften im Berlin der Weimarer Republik. In: Benz, Wolfgang/Paucker, Arnold/Pulzer, Peter (Hrsg.): *Jüdisches Leben in der Weimarer Republik*. Tübingen 1998. S. 239–251.
- Papanek, Hanna: *Elly und Alexander. Revolution, Rotes Berlin, Flucht, Exil – Eine sozialistische Familiengeschichte*. Berlin 2006.
- Papanek, Hanna: Alexander Stein (Pseudonym: Viator) 1881–1948, Socialist Activist and Writer in Russia, Germany, and Exile: *Biography and Bibliography*. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Vol. 30 (1994), Nr. 3. S. 343–379.
- Patkin, Aaron L.: *The Origins of the Russian-Jewish Labour Movement*. Melbourne/London 1947.
- Paul-Siewert, Benjamin/Pfützner, Robert/Winkler, Michael (Hrsg.): *Sozialistische Pädagogik. Eine kommentierte Anthologie*. Baltmannsweiler 2016.
- Peter, Hartmut Rüdiger (Hrsg.): *Fedor I. Dan und Otto Bauer. Briefwechsel (1934–1938)*. Frankfurt am Main 1999.
- Pickhan, Gertrud: Vom Ereignis zum Mythos. Die Revolution von 1905 und die jüdische Linke in Osteuropa. In: Henning, Detlef (Hrsg.): *Revolution in Nordosteuropa*. Wiesbaden 2011. S. 126–139.
- Pickhan, Gertrud: Kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit. Jüdische Identitätskonstruktionen im Polen der Zwischenkriegszeit. In: Kampling, Rainer (Hrsg.): *„Wie schön sind deine*

- Zelte Jakob, deine Wohnungen, Israel“ (Num. 24,5). Beiträge zur Geschichte jüdisch-europäischer Kultur. Frankfurt am Main 2009. S. 157–170.
- Pickhan, Gertrud: Yiddishkayt and class consciousness: The Bund and its minority concept. In: East European Jewish Affairs, Vol. 39 (2009), Nr. 2. S. 249–263.
- Pickhan, Gertrud: „Wo sind die Frauen?“ Zur Diskussion um Weiblichkeit, Männlichkeit und Jüdischkeit im Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund („Bund“) in Polen. In: Gehmacher, Johanna/Harvey, Elizabeth/Kemlein, Sophia (Hrsg.): Zwischen Kriegen. Nationen, Nationalismen und Geschlechterverhältnisse in Mittel- und Osteuropa 1918–1939. Osnabrück 2004. S. 187–199.
- Pickhan, Gertrud: „Gegen den Strom“. Der allgemeine jüdische Arbeiterbund „BUND“ in Polen 1918–1939. Stuttgart/München 2001.
- Pickhan, Gertrud: Kossovsky, Portnoy and Others: The Role of Members of the Bund’s Founding Generation in the Interwar Polish Bund. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): Jewish Politics in Eastern Europe: The Bund at 100. Chippenham, Wiltshire 2001. S. 69–80.
- Pickhan, Gertrud: The Bund in Poland and German Social Democracy in the 1930s. In: Altshuler, Mordechai (Hrsg.): History of the Jewish People. Jerusalem 2000. S. 257–263.
- Polexe, Laura: Netzwerke und Freundschaft. Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz an der Schwelle zum 20. Jahrhundert. Göttingen 2011.
- Polonsky, Antony: The Jews in Poland and Russia. Volume II. 1881 to 1914. Oxford/Portland/Oregon 2010.
- Prager, Eugen: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Darmstadt 1970.
- Prüfer, Sebastian: Sozialismus statt Religion Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890. Göttingen 2002.
- Radkey, Oliver H.: Russia goes to the Polls. The Election of the all-Russian Constituent Assembly 1917. Cornell 1989.
- Reichardt, Hans J./Schäche, Wolfgang (Hrsg.): Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen. Ausstellungskatalog. Berlin 1984.
- Rozenblit, Marsha L.: Jewish Ethnicity in a New Nation-State. The Crisis of Identity in the Austrian Republic. In: Brenner, Michael/Penslar, Derek J. (Hrsg.): In Search of Jewish Community. Jewish Identities in Germany and Austria, 1918–1933. Bloomington u. a. 1998. S. 134–153.
- Saltzman, Roberta: A Bibliography of David Bergelson’s Works in Yiddish and English. In: Estraihk, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 306–336.
- Sapir, Boris (Hrsg.): From the Archives of L. O. Dan. Amsterdam 1987.
- Sapir, Boris: Lidija Osipovna Dan. Biografičeskij očerk. In: Sapir, Boris (Hrsg.): From the Archives of L. O. Dan. Amsterdam 1987. S. XIX–XXVII.
- Sapir, Boris: Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma (1899–1949). Hrsg. vom Stichting Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis. Amsterdam 1985.
- Saß, Anne-Christin: Transnational and Transcultural Spaces in the Diaspora. The Case of Berlin 1900–1933. In: Voigt, Sebastian/Heinert, Felix/Gromova, Alina (Hrsg.): Jewish and Non-Jewish Spaces in the Urban Context. Berlin 2015. S. 119–133.
- Saß, Anne-Christin: Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik. Göttingen 2012.

- Saß, Anne-Christin: Reports from the „Republic Lear“: David Eynhorn in Weimar Berlin 1920–24. In: Estraikh, Gennady/Krutikov, Mikhail (Hrsg.): Yiddish in Weimar Berlin. At the Crossroads of Diaspora Politics and Culture. Oxford 2010. S. 179–194.
- Saß, Anne-Christin: „Wenn die Nazi-Verbrecher nach Hause kommen“. David Eynhorns Berichte über die nationalsozialistischen Verbrechen im New Yorker Forverts; 1940–1945. In: PaRDeS. Zeitschrift der Vereinigung für Jüdische Studien e. V., Nr. 14 (2008). S. 68–95.
- Schlögel, Karl: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt. München 2017.
- Schlögel, Karl/Tschäpe Karl-Konrad: Die Russische Revolution und das Schicksal der russischen Juden. Berlin 2014.
- Schlögel, Karl: Das russische Berlin. Ostbahnhof Europas. München 2007.
- Schlögel, Karl/Kucher, Katharina/Suchy, Bernhard/Thum, Gregor (Hrsg.): Chronik russischen Lebens in Deutschland 1918–1941. Berlin 1999.
- Schlögel, Karl: Russische Emigration in Deutschland 1918–1941. Fragen und Thesen. In: Schlögel, Karl (Hrsg.): Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg. Berlin 1995. S. 11–16.
- Schlögel, Karl (Hrsg.): Der große Exodus – Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941. München 1994.
- Schlögel, Karl: Berlin: „Stiefmutter unter den russischen Städten“. In: Schlögel, Karl (Hrsg.): Der große Exodus – Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941. München 1994. S. 234–259.
- Schöler, Uli: Die Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie (Menschewiki) im Berliner Exil. In: Schöler, Uli: Herausforderungen an die Sozialdemokratie. Essen 2016. S. 134–153.
- Schöler, Uli: Totalitarismustheoretische Ansätze bei Alexander Schiffrin. Ein Grenzgänger zwischen russischer und deutscher Sozialdemokratie. In: Schöler, Uli: Herausforderungen an die Sozialdemokratie. Essen 2016. S. 282–300.
- Schöler, Uli: „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 bis 1929) (2 Bände). Münster 1990.
- Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat. München 1989.
- Schüler-Springorum, Stefanie: „Dazugehören“: Junge jüdische Kommunisten in der Weimarer Republik. In: Hotam, Yotam (Hrsg.): Deutsch-jüdische Jugendliche im „Zeitalter der Jugend“. Göttingen 2009. S. 167–180.
- Schüler-Springorum, Stefanie: Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preussen, 1871–1945. Göttingen 1996.
- Schwarz, Momme: Widersprüchliche Strategien jüdischer Emanzipation – Die Arbeiterorganisation Poale Zion im Spannungsfeld von Zionismus und Sozialismus 1907–1934 (unveröffentlichte Magisterarbeit). Bremen 2011.
- Seelig, Rachel: Strangers in Berlin. Modern Jewish Literature between East and West, 1919–1933. Michigan u. a. 2016.
- Segev, Tom: Es war einmal ein Palästina: Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels. München 2005.

- Senerovich, Sasha: In Search of Readership: Bergelson among the Refugees (1928). In: Estraiikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 150–166.
- Sherman, Joseph: David Bergelson (1884–1952): A Biography. In: Estraiikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 7–78.
- Shtakser, Inna: The Making of Jewish Revolutionaries in the Pale of Settlement. Community and Identity during the Russian Revolution and its Immediate Aftermath, 1905–07. Basingstoke 2014.
- Slezkine, Juri: Das jüdische Jahrhundert. Göttingen 2006.
- Snyder, Timothy: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin. München 2011.
- Snyder, Timothy: The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999. New Haven/London 2003.
- Steiner, Herbert: Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (II 1/2. Internationale) 1921–1923. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Vol. 33 (1991), Nr. 1. S. 13–24.
- Struve, Nikita: Soixante-dix ans d'émigration russe (1919–1989). Paris 1996.
- Stürmann, Jakob: Die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterbunds der Sowjetunion im Berlin der Weimarer Republik. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018. S. 63–80.
- Szyba, Ania: Die neue jüdische Schule. Ein Blick auf die Debatten der jüdischen SozialistInnen in Polen. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018. S. 35–49.
- Thorpe, Andrew: A History of the British Labour Party. Basingstoke u. a. <sup>3</sup>2008.
- Tobias, Henry J.: The Jewish Bund in Russia. From its Origins to 1905. Stanford 1972.
- Van Goethem, Geert: The Amsterdam International. The World of the International Federation of Trade Unions (IFTU), 1913–1945. Aldershot 2006.
- Vierhaus, Rudolf: Die Rekonstruktion historischer Lebenswelten. Probleme moderner Kulturgeschichtsschreibung. In: Vierhaus, Rudolf/Chartie, Roger (Hrsg.): Wege zu einer neuen Kulturgeschichte. Göttingen 1995. S. 7–28.
- Voigt, Sebastian: Das bewegte Leben eines jüdischen Gewerkschafters. Eine biografische Skizze zu Jakob Moneta. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau (SLR), Nr. 70 (2015). S. 84–100.
- Voigt, Sebastian: Der jüdische Mai '68: Pierre Goldman, Daniel Cohn-Bendit und André Glucksmann im Nachkriegsfrankreich. Göttingen 2015.
- Wagenführ, Rolf: The Vision of European Union. In: Woytinsky, Emma S. (Hrsg.): So Much Alive. The Life and Work of Wladimir S. Woytinsky. New York 1962. S. 69–77.
- Wallat, Henrik: Oktoberrevolution oder Bolschewismus. Studien zu Leben und Werk von Isaak N. Steinberg. Münster 2013.
- Web, Marek: Between New York and Moscow: The Fate of the Bund Archives. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): Jewish Politics in Eastern Europe: The Bund at 100. Chippenham, Wiltshire 2001. S. 243–254.
- Weber, Stefan: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. Berlin 1991.

- Weill, Claudie: Russian Bundists Abroad and in Exile, 1898–1925. In: Jacobs, Jack (Hrsg.): Jewish Politics in Eastern Europe: The Bund at 100. Chippenham, Wiltshire 2001. S. 46–55.
- Weipert, Axel: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934. Berlin 2013.
- Wexler, Alice: Emma Goldman in Exile. From the Russian Revolution to the Spanish Civil War. Boston 1989.
- Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt am Main 1975.
- White, Elizabeth: The Russian Socialist Revolutionary Party in Emigration, 1921–1939. Birmingham 2005.
- Williams, Robert C.: Culture in Exile. Russian Emigrés in Germany. 1881–1941. Ithaca/London 1972.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Erster Band. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München 2005.
- Wistrich, Robert S.: Revolutionary Jews from Marx to Trotsky. London 1976.
- Wolff, Frank: Neue Welten in der Neuen Welt. Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947. Köln/Weimar/Wien 2014.
- Wolff, Frank: Revolutionary identity and migration: the commemorative transnationalism of Bundist culture. In: East European Jewish Affairs, Vol. 43 (2013), Nr. 3. S. 314–331.
- Voytinskij, Vladimir [Woytinsky, Wladimir]: Stormy Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom: 1905–1960. New York 1961.
- Zaagsma, Gerben: Transnational networks of Jewish migrant radicals – The case of Berlin. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud (Hrsg.): Transit und Transformation. Göttingen 2010. S. 218–233.
- Zadoff, Mirjam: Der rote Hiob. Das Leben des Werner Sholem. München 2014.
- Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen. 1917–1933. München 1992.
- Ziegenhofer-Prettenthaler, Anita: Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudehove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren. Wien/Köln/Weimar 2004.



## 7.5 Danksagung

Die vorliegende Studie ist ein in Teilen veränderter Abdruck meiner Promotionschrift, die ich im Mai 2020 im Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin eingereicht und im Dezember 2020 verteidigt habe. Sie entstand im Zeitraum von über sechs Jahren. Für die Betreuung, kontinuierliche Begleitung und Begutachtung danke ich ganz herzlich meiner Erstbetreuerin Prof. Dr. Gertrud Pickhan. Ebenso danke ich Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum für die freundliche Übernahme der Zweitbetreuung.

Die Arbeit entwickelte sich besonders durch Diskussionen und Impulse im Kontext des Lehrstuhls für Geschichte Ostmitteleuropas der Freien Universität Berlin und dem am Moses Mendelssohn Zentrum angesiedelten und durch die Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Ludwig Rosenberg Kolleg. Hierfür danke ich allen MitarbeiterInnen und DoktorandInnen des Lehrstuhls und erinnere mich sehr gerne an unsere jährlich stattfindenden Treffen in Gollwitz zurück. Ebenso danke ich den Kollegleitern apl. Prof. Dr. Gideon Botsch und Dr. Werner Treß sowie allen KollegiatInnen und weiteren TeilnehmerInnen unseres Kolloquiums in Potsdam.

Ganz herzlich möchte ich mich für die finanzielle und ideelle Unterstützung bei der Hans-Böckler-Stiftung bedanken. Hierbei ist besonders die Betreuung durch Dr. Jens Becker und Iris Henkel hervorheben. Ein Dank gilt ebenfalls meinem Vertrauensdozenten Prof. Dr. Stefan Berger.

Für fachliche Gespräche und zahlreiche nützliche Hinweise in unterschiedlichen Phasen der Erstellung der Promotionschrift möchte ich mich bei Professor Dr. Jack Jacobs, Professor Dr. Gennady Estraiikh, Dr. habil. Mirjam Zadoff und Dr. Anne-Christin Saß bedanken. Bei Prof. Dr. Verena Dohrn und Prof. Dr. Gertrud Pickhan bedanke ich mich sehr herzlich für die Möglichkeit, 2010/11 als studentischer Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Charlottengrad und Scheunenviertel“ mitzuarbeiten. Über das Projekt habe ich die Vielfältigkeit der osteuropäisch-jüdischen Migrationsbewegung nach Berlin zur Zeit der Weimarer Republik kennengelernt, was mich auch auf die Fährte zu meinem Dissertationsthema führte. Bei Prof. Dr. Kerstin Schoor bedanke ich mich herzlich für die Möglichkeit, nach Auslaufen meines Stipendiums als wissenschaftliche Hilfskraft im Forschungsprojekt „Digitales Archiv jüdischer Autorinnen und Autoren“ mitarbeiten zu können. Die Anstellung erbrachte mir auch die finanzielle Möglichkeit, meine Dissertationsschrift fertigzustellen.

Für Hinweise auf Archivunterlagen möchte ich Verena Bunkus und Anne-Christin Klotz sehr herzlich danken. Ania Szyba bin ich sehr dankbar dafür, dass sie mir bei Unsicherheiten bezüglich jiddischsprachiger Quellen immer kompetent und schnell zur Seite stand. Ich danke Doris Maja Krüger, Anja Jungfer, Dr.

Johannes Czakai und Markus Börner für zahlreiche Diskussionen und kritische Anmerkungen sowie erholsame Mittagspausen in der Staatsbibliothek. Nils Alberti danke ich sehr für die Unterstützung bei der Erstellung der im Buch abgedruckten Graphiken. Dr. Anne Freese, Dr. Veronika Kourabas und Sonja Thiel danke ich für das kritische Begutachten von einzelnen Kapiteln. Rebecca Görmann, Birgit Peters und Dr. Philipp Teichfischer danke ich sehr herzlich für Korrektorsarbeiten. Außerdem bedanke ich mich bei den zahlreichen MitarbeiterInnen der von mir besuchten Archive und Bibliotheken, ohne deren Unterstützung die Erstellung der Dissertationsschrift nicht möglich gewesen wäre.

Bedanken möchte ich mich ebenfalls beim Verlag De Gruyter und den HerausgeberInnen der Reihe Europäisch-jüdische Studien. Für die persönliche Begleitung und Unterstützung danke ich im Besonderen Alice Meroz, Dr. Werner Treß und Dr. Julia Brauch.

Zum Schluss dieser Danksagung möchte ich drei mir besonders wichtige Personen hervorheben, die mich auch in dieser Lebensphase eng begleitet haben: Ich danke meinen Eltern, Christiane und Werner, die mir bei Bedarf mit Rat und Tat beistehen und mich zugleich meinen eigenen Weg gehen lassen haben. Mein allergrößter Dank gilt meiner Frau Verena, die das ganze Auf und Ab der Promotionsphase miterleben musste und mich dabei immer unterstützt hat.

# Personenregister

- Abramovič, Rafail 1–3, 24, 31, 33f., 41, 46, 49, 55, 57, 60, 62, 65, 71, 74, 84, 91–93, 97, 103f., 124, 128, 136–138, 140, 143, 146, 150f., 154, 158–174, 180, 183, 202f., 205, 207, 221f., 228, 231, 233–235, 237–240, 243–251, 254, 256, 258f., 261f., 265f., 270–273, 275f., 286, 288–295, 298f., 304–307, 313, 317f., 320–322, 324–326, 331, 334f., 337–340, 343, 345f., 362f., 370, 376, 390
- Abramovitsh, Rafail 25, 34, 40f., 50, 55, 58, 60–62, 64f., 71f., 82, 124, 137, 143, 159f., 168f., 171, 195, 228–231, 242, 245, 254f., 266, 275, 285, 288, 290, 292, 294f., 304, 306f., 320–325, 362
- Abramowitsch, Raphael 81, 138, 171, 207, 243, 273–276, 362
- Adler, Ekaterina 183, 225
- Adler, Friedrich 28, 138, 146, 154, 163, 171, 183f., 188f., 225, 235, 239, 244f., 247f., 250f., 271, 274–276, 284, 335, 337f.
- Adler, Viktor 62
- Aksel'rod, Pavel 3, 17, 30–33, 46–48, 51, 54, 56, 61, 65, 71, 83f., 112, 127, 143, 153, 163, 181f., 191, 194, 205, 221f., 227, 234, 237, 282, 348f., 363, 365, 390
- Akselrod, Pavel 29, 31f., 46f., 51, 127, 363, 376
- Axelrod, Pawel 17, 32, 51, 205f., 218, 227, 278, 282, 363
- Boruch, Pinchus 363
- Alter, Victor 225, 245
- Aronson, Grigorij 19f., 46, 91, 105, 127f., 149, 191, 197, 212, 221, 237, 288, 363
- Aronson, Gregor 363
- Aronson, Grigori 20, 28, 34, 41, 64, 82, 105, 131, 193f, 197, 212, 363, 376, 380
- Aufhäuser, Sigfried 313
- Bakunin, Mikhail 47
- Bauer, Otto 28, 91, 146, 163, 180–182, 184f., 291, 338
- Bebel, August 329
- Bebutov, David Iosipovič 150–152
- Ben-Adir 140, 178, 203, 221, 364
- Rozin, Avrom 364
- Ben-Baruch 83, 87, 178, 221, 364
- Kharlak, Yitskhok 364
- Benjamin, Walter 297f.
- Ber Borochof 199, 387
- Bergelson, Dovid 4, 24, 78, 136, 149f., 174–178, 218, 266, 290, 292, 342, 356, 364f.
- Berkman, Alexander 95, 272
- Bernstein, Eduard 51, 124, 163, 166, 197, 201, 206, 208, 224f., 278, 390
- Binštok, Grigorij 81, 84, 98, 127, 143, 157, 163, 191, 193, 209, 221f., 237, 261, 282, 325, 365
- Bienstock, Gregor 192, 325, 365
- Gr. Osipov 365
- Blum, Léon 138, 154, 156, 171, 198, 225, 274–277, 339
- Blumin-Kursky, Fanie 365
- Bracke, Alexandre 235
- Branting, Hjalmar 130, 184, 196
- Braun, Otto 319, 324
- Braun, Sergey 81, 84, 87, 128, 164, 205, 223, 365
- Braun, Abraham 56, 365f.
- Braunthal, Alfred 180
- Breitscheid, Rudolf 166, 180, 206, 312
- Broido, Eva 3, 51f., 66, 70f., 78, 87, 115, 143f., 149, 159f., 162f., 189, 217, 219, 221f., 225, 237, 269, 336, 342f., 356, 366
- Brojdo, Eva 149, 160, 269, 343, 366
- Brojde, Eva 366
- Broido, Mark 41, 87, 159, 217, 223, 336, 366
- Broido, Vera 40f., 49f., 65f., 69–71, 115, 143, 166, 217, 336, 366f.
- Brüning, Heinrich 172, 319
- Brutzkus, Boris 202, 375
- Cahan, Abraham 139, 245f., 267f., 358

- Cederbaum, Aleksandr 39 f.  
 Cederbaum, Osip 186  
 Cereteli, Iraklij 70, 179, 273  
 Černov, Viktor Mixajlovič 94  
 Colliette, Paul 147  
 Crispian, Arthur 28, 113, 161, 166, 169,  
 229–232, 235, 312 f., 318, 390
- Dalin, David 1 f., 144, 147, 161, 221 f., 234,  
 237, 242, 256, 258, 263, 269, 287 f.,  
 309, 318, 336, 351, 367, 383  
 – Dallin, David 367
- Dan, Fëdor 2 f., 23, 32, 52, 59, 62, 65, 70 f.,  
 79, 83 f., 91, 98 f., 101, 146–149, 154 f.,  
 156, 158, 160 f., 163–166, 179–189, 191–  
 193, 208, 221 f., 224 f., 233–235, 237,  
 239, 242, 254, 256, 258 f., 261–265,  
 270 f., 275, 280–283, 286 f., 298 f., 304,  
 321, 323–325, 333, 335, 337 f., 340, 344,  
 346, 348, 367 f., 390  
 – Dan, Theodor 50, 181, 283, 367  
 – Gurvič, Fëdor 179, 367
- Dan, Lidija 3, 6, 17, 23 f., 39, 41, 51, 58, 62,  
 65 f., 70 f., 84, 87, 104, 112, 156, 182–  
 189, 191, 239, 367 f., 375  
 – Cederbaum, Lidija 6, 185–187, 367 f., 375
- Däumig, Ernst 229  
 Denike, Grigorij 54  
 Dittmann, Wilhelm 151, 169, 229–231, 302,  
 312  
 Domanevskaja, Ol'ga 91, 189, 368, 373  
 – Eber, Z. 368  
 Dr. Pižyc 340 f.  
 Dubbnova-Erlich, Sofija 99, 204, 225
- Einstein, Albert 150, 323, 373  
 Eliasbeg, Alexander 175  
 Engels, Friedrich 51, 124, 152, 188  
 Erlich, Henryk 225, 244 f., 340  
 Estrine, Lilija 86  
 Estrine, Samuel 83, 345, 369  
 Ètkin, Lev 84, 128, 153, 161, 223, 348 f.,  
 369  
 Eynhorn, Dovid 3 f., 9, 77 f., 88, 125, 164,  
 178, 221, 359, 369 f.
- Faure, Paul 270
- Fimmen, Edo 279–281, 283  
 Frenkel, Nathan 83, 86, 223, 338, 370  
 – Shnayder, Nathan 370  
 Furtwängler, Josef 132
- Garvi, Pëtr 2, 20, 25, 48, 51, 63 f., 79, 105,  
 154, 157, 163, 190–194, 209, 221 f., 237,  
 254, 257–259, 261, 263, 275, 283, 296,  
 318, 338, 370–372  
 – Bronshteyn, Pëtr 105, 370  
 – Garwy, Peter 138, 191 f., 261 f., 283, 370 f.  
 Garvi-Bronshteyn, Juri 105, 370 f.  
 Garwy, Sophie 189, 370 f.  
 Gergel, Nahum 56, 84, 133, 203, 221, 349,  
 371  
 Gerlent, Henokh 339  
 Goldman, Emma 95, 142, 248  
 Graf von Mirbach, Wilhelm 212  
 Gurevič, Sophie 86
- Haase, Hugo 302  
 Hausmann, Raoul 336  
 Heine, Fritz 166  
 Hertz, Paul 180, 185, 312, 346  
 Hilferding, Rudolf 28, 146, 161, 166, 230,  
 302, 312, 346, 390  
 Hillquit, Morris 335, 337  
 Hirshbeyn, Perets 122  
 Hitler, Adolf 66, 189, 194, 324 f., 329, 336,  
 338 f., 343, 346  
 Hokhgelerter, Henokh 127  
 Horthy, Miklós 263
- Ivanovič, Stephan 149, 164, 191, 221, 371  
 – Portugeis, Semen 371
- Jarblum, Marc 96, 120, 250  
 Jasny, Naum 222, 257, 261, 372  
 Judin, Isai 3, 28 f., 41, 52, 83, 91, 127 f., 131,  
 146, 170, 223–225, 237, 372  
 – Ayzenshtat, Isay 131, 197, 372 f.  
 Jugov, Aron 2, 91, 163, 183, 188, 221 f., 237,  
 241, 258 f., 261, 264, 275, 336, 368, 373
- Kabcan, Aleksej 153, 348 f.  
 Kaplansky, Schlomo 234

- Kautsky, Karl 1f., 28, 43, 51, 62, 79, 96,  
98f., 120, 124, 140, 146, 148, 158, 163–  
167, 170, 182–184, 188f., 191–193, 201,  
203, 206, 209, 225, 230, 278, 338, 370,  
373, 377, 390
- Kautsky, Luise 163, 165, 167, 182–184,  
188f., 193, 209, 225, 390
- Kefali, Mark 86, 91, 191, 221, 223, 293f.,  
296, 373
- Kammermacher, Mark 373
- Knoll, Alexander 132
- Kočevnikova, Vera 179
- Kollwitz, Käthe 323
- Kosovski, Vladimir 7, 22, 29, 33, 41, 48, 52,  
71f., 83–85, 88, 117, 119, 127f., 130,  
140, 157f., 172, 195, 203, 218, 221, 242,  
252f., 259, 262, 266f., 289–293, 299,  
307–320, 322f., 325–327, 329–331, 334,  
343, 354, 373f., 376f.
- Levinson, Nokhem Mendl 373
- Kremer, Arkadi 49, 52
- Krylenko 276
- Kulbak, Moshe 178
- Kursky, Franz 7, 20, 41, 52, 54, 71f., 83,  
101, 103, 119, 127, 129–131, 136, 140,  
194–199, 203, 218, 221, 339, 342, 345,  
365, 372, 374, 383
- Blumin-Kursky, Maksymilian 340
- Kahan, Samuel 194, 374
- Landauer, Gustav 124
- Lassalle, Ferdinand 47, 308
- Laub, Elias 127
- Laub, Lise 127
- Lawrence, Susan 279
- Lebedev, Vladimir Ivanovič 94
- Leites, Konstantin 223, 374f.
- Kusel 374
- Lenin 28f., 59, 71, 124, 144, 146, 148, 259,  
340
- Leschtsinsky, Jakob 4, 24, 88, 102, 140, 164,  
176, 199–204, 221, 299, 325–329, 331,  
334, 343, 375
- B. Keiter’ 375
- Lestschinsky, Jacob 24, 87, 102, 199f.,  
202–204, 375
- Leschtsinsky, Joseph 203f.
- Levi, Paul 165, 313
- Liese, Wilhelm 154f., 182
- Liessin, Abraham 31
- Löbe, Paul 180, 309
- Locker, Berl 96, 120, 131, 150, 234
- Löwenstein, Kurt 209
- Lozovskij, Solomon 230
- Luxemburg, Rosa 124, 308
- MacDonald, Ramsay 278
- Mann, Heinrich 323, 373
- Mannheim, Karl 33f.
- Martov, Julij 3f., 17, 28f., 32f., 39, 45f., 52,  
54, 59, 62, 65, 71, 81, 83f., 91, 124, 143,  
145–147, 153, 160–162, 165f., 169, 174,  
180f., 186, 189, 206–208, 221f., 230f.,  
233–237, 258, 261–264, 303, 307,  
348f., 363, 368, 375f.
- Marx, Karl 47, 51, 124, 152, 188, 199
- Mazepa, Isaak 250
- Medem, Vladimir 66, 127, 150
- Menes, Abraham 7, 20, 34, 41, 50, 60, 72,  
82f., 112, 128f., 133, 168, 195–197, 214,  
218, 221, 345, 365, 374, 376
- Mikhalevitsh, Beynish 95, 126
- Minck, Friedrich M. 278
- Müller, Hermann 321
- Münzenberg, Willi 161
- Mussolini, Benito 263, 276
- Mutnik, Abraham 48f., 51f., 56, 61, 83f.,  
112, 128, 153, 223, 348f., 376f.
- Niger, Shmuel 140
- Nikolaevskij, Boris 91, 148, 152, 198, 339f.,  
344
- Olberg, Paul 87, 91, 128, 130, 145, 164, 196,  
222, 257, 377
- Pat, Jakob 127, 129f., 196f.
- Peškova, Jekaterina 188
- Petljura, Symon 247–250
- Pišudski, Józef 340
- Plekhanov, Georgij 29, 51, 79, 194
- Portney, Noah 340

- Rabinovič, Genrich 128, 223, 378  
 – Rabinovič, Genrokh 87  
 Rathenau, Walther 306, 316  
 Rejzen, Zalman 202  
 Rjazanov, David Borissovič 152 f.  
 Rosenfeld, Kurt 270, 313  
 Rosenfel'd, Orest Ivanovič 338, 370  
 Rosenfeld, Revekka Juljevna 186  
 Rubin, Isaak 133
- Sapir, Boris 23, 338  
 Schmitzek, Stanislaw 341  
 Schwarzbard, Scholem 246–249, 251  
 Sender, Tony 180  
 – Sender, Toni 313  
 Severing, Carl 319, 324  
 – Severn 328  
 Shaw, George Bernard 278  
 Shtif, Nokhem 78, 87, 140, 149, 202, 223,  
 342, 356, 378  
 Šifrin, Aleksander 114, 155, 160, 165, 210,  
 299 f., 330  
 Sirkin, Nachman 96, 120  
 Šklovskij, Viktor 95  
 Snowden, Philip 278  
 Šrejder, Grigorij Il'ič 94  
 Stalin 66, 138, 148, 178, 194, 242, 259,  
 264, 276, 343  
 Stein, Alexander 41, 49–51, 56–58, 60,  
 62 f., 84, 87, 112, 147, 157, 162 f., 205–  
 210, 221–223, 227, 230 f., 238, 256 f.,  
 260 f., 278, 283, 298–303, 305–307,  
 331, 345 f., 378 f., 390  
 Štejnberg, Aron 211  
 Štejnberg, Isaak 4, 17, 95, 133, 210, 214,  
 259, 265 f., 271, 379 f.
- Steinberg, Isaak 17, 25, 211–214, 260,  
 379 f.  
 Stoecker, Walter 229  
 Suchomlin, Vasilij 171, 273  
 Švarc, Solomon 91, 209, 221 f., 237, 241 f.,  
 257 f., 262, 279, 282 f., 338, 380  
 – Schwarz, Salomon 283, 380  
 Syngalowski, Aron 66, 122 f., 140, 150, 223,  
 380 f.
- Tsharni, Daniel 66, 136, 164, 214, 336, 343,  
 381  
 Tsherikover, Elias 56, 140, 202 f., 221, 248,  
 381 f.
- Vajnštejn, Semen 83, 153, 348 f., 382  
 Vanderfelde, Émile 244  
 von Papen, Franz 319  
 Voytinsky, Vladimir 2, 25, 46 f., 51, 54, 63–  
 66, 70, 101, 183, 222, 252 f., 257, 261,  
 382 f.  
 – Voitinski, Vladimir 54, 101, 382 f.
- Weinreich, Max 202  
 Weiß, Bernhard 326  
 Wels, Otto 151, 161, 312  
 Wolin, Simon 83, 87, 367, 383  
 Wysocki, Alfred 341
- Zakharyash, Khaim 67, 122 f., 208  
 Zar Alexander II. 42, 54  
 Zarin Kathaina II. 38  
 Zasuliš, Vera 51  
 Zenzinov, Vladimir Mixajlovič 94  
 Zhitlovsky, Khaym 133  
 Zinov'jev, Grigorij 207

